

Wir trauern um Kürsat Timuroglu

Arbeiterkampf

Jg. 16, Nr. 268, 10. 3. 86 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM Förderpreis DM 5,- C 21734 E

Aus dem Inhalt

Frauen
„Frauen stürmt die Arbeitsämter — meldet euch arbeitslos! „Unter diesem Motto wurde in etlichen Städten lautstark demonstriert. Seite 10

Was bringt das Erziehungsgeldgesetz den Frauen? Eine Analyse auf Seite 10

Mit dem neuen Scheidungsrecht wird das Schuldprinzip zu Lasten der Frauen wiedereingeführt. Seite 11

Israel — UdSSR
Anatoli Schtscharanski wurde ein jubelnder Empfang in Israel bereitet. Wir berichten über die jüdische Auswanderung aus der UdSSR Seite 28

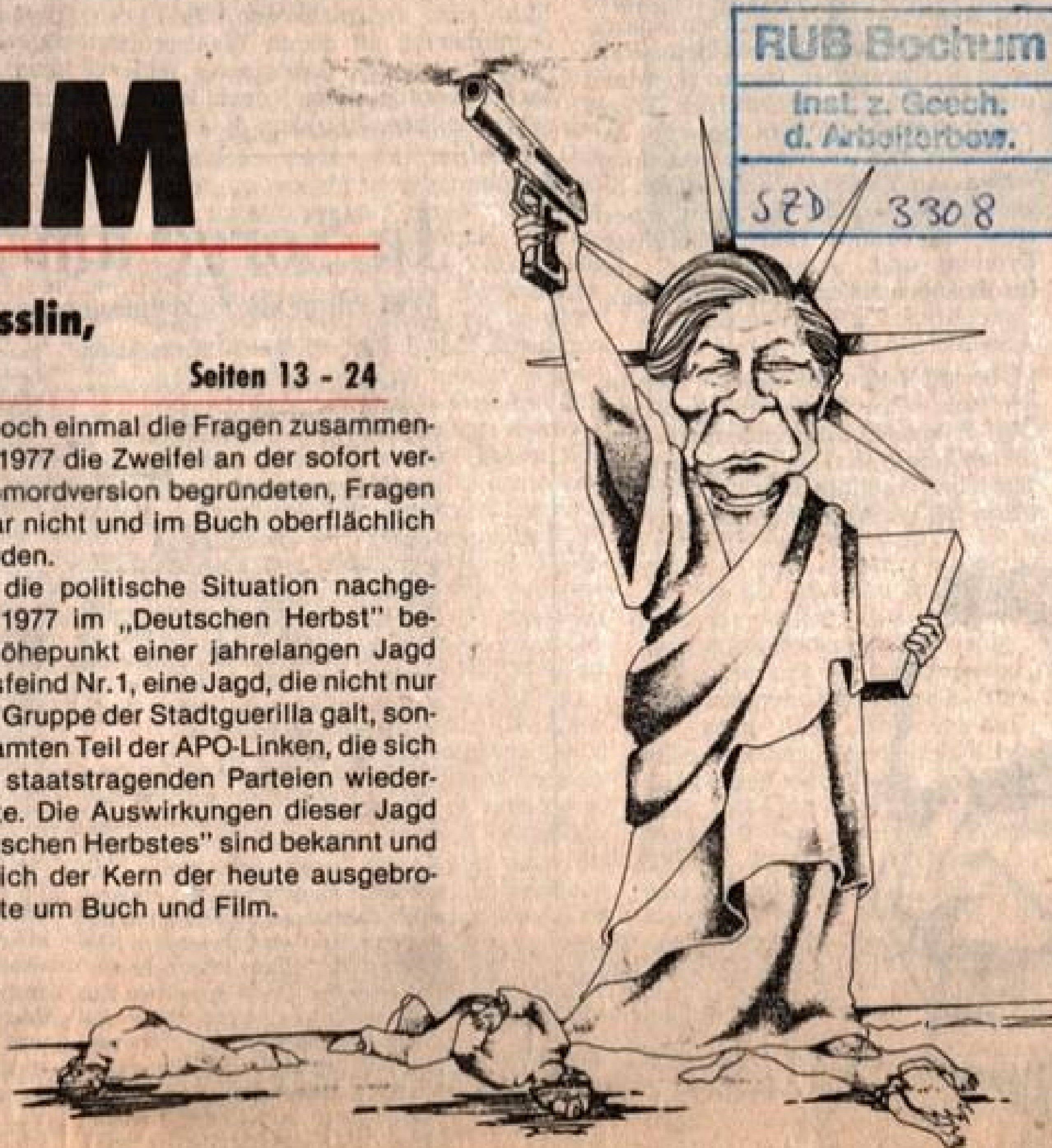
Golfkrieg
Bahman Nirumand, früher Gegner des Schahs wie jetzt Khomeinys, sprach bei einer Veranstaltung zum Golfkrieg über die Rolle des Iran. Wir dokumentieren seine Rede auf Seite 35

Rambo
„Die Ära der Skrupel ist vorbei", ließ Reagan bei seinem Antritt wissen. „Conan, der Barbar", „Rocky" und vor allem „Rambo" sind die filmischen Umsetzungen dieser Devise. „Hollywood macht mobil" — ein Beitrag von Wolf Donner auf Seite 40

Wolf Donner auf Seite 40

STAMMHEIM

Gespräche und Interviews mit Christiane Ensslin, Jürgen Flimm und Reinhard Hauff Seiten 13 - 24



Was war Stammheim wirklich? Diese Frage stellt sich vielen Menschen, seit das Buch von Stefan Aust „Der Baader-Meinhof-Komplex" und der „Stammheimfilm" auf dem Markt sind. Viele, die die damalige Zeit als bewußte Linke miterlebt haben, fragen sich, ob Buch und Film tatsächlich die Wirklichkeit widerspiegeln oder ob hier einseitig Geschichte geschrieben wird. Hierüber haben wir Gespräche geführt, sowohl mit dem Autor (in der letzten Ausgabe des AK), dem Regisseur, Reinard Hauff, und dem Förderer Jürgen Flimm, Intendant des Hamburger Thalia-Theaters , als auch mit einer kompetenten Kritikerin, der Schwester von Gudrun Ensslin, Christiane Ensslin, die seit dem Tod ihrer Schwester den Vorkommnissen der Todesnacht nachspürt und den Staatsorganen schon so manche unbequeme Frage gestellt hat.

Wir haben noch einmal die Fragen zusammengetragen, die 1977 die Zweifel an der sofort verkündeten Selbmordversion begründeten, Fragen die im Film gar nicht und im Buch oberflächlich behandelt werden.

Wir haben die politische Situation nachgezeichnet, die 1977 im „Deutschen Herbst" bestand, dem Höhepunkt einer jahrelangen Jagd auf den Staatsfeind Nr.1, eine Jagd, die nicht nur dieser kleinen Gruppe der Stadtguerilla galt, sondern dem gesamten Teil der APO-Linken, die sich nicht bei den staatstragenden Parteien wiedergefunden hatte. Die Auswirkungen dieser Jagd und des „Deutschen Herbstes" sind bekannt und sie sind letztlich der Kern der heute ausgebrochenen Debatte um Buch und Film.

Was was Stammheim?
APO und RAF / Antiterrorkampagne / "Deutscher Herbst" / "Wunder" und "Spur 6" / Isolations haft

Philippinen

Marcos gestürzt, die Oligarchie bleibt

Mit Ferdinand Marcos hat in diesem Jahr schon der zweite Diktator das Handtuch geworfen. Die Wahlen am 7.Februar, die eigentlich Marcos angeschlagenes Image aufpolieren sollten, wurden ein einziges Desaster für ihn. Die Opposition verstärkte den Druck auf Marcos und auch außerhalb der Philippinen wurde offen von Betrug gesprochen. In einer Trotzreaktion ließ sich Marcos von seinen Lakaien im Parlament noch einmal zum Präsidenten proklamieren, noch einmal wollte er seine Stärke und Entschlossenheit demonstrieren, aber weder die USA noch das Militär wollten sich länger für Marcos die Hände schmutzig machen. Dem zutiefst enttäuschten Marcos blieb nur noch die Wahl, ins Exil zu gehen.

Zur gleichen Stunde feierte das philippinische Volk das Ende der 21-jährigen, blutigen Marcos-Diktatur. Seit der Verhängung des Kriegsrechts wurden 70.000 Filipinos aus politischen Gründen verhaftet. Seit 1973 sind etwa 2.500 Fälle von staatlichem Mord dokumentiert. Hinzu kommen noch über 500.000 Menschen, die in strategische Wehrdörfer zwangsumgesiedelt worden sind, um die „Neue Volksarmee" (NPA) von ihrer Basis abzunabeln. 21 Jahre der Marcos-Herrschaft bedeutet aber auch, daß heute 70-80 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben, 70 Prozent der Kinder unterernährt sind und die Arbeitslosenrate bei etwa 40 Prozent liegt. Neben diesem Erbe hinterläßt Marcos noch eine Auslandsverschuldung von ungefähr 30 Milliarden US-Dollar.

Fortsetzung auf Seite 32

Parteitag der KPdSU

Abschied vom Stalinismus?

Rudolf Augstein pflegt der Sowjetunion in regelmäßigen Zeitabständen ihr Ende zu prophezeien: Ihre Gesellschaftsform, ihr Produzieren und Konsumieren, ihre Verwaltung seien nicht nur hoffnungslos veraltet, sondern auch nicht überlebensfähig. Es ist nicht schwer, den Wunsch als Vater dieses Gedankens zu identifizieren. Andererseits ist nicht von der Hand zu weisen, daß sich die ungelösten politischen und wirtschaftlichen Probleme des „Staates der Oktoberrevolution" seit geraumer Zeit zusammenballen. Generalsekretär Gorbatschow hat eine Kampfansage formuliert. Auf dem 27. Parteitag der KPdSU griff er wie schon zuvor offen und scharf bürokratische Mißstände an und verkündete eine „radikale Reform". Nichts werde sich von allein einrenken und in das alte Gleis zurückkehren. „Das wird es nicht geben, Genossen!"

Abschied vom Stalinismus? Jedenfalls Abschied von der Lethargie. Der Parteichef prangerte „das Festhalten am Alten, den fehlenden Blick für das Zeitgemäße, den Hang zum Überorganisieren, die Gewohnheit, um die Sache herumzureden, die Angst davor, den wirklichen Sachverhalt offenzulegen" an. Für den KB Anlaß, sich zu fragen, ob wir uns das ebenfalls zu Herzen nehmen sollten oder ob wir's schon immer gesagt haben.

„Tauwetter" macht die Sowjetunion für die westliche Linke wieder interessanter, attraktiver. Der neue Stil, gelegentlich die eingefahrenen Bahnen offizieller Parteisprachregelungen zu verlassen, Schwächen einzugestehen und — begrenzt — zur kontroversen Diskussion aufzufordern, steht im angenehmen Kontrast zu den Gepflogenheiten der Breschnew-Ära. Aber wie weit das geht? Und wohin?

Eine erste Einschätzung der von den Kräften um Gorbatschow befürworteten Veränderungen in der sowjetischen Innenpolitik auf



Seite 25



Hunderttausende demonstrierten am 6. März gegen die geplante Änderung des § 116 (im Bild: 80.000 auf dem Hamburger Rathausmarkt). Macht die Bundesregierung unter „dem Druck der Straße" einen Rückzieher? Artikel auf S. 3

Marcos lebt, Reagan ist Präsident,

Palme ermordet

Olof Palme, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Schwedens, stellvertretender Vorsitzender der Sozialistischen Internationale und Ministerpräsident der Republik Schwedens, ist am 28.2.1986 ermordet worden.

Man braucht kein Anhänger der Sozialdemokratie zu sein, um den Menschen *und* Politiker Olof Palme zu betrauern und um Respekt und Anerkennung für sein Leben und Werk zu bezeugen.

Die Umstände seines Todes stehen diametral dem entgegen, wofür er Zeit seines Wirkens eingetreten ist: friedliches Zusammenleben der Menschen und Völker, Toleranz, friedliche Koexistenz.

Geht man die Liste der Staatsoberhäupter durch, so käme man mit Sicherheit auf eine Vielzahl von Namen, bei denen man sich weniger wundern würde, wenn sie einem Attentat zum Opfer fallen würden. Ein Diktator gegenüber dem eigenen Volk, ein imperialistischer Herrscher über ein anderes Volk oder ein kriegsführender oder ein kriegsandrohender Präsident war er Zeit seines Lebens jedenfalls nicht. Dies kann es also nicht gewesen sein, was die Hand seines Mörders geführt hat.

Ohne Übertreibung und ohne falschen Pathos kann behauptet werden, daß die Mehrzahl des schwedischen Volkes um ihn trauert, über parteipolitische und ideologische Grenzen hinweg, auch kann behauptet werden, daß der demokratisch gesinnte Teil der Weltöffentlichkeit, soweit er denn diesen Mord zur Kenntnis nimmt, anläßlich dieses Mordes trauert.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Kommentar:

Marcos lebt, Reagan ist Präsident,

Palme ermordet

Aber dieser Olof Palme, der heute in *jeder* Presse als der unbescholtene Demokrat und Friedensanhänger gefeiert wird, hat sich mit seinem Engagement nicht nur Freunde gemacht.

Wir, die diese Zeitung machen, erinnern uns gut an die Zeit des Vietnamkriegs, als er die Bombenangriffe der USA auf die Zivilbevölkerung Nordvietnams mit den Massakern in Oradour, Guernica und Treblinka verglich und den Krieg der USA in Vietnam als Völkermord angriff. Wir erinnern uns, daß er gegen alle Anfeindungen aus dem bürgerlichen Lager das Vietnam-Tribunal unterstützte. Und wir erinnern uns, daß während seiner Regierungszeit desertierende US-Soldaten des Vietnamkriegs Unterschlupf und Asylrecht in Schweden bekamen. Und — bei aller sozialdemokratischen Halbherzigkeit — erinnern wir uns auch, daß er hierfür die diplomatischen Beziehungen zu den USA einfror. Er scheute sich als Präsident eines westlich orientierten Landes auch nicht, das Vorgehen der USA gegen Nicaragua gleichzusetzen mit dem Krieg der UdSSR in Afghanistan.

Wir haben seine immer wieder vorgebrachten Vorschläge für ein entmilitarisiertes Europa, für eine atomwaffenfreie Zone in Europa als unzureichend, illusionär und nicht den realen Gegebenheiten entsprechend angegriffen, aber dennoch müssen wir konstatieren, daß er bei aller sozialdemokratischer Beschränkheit immer ein Mann und Vertreter des *friedlichen* Weges zwischen den Blöcken gewesen ist. Womit er sich auch wohltuend unterschied von Vertretern der hiesigen Sozialdemokratie, die friedliche Koexistenz im Munde führt, militärische Drohung und „Abschreckung" aber für das normalste auf der Welt hält.

„Über die Toten nur Gutes", dies hindert uns nicht daran, zu sagen, daß Olof Palme auch Sozialdemokrat und sozialdemokratischer Ministerpräsident eines kapitalistischen Landes gewesen ist, unterlag und unterwarf sich den Zwängen, die diese Gesellschaft hervorruft. Seine verbal geäußerte, radikale Gegnerschaft zur Apartheid in Südafrika hatte beispielsweise da seine Grenzen, wo die schwedische Wirtschaft „existenzielle Interessen" an dem Handel mit dem Regime anmeldete. Seine „Übereinstimmung mit dem Volk" endete da, wo die schwedische Industrie existentielles Interesse an der Atomenergiebetreibung artikulierte, er sich zum Befürworter dieser Interessen machte und in einer Volksabstimmung eine Niederlage einstecken mußte.

„De mortuis nil nisi bene" sagt der Lateiner und in heuchlerischer Manier hält sich beispielsweise die US-Admistration an diesen Wahlspruch. Ist erst einmal ein unbequemer Widersacher beseitigt, nennt Ronald Reagan, seines Zeichens Präsident dieser Republik, Olof Palme „einen der angesehensten Politik der Welt" und preist seine Verdienste um „demokratische Werte und Frieden". Man fragt sich, ob dies nur pietätlos ist, oder ob Spuren verwischt werden sollen.

Olof Palme, ein Sozialdemokrat par excellence, aber eben kein alltäglicher, ein Sozialdemokrat, der zumindest in der Kriegs- und Friedensfrage auch gegen den Strom zu schwimmen vermochte, der friedliche Koexistenz selbst dann noch verfolgte, als sie von Seiten der NATO schon aus der Mode war, der den Konflikt zwischen den imperialistischen Mächten und den Ländern der Dritten Welt nicht nur als Gefahr sondern *auch* als berechtigten Anspruch dieser Nationen sah, ein gerechteres Verhältnis in der Welt herzustellen.

Auch wenn wir wissen, daß diese Gerechtigkeit nicht durch Ausgleich zu den imperialistischen Mächten zu erzielen ist, was sicherlich einem Olof Palme vorgeschwebt hat, ist doch auch sicher, daß allein dies schon den Herrschenden dieser Welt ein Dorn im Auge war.

Dies alles führt zu dem Schluß, daß kein fortschrittlich denkender Mensch ein Interesse an seiner Ermordung haben konnte, sondern sein Mörder woanders zu suchen ist. Das schließt leider nicht hundertprozentig aus, daß es auch völlige Wirrköpfe geben könnte, die ihn als „sozialdemokratischen Varräter" auf dem Gewissen haben. Denkt man politisch, sollte man jedoch die Spur in anderer Richtung suchen.

he.



PANCHO

In Sorge um Schwedens Neutralität

Will Palme die Beziehungen zur Sowjetunion auf eine neue Grundlage stellen?

G. MEHNER, **Stockholm**

Nach Jahren eines abgekühlten Nebeneinanders ist Schweden in seinen Beziehungen zur Sowjetunion zu einem Neuanfang bereit. Im April wird Ministerpräsident Olof Palme zu einem offiziellen Besuch in Moskau erwartet. Es müßten schon erneut gravierende „Unterwasserereignisse" vorkommen, falls dieser Besuch noch verlegt oder abgesagt werden sollte. Beide Seiten gehen seit Mitte 1985, als der erste stellvertretende sowjetische Außenminister Viktor Maltsew den Besuch vorbereitete, betont nachsichtig miteinander um.

Jüngster Höhepunkt war ein Statement des Flottenadmirals und stellvertretenden Verteidigungsministers Tschernawin, der als Oberbefehlshaber der sowjetischen Marine „mit höchster Ernsthaftigkeit" erklärte, „daß sich keines unserer Unterseeboote in den Hoheitsgewässern Norwegens oder Schwedens befindet". Ein Sprecher des sowjetischen Außenministeriums sekundierte, schwedische Berichte über angebliche russische Verletzungen der territorialen Integrität des Landes gingen von „gewissen antisowjetischen Kreisen" aus, die eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Moskau und Stockholm zu hintertreiben trachteten. Nachdem 1981 das sowjetische U-Boot „U 137" im militärischen Sperrgebiet vor Karlskrona strandete, war dies der Beginn einer Frostperiode zwischen Moskau und Stockholm.

Das sicherheitspolitische Muster in Nordeuropa bestehe weiterhin, und die schwedische Neutralität sei ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung dieser Region, hatte Palme zu Beginn der jüngsten Regierungsperiode erklärt. Beide Aussagen werden vom nördlichen Partner und NATO-Mitglied Norwegen mittlerweile massiv in Frage gestellt. Norwegische Offiziere fürchten, das schwedische Verteidigungspotential könne sich zur Bedrohung dieser Region wandeln. Im Rahmen einer von der norwegischen Verteidigungshochschulenvereinigung arrangierten Konferenz wurde ganz unverhohlen die Frage gestellt, ob die nachlassenden schwedischen Verteidigungsanstrengungen und das schwedische Auftreten gegenüber der Sowjetunion eine beginnende Anpassung an neue machtpolitische Realitäten sei. Der schwedische Neutralitätsbegriff, so die Meinung vieler Konferenzteilnehmer, schließe heute nicht mehr aus, daß das schwedische Territorium oder der schwedische Luftraum für eine Aktion gegen Norwegen ausgenützt werde. Die herrschende NATO-Verteidigungsdoktrin unterstellt aber eben dies, daß der schwedische „Schutzschild" noch intakt ist.

Dabei erkennen auch die Norweger durchaus an, daß für die Sowjetunion im Bereich Nordeuropa, dem Ausfalltor zu den Weltmeeren, „lebenswichtige Interessen" auf dem Spiele stehen. Die NATO-Abschreckung in diesem Bereich dürfe nicht provozierend wirken: keine Stationierung von fremden Truppen oder Atomwaffen im Norden tragen dem Rechnung. Aber selbst auf einem abgesenkten Niveau scheint Schweden den norwegischen Verteidigungserwartungen nicht mehr zu entsprechen.

Der konservative schwedische Reichstagsabgeordnete Carl Bildt kritisiert, daß die schwedische Außen- und Sicherheitspolitik in einem „wolkigen Internationalismus" schwelge, Schweden aber über keine Europapolitik verfüge, die ihren Namen wert sei.

„Welt", 24.2.86

Nur Spekulationen über Palmes Mörder

Nur Spekulationen über Palmes Mörder

Wenn ein Mord an einer so bedeutenden und hochgestellten politischen Persönlichkeit wie Olof Palme verübt wird, dann liegen die Spekulationen über die Urheberschaft für den Mord selbstverständlich zunächst im politischen Bereich. Man fragt sich dann, wer die ärgsten politischen Feinde dieses Menschen gewesen sind, um Rückschlüsse auf die Motive des Täters und die Person bzw. die Organisation bzw. die Macht zu ziehen, die ein Interesse am Tod dieser Person gehabt haben könnte.

Schaltet man persönliche oder rein irrationale Motive aus, was mit Sicherheit niemals gemacht werden kann, so stellt sich die Frage danach, wer die hauptsächlichen Nutznießer dieses Mordes sein könnten. Auffallend ist, daß in diesem Fall jede *große Politik* aus dem Spiel gelassen wird. Jeder weiß, daß der Sozialdemokrat Palme mit seinem beharrlichem Insistieren auf den Entspannungsprozeß zwischen Ost und West und mit seinemunermüdlichen — sicher auch illusionärem — Eintreten für radikale miltärische Abrüstung der derzeit herrschenden NATO-Doktrin ein absoluter Dorn im Auge gewesen ist. Beispielsweise stand für den April wiederum eine Reise in die UdSSR bevor, auf der er sich für eine entmilitarisierte Zone in Europa einsetzen wollte, wofür er bei der gegenwärtigen Führung der KPdSU offene Ohren gefunden hätte — nicht aber im eigenen Lager der Westmächte. Hier sind die Gegner zu suchen, die sich Palme auf der Ebene der *Weltpolitik* zu Feinden gemacht hat, auf der Ebene also, wo viel entschieden wird.

Ebenfalls hat er sich Feinde gemacht, indem er die Politik der USA gegenüber Nicaragua angegriffen hat, oder die Politik der Westmächte gegenüber der Republik Südafrika. „Seltsamerweise" kommt kein Zeitungskommentar auf die Idee, hier die Urheberschaft für den Mord zu suchen. Stattdessen wird in aller Selbstverständlichkeit sein Engagement gegen den Vietnamkrieg u.a. als Verdienst hervorgehoben — nach seinem Tod —, ohne ernsthaft zu fragen, ob diejenigen, die hierdurch in der Welt diskreditiert wurden, ein Interesse an seinem Tod hätten haben können. Ebensowenig wird ernsthaft gefragt, ob sein Engagement für den „Entspannungsprozeß", wie er derzeit in den Hauptquartieren der NATO-Nationen nicht mehr geliebt wird — eine Ursache für seinen Tod sein könnte.

Wir wollen gar nicht behaupten, daß die Mörder in diesen Reihen zu suchen sind, wollen aber darauf hinweisen, daß, wenn politischer Mord angenommen wird, alle Möglichkeiten eingeräumt werden müssen und daß keinerlei Überlegungen über die hauptsächlichen Feinde außer acht gelassen werden dürfen.

Die einzigen Spuren, die heute von der bürgerlichen Presse verfolgt werden, bewegen sich alle entweder in der linken oder sich so nennenden Szene, allenfalls werden rechtsradikale Exilorganisationen oder psychopathische Gruppierungen ins Spiel gebracht.

Zunächst wird die RAF genannt, für die als einzige Organisation telefonische Bekennungen existieren. Für jeden Eingeweihten haben diese wenig Beweiskraft, da es außerhalb eines weit zurückliegenden Rachegedankens keinerlei Anhaltspunkte gibt. Unbekannt ist für die RAF bisher die Praxis, Attentate oder Angriffe außerhalb der BRD bzw. außerhalb der Hoheitsgewalt der BRD zu begehen. Alle Stellungnahmen der RAF aus den vergangenen Jahren beweisen zudem, daß sie sich ausschließlich auf die NATO und die USA als Zielobjekt konzentriert. Unbekannt für die RAF sind bisher auch reine Racheakte, die nichts mit der derzeitigen Tätigkeit dieser Organisation zu tun haben. Allerdings gibt es trotz der verschiedenen angeblichen Bekennerschreiben aus der RAF keinerlei distanzierende Stellungnahme. Auch wenn es bisher nicht Praxis dieser Gruppe gewesen ist, sollte doch erwartet werden, daß sie sich hierzu äußert.

Eine weitere Spur wurde zur PKK (Kurdische Arbeiterpartei) gelegt, was auch einem Teil der Linken derzeit sehr schnell von den Lippen ging. Die möglichen Motive dieser Gruppierung lägen darin, daß zwei ihrer Anhänger wegen Mordes an Dissidenten ihrer Organisation in Schweden zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden sind, der letzte zwei Tage vor dem Mord an Palme. Ein zusätzliches Indiz soll sein, daß Palme von der PKK als einer der Hauptbetreiber der Liquidationskampagne der Sozialdemokratie gegen die PKK bezeichnet worden ist. Die PKK hat sich jedoch in einer Stellungnahme drei Tage nach dem Mord eindeutig von dieser Tat distanziert (siehe Kasten) und dies in einer Weise, die für Anschuldigungen nur noch den Schluß zulassen würde, daß sie auf der ganzen Linie lügen würde. Auch würde es der Praxis dieser Gruppe widersprechen, sich von Morden, die von ihr zu verantworten sind, zu distanzieren.

Andere Spuren wurden bisher öffentlich nicht genannt oder wurden fallen gelassen.

Dafür werden aber von der bürgerlichen Presse völlig willkürlich Spuren gelegt, insbesondere von der BILD, die wieder einmal die PLO hinter allem vermutet: „*Palme-Mord: Weiß Arafat mehr?*" lautete die Schlagzeile am 5.3.86. Wieder wird die „Truppe 17" verantwortlich gemacht, die „Leibwache" Arafats. Angeblich hat diese Gruppe der Einwanderungsministerin wegen der Verhaftung eines illegal eingereisten PLO-Mitglied gedroht. Palme sei darüber so erbost gewesen, daß er Arafat persönlich angerufen habe — ein starkes Motiv für einen Mord!

Selbstverständlich ist nicht auszuschließen, daß eine durchgeknallte Gruppe oder Person diesen Anschlag verübt hat, vielleicht ist dieses sogar die wahrscheinlichste Möglichkeit, aber wenn man überhaupt schon den Strang eines politischen Mordes verfolgt, dann sollte man doch in erster Linie die Täter unter denjenigen suchen, die sich durch die Person Palme am meisten angegriffen gefühlt haben bzw. deren politischen Optionen am meisten gestört worden sind.

Oder traut man diesen einen politischen Mord nicht zu?

he

Stellungnahme der PKK zum Mord an Olof Palme

„Das schwedische Volk und die Menschheit haben am 28. Februar 1986 einen wertvollen, friedliebenden Menschen verloren. Der Mord wurde durch einen gemeinsamen Komplott des CIA-MIT-MOSAD durchgeführt. Durch dieses Komplott gegen den schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme versuchten die reaktionären Kräfte der Welt den internationalen Friedensbemühungen einen Schlag zu versetzen. Es ist kein Zufall, daß dieser Mord in einer Zeit verwirklicht wurde, in der die reaktionären Kreise stärker entlarvt wurden und sich die Friedensbemühungen auch durch das aktive Engagement Palmes intensivierten.

...

In Zusammenarbeit mit CIA, MIT und MOSAD hat die Geheimdienstorganisation Schwedens, SÄPO, im August 1985 behauptet, daß die „PKK Palme zu töten bezweckt" und versuchte damit, den Namen unserer Partei mit solchen niederträchtigen Provokationen in Zusammenhang zu bringen ... So sehr auch die patriotischen Kurden in Schweden einigen Praktiken ausgesetzt wurden, sind die Freundschaftsbeziehungen zwischen unserem Volk und diesem friedliebenden Menschen nicht beschädigt worden und sie haben weiterhin existiert.

Nach der hinterhältigen Ermordung von Olof Palme haben an erster Stelle die türkischen Zeitungen Hürriyet, Milliyet und Tercüman, gewisse Kreise in der BRD und die ARD den Versuch gestartet, unsere Partei mit dieser schmutzigen Provokation in Zusammenhang zu bringen. Wir protestieren aufs Schärfste gegen diese Provokation und betonen, daß unsere Partei damit in keiner Weise zu tun hat. Aus all diesen Erklärungen ist offen zu erkennen, daß sich die Pläne und Komplotte gegen unsere Partei richten.

Es ist kein Zufall, daß Olof Palme von seiten des CIA-MIT und MOSAD als Zielscheibe ausgewählt wurde. Um die nationalen Unabhängigkeitskämpfe zu verleumden, den Friedensbemühungen einen Schlag zu versetzen, den Behauptungen des „Terrorismus" und den Angriffen der Reaktion eine Legitimität zu verschaffen, wurde ein Mitglied des Friedenskampfes ermordet.

...

Unsere Partei protestiert gegen die hinterhältige Ermordung einer bei den Friedensbemühungen eine Führungsrolle ausübenden Person aufs Schärfste ... Wir betonen, daß wir mit unserer gesamten Kraft bei den Bemühungen zur Aufklärung dieses hinterhältigen Mordes auf der Seite der fortschrittlichen Menschen stehen werden.

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.500
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Hunderttausende protestierten:

Bundesregierung auf dem Rückzug?

Hunderttausende demonstrierten am 6. März gegen die Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz. Viele hatten unerlaubt ihre Arbeitplätze verlassen und sich eindeutig politischen Streiks angeschlossen. Es waren die größten gewerkschaftlichen Protestaktionen dieser Art in der Geschichte der Bundesrepublik.

Gleichzeitig bahnt sich eine Niederlage der konservativ-liberalen Bundesregierung an. Die seit November anhaltenden gewerkschaftlichen Proteste haben Durchschlagskraft bewiesen und für die Regierung waren die Ereignisse der letzten Wochen eine Kette von Hiobsbotschaften: Namhafte bürgerliche Experten stellten sich bei der Bundestagsanhörung gegen die Gesetzesänderung; das Frankfurter Sozialgericht entschied, der „Franke-Erlaß" von 1984 — Grundlage für die Gesetzesänderung — ist rechtswidrig, Kurzarbeitergeld für die kalt ausgesperrten mußte gezahlt werden; das Infas-Institut ermittelte: 64 % der Bundesbürger lehnen eine Änderung ab, nur 28 % sind dafür, selbst unter CDU-Anhängern herrsche mehrheitliche Gegnerschaft; Allensbach fragte, ob es bei der Gesetzesänderung um die Einschränkung des Streikrechts gehe — 48 % sagten ja, 30 % wußten nicht bescheid, 22 % meinten, es gehe um etwas anderes, doch nur 1 % der Bevölkerung „*kennt das eigentliche Ziel der Gesetzesinitiative, den Paragraphen 116 klarer zu fassen*", wie die FAZ am 7.3. erbittert feststellt. Schließlich die katastrophale Wahlniederlage für CDU und FDP bei den schleswig-holsteinischen Kommunalwahlen und die Sorge eines weiteren Einbruchs im Juni in Niedersachsen. Fast schon resigniert zu nennen ist der FAZ-Kommentar vom 7.3.: „*Beide Koalitionsparteien, so scheint es, blasen beim ‚116' zum Rückmarsch. ‚Kabinett und Kapital' haben die Gewerkschaften als die gefährlichsten Druckgruppen angeschwärzt; die Wahrheit, so zeigt sich wieder einmal, sieht ganz anders aus*".

Kompromiß Schiedsstelle?

All dies hat das Nachdenken über „Kompromisse" beschleunigt. Favorit ist dabei die zuerst von Biedenkopf (vgl. AK 266) ins Spiel gebrachte Schiedsstelle — positiv übernommen von den Sozialausschüssen, Albrecht und Dregger — „derzeit unter dem Titel „Neutralitätsausschuß" gehandelt. Diese bei der Bundesanstalt für Arbeit angesiedelte Stelle aus drei Unternehmern, drei Gewerkschaftern und mehreren „Neutralen" soll die Auslegung von Zahlung oder Nichtzahlung des Kurzarbeitergeldes durch die Arbeitsämter übernehmen. Dieser Schachzug könnte durchaus die Gemüter etwas beruhigen. Dabei ist aber interessanter als diese Stelle die gesetzliche Grundlage, nach der sie zu entscheiden hat. Hier wird die Bundesregierung, wenn sie auf diese Linie einschwenkt, auf jeden Fall ihr altes Vorhaben durchzusetzen versuchen. Was dann in einer solchen Schiedsstelle passiert, hat der konservative Konstanzer Arbeitsrechtler Rüthers in einem SPIEGEL-Interview exzellent beschrieben: „*Wie eine Schiedsstelle entscheidet, das ist eine Frage der Besetzung. Das Recht fällt nicht vom Himmel, sondern wird von Menschen gemacht und gesprochen*". Ob damit nicht der Streit um den Paragraphen auf die Frage der Besetzung verlagert werde, fragt der SPIEGEL? „*Das ist das Problem aller Schiedsstellen und Schlichtungsverfahren. Man kann es durch Ersatzlösungen regulieren. Wenn man sich über die neutralen Mitglieder nicht einigen kann, wird eine dritte Instanz bestimmt, die dann entscheidet, wer neutral ist*" (17.2.). Und so weiter, möchte man da hinzufügen.

Wie die Regierung bis zur geplanten Gesetzesverabschiedung am 21. März entscheidet, ist unklar. Ob sie durchzockt (ein anderer FAZ-Kommentator hofft am 6.3., „*daß selbst das umstrittenste Thema, wenn es im Parlament ‚abgehakt' worden ist, plötzlich an Interesse verliert*") oder Kompromisse sucht — im ersten Fall würde sie sich sicherlich eine Punktniederlage, im zweiten sogar eine mit technischem k.o. einhandeln, war doch die von den Kapitalistenverbänden gewollte Klarstellungsabsicht, gesetzliche Zweifel an der Nichtinanspruchnahme der Kassen der BfA bei kalten Aussperrungen zu beseitigen. Die wäre aber bei der Schiedsstelle nur unzureichend durchgesetzt, da veränderte Machtverhältnisse bei Wahlen eine veränderte Zusammensetzung bringen würde. Gesetze aber sind schwerer reversibel.

Wählt SPD!

Bleibt der Sieg für Sozialdemokratie und Gewerkschaften. Die SPD werde, so Vogel, bei Regierungsübernahme den neuen § 116 sofort aufheben. Das dürfte zwar nicht so reibungslos laufen wie es sich anhört, macht sich als Wahlversprechen vor dem Hintergrund der Stimmung im Volke nicht schlecht. Und: es kostet die Sozialdemokratie herzlich wenig, da sie nicht mehr verspricht, als Erhalt des status quo, „sozialer Frieden" made in Germany. Einfacher konnte diese Bundesregierung Opposition nicht machen. Auch die Gewerkschaften haben sich zunehmend nur noch auf die teilweise von konservativen Rechtsstaatlern gestützte Linie der Verteidigung des § 116 verlegt. Wie heißt es doch im DGB-Aufruf zum 6. März? „*Wir rufen die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien erneut auf, unabhängigen Gerichten die Entscheidung über die Auslegung des geltenden Rechts zu überlassen und davon abzusehen, den Richtern die Entscheidungsgrundlage durch ein gesetzgeberisches Eilverfahren zu entziehen.*" Weg mit § 116! hätte es ja eigentlich heißen müssen, schließlich legalisiert dieser Paragraph auch die Aussperrung. Verbot der Aussperrung wird in den radikalen Reden dieser Zeit schon mal gefordert, ist aber bei der empfindsamen Rücksichtnahme von Gewerkschaften und Sozialdemokratie auf den „sozialen Konsens" außer in der unmittelbaren Nachkriegszeit nie ernsthaft verfolgt und vertreten worden. So sehr der Angriff auf die Verschlechterung gewerkschaftlicher Tarif- und Streikbedingungen auch zurückgewiesen werden muß, so wenig bietet er eine andere Perspektive als die, bei der nächsten Bundestagswahl SPD zu wählen, Rau statt Kohl ist zwar etwas anderes, aber wenig.

Der Hinweis auf das einmalige Ausmaß der politischen Streiks vom 6.3. ist auch ein Hinweis auf das Schneckentempo gesellschaftlicher Veränderungen hierzulande. Die Kehrseite ist ja, daß diese kaum erwartete Beteiligung mit der absoluten Rechtsstaatlichkeit, Rau-scher Anständigkeit sozusagen, erkauft wird. Daß selbst die Konfrontation in der großen Zahl der Betriebe durch Gentleman-Agreements mit den Unternehmensleitungen (unbezahlte Freizeit, Verrechnung mit Überstunden, Proteste in der Mittagspause, geduldete Abwesenheit etc.) durchgestanden wird, spricht für die Funktionsfähigkeit solcherart Demokratie. Dies war eher die Regel, während die schrillen Töne um politisch verbotene Streiks und einzelne Maßregelungen nach wie vor die Ausnahme sind. Die Linke, die Generalstreik ruft, ist tatsächlich voll auf die sozialdemokratische Kampagne von der Gefährdung der schwarz-rot-goldenen Demokratie reingefallen und schätzt wie so oft die Grundlagen solcher Aktionen falsch ein. Solcherart linker Gewerkschaftsradikalismus kommt aus dem Dilemma, mal wieder im Fahrwasser der Sozialdemokratie zu schwimmen, nicht heraus:

hr.



Fast schon resigniert zu nennen ist der FAZ-Kommentar vom 7.3.: „*Beide Koalitionsparteien, so scheint es, blasen beim ‚116' zum Rückmarsch. ‚Kabinett und Kapital' haben die Gewerkschaften als die gefährlichsten Druckgruppen angeschwärzt; die Wahrheit, so zeigt sich wieder einmal, sieht ganz anders aus*".

Kompromiß Schiedsstelle?

All dies hat das Nachdenken über „Kompromisse" beschleunigt. Favorit

entscheidet, ist unklar. Ob sie durchzockt (ein anderer FAZ-Kommentator hofft am 6.3., „*daß selbst das umstrittenste Thema, wenn es im Parlament ‚abgehakt' worden ist, plötzlich an Interesse verliert*") oder Kompromisse sucht — im ersten Fall würde sie sich sicherlich eine Punktniederlage, im zweiten sogar eine mit technischem k.o. einhandeln, war doch die von den Kapitalistenverbänden gewollte Klarstellungsabsicht, gesetzliche Zweifel an der Nichtinanspruchnahme der Kassen der BfA bei kalten Aussperrungen zu



80.000 am 6. März auf dem Rathausmarkt in Hamburg. Dabei auch die Beschäftigten aus den Kindertagesstätten der „Vereinigung", die gegen den Personalkahlschlag des zweiten Hauptredners — Bürgermeister Dohnanyi — protestierten.



Ostermarsch nach Wackersdorf

Dazu rufen die oberpfälzischen Bürgerinitiativen für Ostermontag, 31. März auf. Ab 13 Uhr soll am Treffpunkt „Rotes Kreuz" am Baugelände ein Kulturprogramm beginnen, ab 15 Uhr eine Kundgebung.

Eine Besichtigung des Wackersdorfer Bauzauns wird versprochen. Im Aufruf wird auf die militärische Bedeutung der WAA hingewiesen und ausdrücklich nicht nur die Anti-AKW-, sondern auch die Friedensbewegung angesprochen: „*Genauso wie friedliche und militärische Nutzung der Kerntechnologie nicht von einander getrennt werden können, gehören die Friedens- und Anti-AKW-Bewegung zusammen.*"

Unterstützt wird dieses Vorhaben mit einem eigenen Aufruf „Ostern in Wackerland" von eher autonomen AKW-Gegnern aus der Oberpfalz, die vorschlagen, zusätzlich und nicht in Konkurrenz zu den gemeinsamen Aktivitäten auch direkte Aktionen zu unternehmen. Der Bau eines neuen Hüttendorfes wird dabei als wenig realistisch angesehen. Es wird aber darauf hingewiesen, daß der derzeitige Zaun um das Baugelände ein zwar massiver, aber noch provisorischer ist, daß der geplante Sicherheitszaun noch nicht fertiggestellt sein wird. Eine Aktion, an der sich viele beteiligen können, sei die „Demontage" des Bauzauns.

Bundesweite Unterstützung haben die Oberpfälzer vom „Komitee für Grundrechte und Demokratie" bekommen, das dazu aufruft, von Schwandorf zur Wackersdorfer Kundgebung zu demonstrieren. Das Komitee möchte Wackersdorf zum zentralen Ostermarsch der Friedensbewegung machen. „*Es soll der Ostermarsch werden, mit dem der bayerischen Landesregierung und zugleich auch der Bundesregierung in Bonn gesagt werden muß: SO NICHT!*"

Nähere Informationen
über den Ostermarsch bei:
BIWAK-Büro Regensburg:
0941/55 555
Anti-WAA-Büro Schwandorf:
09431/1029
Ermittlungsausschuß und Zeltplätze:
09431/3368

Redaktion "atom":

Anti-AKW-Bundeskonferenz? Ja bitte!

Die erfolgreichen Wackersdorf-Besetzungen haben die Anti-AKW-Szenerie durcheinandergeschüttelt:

Auch außerhalb Bayerns werden neue BIs gegründet, städtische BIs reorganisieren sich, neue Strukturen, wie das Bonner Anti-AKW-Pleneum entstehen. In der Oberpfalz platzen die Säle bei Anti-WAA-Veranstaltungen aus allen Nähten.

Die ENtschlossenheit der Oberpfälzer Bevölkerung und der autonomen Anti-AKW-Bewegung veranlaßt u.a. die staatsfromme SPD zu den allerverrücktesten Kapriolen: Die Pro-Atomsäcke der bayrischen SPD-Landtagsfraktion sahen sich z.B. genötigt, dem Taxöldener Forst und speziell dem „Schafstall", dem Interimsort der Dauerbesetzer, einen hochoffiziösen Besuch abzustatten, anerkennende Worte zu verlieren und mit schleimiger Grimasse einen Hundertmarkschein („Mit schönem Gruß von Herrn Hiersemann") für den weiteren Widerstand rüberzuschieben. Nichts könnte besser die Verschiebung aller Maßstäbe demonstrieren als diese groteske und zu Normalzeiten absolut undenkbare Szene.

Es ist wohl kein Zufall, und dürfte an den Erfahrungen von Whyl bis Grohnde liegen, daß die Anti-AKW-Bewegung gestern mit der Wendlandblockade und Tag X-Aktionen und heute mit dem noch weitaus massenhafteren Widerstand im Wackerland die Polizeistrategen und -psychologen in größere taktische Probleme und Image-Verluste gestürzt hat, als der gesamte Friedensherbst 1983. Und wohl auch nicht zufällig ist es der linke, autonome Flügel dieser Bewegung, der schon im Oktober 1985 mit der ersten erfolgreichen Besetzung gegen die WAA im Taxöldener Forst den nötigen Funken schlug.

Klar, die Grünen haben selbst ihren Parteitag unterbrochen, um im Dezember 1985 für eine Stippvisite nach Wackersdorf zu kommen. Die grünen Delegierten waren aber längst über alle Berge, als das eigentlich wichtige passierte, als 2000-3000 im neuen Besetzerdorf übernachteten und die Oberpfälzer Normalos weder Polizeisperren noch Fußmärsche von über 10 km scheuten, um Brötchen und Tee vorbeizubringen. **Das praktische Beispiel hat ausgerechnet in der bayerischen Oberpfalz bewiesen, daß radikaler und dennoch massenhafter Widerstand mehr Veränderungen in den Köpfen der Menschen und mehr Zeit- und Geldverluste für die Atommafia bewirkt als alle noch so ausgeklüngelten parlamentarischen Initiativen oder papierene Erklärungen.** Das klingt selbstverständlich, ist es aber leider längst nicht mehr.

Heute ist ein guter Teil der 100.000 Brokdorf-Demonstranten von 1981 vom Parlamentarismus aufgefressen, viele andere versuchen sich resigniert und vereinzelt mit dem System zu arrangieren. Die Niederlage der Friedensbewegung („Hat doch alles keinen Sinn ...") war vermutlich für beides, Parlamentarismusflucht und Vereinzelung, ein zusätzlicher Antrieb.

Wenn es heute überhaupt eine Chance gibt, dem rot-grün-modernden Zeitgeist etwas entgegenzusetzen, dann aus der neu keimenden Anti-AKW-Bewegung heraus mit den Wackersdorf-Erfahrungen im Rücken. Wie gesagt, eine Chance, nicht mehr, und das vielleicht auch nicht mehr lange. Denn **noch** ist der Widerstandswille in der Oberpfalz trotz Rodungen, Massenverhaftungen und Kriminalisierungsversuchen ungebrochen. Keiner weiß, wie lange das anhält und ab wann der bayerische Repressionsapparat genug Menschen zermürbt hat, um den sozialdemokratischen Reintegrationsanstrengungen mit der Sackgassen-Orientierung auf Wahlen und Gesetze zum Durchbruch zu verhelfen. **Wir befürworten eine Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung noch in diesem Jahr, um diese kleine Chance zu nutzen und um den Versuch zu unternehmen, die unabhängige außerparlamentarische Widerstandsbewegung zu reorganisieren als Kontrapunkt zu sozialdemokratischen Scheiße und als Neuformierungsansatz angesichts des Anpassungskurses der Grünen.** (Klaro — dieses Ziel ist wohl etwas hochgesteckt und pipapo, aber ein wenig Träumerei, um wenigstens ein schemenhaftes Ziel

Fortsetzung auf Seite 31

Bundesparteitag in Hagen:

GRÜNE demonstrieren Geschlossenheit

Das gab's noch nie bei den Grünen: einen echten „Arbeitsparteitag" fast ohne Linienkämpfe und Strömungsgezänk. War der „Unterhaltungswert" (taz) der zweitägigen Veranstaltung auch gering, es wurde einiges geschafft. Programmatische „Sachaussagen" zum Streikrecht, zur Gentechnologie, zu den „Sicherheitsgesetzen" und zur Entgiftung wurden durchgängig mit überwältigenden Mehrheiten verabschiedet. Ob der Aufwand sich gelohnt hat und die Grünen mit den beschlossenen Papieren der angestrebten „Kampagnenfähigkeit" (von SPD-Geschäftsführer Peter Glotz übernommenes Zauberwort) nähergekommen sind, wird die Zukunft zeigen.

Medienaufmerksamkeit verschaffte den Grünen vor allem der Gastauftritt des IG-Metall-Vorstandsmitglieds Hans Janßen (SPD), der als erster Gewerkschaftsführer auf einem grünen Parteitag das Wort ergriff. Allein diese Tatsache löste schon vorher empörte Reaktionen bei der CDU aus. MdB Seiters warnte die IGM davor, ihren „Amoklauf" gegen die Streikrechtsänderung jetzt auch noch „Arm in Arm mit diesen radikalen Kritikern unseres parlamentarischen Systems" fortzusetzen.

Was Janßen dann — nach Eröffnung und Einstimmung durch Rainer Trampert — zum Tagesordnungspunkt § 116 zu sagen hatte, mußte die Reaktionäre aller Schattierungen — inklusive IG-Chemie-Vorsitzenden Hermann Rappe (ebenfalls SPD), der sich eiligst distanzierte — noch mehr empören. Daß „*Streiks die einzige Sprache sind, die dieses reaktionär-konservative Unternehmer- und politische Lager verstehen*", hört man von einem Sozialdemokraten ja nicht so häufig (von Grünen auch nicht). Gänzlich außerhalb der „Gemeinsamkeit der Demokraten" stellte Janßen sich mit Anspielungen auf verstorbene und noch lebende politische Verwandte der Bonner Koalitionsparteien. Es sei kein Zufall, so Hans Janßen, „*daß irgendwo in der Welt, wenn eine Demokratie beseitigt wird — ob durch Obristen eine Militärdiktatur installiert wird oder andere Putschisten ein autoritäres Regime installieren —, daß deren erste Maßnahme ist: Die Zerschlagung der Institutionen der Arbeiterbewegung, die Zerschlagung der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften, die Inhaftierung führender Gewerkschaftsfunktionäre, ihre Folterung und Ermordung. Das war immer die erste Maßnahme von Diktaturen, wo immer eine Demokratie beseitigt wurde, und das war 1933 im Deutschen Reich nicht anders.*"

Janßens Absage an unkontrolliertes Wirtschaftswachstum, etwa eine Verdoppelung des Bruttosozialproduktes innerhalb von zehn Jahren, von der die CDU träume, riß die Grünen Delegierten zu Beifallsstürmen hin: „*Doppelt so viel Beton, doppelt so viele Straßen, doppelt so viele Hochhäuser, doppelt so viele Autos, doppelt so viel Abgase! Und damit doppelt so viel sterbende — ach nein, Wälder, das wäre ein schlechtes Beispiel, soviel haben wir ja gar nicht! — aber doppelt soviel Plastiktüten, doppelt soviel Einwegflaschen und in diesen Flaschen zuvor doppelt soviel Alkohol. Ich frage alle Welt: wer soll das ganze Zeug saufen?*"Janßen schloß mit der Bitte um Unterstützung bei der Verteidigung des Streikrechtes und wurde mit Ovationen verabschiedet. Der Höhepunkt des Parteitags war vorüber.

Resolution zum Streikrecht

Bei der Beschlußfassung des Parteitags zum § 116 flammte für kurze Zeit doch noch der grüne Fraktionskampf auf. Dem „strömungsübergreifenden" Resolutionsentwurf von Eckhard Stratmann, Siggi Fries und Hubert Kleinert stand ein Antrag der Hamburger GAL gegenüber, der Wert auf linke Akzente legte. Während Stratmann u.a. „*Demonstrationsstreiks, politische Streiks für ein selbstverständliches und legitimes Mittel der Beschäftigten (halten), um ihrem Willen zum Widerstand Ausdruck zu verleihen*", wollen die GA-Lier „*all diejenigen Kräfte innerhalb des DGB (unterstützen), die für politische Streiks und die Diskussion über die Durchführung eines Generalstreiks des DGB gegen die Änderung des § 116 kämpfen.*"

Vor allem unterscheiden sich die beiden Entwürfe aber in der (Nicht-)Behandlung der SPD. In dem Stratmann-Antrag kommt die SPD gar nicht vor, die Hamburger erklären dagegen:„*Die SPD sucht den Konsens mit dem Kapital*" und bezweifeln, „*ob die SPD die Gesetzesänderung des § 116 wieder zurücknehmen würde, wenn sie die nächste Regierung stellen würde*". Bei der Behandlung des Gesetzentwurfes der grünen Bundestagsfraktion zum Verbot der Aussperrung habe die SPD „*bisher keine Bereitschaft gezeigt, diese auch vom DGB-Vorsitzenden Ernst Breit unterstützte Initiative der Grünen mitzutragen.*"

Um eine Kampfabstimmung zu vermeiden, wurden beide Anträge beschlossen; die Hamburger Vorlage mit etwa einem Drittel Gegenstimmen, das „strömungsübergreifende" Papier fast einstimmig.

Entgiftung

Nachdem die hessischen Giftmüllexporte nach Frankreich und in die DDR („verantwortlicher" Minister: Joschka Fischer) bekannt geworden waren, hatte die Debatte um ein grünes „Entgiftungsprogramm" besondere Brisanz erhalten. Die hessischen „Radikalökologen" Zieran und Kuhnert hatten Joschka eine spezielle Variante von Entlarvungspolitik angedroht. Auf dem Parteitag lief dann alles recht glimpflich ab. Zum einen war Fischer gar nicht da (wegen eines Todesfalles in der Familie verhindert); zum anderen stimmten auch die Realos der Forderung des Entgiftungsprogramms nach „*sofortigem Verbot von Müllexporten, unter anderem auf die Giftmülldeponie in Schönberg/DDR*" ebenso zu wie einer gesonderten Resolution zum selben Thema, die Lübecker Grüne eingebracht hatten: die DDR-Deponie bedroht mit ihrem hessischen Müll das Lübecker Trinkwasser.

Ein kurz aufblitzender Streit um die Zulässigkeit der Müllverbrennung wurde ebenfalls „radikalökologisch" beigelegt. Die Grünen lehnen die Müllverbrennung als Sackgassentechnologie ab, die gefährliche Abgase erzeuge (darunter Dioxine) und Wege zur Müllvermeidung behindere.

Daß mit Verabschiedung des Entgiftungsprogramms Parteitagsbeschlüsse und grüne Regierungspraxis in typisch sozialdemokratischer Manier auseinanderklaffen, könnte in den kommenden Wahlkämpfen noch unliebsame Folgen haben. Die „Frankfurter Rundschau" (17.2.) zitiert die Befürchtung eines Delegierten aus Schleswig-Holstein, daß die Sozialdemokraten den Grünen wegen der hessischen Giftmüllexporte „*die bewußte Inkaufnahme der Vergiftung der Menschen vorwerfen können.*"

Umweltminister Fischer selbst ist zuversichtlich, daß die hessische Landesversammlung der Grünen, deren Votum für ihn entscheidend sei, den „Verbalradikalismus" des Bundesparteitags nicht teilen, sondern seine Praxis gutheißen werde (taz-Interview, 15.2.)



Weitere Beschlüsse

In einer Resolution lehnte der Parteitag die sog. „Sicherheitsgesetze" als „*Notstandsgesetze für den täglichen Gebrauch*" ab. Die Grünen wollen „*in den nächsten Monaten und im Bundestagswahlkampf gegen die Sicherheitsgesetze mobilisieren und allen zivilen Ungehorsam fördern und unterstützen.*"

In mehreren Beschlüssen wurde die Gentechnologie als eine auf Ausbeutung und Beherrschung statt auf Erhalt der Natur ausgerichtete Wissenschaft verurteilt. Sie lasse neue Folgeschäden mit unbekannten Ausmaßen befürchten. Diese Technologie sei sowohl ökologisch wie auch medizinisch, volkswirtschaftlich und ethisch nicht vertretbar. Staatliche Subventionen müßten sofort gestrichen werden.

Bundesvorstandswahlen

Das Ergebnis der Bundesvorstandswahlen wird allgemein als leichte Verschiebung zugunsten der Realos eingeschätzt. Neu gewählt wurden Irmela Wiemann (Schriftführerin) und die Beisitzer/innen Eva Quistorp, Brigitte Berthold (wiedergewählt), Christa Merkel und Helmut Wiesenthal. Damit wurde erstmals in einem grünen Bundesvorstand Parität erreicht (sechs Frauen, sechs Männer). Ein „Opfer" der Parität und der stärkeren Realo-Beteiligung wurde das Hamburger BuVo-Mitglied Günter Hopfenmüller, der nicht wiedergewählt wurde (er erhielt 16 Stimmen weniger als Helmut Wiesenthal).

Grüner Fahrplan 86

Eine wesentliche Rolle im Bundestagswahlkampf soll das jetzt im Entwurf vorliegende „ökologische Umbauprogramm" spielen; voller Name: „Umbau der Industriegesellschaft. Programm zur Überwindung von Erwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung." Dieses Programm, das „die natürlichen Lebensgrundlagen retten" und „Schritte zu einer ökologischen Wirtschaft", „zu einer demokratischen und sozialen Wirtschaft" und „zu sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit" (Abschnittsüberschriften) angeben weil, soll
— auf einem Arbeitskongreß am 22. und 23. März
— und auf einem offenen Kongreß Ende April in Hannover beraten und
— von der Bundesversammlung der Grünen vom 16. bis 18. Mai beschlossen werden.

Eine detaillierte Vorstellung und Kommentierung des Umbauprogrammes folgt in einer der nächsten Ausgaben des AK.

GRÜNEN organisieren! – Parteien-

Aus dem grünen Talentschuppen:

Ludger Volmer Fraktionssprecher

Manchmal entgehen selbst der aufmerksamen AK-Redaktion bedeutende Vorgänge in der Grünen Partei. Als MdB Ludger Volmer im Juni letzten Jahres in einem Artikel für die „Kommune" die Strömung der „Zentralos" proklamierte — als einigende Kraft der Mitte zwischen Realos und Fundamentalos — wurde das in unseren von linksradikalen Vorurteilen belasteten Kreisen gelangweilt zur Kenntnis genommen. Mit der (selbst-)kritischen Vorbemerkung des Autors, die von ihm angemischten „*Grautöne*" würden in der politischen Diskussion als „*unprofiliert, kampfschwach, als Farbe des amorphen Mittelfeldes, das keine eigene Ausstrahlung besitzt*", schien alles gesagt.

Seit Volmers Wahl zum Fraktionssprecher der Grünen im Bundestag Anfang Februar hat sich die nicht nur von uns unterschätzte Strömung sichtbar etabliert. Das müssen auch ihre innerparteilichen Kritiker zugeben, die die wachsende Attraktivität „konfuser Ausflüchte" in der Grünen Partei konstatieren und dazu auch „*eine ominöse Zentralo-Fraktion*" zählen, „*die die Inhalte hoch- und die ,abgeleiteten Fragen' (Tolerierung, Koalition) runterkochen will*" (Papier von Anke Sabetzki und Robin Jacobitz).

Volmers Fluchtbewegungen weg von den politischen Lagern mit ihren an den „*Dogmatismus aus der K-Gruppen-Zeit der 70er Jahre*" erinnernde Linienkämpfe macht ihn dem grünen Mittelfeld erst sympathisch. Als „Ökosozialisten" begreift er sich weiterhin, auch als „*jemand, der nicht zu Unrecht zur Parteilinken gezählt wird*". Schuld an der „Entpolitisierung" der Grünen sind für Ludger Volmer beide Seiten: „*die einen äußern öfentlich radikale Kritik und lassen es dabei bewenden; die anderen setzen nicht vorhandene positive Konzepte praktisch um*". Volmers im Juni entwickelter dritter Weg der „undogmatischen Mitte" macht sich dagegen allerdings noch sehr grau und unscheinbar aus. Gegen die „fundamentalistische Anklage", die nur „die negative Fixierung" der Menschen auf die heutige Wirklichkeit stärkt und gegen die „kleinen Reformen" der Realos will er den „Gegendiskurs als politischen Lernprozeß" organisieren und den Menschen den „Entwurf des alternativen Zusammenhangs" nahe bringen. Im Konkreten geht es um ziemlich banale Dinge. Reklame gemacht werden soll für diverse Alternativkonzepte aus den grünen Schubladen — „wir haben ja vieles erarbeitet", etwa „ein ausgearbeitetes Sanierungsprogramm für die Bundesbahn", „ein grünes Rentenmodell", „Modellelemente einer neuen Weltwirtschaftsordnung", „konkrete Pläne für die Förderung der Landwirtschaft".

Da dieses „Konzept" als Strömungsplattform doch ein wenig dürftig geraten war, schickte Ludger Volmer sich im Dezember an, „*darauf aufbauend einige Überlegungen zur Bündnisfrage bei(zu)steuern*" („Den Tiger reiten! Anmerkungen zu den Linken in den Grünen und zur Koalitionsfrage"). Untermauern will er u.a. folgende Thesen: „„„*Es gibt keine linke Alternative zu den Grünen. (...) Es ist Aufgabe der Linken, dafür zu sorgen, daß Rationalität und Vernunft wieder einkehren. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, muß die Linke bei sich selbst erst einmal theoretischen und strategischen Müll wegräumen.*" Zu diesem Zweck wendet er sich der Staatsfrage zu, die dringend einer undogmatischen Beantwortung aus der Mitte bedarf: „*Während Fundamentalisten und einige seit dem Hamburger Parteitag zu dieser Strömung bekehrte Ökosozialisten ein instrumentelles Staatsverständnis pflegen, operieren die Realos mit einer Staatsvorstellung, die den Liberalen nahesteht.*"

Der Liberalismus wird dann ziemlich kurz abgehandelt. Die wesentlichen Defizite sieht Ludger Volmer links: „*Die Linke hat überhaupt nur dann noch Chancen, wieder ernsthaft interventionsfähig zu werden, wenn sie sich vom Mythos des instrumentellen Staatsverständnisses löst*". Dringend warnt er vor einem Rückfall in die „Sektiererecke" und vor dem „alternativen Neo-Leninismus: „*Der Stalinismus war nicht eine Entartung, sondern im Kern des Leninismus angelegt.*"

Seine eigene Position, „*daß der Staat die materielle Verdichtung eines gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses bildet*", die er als sensationell neue Erkenntnis dem „instrumentellen Staatsmißverständnis" gegenüberstellt, ist in ihrer Allgemeinheit gar nicht anfechtbar. Volmers dem „Neo-Leninismus" anhängende ökosozialistische Genossen von den ehemaligen „Modernen Zeiten" haben das übrigens schon 1981 — mit Quellenangabe (Poulantzas) — in ihre Plattform aufgenommen und die Frage aufgeworfen (nicht beantwortet), „*inwieweit sich das Zerbrechen des hierarchisch organisierten Gewaltpotentials und die Umforung der für den gesellschaftlichen Lebensprozeß erforderlichen Apparate von innen und außen zugleich abspielt*". Zugleich haben sie damals erklärt, daß der Staatsapparat kein „Instrument der Befreiung für die arbeitenden Klassen" sein kann.

Das ist dem Differenzierungskünstler Volmer denn doch zu differenziert. Ihn drängt es in die Apparate: „*Ziel aller Emanzipation ist m.E. nicht, besser be-handelt zu werden, sondern selber zu handeln. Und wenn der Staat nicht Handelnder ist, sondern Handlungsfeld, muß auch in ihm gehandelt werden.*" Zwar sollten grüne Minister nicht überschätzt werden, „*doch ohne Positionen im Staat, die die Forderungen der sozialen Bewegungen ratifizieren, ist umgekehrt eine Bewegung zum Scheitern verurteilt.*"

Zurückübersetzt ins Pragmatische: es „*geht kein Weg an der Machbeteiligung auch diesseits der großen Wende vorbei*". Noch kürzer: Koalition ist gerechtfertigt, wenn die — von Volmer nicht näher beschrieben — „historischen Umstände" stimmen. Aufgabe der Ökosozialisten bleibt die Rettung der Inhalte, die Volmer um ein neues Thema erweitert sehen möchte: „*Laßt uns ein demokratisches Umbauprogramm für den Staat entwerfen und in die Diskussion tragen.*"

So weit bekannt, ist Ludger Volmer nie DKP-Mitglied gewesen. Sein Staats-Umbauprogramm erinnert trotzdem stark an die „demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft" mit der die DKP bei ihrer Gründung nicht nur die MLer, sondern auch die „undogmatische Linke" belustigte, zu der Volmer so gern gehören möchte.

js./Hamburg

Letzte Meldung: Wie man hört, lassen die Anhänger des „platten Fundamentalismus" (L.V.) bei den hessischen Grünen gerade Plaketten herstellen mit der Aufschrift: „Lieber Fundi und Chaot als Zentralo und Idiot". Noch ein oder zwei Artikel der oben beschriebenen Art und der Absatz dürfte gesichert sein.



Die Bundesversammlung der Grünen feiert ihren prominenten Gast Hans Janßen — und dieser gerät ob der Ovationen förmlich aus dem Häuschen.
Foto: H.W.

Wie gewonnen so zerronnen:

Der DGB mag die GRÜNEN nicht

Der grüne Tagungspräsident in Hagen am 15. Februar geriet ins Schwärmen. Der Auftritt Janßens von der IG Metall, so drückte er die Hoffnung der Versammlung aus, leite zwischen Gewerkschaften und Grünen „eine Zusammenarbeit ein, die längst überfällig war". Gut vierzehn Tage später blies der DGB-Bundesvorstand unter den fadenscheinigsten Vorwänden ein verabredetes Treffen mit der grünen Bundestagsfraktion kurzfristig ab. Ob nun die beabsichtigte Teilnahme des aus der IGM ausgeschlossenen Willi Hoss der Vorwand war oder nicht, ist dabei ziemlich egal. Daß hingegen die Rappe-Fraktion der Grünen-Hasser dahintersteht, kann unbewiesen behauptet werden. Sie wollte Genugtuung nach dem Medienwirbel um rot-grüne Bereitschaft im DGB, verursacht durch Janßens Auftritt, und dafür war jeder Vorwand recht. Dabei haben die Grünen ihrerseits (fast) alles getan, es dem Deutschen Gewerkschaftsbund recht zu tun. Sie haben nämlich freiwillig darauf verzichtet, ihren Bundesvorstand an der Gesprächsdelegation zu beteiligen. Doch noch gilt im DGB, lieber Gespräche mit Freidemokraten mit unheilbarer Allergie gegen Gewerkschaften oder einem antigewerkschaftlichen Gewerkschafter wie Blüm, als mit den Grünen. Rau dürfte es gefreut haben.

Alle Register der Abgrenzung haben schaften oder einem antigewerkschaftlichen Gewerkschafter wie Blüm, als mit den Grünen. Rau dürfte es gefreut haben.

Alle Register der Abgrenzung haben die Grünen-Gegner im DGB bislang gezogen und zur Mehrheitslinie des Bundes gemacht, um nicht nur Kontakte mit den Grünen zu vermeiden, sondern diese auch außerhalb der Einheitsgewerkschaft zu stellen. Vorneweg die rechts-radikalen Schreiber der IG Bergbau, dann Hermann Rappe für die IG Chemie und Günter Döding für die NGG. Gemäßigter die IG Metall, die aber auch 1983 die Grünen zu ihrem Gewerkschaftstag einlud und dann nicht reden ließ, weil die Rainer Trampert schickten, Mitte der siebziger Jahre als Linker aus der IG Chemie ausgeschlossen. Daß das damals herrschende Verständnis innergewerkschaftlicher Demokratie auch heute noch bei ausgeschlosseneren Gewerkschaftern wie Hans Janßen nachwirkt, bestätigte er im „taz"-Interview am 17.2., als er sich vorbehaltlos hinter die Auffassung stellte, daß der Ausschluß von Willi Hoss wegen Kandidatur für die Betriebsgruppe „plakat" bei Opel zu recht erfolgt sei.

Dabei schien 1984 vorübergehend Tauwetter angesagt, als die Grünen während des 35-Stundenwochenstreiks einen Antrag auf Aussperrungsverbot eingebracht hatten. Ernst Breit hatte damals namens des DGB alle Bundestagsabgeordneten angeschrieben und sie gebeten, den grünen Antrag „sorgfältig unter politischen und rechtlichen Gesichtspunkten zu prüfen". Was denn auch bei der SPD geschah, die ablehnte. Immerhin, es bahnte sich für Oktober 1984 ein Treffen an, bis Kollege Breit ein Statement vorlegte: Gespräche mit der grünen Fraktion ja, mit dem Parteivorstand nein. Begründung des sensiblen Gewerkschafters: „*1. Ich glaube nicht, daß es sinnvoll ist, Gespräche mit der ,Spitze' einer Partei zu führen, die in ihrer Programmatik über weite Teile diffus ist und trotz mancher oberflächlicher Übereinstimmung mit den gewerkschaftlichen Positionen in Einzelfragen doch bei wesentlichen Grundsatzfragen — ich nenne hier nur die Haltung zur Industriegesellschaft und zur Frage des staatlichen Gewaltmonopols — im Gegensatz zu unseren Auffassungen steht.*

2. Etwas anders würde ich jedoch den vorliegenden Gesprächswunsch werten: Ich glaube nicht, daß es ratsam ist, den Gesprächswunsch einer Bundestagsfraktion, auch wenn wir gegenüber der von ihr vertretenen Politik zu Recht große Bedenken und Vorbehalte haben, einfach ausschlagen können. Wenn wir unsere Politik offensiv vertreten wollen, müssen wir sie auch gegenüber den Parteien des Bundestages vortragen. Dabei sollte aber klar sein, daß es sich hierbei um ein Gespräch ausschließlich mit der Bundestagsfrak-

treten wollen, müssen wir sie auch gegenüber den Parteien des Bundestages vortragen. Dabei sollte aber klar sein, daß es sich hierbei um ein Gespräch ausschließlich mit der Bundestagsfrak-

tion handelt und daß Repräsentanten einer Partei, die aufgrund ihrer bisherigen Haltung aus einer DGB-Gewerkschaft ausgeschlossen wurden, in keinem Fall als geeignete Gesprächspartner gelten können.

Gesprächsbereitschaft sollte jedoch nicht mit Zustimmung zu politischen Inhalten verwechselt werden. Klar und deutlich werden und müssen wir immer wieder unsere Position gegenüber allen Parteien kundtun. Dies gilt erst recht gegenüber einer Partei, die nur Mißstände anprangert und Forderungen erhebt, aber nicht bereit ist, auch politische Verantwortung mit zu übernehmen" (Ernst Breit an den DGB-Bundesvorstand, 2.10.84).

Das mit der Verantwortung ist ja heute nicht mehr ganz so starr. Mal sehen, ob es Grüne gibt, die sich notfalls von ihren ausgeschlossenen Gewerkschaftern distanzieren, nur um zu Gesprächen mit dem DGB zu kommen. Nützen dürfte das vor der 87er Wahl allerdings kaum, denn da ist eher rauhe Abgrenzung gegenüber den Grünen angesagt. Und in der Frage dürfte Rappe mehr Verbündete unter seinen Parteikollegen im DGB haben, als der geduldete Integrationist Janßen.

hr.

Zur Person Hans Janßens

Ein ungewöhnlicher Gewerkschafter

Sein Auftritt hat dem grünen Parteitag in Hagen unerwartete Medienresonanz verschafft: Hans Janßen, Vorstandsmitglied der IG Metall, im Vorstand verantwortlich für Tarifpolitik. 1977 wurde er gegen den Willen des damaligen IGM-Vorsitzenden Loderer in das höchste IGM-Gremium gewählt. Noch in der Entscheidungsphase um die tarifpolitische Orientierung der Gewerkschaft war er Gegner der Forderung nach 35-Stundenwoche, vertrat stattdessen die sogenannte Tarifrente, die heute als gesetzlicher Vorruhestand bekannter ist. Allerdings: Janßen begründete dies damals ausdrücklich mit der Einschätzung, daß er die Wochenarbeitszeitverkürzung für nicht durchsetzbar halte. Nachdem diese Forderung 1982 beschlossen war, wurde Janßen zum vehementesten Vertreter der 35-Stundenwoche und war vor allem um intensive Mitgliedermobilisierung in der Gewerkschaft bemüht. Ihm wird zudem das Konzept zugeschrieben, die Grenzen gewerkschaftlicher Tarifpolitik zu sprengen und Bündnispartner außerhalb von Betrieben und Gewerkschaften für die Arbeitszeitverkürzung zu suchen, Gewerkschaftsbewegung als soziale Bewegung, wie er selber gerne und oft sagt.

Ungeteilt war die grüne Freude ob Janßens Rede in Hagen. Unmittelbar wirkte der IG Metaller flügelübergreifend. Doch stärken dürfte er eher die grüne Realo-Position, die gegenüber den Gewerkschaften einen ähnlichen Annäherungskurs wie gegenüber der SPD befürwortet. Das liege auch in seiner Absicht, so Janßen im „taz"-Interview. Gekommen sei er, da die Grünen nicht mehr nur „eine fundamentalistische Verweigerungsstrategie" fahren. Denn: „*Nach der Koalition in Hessen haben doch auch die Grünen sich gewandelt, so daß das ein Aufeinanderzugehn ist*" (taz, 17.2.86).

Er wollte, so Janßen in verschiedenen Interviews, als Gewerkschafter die Grünen gegen die Änderung des § 116 gewinnen, da parlamentarisch deren Verabschiedung nur durch die Stimmen von SPD, Grünen und CDU-Gewerkschaftern zu verhindern sei. Der Parteisozialdemokrat Janßen betont, daß er wie jeder gute Sozialdemokrat für die absolute Mehrheit von Johannes Rau kämpfe. Anders als dieser ist er allerdings dafür, daß falls diese nicht erreicht werde, ein rot-grünes Bündnis eingegangen werde.

Doch Janßen hat an anderer Stelle auch schon weitergehender strategisch über rot-grün gedacht. Im März 1985 veröffentlichte er einen Aufsatz „Gewerkschaften und Grüne"(1), in dem er sich entschieden von allen Überlegungen einer Großen Koalition abgesetzt und sich davon distanziert hat, die Gewerkschaften „*mit allen Mitteln als Abwehrblock zur Ausgrenzung der Grünen aus dem Spektrum politischer Möglichkeiten zu funktionalisieren*", eine Kritik, die sich gegen seine Kollegen von der IG Chemie, IG Bergbau und NGG richtete. Janßen entwickelt in seinen Überlegungen das Bild einer grünen „*Arbeitnehmerpartei neuen Typs*", die „*über eine Stammbasis verfügen, um deren Stabilität sie von den anderen Parteien beneidet werden könnten*". Diese Basis sieht er im alternativen Betriebs- und Projektesektor, in der Entstehung einer eigenen alternativen Bildung, Kultur und sozialen Struktur, mit der sich mancher junge Sozialdemokrat und Gewerkschafter mehr verbunden fühle, als mit seiner Partei oder Gewerkschaft. Hierin sieht er positive Elemente, aber auch Gefahren für die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen alternativer Verzichtsbereitschaft auf den Sozialstaat, die Löhne und Arbeitsbedingungen. Gewerkschaften sollten daher die Szene nicht links liegen lassen. Positiv erwähnt er auch, daß die grün-alternative Bewegung Veränderungen in der starren gewerkschaftlichen Position zum Verhältnis Umweltschutz und Arbeitsplätze bewirkt habe, bis dahin, daß es tatsächlich zu kaum aufzulösenden Konflikten „*zwischen ökologisch-humanitären Lebens- und ökonomischen Arbeitsplatzinteressen kommen kann*". Janßen fordert eine „*Normalisierung der Beziehungen zwischen Gewerkschaften und grün-alternativer Partei*", um zu einer „*demokratisch-sozialen Reformpolitik zur Überwindung der Wachstumskrise*" zu kommen. Er warnt, daß „*mit politischen Oberflächen-Manövern ... diese Jugend nicht zurückzuholen sein*" wird. Dabei sieht er die Gefahr, daß Abstinenz, „*Distanzierung und Ausgrenzung*" „*die fundamentalistischen Strömungen*" stärken könnten. „*Es läge im ureigensten Interesse der Gewerkschaften, die Anstrengungen zu unterstützen, die politikfähigen Kräfte bei den Grünen kritisch zur Konkretisierung und Stärkung ihrer Positionen zwingt*".

Für einen Gewerkschafter ungewöhnlich auch die politischen Schlußfolgerungen, die Janßen aus der 35-Stundenwochenauseinandersetzung zieht. Unter der Überschrift „Überwintern oder Überleben - offensive Gewerkschaftspolitik in der Krise" (2) warnt er in einem Aufsatz davor, daß die Gewerkschaften die derzeitigen tiefgreifenden technologischen Veränderungen nur begleiten und ihr vorläufiges Ende abwarten. Flexibilisierungs- und Segmentierungs(Ausgrenzungs-)strategien müßten die Gewerkschaften offensiv begegnen. Janßen zeichnet ein Schreckensbild der Entwicklung bei gewerkschaftlicher Duldung:

„*Am Ende dieser Form von gewerkschaftlicher ,Überwinterungsstrategie' stünde dann die ,Facharbeitergewerkschaft neuen Typs', ergänzt durch eine ,große Koalition' der politischen und sozialen Kräfte, die das soziale Substrat dieser Zweidrittelgesellschaft repräsentieren. Diese Facharbeitnehmergewerkschaft könnte dann unter Ausblendung der Interessen von 30 bis 50% des ,Erwerbspersonenpotentials' die Arbeitsbedingungen der restlichen Hälfte bis Zweidrittel der Arbeitnehmer gestalten. Qualifizierte, flexible Arbeitnehmer, die in mitbestimmungsähnlichen ,quality circles' selbstbestimmten Einfluß auf die Verbesserung der Produktivität nehmen und die Qualitätssicherung vorantreiben, Ausgestaltung von Entlohnungs- und Prämiensystemen, die sozial angepaßtes Verhalten, Produktivitätssteigerung, Betriebstreue u.ä. ,entgelten' sowie flexible Arbeitszeiten wären dann der Gestaltungsspielraum solcher Gewerkschaften auf der Grundlage lebenszeitlicher Arbeitsplatzgarantien für die ,Rest'-Arbeitnehmer. Dieser (männliche) Facharbeitnehmer neuen Typs würde natürlich Wert legen auf Familiengestaltung und Kindererziehung durch die (nicht berufstätige) Mutter und Hausfrau, die die verbleibende Zeit in ehrenamtlicher, sozialer Tätigkeit investiert. Der Ausländerzuzug würde durch die Gesetze , die dem Mehrheitswillen der Zweidrittelgesellschaft entsprechen, erschwert und unmöglich gemacht, der Ausländerwegzug aus einer Mischung von Verstärkung des politisch-sozialen Drucks auf Ausländer und finanzieller Anreize beschleunigt*". Die Gewerkschaften wären das Gegenteil von solidarischer Interessenvertretung.

Er plädiert daher für eine Fortführung tarifpolitischer Mobilisierung verbunden „*mit gesellschaftspolitischer Mobilisierung, die auf Mehrheiten für eine Politik grundlegender struktureller Reformen abzielt*". Dies aber, so der Schluß, dürfe weder durch große Koalitionen, noch durch eine Politik „gesellschaftlicher Verabredungen" verspielt werden, ein unzweideutiger Seitenhieb gegen den Lieblingsgedanken seines Gewerkschaftskollegen aus der IG Chemie, Hermann Rappe.

hr.

Anmerkungen

(1) Hans Janßen, Gewerkschaften und Grüne. In spw - Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, März 1985, Berlin (West)

(2) Hans Janßen/Klaus Lang, Überwintern oder Überleben? In Ferlemann/Janßen u.a., Existenz sichern, Arbeit ändern, Leben gestalten, Hamburg 1985

Neuer Trend bei den Linksgrünen

Die im Vorfeld des Offenburger Parteitages begonnenen Versuche einer links-grünen Fraktionsbildung gegen die Koalo-Übermacht (vgl. AK 265, S. 13) haben bisher wenig Beeindruckendes hervorgebracht. Das mehrfach angekündigte „Ökologische Manifest", das — in Abgrenzung von SPD und grünen Realos — Positionen zu wesentlichen Politikfeldern markieren sollte, ist, wie es scheint, endgültig aus der Diskussion. Ein für Anfang März geplantes bundesweites Linkentreffen wurde um einen Monat verschoben.

Einstweilen wird der Streit mit publizistischen Mitteln ausgetragen. Klaus Linke für die Reste der ISP und Siegrid Fries als Beauftragte des am Rande des Offenburger Parteitages stattgefundenen „Linkenplenums" haben jetzt einen „*Textreader: Ökosozialistische Positionen zur Strategiedebatte der Grünen*" zusammengestellt und veröffentlicht, der allerdings fast ausschließlich aus Nachdrucken nicht mehr ganz frischer Positionspapiere besteht. Bisher unveröffentlicht waren nur Ludger Volmers Beitrag „Rettet den Tiger" (vgl. Artikel in diesem AK); die Replik eines in der KB-Geschichte bewanderten „U." (Hallo, Alter, wie geht's?) auf den AK-Artikel „Vergeßt die Grünen" (AK 264, S. 14); schließlich eine Polemik von Anke Sabetzki und Robin Jacobitz gegen Michael Stamms „bedingungslose Tolerierung". Dieser Artikel — Überschrift: „Das Stamm-Modell ... oder wie man den Ausverkauf grüner Inhalte radikal verbrämt" — steht mindestens acht Beiträgen gegenüber, in denen die „bedingungslose Tolerierung" teils als „Ausweg aus dem Dilemma" (Horst Eckert/Friedhelm Tielesch), der die „politische Eigenständigkeit und Handlungsfreiheit" (Ralf Fücks) der Grünen garantiere, gefeiert, teils

Fortsetzung nächste Seite

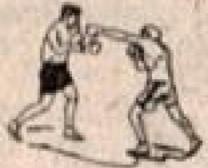


Fortsetzung von vorheriger Seite

auch kritisch unterstützt wird; so von Manfred Schwind, der die bedingungslose Kanzlerwahl „abkoppeln" möchte von der Zustimmung zum sozialdemokratischen Haushalt.

Direkt auf die Seite der Koalitionsbefürworter übergegangen ist Reinhard Krämer, langjähriger „Ökosozialist" aus Bielefeld und in der Vergangenheit stets politischer Weggefährte von Thomas Ebermann. Die wenigen linken Beiträge behandeln, abgesehen von Sabetzki/Jacobitz-Artikeln, nicht schwerpunktmäßig die Bündnisfrage, sondern Spezielles: das staatliche Gewaltmonopol (Thomas Ebermanns Rede auf der „konkret"-Veranstaltung mit Otto Schily) oder die Kritik am bayerischen Landtagswahlprogramm der Grünen.

Eine 8:1-Mehrheit pro Stamm, wie die — zufällige? — Artikelauswahl zur Bündnisfrage nahelegen könnte, gibt es im Kreis dieser Links-Fraktion sicher nicht. Aber der Trend ist unübersehbar. Die Nachfrage nach der Stamm'schen „Einstiegsdroge in eine hessische Entwicklung" (Sabetzki/Jacobitz) steigt.



Rekord-Umsätze für hessische Opposition

Die „Linken in den Grünen-Hessen", das „Forum der Radikalökolog/inn/en, Fundamentalist/inn/en, Ökosozialist/inn/en, Ökoanarchist/inn/en ... innerhalb und außerhalb der Grünen" haben im Februar ihren zweiten Inforundbrief auf den Markt gebracht. Die erste Nummer habe, so die Redaktion im Editorial, ein „lebhaftes Echo" gefunden. „Die Auflage von 1.000 Stück hat nicht gereicht, um alle Wünsche zu befriedigen." Für die zweite Nummer wurde die Auflage verdoppelt.

Das aktuelle Heft behandelt fast ausschließlich hessische Probleme: den Streit um die bislang von der Landtagsgruppe verhinderte Rotation der Nachrückerin Marion Papaczek, den „grünen Maulkorb" („taz") für den Koalo-Kritiker Jan Kunert (MdL), den Erkel-Bericht zum Tod von Günther Sare. Strategisches zur Bündnispolitik auf Bundesebene enthält der Rundbrief nicht.

Daß die hessische Opposition trotz ausverkaufter Broschüren nicht so

brief nicht.

Daß die hessische Opposition trotz ausverkaufter Broschüren nicht so

richtig ernst zu nehmen ist, hat das aus Protest gegen den Mehrheitskurs nach dem Tod von Günther Sare zurückgetretene Landesvorstandsmitglied Werner Wenz in einem Leserbrief (abgedruckt in Rundbrief 2 unter „Resonanzen") in Erinnerung gerufen. Stellvertretend *„für einige Frankfurter Ökosozialist/inn/en, die schon lange nicht mehr so gelacht haben"*, konfrontiert Wenz die Fraktionierer mit ihrer noch gar nicht so lange zurückliegenden Vergangenheit: *„,Linke in den Grünen-Hessen' — kein schlechter Titel für einen Inforundbrief von Leuten, die noch vor wenigen Jahren vehement versuchten, Linke und vor allem Kommunisten aus der grünen Partei rauszuhalten, teilweise mit Erfolg. Gab es bei Eurem damaligen Rundbrief (Basisdemokratische Undogmatische Sozialisten bei den Grünen oder aus BUS-Rundbrief) nicht so gestandene linke Mitstreiter wie Gertrud Schilling (heute Realo-Mehrheitsfraktion in Wiesbaden) und Ernst Hoplitschek (Heute F.D.P.)? die von Euch damals geplante Öffnung nach der Mitte und Abschottung nach links hat ja wunderbar geklappt; die Ergebnisse sind bekannt."* Die neue Wendung von Zieran, Kuhnert, Ditfurth und anderen begrüßt Werner Wenz mit einem Bibelwort: *„Also wird Freude sein im Himmel über einen Sünder, der Buße tut, mehr als über 99 Gerechte, die der Buße nicht bedürfen. (Lukas 15, Vers 7)."*

Bei aller Freude im Himmel — die irdischen Linken sollten skeptisch sein, was die Wandlungsfähigkeit ehemaliger (?) Kommunistenfresser angeht. Zumal die Anmerkung der Redaktion zum Leserbrief von Werner Wenz, in der den uninformierten Lesern erklärt wird, was die 1980 als „undogmatischer Kampfverband" speziell gegen die Gruppe Z und andere „Traditionssozialisten" bei den Grünen gegründete BUS-Fraktion bezweckt habe, nicht sehr selbstkritisch klingt. Danach seien die BUS ein *„offener Diskussionskreis linker Individuen mit dem gemeinsamen Interesse an einer grundlegenden Veränderung der Gesellschaft und an radikaler Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche"* gewesen. Das haben wir anders in Erinnerung.

Diskussion vor den Hamburger Bürgerschaftswahlen

Am 9. November wird in Hamburg die Bürgerschaft neu gewählt. Es handelt sich dabei um die letzte Landtagswahl vor der 1987er Bundestagswahl. Richtige Spannung will derzeit allerdings nicht aufkommen. Zu unbewegt sind die Hamburger Verhältnisse in vielerlei Hinsicht. Fast schon vergessen ist die kurze Reformphase vom Juni 1982, als die SPD die absolute Mehrheit verlor und die GAL frisch in die Bürgerschaft einzog. Die um Stabilität besorgten Wähler verschafften der SPD fünf Monate später jene satte absolute Mehrheit, mit der die regierende Dohnanyi-SPD ihre Standortpolitik einleitete und damit vollends auf Rechtskurs ging. Eine Politik, die die Springerpresse so tituliert: „Was dem Unternehmen Hamburg nutzt, nutzt auch den Unternehmern". Die SPD-Linke ist ein Ausbund an Verkommenheit. In dreieinhalb Jahren Dohnanyi-Politik hat sie sich nur einmal echauffiert. Was bis dahin weder die Sozialabbaupolitik, die Asylantenabschieberei, die Umweltzerstörung oder die SPD-Ignoranz gegenüber Forderungen der Friedensbewegung und selbst gewerkschaftlichen Forderungen nach Aussperrungsverbot bewirken konnten, das provozierte bei der Aufstellung der SPD-Wahlkandidaten die Störung des bisherigen Rechts-links-Proporzes durch die Parteirechten. Von Spaltung war gar die Rede, aber nicht mal dazu sind sie in der Lage.

Gefahr von rechts droht von der 38-Prozent-CDU, deren Karriere-Politiker mangels Erfolgsaussichten ins Umland abwandern und der 2,6-Prozent-FDP (die mühsam von der Springerpresse als politisch existent ins Spiel gebracht wird) kaum. Allein der bundespolitischen Konstellation verdankt die regierende SPD den unverdienten Eindruck, sie stünde in der politischen Mitte.

Auf der Linken herrscht Stagnation. Die 6,8-Prozent-GAL macht ihren parlamentarischen Oppositions-Turn und ist ansonsten mit innerorganisatorischen Problemen voll. Eine erkennbare neue Programm- und Bündnisdynamik geht von ihr nicht aus, bzw. scheint sie auch nicht in der Lage, Impulse für eine über den Ist-Zustand hinausreichende Diskussion zu geben. Das gilt noch weniger für ein neukonstituiertes „Hamburger Wahlbündnis" aus dem Umfeld der DKP, das sich nicht entschließen kann, den Slogan „Gemeinsam gegen Rechts" konsequent auf die herrschende Politik in Hamburg anzuwenden. Was sich da zusammenfindet, ist keine linke Erweiterung der GAL-Politik oder gar eine Alternative zu ihr, sondern würde eher den Anpassungsflügel in der GAL stärken.

So ist derzeit Bewegung fast nur von außen zu erwarten, vom Ausgang der niedersächsischen Landtagswahl und der herannahenden Bundestagswahl mit ihren möglichen Auswirkungen der Polarisierung zwischen SPD und CDU.

hr.

GAL diskutiert Verhältnis zur SPD

Nach monatelangem Stochern im Nebel und wechselnder Diskussion um wechselnde Wahlkampfschwerpunkte, nach monatelanger Werbung, um Frauen für den Landesvorstand zu gewinnen (derzeitiges Ergebnis: 4 gegen 6 Männer, 3 Vorstandsposten für Frauen sind vakant), konsolidiert sich die GAL und ist bemüht, die Reihen für den Bürgerschaftswahlkampf fest zu schließen. Mit viel Fleiß arbeiten die Fachleute an den Programmteilen, mühen sich Bezirke und Fachgruppen um vorbereitende Mobilisierung, werden Veranstaltungen geplant. Drei Diskussionsebenen sind erwähnenswert.

Die Diskussion um die Organisationsstruktur, die das Dilemma der wachsenden Unattraktivität der GAL für nicht aus den Parlamentsanforderungen abgeleitete Politik aufheben soll. Hierzu schlägt der neue GAL-Landesvorstand eine „2-Sektoren-Organisation" vor. Neben den bestehenden Fachstrukturen für die Partei- und Parlamentsarbeit soll ein Sektor geschaffen werden, der „aktions- und projektbezogen" arbeitet und sich vor

Parlamentsarbeit soll ein Sektor geschaffen werden, der „aktions- und projektbezogen" arbeitet und sich vor

allem aus solchen GAL-Mitgliedern zusammensetzen soll, die zu der anderen Arbeit keine Lust haben. Aktuell dürfte diese „Doppelstruktur" genannte Organisationsform nur im Hinblick auf Wahlkampf Realisierungschancen haben, da ernsthaft in der GAL nicht daran gedacht wird, die Arbeit durch Umorientierung der vorhandenen Kräfte zu verändern.

Die Diskussion um die Frauenliste, die derzeit eher ein müder Abklatsch der ursprünglichen Initiative von vor zwei Jahren ist, zudem belastet vom Frust um die versuchte paritätische Besetzung des Landesvorstands. Vielen will einfach nicht einleuchten, daß die von den Initiatorinnen mit diesem Vorschlag gewünschte „neue politische Kultur" sich nun gerade in einer eigenen Parlamentsliste realisieren könnte, während sie in den innerorganisatorischen Strukturen als zweitrangig behandelt wird. Die Skepsis ist groß, dennoch ist das Thema nicht aus der Diskussion, nachdem fünf Frauen aus dem Spektrum der „Frechen Frauen" sich namentlich für die Kandidatur auf einer reinen Frauenliste bereiterklärt haben.

Opposition sein wollen

Eine umfassende „GAL-Erklärung zur Bürgerschaftswahl" aus der Feder des „Vorsitzenden" Thomas Ebermann hat der GAL-Landesvorstand der Organisation Anfang Februar vorgelegt. Im ersten Teil werden die derzeitigen politischen Verhältnisse als relativ stabil analysiert und darauf abgehoben, daß SPD und CDU sich in den Grundlinien der Landespolitik de facto in großer Koalition befinden. Zwar werden auch Unterschiede in den Zielsetzungen betont, aber — so das Papier — werden diese in den kommenden Wahlkampfzeiten *„ins Überdimensionale aufgeblasen, was nicht zuletzt den Zweck verfolgt, dem Wahlvolk eine spannungsreiche Polarität anzudienen, die es der Sache nach nicht gibt"*.

Hierauf aufbauend wird im zweiten Teil vor allem für die GAL als Oppositionspartei geworben. Sie sei keine „Regierung im Wartestand", sie schere in wesentlichen Grundfragen der Politik aus dem „Konsens der Demokraten" aus. Der außerparlamentarische Kampf sei für die GAL das Gegenstück zum sozialen Frieden der SPD. Betont wird, daß konsequente Opposition auch ohne Regierungsverantwortung Veränderungen bewirken könne (z.B. Boehringer), daß sie — mit deutlichem Blick auf Realo-Argumente formuliert — sich nicht in „einflußloser Gesinnungsethik" ergehen brauche. Darüberhinaus liege aber im aus der Opposition angestrebten Bewußtseinswandel auch ein wichtiges Ziel. Durch Aufgreifen von Minderheitenforderungen, Sand im parlamentarischen Getriebe und Entwicklung eigener politischer Konzeptionen in Richtung Gestaltungsmöglichkeiten einer zukünftigen Gesellschaft.

Im dritten Teil werden die denkbaren politischen Konstellationen nach der Wahl durchgespielt, mit der deutlichen Tendenz, daß wahrscheinlich alles so bleiben wird, wie es ist. Für den Fall des Bruchs der absoluten Mehrheit der SPD durch einen Wahlsieg der GAL *(„Mit Sicherheit ginge von einer sol-*

des Bruchs der absoluten Mehrheit der SPD durch einen Wahlsieg der GAL

chen Konstellation der größte Reformdruck aus") wird ein Tolerierungsbündnis mit der SPD *„für sehr unwahrscheinlich"* gehalten. Das Papier schließt: *„Auch wenn wir heute pessimistisch sind, was die aktuelle Wahrscheinlichkeit eines (Tolerierungs-) Bündnisses mit der SPD angeht, wollen wir dennoch unsere Bedingungen angeben, die uns ein solches Bündnis ermöglichen würden.*

Mit diesen Forderungen sind wir für jeden Wähler berechenbar. Unsere Forderungen sind realisierbar. Ihre Erfüllung wäre zugleich eine einschneidende Veränderung heute in Bonn und Hamburg betriebener Politik.

Wir sind — wie schon bei den letzten beiden Wahlen — jederzeit zu Verhandlungen über Einzelheiten unserer Forderungen bereit, werden allerdings von ihrer Substanz nicht abrücken und stehen für Tauschgeschäfte nicht zur Verfügung." Es folgt ein notdürftiger Forderungskatalog, der hier nicht weiter erwähnt werden braucht, da er im derzeitigen Diskussionsstadium der GAL uninteressant ist.

Das im April zur Verabschiedung vorgesehene Papier ist fast ausschließlich als internes Ausrichtungspapier zu verstehen und mit Blick auf die grüne Realo-Fundi-Kontroverse geschrieben. Der Verfasser will damit die GAL als stabiles Gegengewicht zur grünen Haupttendenz festschreiben. Denn bei Lichte betrachtet enthält das Papier, das auf eine satte Mehrheit rechnen kann, eine Reihe von Korrekturen in der Ausrichtung der bisherigen GAL-Politik, wie sie gerade von Thomas Ebermann betrieben wurde. Für die to-

Politik, wie sie gerade von Thomas Ebermann betrieben wurde. Für die to-

tal auf Konstruktivität in der Arbeit festgelegten GAL-Apparate galten Formulierungen wie „Sand im parlamentarischen Getriebe" als verpönt. Sowohl Definitionen wie „Bedingungen" für die Tolerierung als auch die Ablehnung von „Tauschgeschäften" waren in der Vergangenheit für den Verfasser kein Tabu. Der „neue" Kurs der GAL wird auch an einem anderen Punkt deutlich. „Demonstrativ" hat sie auf den ihr zustehenden Sitz in der neugegründeten „Hamburger Anstalt für Neue Medien" verzichtet. Begründet wurde dies fundamentalistisch mit der Ablehnung der Neuen Medien und der Nichtbereitschaft, sich hier in eine mitgestaltende Alibirolle drängen zu lassen. Eine Position, die zu Ebermanns Parlamentszeiten kaum denkbar gewesen wäre. Die in gewisser Weise auch willkürlich an diesem Punkt gewählt wurde, da es mit dieser Begründung zuvor schon einige Fälle gegeben hat, in denen die GAL so hätte argumentieren können. Ihre Präsenz in verschiedenen Gremien hat immer auch diese Integrationskomponente, neben der von ihr verfolgten, optimal für die Betroffenen etwas herauszuholen, enthalten. Verständlich wird der verschärfte Oppositionskurs nur vor dem Hintergrund der Ausrichtung des Hamburger Landesverbands.

Zur Bürgerschaftswahl dürfte der Hamburger Realo-Flügel kaum Chancen haben, an diesem Kurs etwas zu verändern. Dies läßt die SPD-Regierungspolitik nicht zu. Eher wird die Diskussion darum gehen, ob die GAL nicht offensiver mit dem Argument der Notwendigkeit, neuen Reformdruck herzustellen, in den Wahlkampf gehen soll. Eine Position, wie sie Realos und

Notwendigkeit, neuen Reformdruck herzustellen, in den Wahlkampf gehen soll. Eine Position, wie sie Realos und

der Stamm-Flügel vertreten. Das wiederum dürfte aus innerparteilichen Gründen Thomas Ebermann kaum recht sein, da dies die rot-grüne Diskussion provozieren könnte. Ein solcher Diskussionsschwerpunkt würde aber die GAL-Abgrenzung vom Bundestrend stören. Grün-immanent gedacht, ist das ja realistisch. Doch macht es auch ein ganzes Stück grüner Lähmung bei der politischen Weiterentwicklung aus, die stark innerparteilichen taktischen Überlegungen unterliegt. Das aber macht die Diskussion so wenig erfreulich.

Wahlbündnis in Hamburg gegründet

Etwa 400 Personen gründeten am 16. Februar in Hamburg ein „Wahlbündnis" zu den Bürgerschaftswahlen. Nach eigener Aussage handelt es sich dabei um Menschen, die *„in unterschiedlichen Initiativen, Organisationen, Parteien, Gewerkschaften"* arbeiten (Gründungsaufruf). *„Das politische Spektrum reicht über Mitglieder von SPD, DFU, Liberale Demokraten, DKP und Friedensliste bis in die GAL hinein. Die Mehrzahl sind jedoch außerparlamentarisch aktive Menschen, die keiner Partei angehören"*, so Ulrich Cremer in der UZ vom 21.2.86. *„Wir sind schon seit langem politisch engagiert oder haben erst begonnen zu protestieren, uns für politische Ziele einzusetzen. Wir alle aber sind aktiv und dabei bemüht, die Wende nach Rechts in der Bundesrepublik und auch in Hamburg zu stoppen"* (Gründungsaufruf). Entgegen der ursprünglichen Absicht hat das „Wahlbündnis" noch keine Kandidatur beschlossen, sondern will darüber zu einem späteren Zeitpunkt beraten. Vorher soll es sich stärker dezentral konstituieren und — so der Wunsch — *„mit der GAL wie mit anderen politischen Kräften die Diskussion aufnehmen um Inhalte und Formen möglicher und notwendiger Zusammenarbeit, sowohl außerparlamentarisch, als auch zu den bevorstehenden Wahlen zu Bürgerschaft und Bezirksversammlungen"* (Konstituierungsbeschluß).

Die Realität des Bündnisses ist allerdings eine ganz andere, als die vorgegebene ungewöhnliche Breite von SPD über DKP bis GAL. Vier namentlich aufrufende SPD- und drei GAL-Mitglieder unter 122 Unterzeichnern können bestenfalls dem naiven Beobachter den Eindruck vermitteln, hier konstituiere sich eine ganz neue politische Breite zum Bündnis. Die so hervorgehobenen Parteimitglieder repräsentieren nichts an politischer Relevanz in den Herkunftsorganisationen, was im entferntesten den Schluß zuließe, da entwickle sich aus Unzufriedenheit mit SPD- oder GAL-Politik eine bedeutsame neue Kraft. Tatsache ist, daß das „Wahlbündnis" sich fast ausschließlich aus dem engen Bündnisfeld von DKP, DFU und VVN rekrutiert.

Wir sind die Außerparlamentarischen

Daneben wuchert das Bündnis noch mit anderen Pfunden: Außerparlamentarisch ist das meistgeschriebene und gesprochene Wort in seinen Erklärungen; wir sind d i e Außerparlamentarischen, so läßt man verlauten. Ungewollt komisch die Einladung der DFU zur Gründung: *„SPD, GAL, CDU und FDP haben mit der Nominierung von Kandidaten und der Erarbeitung von Wahlprogrammen bereits begonnen.* ***Die außerparlamentarische Bewegung*** *steht in der Diskussion über die Frage, wie sie in die Wahlauseinandersetzung eingreifen kann."*

Es ist schon extrem ärgerlich, solche teilweise dreisten Manipulationen zum Gegenstand von Bündnisangeboten zu machen, statt seinerseits mit offenem Visier eine ernsthafte Auseinandersetzung zu führen. Denn dieser Stil setzt sich im weiteren fort und durchzieht selbst die inhaltlichen Aussagen. So strotzt das Gründungspapier von Peinlichkeiten wie der Betonung der Notwendigkeit, *„in Dialog miteinander zu treten, voneinander zu lernen. Zu unserem Zusammengehen gehören deshalb Solidarität, Meinungsstreit und gemeinsames Handeln"*; man habe gelernt, *„daß wir am stärksten sind, wenn Gemeinsames vor Trennendes gestellt wird"*, daß niemand *„aufgrund seiner Weltanschauung, seines Glaubens, seiner Parteizugehörigkeit"* ausgegrenzt werden sollte; oder *„wir wollen keine ,Vereinheitlichung' von Weltanschauungen oder gar eine neue Partei"* (alle Zitate aus dem Gründungsdokument), letztes schon gar nicht, wissen wir doch, daß es diese einzige Partei der... schon längst gibt. Wie will man denn allen Ernstes der

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

grün-alternativen Anhängerschaft diese Mischung aus alternativem Politikmachen und Minimalkonsens-Politik glaubhaft machen, wenn jeder halbwegs aufgeklärte weiß, daß sich dahinter die Bündnisbemühungen der DKP und ihr nahestehender Kreise verbergen, daß die Erfahrungen mit der DKP in aller Regel das Gegenteil von der versprochenen Offenheit sind? All das zusammen läßt den Bündnisversuch eher als Trick, denn als ernsthaftes Angebot erscheinen.

Noch ein weiterer Trick sei erwähnt. Bekannt ist die auch in der Partei kritisierte Fixierung der Grünen auf vermeintliche parlamentarische Durchsetzungsstrategien und ihre Schwäche im außerparlamentarischen Bereich. Dies ist zum einen ein strukturelles Problem, vor dem mit Sicherheit auch eine sich so stark gebärdende außerparlamentarische Kraft wie das „Wahlbündnis" nicht gefeit wäre, wenn es in den vergleichbaren ‚Genuß' von Parlamentssitzen käme wie die Grünen. Es ist zum anderen ein Problem zunehmender politischer Grundorientierung innerhalb der Grünen, deren parlamentarische Verliebtheit den Blick für die Machtverhältnisse verstellt, was zugleich Anpassungsmotor für die Entwicklung in Richtung sogenannter Realpolitik ist. Mal ganz abgesehen davon, daß ein wachsender Teil Grüner sich auch zu ausschließlichen Anhängern einer verbesserten parlamentarischen Demokratie entwickelt. Also tönt das „Wahlbündnis" illusionslos: *„Dabei setzen wir das Außerparlamentarische vor die Bedeutung des Parlaments, weil allein im Parlament — ohne Druck von außen — nichts wirklich zu verändern ist"* und kritisiert die Vernachlässigung außerparlamentarischer Arbeit durch die GAL. Schreibt aber gleichzeitig, es fehle an Strategien, *„die dem ‚außerparlamentarischen Kampf Vorrang geben und Verbindungen zu parlamentarischen Initiativen so herstellen, daß reale Veränderungen durchgesetzt werden können"*. Oder noch deutlicher Ulrich Cremer im erwähnten UZ-Artikel: *„Notwendig ist also eine neue Qualität der Parlamentspolitik, damit Forderungen der Bewegungen in der Bürgerschaft nicht nur auf den Tisch kommen, sondern auch durchgesetzt werden."* Nun scheitert die Durchsetzung in Hamburg bislang allerdings an den real existierenden Machtverhältnissen im Parlament und nicht an der GAL. An der absoluten Mehrheit einer SPD, die nicht nur eine satte rechte Parteimehrheit besitzt, sondern zudem noch eine Parteilinke, die in vielen Jahren Parlamentstätigkeit das Rückgrat eines hundertfach gekauten Kaugummis bewiesen hat. Und da wollen die illusionslosen Außerparlamentarier stärkere Durchsetzung von Forderungen versprechen?



Mittler zwischen GAL und SPD

Dem Einwand ist vorgebeugt. *„Wir haben in Hamburg eine breit entwickelte außerparlamentarische Bewegung und politische Kultur. Das spiegelt sich in der Bürgerschaft jedoch völlig unzureichend wieder"*, heißt es und an anderer Stelle: *„Die außerparlamentarische Bewegung ist gewachsen und hat über vielfältige Bündnisbeziehungen eine größere Breite und mehr politisches Gewicht erreicht. Diese Entwicklungen hat die GAL unzureichend aufgearbeitet und in ihrer realen Politik vielfach nicht nachvollzogen"*. Womit die Lösung, woher denn die größere Durchsetzungsfähigkeit kommen soll, gegeben wäre. In die Hamburger Wirklichkeit übersetzt heißt dies: Die DKP meint sich und ihre spezielle Bündnispolitik insbesondere in der Friedensbewegung gegenüber der SPD als die „gewachsene" usw. außerparlamentarische Bewegung, die derzeit noch im Parlament fehlt. Doch gerade da ist aufgrund der bisherigen Erfahrungen und der Neuentdeckung der in der Opposition ‚gewandelten' Sozialdemokratie durch die DKP Vorsicht angesagt. Entsprechend lasch sind denn auch die Aussagen des „Wahlbündnisses" zur regierenden SPD. Sie habe sich *„von der christdemokratischen Opposition unzureichend unterschieden"*, lautet die Feststellung im Entwurf für eine programmatische Erklärung. Gleichzeitig geht das „Wahlbündnis" — wie in den vergangenen Jahren schon die DKP — von einer quasi Äquidistanz zwischen GAL und SPD aus, die gleichermaßen von den Bewegungen „stärker in die Pflicht" genommen werden sollen. Angestrebt wird neben dem Kurzzeit-Ziel einer *„Allianz des Widerstandes gegen weitere Rechtsentwicklung"* langfristig *„ein Block für gesellschaftliche Veränderungen"* aus SPD und Grünen mit gewerkschaftlicher Unterstützung. Für die Bürgerschaftswahlen will man sich darüberhinaus bemühen, *„mit der SPD darin Übereinstimmung zu erreichen, gemeinsam die von der CDU und FDP vertretenen Positionen im Hamburger Wahlkampf zu bekämpfen"*. Der Versuch, sich als außerparlamentarisch getragener Mittler zwischen einer rechts tendierenden SPD und einer sich angeblich sektiererisch abgrenzenden GAL aufzutreten, entbehrt nicht einer gewissen Komik, sowohl was die realen Einflußmöglichkeiten der Mittler angeht, als auch vor dem Hintergrund rechter Hamburger Standortpolitik Dohnanyis. Eine ernstzunehmende Politik des „gemeinsam gegen Rechts" müßte in Hamburg die Wirkungen gerade der Dohnanyischen Politik aufs Korn nehmen als rechts und nicht geeignet, eine zur Bundespolitik notwendige Alternative zu entwickeln. Für eine solche Oppositionspolitik eignet sich das vorgelegte Konzept des Wahlbündnisses nicht. Die Neigung in der GAL, auf einer solchen Basis ein Bündnis einzugehen, dürfte nicht besonders groß sein.

So ist kaum zu erwarten, daß es in Hamburg überhaupt eine ernsthafte Bündnisdiskussion geben wird. Die DKP-Vertreter im „Wahlbündnis" können eigentlich nur noch auf einen (niedersächsischen?) Wettersturz zu lasten der Grünen hoffen. Allein dies könnte wohl einige in der GAL bewegen, aus rechnerischen Gründen zur Rettung des eigenen Ladens zusammenzugehen. Nach Schleswig-Holstein ist auch das zunächst einmal aus den Überlegungen. Das „Wahlbündnis" läßt sich bislang sehr viel Zeit mit eigenen Planungen. Vieles spricht dafür, daß die eigene Kandidatur gar nicht ernsthaft erwogen wird. Für diesen Fall hat die DKP vorgesorgt und bereits im Dezember letzten Jahres ihr Programm „Arbeitsplatz Hamburg" beraten. Das und die eigene Organisationsstruktur müßten dann herhalten, die Eigenkandidatur durchzuziehen. Begeistert ist man nicht darüber. Dran denken sollte man aber schon, denn das, was sich da an „Wahlbündnis" konstituiert hat, ist keine Alternative oder Bereicherung der politischen Auswahl. Das einzige, was es erreichen könnte, wäre eine völlig überflüssige Schwächung der GAL-Position.

Kommunalwahlen in Schleswig Holstein:

Signale für rot-grün?

Hohe Verluste für die CDU (5,9 %), hohe prozentuale Zugewinne für die SPD (5,7 %) und für die Grünen (1,3 %), die FDP unter 5 %. Das Ergebnis der Kommunalwahl signalisiert in Schleswig-Holstein eine rot-grüne Mehrheit von 47,7 % gegen 44,2 % der CDU. Die Wende?

Nun, wenn jetzt SPD und vor allem auch die in der letzten Zeit arg gebeutelten Grünen jubeln, so ist das zwar verständlich, sollte aber dennoch nicht den Blick für die Realitäten verstellen. Kommunalwahlen unterliegen nicht den gleichen Gesetzen wie Bundes- und Landtagswahlen. Den Grünen in NRW dürfte noch ihr hervorragendes Kommunalwahlergebnis von 8 % Ende 1984 in Erinnerung sein, das ein gutes halbes Jahr später bei der Landtagswahl auf 4,5 % reduziert wurde. Es lohnt also, sich die Ergebnisse etwas genauer anzusehen.

Die CDU-Verluste sind einmal auf die gesunkene Wahlbeteiligung von fast 5 % zurückzuführen, offenkundig regional bedingter Protest konservativer Wähler oder Protesthaltung der Bauern gegen die Agrarpolitik. Aber sie hat auch Stimmen an die SPD abgeben müssen. Hatte sie 1982 noch in zehn der elf Wahlkreise die absolute Mehrheit errungen, so diesmal in keinem. Sie blieb zwar überall stärkste Partei, doch nur in zwei Kreisen ermöglicht ihr der Rausfall der FDP die alleinige Mehrheit. In vier Kreisen ist sie auf die FDP, in einem auf die Wählergruppe angewiesen. In drei Kreisen ist eine rot-grüne Mehrheit möglich. In einem Fall gibt die dänische Minderheit den Ausschlag über die Bündniskonstellation. Am herbesten für die CDU ist der Verlust von 10,9 % der Stimmen in ihrer Hochburg Dithmarschen. Allerdings: Dort zog mit 11,2% eine konservative, mittelständisch orientierte Unabhängige Wählergemeinschaft in den Kreistag, Stimmen, die bei Landtagswahlen eher wieder bei der CDU landen dürften.

Auch wenn die SPD kräftig hinzugewonnen hat, nimmt sich bei Lichte betrachtet das Ergebnis gar nicht so großartig aus. Von den 100.000 Stimmenverlusten 1982 hat sie 60.000 zurückgewonnen. Neben den drei rot-grünen Mehrheitskreisen hat sie die absolute Mehrheit in der Landeshauptstadt Kiel zurückgewonnen. In den kreisfreien Städten Lübeck und Neumünster sind ebenfalls rot-grüne Mehrheiten möglich. In Flensburg geht keine Mehrheitsbildung ohne die dänische Min-
heitsbildung ohne die dänische Minderheit des SSW. Doch bleibt auch für die SPD im Ergebnis, daß sie in absoluten Stimmzahlen gegenüber den Bundes- und Landtagswahlen 1983 verloren hat. Die Enttäuschung dürfte um so größer sein, als die schleswigholsteinische SPD darauf gehofft hatte, mit ihrer Imagewerbung als Umweltpartei die Grünen kleinzuhalten. Landesvorsitzender Jansen grübelte, die Partei müsse *„intensiver analysieren, weshalb diese Alternativpartei ausgerechnet in SH so günstig abgeschnitten habe, wo die Landes-SPD sich betont als Umweltpartei unter dem Motto ‚Umwelt und Arbeit' anbiete"* (Kieler Nachrichten, 4.3.)

Die Grünen aber sind die eigentlichen Wahlsieger. Als einzige haben sie in absoluten Zahlen zugelegt und ihr bislang bestes Ergebnis mit 100.000 Wählerstimmen erreicht. (Bundestagswahl: 91.000; Europawahl: 94.000; bei der Kommunalwahl 1982 hatten die gespaltenen Grünen zusammen 6,12 %, 85.000 Stimmen erreicht — eine Woche später, bei der Landtagswahl waren es dann nur noch 60.000 Stimmen). Allein in Dithmarschen gelangten sie mit 4,2 % nicht in den Kreistag. Ansonsten erreichten sie in einigen Orten hervorragende Ergebnisse, wobei in den Hamburger Randgebieten zahlreiche überdurchschnittliche Resultate herauskamen.

Übertroffen wurden die grünen Spitzenergebnisse von der DKP! Die hat in ihrem Wahlschwerpunkt Barmstedt zugelegt und 17,26 % der Stimmen erhalten hat. Das war's aber auch schon. Landesweit ist sie auf 3.800 Stimmen (davon allein 1.500 in Barmstedt) — 0,2 % — zurückgegangen. Im Fall der GAL Norderstedt, einem Wahlbündnis, in dessen Gründungsphase die Grünen beteiligt waren, das sie dann wegen DKP-Beteiligung verließen, ist noch einmal deutlich geworden, daß solche Bündnisse in Konkurrenz zu den Grünen keine Chance haben. 1,6 % GAL-Stimmen standen 9,1 der Grünen gegenüber.

Welche Chancen für rot-grün?

Die eher „ökosozialistisch" oder „fundamentalistisch" eingeschätzten Landes-Grünen erklärten schon einen Tag nach der Wahl ihren Willen zur Zusamenarbeit mit der SPD in den Kommunalparlamenten. Wurden noch auf der Landesversammlung im November jede Aussage zur landesweiten Zusammenarbeit vermieden, wird jetzt von Inhalten gesprochen, *„ohne die eine Zusammenarbeit mit der SPD nicht möglich wäre ... Die Hürden sind hoch und sollen auch nicht niedriger gehängt werden ... Ausstieg aus der Kernkraft innerhalb einer Legislaturperiode, konsequenter Naturschutz ohne Kompromisse im Nationalpark Wattenmeer, ein sofortiger Stop des Fernstraßenbaus in SH und eine aktive Friedenspolitik"*, so Vorstandsfrau Dorothea Strodtmann (Flensburger Tageblatt, 4.3.).

Der SPD kommen rot-grüne Überlegungen vor der Niedersachsen- und Bundestagswahl überhaupt nicht recht. Verschiedene SPD-Sprecher schlossen kommunale Zusammenarbeit nicht aus, betonten aber, daß eine Regierungszusammenarbeit mit den Grünen ausgeschlossen sei (Jansen, Engholm und Vogel im Bund, der — wie parteisprachlich üblich — auf die absolute Mehrheit für die SPD setzte). Immerhin ließ Engholms Fraktionssprecher Nilius anklingen, daß man zwar die Grünen bekämpfen werde, im Falle ihres Einzuges in den Landtag werde sich erst dann *„entscheiden, ob eine Zusammenarbeit ... möglich sei"* (Flensburger Tageblatt, 6.3.). Die bislang vorliegenden Nachrichten nach der Kommunalwahl deuten allerdings eher auf eine Arrangement der SPD mit der CDU oder wahlweise FDP und SSW hin.

Skal vi se, sagt der Däne wohl.

Nach dem Bericht eines Genossen aus Schleswig-Holstein

Ergebnisse

Landesweit (in Prozent)

	1986	1982
CDU	44,2	50,1
SPD	40,3	34,6
FDP	4,4	6,8
Grüne	7,4	6,1
SSW	1,7	1,6
DKP	0,2	0,3

Grüne Ergebnisse in den Landkreisen:
Dithmarschen: 4,2/Lauenburg: 8,4/Nordfriesland: 7,1/Ostholstein: 5,9/Pinneberg: 8,9/Plön: 6,9
Rendsburg-Eckernförde: 6,6 / Schleswig-Flensburg: 5,5 / Segeberg: 8,1 / Steinburg: 5,5 / Stormarn: 9,7

Grüne Ergebnisse in den kreisfreien Städten
Flensburg: 8,0 / Kiel: 8,8 / Lübeck: 7,9 / Neumünster: 7,3

Herausragende grüne Ergebnisse (in Prozent)
Barsbüttel: 13,2 / Ratzeburg: 13 / Quickborn: 13,1 / Wedel: 12 / Halstenbek: 11,6 / Reinbek: 10,6
Im Hamburger Randgebiet: Ahrensburg: 9,8 / Bargteheide: 9,7 / Elmshorn: 8,4 / Geesthacht: 9,4 / Glinde: 9,3 / Kaltenkirchen: 8,0 / Norderstedt: 9,1 / Pinneberg: 9,3 / Schwarzenbek: 8,9 / Wentorf: 8,2

Ergebnisse von Listen mit DKP-Beteiligung
Barmstedt: DKP 17,26 (11,7) / Börnsen bei Hamburg: Liste für Umwelt, frieden, Arbeit: 6,54 / Norderstedt: GAL 1,6 (Grüne: 9,1) / Neumünster: Friedensliste 0,54 (Grüne: 7,3, 1982: AL 7,8)

Wahldiskussion der Friedensliste

DKP gibt Eigenkandidatur auf

Die Friedensliste will im März ihren Kurs für die Bundestagswahlen abstecken.

Dabei werden auch die niedersächsischen Erfahrungen eine Rolle spielen. Dort soll die Landesmitgliederversammlung über eine Empfehlung des niedersächsischen Landesvorstands zu den Landtagswahlen entscheiden, in der es heißt *„nicht zur Landtagswahl in Niedersachsen zu kandidieren, sondern statt dessen Wahlprüfsteine zu entwickeln, mit denen Positionen der außerparlamentarischen Bewegung, insbesondere der Friedensbewegung in den Wahlkampf eingebracht werden"* (zitiert in UZ, 19.2.). Damit zieht die Friedensliste möglicherweise die Konsequenz aus ihren Bündnisbemühungen und der Ablehnung des von ihr vorgeschlagenen Kandidaten Erich Wulff auf der Landesversammlung der niedersächsischen Grünen.

Auch die DKP Niedersachsen, die diesen Vorgang *„aufmerksam verfolgt"* hat, hat sich mit den Konsequenzen beschäftigt und beschlossen, *„durch eine flächendeckende Kandidatur verantwortungsbewußt in den Landtagswahlkampf"* einzugreifen. Eine Maßnahme, die bereits im Mai letzten Jahres mit der Wahl einer DKP-Landesliste vorbereitet war, wie die UZ schreibt.

Der Bundesvorstand der Friedensliste will seiner Bundesversammlung den Beschluß vorlegen, sofort mit der Aufstellung von Direktkandidaten (Erststimmen) in den Wahlkreisen zu beginnen. Das wäre zugleich die Grundlage für die Aufstellung von Landeslisten (Zweitstimmen). Als zweites soll das Bemühen verstärkt werden, mit SPD und Grünen über *„eine politische Verständigung der Oppositionskräfte"* ins Geschäft zu kommen. Gegenüber den Grünen sollen die Bemühungen um ein *„gemeinsames Vorgehen bei der Aufstellung von Landeslisten"* verstärkt werden. Ob die Friedensliste zum Stimmensplitting aufruft (einerseits Wahl ihrer Direkkandidaten, andererseits Wahl von Grünen oder SPD) oder eigene Landeslisten aufstellt, soll nach Auswertung der Bündnisbemühungen und vor Listeneinreichungsschluß in den Ländern entschieden werden (zitiert nach dvz, 21.2.).

Die DKP unterstützt in der UZ vom 26.2. dieses Vorhaben der Friedensliste. Interessanterweise scheint die DKP erstmals seit ihrer Existenz mit einer Nichtkandidatur zu den Bundestagswahlen zu spekulieren. In dem Artikel, der die „Grundlinien der Wahlkampfstrategie der DKP für die Bundestagswahlen" beschreibt, ist dieser Trend angelegt. Würde die Friedensliste die Empfehlung ihres Bundesvorstands annehmen, heißt es da, stünde fest: *„1. Kommunisten treten bei der Bundestagswahl an. Sie kandidieren mit der Friedensliste — so wie schon zu den EG- und Landtagswahlen. 2. Die Kandidatur der Friedensliste bedeutet einen Fortschritt in der Realisierung auch der politischen Ziele, für die die DKP ja letztlich immer Wahlkampf macht."*

Mehrfach wird in dem Text betont, daß in alledem auch eine „Stärkung der DKP" liege, deutliches Indiz dafür, daß es nach wie vor einen relevanten Flügel in der Partei gibt, der nicht nur den Bündnisbemühungen dieser einzigartigen Partei der Arbeiterklasse reserviert gegenübersteht, sondern auch dafür, daß für ihn die Kandidatur auf jeden Fall ein Muß ist. Neu an diesem Artikel ist nun, daß anders, als noch bei der Kandidatur-Absicherung durch die Partei in Niedersachsen und vermutlich auch in Hamburg, erstmals signalisiert wird, man würde sich mit der reinen Direktwahlkandidatur zufrieden geben und auf Landeslisten der Friedensliste oder der DKP verzichten. Das legt zumindest die folgende Formulierung nahe: *„Die von der Friedensliste gemeinsam vertretene Politik schließt auch zu guten Teilen Positionen der DKP ein ... Diese politischen Wirkungen, mit denen auch die DKP gestärkt würde, können auch dann eintreten, wenn die Friedensliste — etwa aufgrund einer Verständigung mit den Grünen — nur mit Direktkandidaten zur Wahl antreten sollte"*. Hingewiesen wird auch darauf, , daß durch möglichen Verzicht auf die Zweitstimmenkandidatur bei dem zu erwartenden Nichtbündnis mit den Grünen nicht der Vorwurf der „Zersplitterung der Opposition" kommen könne. Ob alle in der DKP die vermittelte Kandidatur über Direktwahlkandidaten schlucken werden, bleibt abzuwarten. Wie ernst es der DKP damit zu sein scheint, von einer Eigenkandidatur runterzukommen, zeigt der Aufruf der DKP, die Friedensliste bei ihrem Vorhaben zu unterstützen durch Gewinnung von Direktkandidaten (womit schon eifrig begonnen wurde) und durch Mobilisierung zur Bundesversammlung der Friedensliste.

Rau stellt klar:

Pershings bleiben hier!

Während die SPD-„Linke" noch hofft, daß *„eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung ... den Stationierungsbeschluß innerhalb der ersten sechs Monate nach Amtsantritt aufheben"* wird — so ein Papier des „Frankfurter Kreises" — hat die Führungscrew der SPD längst anderes festgelegt.

Der folgende Artikel beweist dies an zahlreichen Erklärungen von Rau, Voigt und Eppler aus den letzten Wochen und gibt einen kurzen Rückblick über die Beschlußlage der SPD seit 1983.

SPD und NATO-„Nachrüstungs"beschluß

Vielfach verkannt wird innerhalb der Friedensbewegung, daß der Kölner Parteitag der SPD im „Friedensherbst" 1983 zwar die Raketenstationierung abgelehnt hat, aber keineswegs den zugrundeliegenden „Doppelbeschluß" der NATO. Vielmehr sei der (von Helmut Schmidt eingefädelte) Doppelbeschluß richtig gewesen, lediglich „die internationale und nationale Konstellation hat sich verändert", so jedenfalls der baden-württembergische SPD-Chef Lang, der hier stellvertretend für viele andere zitiert sei. Weiter führt Lang aus (1):

„Unsere Hoffnung war, über den Hebel des Doppelbeschlusses die SALT-II-Verhandlungen zum Abschluß zu bringen, neue Rüstungskontrollverhandlungen in Gang zu setzen und in der Zwischenzeit die Rüstungsspirale anhalten zu können (...) Wir müssen heute aber feststellen, daß die meisten Ziele nicht erreicht wurden und die Verhandlungen gescheitert sind." Lang bilanziert: *„Trotzdem hielt und halte (!!) ich es für richtig, daß dieser Versuch gemacht wurde, die Spirale anzuhalten."*

„Aufrüsten, um abzurüsten", diese krude Logik der „Nachrüstung" wurde in der SPD mehrheitlich niemals in Frage gestellt.

Beschlußsalat

Dementsprechend waren die SPD-Beschlüsse zum Abzug der neuen Raketen bei näherer Betrachtung auch immer — zumindest! — widersprüchlich. Gefordert wurde auf dem Kölner Parteitag 1983 und auf dem Essener 1984:

„Von den USA einen Aufstellungsstopp und Rücknahme der Stationierung von Pershing 2 und Cruise missiles;

stopp und Rücknahme der Stationierung von Pershing 2 und Cruise missiles;

von der UdSSR den unverzüglichen Abbau der im Gegenzug aufgestellten Kurzstreckenraketen SS 21-23 in der DDR und CSSR sowie eine drastische Verminderung der SS 20 auf einen Stand vor 1979." (2)

Völlig unklar bleibt bei dieser Beschlußlage, ob der Abzug der US-Raketen an den vorherigen („unverzüglichen") oder zumindest gleichzeitigen Abzug der sowjetischen Raketen gekoppelt sein soll — ein Junktim, mit den ja vorher von den USA die Genfer Verhandlungen torpediert worden waren! Die Forderung nach einseitigem Abzug der US-Raketen ohne Vorbedingung läßt sich dagegen nur mit viel Liebe und Gesundbeterei aus dem Kölner und Essener Beschlüssen herauslesen. Aber selbst die verschwindend kleine Möglichkeit einer solchen Interpretation war der Parteispitze zuviel. In der Argumentation der Bundestagsfraktion vom Mai 85 werden nämlich noch kleinere Brötchen gebacken. Angestrebt wird hier (3):

„Ein Abkommen über einen befristeten Stopp der Stationierung eurostrategischer Raketen." Also nur noch **„Stopp"**, und auch der nur „befristet". Die Forderung nach **Abzug** der Raketen wird nur noch nebulös und laaaangfristig damit umschrieben, daß natürlich auch „Grundlinien eines substantiellen Abbaus dieser Waffen" gewünscht werden.

Ein besonderer Witz besteht darin, daß mit diesem Beschluß gar nicht mal eine Handlungsweise für die eigene Politik (z.B. einer möglichen SPD-Regierung) gemeint war, sondern sich das Ganze an jemanden richtet, von dem mensch eh weiß, daß er sich nicht daran hält: an den Präsidenten der USA. Zusammengefaßt wird dieser Unsinn von SPD-Politikern mittlerweile mit dem Slogan:

„Die Raketen wegverhandeln"

So J.R. in seiner zwischenzeitlich schon berüchtigten „Ahlener Rede" vom Dezember 85 (4):

„Wir bleiben dabei: Die Pershings und die Cruise missiles müssen ebenso wie die sowjetischen Gegenstücke wegverhandelt werden."

Zu einseitiger Abrüstung braucht man natürlich keine Verhandlungen. Gutgläubige Menschen halten nun aber der SPD zugute, daß sie Verhandlungen vielleicht abrüstungswilliger führen könnte, als die derzeitige US-Administration. Leider stimmt nicht einmal das.

Rau findet die Verhandlungsführung der USA in Genf nämlich ganz prima. *„Bestärken und ermuntern wolle er den Präsidenten, den Weg, den dieser in Genf eröffnet hat, doch weiterzugehen,"* zitiert ihn die „Süddeutsche" (5). *„Ich fühle mich heute durch die in Genf deutlich gewordene Bereitschaft zu einem Zwischenabkommen und durch Elemente des Gorbatschow-Vorschlages in dieser Zielsetzung (Wegverhandlung der Raketen, Anm. AK) bestätigt,"* (6)

Wozu diese Lobhudelei der Genfer Verhandlungen dient, hat Rau mittlerweile offen gesagt. Bei seinem US-Besuch machte er deutlich, *"daß in seinen Augen die sicherheitspolitischen Beschlüsse des Kölner Parteitages nach Genf in einem anderen Licht erscheinen"*, so die SPD-Zeitung VORWÄRTS (7). Und anläßlich einer Tagung der SPD-„Linken" Mitte Februar 86 lehnte er eine Festlegung auf den Abzug der Pershing-Raketen nach der Wahl ab, da *„Genf Anlaß zur Hoffnung auf Ergebnisse gebe und er schon deshalb einen solchen Antrag nicht mittragen könne."* (8) Fazit: Wenn ein künftiger Bundeskanzler Rau vom „Wegverhandeln der Raketen" spricht, so ist damit **nicht** der Abzug der Raketen gemeint, sondern das Vertrösten auf Ergebnisse in Genf.

Hoffen auf Genf

Wer dieses Hoffen noch nicht durch Erfahrungen aus der Vergangenheit oder durch entsprechende Untersuchungen in dieser Zeitung aufgegeben hat, den kann vielleicht ein Artikel der bürgerlichen ZEIT (Mitherausgeber: Helmut Schmidt) vom Rau'schen Illusionstheater in die rauhe Wirklichkeit zurückbringen. Dort heißt es in einer Analyse von Genf im Lichte der neuen Gorbatschow-Vorschläge (9):

„Kommt es nun in Europa zum Durchbruch an der festgefahrenen Abrüstungsfront?

Dagegen spricht zweierlei. Einmal haben beide Seiten ihre jeweilige Null-Lösung an Bedingungen gebunden, die nur schwer zu erfüllen sind. Gorbatschow fordert, die atomaren Zwerge Frankreich und Großbritannien müßten auf den — längst geplanten — Ausbau ihrer Arsenale verzichten, damit die atomaren Riesen handelseinig werden können; Paris und London haben dies klipp und klar abgelehnt. Zudem soll Amerika von der Lieferung strategischer U-Boot-Raketen an England absehen; Reagan hat dies bereits zurückgewiesen. Andererseits will Washington die sowjetischen SS-20-Raketen in Asien auf die Hälfte reduziert sehen; die Sowjets wehren sich dagegen,"

Schlachtenbummler für NATO-Europa

Hinzu kommt, daß die SPD — der oben zitierten Koketterie über die positiven „Elemente des Gorbatschow-Vorschlages" zum Trotz — im Kern natürlich voll die Position in Genf mitträgt: Die Einbeziehung des französischen und englischen Atompotentials in die Verhandlungen wird abgelehnt, obwohl dessen „Nachrüstung" voll vergleichbar ist.

Der „außenpolitische Sprecher" der SPD, Karsten Voigt, meinte dazu, *„daß die SPD stets für die Berücksichtigung der britischen und französischen Systeme und nie für ihre direkte Zählung eingetreten ist"*, das heißt, *„daß militärisch gesehen die Sowjetunion nicht die Summe der britischen und der französischen und der amerikanischen Nuklearsysteme braucht, um eine ausreichende Abschreckungsfähigkeit gegenüber diesen drei Nuklearmächten zu besitzen"*. Umgekehrt gilt das dagegen nicht, wie man gleich sehen wird. Voigt erklärte nämlich ganz unzweideutig: *„Bei den Verhandlungen über Mittelstreckenraketen ist das sowjetische Prinzip der Definition strategischer Waffen aus europäischer Sicht bisher nicht akzeptabel. Es geht vom Prinzip gleicher Sicherheit zwischen den beiden nuklearen Weltmächten aus, aber vernachlässigt das Prinzip der gleichen Sicherheit gegenüber Westeuropa."* (10)

Also nicht nur die USA, sondern auch Westeuropa **ohne** die USA, soll atomar gleichgewichtig zur Sowjetunion sein — ein ungeschminktes Plädoyer für eine weitere Aufrüstung des westeuropäischen Raketenpotentials. Wobei man im Hinterkopf haben muß, daß Gleichgewicht/„gleiche Sicherheit" im Sprachgebrauch dieser Herren natürlich in der Realität immer ein westliches Übergewicht bedeutet.

INTERVIEW

„taz", 18.2.86

„Verträge müssen eingehalten werden"

SPD-Geschäftsführer Glotz zu Raus Kanzler-Absichten



taz: ***Herr Glotz, ist Kanzlerkandidat Rau eigentlich Kandidat der gesamten Partei?***

Glotz: Davon bin ich fest überzeugt. Das hat auch Oer-Erkenschwick gezeigt.

Unter der SPD-Linken besteht offensichtlich die große Sorge, daß die SPD, gerade in der Sicherheitspolitik, nichts aus den Fehlern der Schmidt-Ära gelernt hat.

Ich glaube, es bestehen keine Zweifel daran, daß Johannes Rau die Beschlüsse des Kölner und des Essener Parteitages wirklich erfüllen wird. Allerdings gibt es eine Auseinandersetzung um die Frage, wie man am besten erreichen kann, daß beispielsweise die Pershings so schnell wie möglich wieder aus Europa wegkommen. Da hatte ich aus verschiedenen Diskussionsbeiträgen den Eindruck, daß sich auch der Kreis, der in Oer-Erkenschwick versammelt war, noch nicht einig ist.

Der Punkt ist doch, daß sich Johannes Rau nicht zu einer verbindlichen Äußerung — die Raketen kommen weg und werden dann nicht nur wegverhandelt — durchringen will. Wo ist da der qualitative Unterschied zur letzten Bundestagswahl?

Also, Rau unterscheidet sich ganz, ganz deutlich nicht nur von der Politik der Bundesregierung, sondern auch von einer Politik, die sagt, wir sind zwar für Verhandlungen, mit dem Ziel die Raketen wegzubekommen, aber sozusagen achselzuckend offen läßt, ob bei diesen Verhandlungen dann etwas rauskommt. In der Tat gibt es noch einen Dissens, ob man beispielsweise mit einem einseitigen Bundestagsbeschluß ein solches Ergebnis: Pershing weg, erreichen könnte. Die Diskussion über die Frage, ob das der richtige Weg wäre, ist auch in Oer-Erkenschwick offengeblieben.

Sie selbst haben entgegengehalten, ein Beschluß des Deutschen Bundestages, der den einseitigen Abzug der Mittelstreckenwaffen nach der Wahl beschließen würde, sei innenpolitisch nicht durchzuhalten. Warum?

Ich als Person halte in der Tat eine Entscheidung, die darauf hinauslaufen würde, wir machen einen einseitigen Bundestagsbeschluß und fegen damit eine mehrseitige Vereinbarung in einem Bündnis weg, weder für mehrheitsfähig, noch würde ich ihn für vereinbar halten mit dem Grundsatz pacta sunt servanda. Ich glaube allerdings, daß eine deutsche Bundesregierung, die mit dem wirklichen Willen zu den Amerikanern fährt und sagt: Wir wollen erreichen, daß die Pershing hier herauskommen, durchschlagskräftig und erfolgsfähig ist. Und es ist gar kein Zweifel, daß Rau klipp und klar gesagt hat: Ich bin bereit, nicht nur freundlich zu sagen, die Raketen müßten weg, sondern wirklich diesen Willen als deutscher Bundeskanzler deutlich zu machen.

Also, Sie hoffen auf die Einsicht der Amerikaner?

Wir sind nicht nur auf Einsicht angewiesen. Aber ich gehe davon aus, daß man einen Beschluß, den man gemeinsam gefaßt hat, auch gemeinsam ändern muß. Eine solche Änderung ist möglich.

Johannes Rau will 1986 keine Anweisung in Form eines Beschlusses haben, wie er 1987 zu handeln habe. Warum?

Das hängt nun wieder gar nicht mit den Inhalten zusammen, sondern mit der Form, daß man nicht in allen Einzelheiten im Wahljahr 1986 festlegen soll, wie eine solche komplizierte außenpolitische Prozedur im Jahr 1987 stattfinden soll.

Das Interview führten Ursel Sieber und Ulli Kulke

Alles unter Kontrolle ?

Widerstand gegen diesen Kurs war am ehesten noch von den SPD-„Linken" des Frankfurter Kreises zu erwarten. Auf deren Tagung am 15./16. Februar 1985 erklärte Rau: *„Handlungsdirektiven, das machte er von Anfang an klar, gibt es für ihn nicht. Vor allem in der Raketenfrage machte Rau keine Kompromisse. Eine einseitige Aufkündigung des Stationierungsbeschlusses werde es mit ihm nicht geben"*, berichtete die taz am 18.2.

Zur Hand ging ihm dabei Erhard Eppler, der — wie zu Schmidts Zeiten — Parteiräson forderte und *„das Ansinnen der AG Friedenspolitik des Frankfurter Kreises (nach Abzug der Pershing 2 innerhalb von 6 Monaten nach der Wahl) vom Tisch wischte,"* (ebd.)

Die Entäuschung der Parteilinken wurde hinuntergeschluckt und „machte sich eher in Zwiegesprächen Luft." (taz)

Jürgen/Stuttgart

Anmerkungen:
1 Ulrich Lang, Ist unsere Sicherheitspolitik am Ende? Jan. 1984; in: H.G. Brauch (Hrsg): Sicherheitspolitik am Ende
2 Essener Beschluß
3 Politik Nr. 3 (Aktuelle Informationen der SPD), Mai 1985
4 Politik Nr. 13
5 Süddeutsche, 7.2.86
6 Süddeutsche, 6.2.86
7 VORWÄRTS, 8.2.86
8 taz, 18.2.86
9 Zeit, 21.2.86
10 Voigts Zitate sind aus seinem Artikel in SOZIALISMUS 2/86

Ein halbes Nein, ein ganzes Ja
Die SPD zu SDI und EUREKA

Großen politischen Kredit in der Friedensbewegung hat sich die SPD mit ihrer Ablehnung einer staatlichen Beteiligung am us-amerikanischen „Krieg-der-Sterne"-Programm SDI verschafft. Hinter einer Mauer bündnispolitischen Einheitsbreis gegen die Stationierung von Waffensystemen im All verschwindet die geschichtliche Verantwortung der SPD für die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen in der BRD; die engagierte Zustimmung für die militärische Achse Bonn-Paris und eine koordinierte westeuropäische Militärpolitik wird zum Kavaliersdelikt.

Keine Staatsgelder für SDI

Die Haltung der SPD zu einer Beteiligung am SDI-Programm ist derzeit klar und überschaubar und findet in verschiedenen partei-offiziellen Veröffentlichungen ihren Ausdruck. In einer Erklärung des SPD-Präsidiums wird die Bundesregierung aufgefordert, „unmißverständlich jede Beteiligung an den Weltraum-Rüstungsplänen der Reagan-Regierung abzulehnen" und sich für ein Testverbot von Weltraumwaffen einzusetzen. Damit weiß sich die SPD einig mit 13 anderen sozialdemokratischen und „sozialistischen" Parteien der EG-Länder; eine gemeinsame Erklärung gipfelt in dem Satz

sich für ein Testverbot von Weltraumwaffen einzusetzen. Damit weiß sich die SPD einig mit 13 anderen sozialdemokratischen und „sozialistischen" Parteien der EG-Länder; eine gemeinsame Erklärung gipfelt in dem Satz

„Die europäischen Sozialisten lehnen daher jede Beteiligung ihrer Regierungen am SDI-Projekt ab". Um die befürchtete Unterhöhlung des Vertrags über die Einschränkung von Antiraketensystemen (ABM-Vertrag) von 1972 zu vermeiden, werden die USA u n d die Sowjetunion aufgefordert, *„eine Stärkung des Vertrags von 1972 insbesondere im Bereich der Antisatellitensysteme und der neuen Technologien zu akzeptieren, indem sie Abkommen mit unmittelbarer Wirkung abschließen, in denen ausdrücklich Tests und Aufstellung von Antiraketensystemen verboten werden"*.

Die Haltung der SPD gründet sich auf eine umfangreiche und komplexe Argumentation, aus der wir an dieser Stelle Kernelemente herausstellen wollen. Auffallend ist an erster Stelle die Zubilligung der besten Absichten an die Adresse der Reagan-Administration, die die „Strategie der gegenseitigen Vernichtung durch eine Strategie der gegenseitig verbürgten Sicherheit" ersetzen wolle (SDI und die Interessen Europas, in der Reihe: Politik — Aktuelle Informationen der SPD, hrsg. vom Parteivorstand, Mai 1985). Die gleiche grob beleidigende Unterstellung gegenüber Reagan, Weinberger & Co. findet sich auch im „Wissenschaftler-Appell gegen SDI", der stärksten Waffe von KOFAZ und SPD im Friedenskampf. Die Einwände vieler namhafter Naturwissenschaftler aufgreifend, die auf die technische Undurchführbarkeit einer umfassenden strategischen Raketenabwehr hingewiesen haben, weist auch die SPD darauf hin, daß SDI gar nicht zum Abbau aller atomaren Angriffswaffen führen könne, sondern zu einem Mix offensiver und defensiver Waffen führen müsse. Völlig außer Acht läßt die SPD allerdings den Umstand, daß die Weltraumwaffen selbst als Angriffssysteme genutzt werden könnten. Die vorgebliche Hauptsorge der SPD liegt jedoch bei der Errichtung einer Zone verminderter Sicherheit in Westeuropa und einer Schwächung des Status der westeuropäischen Staaten in der internationalen Politik. Eine Zone geringerer Sicherheit soll demnach dann entstehen, wenn es den USA und der Sowjetunion gelänge, Abwehrsysteme gegen strategische Nuklearwaffen zu errichten. Die nuklear-strategische Drohung als Teilelement der „flexible response" wäre damit in Frage gestellt. *„Der Angreifer* (natürlich die SU! — d.Verf.) *könnte das Gesetz des Handelns diktieren. Seine konventionelle Überlegenheit* (sic!) *ginge voll zu Lasten der NATO. Das Kriegsrisiko würde gesenkt, die Risikobereitschaft erhöht"* SDI und die Interessen Europas, a.a.O.). Um die unterstellte konventionelle Überlegenheit aufzuheben, müßten in den kommenden Jahren vermehrt Finanzmittel freigemacht werden, die gerade nicht zur Verfügung ständen, wenn die westeuropäischen Staaten sich an SDI beteiligten. Die Westeuropäer würden auf diese Weise zu einem reinen Spielball im Kräftemessen der Großmächte. Die Aufwendung staatlicher Mittel für SDI würde zugleich dahinführen, daß die westeuropäischen Konzerne nur noch zu einem Anhängsel militarisierter us-amerikanischer Grundlagenforschung degradiert würden. Die SPD folgt insofern ihrer eigenen Logik, wenn sie ein koordiniertes Vorgehen der EG-Staaten in der Militär- und Technologiepolitik fordert.



„ ... sollte die NATO sich befähigen, einfliegenden Kampfflugzeugen dank Ausnutzung der modernen Technik das Überleben in so großen Umfang unmöglich zu machen, daß deren Einsatz nicht mehr sinnvoll erscheint."
Andreas von Bülow

Auffallend an den Erklärungen der SPD sind neben dem Gesagten auch zwei Punkte, zu denen nichts gesagt wird. Der eine Punkt betrifft das Verhalten der großen Konzerne, die sich, lukrative Angebote vorausgesetzt, nicht zieren werden, für SDI zu forschen. Schon die außenpolitische Rücksichtnahme auf die französische Schwesterpartei fordert höfliche Zurückhaltung, denn selbst französische Staatskonzerne werden sich an SDI beteiligen. Von der SPD sind bisher nicht einmal Gedanken laut geworden, die industrielle Beteiligung durch Maßnahmen der Außenhandelsgesetzgebung oder bei der Vergabe von Forschungsmitteln zu sanktionieren. — Der andere interessante Aspekt ist der Umgang mit Staatsverträgen über SDI, wenn die SPD tatsächlich 1987 an die Regierung kommen sollte und ein oder mehrere Abkommen vorfindet, die die Kohl-Regierung in diesem Frühsommer mit der US-Administration schließen will.

„Kampf der technologischen Kolonialisierung Europas"

Mit diesen Worten kündigen die 14 sozialdemokratischen Parteien in den EG-Ländern ihre Unterstützung für das EUREKA-Programm an. Hinter diesem Appell an klassenübergreifenden den dumpfen Europa-Chauvinismus steht die Befürchtung, die westeuropäischen Industrien könnten zukünftig nicht mehr auf allen Gebieten neuer Technologien mithalten. Die westeuropäische Konkurrenzfähigkeit soll auf sechs Technologie-Sektoren, die auch von SDI erfaßt werden, gesichert werden: Großrechner, Optik, Laser, Mikroelektronik, künstliche Intelligenz, neue Werkstoffe. Die konkrete Bedeutung des Hinweises, EUREKA solle ein ziviles Forschungsprogramm bleiben, wird nirgendwo erläutert. Gerade da würde es aber interessant, denn offenkundig handelt es sich bei allen genannten Forschungsgebieten um Bereiche, denen in den kommenden Jahrzehnten eine noch steigende Bedeutung beim Bau zielgenauer nicht-atomarer Waffensysteme zukommen wird. **Die Fragestellung, die die Sozialdemokratie beantworten müßte, lautet, wie sie die militärische N u t z u n g der Forschungsergebnisse verhindern will. Daß sie dieses nicht will, darauf deuten alle parteioffiziellen Erklärungen der SPD, die sich unter dem Banner der Anhebung der Nuklearschwelle zur konventionellen Aufrüstung aufgemacht hat. Karsten Voigt, wohl das „sicherheits'‚politische Sprachrohr seines Herrn Johannes Rau, hat die Ablehnung von Staatsgeldern bereits mit den „eigenen militärischen Forschungsprioritäten" begründet (Zwölf Thesen zur SDI-Initiative, in: Sozialdemokratischer Pressedienst vom 17.4.1985).**

Es ist nicht auszuschließen, daß solche Bemerkungen ein zukünftiges Einschwenken der SPD auf das Programm einer Europäischen Verteidigungsinitiative EVI (oder die englische Abkürzung: EDI) signalisieren sollen. Die Begründung, die Kriegsminister Wörner für die Durchführung dieses Programms heranzieht, ließe sich nahtlos in den Gesamtzusammenhang sozialdemokratischer Argumentationsmuster übernehmen, denn Wörner behauptet, EVI solle Westeuropa vor Angriffen konventionell bestückter sowjetischer Kurz- und Mittelstreckenraketen schützen. „Um sich gegen Luftangriffe zu schützen, sollte die NATO nicht mehr wie bisher davon abhängen, Minuten nach Beginn eines Krieges die Flugplätze der Luftwaffen des Warschauer Paktes zerstören zu müssen. Dafür sollte die NATO sich befähigen, einfliegenden Kampfflugzeugen dank Ausnutzung der modernen Technik das Überleben in so großem Umfang unmöglich zu machen, daß deren Einsatz nicht mehr sinnvoll erscheint", schrieb nicht Manfred Wörner, sondern Andreas von Bülow. Wohlweislich behandelt auch Bülow nicht die Tatsache, daß ein System

satz nicht mehr sinnvoll erscheint", schrieb nicht Manfred Wörner, sondern Andreas von Bülow. Wohlweislich behandelt auch Bülow nicht die Tatsache, daß ein System

„Abwehr"raketen sich auch zum offensiven Einsatz eignet.

Weltraumpolitik und EUREKA sind unmittelbar miteinander verknüpft, denn weitere Fortschritte bei der Nutzung der Raumfahrt sind ebenso von der Weiterentwicklung der neuen Technologien abhängig wie z.B. bei der Herstellung neuer Werkstoffe die weltraumstationierte Fabrik der Zukunft notwendig sein wird. „Europäisch ausgerichtete" Programme setzt die SPD auch in der Raumfahrt an die erste Stelle. Die Kritik an der Politik der Kohl-Regierung ist kaum grundsätzlich — alle staatstragenden Parteien befürworten die Beteiligung an den Kooperations-Programmen der ESA (Europäische Raumfahrtagentur). Neben den finanziellen Aufwendungen, die SPD fordert mehr Geld für die westeuropäische Raumfahrt, sind die Projekte eines militärischen „Aufklärungs"satelliten und des französischerseits in Angriff genommenen Raumgleiters Hermes umstritten. Während die Bundesregierung beide Projekte nicht oder den Raumgleiter erst ab 1987 mitfinanzieren möchte, tritt die SPD für ein umfassendes Engagement ein. Obgleich allgemein bekannt ist, daß Frankreichs Militärs sowohl den Raumgleiter für militärische Zwecke nutzen wollen wie der „Aufklärungs"satellit auch Teil eines Lenkungssystems für die französischen Atomwaffen werden könnte, entblödet sich die SPD nicht, die rein zivile Ausrichtung ihrer Vorschläge zu betonen.

Eine Bewertung der sozialdemokratischen Mehrheitsposition zu SDI, EDI und EUREKA muß zunächst die Tatsache herausstellen, daß die SPD „ein Amerika begrüßt, das ein wirksames politisches und militärisches Gegengewicht zum militärischen Potential der Sowjetunion darstellt" (H. Ehmke, Überlegungen zur Selbstbehauptung Europas, in: Politik — Aktuelle Informationen der SPD, Jan. 1984), und eine Schwächung des Zusammenhalts im NATO-Bündnis u.a. dadurch vermeiden will, daß die westeuropäischen Staaten verstärkte kooperative Rüstungsanstrengungen unternehmen. Insbesondere gehört die SPD zu den stärksten Verfechtern einer festen politischen und militärischen Achse Bonn-Paris. In diesen prinzipiellen Festlegungen ist der Widerspruch zur Betonung der nur-zivilen Ambitionen bei einzelnen Projekten bereits angelegt. Für einen ernsthaften Betrachter können deshalb nicht einmal die Oppositionspapiere der SPD den Eindruck rechtfertigen, hier trete eine glaubwürdige friedenspolitische Kraft an. Hierzu fehlen die konkreten Bestimmungen derjenigen Maßnahmen, die eine wieder regierende SPD innerhalb einer Legislaturperiode unternehmen würde, um die weitere Aufrüstung Westeuropas mit hochtechnologischen Waffensystemen zu verhindern.

fo.

DKP: Eine neue SPD

Der Kurs der SPD-Spitze gegen eine staatliche Beteiligung am SDI-Programm bringt die DKP immer wieder zum Jubeln. Grund dazu gab es, als nach den Erstunterzeichnern Brandt, Ehmke und Lafontaine am 26.Oktober 1985 die UZ auch die Unterschrift des Oberwissenschaftlers Rau unter dem Naturwissenschaftler-Appell gegen SDI vermelden konnte. Zu feiern hatte die UZ, die Zeitung der DKP, auch, als das Hamburger Parlament (im November 1985) und das Bremer Parlament (Ende Januar 86) sich gegen SDI und für eine europäische Weltrauminitiative aussprachen. In beiden Fällen war die Initiative von den örtlichen Friedensforen ausgegangen. Böse Angriffe hingegen mußte sich in Hamburg die GAL gefallen lassen, weil sie den Pro-Eureka-Kurs der SPD nicht mittragen wollte und einen eigenen Antrag im Parlament formuliert hatte. Absolute Regierungsreife attestiert in der UZ (vom 19.2.86) Rainer Eckart der SPD: *„Die alles überragende Frage zur Beurteilung der heutigen Entwicklung der SPD ist deren Einstellung und deren praktische Politik in Hinblick auf die Erhaltung des Weltfriedens! Gerade im Hinblick darauf haben sich in den vergangenen Jahren Veränderungen vollzogen, die von hoher Bedeutung sind. ‚Aus dem Ja (der SPD) zur Stationierung der USA-Atomraketen ist ein Nein geworden, aus der Ablehnung von Friedensaktionen ein Aufruf zur Teilnahme an ihnen', führt These 22* (Thesen der DKP zum Parteitag — Anm. AK) *aus. Man kann, durch die gegenwärtige Praxis der SPD belegt, ergänzen: aus einer noch gar nicht so lange zurückliegenden USA-hörigen Haltung in Rüstungsfragen ist eine zunehmend deutlichere Distanzierung, zumindest in den Kernfragen wie SDI, geworden; aus einer noch vor wenigen Jahren strikt ablehnenden Haltung gegenüber Abrüstungsvorschlägen der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder ist ein realistisches Aufeinanderzugehen geworden. (...) Aber auch in der Bundesrepublik selbst erweist sich in der praktischen Erfahrung, daß es in konkreten Fragen der politischen Auseinandersetzung aufgrund gleicher objektiver Interessen von Sozialdemokraten und Kommunisten möglich ist, mehr Zusammenwirken (z.B. gegen den 116) oder mindestens Parallelen und gleichgewichtetes Handeln zu kommen. (...) Ich halte es nicht für übertrieben, wenn man diese Entwicklung so bewertet, daß sich hier eine mögliche außenpolitische Orientierung zeigt, die — wenn sie zur staatlichen Politik der Bundesrepublik werden kann — imstande ist, einer neuen realistischen und am Frieden orientierten Politik der Entspannung zum Durchbruch zu verhelfen."*

HH

Erneut Militärdokumente in den Niederlanden geraubt

Wer da glaubte, der Polizei-Überfall auf das antimilitaristische Dokumentationszentrum AMOK vom 19. November letzten Jahres (vergl. AK 265, S. 21f.) würde die niederländische antimilitaristische Szene in Angst und Schrecken versetzen und der Serie von Enthüllungs-Raubzügen ein Ende bereiten, der hat sich getäuscht. Es wird weiter eingebrochen, geklaut und enthüllt. Und zwar nicht nur von Onkruit, sondern auch von anderen Aktionsgruppen. Außerdem finden die auf diese Weise erbeuteten Staatsgeheimnisse immer leichter ihren Weg in die „offizielle" Presse.

„Als Vergeltung für den Überfall auf AMOK", der in der Öffentlichkeit auf breite Proteste stieß, knackten einige Dutzend Antimilitaristen/inn/en am 1. Dezember einen bis dahin geheimen Bunker in Ijsselstein (bei Utrecht) und räumten ihn aus. In dem Bunker ist ein Radio-Notsender untergebracht, der in „Krisenzeiten", wenn die Hilversumer Radio-Sender aus dem Äther genommen werden, die Bevölkerung „informieren" soll. Nach der Protestaktion, die am hellichten Tag durchgeführt wurde und bei der 53 Personen festgenommen wurden, wurden Einzelheiten über den Notsender enthüllt.

Zwei Wochen später, in der Nacht vom 15. zum 16. Dezember, brach in Amsterdam eine Gruppe mit dem Namen „Stille(n) Nacht, Heilige Fracht" („Stillen" ist das niederländische Wort für Zivilbullen) ein in das Büro eines „Observationsteams" der Reichs-Polizei.

Das Büro lag auf einem abgelegenen, nicht permament bewachten, militärischen Gelände des Nationalen Territorial Kommandos. Die unbekannten Täter wußten einem Polizeisprecher zufolge genau Bescheid darüber, wo das Büro sein mußte. Fünf Tage nach dem Einbruch gab die Polizei bekannt, das Observationsteam habe eine neue Unterkunft erhalten.

Erbeutet wurden unter anderem hunderte Schlafsäcke (aus einem Magazin), eine Kopiermaschine, eine Schreibmaschine und natürlich wieder jede Menge (geheime) Dokumente. Die interessantesten Informationen wurden wie gewöhnlich zuerst den Leser/inne/n der autonomen Amsterdamer Wochenzeitung „Bluf!" präsentiert und danach zum Teil von der bürgerlichen Presse übernommen. Die Authenzität der Dokumente wurde von der Polizei bestätigt.

Tags nach dem Einbruch äußerte ein Polizeisprecher der Presse gegenüber die Befürchtung, möglicherweise seien auch „unangenehme Sachen über unsere Arbeitsweise" mitgenommen worden. Die Beute beweist, daß die Observationsteams keineswegs — wie die Polizei gerne glauben macht — nur „gewöhnliche Kriminelle" beobachtet, sondern auch die politische Szene im Auge behalten. Zu den Observationsmethoden gehört des Beschatten und Fotografieren von Personen, das Durchsuchen von Müllsäcken und das Abhören von (Telefon)gesprächen.

Besonderes Aufsehen erregte die Enthüllung, daß genanntes Obversationsteam Briefe aus dem Briefkasten des (offiziellen, regionalen) Radiosenders „Stad Amsterdam" gefischt und kopiert hat. In diesem Zusammenhang war in der Öffentlichkeit oft zu hören, daß mensch anscheinend erst einbrechen und stehlen müsse, um dahinter zu kommen, daß die Polizei einbricht und stiehlt. Radio Stad erstattete Anzeige gegen die Observateure. Die Staatsanwaltschaft distanzierte sich nachdrücklich vom Briefe-Stehlen, wofür sie niemals Genehmigung erteilen würde, und beauftragte die Kripo, eine Untersuchung darüber einzuleiten, ob die Geheimpolizisten strafbare Handlungen begangen haben.

Zu Sabotage-Zwecken wurden in „Bluf!" die Namen, Adressen, Telefonnummern und Fotos der Mitglieder des Observationsteams pubiziert. Auch die Typen und Kennzeichen ihrer Fahrzeuge wurden öffentlich gemacht. Darüber war die Polizei, wie ihr Sprecher erklärte, nun „gar nicht glücklich": „Observieren ist eine akzeptierte Aufgabe der Polizei. Daß im Fall von Radio Stad etwas nicht korrekt war, hat nichts damit zu tun. Wenn man etwas gegen das Observieren hat, muß man das zur Diskussion stellen und nicht die Personen angreifen."

Der Polizeisprecher gab zugleich bekannt, daß die veröffentlichten Telefonnummerns sofort geändert worden seien. Die Polizei sei außerdem bereit, eventuelle Umzugskosten der Betroffenen zu übernehmen.

In letzter Zeit mehren sich die Aufforderungen rechter Kreise an die Justiz endlich einmal etwas gegen die Straftaten von „Bluf!" zu unternehmen. Staatsanwalt Wooldrik aus Amsterdam dazu: „Es handelt sich zweifellos um strafbare Handlungen. Aber wenn wir ‚Bluf!' aus dem Verkehr ziehen, dann erscheint kurze Zeit später ‚Die Kanalratte' oder so was und dann fängt das Ganze wieder von vorne an.'

Niederlande-Kommission

„De Volkskrant" - Ausg. vom 17.12., 20.12., 21.12. und 27.12.1985 sowie vom 4.1., 11.1., 14.1. und 1.2.1986

Das Erziehungsgeld

Ein Gesetz zur Flexibilisierung der weiblichen Arbeitskraft

Mit Riesenschritten nähert sich die CDU der auf dem „Frauenparteitag" im März 85 angekündigten „Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau im Lebensalltag".(1) So verkündete der damalige Familienminister Geissler, mit dem Gesetz über Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub (BErzGG) sei ein neues Kapitel in der Familien- und Frauenpolitik aufgeschlagen.

Was bringt das neue Gesetz?

Am 1.1.86 trat das BErzGG in Kraft.(2) Jede Frau, ob erwerbstätig oder Hausfrau, erhält bei Geburt eines Kindes ein Erziehungsgeld von monatlich 600,- DM. Gleichzeitig kann ein 10-monatiger Erziehungsurlaub in Anspruch genommen werden. Die ersten 6 Monate wir das Erziehungsgeld unabhängig von der Höhe des Einkommens, ab dem 7. Monat einkommensabhängig gezahlt. Gemäß der von der CDU proklamierten „neuen Partnerschaft" sind auch Väter anspruchsberechtigt. Doch an der bürgerlichen Kleinfamilie hält die CDU nach wie vor fest, deshalb sind nichteheliche Väter ausgenommen, da ihnen nicht — wie vorausgesetzt — die „Personensorge" zusteht. Für erwerbstätige Frauen will das Gesetz die „Wahlfreiheit" zwischen Beruf und Familie schaffen. Es bietet die Möglichkeit, während des Erziehungsurlaubs eine Teilzeitarbeit von maximal 19 Stunden wöchentlich beim gleichen Arbeitgeber auszuüben. Während des Erziehungsurlaubs gilt ein durch weitgehende Ausnahmeregelungen aufgeweichter Kündigungsschutz.

Das neue feminismusverdächtige Image der CDU, die frauen das BErzGG mit Slogans wie „Wahlfreiheit", „Gleichberechtigung", „Anerkennung von Erziehungsleistungen" als frauenfreundlich anpreist, entlarvt sich jedoch als traditionelle CDU-Familienpolitik. Frauen sollen sich wie gehabt der Hausarbeit und Kindererziehung widmen. Als Dank für ihren Beitrag zur Steigerung der Geburtenrate des „deutschen Volkes" erhalten sie eine Gebärprämie von 600,- DM. Erwerbstätigkeit wird nicht mehr als „wider die weibliche Natur" gegeißelt, nur muß sie nach den Flexibilisierungswünschen des Kapitals ausgeübt werden. Das BErzGG sorgt dafür, daß Frauen — mehr als es bisher schon der Fall war — dem Arbeitsmarkt als flexibel einsetzbare Manövriermasse zur Verfügung stehen und, „befreit" von Schutzrechten, dem Kapital weder zusätzliche Kosten noch Risiko verursachen.

Beseitigung des Mutterschaftsurlaubs

Das BErzGG ersetzt die seit 1979 im Mutterschutzgesetz geltenden Bestimmungen über Mutterschaftsurlaub. Für erwerbstätige Frauen, denen 1983 die Bundesregierung als ersten Schritt zur „Konsolidierung des Staatshaushalts" das Mutterschaftsurlaubsgeld von 750,- Dm auf 510,- DM gekürzt hatte, bedeutet das eine weitere Verschlechterung. Sie verlieren ihren Anspruch auf 6 Monate Mutterschaftsurlaub mit Mutterschaftsgeld und Arbeitsplatzgarantie.

Gegenüber Hausfrauen sind sie nach dem neuen Gesetz doppelt benachteiligt. Da das Mutterschaftsgeld auf das Erziehungsgeld angerechnet wird, erhalten erwerbstätige Frauen 8 Wochen weniger Erziehungsgeld. Außerdem entfällt das Erziehungsgeld, wenn nach der Mutterschutzfrist die zulässige Arbeitszeitgrenze von 19 Stunden überschritten wird. Das BErzGG bestraft also die Frau, die nach dem Mutterschutz einer vollen Erwerbstätigkeit nachgehen will oder muß.

Arbeitsplatzgarantie? — Seit dem Beschäftigungsförderungsgesetz endgültig abgeschafft

Neben diesen auf den ersten Blick erkennbaren Benachteiligungen für erwerbstätige Frauen ergeben sich aus dem BErzGG erhebliche Verschlechterungen auf arbeitsrechtlichem Gebiet, die erst durch das Zusammenwirken mit dem am 1. Mai 85 in Kraft getretenen Beschäftigungsförderungsgesetz (BeschFG) voll zum Tragen kommen.

Im Zentrum der Auseinandersetzung um das BErzGG stand die Arbeitsplatzgarantie, die aus den Vorschriften zum Mutterschaftsurlaub in den ersten Entwurf übernommen wurde. Geissler legte sich im Vorfeld des Parteitags sogar mit FDP und Unternehmerverbänden an. Die von ihm geforderte Arbeitsplatzgarantie, so mußte er sich vorwerfen lassen, sei „beschäftigungsschädlich" und wirke sich vor allem auf die Vermittlungschancen junger Frauen kontraproduktiv aus. Zudem wurde diese „zusätzliche Belastung" der Unternehmen zurückgewiesen, da die Arbeitsplatzgarantie eine „unzulässige Einschränkung der Dispositionsfreiheit" bedeute. (3) Wozu die Empörung? Geissler wußte ganz genau, daß die Arbeitsplatzgarantie bloßes Papier, allenfalls ein verbales Zugeständnis für erwerbstätige Frauen bleiben würde. Denn für die meisten Frauen, als Arbeitslose oder mit befristetem Arbeitsvertrag, greift diese Garantieerklärung überhaupt nicht. Außerdem wurde sie durch das Beschäftigungsförderungsgesetz zur Farce. Das BeschFG erleichtert in erheblichem Maße den Abschluß befristeter Arbeitsverträge. Eine sachliche Begründung für die Befristung ist nicht erforderlich; daher entfällt der besondere Kündigungsschutz für Schwangere. (4) Nach dem BeschFG abgeschlossene befristete Arbeitsverträge enden allein durch Zeitablauf. Geht z.B. eine während des befristeten Arbeitsverhältnisses schwanger gewordene Frau nach der Mutterschutzfrist in Mutterschaftsurlaub bzw. Erziehungsurlaub, so hat sie keinen Anspruch auf Verlängerung des Arbeitsvertrages, wenn der befristete Arbeitsvertrag während des Mutterschaftsurlaubs/Erziehungsurlaubs zeitlich ausläuft. Ebenso entfällt dann auch die Zahlung des Mutterschaftsurlaubsgeldes.

Bei Einführung des BeschFG wurde immer wieder der Zusammenhang mit dem anstehenden BErzGG betont. Es sei eine notwendige Voraussetzung, um überhaupt für die Erziehungsurlauberinnen Aushilfskräfte befristet einstellen zu können. Verschwiegen wurde aber, daß auch schon vorher der Abschluß befristeter Arbeitsverträge bis zu 6 Monaten erlaubt war (z.B. bei Schwangerschafts-, Urlaubs- oder Krankheitsvertretung), womit die 6 Monate Erziehungsurlaub abgedeckt gwesen wären. Das Arbeitsrecht war schon immer flexibel genug! Nach dem BeschFG können nun Arbeitsverträge befristet bis zu 18 Monaten abgeschlossen werden. Ein Angebot, von dem Kapitalisten besonders bei jungen Frauen im „gebärfähigen Alter" regen Gebrauch machen werden; zumal sie sich ganz nebenbei der Zahlung des Mutterschaftsurlaubsgeldes entledigen.

Das lückenlose Ineinandergreifen von BErzGG und BeschFG entlarvt die ganze Debatte um Arbeitsplatzgarantie als Scheingefecht. Durch das BeschFG wurde schon vor Inkrafttreten des BErzGG die beim Mutterschaftsurlaub geltende Arbeitsplatzgarantie ausgehöhlt.

Die besonderen Fälle ...

Im Entschluß des CDU-Parteitages einigte man sich statt der Arbeitsplatzgarantie darauf, „die Rückkehr in das alte Beschäftigungsverhältnis" zu ermöglichen. (5) Übrig blieb ein „Kündigungsschutz", der jetzt nur noch für den Erziehungsurlaub gilt, nicht mehr für die 2 Monate nach der Rückkehr in den Betrieb. Gleichzeitig wird er durch weitgehende Ausnahmeregelungen aufgeweicht, da „in besonderen Fällen ausnahmsweise die Kündigung für zulässig" erklärt werden kann. (6) Von Arbeitsminister Blüm wurden zur Konkretisierung dieser „besonderen Fälle" entsprechende Verwaltungsvorschriften erlassen. (7) Ausnahmen vom Kündigungschutz betreffen die Stillegung oder Verlagerung eines Betriebes/der Betriebsabteilung und die Unmöglich-

Fortsetzung nächste Seite

Frauen stürmt die Arbeitsämter meldet euch arbeitslos!

Unter diesem Motto fand am 27.2. in mehreren bundesdeutschen Städten ein Aktionstag statt. In Laken gehüllte Frauen aus Erwerbsloseninitiativen „geisterten" mit viel Lärm durch belebte Einkaufstraßen oder über Märkte, um auf die hinzuweisen, die sonst niemand sieht: die „Stille Reserve".

Verteilt wurden Flugblätter, in denen gezielt Frauen angesprochen werden, die

— gerne in ihrem Beruf arbeiten wollen
— finanziell unabhängig sein wollen
— als Hausfrau gerne wieder in den Beruf zurückwollen
— als ältere Frauen dokumentieren wollen, daß sie nicht zum alten Eisen zählen
— geschieden sind und ihre Existenz alleine sichern wollen/müssen
— als Alleinerziehende ein Kind versorgen wollen/müssen
— nach der Ausbildung einen Arbeitsplatz suchen
— tariflich abgesicherte Arbeit wollen und nicht mit einem schlecht bezahlten und ungesicherten Arbeitsplatz zufrieden sind.

All diese Frauen werden aufgefordert, zum Arbeitsamt zu gehen und sich arbeitslos zu melden, selbst wenn keine Hoffnung auf Vermittlung eines Arbeitsplatzes oder auf Leistungen des Arbeitsamtes besteht. Durch diesen Schritt würden Frauen deutlich machen, daß sie sich nicht vom Arbeitsmarkt wegdrängen lassen und daß die offiziellen Statistiken falsch sind. Es würde verhindert, daß die Erwerbslosigkeit von Frauen weiter verharmlost und totgeschwiegen wird.

Vorausgegangen waren der Aktion Bundeskonferenzen im Juni 1985 und im Januar 1986, zu denen die Kölner „Frauen gegen Erwerbslosigkeit" eingeladen hatten. Nachdem im Juni der Beschluß zu dem Aufruf „Frauen stürmt die Arbeitsämter — meldet euch arbeitslos!" verabschiedet worden war, ging es im Januar um die konkrete Vorbereitung des Aktionstages am 27.2. und um Berichte über die mit dem Aufruf gemachten Erfahrungen.

Schon im Oktober 1985 wurde die besondere politische Brisanz des Aufrufs deutlich: Regierungssprecher Norbert Schäfer behauptete auf der Bundespressekonferenz am 25.10.: *„Dieser Aufruf ist geeignet, die Arbeitsvermittlung noch stärker zu belasten und damit in der Erfüllung ihrer Aufgaben zu behindern"* („Süddeutsche Zeitung" — „SZ", 26/27.10.85). **Es ist also eine Behinderung für das Arbeitsamt, wenn die genannten Gruppen von Frauen auf eine Arbeitsberatung entsprechend § 16 Arbeitsförderungsgesetz (AFG) bestehen.**

Hart traf die Schelte auch den CDU-freundlichen Deutschen Frauenrat, der wie die 11. Bundesdelegiertenkonferenz der DGB-Frauen den Aufruf unterstützte und ihn in dem Infodienst „Information für die Frau" im Oktober veröffentlichte.

Ein Kommentar in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" — „FAZ" unterstellte den Initiatorinnen dieser Aktion, sie wollten zufriedene Hausfrauen dazu benutzen, die Arbeitslosenstatistik aufzublähen. Ihnen wurde „Gemeinsinn" und „Verantwortungsbewußtsein" abgesprochen. Der Kommentar endete mit der Unterstellung, es könnte der Eindruck entstehen, mit dem Aufruf werde zu einer besonderen Form des **Schmarotzertums** aufgerufen (nach „Deutsche Volkszeitung"- „dvz", 22.11.85).

Führwahr ein interessanter Gedanke, wenn mensch bedenkt, daß gerade Frauen meist jahrelang Arbeitslosenversicherung zahlen, um dann bei Arbeitslosigkeit auf Bedürftigkeit geprüft zu werden (so erhalten über 80 % der arbeitslos gemeldeten verheirateten Frauen keine Arbeitslosenhilfe „mangels Bedürftigkeit"). Viele Frauen arbeiten in diversen Formen von ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen, bei denen sie das Risiko von Arbeitslosigkeit bei keinerlei Anspruch auf Unterstützung seitens des Arbeitsamtes täglich vor Augen haben. Und nicht zu vergessen die Mütter und Hausfrauen, die unbezahlt Milliarden Arbeitsstunden Erziehungs- und Hausarbeit leisten.

Warum Bundesregierung und Bundesanstalt für Arbeit in lautes Geheul ausbrechen müssen, wenn sie an den Aufruf der Frauenerwerbsloseninitiativen denken, liegt auf der Hand: Ihre Strategie, die Statistik durch chirurgische Eingriffe zu beschönigen, muß bei der Mobilisierung der „Stillen Reserve"scheitern!

Praktische ...

Die SPD-Regierung hatte bereits im Jahre 1980 zwei Gruppen aus der Arbeitslosenstatistik herausgestrichen: Zum einen die längerfristig krankgeschriebenen Arbeitslosen und zum anderen die Bezieher von sogenannten Nahtlosigkeitsleistungen. Es handelt sich dabei um Arbeitslose, die aus dem Erwerbsleben aussteigen wollen und einen Rentenantrag gestellt haben. Allein die Streichung der Gruppe der Krankgeschriebenen bedeutet zur Zeit eine Beschönigung der Statistik um ca. 35.000 Arbeitslose.

Mit der Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes werden seit Anfang 1986 nun zwei weitere "Problemgruppen" aus der Statistik verschwinden:

58jährige und ältere werden zwar noch als arbeitssuchend geführt, müssen aber nicht mehr unbedingt zur Vermittlung zur Verfügung stehen und werden aus der Arbeitslosenstatistik gestrichen. Die Bundesanstalt für Arbeit hat in einem Schreiben ungefähr 110.000 Betroffene dieser Altersklasse auf die neue Regelung hingewiesen.

Die zweite Gruppe sind Frauen, die nach dem neuen Bundeserziehungsgeldgesetz zwar weiter Arbeitslosenhilfe beziehen, aber wegen der Betreuung eines Kindes nicht für eine Vermittlung verfügbar sind.

... und ideologische Chirurgie an der Arbeitslosenstatistik

Der Stellvertretende CSU-Generalsekretär Wolfgang Held hat die Neugliederung der Statistik in „Alleinverdiener" und „Zubrotverdiener" ins Gespräch gebracht. Er sieht es weiter als Aufgabe aller Parteien an, entsprechend dem Gedanken von F.J. Strauss gedanklich die „Arbeitswilligen" von den „-unwilligen" zu trennen („Frankfurter Rundschau" — „FR", 13.8.85).

Auch der Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Wirtschaftsausschuß des Bundestages, Rudolf Kraus, hält die Aufsplittung der Statistik für überfällig; wolle man den „echten" Arbeitslosen möglichst rasch und wirksam helfen, sei eine „differenzierte" Betrachtung der Arbeitslosigkeit notwendig („SZ", 22.8.85).

Schließlich sei der Bayerische Arbeitsminister Franz Neubauer (CSU) erwähnt: Er bemängelt, daß „sozialpolitische Aspekte" in der Statistik nahezu unberührt blieben. So gehe nicht hervor, inwieweit verheiratete arbeitslose Frauen lediglich zum Familieneinkommen hinzuverdienen **wollten**. Ebenso fehle eine Aufgliederung, welche Frauen wegen eines zu geringen Einkommens des Ehemannes **gezwungen** seien mitzuverdienen („SZ", 22.8.85).

Von einem Recht auf Erwerbstätigkeit wird hier nicht mehr geredet. Als Rechtfertigung/Entschuldigung gilt nur der ökonomische Zwang.

Daß dieses von Frauen anders gesehen wird, zeigt ihr steigender Anteil unter den Erwerbspersonen; ihr Potential stieg von 1978 auf 1984 von 36 auf 39 %. Inzwischen ist ihr Anteil auf über 40 % gestiegen. Demgegenüber stellen Frauen rund 45 % aller registrierten Erwerbslosen und leiden damit schon jetzt unter einer deutlich höheren Arbeitslosenquote als die Männer. Sollte das Ziel des Aufrufs erreicht werden, daß zu den Arbeitslosenzahlen der Bundesanstalt für Arbeit noch die „Stille Reserve" hinzukommt, die vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im Mai 1985 auf 1,35 Millionen geschätzt wurde, würde die Statistik ganz anders aussehen und die Diskriminierung von Frauen und ihre Verdrängung aus der bezahlten Erwerbsarbeit noch deutlicher werden.

In., Hamburg



Fortsetzung von vorheriger Seite

keit der Weiterbeschäftigung in anderen Abteilungen oder Betrieben sowie die Existenzgefährdung des Betriebs durch Weiterführen des Arbeitsverhältnisses. Auch die mangelnde Bereitschaft der Ersatzkraft, einen befristeten Arbeitsvertrag abzuschließen, fällt darunter. Für Kleinbetriebe gilt die besondere Regelung, daß eine ,,unbillige Erschwerung'' für die ,,wirtschaftliche Existenz des Arbeitgebers'' ausgeschlossen werden muß.

Doch auch die Frauen, deren Arbeitsvertrag nicht unter die Ausnahmeregelungen fällt, sollten sich nicht zu früh freuen. Ihnen bleibt nur die ,,Garantie'', beim gleichen Kapitalisten ihre Arbeitskraft zu verkaufen, vorausgesetzt es liegt überhaupt ein unbefristetes Arbeitsverhältnis vor. Garantiert wird aber keineswegs die Beibehaltung der ursprünglichen Arbeitsbedingungen. Das betrifft zum einen die Gewährung der vor dem Erziehungsurlaub ausgeübten Tätigkeit, den Arbeitsplatz selber. Ist nämlich im eigentlichen Arbeitsvertrag keine konkrete Arbeitsleistung vereinbart, kann der Unternehmer von seinem Weisungsrecht Gebrauch machen und eine andere Arbeit zuweisen. (8) Zum anderen besteht auch kein Anspruch auf Weiterbeschäftigung zur gleichen Arbeitszeit, also auf einem Vollzeitarbeitsplatz. Wurde für die Dauer des Erziehungsurlaubs eine Vereinbarung über eine Teilzeitarbeit unter 19 Stunden getroffen, sichert das Gesetz nicht die Ausdehnung auf die alte Vollzeitbeschäftigung nach Ablauf des Erziehungsurlaubs.

Erwerbstätigen Frauen ist von der Inanspruchnahme des Erziehungsurlaubs nur abzuraten. Wenn ihnen überhaupt die Rückkehr gelingt, dann müssen sie auf jeden Fall mit der Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen rechnen.

Teilzeitarbeit nach Bedarf des Kapitals

Während das BErzGG ausdrücklich einen Rechtsanspruch der Erziehungsgeldberechtigten auf Erziehungsurlaub festschreibt — vorausgesetzt, er wird bis spätestens 4 Wochen vor Antritt beantragt — sieht es keinen Rechtsanspruch auf eine Teilzeitarbeit während des Erziehungsurlaubs vor. Das Gesetz spricht nur davon, daß die Ausübung einer Teizeitarbeit bis maximal 19 Stunden wöchentlich beim gleichen Unternehmer den Bezug von Erziehungsgeld nicht ausschließt. (9) Ob es zu einem solchen Arbeitsvertrag kommt, entscheidet allein der Kapitalist, der seinen Arbeitskräftebedarf nach den Verwertungsbedingungen des Kapitals bestimmt.

Frauen, die aufgrund ihrer ökonomischen Lage auf eigenes Erwerbseinkommen angewiesen sind, bleibt bei Verweigerung einer Teilzeitarbeit die

Frauen, die aufgrund ihrer ökonomischen Lage auf eigenes Erwerbseinkommen angewiesen sind, bleibt bei Verweigerung einer Teilzeitarbeit die

,,Wahl'', sich mit 600,- DM Erziehungsgeld und Sozialhilfe über Wasser zu halten oder ihr ,,festes'' Arbeitsverhältnis zu kündigen und sich auf die Suche nach irgendeiner Teilzeitarbeit zu machen. Das wird aber dadurch erschwert, daß sie mit unzähligen anderen Frauen konkurrieren, die ebenfalls eine Teilzeitarbeit suchen und denen gegenüber sie im Nachteil sind, da sie nur befristet teilzeit arbeiten wollen.

Gelingt es ihr trotz all der Widrigkeiten, einen Teilzeitarbeitsplatz zu ergattern, begibt die Frau sich damit in ein völlig ungeschütztes Arbeitsverhältnis. Im Vergleich zu Vollzeitsarbeitsplätzen gilt für jede Teilzeitarbeit: niedriges Lohnniveau, geringere Qualifikation, höhere Arbeitsbelastung. Auf ca. 3 Millionen Teilzeitarbeitsplätzen werden Frauen unter 20 Stunden wöchentlich beschäftigt. (10) Solchen ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen fehlt die tarif- und sozialversicherungspflichtige Absicherung, für sie ist der Betriebsrat nicht zuständig, und sie sind von den freiwilligen sozialen Leistungen des Betriebs ausgeschlossen.

Geissler preist Teilzeitarbeit als eine Möglichkeit zur besseren ,,Vereinbarkeit von Beruf und Familie'' und zur Beseitigung der ,,Doppelbelastung''. (11) Seine Forderung nach ,,familienfreundlicher Gestaltung der Arbeitswelt'' durch flexible Regelung der ,,Arbeitszeiten und Arbeitsabläufe'' kommt allerdings weniger den Bedürfnissen der Frauen entgegen, sondern dient allein dem Interesse des Kapitals nach einer veränderten Beschäftigungsstruktur. Das BErzGG unterstützt die Strategie der individuellen Arbeitszeitverkürzung (statt Arbeitszeitverkürzung für alle), indem es den Ausstieg von Frauen aus Vollzeitarbeitsplätzen und die Ausweitung von ungeschützten Arbeitsverhältnissen fördert. Die Devise ,,Zurück an Heim und Herd'' stimmt also nur zum Teil. Nicht die völlige Verdrängung von Frauen aus der Lohnarbeit,sondern ihre billige und flexible Verwendung ist angesagt.

In zweierlei Hinsicht wirkt das BErzGG auf die Arbeitslosenstatistik. Die Zunahme von Teilzeitarbeitsplätzen frisiert die Arbeitslosenzahlen, da Teilzeitarbeitsplätze als ,,volle'' Arbeitsplätze gezählt werden. Zum anderen geht Geissler davon aus, daß von 300.000 berufstätigen Frauen im Jahr 86 nur ca. 50% nach Ablauf des Erziehungsurlaubs an ihren Arbeitsplatz zurückkehren, der sonst neu besetzt werden könnte. Außerdem erhalten 300.000 als Ersatzkräfte eingestellte Frauen zumindest befristet einen Job. (12) Wenn das nicht ,,arbeitnehmerfreundlich'' ist!

Durchbruch in der Familienpolitik

Das BErzGG wird als der letzte Baustein des von Geissler präsentierten ,,Familienpakets'' in Höhe von 10 Milliarden DM gelobt. Mit einer Kombination von Steuerfreibeträgen (Erhöhung von 432,- auf 2.484,- DM), Kindergeldzuschlägen (bis zu 46,- DM monatlich je Kind für finanziell schwache Familien), Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht (jedes erziehende Elternteil ab Jahrgang 1921 erhält 1 Jahr Kindererziehungszeit in der Rentenversicherung anerkannt; das gilt aber nur für ,,im Inland'' erzogene Kinder, d.h. Ausländer, deren Kinder nicht in der BRD leben, sind davon ausgenommen) und der Bundesstiftung ,,Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens'' rühmt sich die Bundesregierung, einen ,,entscheidenden Durchbruch'' bei der Verbesserung der Lebensbedingungen von Familien getan zu haben. (13)

Dem ging eine Politik der Sozialkürzungen voraus, die seit der ,,Wende 82'' vor allem die soziale und ökonomische Situation von Frauen verschlechterte. So fielen von den 12 Milliarden Einsparungen im Jahr '83 10,2 Mrd. auf den Sozialbereich (85%) und von den 6,6 Mrd. 1984 nochmal 4,1 Mrd. (62%). (14)

Geschickt hatte die Bundesregierung dir Kürzung beim Mutterschaftsgeld damit begründet, daß eine Ausdehnung auch auf Hausfrauen geplant sei. Die ,,Diskriminierung der Hausfrau'' zu beseitigen ist ein altes Anliegen der CDU. Das soll aber in jedem Fall — wie alle bisher von der CDU vorgelegten Entwürfe zeigen — auf Kosten erwerbstätiger Frauen geschehen. Mit dem BErzGG wird jetzt ein Bruchteil der eingesparten Milliarden gezielt an eine bestimmte Gruppe von Frauen verteilt; an diejenigen, die Kinder bekommen und auf (volle) Erwerbstätigkeit verzichten.

Frauen verhindern das Aussterben der Deutschen

Frauen verhindern das Aussterben der Deutschen

In regelmäßigen Abständen wird der Geburtenrückgang der Deutschen beklagt. Bedrohliche Zukunftsvisionen werden heraufbeschworen. Mal geht es um den drohenden ,,wirtschaftlichen Abstieg'', mal um die Sicherung der Renten oder die NATO-Verpflichtungen, schließlich um Bestand und Zukunft des ,,deutschen Volkes''.

Angesichts dessen hat die CDU/CSU die Stärkung der Familie zum vorrangigen Ziel erklärt. Mit gezielten Maßnahmen soll die Geburtenrate der Deutschen gesteigert werden. Zu diesem Zweck wurde 1982 unter Federführung des Familienministers Geissler eine ,,Interministerielle Arbeitsgruppe'' eingesetzt. Deren Ergebnis wurde 1984 im ,,Programm zum Schutz des ungeborenen Lebens'' veröffentlicht, das sich die Aufgabe stellte, das ,,Bewußtsein für Würde und Wert des menschlichen Lebens'' im ,,deutschen Volk'' zu stärken. (15) Neben einer ideologischen Kampagne zur Bewußtseinsveränderung wurden praktische und finanzielle Maßnahmen beschlossen, die ganz gezielt ,,der großen Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen wirksam begegnen'' sollen. In diesem Zusammenhang wurde auch die Einführung eines Erziehungsgeldes vorgeschlagen, wodurch offensichtlich wird, daß mit dem BErzGG eine bevölkerungspolitische Zielsetzung verfolgt wird. Mit einer Gebärprämie von 600,- DM sollen Frauen zum Kinderkriegen überredet werden. Das betrifft aber nur deutsche Frauen. Während man den ,,Schutz des ungeborenen Lebens'' zum obersten Prinzip erhebt, werden ausländische Frauen durch 3-Monats-Spritzen, Zwangsabtreibungen und -sterilisationen vom Kinderkriegen abgehalten. Der ,,Schutz des ungeborenen Lebens'' hat da seine Grenze, wo die ,,Überfremdung der Deutschen'' droht.

Alles wie gehabt — mit Erziehungsgeld gegen Schwangerschaftsabbrüche

Die im ,,Programm zum Schutz des ungeborenen Lebens'' vorgeschlagenen Maßnahmen richten sich in erster Linie gegen den sogenannten ,,Mißbrauch der Notlagenindikation''. So wird behauptet, in einem Staat wie der BRD, mit einem Bruttosozialprodukt von über 1,5 Billionen DM dürfe es keine wirtschaftlichen Gründe für einen Schwangerschaftsabbruch geben. (16) Die Notlagenindikation wird damit auf rein ökonomische Gründe reduziert. In der Begründung für das BErzGG wird dann unterstellt, daß eine Frau für 600,- DM monatlich bereit sei, darauf zu verzichten, ihr Leben selbst zu bestimmen. Als ob es nicht genug andere Gründe für einen Schwangerschaftsabbruch gebe! Mit der gleichen Argumentation wurde auch die Bundesstiftung ,,Mutter und

genug andere Gründe für einen Schwangerschaftsabbruch gebe! Mit der gleichen Argumentation wurde auch die Bundesstiftung ,,Mutter und

Kind — Schutz des ungeborenen Lebens'' begründet, die seit Juni 84 schwangere Frauen mit Gebärprämien beglückt.

Der Zweck solcher Maßnahmen ist klar: bei derart ,,umfangreichen'' finanziellen Hilfen soll es keine Legitimation für Schwangerschaftsabbrüche nach der Notlagenindikation mehr geben. Geissler konnte daher bei Verabschiedung des BErzGG rundherum zufrieden sein: *,,Durch die Geburt eines Kindes kann keine Frau mehr in soziale Not kommen.''* (17)

Die SPD-,,Alternative''

In der Auseinandersetzung um das BErzGG beschränkte sich die SPD auf bloße Schönheitskorrekturen des CDU-Entwurfs. Von Anfang an würdigte sie den Gesetzentwurf als ,,Schritt in die richtige Richtung'' und forderte zaghaft ein bißchen mehr, ein bißchen länger... (18) Die Stimmenthaltung bei der Verabschiedung war keine Überraschung.

Gleichzeitig legte die SPD einen ,,Gesetzentwurf zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf'' vor. (19) Dieses ,,Elternurlaubsgesetz'' ist eine erweiterte Neuauflage deren alten Mutterschaftsurlaubsregelungen, wobei die einzige wirkliche Neuheit in der von der CDU übernommenen Ausweitung auf Hausfrauen besteht. Von Geissler wurde diese fast perfekte Mimikry mit dem Kommentar bedacht, die SPD übernehme jetzt familienpolitische Vorstellungen der CDU, die sie früher kategorisch abgelehnt habe. (20)

Das ,,Elternurlaubsgesetz'' will die Kürzung des Mutterschaftsurlaubsgeldes wieder rückgängig machen. Darüber hinaus ist die Einführung eines bezahlten Elternurlaubs von 12 Monaten für alle erwerbstätigen Mütter oder Väter vorgesehen. Das während dieser Zeit gezahlte Elternurlaubsgeld soll monatlich bis zu 600,- DM, abhängig vom Familieneinkommen, betragen. Die Leistungen nach dem Mutterschutzgesetz und Mutterschaftsurlaub werden angerechnet. Im Anschluß an den bezahlten Elternurlaub besteht Anspruch auf einen 12-monatigen unbezahlten Elternurlaub. Zur Arbeitsplatzgarantie heißt es lapidar: *,,Für die Zeit des Elternurlaubs wird der bestehende Kündigungsschutz nach dem Mutterschutzgesetz für die Zeit der Schwangerschaft und der Schutzfristen übernommen.'' (21) Für Hausfrauen (oder Hausmänner) sieht der Entwurf ein 1-jähriges einkommensabhängiges Elternurlaubsgeld vor.*

Außerdem forderte die SPD eine besondere Berücksichtigung alleinerziehender Mütter und bei Mehrfachgeburten. Voller Fürsorge für die psychischen Nöte der Frauen, die um die Jahreswende um den Geburtstermin ban-

hender Mütter und bei Mehrfachgeburten. Voller Fürsorge für die psychischen Nöte der Frauen, die um die Jahreswende um den Geburtstermin ban-

gen mußten, setzte sie sich dafür ein, das BErzGG schon auf Kinder anzuwenden, die nach dem 15.11.85 geboren wurden.

Die halbherzige Kritik der SPD setzt der arbeitsmarktpolitischen Zielsetzung des BErzGG nichts entgegen. Und solche hilflosen Appelle wie von I. Matthäus-Meier, die CDU solle ihr familienpolitisches Weltbild überdenken, machen deutlich, daß die SPD der CDU-Offensive in Sachen Frauen hinterherhinkt. (22)

Das Elternfreistellungsgesetz der Grünen

Die Euphorie, mit der Teile der Grünen Frauen die Leitsätze der CDU begrüßten und vor allem das Erziehungsgeld als ,,Einstieg in eine differenziertere Familienpolitik positiv'' würdigten (23), ließ befürchten, daß am BErzGG der Anfang parteiübergreifender Verschwesterungen gemacht würde.

Aber die Grünen lehnten das BErzGG mit der Begründung ab, daß es weder der ,,Aufhebung der geschlechtlichen Rollen- und Arbeitsteilung'' dient, noch eine ,,sichtbare Aufwertung der Erziehungsarbeit durch Lohnersatzleistungen'' vorsieht. (24) Gegen alle Illusionen in die ,,frauenfreundliche Wende'' der CDU stellte Marita Wagner in der Bundestagsdebatte klar, daß dieses ,,frauen- und familienfeindliche Gesetz'' ganz in der Tradition der Bundesregierung liegt. (25) Es richte sich gegen erwerbstätige Frauen, und die geringe Höhe drücke eine Abwertung von Erziehungsarbeit aus.

Den SPD-Entwurf bezeichneten die Grünen als ,,zimperlich und lasch'' (26) und kündigten ein eigenes ,,Elternfreistellungsgesetz'' an, das eine Freistellung des/der Erziehenden bis zu 3 Jahren mit Arbeitsplatzgarantie und einen Lohnausgleich orientiert am Durchschnittseinkommen vorsieht. Das Gesetz soll die ,,angestrebte Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung'' unterstützen, deshalb sollen auch nichteheliche Väter anspruchsberechtigt sein. (27)

Die Dringlicheit eines ,,Elternfreistellungsgesetzes'' untermauerten die Grünen mit der ,,frohen Botschaft'', daß seit März 84 in der Grünen Bundestagsfraktion 8 Kinder geboren wurden und 4 weitere ,,Fraktionskinder'' noch ausstehen. (28)

Und sonst?

In der autonomen Frauenbewegung war das BErzGG bisher kaum Thema. Weite Teile sind zudem seit den ersten Meldungen über die Geburt von Retortenbabys damit beschäftigt, die weibli-

war das BErzGG bisher kaum Thema. Weite Teile sind zudem seit den ersten Meldungen über die Geburt von Retortenbabys damit beschäftigt, die weibli-

che Gebärfähigkeit als ,,letzte Wildnis'' gegenüber den Angriffen des ,,Technopatriarchats'' durch Reproduktionstechnologien zu verteidigen.

Da., Bremen

Anmerkungen

1 Leitsätze der CDU für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau v. 1.4.1985
2 Bundeserziehungsgeldgesetz vom 6.12.1985, Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1985, Teil I
3 FAZ, 22.3.85 und SZ, 19.6.85
4 Beschäftigungsförderungsgesetz vom 26.4.1985, Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1985, Teil I, hier: Art.1, 1 Abschn., §1
5 Leitsatz 10
6 § 18 BeschFG
7 Bundesverwaltungsvorschriften, Bundesanzeiger 1/86 vom 3.1.86
8 vgl. Informationen der IG-Metall zum BErzGG vom Januar 86, S.15
9 §15 Abs.5 BErzGG
10 vgl. Carola Möller, Ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse — Verstärkte Spaltung der abhängig Arbeitenden, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 9/10, Köln 1983, S. 7-15, hier S. 10
11 Leitsätze 11
12 Pressedienst des Familienministeriuzms vom 17.7.85
13 Politik. Informationen aus Bonn, Nr. 8, Dezember 1985
14 vgl. Ingrid Langer, Gutachten für den Bundesverband der Pro Familia zu den Auswirkungen der neuen Regelungen in der Sozialpolitik auf die Familien und Frauen, 29.2.84
15 Programm zum Schutz des ungeborenen Lebens
16 ebd.
17 HB, 16.9.85
18 BN, 13.2.85
19 HB, 13.9.85 undd FAZ 14.9.85
20 HB, 13.9.85
21 ebd.
22 SZ, 14.9.85
23 G. Erler und M. Jäckel in: Kommune 3/85
24 Stellungnahme der Grünen zum Entwurf des BErzGG
25 SZ, 15.11.85
26 Pressemitteilung 561/85 vom 12.9.85
27 Stellungnahme zum Entwurf des BErzGG
28 Pressemitteilung 561/85 vom 12.9.85

Scheidungsrecht:

Und denk an die Folgen ...

,,Es sei die Aufgabe aller Kräfte in Staat und Gesellschaft, der zunehmenden Instabilität zwischenmenschlicher Beziehungen entgegenzuwirken'', verkündete uns Justizminister Engelhard (FDP) in der FR am 15.8.84. Anlaß seiner Sorge war die Zahl der Ehescheidungen in der Bundesrepublik. 1965 ließen sich 58.728 Paare scheiden, 1983 hingegen schon 121.317, bei einer abnehmenden Heiratswilligkeit im gleichen Zeitraum. Beunruhigt äußerte sich der Minister darüber, daß die Initiative zur Scheidung überwiegend von den Frauen ausgegangen sei. Heute wird ca. jede dritte Ehe geschieden. Also gibt es offensichtlich eine große Zahl von Frauen, die sich nicht mehr so einfach in ihr Schicksal und Unglück fügen will. Das soll nun anders werden.



Kurz vor Weihnachten '85 bescherte der Bundestag seiner Bevölkerung ein neues Scheidungsrecht. Im Gegensatz zur ersten und zweiten Lesung des neuen Gesetzes Anfang desselben Jahres ging die Verabschiedung sehr sang-und klanglos über die Bühne der Öffentlichkeit. Bedauerlicherweise scheiterte dieses Gesetz nicht an den doch sonst so ,,frauenkämpferischen'' Damen der CDU/CSU-Fraktion. Aber die Bünd-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

nisbereitschaft über die Parteigrenzen hinweg scheint — entgegen allem Frohlocken der ,,taz'' — noch nicht vor ausgereift zu sein. Auch wurde das Gesetz nicht allein von den ,,schwarzen Männern'' in Bonn (laut EMMA, 2/86), sondern im Einvernehmen mit den schwarzen Frauen durchgeboxt. Es tritt am 1. April 1986 in Kraft.

Verabschiedet wurden Änderungen im **Scheidungsfolgerecht**, die von Expertenverbänden, Frauenorganisationen, GRÜNEN und SPD kritisiert werden. Das Scheidungsfolgerecht regelt die Fragen des Unterhalts nach der Scheidung. Das seit 1977 geltende Recht ging davon aus, daß die geschiedenen Ehepartner grundsätzlich jeder für sich selbst sorgen sollten, jedoch eine Verpflichtung zu ,,nachehelicher Solidarität'' hatten. Dies sicherte einen Unterhaltsanspruch für Geschiedene, solange sie kein eigenes Vermögen und keine **angemessene** Arbeit hatten, oder wenn eine Arbeit wegen Alter, Krankheit oder Betreuung von Kindern nicht zumutbar war. Schon nach dem Regierungswechsel kündigten CDU/CSU eine baldige Veränderung an. Sie fühlten sich bestärkt durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts (14.7.81), in dem Teile der Unterhaltsregelung für verfassungswidrig erklärt wurden. *,,Danach soll einem Ehegatten in besonderen Härtefallen — so bei besonders krassem Fehlverhalten — selbst dann kein Unterhalt zustehen, wenn er Kinder betreut.''* (Aus: Information für die Frau, Nr. 5, 85, Seite 12)

Die Leitlinie für die Gesetzesänderung hieß ,,mehr Einzelfallgerechtigkeit''. Durch die Presse wurden Männerschicksale gejagt, die das Land moralisch auf das neue Recht einstimmen sollten. Beispiele armer Chefärzte, die von ihren kleinen Krankenschwestern geheiratet, aber schon nach kurzer Zeit wieder geschieden wurden. Diese Schwestern lebten nach vollzogener Scheidung nun in Saus und Braus, da das bisherige Scheidungsrecht ihnen ihren ehelichen Lebensstandard weiter garantierte. So geht's ja nun nicht. Lesen wir, was Bundesjustizminister Engelhard vor der Verabschiedung dazu in der FR vom 19.9.84 vollbrachte: Unter dem Titel ,,Einzelfallgerechtig-

gelhard vor der Verabschiedung dazu in der FR vom 19.9.84 vollbrachte: Unter dem Titel ,,Einzelfallgerechtig-

keit statt antiquierten Standesdenkens'' heißt es:

,,Der Gesetzgeber des Jahres 1977 hat den Grundsatz der nachehelichen Solidarität überstrapaziert, als er bestimmt hat, das Maß des Unterhalts solle sich stets und ohne Rücksicht auf die Dauer der Ehe nach den ehelichen Lebensverhältnissen richten. Eine derart uneingeschränkte Lebensstandardgarantie läuft auf ein Standesdenken hinaus, das heutigen Lebensanschauungen nicht mehr entspricht. Deshalb soll künftig die Bemessung des Unterhalts nach den ehelichen Lebensverhältnissen zeitlich begrenzt werden können, wenn dies insbesondere mit Rücksicht auf die Dauer der Ehe der Billigkeit entspricht.''

In dem neuen Gesetz ist nun festgeschrieben, daß Unterhaltsansprüche gekürzt, zeitlich begrenzt oder sogar ganz gestrichen werden können. Ob, wieviel und wie lange der Unterhalt gezahlt wird, liegt im Ermessen des jeweiligen Richters. Die juristischen Zauberformeln für seinen Entscheidungsspielraum heißen z.B. ,,Billigkeit'' oder ,,grobe Unbilligkeit''. Klar ist, wer der wirtschaftlich abhängige Partner in einer Ehe ist. Fast ausschließlich ist es die Frau, die wegen Betreuung von Kindern und Haushalt auf ihren Beruf verzichtet oder ihn einschränkt. Ganz abgesehen von der wirtschaftlich bedingten Frauenarbeitslosigkeit. Ehefrauen, Hausfrauen und Mütter sind also von den neuen Paragraphen abhängig.

Aus der Statistik

	Eheschließungen	Ehescheidungen	Geburten
1950	535708	84740	812835
1955	461818		820128
1956		46101	
1960	521445	48878	968629
1965	492128	58728	1044328
1970	444510	76520	810808
1975	386681	106829	600512
1976	365728	108258	602851
1977	358487	74658	582344
1978	328215	32462	576468
1979	344823	79490	581984
1980	362408	96222	620657
1981	359658	109520	624557
1982	361966	118483	621173
1983	369628	121317	594177

(Zahlen des Bundesministeriums der Justiz)

(aus: Information für die Frau, 12/84)

Erscheint dem Richter **die Dauer der Ehe zu kurz**, so geht die Frau leer aus. Betrachtet der Richter die Arbeitslosigkeit der Frau als **nicht ehebedingt**, so darf sie den Weg zum Sozialamt gehen, falls sie keine Arbeit bekommt. Außerdem muß die Frau, wenn sie keine Kinder zu versorgen hat oder die Kinder schon etwas größer sind, heute auch Arbeiten annehmen, die **nicht ihrer Ausbildung oder dem Lebensstatus während der Ehe angemessen sind.** Erachtet der Richter es aus bestimmten

Ausbildung oder dem Lebensstatus während der Ehe angemessen sind. Erachtet der Richter es aus bestimmten

Gründen für ,,billig'', so soll die Frau nur so viel Unterhalt bekommen, wie sie unbedingt für die Versorgung der Kinder braucht, selbst wenn der Mann sehr viel Geld verdient. Der Unterhalt wird nicht mehr den Gehaltserhöhungen des Mannes angepaßt. Das Unglaublichste an der Gesetzesänderung ist aber **die Wiedereinführung des Schuldprinzips** durch die Hintertür. War es erst 1977 abgeschafft worden, so wird es nun über das Scheidungsfolgerecht wieder aktuell. Der Unterhalt soll nach Moral- und Schuldfragen ausgehandelt werden können. Frauen, Mütter, die sich vor oder nach der Scheidung eines ,,schwerwiegenden, einseitigen Fehlverhaltens'' schuldig machen, bekommen weniger oder gar keinen Unterhalt. Der konkrete Fall liegt im Ermessen des Richters. Vielleicht reicht es schon, wenn sie ihre ,,Hausfrauenpflichten gröblich verletzt'' hat. Aber auf jeden Fall wird der ,,Seitensprung'' wieder Thema vor Gericht werden. Auf diese Art wird den Frauen wieder ein sogenanntes Wohlverhalten abgepreßt, während der verdienende Mann frei von diesen Einschränkungen ist. *,,Oder ist je diskutiert worden, einem untreuen Mann zur Strafe das Gehalt zu streichen?''* (EMMA, 2/86, Seite 6)

Die wirtschaftliche Lage geschiedener Frauen war schon vorher traurig

Die Bundesregierung hatte es vor der Gesetzesänderung nicht für notwendig betrachtet, eine empirische Untersuchung über die Auswirkungen des alten Scheidungsfolgerechts vorzunehmen. Den Fragen von Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD im Bundestag wurde entgegengehalten, daß es keine aktuellen und repräsentativen Zahlen gebe. Es wäre sehr aufschlußreich gewesen, wenn die tatsächliche Situation geschiedener Frauen Gegenstand der Debatte gewesen wäre. In deutschen Landen gibt es nämlich zu fast jedem Thema statistisches Material: *,,Nach Ergebnissen einer Untersuchung des Max-Planck-Instituts von 1978/79 und einer Umfrage des Emnid-Instituts von 1980 erhielten unterhaltsberechtigte geschiedene Mütter nur rund 420 DM Unterhalt im Monat, rund ein Drittel war auf Sozialhilfe und rund ein Viertel auf Wohngeld angewiesen. 90% der alleinstehenden erwerbstätigen Frauen erzielten ein Netto-Einkommen unter 1000 DM. Lediglich rund 20% der alleinstehenden geschiedenen Frauen erhielten überhaupt Unterhaltszahlungen.''* (aus: Informationen für die Frau, 12/84, Seite 4). Demnach waren auch die Zeiten während der alten Unterhaltsregelung mager für die Frauen. War eine Scheidung auch bisher schon ein großes finanzielles Risiko, so wird es in Zukunft eine elementare Existenzfrage sein. Das neue Scheidungsfolgerecht soll ein Disziplinierungsmittel sein, um selbstbewußte Ehefrauen in ihre Schranken zu weisen. Leider ist

tel sein, um selbstbewußte Ehefrauen in ihre Schranken zu weisen. Leider ist

das Heiraten auch heute noch nicht aus der Mode gekommen, und viele junge Frauen lassen sich gerade wegen ihrer miserablen Berufssituation auf eine Ehe ein. An die Scheidungsfolgen denken sie bei der Hochzeit noch nicht.



Buchbesprechung:

Mascaro, der amerikanische Jäger

Haroldo Conti, Mascaró, der amerikanische Jäger
Bornheim-Merten 1985
(Lamuv-Verlag)
Roman
361 Seiten
36,- DM

Wahrscheinlich muß man es wissen, um zu verstehen, was er mit diesem Buch sagen will: für den argentinischen Schriftsteller Haroldo Conti ist Kunst nicht irgendetwas, sie ist seine Waffe. Über seinem Schreibtisch hatte er nach verschiedenen Morddrohungen und Aufforderungen, das Land zu verlassen, ein Schild angebracht: ,,Dies ist mein Kampfplatz, von hier weiche ich nicht''. Die Militärs ließen ihn 1976 entführen und später ermorden.

Sein letztes Buch, Macaró, der amerikanische Jäger, handelt von Kunst und Künstlern. Unbeschwert, scheinbar sinnlos, manchmal breit ausladend, abschweifend, Gedanken ziellos gleiten lassend wird erzählt, wie ,,Der Große Zirkus Arche'' entsteht. Seine Figuren werden nicht eingeführt, sie sind einfach da, tauchen aus dem Nichts auf, stehen an irgendeiner Ecke, haben noch nie davon gehört, daß sie Künstler seien. Was sie früher waren, ist gleichgültig. Sie selbst wissen es manchmal nicht, nennen es nur ,,davor'', vor dem Leben, vor der Zeit, als sie sich auf den Weg machten. Wichtig ist nur der Weg, die Bewegung, das Laufen-Lernen.

Sie selbst merken es kaum, aber Laufen-Lernen und Laufen-Lehren scheinen ein und dasselbe Ding zu sein.

So wie sie sicherer werden, ziehen sie neue Menschen an, die vieles verändern. Und so wie sie sich verändern, verändern sie alles hinter sich: sie ziehen nicht nur die ,,Berittenen'', die Repression, in ihrem Gefolge nach sich, sondern zuerst und als Grund dafür das Selbstbewußtsein der Menschen, den Aufstand. Und ziemlich verblüfft muß Oreste, aus dem ein wirklicher Künstler, ein ,,Prinz'', gemacht werden soll, sich sagen lassen: *,,Die Kunst ist eine einzige Verschwörung. Hast du das nicht gewußt? Das ist ihre größte Attraktion, ihre höchste Erfüllung. Sie erkundet den Weg, als Vorreiterin des menschlichen Subjekts.''*

In der Verschwörung also steht der Künstler ohne sein Zutun, durch sein bloßes Künstlersein mittendrin. Aber nichts erspart ihm die Suche nach dem Weg, nicht nur nach vorne, nach einem neuen Ziel. Er kann auch dem Weg zurück nicht ausweichen, dem Weg zum Kampf der Vielen, zum Aufstand, der nach ihm kommt. Und es gibt keinen anderen Grund für den Glauben, daß der Sieg erreicht wird, als daß dies sein Weg ist und der Weg der Vielen. Aber das ist Grund genug.

Ein heiteres Buch, bis zum Rand voll mit Schwermut.
Ein optimistisches Buch, das aus der Hoffnungslosigkeit seine Kraft nimmt.
Ein Buch, das zu lesen mir schwergefallen ist und das mich gefreut hat wie selten eines.

Werner Rätz

Männerjustiz: Ein Richter sieht rot!

Drei Tage Ordnunshaft für lautes Sprechen

Es ist der sechste Verhandlungstag im Vergewaltigungsprozeß gegen zwei Gynäkologen der Berliner Universitätsfrauenklinik Pulsstraße. (Wir werden in einem weiteren Artikel ausführlich über diesen Prozeß berichten.) Die Verhandlung war während des Vormittags in ruhiger Atmosphäre verlaufen, die wenigen Zuschauerbänke waren dicht gedrängt besetzt, überwiegend von jungen Frauen, die konzentriert das Prozeßgeschehen verfolgten. Gegen Mittag wurde der Prozeß für fünf Minuten unterbrochen. In dieser Pause betrat ein älterer Mann den Zuschauerraum. Mehrere der Zuschauerinnen versuchten empört, ihn zum ,,verschwinden'' zu bewegen, denn dieser Mann hatte sie an vorherigen Verhandlungstagen mit Ausdrücken wie ,,Lesben, Emanzen, Fotzen ... geht nach Kreuzberg zurück'' provoziert und beschimpft. Während dieser Unruhe betrat Richter Hoyer wieder den Verhandlungssaal, um das Verfahren fortzusetzen. Als nicht augenblicklich Ruhe eintrat, weil die Frauen diesen Mann nicht unter sich dulden wollten, griff Richter Hoyer sich willkürlich drei Frauen heraus: ,,Die mit den roten Haaren, die mit dem roten Schal und die mit dem roten Pullover'' zitierte er nach vorne. Eine Erklärung der Rechtsanwältin Goy, daß ihr bereits öfter Beschwerden über die groben Beschimpfungen mitgeteilt wurden und sie einen Gerichtsdiener gebeten hätte, sich dazwischen zu setzen, wurde von ihm ignoriert. Die Frauen mußten ihre Personalien angeben und durften eine kurze Erklärung abgeben. Dann verkündete Richter Hoyer das für alle Unfaßbare: Wegen Ungebühr vor Gericht — nämlich **lautem Sprechen — drei Tage Ordnungshaft mit sofortigem Vollzug!!!** Die drei Frauen wurden sofort abgeführt. Weder die Unmutsbekundungen der Zuschauer noch die Erklärung der Rechtsanwältin Goy und die Einlenkungsversuche des einen Verteidigers konnten ihn umstimmen. Der Mann wurde dann ebenfalls nach vorne gerufen. Er murmelte etwas von gegenseitigem schief ansehen, Lesben und Emanzen hätte er auch gesagt, doch nichts Schlimmeres. Mit den Worten: ,,Ich habe nichts gehört'' und der Aufforderung, sich zukünftig ruhig zu verhalten, wurde er von Richter Hoyer entlassen.

Wieder einmal zeigt sich, daß Opfer als Täter behandelt werden. Ausgerechnet in einem Vergewaltigungsprozeß werden Frauen, die sich gegen die Anmache durch einen Mann wehren, bestraft, während der Pöbler ungeschoren davonkommt. Und genau diese leidvolle Erfahrung der doppelten Opferrolle machen immer wieder Frauen in Vergewaltigungsprozessen, weswegen sie häufig große Scheu vor einer Anzeige haben.

,,Wir sind empört und wütend — nicht Frauenfeinde werden bestraft, sondern die Frauen, die sich gegen sie wehren!'' Unter diesem Motto und aus Protest gegen die Männerjustiz wurde von einem großen Spektrum der Berliner Frauengruppen und -projekte zu einer Protestkundgebung vor dem Gerichtsgebäude zum nächsten Verhandlungstag aufgerufen. Diesem Aufruf folgten etwa 100 Frauen, von denen eine große Anzahl nach beendeter Kundgebung zum Gerichtsgebäude weiterzog. Da der Zuschauerraum bereits überfüllt war, wurden die meisten nicht mehr eingelassen. Sie versuchten, sich durch Rufen und Klopfen Einlaß zu verschaffen. Daraufhin wurden nach einiger Zeit die Frauen zum Teil mit Prügeln von Polizisten aus dem Gerichtsgebäude gedrängt. Acht Frauen wurden dabei festgenommen. Ihnen droht nun ein Verfahren wegen der üblichen Palette: Hausfriedensbruch, Beleidigung, Gefangenenbefreiung und gefährliche Körperverletzung.

I., Westberlin

Arabische Literatur: Neuerscheinungen

Arabische Literatur ist nicht nur tausendundeine Nacht. Der Basler Lenos Verlag veröffentlicht seit Frühjahr 1985 kontinuierlich moderne arabische Literatur. Damit erhält diese endlich einen festen Platz in einem Verlagsprogramm des deutschen Sprachraums. Hervorgehoben sei die Herausgabe des Werkes von Ghassan Kanafani. Im Buchhandel sind jetzt die ersten drei Bände erhältlich, im Frühjahr 1986 erscheint ein weiterer Band **,,Umm Saad''** und **,,Rückkehr nach Haiffa''**, zwei palästinensische Kurzromane. Die Bilder vom Krieg in Nah-Ost bedürfen keiner Kommentierung. Beinahe scheint bei uns vergessen, daß die Hauptleidtragenden in dieser Region die Palästinenser sind. Man hat es sich zur Sprachregelung gemacht, von ,,Terroristen'' zu sprechen und zu schreiben.

Sicher — der Zweck heiligt nicht die Mittel, tatsächlich aber gerät allzu leicht in Vergessenheit, daß es sich bei den Terroristen um eine Minderheit handelt, eine Minderheit in einem Volk aus Vertriebenen, die gewaltsam über die Länder des Nahen Ostens ,,verteilt'' in Lagern hausen, ständig in Angst vor neuen Angriffen der Israelis lebend.

Kanafanis Werk und Schicksal ist eng verknüpft mit dem Schicksal der Palästinenser. 1972 brachten Mörder eine Bombe an seinem Auto an, die Bombe galt ihm und seiner Frau, nahm ihm und seiner Nichte das Leben. Ungeklärt blieben die Hintergründe dieses Anschlags. In jedem Fall traf der Mord einen Mann der Feder, dessen Gefährlichkeit in seiner Parteilichkeit für die palästinensischen und in seiner Verständigungsbereitschaft mit den israelischen Menschen bestanden hat.

1948, jüdische Kampfgruppen überfallen das Dorf Deir Yasin, 250 Dorfbewohner werden massakriert, dies ist der Beginn der Vertreibung, hunderttausende fliehen. Die Kanafanis sind eine dieser Flüchtlingsfamilien. Ghassan, 12jährig, lebte zunächst mit seinen Eltern im Libanon, ging dann nach Damaskus. Dort schloß er seine Schulbildung ab und arbeitete hernach längere Zeit als Lehrer.

Später ging er nach Kuwait und lehrte als Sport- und Zeichenlehrer. Von 1960 an lebte Kanafani in Beirut, schrieb für mehrere Zeitungen und wurde schließlich Sprecher der ,,Volksfront für die Befreiung Palästinas'' (George Habasch). Kanafani gilt als der Begründer der zeitgenössischen palästinensischen Prosaliteratur.

In kurzen Texten schildert Kanafani in den Bänden I und II der ,,Erzählungen'' das Leben der Menschen Palästinas bis zu ihrer Vertreibung (Bd. I) sowie die Anfangszeit der Flüchtlingslager (Bd. II).

Der Band I der ,,Kurzromane'' enthält zwei Beiträge **,,Männer in der Sonne''** und **,,Was euch bleibt''**. ,,*'Männer in der Sonne' zielt von Anfang an auf das fatale Ende zu. Der Vogel, der über Abu Quais schwebt, ist schwarz. Daß das Ende der drei Palästinenser jedoch eine städtische Müllkippe ist, haben dem Autor auch schon Interpreten übelgenommen, die das Symbol offenbar mißverstanden haben. Kanafani will die Palästinenser nicht auf die Müllkippe befördern, aber er befürchtet, sie dort einst zu sehen, wenn sie nicht zum Handeln finden ...''* (aus dem Nachwort). Zu ,,Was euch bleibt'' heißt es: *,,Literarisch und politisch eine neue Stufe erreicht Ghassan Kanafani mit diesem mit einem libanesischen Literaturpreis ausgezeichneten Kurzroman, der 1966 erschien. Auch hier sterben noch Palästinenser, doch sie wehren sich auch, treten ihren Feinden gegenüber. Und diese Feinde sind zweierlei Herkunft — palästinensischer und israelischer.''*

Simon, Frankfurt

***

Kanafani, Das Land der traurigen Orangen, Erzählungen Bd. I, 160 Seiten, hardcover, 24,00 DM
Kanafani, Bis wir zurückkehren, Erzählungen Bd. II, hardcover, 160 Seiten, 24,00 DM
Kanafani, Männer in der Sonne, Kurzromane Bd. I, hardcover, 196 Seiten, 29,50 DM
Kanafani, Umm Saad, Rückkehr nach Haiffa, Kurzromane Bd. II, hardcover, ca. 180 Seiten, ca. 28,00 DM (erscheint im Frühjahr 1986)

Stammheim im deutschen Herbst — ein Unfall der Demokratie? Stammheim heute — eine Chance? Stammheim morgen — vergessen?



Octobre 77 — Mort d'Andreas Baader (Cartoon von Mazpero)

Hat der Staat der BRD im „Deutschen Herbst" des Oktober 1977 politische Gegner in Stammheim und später in Stadelheim umgebracht oder nicht?

Die Urheber der aktuellen Stammheim-Debatte und ihre Fürsprecher meinen, die Frage Mord oder Selbstmord sei heute eine uninteressante Spekulation. Entscheidend sei allein, *daß* es am Ende des Stammheimer Prozesses tote Gefangene gab. Hysterische Überreaktion des Staates gegenüber dem Terrorismus, Zerstörung des Rechtsstaats usw. wollen sie anprangern. Dies mit seinem Stammheim-Film sinnlich erfahrbar gemacht zu haben, bezeichnet Reinhard Hauff im Gespräch mit dem AK als „Politik pur".

Die Kritiker des Buches von Stefan Aust, des „Stammheim"-Films von Reinhard Hauff, sowie des in Koppelung zu dem Film aufgeführten Theater-Epilogs von George Tabori dagegen klagen weiterhin die von der Bundesregierung nach dem Tod der Gefangenen angekündigte, aber bis heute nicht eingelöste „über alle Zweifel erhabene Untersuchung" der Todesumstände der Stammheimer und anderen Gefangenen ein. Ob es Mord oder Selbstmord war, meint Christiane Ensslin, bestimme unsere Haltung zu diesem Staat. Entsprechend anders als z.B. Reinhard Hauff definiert sie ihr politisches Verständnis: Gegebenenfalls Mord nachzuweisen, *das* sei „große Politik."

Klar ist nur eins: Wie ein Staat mit seinen politischen Gegnern umgeht, zeigt den Grad seiner Demokratie. Darin sind sich alle einig, die sich mit demokratischem Anspruch an der Diskussion um Stammheim beteiligen. Diese Frage erneut aufgeworfen zu haben, die — nicht zuletzt durch den Stammheim-Prozess — lädierte Rechtsstaatlichkeit der Republik angeprangert zu haben, die RAF-Gefangenen dabei vom Stigma des bloß Kriminellen etwas befreit und dies vielen Menschen zugänglich gemacht zu haben, ist ein unbezweifelbares Verdienst derer, die dieses Thema auf die Tagesordnung von heute zu setzen verstanden. Die dadurch entstandene Diskussionsbereitschaft, vor allem auch junger Menschen, die auf diese Weise vielleicht erstmals enger mit dem Thema konfrontiert werden, nicht aufzugreifen, wäre politischer Stumpfsinn.

Aber es geht um mehr als um Klagen über die verlorene Ehre des „Rechtsstaats BRD"! Dieser Staat hat ja nicht nur politische Gegner zu Kriminellen erklärt. Er hat nicht nur im Namen der angeblichen Verteidigung des „Rechtsstaats" seine immer wieder ach so laut herausposaunten „rechtsstaatlichen Prinzipien" mit Wirkung bis heute deformiert oder gar außer Kraft gesetzt. Er hat nicht nur mit Sicherheit politische Gefangene — auch in anderen Knästen als Stammheim — in den Tod getrieben. Er hat eben darüberhinaus möglicherweise den politischen Mord an diesen Gefangenen organisiert, bzw. wissentlich die Bedingungen hergestellt, daß solch ein politischer Mord durchgeführt werden konnte. Bis heute hat er sich von diesem Verdacht nicht befreien können. Von einem Staat aber, von dem angenommen werden muß, daß er ohne Erschütterung, im Gegenteil mit dem Ergebnis seiner Festigung als „starker Staat", zu einem solchen politischen Geiselmord fähig war, muß befürchtet werden, daß er dazu gegebenenfalls wieder fähig und bereit ist. Das gilt für jeden Staat der Welt. Das gilt besonders für einen westdeutschen Staat, dessen Herrschaftswissen auf den Erfahrungen des deutschen Faschismus basiert.

Die Frage nach Mord oder Selbstmord der Gefangenen nicht mehr zu stellen, heißt, diesen Staat ohne Not zu entlasten. Wer den zweifellos überfälligen Dialog um Stammheim so ansetzt, wie es die Autoren des Films, des Buches und des Epilogs zu Stammheim tun, darf sich nicht wundern, daß geschicktere staatliche Vertreter wie der Hamburger VS-Chef Lochte bis hin zu konservativen Kräften wie der FAZ versuchen, die Debatte für sich zu vereinnahmen, selbst wenn die weniger hellen Köpfe der Rechten wegen angeblicher Verherrlichung des Terrorismus aufjaulen. Auch die Prämierung mit dem „Goldenen Bären" der Berlinale kann nicht überraschen, sondern verweist auf die Konsumierbarkeit der von dem Film vorgebrachten Kritik zehn Jahre nach Stammheim.

Daß dagegen die Kritik aus der Linken, zumal aus dem sich so bezeichnenden „antiimperialistischen Widerstand" zu dieser Art des Dialogs nicht schärfer vorgebracht wird, als es bisher geschehen ist, ist schon eher verwunderlich. Dies läßt sich nur aus einer gewissen Resignation und Entpolitisierung der Linken erklären, was seinerseits nicht zuletzt ein Langzeitprodukt des „Deutschen Herbstes" ist.

F.

Christiane Ensslin im Gespräch zum Buch von Stefan Aust

"Eine Lücke wird gefüllt mit Leere"

Christiane Ensslin, Schwester von Gudrun Ensslin, gehört zu denjenigen, die sich nach der Stammheimer Nacht mit eigenen Recherchen an die Aufklärung der Vorgänge im Stammheimer 7. Stock — vier Wochen später in Stadelheim — machte. Nicht zuletzt ihre Arbeit trug dazu bei, die Zweifel an der staatlichen Version des „Selbstmordes" der Gefangenen bis heute offenzuhalten. Wir sprachen mit ihr über die aktuellen Stammheimveröffentlichungen von Stefan Aust, Reinhard Hauff und George Tabori. In einem gesonderten Gespräch gingen wir der Frage nach, welche der damaligen Fragen heute noch offen sind.

AK: Wie hat das Buch von Stefan Aust auf dich gewirkt?

Christiane Ensslin: Ich habe mir von diesem Buch versprochen, daß ich da etwas Neues erfahre. In diesem Buch steht jedoch überhaupt nichts, was unter einigermaßen informierten Linken nicht längst bekannt gewesen ist — eingepackt in Samthosen und Deodorants. Der Titel „Baader-Meinhof-Komplex" reiht sich unangenehm in die Bullensprache ein. Dieses Buch ist geschrieben, um die Diskussion, die nun seit mehr als neun Jahren fällig ist, endgültig abzuwürgen. Jetzt geht es nur noch darum — nach Herrn Aust — die Gruppe zu konsumieren und sich nicht mehr mit ihr auseinanderzusetzen. Das ist das wirklich Schlimme an diesem Buch. Ich kann Dich fragen: Hast Du was Neues erfahren aus dem Buch?

Es ist in guten Teilen eine gewisse Popularisierung von bekannten Dingen.

Die Popularisierung tut nichts anderes, als das, was wir versäumt haben, auszufüllen. Da muß ich mich natürlich an den eigenen Kopf greifen. In diese Lücke konnte er eben stoßen — und das hat er gemacht. Das ist das üble Resultat an diesem Buch, daß die Lücke leer war und jetzt gefüllt wird mit Scheiße. Aber das Positive an der Sache ist, daß wir jetzt endgültig sagen müssen, was wir zu sagen haben.

Hast Du Deine Schwester in der Darstellung von Stefan Aust, von Reinhard Hauff und von George Tabori wiedererkannt?

(Lachen) Also, wie sich ein kleinwüchsiger Hanseat eine schwäbische Pfarrersfamilie vorstellt, das ist nun wirklich absolut grotesk. Ich könnte dir noch die Leseprobe von ihm vorlesen: Da sitzt mein Vater in abgewetzten Ledersesseln, und das ist eine pietistisch-schwäbische Pfarrersidylle — a la Eichendorff ... Das war bei uns überhaupt nicht so. Bei uns ging es überhaupt nicht puritanisch zu, wie das Herr Aust sagt. Du fragst mich, ob ich die da wiedererkannt habe. Das ist ein Zerrbild von den Figuren! So wie eben der Springer seit 1968, verstärkt seit 1970 sich die Staatsfeinde vorgestellt hat: Kinder aus Mittelstandsfamilien, die einigermaßen intelligent auf die Universität gehen, dann von irgendwelchen Ideologien verführt werden und schließlich die Pistole im Strumpfband haben. Nicht viel anders ist das Buch von Stefan Aust. Es sind Abziehbilder der Realität, nicht die Realität.

Was sagst Du zu den Charakteren, die da hergestellt werden, Baader als schneidiger, aggressiver Typ, Gudrun als eiskalte Blonde und dergleichen?

Andreas kenne ich nicht. Gudrun als die eiskalte Blondine, die letztlich Ulrike in den Selbstmord getrieben hat — nicht nur ich als Schwester, sondern die meisten, die Gudrun gekannt haben, finden das Bild absurd, das da aufgestellt wird. Es geht mir gar nicht darum, daß ich ein wahrheitsgetreues Bild der Charaktere einklagen wollte. Ich bin auch nicht dagegen, daß die Nation erfährt, welches Deodorant meine Schwester benutzt hat. Nur — wenn die Nation das erfahren soll, dann soll sie auch erfahren, was meine Schwester *gesagt* hat! Zu verheimlichen ist da gar nichts. Und das ist ja das Schlimme an Stefan Austs Buch: daß er plaudert, schwätzt und alles, was politisch wichtig ist, ausklammert, verschweigt oder hinbiegt. Ich habe keine Ehrenrettung vor für meine Schwester als deutsches Gretchen — das liegt mir überhaupt nicht. Das war sie auch nicht. Eines bleibt wahr: daß meine Schwester für ihre Gesinnung gestorben ist.

Können Film oder Epilog einen dokumentarischen und halbwegs das Wesen der Gruppe und die Ereignisse treffenden Anspruch stellen?

Das war gar nicht ihre Intention — weder von Herrn Aust, noch von Tabori — sich dieser Gruppe politisch zu nähern. Das ist eine politische Klatschgeschichte, die in der Wendepolitik jetzt konsumierbar ist. Es ging ihnen überhaupt nicht wirklich um eine ernsthafte Recherche, was da war. — Ich glaube, Herr Aust würde sich viel mehr dafür interessieren, welche Klamotten meine Schwester gehabt hat, als was sie zu dieser oder jener These vom Bundeskanzler geäußert hat. Die ganze Verarbeitung — Buch, Film und Theater — die in diesem Jahr anfängt, ist nicht dazu geeignet, und soll es auch nicht sein, eine wirklich ernsthafte Diskussion in Gang zu bringen. Die ist ausschließlich dazu geeignet und — wenn Du mich fragst — auch von vornherein dazu angelegt, eben diese politische Diskussion zu verhindern.

Stefan Aust war — ich glaube, vor über einem Jahr — mal hier und sagte, daß er dieses Buch im Auftrag von Hoffmann und Campe machen wird. Er hat mir auch eine Leseprobe und das Drehbuch geschickt, hat mich auch aufgefordert, daß ich Unstimmigkeiten korrigieren soll. Der ist also allem nachgekommen, was ein bürgerlicher Journalist glaubt tun zu müssen. Aber — als ich das Drehbuch und die Leseprobe gelesen hatte, war mir klar, daß ich mich gar nicht mehr dazu äußern kann. Da ist nämlich etwas herausgekommen, was ich mir vollkommen anders vorgestellt habe. Ich dachte, daß er wirklich ernsthaft an die Recherche geht. Dabei ist er weit hinter dem zurückgeblieben, was meine eigenen Recherchen waren. Ich habe sogar den Verdacht, daß er manches in Bezug auf Stammheim noch nicht einmal genau gelesen hat.

Zum Buch kann ich nur sagen: Das ist so, als ob du z.B. die DDR darstellen willst, aber nur Dissidenten befragst, Verrätermemoiren, Bullenprotokolle, wie Hartung in der „taz" schreibt. So ist das Bild einer Gruppe entstanden, von Leuten gezeichnet, die froh sind, dieser Gruppe entronnen zu sein, wie Aust in irgendeinem Interview gesagt hat. Nun im Nachhinein beschreiben sie den angeblichen Horror, was diese Gruppe alles war.

Ich bin sicher, daß alles das, was er sich da hat erzählen lassen, stimmt, so wie die es jetzt erinnern müssen, um leben zu können. Nur daß Herr Aust, der angeblich solch ein cleverer Journalist ist und der ein Bild zeichnet, von dem er sagt, daß es Anspruch auf Wahrheit hat, nicht bemerkt, daß er nicht ein Korrektiv in seinem Buch hat.

Bringt das Buch, der Film oder der Epilog irgendwelche neuen Tatsachen, die zur Aufklärung der damaligen Vorgänge beitragen könnten?

Ich habe nichts erfahren, was ich nicht schon längst wußte. Seit dem Prozeß 1978 sind vier oder fünf Sachen dazugekommen, was relativ unwesentlich zur weiteren Aufklärung der Nacht von Stammheim ist. Wenn Stefan Aust sagt, daß er zum ersten Mal schreibt, wie die Nachrichtenvermittlung lief. Das haben wir seit drei, vier Jahren ständig diskutiert. Denn wir wissen davon seit drei Jahren. Ich selbst habe es Aust erzählt, daß drinnen Kommunikationsmöglichkeiten waren, daß der Nachrichtendienst drinnen war. Auch das ist beileibe nichts Neues. Neu ist nur, daß ein bürgerlicher Journalist, der ein dickes Buch bei Hoffmann und Campe veröffentlicht, solch eine Resonanz auf eine Sache bekommt, die wir Linken schon längst wissen — und dann groß rumtönen kann: Zum ersten Mal steht das da. In neuen Punkten bringt das Buch null.

Durch das Buch und den Film wird nahegelegt, daß Ulrike Meinhof von der Gruppe, speziell von Deiner Schwester, in den Tod getrieben worden ist.

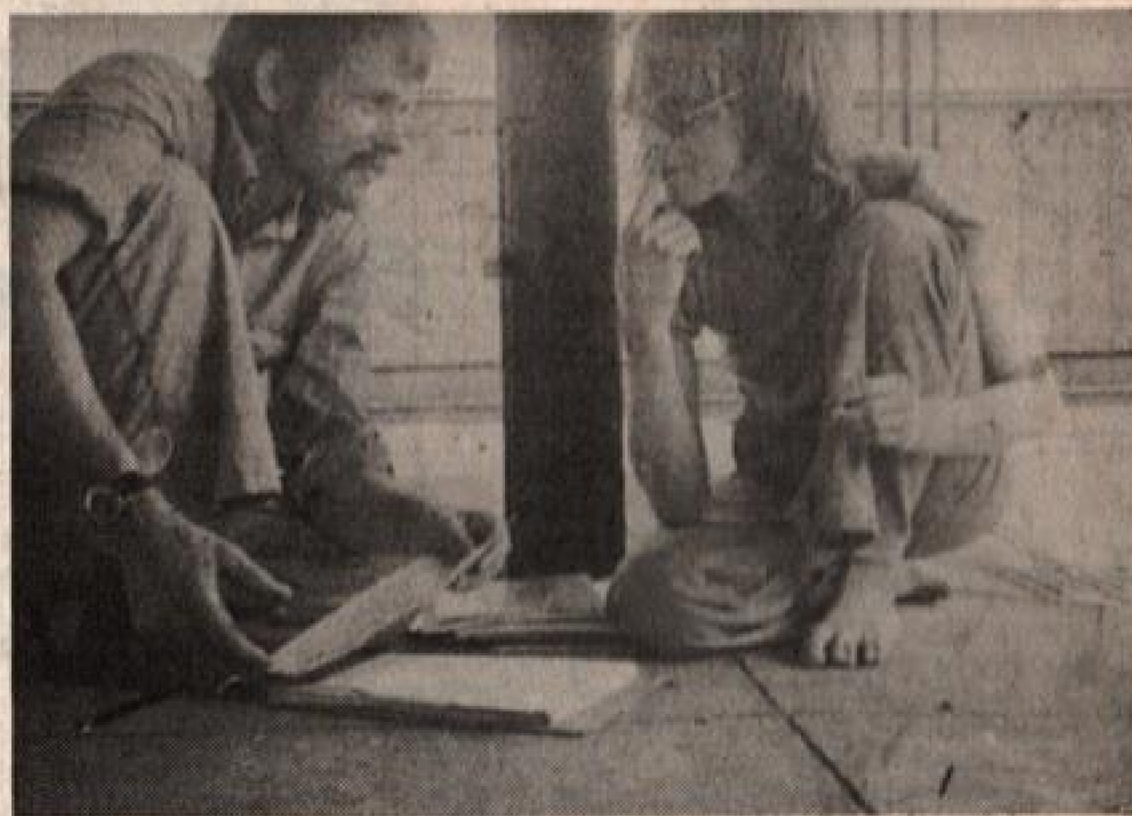
Das ist eine wirklich infame Konstruktion, so wie sie in diesem Buch drinsteht. Kein Zweifel besteht darüber, daß in der Gruppe ein harscher Ton herrschte, daß es da Schwierigkeiten gab. Ich bestreite nicht, daß es da oben im 7. Stock Auseinandersetzungen gegeben hat. Das Gegenteil wäre ein Beweis für kaputte Menschen. Andreas sagt ja auch, wo soll ein Mensch unter diesen Haftbedingungen mit seinen Aggressionen hin, wo die rauslassen, abladen. Es war sicher auch ein Grund für die Isolationshaft, daß sie die Menschen untereinander zu Feinden macht. Doch werden zu dieser Tatsache nirgends Bilder oder Äußerungen von Herzlichkeit dagegengesetzt, die es sicher auch gegeben hat. Deshalb entsteht ein Bild von tödlicher Feindschaft. Wir, die Angehörigen der Gefangenen und die Gefangenen selber, haben die Isolation und die Veränderung, die mit den Gefangenen, die drin sind, geschieht, ganz schwer begriffen., Die Veränderung der Gefangenen durch die Isolation hat sich auch auf die Sprache ausgewirkt. Die einzige Möglichkeit, sich dieser Sprache zu nähern, wäre, die Folgen dieser Isolation

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

auf Menschen in Bezug auf die Sprache zu untersuchen. Stefan Aust dagegen geht her und abstrahiert die Sprache, die unter den Gefangenen herrscht, von dem Dasein der Gefangenen. Er nimmt nicht wahr, daß sie als Gruppe isoliert waren, daß neue Gesetze in Arbeit waren, daß die Gefangenen nicht wußten, was eigentlich mit ihnen los ist. Daß da Töne aufkommen wie „Schwein" und Ausgrenzungstendenzen da sind, ist schlimm, aber nur von dieser Warte aus kann man sich dem überhaupt nähern. Und nicht so — wie Stefan Aust es tut — als eine planmäßige Denunziation vom einen zum anderen Gefangenen.





So sahen sie sich selbst: Minox-Fotos, die die Gefangenen voneinander machten — Gudrun Ensslin in ihrer Zelle. Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe und Andreas Baader in wechselnder Zusammensetzung auf dem Dach des 7. Stocks der JVA Stammheim.

Stefan Aust suggeriert auch in dem Film, daß Ulrike Meinhof sich mit dem Gedanken befaßt habe, sich aus der Gruppe zu lösen oder aus der Gruppe auszutreten...

Das hätte der Aust gerne so. Es ist jedermanns Recht, seine Taten zu überdenken, mit den Menschen, mit denen man gemeinsam etwas gemacht hat, zu revidieren. Das ist überhaupt kein Grund, jemanden so, wie Herr Aust es darstellt, zu diffamieren und so auszugrenzen, daß da schließlich nur noch ein Strick übrigbleibt. Das ist *seine* Denkweise, wie man mit Menschen umgeht.

Übrigens möchte ich dazu noch anmerken: Ulrike war ja derzeit eine linke Identifikationsfigur und hat mit ihrer Entscheidung, bei der RAF mitzukämpfen, bei vielen von denen Schuldgefühle ausgelöst, die sich 1968 und nach 1968 nicht mehr so rückhaltlos für die ursprünglichen Ziele eingesetzt haben. Diese Schuldgefühle müssen kompensiert werden, d.h. es muß eine Ulrike vorgeführt werden, die an diesem Schritt notwendig zerbrechen muß. Sie wird von ihren Genossen zu quälerischen Selbstbezichtigungen gezwungen — nicht nur sie, bei ihr ist es nur besonders schmerzlich, weil sie Vordenkerin der Linken war. Das erinnert fatal an stalinistische chauprozesse. Schließlich wird sie von der Gruppe zum Tode verurteilt, das ist die gerechte Konsequenz. Auf diese Perspektive ist das alles bei Aust zugeschnitten. Es ist keine andere Deutung möglich und das ist auch gemeint. Damit kann der Tod von Ulrike der RAF angelastet werden und die Welt der Linken ist wieder in Ordnung, denn sie hat ja schon immer gewußt, daß das der falsche Weg ist.

Was hältst Du — ebenfalls in dem Buch so nahegelegt — von der Version, daß die Stammheimer Gefangenen sich selbst umgebracht haben?

Ich weiß nicht, was oben war. Ich habe weder für das eine, noch für das andere

Ich weiß nicht, was oben war. Ich habe weder für das eine, noch für das andere
einen Beweis. Ich denke, wenn man über Stammheim nachdenkt, so ist es für mich überhaupt nicht erschreckend und nimmt von dem politischen Gehalt der Gruppe kein Gramm weg, sollte sich Selbstmord herausstellen. Das ist weder ehrenrührig, noch macht es einen Satz, den die Gruppe gesagt hat, dadurch wahrer oder unwahrer.

Die Recherchen von Herrn Aust sind gerade an diesem Punkt, was nun Mord oder Selbstmord angeht, von einer geradezu merkwürdigen Dürftigkeit, was die Mordversion anlangt.

Er geht nämlich genauso vor wie der Staatsapparat und hat sein Augenmerk nur darauf, wie ein Selbstmord innerhalb dieser Gruppe abgesprochen worden ist und so weiter und so fort. — Ich würde ihn gern fragen, weshalb er es nicht für wert befindet und sich nicht mehr Zeit genommen hat, all diese Widersprüche, die sich im Oktober 77 im siebten Stock abgespielt haben, in dem Buch mehr als nur anzudeuten.

Er zitiert das Gedicht von Brecht aus der „Maßnahme" am Schluß seines Buches. In dem Interview, das wir mit ihm gemacht haben, hat er bestätigt, daß das durchaus so gemeint sei, daß er damit ausdrücken wolle, daß die Gefangenen die Bereitschaft zum Selbstmord nicht nur grundsätzlich, sondern auch aktuell gehabt hätten. Ich sehe allerdings einen ziemlichen Unterschied zwischen einer grundsätzlichen Bereitschaft, sein eigenes Leben bis zum Schluß einzusetzen und der Tatsache des konkreten Vollzugs an sich selber.

Das sehe ich auch so. Es ist ein qualitativer Unterschied, ob ein Gefangener sich wirklich selber umbringt oder ob der Staat letztlich Hand anlegt. Ich bin nach wie vor der Meinung, wenn es dort oben wirklich Selbstmord gewesen wäre, hätten die Behörden die Türen einfach nur aufzumachen brauchen. Und man hätte das alles leicht sehen können. Aber genau das haben sie eben nicht gemacht. Deshalb denke ich immer noch, daß es Mord war, weil sie eben etwas zu verbergen haben! Und was die Selbstmordvorbereitungen und die Selbstmordtendenzen, von denen der Bulle Klaus während der Kontaktsperre ständig rumgetönt hat, angeht, so ist das eigentlich ein Indiz für eine Mordvorbereitung. Warum geht eine Regierung her und ist so besorgt um politische Gefangene? 'Die könnten ja bald Selbstmord machen, die sind ja so schlecht dran, da müssen wir aber aufpassen...' Und was tun sie? Sie passen überhaupt nicht auf, sondern tun alles, damit sie das eben machen können. Denke doch nur an die nicht funktionierende Siemens-Kamera! Alles bereiten sie vor, damit eben dieser Selbstmord in Anführungsstrichen vollzogen werden kann. Das ist doch so widersprüchlich, daß die plausibelste Lösung da wirklich nur Mord ist. Anders ist das gar nicht erklärbar.

Was hältst Du von der Haltung der Produzenten des Buchs, des Films und des Epilogs, wie es z.B. auch der Hamburger Intendant Flimm in einem Interview mit uns sagt, daß es gar nicht darauf ankomme, weiter darüber nachzugrübeln, ob sich die Gefangenen selbst umgebracht hätten. Entscheidend sei allein, *daß* am Ende dieses Prozesses tote Gefangene in den Zellen lägen.

Da wird nichts anderes gesagt, als: Nun, da hat es Tote gegeben, laßt die Finger von dieser Politik! Diese Toten, die gibt es nun — ehrenwert vielleicht, mit Schwächen — nun laßt sie mal ruhen.

Wenn Du vor zwei oder drei Jahren von Stammheim geredet hast, da haben die meisten Linken die Augen ge-

Wenn Du vor zwei oder drei Jahren von Stammheim geredet hast, da haben die meisten Linken die Augen ge-
rollt vor Langeweile, vor Abscheu oder vor „nun laß mal, das ist doch alles nichts mehr!". Jetzt werden die politischen Botschaften der Gruppe chic konsumiert. Sie sind gestorben für ihre Überzeugungen. Ihre Thesen aber werden nicht diskutiert. Die sollen auch aufgrund dieser Konsumption nicht diskutiert werden. Ich glaube, daß das der Sinn dieser Veröffentlichung ist und mit Sicherheit der Sinn der Verleihung des Filmpreises.

In dem Gespräch zwischen Deinem Bruder Gottfried und dem Autoren Stefan Aust hat die Kommentatorin gesagt, es komme darauf an, die Wunde von Stammheim zu schließen.

Genau das soll erreicht werden. Ein schickes Pflaster drauf. Wir sollen nicht mehr weiter daran anknüpfen ... Gerade wir — ich bin Jahrgang 39 — haben moniert, daß unsere Eltern nicht an das Nazi-Regime angeknüpft haben. Meine Vergangenheit ist 68 und ist 77. Das ist der positive Aspekt von Stefan Austs Thriller, daß wir jetzt wieder einen Tritt gekriegt haben, unsere Geschichte zu schreiben, und nicht, uns unsere Geschichte vorschreiben zu lassen.

Du hast Dich ja lange intensiv um eine Aufklärung der Ereignisse der Stammheimer Nacht bemüht — allerdings, ohne bisher eine eigene Veröffentlichung vorzunehmen.

Ich habe während dieser Recherchen zusammen mit Margarete von Trotta an dem Film „Die bleierne Zeit" mitgearbeitet und bin durch diesen Film von der Linken in die Ecke gedrängt worden, daß ich eine Gegnerin der RAF sei und konterrevolutionär, eine Bullentante. Ich war an einem Punkt angelangt, wo ich rechts als auch links vollkommen isoliert war. Das hatte einen sehr guten Aspekt für mich subjektiv: ich wurde gezwungen, weil ich von der Linken in diese Isolation gestoßen worden bin, einen ganz individuellen Standpunkt zu der Geschichte zu erarbeiten. Ich habe immer daran weiter gearbeitet, aber jetzt nicht mehr mit dem Druck, daß ich das jetzt sofort veröffentlichen muß, sondern mehr mit dem Gedanken in meinem Kopf — das ist sehr schwer auszudrücken. Du kennst ja auch heimatlose Standpunkte. Diese Heimatlosigkeit macht dich individuell sehr beredsam, aber nach außen hin unfähig, irgendetwas zu vertreten. Ich habe diese Zeit sehr viel alte Klassiker, zum ersten Mal in meinem Leben systematisch Marx, habe die ganzen theoretischen Schriften der RAF wirklich nochmal gelesen ohne Druck. Die Schwierigkeiten, die ich eher von der Linken bekommen habe, mich zu äußern, das war gar nicht wichtig für mich. Ich wollte mich ja auch gar nicht mehr äußern.

Wir haben ja damals, als 1978 der Prozeß gegen den KB lief, zusammengearbeitet und haben diesen Prozeß auf der Grundlage des Materials, das Du erarbeitet hattest, vorbereitet.

Also, das muß endlich mal veröffentlicht werden: Daß das einer der wenigen Glanzpunkte in meiner Recherchenarbeit war (Lachen), weil das ein ganz konkretes Ergebnis war. Für mich persönlich war das wichtig, daß diese Arbeit Menschen vorm Knast bewahrt hat. Das war eine ganz tolle Erfahrung.

Anschließend kam der „Stern" 1980, der hat praktisch dieselben Dinge, die wir 1978 gemeinsam in diesem Prozeß vorgebracht haben und die in der breiten Öffentlichkeit nur eine vergleichsweise geringe Resonnanz fanden, dann auf breiter Basis als „Stern"-Story ver-

ten Öffentlichkeit nur eine vergleichsweise geringe Resonnanz fanden, dann auf breiter Basis als „Stern"-Story ver-
öffentlicht. Wie war denn da die Reaktion?

Also die Chronology war anders. Bei Eurem Prozeß war ein „Zeit"-Journalist, Völklein. Der hat darüber berichtet. Dann fühlten sich wohl die Redakteure und diese tollen Heinis vom „Spiegel" in ihrer Rechercheursehre gekitzelt, wollten wissen, was da so zwei, drei kleine Würstchen machen, und tauchten hier auf. Wir haben dem „Spiegel" dann erzählt, was wir wissen, was wir uns aus öffentlichen Dokumenten erarbeitet hatten. Das führte zu einer „Spiegel"-Story. Durch diese „Spiegel"-Story kam der „Stern" und hat sich hier in die Bude gesetzt. Dem haben wir das auch erzählt. Bis heute ist das für mich fast eine traumatische Erfahrung. Du weißt, der „Stern" kommt am Donnerstag heraus — am Dienstag jetteten die hier ein, Herr Seufert und Herr Kromschröder, und sagten: „Wir haben vor ein paar Tagen Fotos auf einer Autobahnraststätte gekauft. Geben Sie uns doch die Erlaubnis, diese Fotos zu veröffentlichen." Da habe ich diese Fotos zum ersten Mal gesehen. Ich glaube, daß der „Stern" zumindestens diese ganzen Sachen nur veröffentlicht hat, weil er diese Fotos eben hatte und bringen wollte. Du weißt, wie das bei bürgerlichen Zeitungen geht: Selbstmordversion ist natürlich langweilig, also muß — wie Herr Aust das auch macht — um diesen erlebnisarmen Bundesbürger ein bißchen aufzugeilen, ein Thriller her — oder eben tolle Fotos.

Es hat sich hinterher ja auch nichts bewegt.

Überhaupt nicht. Die haben auch nicht nachgehakt. Ich habe den Redakteur vom „Stern" inständig gebeten, gerade den Staatsanwalt Christ, der das Todesermittlungsverfahren machte, anzugreifen, er solle einiges rausrücken. Nach mehrmaligem Drängen hat er schließlich ein lahmes, kleines Ding nachgeschickt. Es ist ausgegangen wie das Horneberger Schießen.

Es hat meines Wissens seitens der GRÜNEN Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Rechtsanwaltsbüro Wiedenhammer Anfragen an den Landtag gegeben nach einigen unklaren Punkten der Todesermittlungen.

Das ging ganz von Weidenhammer aus. Das hatte mit der Veröffentlichung vom „Stern" zu tun, wo sich dann plötzlich Leute wie so ein paar Grüne für Stammheim interessieren. Die hätten es niemals gemacht, wenn es das nicht gegeben hätte.

Für den Film hat es jetzt den 'Goldenen Bären' in Westberlin auf der Berlinale gegeben. Frühere Versuche auf der kulturpolitischen Ebene — wie der Film von Margarete von Trotta — haben keineswegs den selben Wirbel ausgelöst. Wie erklärst Du dir die jetzige Anerkennung für dieses Thema?

Weil es abgehakt werden kann — ein unangenehmes Thema, das fällig war, ist so aufbereitet worden, daß es genießbar wurde. Weil es eben fällig war, muß es irgendwann einmal geschluckt werden, und da es jetzt ganz gut zubereitet ist, geht man zu Tische.

Ich habe Dich so verstanden, daß Du


Kunzelmann erwirkt Korrektur im Aust-Buch

im „Baader/Meinhof-Komplex" fälschlicherweise als „Bombenleger" bezeichnet

das Buch, den Film und den Epilog als negative Bewältigungsdiskussion begreifst und daß Du gleichzeitig Dich und uns herausgefordert siehst, das, was wir zu sagen haben, zu sagen. Welche Fragen müssen deiner Meinung nach in diesem Zusammenhang diskutiert werden?

Es sind zwei Gruppen von Fragen. Einmal: was ist eigentlich von den Thesen der RAF politisch richtig, gültig und wie nehmen wir diese Thesen in unsere politischen Aktivitäten und Diskussionen auf? Das ist der eine Punkt: Die RAF als Teil der Linken. Ihr gebührt ein angemessener Platz. Es ist eine politische Schuld der Linken, durch die Politik der SPD Berührungsängste bekommen zu haben und nicht mehr die Diskussion mit den Leuten gesucht zu haben. Das ist eine Seite der Geschichte von Stammheim, die von der Linken bis heute völlig unbearbeitet ist.

Der zweite Teil betrifft die reinen kriminal-technischen Fakten, die man aus den Ermittlungsakten, öffentlichen Protokollen über die Todesnacht herausarbeiten kann. Da ist seit eurem Prozeß wenig dazu gekommen. Zur „Spur 6", die der „Spiegel" damals sehr breit dargestellt hat, ist dazugekommen, daß der Gerichtsmediziner die Spur einfach verloren hat. Kleinigkeiten sind nachgekommen. Im Großen und Ganzen sind die Fragen wie 78 genauso ungeklärt.

Ist die Arbeit an diesen Fragen, sowohl den politischen als auch den kriminaltechnischen, für dich von historischem oder eher von aktuellem Interesse?

Für mich besteht überhaupt kein Zweifel, daß eine wirklich einigermaßen kräftige Politik von uns nur betrieben werden kann auf der Grundlage der Bearbeitung unserer linken Vergangenheit. Die Geschichte muß aufgearbeitet werden. Du kannst nur zielstrebig irgendwohin gehen, wenn Du weißt, woher Du kommst. Der deutsche Herbst



ist für jeden Linken in der Bundesrepublik, der mindestens 16 zu dieser Zeit war, ein einschneidendes Erlebnis gewesen.

Das gilt für die politischen Diskussionen innerhalb der Linken. Wie ist es mit den kriminaltechnischen Aufklärungen?

Ich finde es nicht uninteressant, wie ein Staat ganz praktisch so etwas wie Stammheim macht. Solange ich aber nur „Mord" schreie, ohne etwas zu beweisen, hat das keine Bedeutung. Das läßt die möglichen Akteure völlig kalt. Wenn ich den Beweis antrete für Mord, dann ist das hohe Politik.

Gibt es noch noch eine Chance, diesen Beweis anzutreten?

Gibt es noch noch eine Chance, diesen Beweis anzutreten?

Es geht sicher, allerdings nur mit vereinten Kräften. Ich glaube, daß die Linke die zwingende Aufgabe hat, diese Geschichte aufzuarbeiten. Wir müssen wissen, was gewesen ist, um gegen diesen Staat kämpfen zu können.

Denn wenn wir gegen diesen Staat kämpfen wollen, dann müssen wir auch dessen Mittel gegen die politischen Gegner kennen. Da ist Stammheim sehr geeignet, das herauszubekommen.

Es entsteht jetzt im Zuge dieser Stammheim-Diskussion auch eine Debatte um die Haftsituation der Gefangenen. So weit ich weiß, gibt es neuere Initiativen, die sich um die Situation der Gefangenen kümmern wollen.

Ich bin sehr froh darüber, daß erneut über die Frage der Amnestie diskutiert wird. Ich halte die Frage allerdings für sehr schwierig. Denn es besteht in der Diskussion die Gefahr, daß wir von außen — zwar mit bestem Willen und humanitären Gründen und wie auch immer trotzdem erreichen, die Gefangenen drinnen zu spalten. Eine Amnestie gegen den Willen der Gefangenen — das darf niemals passieren. Ich denke, daß vor dieser Forderung eine andere Forderung stehen muß, die auch wieder mit der RAF und diesem Staat zu tun hat: wir müssen von diesem Staat verlangen, daß wir mit diesen Leuten reden dürfen, daß wir mit ihnen diskutieren können, daß die Isolation aufgehoben wird.

Was könnten — abschließend gefragt — die nächsten Schritte sein, die wir zu unternehmen haben?

Ich denke, wir sollten ganz praktisch versuchen, da rein zu gehen, gegen jede Ablehnung gerichtlich vorgehen, sie uns nicht gefallen lassen. Wir sollten unsere Geschichte schreiben.

Wir danken Dir für das Gespräch.

Wofür gab es den Goldenen Bären, Herr Hauff?

Interview mit Reinhard Hauff, Regisseur des Films 'Stammheim'

Herr Hauff, warum haben Sie diesen Film gemacht, was wollten Sie darstellen?

Ich habe diesen Film gemacht, weil ich glaube, daß dieses Material des Prozesses total aktuell ist, auch heute noch: Das Problem ist, wie geht der Staat mit seinen radikalen Gegnern um. Das trifft auch heute viele Gruppen, die eine radikal andere Position zum Staat haben. Das ist das Kernthema des Filmes, eine generelle Beschreibung dieses Konflikts.

Die Quellen für die Ereignisse um den Stammheim-Prozeß, im weiteren um die Geschichte der RAF, speziell die Stammheimer Nacht, sind widersprüchlich. Wäre da nicht eine dokumentarische Bearbeitung des Themas angemessener gewesen als ein Spielfilm, also eine Bearbeitung, die versucht, diese offene Situation auch offen und in widersprüchlichen Bildern, Zeugenaussagen usw. darzustellen?

Die Frage betrifft mich überhaupt nicht, weil wir die letzte Nacht gar nicht beschrieben haben. Und alles Material, was zu dem Prozeß und zu den wenigen Szenen, die wir dazu gemacht haben, vorhanden ist, das ist ja alles belegbar. Da gibt es überhaupt keine Widersprüchlichkeit.

Warum haben Sie sich in dieser Art und Weise auf die besondere Situation des Prozesses konzentriert und nicht den Zusammenhang, in dem die RAF steht und in dem dieser Prozeß begriffen werden muß, mit in den Film hineingenommen?

Ich weiß nicht, was man immer alles von einem Film verlangt. Ein Film kann nicht die ganze Geschichte nachholen. Und dieser Film beschränkt sich eben darauf, keine Kommentare und keine Interpretationen und auch nicht irgendwelche Zeittafeln paralleler politischer Ereignisse zu liefern, sondern konkrete Politik — in diesem Saal fand eben Politik statt in dem Sinne, daß Politik ausgeklammert wurde aus einem Verfahren, wo es gerade um Delikte ging, die politisch motiviert waren. Und insofern ist das konkrete Politik, was hier geliefert wird. Ich halte die Zuschauer für so erwachsen und so mündig und auch so wissend, daß sie einfach begreifen, was hier los ist, wie die zwei Seiten aufeinandergehen. Der Film leistet nicht, den gesamten Geschichtsunterricht der letzten Jahre, der nicht stattfand zu diesem Thema, nachzuholen. Aber ich versteh nicht, was will man immer?! Jetzt wird einmal ganz konkret etwas gezeigt. Der

Film leistet nicht, den gesamten Geschichtsunterricht der letzten Jahre, der nicht stattfand zu diesem Thema, nachzuholen. Aber ich versteh nicht, was will man immer?! Jetzt wird einmal ganz konkret etwas gezeigt.

Das ist konkret und sinnlich und auch psychisch so erfahrbar, der Druck, der über diesem Ganzen lastet, auch dieser existentielle Kampf auf der einen Seite, und auf der anderen Seite bei den Richtern dieses totale Abblocken, weil sie meinen, sie würden in den Abgrund stürzen und sind dann eigentlich erst recht in den Abgrund gestürzt. Das ist doch der Konflikt, um den es geht in diesem Staat und den auch die RAF irgendwie gesucht und provoziert hat. Wenn dieser Konflikt nun so direkt gezeigt wird, ist das einfach konkret. Das ist pur Politik. Aber in Deutschland wollen die immer noch 'nen Schulunterricht dazuhaben.

Der Film vermittelt den Eindruck, als sei Stammheim eine Ausnahmesituation in einer ansonsten intakten Demokratie.

Das ist eine Aussage, die der Film nicht enthält und nie behauptet. Der Film beschreibt eine klare Situation und die nimmt er sich sehr konkret in einer Weise vor, daß wir auch soundsoviel Jahre danach unsere Position deutlich machen, die nicht die eine oder andere Seite ist, sondern die für diesen Konflikt spricht und daß er ausgetragen und nicht abgeblockt oder runtergekippt werden soll. Stammheim ist schon deshalb keine Ausnahmesituation, weil sich ja nichts verändert hat. Mal ist der Richter ein bißchen besser in Form, aber die Politik ist doch dieselbe.

Das Entscheidende ist doch — und darüber versucht der Film zu berichten — daß im Vorfeld, bevor diese frustrierten Gewalttaten dann passierten, dieselbe Politik passierte wie heute mit den neuen Gesetzen, den Sicherheitsgesetzen, Computerisierung, Schleppnetz und so fort. Das ist doch wieder nur ein Beispiel dafür, wie der Staat überreagiert und wie Law and Order im Vordergrund stehen vor Freiheit. Diese Balance von Freiheit und Sicherheit, die es ja auch geben muß, die wird bei uns immer zugunsten von Sicherheitsverwahrung ausgelegt. Deswegen ist der Film so aktuell. Es ist ein Film zu der Frage, wie geht der Staat heute mit jedem um, der im Widerstand ist. Jeder, der sich heute irgendwohin setzt in Waldheide, Mutlangen usw. wird bestraft und kriminalisiert. Im Hintergrund planen irgenwelche Leute, machen Fehler, setzen Milliarden ein für den Aufbau von Kernkraftwerken, lassen für Milliarden das Kernkraftwerk wieder abbauen. Zwischendurch werden die Leute, die protestiert haben, juristisch fertiggmacht während die Leute, die diese Fehler machen, in Milliardenhöhe verbunden sind mit irgendwelchen Lobbies der Industrie. Denen passiert nix — das ist doch dieser Widerspruch. In diesem Gerichtssaal wird dieser Widerspruch manifest. Nun ist das eine besondere Situation, ein besonderes Verfahren. Da ging es auch nicht nur um Sit-ins, sondern um Morde und all solche Sachen. Soetwas ist schwieriger, aber übertragen ist es dasselbe Problem, was im Vorfeld heute passiert. Die Baader-Meinhofs haben ja nicht so angefangen wie sie geendet haben. Die hatten ja auch mal einen anderen Start.

In einem Interview im Anschluß an die Verleihung des ‚Goldenen Bären' der Berlinale haben Sie sinngemäß gesagt, Stammheim könne überall auf der Welt sein. Tragen Sie damit nicht zur Entlastung dieses Staates von seiner Verantwortung bei und machen die Stammheimer Ereignisse auf diese Weise oberflächlich konsumierbar?

Ich mache Sie ja nicht konsumierbar durch einen Kommentar. Ich habe damit nur gemeint — und das habe ich von Leuten aus vielen Ländern erfahren —, daß Stammheim natürlich eine sehr spezifisch deutsche Veranstaltung in ihrer — wie die Meinhof das mal gesagt hat — peinlichen Akribie war. Aber das Problem, wie der Staat mit Radikalen umgeht und wie er sehr schnell versucht, radikale Meinungen nur juristisch und nicht politisch zu bewältigen, dieses Problem haben mir Leute aus dem Baskenland, das haben mir Italiener, das haben mir Franzosen, haben ganz, ganz viele mir erzählt und haben mir auch parallele Fälle genannt. Das Kernproblem gibt es in vielen Ländern: Wie gehen Staaten um mit radikal politisch anderen Meinungen, die sie nicht austragen und ausfechten wollen, sondern die sie einfach abwürgen. In diesem Sinn haben diesen Film auch viele Ausländer verstanden.

Ich bin doch der Meinung, daß das was in Stammheim passiert ist, — nicht nur im Prozeß, sondern wenn man sich den gesamten Zusammmenhang anguckt, der dann im 7. Stock der Stammheimer Vollzugsanstalt seinen Höhepunkt fand — , schon ein besonderer deutscher Prozeß ist, der auf dem Hintergrund einer besonderen deutschen Geschichte auch eine besondere Behandlung verlangt.

Deswegen ist der Film ja in Deutschland, für Deutsche, mit deutschen Schauspielern und ganz präzise gemacht. Wenn ich einen international erfolgreichen Film hätte abziehen wollen, hätte ich alles, was sehr genau und präzise ist in dem Film, also die ganze Konkretisierung auf deutsche Verhältnisse, hinbügeln können — wie das ja amerikanische Dramaturgen dann tun — auf große internationale Verständlichkeit. Der Film ist ja auch nur sehr limitiert im Ausland verstehbar für die, die bereit sind, sich auf so komplizierte Sachen einzulassen. Das war ja auch hier so. Ich wollte ja nicht vereinfachen und simplifizieren auf irgendwie große Linien. Das hat mich so beeindruckt, daß dieses ein so sinnliches Material von politischem Konflikt ist hier. Sonst gibt es viele abstrakte und intelligente Interpretationen, immer je nach Farbe ein bißchen mehr so oder so ideologisiert. Aber die Konkretheit, das ist, glaube ich, auch das, was die Leute hier so aufregt, was die Leute von allen Richtungen aufs Tapet bringt. Das ist eben so konkret. Hier steht nicht von vorneherein der ideologische Stempel: Ich gehöre zu diesem oder auch zu diesem linken Vorgarten, sondern hier geht es um ganz konkretes Auseinandersetzen von Menschen, nicht von Ideologen und abstrakten Wortführern. Hier geht es um Existenzen, die kämpfen um ihr Überleben. Und das wird so konkret vorgeführt, wie es eben war. Das ist eben nicht vereinnehmbar ganz auf die billige Tour für die oder die Richtung.

Es liegt ja im Wesen ihres Berufes als Regisseur, die Charaktere ihrer Filme zu bestimmen, entsprechend Ihrer Vorstellung mit den von Ihnen für geeignet gehaltenen Interpreten zu besetzen und dafür zu sorgen, daß die Rolle entsprechend gespielt wird. Sie stellen Baader als schneidigen Machtmenschen dar. Besetzt haben Sie die Rolle mit Ulrich Tukur, der sich just einen Namen mit einer ebenso schneidigen Interpretation des Nazis Kittel in „Getto" gemacht hat. Waren Sie sich der Irritation bewußt, die Sie mit dieser Interpretation auslösen könnten?

Die Besetzung war unheimlich schwierig und am schwersten habe ich mich in der Tat mit Baader getan. Es gibt so wahnsinnig Widersprüchliches über den, aber eines sagen ja alle immer wieder: Er hatte irgendwie ein Charisma, eine Ausstrahlung, die ja auch auf diese beiden sehr intelligenten Frauen gewirkt hat, ebenso wie auf viele Leute, die ihn auch in der Schlußphase kannten oder behergt haben. Mir wurde immer wieder bestätigt, daß er so eine Führerqualität hatte. Da war es sehr schwer, unter jüngeren deutschen Schauspielern einen zu finden, der auch so ein Charisma hat. Daß das nicht deckungsgleich sein kann mit dem Original-Baader, das ist mir ganz klar. Daß der Baader im Prozeß eine besonders starke Rolle gespielt hat, können alle Anwälte, die dabei waren, bestätigen.

Was dem wirklichen Prozeß weniger entspricht, ist, daß der Film den Haupteindruck von einem Prozeß, der über 192 Tage geht — die unheimliche Zähigkeit, Langeweile, Müdigkeit, Kaputtheit — nicht zum Ausdruck bringt. Ich wolle auch nicht auf das Kaputte so abzielen und auf diese Mitleidsebene rübergehen, weil die vier Angeklagten für mich ja auch Symbolfiguren von Widerstand gewesen sind. Deswegen habe ich für den Vorspann auch die Fotos aus der Frühphase genommen und deshalb habe ich auch alle jünger besetzt als sie in Wirklichkeit waren. Ich wollte nicht das Endstadium der totalen Kaputtheit zeigen.

Ich frage speziell nach der Besetzung der Rolle mit Ulrich Tukur, der eben diesen Nazi Kittel sehr ähnlich interpretiert hat wie jetzt Andreas Baader. Ich bin der Auffassung, daß angesichts bekannter rechter Demagogien und allgemein der unbewältigten Geschichte in diesem Land mit den sehr bedenklichen und lebendigen Denkklischees vom „rotlackierten Nazi" und dergleichen, sowie angesichts der politischen Brisanz dieses Themas mögliche Mißverständnisse in einer solchen Interpretation hätten vermieden werden müssen.

Das sehe ich überhaupt nicht. Ich finde diese Auffassung einfach inkorrekt. Ein Schauspieler spielt verschiedene Rollen. Wenn Tukur zufällig den Hamlet vorher gespielt hätte, dann hätte man nichts gesagt. Ich habe Tukur in Zürich in Shakespeares „Maß für Maß" gesehen. Da war ich begeistert von ihm und habe mir gesagt: Das ist der Einzige, der diese Selbständigkeit, dies Charisma, auch diese Ausstrahlung so eines modernen Schauspielers hat, der eben nicht nur reagiert und ausführt, sondern der irgendwie auch Rhythmus, Tempo usw. bestimmt. Es ist nicht umsonst, daß der Tukur sowas wie ein Star wird. Ich brauche jemand, der so eine Ausstrahlung hat von einem Schauspieler. Baader hatte nach allem, was ich gehört habe, so eine Ausstrahlung. Der war eben auch irgendwo ein Star. Sonst hätten nicht alle so von ihm geredet und dann wäre er nicht diese Leitfigur geworden.

Ich habe „Ghetto" erst gesehen, nachdem ich den Film gedreht habe. Also, das ist für mich kein Grund zur Kritik, daß plötzlich jemand mal einen Nazi spielt. Und die paar Leute, die das gesehen haben in Hamburg — hier unten (München — AK) weiß ja niemand, daß der Tukur irgendsowas gespielt hat. Ein Schauspieler spielt die Rolle und spielt jene Rolle. Nachdem ein paar Leute „Ghetto" gesehen haben, behaupten sie, ich würde die Baader-Rolle mit einem SS-Mann besetzen — das finde ich unprofessionell. Wenn das aus seiner Darstellung rauskäme, würde ich sagen o.k., dann ist er vielleicht aus Ihrer Sicht in eine Richtung stärker geworden, wie es ihm zukommt — aus meiner nicht.

Ihr Film endet mit dem Satz: „Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft ergaben Selbstmord." Ist das Ihre Meinung oder ist das ein Zugeständnis an Ihre finanziellen Förderer in der Stadt Hamburg und der Hamburger Industrie?

Das ist wieder eine Frage, die ich überhaupt nicht verstehe. Der Satz ist so gemeint, wie er da steht, so lapidar gemeint, daß die offizielle Version Selbstmord ist. Damit hört mein Film auf. Jeder der den Film gesehen hat, wird ihn nicht auf einen Satz bringen. Sondern jeder macht sich sein Bild und ich habe ganz viele Leute gehört, die gesagt haben, nach diesem Film halten sie alles für möglich. Meine private Meinung hierzu ist: Solange es noch unbefriedigende Antworten von Behörden gibt, solange es solche Fragen gibt, müssen sich die Behörden nicht wundern, daß diese Legenden und Spekulationen weitergehen.

Ich habe deshalb gefragt, weil es sogar in einem Boulevardblatt wie der „Hamburger Morgenpost" heißt: „Offizielle Erklärung: Selbstmord." Es hat natürlich schon früher von der Linken reichlich Kritik gegeben und es sind reichlich Fakten zusammengetragen worden, die die Ungereimtheiten der Stammheimer Nacht und der gan-

„Offizielle Erklärung: Selbstmord." Es hat natürlich schon früher von der Linken reichlich Kritik gegeben und es sind reichlich Fakten zusammengetragen worden, die die Ungereimtheiten der Stammheimer Nacht und der gan-

zen Entführung aufgezeigt haben. Wenn man jetzt unter das runtergeht, was sogar in Teilen der bürgerlichen Presse gebracht wird, fragt man sich schon, wie man das verstehen muß.

Man muß verstehen, daß es ein Film von 107 Minuten ist und daß man sich nach dem Verlauf dieser 107 Minuten seine eigene Vorstellung macht, zu was dieser Staat fähig ist, wenn er zu diesen Dingen, die dort gezeigt werden, auch schon fähig war. Solange ich nicht eine andere Version beweisen kann, werde ich doch nicht behaupten können, daß das Mord war. Dieser Schlußsatz ist für mich eine Fragestellung, und ganz viele Leute haben ihn auch so verstanden. Aber ich muß dazu sagen, daß ich auch für diesen Konflikt glaube — das ist meine private Meinung — , was ich oft bei Konflikten dieser Art glaube, nämlich daß die letzte Wahrheit eigentlich die des Konfliktes ist, in den die sich begeben haben, wo beide Seiten miteinander gekämpft haben. Die letzte Wahrheit, wer das nun wie gemacht hat, ob die zugeguckt haben, ob die dabeigestanden haben, ob die aufgeschlossen haben, ob die Gefangenen es selbst gemacht haben — ich glaube, das bringt den Konflikt auf keine *wesentlichere* Ebene. Daß der Kampf so war, daß die umgekommen sind, das ist das Entscheidende.

Der Hamburger VS-Chef Lochte lobte Ihren Film als „fernsehreif". Die FAZ urteilt, der Film sei als Lehrstück für die BRD „staatsbürgerlich" wichtig. Wie erklären Sie sich das Lob von dieser Seite?

Wenn Herr Lochte irgendwann in der Bild geschrieben hat, der Film sei objektiv, dann ist das einfach eine Umarmungstaktik gegen diese Störungsmanöver gewesen. (Sprengung der Hamburger Uraufführung mit Prominen-

Fortsetzung nächste Seite oben

Über den unglaublichen Schock der Realität

Interview mit Jürgen Flimm, Intendant des Thalia-Theaters

Über den unglaublichen Schock der Realität

Interview mit Jürgen Flimm, Intendant des Thalia-Theaters

Was hat Sie, Herr Flimm, veranlaßt, das Stammheim-Projekt zu fördern?

Ich komme ja aus der Generation dieser Leute, die damals in Stammheim verurteilt worden sind. Ich bin mit diesem Problem aufgewachsen. Meine Biographie ähnelt der Biographie der Meinhof. Das ist bei Vielen aus meiner Generation so: Erste Politisierungsanstöße durch die evangelische Kirche, der Versuch durch traditionelle Medien — bei mir war es das Theater — Einfluß zu nehmen. Arbeit in der APO, bei mir einige Zeit Arbeit beim SDS oder auch bei den Jungsozialisten. Dann allerdings trennt sich das voneinander ab. Die Meinhof und die anderen haben einen Weg gemacht, den ich politisch für falsch halte. Ich glaube, daß das kein Weg ist, wie man Politik machen kann in so einer Gesellschaft — wie immer man sie hier auch ansieht oder analysiert oder interpretiert. Also das gehört zu mir, zu meiner Biographie, zu meinem Denken, zu meinem Leben. Ich habe die Meinhof zwei-, dreimal getroffen. Als ich dann hörte, daß Stefan Aust dies Buch schreibt, nahmen wir sehr schnell Kontakt auf. Ich sagte ihm, es interessiert mich für das Theater.

Der Anlaß ist ein ganz wichtiger, nämlich daß wir den Anstoß geben wollten, daß dieser auf der Schattenseite liegende Teil der bundesrepublikanischen Geschichte aufgearbeitet wird.

Je länger dieses Thema auf der Tagesordnung steht, umso mehr wird es tabuisiert. Es wird über politische Gefangene nicht mehr gesprochen, es versinkt alles unter einem großen Tuch des Vergessens. Es ist sozusagen meine demokratische Pflicht, mich damit zu beschäftigen und auf Themen aufmerksam zu machen, mit denen niemand eine Auseinandersetzung will, weil es eben sehr unangenehm ist, wie wir es auch erfahren haben. Die Auseinandersetzung ist für beide Seiten unangenehm — von rechts wie von links ist es nicht gern gesehen.

Sind Sie an Grenzen der künstlerischen Bewältigung des Themas gestoßen?

Es kann durchaus sein, daß wir uns da ästhetisch übernommen haben, aber das halte ich nicht für eine Schande, daß man da an eine Grenze kommt, wo man sagt: Ja, jetzt wissen wir eigentlich nicht mehr, ob das richtig war, das gemacht zu haben. Wir wissen eigentlich bis heute nicht, ob es richtig war, es gemacht zu haben, ob wir das dürfen. Aber das ist eine alte Geschichte: Wenn man es nicht versucht, dann weiß man nicht, wo die Grenzen sind. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Der andere Punkt ist, daß wir sicherlich alle hier in dem Theater nach dieser Erfahrung mit dem Stoff in dem Film, nach der Erfahrung mit diesem Stoff in dem Theaterstück, nach der Erfahrung mit dieser Veranstaltung (der geplatzten Premiere — AK) nicht mehr die Menschen sind, die wir vorher waren. Das ist ganz klar. Wir haben festgestellt, daß wir von der Realität sehr weit entfernt waren. Wir haben einen sehr großen Schock bekommen, als das an dem Abend passierte und haben dann gesagt: Na ja, ist ja vielleicht auch ein heilsamer Schock, daß wir feststellen, daß wir von dem, was sich da draußen tut — an den ‚Rändern', die ja viel radikaler zeigen, was in der Gesellschaft los ist als die Mitte — eigentlich überhaupt nichts wissen. Wir haben dann auch ein bißchen Selbstkritik geübt in den 14 Tagen nach der gesprengten Veranstaltung. Wir sagten uns: Geschieht uns recht, wir haben uns darum nicht gekümmert. Wir waren nicht in der Lage, nach außen zu vermitteln — besonders in den linken Rand hinein — daß uns das Thena ein ernsthaftes Bedürfnis ist. Wie das in einer solch Riesenstadt wirken muß, wenn wir das vom Thalia-Theater mit der Staatsknete machen, das hätte man sich vorher überlegen müssen. Wir haben dann also versucht, uns zu vermitteln, andererseits haben wir gar nicht die Kenntnis gehabt, was hier in der politischen Szene los ist. Die gesprengte Premiere war ein Schock für uns alle, weil wir natürlich auf Kunst ausgerichtet sind, weil wir das zeigen wollen, weil wir auch ein Recht dazu haben, das zu zeigen. Uns kam auf einmal eine Kälte entgegen, die wir nicht gewohnt sind. Wir sind, wenn wir Theater machen, existentiell darauf angewiesen, daß das, was wir machen, positiv oder negativ akzeptiert wird — auch negativ. Einen Skandal kann man irgendwie verarbeiten, aber wir sind darauf angewiesen, daß wir es machen können. Das war der große Schock, als die Aufführung verhindert würde.

Wie wir uns da weiter verhalten werden, das kann man ja nicht beschließen. Man kann nur sagen, daß wir viel offener geworden sind, daß wir poröser, daß wir auch verletzbarer geworden sind.

Was die ganze Diskussion angeht: Ich persönlich habe mir vorgenommen, daß ich mich um die ganze Problematik der Gefangenen kümmern werde. Und viele von uns haben sich vorgenommen, sich mit der Problematik der — in Anführungszeichen — Szene zu beschäftigen, sich damit auseinanderzusetzen und die Informationen, die man jahrelang nicht für nötig gehalten hat, erst einmal zu bekommen, damit umzugehen, um zu wissen, was da los ist. Das Theater muß gesellschaftlich verankert sein. Aber wir wußten auf einmal nicht mehr: In welcher Gesellschaft sind wir denn eigentlich? Wir haben das ja nicht als politische Provokation begriffen.

Fortsetzung nächste Seite Mitte

Fortsetzung von vorheriger Seite

tendialog — Anm. AK) Ohne daß der Herr Lochte den Film gesehen hat, ohne daß Herr Bölling den Film gesehen hat, haben die beiden einfach etwas behauptet. Das beschreibt also nur, wie sie am Anfang versucht haben, uns — als gestört wurde — ein Verständnis entgegenzubringen. Aber inzwischen ist ja die ganze rechte Presse massiv gegen uns angetreten, weil sie begriffen haben, daß dieser Film eben nicht ein Film *für* sie ist, auch nicht ein Film, den sie vereinnahmen können. Der Film wird von der Rechten gehaßt.

Herr Ströbele sagte andererseits in ,,Drei nach Neun'' zu Stefan Aust: ,,Baader-Meinhof würden sich im Grabe umdrehen.'' Ich selbst kann nur sagen: Wie der Film benutzt werden kann, das ist nicht mein Problem. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, zehn Jahre danach eine Sache völlig unkritisch zu wiederholen und nicht dazu eine politische Position einzunehmen.

Welche Position beziehen Sie?

Wir wollten zeigen, wie wahnsinnig es ist, wenn man in diese Endphase kommt. Der Prozess zeigt, wie wahnsinnig es ist, wenn überhaupt keine Möglichkeit mehr besteht, miteinander zu reden. Der Film plädiert dafür, daß man im Vorfeld mit Leuten reden muß, die politisch anderer Meinung sind, daß man einen Konflikt — wie hart er auch immer ist — ausfechten muß und sich nicht auf Sicherheitspolizei und Gesetze verläßt, die die Sachen niederbügeln. Das passiert heute genauso wieder. Daß der Staat wieder Gesetze verschärft, die Verfassung verletzt, zeigt, wie schwach er ist und wie leicht er sich ankratzen läßt durch jemanden, der ihn provozieren will. Der Staat hat bei dem Prozeß seine Macht so gezeigt, daß er als demokratischer Staat nicht mehr funktioniert.

Meinen Sie, daß das Thema ,,Stammheim'' mit Ihrem Film bewältigt ist?

Ich denke nicht, daß es bewältigt ist. Es hat auch niemand behauptet, daß das *der* Stammheim-Film oder *der* RAF-Film ist. Wir machen *einen* Film, Stefan Aust hat *ein* Buch geschrieben. Wir hoffen, daß viele Leute zu dieser Zeit Stellung nehmen. Denn es geht nicht darum, einen Film oder ein Buch zu machen, sondern es geht darum, eine Verlängerung in die Gesellschaft hinein zu bekommen, daß diskutiert wird.

Im Südwestfunk war letztens eine Diskussion von Oberschülern mit Iring Fetcher und Martin Hirsch. Da sagten Leute, sie hätten erst, nachdem sie den Film gesehen haben, überhaupt begriffen, daß das nicht nur Verbrecher waren, sondern daß die Leute auch Ideen und politische Ziele hatten. Genauso ist mir das nach dem Krieg gegangen, als ich gefragt habe, wie das mit dem Dritten Reich war. Ich habe von meinen Eltern und auch sonst sehr unbefriedigende Antworten bekommen: Verdrängungen, falsche Schuldzuweisungen. Die wirklichen Antworten habe ich nicht bekommen. Viel später mußte ich sie mir holen.

Herr Hauff, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die Diskussion, die nach zweiten Premiere angefangen hat, hat sich dann in der Presse widergespiegelt. Das finde ich einen ganz wichtigen Punkt, daß sich durch so einen Theatervorgang ein Thema anfängt, zu multiplizieren. Es geht auch nur schrittweise. Zuerst muß man in die Köpfe der Leute etwas hineinsetzen, daß sich da wieder Gedanken in Bewegung setzen.

Der Film wird aber nicht nur von der engeren Szene, sondern auch von großen Teilen der Linken kritisiert, z. B. auch den dem GRÜNEN MdB Ströbele.

Das kann ich verstehen, daß einer wie Ströbele das Buch kritisiert. Da kann ich nur sagen: Warum schreibt *er* keins? Ich fände das unheimlich gut, wenn das Buch da korrigiert würde, wo viele Linke und auch GRÜNE meinen, es müßte korrigiert werden.

Hat das Aufsehen um die Stammheim-Verfilmung politische Konsequenzen für Sie im Rahmen der Hamburger Kulturpolitik?

Kulturpolitik?

Politische Konsequenzen — das warten wir gelassen ab. Das ist das einfachste. Wir haben ein sehr gutes Gewissen bei der Geschichte, das erst einmal gemacht zu haben. Ich habe auch immer dem Aufsichtsrat vorgetragen, was wir da wollen. Wenn andere Leute ihr Süppchen darauf kochen wollen, dann werden wir ihnen die Flamme wieder abdrehen. Wenn es kommen soll, dann kommt es. Das kenne ich schon. Wenn einem da etwas nicht paßt, das macht man dann so formal. Man kann ja nicht gegen die Freiheit der Kunst sein. Ich bin lange genug Theaterdirektor. Ich kenne die Instrumente, wie man da regagiert.

Üblicherweise werden hierzulande interessante Filmprojekte inzwischen von Fernsehanstalten gesponsert. In Ihrem Fall lehnten die von Ihnen befragten Anstalten das ab. Sie haben stattdessen finanzielle Unterstützung durch die Filmförderung der Stadt Hamburg und durch die Hamburger Wirtschaft erhalten. Mußten Sie dafür Auflagen akzeptieren?

Wir mußten keine Auflagen akzeptieren. Das war ganz simpel. Reinhard Hauff hat gesagt, daß er die Filmförderung und die Wirtschaftsfilmförderung bekommen könnte. Er hat auch gesagt, daß das Thalia-Theater einsteigen möchte. Dann habe ich dem Reinhard Hauff aus Köln einen Brief geschrieben, ganz formlos: Das Thalia-Theater beabsichtigt, mit der Bioskop-Film von Reinhard Hauff im Zusammenhang mit einer theatralischen Veranstaltung was zu machen. Das war es, keinerlei Auflagen, nichts.

Welches Interesse könnte hinter der Finanzierung stehen?

Ich glaube, daß hinter der Finanzierung nur das Interesse steht, daß ein Film in Hamburg gedreht wird. Ich glaube, daß das ein ganz sachlicher Vorgang war. Ich glaube, man würde diese Leute überschätzen, die das machen, wenn man dächte, daß die irgendwelche agent-provokateur-Interessen hätten. Die haben nur ein Interesse: Daß die Filmindustrie in Hamburg Arbeit hat.

Der Film endet mit dem Satz: ,Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft ergaben Selbstmord.' Ist in dieser Formulierung, die hinter das zurückfällt, was sogar Teile der bürgerlichen Presse hierzu äußern, nicht doch ein Zugeständnis an die Finanziers des Films enthalten?

Ich könnte mir vorstellen, daß dieser letzte Satz eine ironische Qualität haben könnte. Ich denke, daß es so ist.

Stefan Aust, der ja auch das Drehbuch des Films verfaßt hat, äußerte (ua. in einem Gespräch im letzten AK), daß er Selbstmord der Gefangenen für wahrscheinlich halte. Vor diesem Hintergrund liegt es doch wohl nahe, den letzten Satz des Films eher als Bestätigung der staatlichen Selbstmordthese zu verstehen.

gung der staatlichen Selbstmordthese zu verstehen.

Das ist aber wirklich die alte Diskussion. Die hat Peter Schneider doch mit seinem Artikel ,Der Sand an Baaders Schuhen' 1978 im Kursbuch schlüssig beantwortet. Der Hauptpunkt ist:*daß* die Gefangenen tot in den Zellen lagen. Das ist der Punkt. Der Tod ist nicht durch BKA-Leute, Verfassungsschützer oder amerikanische Killerkommandos durchs Fenster eingestiegen. Das interessiert mich nicht. Mich interessiert, daß innerhalb der deutschen Justiz ein Prozeß geführt wird, der so geführt worden ist, daß den Leuten am Schluß vielleicht nichts anderes mehr übriggeblieben ist, als sich umzubringen. Oder man kann es auch anders sagen: Daß am Schluß eines solchen Prozesses vier Leichen da waren. Das finde ich den Punkt.

Was ist Ihrer Meinung nach zu tun?

Die jetzige Diskussion darf keine Eintagsfliege bleiben. Man muß fragen: Wie sieht es heute aus? Wie sieht der Justizapparat, wie sehen die Unterdrückungsmnechanismen heute aus? Daß die Leute heute darüber reden wollen, ist eine Ermutigung.

Herr Flimm, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Die Gespräche mit Christiane Ensslin, Jürgen Flimm und Reinhard Hauff führte Kai Ehlers, alias F.

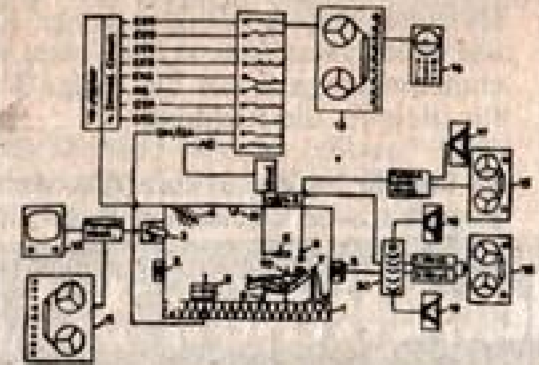
Isolationshaft wissenschaftlich erforscht

Der folgende Beitrag ist dem Buch ,,Reizentzug und Gehirnwäsche in der BRD", Verlag Libertäre Assoziation Hamburg, entnommen. Durch die Gegenüberstellung von Forschungs- und Hochsicherheitstraktsituation soll versucht werden, deutlich zu machen, daß Isolationshaft nicht einfach zufällig entstanden ist, sondern als Programm zum Zerbrechen der politischen Gefangenen entwickelt worden ist.
ga.

Definition von sensorischer und perzeptueller Deprivation

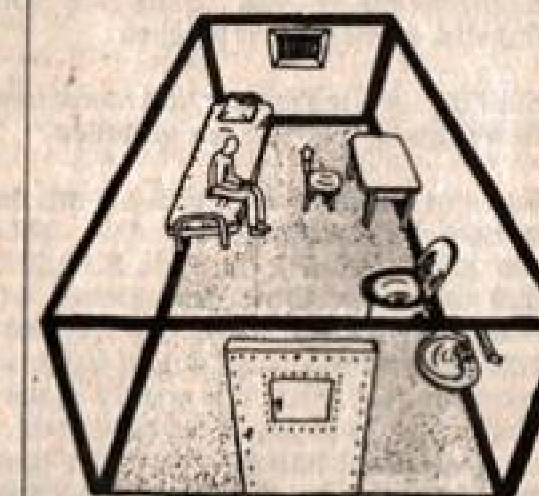
,,Man unterscheidet sensorische und perzeptuelle Deprivation. Unter sensorischer Deprivation werden Bedingungen verstanden, durch die sensorische Reize so stark wie möglich reduziert werden. Im Experiment geschieht dies am häufigsten, indem man die Versuchsperson in einen schalldichten, abgedunkelten Raum bringt. Bei der perzeptuellen Deprivation wird versucht, das Ausmaß von sensorischen Reizen auf normaler Höhe zu halten, ohne jedoch die Aufnahme von Informationen zu erlauben. Die Versuchsperson trägt also z.B. eine Milchglasbrille und ist irgendeinem konstanten Geräusch ausgesetzt. Jede der beiden Anordnungen ist geeignet, Veränderungen auf psychologischem und physiologischem Gebiet zu provozieren, wobei unter perzeptueller Deprivation eher schwerwiegendere Veränderungen auftreten.''
aus: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform.

Die Ausgangssituation bei den Experimenten zur sensorischen und perzeptuellen Deprivation (in der Folge: SD und PD) wird in den kursiv gedruckten Absätzen mit der Überschrift ,,Labor'' beschrieben.



Forschungslabor, in dessen Mittelpunkt eine camera silens

Forschungslabor, in dessen Mittelpunkt eine camera silens



Skizze einer Einzelhaftzelle

Die Ausgangssituation in den Hochsicherheitstrakten (HST) liest man in den normal gedruckten Absätzen.

Labor: *Die Forscher am Hamburger Sonderforschungsbereich 115 J. Gross, J.M. Burchard und P. Kempe beschreiben in ihrem Aufsatz ,,Sensorische Deprivation — eine spezielle Form der Verhaltensforschung'' den Versuchsaufbau für ihre Laborversuche mit der Camera silens:*
,,In der Mitte der schematischen Darstellung ist die camera silens mit der nur am Boden angedeuteten Auskleidung mit Silankeilen (1) (zur Schallisolierung, d.Verf.) zu sehen. Der ganze Raum ist als ,,Raum im Raum'' schwingungsfrei aufgehängt und kann unter Normalbedingungen völlig von Fremdgeräuschen isoliert bezeichnet werden.''

HST: ,,Ulrike Meinhof wurde vom 19.6.1972 bis zum 9.2.1973 und vom 21.12.1973 bis zum 3.1.1974 allein in der ,,stillen Abteilung'' des Gefängnisses in Köln-Ossendorf verwahrt. Diese geräuschisolierte Verwahrung wird in einem Brief des Anstaltsleiters Bücker vom 20.12.1972 an den Präsidenten des Justizvollzugsamtes Köln wie folgt beschrieben: Während die Untersuchungsgefangene Proll im Männertrakt der Untersuchungsabteilung zumindest akustisch an dem Leben in der Anstalt teilnehmen kann, ist die Gefangene Meinhof in ihrem Haftraum auch akustisch isoliert.''

,,Pkt.8. Die unmittelbar rechts und links und die unter und über der Zelle des U-Gefangenen Meins liegenden Zellen dürfen nicht mit Gefangenen belegt werden.''
(Aus einer 22-Punkte-Verfügung zu den Haftbedingungen von Holger Meins vom Anstaltsleiter der Haftanstalt Wittlich, 26. März 1973)

Die im Toten Trakt in Lübeck inhaftierten Frauen schreiben in einem Bericht vom 31.8.1979 über ihre Haftbedingungen:
,,was zu hören ist, registriert man als was besonderes; man kann es aufzählen. sonst hören wir außer uns und den geräuschen des überwachungssystems nichts.

Labor: *,,Auch die im Raum erzeugten Geräusche (z.B. Rascheln der Kleidung) werden so stark gedämpft, daß praktisch keine Reflexionen auftreten. Dieser Raum kann sekundär durch insgesamt 12 HiFi-Lautsprecher (2) in Rundumanordnung beschallt werden, die es erlauben mit ,white noise' und ,pink noise' die Bedingungen der perceptual deprivation herzustellen. In diesem Fall wird eine völlige Maskierung der durch Körperbewegung etc. hervorgerufenen akustischen Rückmeldungen erreicht.*

Anm. d. Verf.: white und pink noise sind Frequenzgemische, die es dem menschlichen Ohr unmöglich machen, Tonunterschiede festzustellen.

HST: Christine Kuby schreibt nach ihrer Verlegung aus Hamburg in den Toten Trakt von Lübeck in einem Brief vom 25.9.1979:
— Durch die Architektur des Trakts wird das, was wir in den Zellen sprechen, überlaut auf den Flur übertragen.
— Auf einer anderen Seite können wir uns kaum verstehen, wenn wir am Fenster miteinander reden, obwohl wir dicht aufeinandersitzen, weil unsere Stimmen entstellt und verzerrt sind.
— Die durch die Architektur bedingte Akustik hat 'ne desorientierende Wirkung: Man kann entweder nicht sagen, woher ein Geräusch kommt, oder man hört es seitenverkehrt: z.B. wenn eine von uns an die Wand klopft, weiß man nicht, ob es rechts oder links ist; wenn Brigitte in der Nebenzelle auf dem Boden turnt, höre ich es über mir; manche Geräusche aus meiner Zelle höre ich, als kämen sie von draußen usw.
— Es gibt keinen Geräuschhintergrund, was eine permanente Anspannung schafft. Durch die Stille nehmen wir jedes Geräusch wahr und registrieren es. Die Geräusche, die wir selbst produzieren, sind unnatürlich, und sie machen die Stille nicht erträglicher.''

selbst produzieren, sind unnatürlich, und sie machen die Stille nicht erträglicher.''

Labor: *,,Über diese Lautsprecherbatterie ist die Versuchsperson (Vp) durch den Untersucher jederzeit, auch ohne Unterbrechung derartiger Untersuchungsbedingungen ansprechbar (2. Verstärker) während ein hochempfindliches Richtmikrophon (6) alle Äußerungen der Vp über Lautsprecher nach außen leitet (17); diese werden gleichzeitig dort auf Tonband registriert (15).''*

HST: Aus dem Brief von Christine Kuby vom 25.9.1979:
,,Was ich am meisten wahrnehme, ist, daß alle lebensäußerungen in einem fast lückenlosen kontrollsystem laufen. Durch den zwiespalt, einerseits reden zu wollen, das andererseits aber nur unter völliger ausschnüffelung zu können, wird die situation pervertiert...
zu den überwachungssystemen:
— akustische überwachung: durch die prompten reaktionen der Bullen auf Gespräche von uns am fenster, im hof, in den zellen sind wir sicher, daß sie uns ständig abhören.''

Labor: *,,Während der Versuchsperiode kann die Vp über eine Infrarot-Fersehkamera (3) und Monitor (12) beobachtet werden, ohne daß für ihn die Ausleuchtung des Raumes durch die beiden Infrarot-Scheinwerfer (21) wahrnehmbar ist. Wie die Erfahrung zeigt, fühlen sich alle Vpn in der Kammer unbeobachtet, geben aber nachträglich fast immer die Zustimmung zur Auswertung ihrer auf Videorecorder (11) aufgezeichneten Verhaltensweisen.''*

HST: Christiqe Kuby aus Lübeck vom 25.9.1979:
,,— optische überwachung:
durch kameras im flur, im hof, am fenster
— vom flur durch die klappe in der tür bzw. den spion (weil es ein weitwinkel spion ist, kriegen wir nicht mit, ob einer durchguckt)
— durchs fenster von den ca. 20m entfernt liegenden häusern, in denen bullen wohnen, die hier im knast arbeiten.
Dadurch wird eine situation geschaffen, die ununterbrochene beobachtung möglich macht. Selbst nicht zu sehen, wann und wer uns beobachtet, aber gesehen werden. Es gibt keine ecke, wo du auch nur einen moment allein sein kannst.''

Die Lübecker Frauen aus der RAF, 31.8.1979:
,,... im Toten Trakt ist die Kamera in einem Kasten in Hüfthöhe verdeckt montiert. Im Hof, den niemand außer uns betritt, sind 7 Kameras verteilt, die den ganzen Bereich erfassen: eine zwischen Trakt und Innenmauer, die der Traktkomplex vom übrigen Knast trennt; vier Kameras entlang der Außenmauer; zwei im alten Trakt, die den Toten Trakt aufnehmen und die uns im Bild haben, wenn wir ans Fenster gehen. Die Monitore sind in der Zentrale und im Bullenwachraum, der im Winkel zu den beiden Trakts liegt.''

Karl-Heinz Dellwo aus Celle, 10.12.1978:
,,... der ganze trakt ist fernsehüberwacht und vollelektronisch ausgerüstet.''

Aus einer Presserklärung von RA Funke:
,,Die Zellen der Gefangenen selbst werden im HST nicht durch Kameras überwacht, sondern durch das Vollzugspersonal. Während der sog. Kontaktsperre 1977 wurden die Gefangenen mit der Begründung der Selbstmordgefahr Tag und Nacht in kürzesten Zeitabständen durch den Zellenspion überwacht (kontrolliert). Bei einigen Gefangenen geschah die Kontrolle sogar dadurch, daß die Zellentür geöffnet war und vor die geöffnete Tür ein Tisch gerückt wurde an dem im Schichtdienst ständig eine Beamtin saß, die jede Bewegung der Gefangenen verfolgte.''

Labor: *Während die Hamburger Camera silens bei den Versuchen zur sensorischen Deprivation total abgedunkelt war (d.h. Ausschalten der für die Augen bestimmten Reize), führte D.O. Hebb schon Anfang der 50er Jahre an der McGill University in Montreal Experimente zur perzeptuellen Deprivation durch. Er minderte das Sehvermögen mittels einer enganliegenden Milchglasbrille. Sonst war es den Versuchspersonen unmöglich, Konturen und Kontraste wahrzunehmen. Das Gehör wurde durch lautes Rauschen der Klimaanlage abgestumpft. Es war also nicht möglich, Geräusche aus der Umgebung auszuwerten.*

HST: ,,Über das dreifach vergitterte Fenster sind von außen zusätzlich Gitter angeschweißt und mit Fliegendraht bespannt, daß, weil 'ne Handbreit vom Auge entfernt und die Scheiben aus Milchglas sind, kein klarer Blick nach Draußen mehr möglich ist.'' (aus Irmgard Möller's Brief, Oktober 78)

Karl-Heinz Dellwo schreibt aus dem HST Celle am 10.12.1978:

Brief, Oktober 78)
Karl-Heinz Dellwo schreibt aus dem HST Celle am 10.12.1978:

,,Die ,Vielfältigkeit' unserer Wahrnehmungsmöglichkeiten liegt also in den unterschiedlichen Entfernungen, mit denen wir auf eine Betonmauer sehen können.''

,,Die Zellen entsprechen den Sicherheitsrichtlinien, die nach dem Stammheimer Untersuchungsausschuß festgelegt wurden: 3 weiße Betonwände, 1 pastellfarbene Wand, graue Stahltüren, Betonfußboden mit Spezialanstrich (PVC-gepritzt), keine Fußleisten. Neues Waschbecken und Klo, jeweils in einem Stück gegossen. Bis auf den vorstehenden Nagel — der, an dem der Spiegel hängt — sind die Wände glatt. Bücherregal und Pinnbrett sind mit Schrauben eingelassen.''

Bericht der vier Lübecker Frauen, Aug. 1979: ,,Im Trakt — und das ist das Wesentliche, wogegen wir hier kämpfen — gibt es keine Bewegung. Z.B. sehen wir aus den Fenstern auf 'ne weißgekalkte Mauer in 'ner Umgebung, die sich nicht verändert — in der also nie andere Gefangene Hofgang machen, sich bewegen, reden usw. Jeder von uns, der aus dem sensorischen Vakuum des Trakts kam (durch Verlegung nach Hamburg) hat die Erfahrung gemacht, daß es so ist als würde dir 'ne Haube vom Kopf gezogen — obwohl wir dort auf 'ner Sicherheitsstation innerhalb des Knastes genauso vollständig von den anderen Gefangenen isoliert waren, sie also nur von weitem sehen und hören können; sie sind da, im Unterschied zum Toten Trakt, wo nichts ist. D.h., die Anhaltspunkte, die ,gestern' von ,vorgestern' unterscheiden, gibt es hier nicht. Man kann die Monotonie in dem sozialen und senorischen Vakuum, das jede Spontaneität erdrückt, nicht beschreiben, nur feststellen und aufzählen, was nicht da ist.''

Die 'Wunder von Stammheim'

Lapidar vermeldet eine ,,Chronik der Bundesrepublik Deutschland'' im Abschnitt ,,Innere Sicherheit und Terrorismus'' unter dem Juni 1972: ,,Der Kern der Rote Armee Fraktion (RAF) wird festgenommen: Andreas Baader, Holger Meins, Jan-Carl Raspe am 1.6.72 in Frankfurt a.M.; am 7.6.72 Gudrun Ensslin in Hamburg und am 15.6.72 Ulrike Meinhof in Hannover.'' Fünf Jahre später ist keiner mehr von ihnen am Leben. Laut erwähnter Chronik ,,stirbt der Terrorist Holger Meins trotz Zwangsernährung an den Folgen seines Hungerstreiks in der Vollzugsanstalt Wittlich'' am 9.11.1974. In der Nacht vom 8. auf den 9.5.1976 ,,begeht Ulrike Meinhof in der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim Suizid durch Erhängen.'' Und am 18.10.1977 ,,begehen die zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilten Terroristen Baader, Raspe und Ensslin in Stuttgart-Stammheim Suizid; der Suizid-Versuch Irmgard Möllers mißlingt.'' Gelungen hingegen ist, was die Chronik nicht mehr verzeichnet, einen Monat später der ,,Selbstmord'' des RAF-Mitglieds Ingrid Schubert in der Männervollzugsanstalt München-Stadelheim. (Diese Aufzählung von in Haftanstalten verstorbenen politischen Gefangenen ist unvollständig)

Am 5. September 1977 wurde der Präsident des Arbeitgeberverbandes, zugleich Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hanns Martin Schleyer (SS-Mitgliedsnummer 227014) entführt. Sein Fahrer und der aus drei Polizisten bestehende Begleitschutz wurden erschossen. Mit Datum vom 6.9. fordert das ,,Kommando Siegfried Hausner. RAF'' (1) von der Bundesregierung im Austausch gegen Schleyer die Freilassung von elf politischen Gefangenen aus der RAF (darunter sämtlich die späteren Toten bzw. Schwerverletzten aus Stuttgart-Stammheim und München-Stadelheim).

Am 13.10 wird von der ,,Organisation für den Kampf gegen den Weltimperialismus'' die Lufthansa-Maschine ,,Landshut'' mit insgesamt 87 Insassen, Fluggäste und Besatzung, entführt. Die Flugzeugentführer schließen sich den Forderungen des ,,Kommando Siegfried Hausner. RAF'' an und verlangen zusätzlich u.a. die Freilassung zweier palästinensicher Gefangener, die in Istanbul inhaftiert sind. Am 18.10. wird die inzwischen auf dem Flughafen von Mogadischu (Somalia) gelandete Maschine von der bundesdeutschen GSG 9 gestürmt, alle Geiseln werden befreit und drei der Geiselnehmer getötet. In Stuttgart-Stammheim werden am Morgen desselben Tages Andreas Baader, Gudrun Ensslin tot, Jan Carl Raspe sterbend und Irmgard Möller schwerverletzt aufgefunden. Am 19.10. wird die Deutsche Presse-Agentur von der RAF informiert: ,,Wir haben nach 43 Tagen Hanns Martin Schleyers klägliche und korrupte Existenz beendet. Herr Schmidt, der in seinem Machtkalkül von Anfang an mit Schleyers Tod spekulierte, kann ihn (...) in Mülhausen (...) abholen.'' (2)

Kontaktsperre

Kontaktsperre

Unmittelbar nach der Entführung Schleyers in der Nacht vom 5. auf den 6. September, werden auf Anordnung des Generalbundesanwalts Rebmann bundesweit die Zellen von rund 80 politischen Gefangenen sowie das Anwaltsbüro Croissant/Müller/Newerla durchsucht.

Am späten Abend des 6.9. treten Bundeskabinett und der große Politische Beratungskreis (3) zusammen und beschließen nebst der Ablehnung der Forderungen der Entführer, ,,daß rechtliche Maßnahmen zur Unterbindung von Kontakten solcher Straf- und Untersuchungsgefangener, die wegen terroristischer Aktivitäten rechtskräftig verurteilt worden oder solcher Aktivitäten dringend verdächtig sind, in der gegenwärtigen Gefahrensituation vordringlich sind.'' (2)

Am nächsten Morgen, dem 7.9.77, veranlaßt der Bundesjustizminister über den Generalbundesanwalt die zuständigen Landesminister, ,,jegliche Kontakte inhaftierter Terroristen zur Außenwelt zu unterbinden, weil dies zur Abwehr einer gegenwärtigen Lebensgefahr geboten sei'' (2).

Das hieraus entstandene Kontaktsperregesetz (am 2.10.77 offiziell verabschiedet) wird vom 7.9. an praktisch durchgeführt: Bei 72 politischen Gefangenen wird ,,jedwede Verbindung untereinander und mit der Außenwelt einschließlich des schriftlichen und mündlichen Verkehrs mit dem Verteidiger'' unterbrochen (2). Der niederländische Karikaturist Opland kommentierte das Kontaktsperregesetz am 1.10.77 in der ,,Volkskrant'' mit einer Karikatur, in der dargestellt wird, wie der (seinerzeitige) Bundeskanzler Schmidt Justitia vergewaltigt.

Der ,,Stern'' (6.10.77) qualifizierte die ,,Kontaktsperre'' als ,,eine Praxis der Dritten Reiches''. Und der ,,Arbeiterkampf'' schrieb: ,,Heute kann jeder politische Gefangene *jederzeit* und auf *unbestimmte* Zeit außerhalb von jeglicher Kontrolle zum Freiwild von Staatsschutz, Gefängniswärtern usw. gemacht werden. Nichts, absolut NICHTS wird bei voller Anwendung des Gesetzes darüber nach außen dringen können; der Gefangene ist total isoliert, total interniert. Das ,Kontaktsperre-Gesetz' ist ein Internierungsgesetz, unter dessen Schutz politische Gefangene in der BRD heute tatsächlich auch physisch *vernichtet* werden können, ohne daß diese Vernichtung bekannt wird — ehe sie zum ,normalen Tod', zum ,Selbstmord' oder dergleichen umretuschiert wird.'' So veröffentlicht am 3.10.77 — zwei Wochen später hatten drei der Stammheimer Gefangenen ,,Selbstmord'' begangen, hatte eine vierte Gefangene ihren ,,Selbstmord''versuch gerade noch überlebt.

gen, hatte eine vierte Gefangene ihren ,,Selbstmord''versuch gerade noch überlebt.

Presse-Gleichschaltung

Am 8.9.1977 wendet sich der Chef des Bundespresse- und Informationsamtes, Klaus Bölling, an die Chefredakteure der westdeutschen Fernseh- und Rundfunkanstalten und der Presseagenturen: ,,Ich darf Sie aus Gründen, die ich Ihnen nicht weiter zu erläutern brauche, dringlich darum bitten, in Ihrer Berichterstattung nichts zu tun, was die Anstrengungen der Sicherheitsorgane des Bundes in irgendeiner Weise beeinträchtigen und dazu beitragen könnte, die Gefahrenlage zu verschärfen.'' (2)

Der Deutsche Presserat schließt sich noch am gleichen Tage dieser Aufforderung an und appelliert ,,an die Presse (...), bei der Berichterstattung Zurückhaltung zu üben'' (2). Bundespresseamt wie Presserat verweisen die Redaktionen darauf, sich in Zweifelsfällen vor einer Veröffentlichung'' mit dem Pressereferat des Bundesinnenministeriums in Verbindung zu setzen''. — Im Klartext: Es ging um die (größtenteils freiwillig vollzogene) Gleichschaltung der Presse, ihre unbedingte Unterordnung unter die Politik der in Permanenz tagenden ,,Krisenstäbe''. Im Windschatten dieser Gleichschaltung konnte das Kontaktsperregesetz durchgepeitscht werden; wurde erst nach dem Tod der Gefangenen in Stammheim bekannt, daß sie sich mit einem Hungerstreik gegen die Kontaktsperre zu wehren versucht hatten; konnte scheinbar widerspruchsfrei die Behauptung vom ,,Selbstmord'' der Gefangenen in der ganzen Republik verbreitet werden; und unterblieb die öffentliche Erörterung, ob Schleyer nicht, da er gegenüber seinen Entführern etwas zuviel über das Innenleben des bundesdeutschen Kapitalismus geplaudert haben soll, von der Bundesregierung fallengelassen worden ist (die entsprechenden Unterlagen sind auch heute noch top secret und nur in kleinen Bruchstücken an die Öffentlichkeit gelangt).

Mordhetze

Nicht unter das Gebot der ,,Zurückhaltung'' fiel jedoch in Presse und Fernsehen die veröffentlichte Meinung zu Vergeltungsmaßnahmen gegenüber den politischen Gefangenen. Am 12.9.77 ließ Walter Becker (CSU) wissen: ,,Bei weiterer Eskalation des Terrors sollte auch mit den Häftlingen in Stammheim kurzer Prozeß gemacht werden.'' (,,Spiegel'') Springers ,,Bild''-Zeitung veröffentlichte am gleichen Tage als ,,Bürgermeinung'': ,,Für jede Geisel sollte man zwei Terroristen erschießen.'' Heinz Kühn (SPD), Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, äußerte gegenüber der ,,Welt'' (14.9.): ,,Die Terroristen müssen wissen, daß die Tötung von Hanns Martin Schleyer auf das Schicksal der inhaftierten Gewalttäter, die sie mit ihrer schädlichen Tat befreien wollten, schwer zurückwirken müßte.'' Dr. Alfred Seidel (CSU) sinnierte in der ARD-Panorama-Sendung am 19.9. über die Wiedereinführung der Todesstrafe. Prof. Golo Mann sah am 17.10., unmittelbar vor den ,,Selbstmorden'', den Moment kommen, ,,in dem man jene wegen Mordes verurteilte Terroristen, die man in sicherem Gewahrsam hat, in Geiseln wird verwandeln müssen'' (ARD-Panorama). Der Leitartikler der ,,Frankfurter Allgemeinen Zeitung'' fragte in der Ausgabe vom 18.10.: ,,Wäre es nicht an der

meinen Zeitung'' fragte in der Ausgabe vom 18.10.: ,,Wäre es nicht an der

Zeit, über ein Notrecht gegen Terroristen nachzudenken?''

,,Selbstmord''

Die Leser dieses Leitartikels sannen noch am Frühstückstisch dieser Frage nach, als am Morgen des 18.10.1977 vier jener ,,Terroristen'' tot bzw. schwerverletzt aus ihren Zellen in Stuttgart Stammheim hinausgetragen wurden: Andreas Baader (erschossen), Gudrun Ennslin (erhängt), Jan Carl Raspe (angeschossen und sterbend), Irmgard Möller (mit lebensgefährlichen Stichverletzungen in der Brust).

Die Gefängniswärter ließen sich, nachdem sie um 7.41 Uhr den toten Andreas Baader entdeckt hatten, runde dreißig Minuten Zeit, bis sie auch die anderen Zellen öffneten und eine weitere Tote bzw. zwei Schwerverletzte vorfanden. Das war um 8.10 Uhr. Um 8.58 Uhr — es hatten noch keinerlei Untersuchungen stattgefunden — meldet die Deutsche Presseagentur: ,,die zu lebenslanger freiheitsstrafe verurteilten terroristen andreas baader und gudrun ennslin haben sich am dienstagmorgen in der vollzugsanstalt stuttgart-stammheim das leben genommen.'' (Jan Carl Raspe war zum Zeitpunkt der Meldung noch nicht gestroben) ,,dies teilte das baden-württembergische justizministerium mit.'' (2) Um 14 Uhr erklärt Regierungssprecher Bölling im Namen der Bundesregierung und aller Bundestagsparteien: ,,Sie (die Ereignisse in Stammheim) machen deutlich, daß Mitglieder einer terroristischen Vereinigung zur weiteren Verschärfung ihres fanatischen und mörderischen Kampfes gegen unseren Staat und seine Ordnung auch das Mittel der Selbstzerstörung eingesetzt haben.'' (2) Und um 20.15 läßt Bundespräsident Scheel das Fernsehpublikum wissen: Es war Selbstmord.

Indes stand die Mühe des Beweises für die Selbstmordbehauptung der Bundesregierung und den ihr nachgeordneten Instanzen noch bevor. Bundeskanzler Schmidt äußerte in der Regierungserklärung vom 20.10.77: ,,Uns ist es unvorstellbar, wieso es trotz des Kontaktsperregesetzes ... möglich war, daß dort Gefangene in den Besitz von Schußwaffen kommen konnten'' (2).

Wunder ...

Auf die bundesdeutsche Öffentlichkeit ging in den folgenden Wochen hernieder, was in (allerdings sehr, sehr klein gewordenen) kritischen Kreisen als die ,,Wunder von Stammheim'' bezeichnet wurde. Baader habe, wurde verlautbart, die Pistole in seinem Plattenspieler versteckt. Nun waren aber zu Beginn der Kontaktsperre Anfang September sämtliche elektrischen Geräte aus den Zellen der Gefangenen entfernt, von Spezialisten des Bundeskriminalamtes (BKA) untersucht und erst danach den Gefangenen (zum Teil) wieder zurückgegeben worden. Sollten die BKA-Beamten eine ausgewachsene Pistole in Baaders Plattenspieler übersehen haben?

Jan Carl Raspe habe seine Pistole hinter einer Fußbodenleiste in einer Mauerausspaarung versteckt, die, wie Fotos zeigen, voller losem Mörtel war. Allerdings wurden an der Pistole, mit der Raspe sich erschossen haben soll, auch bei mikroskopischen Untersuchungen keinerlei Mörtelanhaftungen entdeckt. Die Gefangenen, weiß das ,,Hamburger Abendblatt'' (22./23.10.77), ,,verfügten über eine komplette und intakte Kommandozen-

(22./23.10.77), ,,verfügten über eine komplette und intakte Kommandozen-

trale''.

Kurz nach den ,,Selbstmorden'' wurden in einer leerstehenden Zelle des 7. Stocks in Stammheim, in dem die Gefangenen aus der RAF untergebracht waren, 270 Gramm Sprengstoff gefunden. Die Gefangenen hätten jedoch damit gar nichts anfangen können, da keine Sprengkapseln dabei waren, um den Stoff zu zünden. Am 11.11. wird in einer anderen Zelle im 7. Stock wiederum Sprengstoff gefunden. Diesmal sind es rund 400 Gramm und die Sprengstoffkapseln liegen gleich dabei. Das zweite ,,gefundene'' Sprengstoffpaket war übrigens noch in der Originalverpackung.

Am 22. November wird wieder in einer anderen Zelle des 7. Stocks eine weitere Pistole nebst dazugehöriger Munition entdeckt. Sämtliche Zellen, also auch die, in denen im November das Sprengstoffpaket und die (mittlerweile dritte) Pistole gefunden wurden, waren bereits unmittelbar nach den ,,Selbstmorden'' gründlichst durchsucht worden. Sprengstoff und Pistole wurden erst jetzt *in* den Betonmauern gefunden. Anfang Januar 1979 kamen schließlich in einer Zelle erneut Sprengstoff und Patronen zu Tage, diesmal ,,unter dem Asphaltfußboden'' (,,Welt'', 5.1.), deutlicher: *im Gußasphalt* des Zellenfußbodens.

Die nächstliegende Frage, wie denn die Gefangenen in der ,,am besten bewachten Vollzugsanstalt in der Bundesrepublik'' ihr Waffen- und Sprengstofflager *in* den Betonmauern und *im* Gußasphalt haben verbergen und anschließend in ihren x-fach von BKA-Spezialisten durchsuchten Zellen haben wieder tarnen können, wurde von den Zeitungen, die über die ,,Wunder'' berichteten, nicht einmal gestellt.

Die Antwort für diese ,,Wunder'' liegt möglicherweise in der Zeit einige Monate vor den ,,Selbstmorden''. Im Mai/Juni 1977 wurde der gesamte ,,Terroristen''-Zellentrakt in Stammheim (einschließlich eines Teils der nichttragenden Wände) umgebaut, so daß die Annahme, daß bei dieser Gelegenheit die späteren ,,Funde'' gleichsam vorsorglich miteingebaut wurden, nicht so ohne weiteres zurückzuweisen ist, sofern dies nicht — als jederzeit nutzbare ,,Zeitbombe'' für die Inszenierung einer Provokation gegen die Gefangenen — nicht schon beim Bau von Stammheim, das in erster Linie als ,,Sonderanfertigung'' für die RAF errichtet worden war, geschehen ist. Aufgeklärt sind diese ,,Wunder''-Funde (von denen wir nur die wichtigeren aufgezählt haben) bis auf den heutigen Tag nicht, und sie werden schwerlich noch aufgeklärt werden können. Das badenwürttembergische Justizministerium gab nämlich im November 1977 die Anweisung, daß alle nichttragenden Wände im 7. Stock abzureißen, von allen tragenden Wänden der Putz abzustemmen und alle Fußböden aufzureißen seien. Dies gab einerseits Gelegenheit zu weiteren ,,Wunder''-Funden und sorgte andererseits für die Pulverisierung von Spuren und Beweisen einer etwaigen ,,vorsorglichen'' Plazierung des Waffenlagers. Aufgrund der bei den Toten gefundenen Waffen und erst recht aufgrund der weiteren ,,Funde'' war nun allerdings eindringlich die Frage zu beantworten, wie denn Pistolen, Munition, Sprengstoff etc.pp. in jene ,,am besten bewachte Vollzugsanstalt'' gelangt sind.

... über Wunder

Im Januar 1978 trat der Generalbundesanwalt Rebmann vor den Ausschuß zur Untersuchung der Vorgänge in Stammheim. Er erklärte,

Generalbundesanwalt Rebmann vor den Ausschuß zur Untersuchung der Vorgänge in Stammheim. Er erklärte,

die Anwälte der Gefangenen hätten während des Prozesses gegen Baader, Raspe und Ensslin die Pistolen in den Handakten, den Sprengstoff in der Unterhose eingeschleust. Mit dieser, gleichwohl vom Untersuchungsausschuß angenommenen und den Medien willig kolportierten Darstellung waren allerdings nur neue Fragen entstanden.

Wie konnten die Anwälte, und zwar ausgerechnet die Anwälte Müller und Newerla, die nur ausnahmsweise bei den Angeklagten im Gerichtssaal waren, in ihren Handakten Waffen etc. einschleusen, wo sämtliche mitgeführten Gegenstände mit einer Metallsonde abgespürt wurden, die schon bei einer Büroklammer in der Hosentasche anschlug? Wie konnten Waffen in den Handakten versteckt werden, wo die

Fortsetzung nächste Seite



Zwei Gesichter des ,,Deutschen Herbstes''. Links: Beim Begräbnis H.M. Schleyers. Rechts: Beim Begräbnis von Gudrun Ensslin, Andreas Baader, Jan-Carl Raspe.

(Fotos: Angela Neuke)



Fortsetzung von vorheriger Seite

wachhabenden Beamten stets auch die Akten durchblätterten? Wie konnte einer der Anwälte ein 400 Gramm schweres Sprengstoffpaket (in Originalverpackung!) mit den Abmessungen von 21 mal 4 mal 2 Zentimetern erst in der Unterhose verbergen, dann im Gerichtssaal die Hose öffnen, das Paket rausholen, den Gefangenen rübergeben, sodann die Hose wieder schließen? Wie hätten die Gefangenen, die sowohl vor wie nach Betreten des Gerichtssaals bis in die letzte Körperöffnung durchsucht wurden, Pistolen und Sprengstoff in ihre Zellen schmuggeln können? Und wieso waren gerade in den Zellen, in denen Baader und Raspe „Selbstmord" begingen, auch gleich passend die Waffen versteckt, wo die Gefangenen sämtlich und mehrmals von einer in die andere Zelle verlegt wurden? Sind sie (wie Dario Fo pantomimend mutmaßte) mit Kommandozentrale, Sprengstoff, Waffen, Stemmeisen und Betonmischer von Zelle zu Zelle gezogen, um überall und sofort neue Verstecke in Wänden und Fußböden anzulegen? Und die Gefängniswärter haben — „Prost, Baader! Zum Wohl, Frau Ensslin" — Bier geholt?

Prozeß gegen Zweifler

Im März 1978 schloß der baden-württembergische Ausschuß zur Untersuchung der Ereignisse in Stammheim die Akten: „Fremdeinwirkung" beim Tod der Gefangenen sei auszuschließen. Einen Monat später folgte die Einstellung der staatsanwaltlichen Ermittlung wegen der „Selbstmorde": Es sei „nicht zweifelhaft, daß sich die Gefangenen selbst getötet bzw. verletzt haben".

Wenn auch der allergrößte Teil der westdeutschen Bevölkerung, seit Jahren in der „Terroristen"-Frage gezielt verdummt und verhetzt, den Tod der Gefangenen aus der RAF desinteressiert, wo nicht gar befriedigt zur Kenntnis genommen hatte, so waren kritische Stimmen und waren Zweifel an der „Selbstmord"-These des Staates doch nicht völlig ausgeblieben.

Der Arbeiterkampf hatte akribisch die haarsträubenden „Wunder", die Widersprüche bei den Untersuchungen und die Vertuschungsversuche verzeichnet und immer wieder massiven Zweifel angemeldet, ohne jedoch zu behaupten, die Gefangenen seien ermordet worden. Die publizierten Zweifel genügten jedoch der Staatsanwaltschaft, den damaligen presserechtlich Verantwortlichen des Arbeiterkampf, Kai Ehlers anzuklagen, er habe „die
Verantwortlichen des Arbeiterkampf, Kai Ehlers anzuklagen, er habe „die
Bundesrepublik Deutschland oder ihre verfassungsmäßige Ordnung verunglimpft". Als „Überführungsstücke" hatte die Staatsanwaltschaft neben zwei inkriminierten Arbeiterkampf-Artikeln die Einstellungsverfügung der Stuttgarter Staatsanwaltschaft vorgelegt. Mit dieser Verfügung vom 18. April 1978 — es sei „nicht zweifelhaft", daß die Gefangenen Selbstmord begangen hätten — sollte bewiesen werden, daß die vom Arbeiterkampf Monate zuvor (im November 1977 bzw. März 1978) geäußerten Zweifel an der „Selbstmord"-These den BRD-Staat „verunglimpfen". (5)

Die Verteidiger von Kai Ehlers, die Anwälte Hans-Heinz Heldmann und Hartmut Scharmer, forderten die Beiziehung der Akten der Stuttgarter Staatsanwaltschaft. Aus ihnen werde sich „ergeben, daß der Staatsanwaltschaft Stuttgart zum Zeitpunkt ihrer Einstellungsverfügung die Gutachten der amtlich bestellten Sachverständigen nur teilweise vorgelegen haben; daß mit der Einstellungsverfügung weitere Gutachten unberücksichtigt geblieben sind; daß insgesamt die Einstellungsverfügung vom 18.4.1978 der Aktenlage nicht entspricht". (6)

In der Antragsbegründung verwies Heldmann auf die eklatanten Unstimmigkeiten, Mängel und Fehler der Einstellungsverfügung.

Unbeantwortete Fragen

• In der Einstellungsverfügung wird behauptet, auch die hinzugezogenen ausländischen Gerichtsmediziner hätten gegen das Untersuchungsergebnis keine Einwendungen erhoben. Prof. Dr. med. Holczabek (Wien) hatte sich jedoch — so Heldmann — „während der Zellenbesichtigungen ausdrücklich, wiederholt und immer wieder" dem Vorgehen widersetzt, das darin bestehe, nur noch das vorgegebene Ergebnis — „Selbstmord" — nachzuweisen. Er habe schließlich, „als er (...) gesehen und gehört hat, wie völlig fruchtlos seine Einwendungen und seine Appelle an seine Kollegen waren, (...) seine Teilnahme an dieser Veranstaltung aufgegeben".

• Die Staatsanwaltschaft gibt als Motiv für die Selbsttötung der Gefangenen an deren Verzweiflung über das Scheitern der Flugzeugentführung in Mogadischu. Dieses Motiv wäre aber nur dann denkbar, wenn sich die Gefangenen nach 0.40 Uhr umgebracht hätten, da erst zu diesem Zeitpunkt die erste Radio-Meldung über die Aktion der GSG 9 in Mogadischu gebracht wurde. Der Todeszeitpunkt ist aber ungeklärt geblieben, da „die Untersuchungsbehörde die Untersuchung von supravitalen Reaktionen (7) der Leichen dem leitenden Experten verboten" hätte. Die deutschen Gutachter geben nun als frühesten Todeszeitpunkt 0.15 Uhr an, die ausländischen Gutachter jedoch „vor Mitternacht oder um Mitternacht herum". Träfe die Auffassung der ausländischen Gutachter zu, entfiele das von der Staatsanwaltschaft unterstellte Motiv zum „Selbstmord".

• Ungeklärt blieb, wie Baader sich erschossen hat. Nach Aussagen der Gerichtsmediziner habe er die Pistole umgekehrt und mit beiden Händen gehalten. Der kriminaltechnischen Untersuchung zufolge habe er jedoch die Waffe mit dem Griff nach unten gehalten und mit der rechten Hand abgefeuert.

• Baader soll sich mit einem Genickschuß getötet haben. Ein Vergleichsschußgutachten des Bundeskriminalamts kommt zu dem Ergebnis, daß der tödliche Schuß Baader aus einer Entfernung von 30-40 cm getroffen haben muß. „Und damit", so Heldmann, „ist allerdings gewiß die Konstruktion mit diesem Pistolensuizid absolut ausgeschlossen, denn 30-40 cm kann auch ein Akrobat die siebzehn Zentimeter lange Waffe nicht hinter sich halten, um diesen sauberen Genickschuß vorzunehmen". Hingegen läßt die vom BKA angenommene Entfernung zwischen Mündungsausgang und Baaders Hinterkopf sowie der Umstand, daß am Einschußkanal nur sehr geringe Schmauchspuren und keine Sengspuren an Haaren und Haut nachgewiesen wurden, auf die Verwendung eines aufgesetzten Schalldämpfers schließen — der aber bei Baaders Leiche nicht aufgefunden wurde.

Verlorengegangene Beweismittel

• Als „Spur 6" wurde ein Einschußloch in Baaders Zelle bezeichnet, in dessen Umgebung „Blut oder Gewebeteile" gefunden wurden. Die Gerichtsmediziner vertreten, daß das tödliche Geschoß den Schädel durchschlagen habe, auf die gegenüberliegende Wand geprallt und dann auf seine Position,
habe, auf die gegenüberliegende Wand geprallt und dann auf seine Position,
rechts neben der Leiche, gelangt sei. Die Spurenauswertung der Kriminalpolizei hingegen besagt: „Das tödliche Geschoß drang nur noch mit schwacher Restenergie aus dem Schädel und blieb im unmittelbaren Bereich der Leiche liegen." Was aber hat dann die Einschußspur mit „Blut oder Gewebeteilen" zu besagen? Es wird sich nicht mehr klären lassen, denn die „Spur 6", die nach Aussage eines Kriminalbeamten am 18.10.77 Prof. Rauschke übergeben wurde, hat Rauschke, wie er am 19.1.81 erklärte, nicht erhalten.

• Nach Aussage der Gefängnisbeamten, die Raspe nach der Zellenöffnung zuerst gesehen haben, lag die Pistole *in* dessen rechter Hand. Heldmann wies daraufhin, was in jedem Lehrbuch der Gerichtsmedizin nachzulesen sei: „wenn jemand daran interessiert ist, eine Tötung durch eine Schußwaffe als Selbsttötung erscheinen zu lassen, gibt man dem Opfer dann anschließend die Schußwaffe in die Hand". Raspe hielt eine 9-mm-Waffe in der Hand, deren Aufprallgeschwindigkeit und die damit einhergehende Schockwirkung unmittelbar zum Fallenlassen der Waffe führt und es, so Heldmann, danach „ausgeschlossen ... erscheinen (muß), daß die Waffe *in* der Hand geblieben ist". In der Einstellungsverfügung wird auf die Zeugenaussagen nicht eingegangen und von einer „neben ihm (Raspe) aufgefundenen Pistole" gesprochen.

Unterbliebene Untersuchungen

• Gudrun Ensslin brauchte, um sich am Zellengitter erhängen zu können, einen Stuhls. Heldmann: „Die Tatzeugen von der Zeit der Entdeckung dieses Todesfalles sprechen durchgehend *nicht* von einem Stuhl (...) der Stuhl taucht erst am Nachmittag auf (...) Wäre aber (...) in dieser Aufhängesituation der Stuhl nicht dagewesen, denn wäre dieses Aufhängen als Suizid auszuschließen."

• Als dann am Nachmittag der östereichische Gutachter Prof. Holczabek wünscht, daß der Stuhl im Bereich der Leiche stehenbleiben solle, bestimmt der Stuttgarter Gerichtsmediziner Rauschke, der Stuhl sei zwecks Untersuchung zu entfernen. Eine Untersuchung dieses Stuhles auf Spuren hat jedoch nicht stattgefunden.

• Beim Versuch, Gudrun Ensslin aus ihrer ursprünglichen Lage abzuhängen, rissen die Kabel an der Stelle, an der sie am Fenstergitter der Zelle befestigt waren. Und dieses Kabel, fragte Heldmann, soll die Belastungen ausgehalten haben, die während des Aufhängens und der Todeszuckungen entstanden sind? Und was ist der Ursprung der acht Verletzungen an Gudrun Ensslins Körper, die mit dem Vorgang der Erhängung nichts zu tun haben können? Warum ist kein Histamintest durchgeführt worden, aufgrund dessen erkannt werden kann, ob eine Strangmarke vital oder postmortal entstanden ist? Wieso ist nicht überprüft worden, ob die Kabelenden, die in Gudrun Ensslins Zelle gefunden wurden, mit dem Kabel übereinstimmen, in dem hängend sie aufgefunden wurde? Wieso ist die Schere, mit der sie das Kabel abgeschnitten haben soll, nicht auf anhaftende Materialspuren untersucht worden?

• Für eine Betäubung der Gefangenen vor ihrem Tod, behauptet die Stuttgarter Staatsanwaltschaft, seien keine Anhaltspunkte gefunden worden. Zwei der Gutachter wiesen jedoch explizit daraufhin, daß mit den angewandten Methoden nicht mit Sicherheit alle toxikologischen Stoffe erfaßt werden konnten.

• Der Neuropathologe Prof. Schneider stellte übereinstimmend bei allen drei Leichen „gewisse Veränderungen in den Gehirnen" fest: „Mit Wahrscheinlichkeit handelt es sich hier um Begleiterscheinungen einer möglicherweise bereits im Abklingen befindlichen Infektion. Diese Veränderungen erreichen nicht einen Grad, der die Diagnose einer Enzephalitis rechtfertigen würde." (Die gleiche Feststellung wurde übrigens schon am Gehirn der geselbstmordeten Ulrike Meinhof gemacht). Zu diesem Untersuchungsergebnis,

Fortsetzung nächste Seite

Ausländische Presse: ''Es war Mord!''

Während die „Selbstmord"-Behauptung des BRD-Staates vom allergrößten Teil der westdeutschen Presse und der Öffentlichkeit bis weit hinein in die Linke gläubig aufgenommen wurde, wurden in der ausländischen Presse und Öffentlichkeit stärkste Zweifel laut bis hin zur unverblümten Feststellung: „Es war Mord".

— Die italienische Linke veröffentlichte einen Appell, der von zahlreichen Tageszeitungen übernommen wurde. In diesem Appell heißt es u.a.: „Wir haben es mit einem Mord an eingesperrten und wehrlosen Männern und Frauen zu tun oder — was für einen Staat noch schlimmer wäre — mit einer bewußten Anstiftung zum Selbstmord. Wir haben es zu tun mit einer ‚Endlösung', mit einer Vernichtungsaktion." Dieser Appell wurde von rund 1.000 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterschrieben, darunter auch Jean Paul Sartre und Simone de Bauvoir. (il manifesto, 19.10.77)

— Die griechische Panhellenische Sozialistische Bewegung (PASOK) forderte: „Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat nicht nur die Pflicht, Erklärungen beizubringen, sondern auch der ganzen Menschheit Beweise vorzulegen, daß die Mitglieder der Organisation Baader-Meinhof nicht von Organen ihres Staates exekutiert worden sind."

— Die griechische linkssozialdemokratische „Initiative für Demokratie und Sozialismus" schrieb: „Die Todesumstände der politischen Gefangenen ... führen uns griechische Demokraten zu der Überzeugung, daß es sich um organisierten politischen Mord hendelt." Diese Erklärung wurde u.a. vom Präsidenten des Rechtsanwältevereins, Evangjelos Jannopoulos, mitunterzeichnet.

— Der amerikanische Autor Thomas G. Buchanan schrieb in „Le Monde": „Was die Baader-Gruppe betrifft, sind zwei Hypothesen möglich: Entweder sind sie von ihren Wärtern beiseitegeschafft worden ... oder sie haben sich dank der Komplicenschaft eines Teils ihrer Wärter ... mit Waffen und Kommuniskationsmitteln ausgerüstet. Was völlig ausgeschlossen ist, ist die Hypothese eines Selbstmordes ohne solche Komplicenschaft." (25.10.77)

— Die Anwaltskammer der USA bezeichnete es als „absurd ..., daß Pistolen und Messer in die Zellen hätten eingeschmuggelt werden können." (Hessischer Rundfunk, 28.10.77)

— „Le Monde" (21.10.77), Frankreich, fragt: „Und was ist mit Baader? Wie konnte er sich durch einen Genickschuß umbringen? Das ist alles sehr verwirrend."

— In der griechischen „Eleftherotipia" (25.10.77) war zu lesen: „In Westdeutschland ...schlagen seit dem vergangenen Dienstag dämonisch die Warnglocken eines neuen, unmenschlichen und bestialischen Faschismus."

— „Dagens Nyheter", Schweden, stellt fest: „Die Behörden sprachen von Selbstmord, ohne auch nur die geringsten kriminaltechnischen Untersuchungen gemacht zu haben."

— Das dänische „Ekstra Bladet" (20.10.77) formuliert: „Ein peinlicher Gestank von unbeantworteten Fragen schwebt über der Stadt und über den Leichen im Stammheim-Gefängnis ... Die Umstände um die drei Selbstmorde in Stammheim lassen es mehr als berechtigt erscheinen, sich an gewisse Ereignisse im Nazi-Deutschland der 30er Jahre zu erinnern.

— Und Nico Haasbroek, seinerzeit Korrespondent in Bonn, schrieb in der niederländischen „Haagse Post" (29.10.77): „Für Revolutionäre (...) ist Selbstmord das allerletzte Mittel. Wenn dort soviel Waffen und Sprengstoff vorhanden waren, dann würde es eher auf der Hand gelegen haben, erst zu fliehen zu versuchen. Oder um einen Feind (einen Vertreter des Staates) zu ermorden." Daß die Anwälte der Gefangenen das Waffenarsenal in die Zellen geschmuggelt haben können „hat eher mit bösartiger Suggestion zu tun als mit der Wirklichkeit. Dazu gab es viel zu scharfe Kontrollen ... Die Möglichkeit ist größer, daß die Waffen über einen anderen Weg hereingelotst worden sind ... Ich habe die Vermutung, daß die eine oder andere Kraft den Mord auf dem Gewissen hat (am wahrscheinlichsten ist in der Tat eine Geheimdienstorganisation wobei an den Bundesnachrichtendienst und die Möglichkeit der Beeinflussung durch ein Organ wie den CIA zu denken ist). Diese Organisation kann zum Mord angestiftet bzw. den Mord ausgeführt haben ... Natürlich hat man auch alles Interesse daran, den Mord so zu inszenieren, daß es nach Selbstmord aussieht ... Es ist ebenso verständlich, daß man eine beschränkt unabhängige Untersuchung nur zugesteht, wenn man sicher ist, daß dies zu keinem anderen Schluß als Selbstmord führen kann.

Selbstmord an Ingrid Schubert

Ingrid Schubert, seit Oktober 1970 inhaftiert, wurde am 18.8.1977 von Stuttgart-Stammheim nach München-Stadelheim verlegt. Einen Monat nach den Todesfällen in Stammheim, am 12.11.1977, war auch Ingrid Schubert an „Selbstmord" verstorben.

Am Nachmittag des 12.11.1977 war Ingrid Schubert aus einer Zelle der Krankenabteilung ohne ärztliche Untersuchung in eine Zelle der Zugangsabteilung verlegt worden. Die zuständige Ärztin, Obermedizinalrätin Dr. Lange, ordnete „eine Kontrolle in 30-60 minütigem unregelmäßigem Abstand" an. Die letzte Kontrolle erfolgte um 18.00 Uhr, die nächste erst um 19.10 Uhr — zu diesem Zeitpunkt war Ingrid Schubert bereits tot.

— Übereinstimmend berichteten sowohl die Anwälte Ingrid Schuberts wie die zuständige Ärztin Dr. Lange, daß bei Ingrid Schubert keine Selbsttötungsabsicht vorlag.

— Ingrid Schubert konnte erwarten, in etwa zwei Jahren, 1979, entlassen zu werden.

— Kurz vor ihrem Tode erklärte sie noch Ärzten und Schwestern, daß sie Antrag auf Verlegung in ein anderes Gefängnis gestellt und Hoffnung habe, dorthin zu kommen.

— Herkunft und Zeitpunkt der Herstellung des Strangulationswerkzeuges sind unzureichend geklärt: An den von Ingrid Schubert getragenen Kleidern wurden keine Baumwollbruchstücke entdeckt, wie sie beim Zerreißen des Bettlakens und Herstellung des Seiles hätten entstehen müssen. Es wurde nicht untersucht, ob die Streifen direkt voneinander abgerissen wurden; es wurde ebensowenig festgestellt, ob die Streifen, die keine passenden Abrißstellen zueinander und zum vorgelegten Bettlaken aufwiesen, von ein und demselben Bettlaken stammten.

Die Münchener Staatsanwaltschaft stellte ohne Klärung dieser Fragen und Unstimmigkeiten am 14.2.78 die Ermittlungen ein und gab als Ergebnis der Ermittlungen aus, was schon am Todestage von Ingrid Schubert behauptet worden war: „Selbstmord".











Der „Deutsche Herbst" im „Spiegel" des Jahres: Staatsjournalismus gegen die vorgebliche Herausforderung des Terrorismus und für eine nationale Aktion.

„BILD" unterschied sich hiervon nur durch Plumpheit des Stils und tägliches Erscheinen.

(„Spiegel"-Titel — von oben nach unten — vom 12.9., 19.9., 3.10., 24.10. und 7.11.1977)

Fortsetzung von vorheriger Seite

kommentierte Heldmann, „kann einem einfallen, daß es möglich ist, wie wir aus den CIA-Reports wissen (...), die Vitamin-B-Aufnahme durch den Körper völlig zu unterbinden, was zur Folge hat, daß Gehirnschäden entstehen, die ähnlich dem Erscheinungsbild einer Enzephalitis dem Neuropathologen erscheinen."

***

Als am Morgen des 18.10.1977 zwei Tote, ein Sterbender und eine Schwerverletzte aufgefunden wurden, da war es für Kriminaloberrat Textor, den Chef der „Sonderkommission Stammheim", sofort klar: „Das ist Selbstmord." Drei Jahre später, im Herbst 1980, wurde von der Zeitschrift „Stern" mit den nach wie vor offenen Fragen, Widersprüchen und wundersamen Funden konfrontiert und nach einer Wiederaufnahme des Falles befragt. Textor, sehr deutsch: „Die Staatsanwaltschaft — die objektivste Behörde der Welt — hat das Verfahren eingestellt. Damit ist der Fall ein für allemal abgeschlossen, und damit basta."

K., Hamburg

Quellen:
— Arbeiterkampf, Ausgaben Nr. 117-125, (Hamburg, 1977/78)
— Die „Wunder von Stammheim" vor Gericht — Wir glauben immer noch nicht an Selbstmord! (Hamburg, 1979)
— Arbeitsmaterial zum Prozeß gegen die „Wunder von Stammheim" (Hamburg, 1979)
— „Stern" Nr. 45/1980)
— Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht (Amsterdam, 1983)
— Presse- u Informationsamt der Bundesregierung (Hg.), Dokumentation zu den Ereignissen und Entscheidungen im Zusammenhang mit der Entführung von Hanns Martin Schleyer und der Lufthansa-Maschine Landshut (Bonn, 1977)

Anmerkungen:
(1) Siegfried Hausner starb infolge von „medizinischen Komplikationen" nach der Besetzung der deutschen Botschaft in Stockholm 1975. Sein Anwalt Croissant erstattete Anzeige wegen „Verdacht eines Verbrechens der vorsätzlichen Tötung durch die Verantwortlichen der Staatsschutzbehörden". Die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wurde von der Staatsanwaltschaft abgelehnt.
(2) Dokumentation der Bundesregierung (s.Quellen)
(3) Im Zusammenhang der Schleyer-Entführung wurden von der Bundesregierung eine Anzahl von Sondergremien geschaffen, die keinerlei verfassungsmäßige Grundlage hatten und sich jeder öffentlichen Kontrolle entzogen. Wie später von „Spiegel" und „Stern" enthüllt, wurden in diesen Gremien auch Planspiele zur Liquidierung der Gefangenen durchgeführt.
(4) Vorwand der Kontaktsperre war die Behauptung, daß die politischen Gefangenen vom Gefängnis aus und über ihre Verteidiger „terroristische Aktionen" befehlen und koordinieren würden.
(5) Der Prozeß gegen Kai Ehlers wurde, obwohl von vornherein eine größere Anzahl von Verhandlungstagen festgelegt worden war, nach einem halben Tag, und zwar nach dem Vortrag seines Verteidigers Heldmann, auf Antrag der Statsanwaltschaft eingestellt. Gegen Kai Ehlers nämlich lief zur gleichen Zeit noch eine Anklage wegen Beleidigung von Strauß, dessen Name im „Arbeiterkampf" mit SS (StrauSS) geschrieben worden war. Gegenüber dieser „Beleidigung" von Strauß, konstruierte die Staatsanwaltschaft, sei die im jetzigen Prozeß zur Rede stehende Anklage — „Verunglimpfung der Bundesrepublik Deutschland" — als „Unwesentliche Nebenstraftat" (StPO § 154) anzusehen. Gegen diesen Antrag der Statsanwaltschaft unter Berufung auf den § 154 gibt es für die Verteidigung keine Rechtsmittel.
(6) Die Auseinandersetzung Heldmanns mit der Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft Stuttgart wird hier nur in wenigen kurzen Ausschnitten wiedergegeben.
(7) Die Untersuchung supravitaler Reaktionen dient der näheren Bestimmung des Todeszeitpunktes, es handelt sich u.a. um Blutgerinnungszustände, Muskelerregbarkeit und Pupillenreaktionen an der Leiche.



„Scheiße — er hat sich umgebracht!"

(Aus: Libération, Supplement à Libération No. 1180, Herbst77)

Die 'Nachrichtensperre' oder 'Alle gemeinsam für diesen Staat'

Eine der ersten Maßnahmen des nach der Schleyerentführung eingerichteten „Krisenstabes" bestand darin, die Medien in die Strategie der Entführerfahndung mit einzubeziehen. Den Entführern sollte — anders als bei der Lorenz-Entführung 1975 — die Möglichkeit entzogen werden, die Medien zu ihrem Vorteil zu nutzen. Ebenso sollte erreicht werden, daß die „Anstrengungen der Sicherheitsorgane des Bundes" nicht in „irgendeiner Weise beeinträchtigt" würden. (1)

Der damalige Chef des Bundespresseamtes, Klaus Bölling, bat darum am 8.9.77 in einem Rundschreiben an alle Chefredakteure von Presse, Rundfunk und Fernsehen, sich mit dem Pressereferat des Bundesinnenministeriums „in Verbindung zu setzen", bevor sie Nachrichten, die „tatsächlich oder dem Anschein nach von den Terroristen oder ihren Helfern stammen", in der Berichterstattung verwenden. (1) Der Deutsche Presserat unterstützte diese Aufforderung in einem Appel vom 8. September 77 vorbehaltlos und forderte die Redaktionen auf, die Maßnahmen der Polizei- und Sicherheitskräfte zu unterstützen. (2)

Die dann praktizierte Mediengleichschaltung ermöglichte u.a. das reibungslose Durchpeitschen des Kontaktsperre-Gesetzes. Eine öffentliche Auseinandersetzung unterblieb. Zu den „Selbstmorden" in Stammheim erschienen in fast allen Medien Berichte mit dem gleichen Grundtenor, als ob sie vom BKA- und Bundespresseamt geschrieben worden wären. Diese Gleichschaltung ermöglichte den Sicherheitsbehörden eine gezielte Veröffentlichungspraxis.

Nach dem Tode Schleyers stellten sich die gesamten Medien, mit Ausnahme einiger linker und linksradikaler Zeitungen, direkt in den Dienst der Großfahndung. Kostenlose Großanzeigen des BKA wurden in der Tagespresse veröffentlicht. Fahndungsfilme wuren „wie auf Knopfdruck" bei ARD und ZDF gesendet.

Im Mai 78 bekräftigte Klaus Bölling, daß es auch in Zukunft notwendig sein werde, in „künftigen Situationen Nachrichten mindestens zeitweilig nicht zu veröffentlichen." Dabei müsse die bei der Scheyerentführung praktizierte Form der Zusammenarbeit verbessert werden. Den bloßen Aufruf zu „freiwilliger Zurückhaltung" hielt Bölling für ein „verbrauchtes Instrument". Er schug stattdessen die Einrichtung eines „Kontaktgremiums" vor, dessen Aufgabe es sein sollte, „in nicht mililitärischen Krisenfällen eine verantwortungsvolle Zusammenarbeit zwischen den Medien, der Bundesregierung und dem Fahndungsapparat" herzustellen. Die „Überwindung des Terrorismus" sei ja nicht „Sache des Staates allein". (3)

Die Journalistenverbände DJU und DJV lehnten ein solches spezielles Gremium ab, da es die Journalisten in den „Geruch der Komplizenschaft" bringe.

Gleichzeitig wurde aber fast ausnahmslos bekräftigt, daß die von den Medien wähend der Schleyer-Entführung „geübte Selbstdisziplin deutlich gemacht" habe, daß „die Presse ihre Eigenverantwortung in Fragen der Berichterstattung, die auch übergeordnete Gesichtspunkte berühren" sehr wohl wahrnehme. (4)

Was die weitgehende ideologische Unterordnung der Journalisten der staatsbejahenden Medien unter die „Sicherheitsinteressen" dieses Staates, speziell des „Antiterrorismus", angeht, konnten die Herrschenden in diesem Lande einen wichtigen Erfolg für sich verbuchen. Sogar der in anderen politischen Fragen durchaus liberale frühere Chefredakteur der Frankfurter Rundschau, Holzer, befand: „Das, was wie Nachrichtensperre aussah, war in der Tat Folge eines solidarischen Zusammenwirkens der Regierung mit Zeitungen und Rundfunk."(5)

Das von Bölling lancierte Angebot eines „Kontaktgremiums" konnn so ernst gar nicht gemeint gewesen sein. Denn noch während der Schleyer-Entführung fand er eine Erklärung für die (offensichtlich erwartete) Ablehnung durch die Medien: „Gelassenheit, an der es uns in kritischen Lagen bisweilen fehlt, ist auch im Verhältnis zwischen Staat und Presse noch nicht immer der Normalfall. Die den ‚Schriftleitern' einst vom Wilhelmsplatz verordnete ‚Sprachregelung' ist ein Trauma, daß auch auf solche Journalisten wirkt, die jene Zeit nicht miterlebt haben."(6) Eine zentralistisch verordnete Gleichschaltung nach Vorbild des deutschen NS-Staates ist das abschreckende Vorbild, in dessen Nähe keiner der Beteiligten kommen will.

In Abgrenzung davon bieten sich die bürgerlichen Medien zur Zusammenarbeit mit den staatlichen Behörden — ganz freiwillig — an wenn wieder einmal die politische Ordnung dieses Staates bedroht ist.

Dieser Konsens gilt bis in die staatstragende Linke hinein, die heute — gute acht Jahr nach Stammheim — bis his zur taz das Gewaltmonopol des Staates nicht mehr in Frage zu stellen bereit ist. Schon 1977 hatte sich die staatsreformistische Linke mit ihren Publikationen der Ideologie des „Antiterrorismus" soweit untergeordnet, daß sie nicht bereit war, der Selbstmord-Behauptung und der massiven Sympathisantenhatz ernsthaft entgegenzutreten. Die Publikationen von Zweifeln an der Selbstmordversion blieb vornehmlich der Auslandspresse überlassen.

Bj., Hamburg

Anmerkungen:
(1) Im Stern-Buch „Entscheidung in Mogadischu" wird berichtet, daß BKA-Chef Herold die „Nachrichtensperre" vorgeschlagen hat. In einem Brief an die Chefredakteure vom 15.9.77 bittet Bölling die Redaktionen noch einmal um Unterstützung: „Wir alle willen, wie sehr es den Terroristen auf Publizität ankommt und daß sie Presse, Rundfunk und Fernsehen instrumental für ihre Zecke zu nutzen versuchen. Bitte helfen Sie uns dabei, diese Intentionen der Entführer zu durchkreuzen." (Zit. n. Russel-Buch 5, Reentsverlag, S. 204)
(2) Vgl. Russel-Buch 5, S. 202 f.
(3) Die Zeit, 20.9.77
(4) Das „Kontaktgremium' wurde ausführlich im dem Organ der DJU (Deutsche Journalisten Union) „Die Feder" 11 und 12/78 diskutiert. Alleine Emil Carlebach hielt noch an dem demokratischen Grundsatz der unabhängigen Presse fest: „Was geschieht mit den Zeitungen, Funk- oder Fernsehjournalisten, Pressediensten, die sich nicht ‚freiwillig' diesem ‚Einvernehmen' anschließen? Haben die dann eine Krokodilsträne des Presserates zu erwarten (...) oder steht ihnen die Polizei ins Haus?"
(5) FAZ, 30.10.78. — Bericht vom einer Fachtagung in Münster am 28.10.78 unter dem Titel: „Nachrichtensperre und Pressefreiheit". Dort waren alle maßgeblichen Chefredakteure versammelt, um sich von Bölling die Haltung der Bundesregierung referieren zu lassen.
(6) Die Zeit, 30.9.77

Die APO und die 'erste RAF-Generation'

Existenz und Politik der RAF sind nicht — wie Stefan Aust er versuchte — aus der Psyche der RAF-Gefangenen zu erklären. Vielmehr stehen sie stellvertretend für eine ganze Generation, die in zunächst ohnmächtiger Wut die Restauration der Bundesrepublik erlebte.

Die ersten Ansätze eines neu aufkeimenden Widerstandes seit den ersten Nachkriegsjahren gab es mit der Anti-Atom-Tod Bewegung und den ersten Ostermärschen Anfang der 60er Jahre; dann die heillose Empörung, die 1962 die Spiegel-Affaire heraufbeschwor, bei der schließlich ein Franz Josef Strauß seinen Ministersessel als Verteidigungsminister räumen mußte.

Bereits ab 1958 hatte es Bestrebungen gegeben, eine „Notstandsgesetzgebung" einzuführen, Anfang 1960 lag ein erster Entwurf vor. Im Oktober 1966 wurden die Notstandsgesetze mit der NATO-Übung „Fallex 66" schon vorweggenommen.

Die erste schwere Wirtschaftskrise brachte das Ende der Alleinherrschaft der CDU/FDP und mündete im Dezember 1966 in die Große Koalition mit Alt-Nazi Kiesinger als Kanzler und Franz Josef Strauß als Minister.

Die Hoffnungen, die die junge Generation in die SPD gesetzt hatte, als sie noch in der Opposition war, wurden brüchig. Die Möglichkeiten einer parlamentarischen Opposition schwanden in dem Maße, in dem die SPD „Regierungsverantwortung" übernahm.

Die Opposition begann, sich außerparlamentarisch zu formieren. Besonders engagiert zeigten sich viele gegenüber dem Unrecht und den Verbrechen, die in Ländern der „Dritten Welt" verübt wurden wie im Iran, in Indochina und ganz besonders in Vietnam. Hier zeigte sich (für viele zum ersten Mal) der US-Imperialismus brutal und unverhüllt. Die USA hatten Mitte der 50er Jahre die Franzosen in Vietnam unterstützt und später deren militärische und politische Rolle übernommen. Sie negierten den für 1956 festgesetzten Termin für die Wahlen, die die Wiedervereinigung Vietnams bringen sollte, im November 1963 wurde der Diktator Diem weggeputscht und mit noch USA-treueren Statthaltern begannen ab 1965 die USA den schmutzigsten und grauenhaftesten Krieg, den sie bis dahin geführt hatten. 1965 begannen sie mit der Dauerbombardierung Nordvietnams, die Zivilbevölkerung Vietnams erlitt furchtbare Verluste.

Dieser Krieg stieß weltweit auf große Empörung der fortschrittlichen Menschen. Im Mai 1967 fand in Stockholm ein Vietnam-Tribunal mit Bertrand Russell und Jean Paul Sartre statt, auf dem die USA wegen ihrer Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt wurden.

Die Empörung und die Militanz der Demonstranten nahm in dem Maße zu, wie die Polizei mit Tränengas und Wasserwerfern versuchte, den Protest zu ersticken. Den ersten großen Schock erhielt die außerparlamentarische Bewegung als am 2. Juni 1967 der Student Benno Ohnesorg vom Polizisten Kurras erschossen wurde. Anlaß war der Besuch des Schah von Persien, oppositionelle Perser wurden in „Vorbeugehaft" genommen, sogenannte Jubelperser durften ihrem Schah zuwinken, Demonstranten wurden verprügelt und auseinandergetrieben.

Einen Höhepunkt der Protestbewegung brachte dann noch einmal das Jahr 1968. Ostern fand einer der größten Kongresse gegen den Vietnam Krieg in Westberlin statt.

Am 2.April 1968 brannten in Frankfurt zwei Kaufhäuser. Sie waren quasi als „Fanal" angezündet wurden, um den Menschen in Westeuropa klarzumachen, daß Feuer und Inferno das tägliche Schicksal der Menschen in Vietnam war. Die Menschen sollten aus ihrer Lethargie gerissen werden. Bereits an diesen Aktionen schieden sich die Geister der Oppositionellen. Die unterschiedlichen Wege einer weiteren Opposition wurden sichtbar. Aber auch der unglaubliche Haß, der speziell durch die Springer-Presse gegen jede Opposition gepredigt wurde. Die Brandstifter (u.a. Andreas Baader und Gudrun Ensslin) wurden ein paar Tage nach der Tat schon verhaftet, ihr Fanal wurde in der Linken heftig diskutiert.

Ein paar Tage nach der Verhaftung der Brandstifter wurde Rudi Dutschke auf offener Straße angeschossen und lebensgefährlich verletzt. Der Täter war tatsächlich ein Einzeltäter, trotzdem war sich die Linke einig: Geschossen hatte Springer. Die nun folgenden Demonstrationen in Westberlin und im ganzen Bundesgebiet waren militant wie nie zuvor.

Trotz vieler Versuche war es in der BRD nicht gelungen, ein Bündnis der studentischen Opposition mit der Arbeiterbewegung herzustellen (wie es zumindest in Ansätzen in Frankreich und Italien gelungen war).

Im Oktober 1968 wurden die Kaufhaus-Zündler (Sachschaden 600.000 DM, den die Versicherung zahlte, kein Personenschaden) zu je drei Jahren Knast verurteilt.

Mit dem Jahr 1969 bahnte sich eine „Wende" an: Die Hoffnungen auf eine unmittelbar bevorstehende Revolte der Massen (wenn schon keine Revolution stattfand) schwanden, der SDS löste sich auf, im Oktober 1969 ging die SPD zusammen mit der FDP als Sieger aus den Wahlen hervor, Willy Brandt wurde Kanzler.

Die Wege der fortschrittlichen, engagierten Menschen trennten sich: Die einen machten sich auf den „langen Marsch durch die Institutionen", andere schlossen sich den Neugründungen der verschiedenen kommunistischen Gruppen an (die sich in der Regel an der chinesischen Revolution orientierten), wieder andere propagierten die „revolutionäre Tat".

Die Kaufhaus-Brandstifter waren im Juni 1969 vorläufig freigelassen worden, im Februar 1970 wurde Andreas Baader erneut verhaftet, am 14. Mai 1970 wurde er befreit, bei seiner Befreiung wurde ein Bibliotheksangestellter angeschossen. Nach der Befreiung erschien zu den zukünftigen Perspektiven für die Linke ein Text der RAF: „Die Rote Armee aufbauen", in dem die Baader-Befreiung als Signal für den Beginn des bewaffneten Widerstandes ausgegeben wurde. Angesichts der Situation, daß die Entwicklung in der BRD zuungunsten der Arbeiterklasse verläuft, zog die RAF in ihrer Schrift „Dem Volke dienen" den Schluß: „(..) das Kapital hat fast alles in der Hand, die Arbeiter fast nichts. Die Seite des Kapitals ist geschlossen und ‚konzentriert', die Arbeiterklasse ist vielfältig gespalten; das Kapital hat starke Organisationen, die es fest in der Hand hat, die Arbeiter Gewerkschaften, die sie nicht in der Hand haben, deren Bürokratie und Führung eine arbeiterfeindliche Politik macht (...)". Aus dieser Schwächesituation heraus propagierte die RAF die Bildung einer Stadtguerilla. Diese sollte „den staatlichen Herrschaftsapparat an einzelnen Punkten destruieren, stellenweise außer Kraft setzen, den Mythos von der Allgegenwart des Systems und seiner Unverletzlichkeit zerstören" (Das Konzept Stadtguerilla, zit. nach: Wem nützen die Bomben, S.14)

Eine Riesenmaschinerie staatlichen Terrors wird installiert, um der RAF habhaft zu werden, ein Gespenst wird aufgebaut. Die ersten Opfer sind 1971 Petra Schelm und Georg von Rauch, die von der Polizei erschossen werden, 1972 Thomas Weisbecker. Mitte Juni 1972 wird die „erste RAF-Generation" verhaftet.

I.,Hamburg

Stefan Aust über den Tod Ulrike Meinhofs

„Ich habe nur sehr wenig Zweifel am Selbstmord von Ulrike Meinhof. Die zweite Version, die ich dazu geschrieben habe, habe ich nur der Vollständigkeit halber dazu geschrieben, um zu zeigen, welche Art von Mutmaßungen oder Interpretationen in bestimmten Bereichen schon damals rumgegeistert sind." (Aust im Ak 267).

Für Stefan Aust ergibt sich die Schlußfolgerung „Selbstmord" aus seiner speziellen Wahrnehmung des gruppendynamischen Prozesses innerhalb der Gruppe, im besonderen aus der Entwicklung Ulrike Meinhofs: Sie, anders als die Anderen sei schon in der Anti-Atombewegung der frühen 60er aktiv gewesen, war Mitglied der illegalen KPD, Kolumnistin bei „konkret" und linkes journalistisches Gewissen der APO-Zeit gewesen. Während der Isolationshaft-Zeit in Köln-Ossendorf sei sie an den Haftbedingungen fast zerbrochen, habe sich immer wieder hochgerissen, die Konflikte besonders zwischen ihr und Gudrun Ensslin hätten sich enorm verschärft. Gudrun Ensslin sei Ulrike Meinhof nur noch mit Mißtrauen begegnet, und habe ihr mögliches Aussteigen und Verrat zugetraut.

Aust führte Ulrike Meinhofs Erklärung vom 14. Verhandlungstag (28.10.75) an: Angesichts der Isolationsfolter bliebe den Gefangenen nur die Möglichkeit des Verrats, wenn sie den Justizbehörden zu erkennen geben wollten, daß sie ihr Verhalten ändern wollten. (S. 366) Für Aust ist diese Erklärung lediglich ein Hinweis darauf, „wie weit sich Ulrike Meinhof damit von der Gruppe entfernt hatte".

Mag sein, daß so eine Argumentation von den anderen Gefangenen der RAF nicht geführt wurde, aber Ulrike Meinhof hat damit auf ein Problem

Fortsetzung auf Seite 22

Zur Antiterrorkampagne gegen die RAF

Ein Phantom wird gejagt

Die ,,Rote Armee Fraktion'' war noch kein Jahr alt, da hatten sie Politiker und Medien schon zum ,,Staatsfeind Nr. 1'' erklärt. Eine kleine Gruppe sogenannter ,,Terroristen'' mußte ab Beginn der 70er Jahre dafür herhalten, den 1969 beschlossenen und seitdem zügig realisierten Ausbau des staatlichen Sicherheitsapparates zu legitimieren. Seine Erprobung fand in zahllosen, oftmals flächendeckenden Einsätzen hochgerüsteter Polizeikräfte statt, für die die Fahndung nach der RAF einen geeigneten Anlaß bot. Solche monströsen, z.T. bürgerkriegsähnlichen Manöver korrespondierten mit einer Presseberichterstattung, die die von der RAF ausgehende Gefahr großzügig übertrieb, streckenweise bis ins Phantastische steigerte. Neben der Rechtfertigung staatlicher Sicherheitspolitik und Fahndungspraktiken, ihrer breiten Verankerung in der Bevölkerung, war es das Ziel dieser Propaganda, die *politischen* Motive der RAF und weit darüber hinaus jegliche Bestrebungen in Richtung auf eine revolutionäre Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft zu diskreditieren Insoweit war die antiterroristische Kampagne der damaligen Zeit wesentlich auch eine Reaktion auf den mit der ,,Außerparlamentarischen Opposition'' erfolgten Aufschwung sozialistischer oder kommunistischer Ideen.

Der folgende Beitrag soll die Dimensionen der seit Anfang der 70er Jahre begonnenen ,,Terroristenjagd'' und die damit begründete Aufrüstung des Repressionsapparates in Erinnerung rufen.

Am 14. Mai 1970 war der in der Westberliner Strafanstalt Tegel einsitzende Andreas Baader während eines Ausgangs aus dem ,,Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen'' in Dahlem befreit worden. Der Institutsangestellte Linke wurde bei dieser Befreiungsaktion durch einen Lebersteckschuß schwer verletzt. Damit war die ,,Baader-Meinhof-Gruppe'' (bzw. -,,Bande'', wie sie von Politikern und Medien später genannt wurde) geboren. Die Terroristenhatz konnte beginnen.

In den Untergrund abgedrängt und zunächst ohne nennenswerte Mittel dastehend, war die Gruppe 1970/71 zu spektakulären politischen Aktionen nicht in der Lage. Im Vordergrund standen die Sicherung des Überlebens in der Ilegalität, die Beschaffung von Wohnungen, Fahrzeugen, Waffen, Ausweispapieren und Geld, wozu mehrfach Banküberfälle, Diebstähle, Einbrüche usw. unternommen wurden. Außerdem mußte sich um neue politische Kontakte bemüht werden, um die ,,Rote Armee Fraktion'', so nannte sich die Gruppe — offenbar nach dem Vorbild der linksterroristischen ,,Roten Armee'' in Japan — zu stärken. Schon frühzeitig nämlich hatte die Polizei durch Verhaftungen die Reihen gelichtet. Bereits Anfang Oktober 1970 waren Horst Mahler, Brigitte Asdonk, Irene Georgens und Monika

um die ,,Rote Armee Fraktion'', so nannte sich die Gruppe — offenbar nach dem Vorbild der linksterroristischen ,,Roten Armee'' in Japan — zu stärken. Schon frühzeitig nämlich hatte die Polizei durch Verhaftungen die Reihen gelichtet. Bereits Anfang Oktober 1970 waren Horst Mahler, Brigitte Asdonk, Irene Georgens und Monika

Berberich festgenommen worden. Im Dezember wurden der spätere ,,Kronzeuge'' gegen die RAF, Karl-Heinz Ruhland und das Gruppenmitglied Ali Jansen verhaftet worden.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich mit der ,,Baader-Meinhof''-Fahndung federführend die örtlich zuständigen Polizeibehörden und Landeskriminalämter befaßt. Anfang 1971 wurde auf Veranlassung des damaligen Bundesinnenministers Genscher das Bundeskriminalamt (BKA) zur zentralen Ermittlungsstelle in Sachen RAF. Betraut hiermit wurde die sogenannte ,,Sicherungsgruppe Bonn'', eine Sondereinheit, in deren Rahmen eine ,,Sonderkommission Terrorismus'' eingerichtet wurde.

Am 10. Februar 1971 stöberten der Westberliner Verfassungsschutzagent Grünhagen und Kriminaloberkommissar Simons von der Sicherungsgruppe Bonn die RAF-Mitglieder Astrid Proll und Manfred Grashof im Frankfurter Westend auf. Den beiden gelang allerdings die Flucht, obwohl Simons mit seiner Pistole hinter den Flüchtenden herballerte. Nach diesem Vorfall lief die erste große bundesweite Fahndungsaktion an. Von Ruhland genannte Wohnungen wurden durchsucht, die Quartiergeber festgenommen und verhört. Die Presse mischte sich ein, Einzelheiten aus den Vernehmungen Karl-Heinz Ruhlands wurden kolportiert, aus den Zusammenhang gerissen, verfälscht oder übertrieben. Springers ,,Welt am Sonntag'' brachte die Fahndung auf die Formel: ,,*Bonner Geheimpolizist jagt Staatsfeind Nr. 1: Die Baader-Bande''*.

Von nun an begannen staatliche Fahndungskampagnen und Polizeimanöver, wie es sie in der BRD bis dahin nicht gegeben hatte. In ihrer Propagandaschrift ,,Das Konzept Stadtguerilla'', das ab Anfang 1971 verbreitet wurde, kommentierte die RAF dies so: ,,Es ist richtig, wenn behauptet wird, mit dem immensen Fahndungsaufwand gegen uns sei die ganze sozialistische Linke in der BRD und Westberlin gemeint. Das bißchen Geld, das wir geklaut haben sollen, die paar Auto- und Dokumentendiebstähle, derentwegen gegen uns ermittelt wird, auch nicht der Mordversuch, den man uns anzuhängen versucht, rechtfertigen für sich den Tanz. Der Schreck ist den Herrschenden in die Knochen gefahren...''

Letzteres war sicherlich eine maßlos übertriebene Selbsteinschätzung. Angst und Schrecken verbreiteten in der Folgezeit vor allem der herrschende Gewaltapparat und die auf seiner Linie agierenden Medien, allen voran die Springer-Presse, die mit selbstfabrizierten oder kolportierten Lügenstories aus der RAF ein Phantom machten, vor dem der ,,kleine Mann auf der Straße'' sich ebenso ängstigen sollte, wie exponierte Vertreter der Gesellschaft.

Am 6.5.1971 wurde Astrid Proll in Hamburg festgenommen. Zur Ergreifung der übrigen 9 Mitglieder der ,,Baader-Meinhof-Gruppe'', nach denen damals gefahndet wurde, bereitete das BKA eine neue Großaktion unter dem Decknamen ,,Hecht'' vor, die am Morgen des 15. Juli anlief: Über 3.000 Polizisten, ausgerüstet mit Maschinenpistolen, Panzerwesten und Tränengas sperrten in ganz Norddeutschland die wichtigsten Straßen ab und führten Kontrollen durch. Die RAF-Mitglieder Petra Schelm und Werner Hoppe gerieten in Hamburg-Bahrenfeld in eine dieser Polizeikontrollen, versuchten zu

Polizisten, ausgerüstet mit Maschinenpistolen, Panzerwesten und Tränengas sperrten in ganz Norddeutschland die wichtigsten Straßen ab und führten Kontrollen durch. Die RAF-Mitglieder Petra Schelm und Werner Hoppe gerieten in Hamburg-Bahrenfeld in eine dieser Polizeikontrollen, versuchten zu

flüchten, wurden jedoch wenig später gestellt. Petra Schelm wurde hierbei durch einen Schuß aus der Maschinenpistole getötet. Zuvor soll sie — so die auch von Stefan Aust wiedergegebene Polizeiversion — mit einer Pistole auf den Todesschützen geschossen haben. Im Prozeß gegen Werner Hoppe gab es dazu später widersprüchliche Zeugenaussagen. Ein 13-jähriger Schüler behauptete z.B., er habe gesehen, wie Petra Schelm ohne Warnung von hinten niedergeschossen worden sei.

NRW-Innenminister Weyer: „Die Bevölkerung muß an den Anblick von mit Maschinenpistolen Bewaffneten genauso gewöhnt werden wie ans Steuerzahlen."

Martialische Polizeiaufmärsche mit Panzern, Maschinenpistolen, schußsicheren Westen usw. gehörten jetzt zum Alltag; nicht nur bei Aktionen, die erklärtermaßen aus Anlaß der ,,Terroristen-Fahndung'' gestartet wurden, sondern ebenso bei normalen Verkehrskontrollen oder bei Einsätzen gegen andere ,,Störer'' und Kriminelle. Es gab jetzt auch Opfer — Tote und Verletzte — die mit den gejagten Terroristen nicht das geringste zu tun hatten. Der KB hat seinerzeit in einem (noch erhältlichen) Buch der ,,Antifaschistischen Russell-Reihe'' die hohe Zahl dieser ,,versehentlich'', in vermeintlicher ,,Notwehr'' oder aus anderen Gründen von der Polizei Erschossenen dokumentiert. Die größte schwedische Tageszeitung ,,Dagens Nyheter'' warnte damals in Kenntnis derartiger Vorfälle ihre Leser: ,,Überschreiten Sie in der BRD die Höchstgeschwindigkeit nicht. Machen Sie bei Polizeikontrollen keine schnellen Handbewegungen, denn man könnte meinen, Sie würden eine Waffe ziehen. Sie riskieren, erschossen zu werden. Denn in letzter Zeit schießt die deutsche Polizei sehr schnell.''

Es soll nicht verschwiegen werden, daß auch die Polizei ihre Toten hatte. Als erster Polizist im Rahmen der ,,Terroristenfahndung'' starb am 22.10.71 in Hamburg-Sasel der Polizist Norbert Schmidt. Während der Todesschütze entkommen konnte, gelang der Polizei in Zusammenhang mit diesem Vorfall wenig später die Verhaftung des RAF-Mitgliedes Margrit Schiller.

Der nächste ,,Fahndungserfolg'' der Polizei am 4.12.71 in Westberlin endete wieder mit einem Toten. Tags zuvor hatte die Westberliner Polizei eine Großrazzia gestartet, 3.000 Polizisten waren an der ,,Terroristenjagd'' beteiligt. Gesucht wurden nicht nur Mitglieder der RAF, sondern auch der in Westberlin operierenden ,,Bewegung 2. Juni''. Der Anarchist Georg von Rauch wurde während dieser Fahndung von einem Zivilbeamten erschossen, *nachdem* er mit zwei weiteren Festgenommenen schon mit erhobenen Händen an einer Hauswand gestanden hatte und ohne Erfolg nach Waffen durchsucht worden war.

Am 2.3.1972 wird Thomas Weisbecker in Augsburg von der Polizei erschossen. Die ihn begleitende Frau, Carmen Roll wurde kurz danach festgenommen. 13 Beamte der Sicherungsgruppe Bonn, des Verfassungsschutzes und des Landeskriminalamtes hatten die Wohnung der beiden zuvor tagelang observiert und sich zu diesem Zweck in einem nahegelegenen Hotel einquartiert. Zu einem tödlichen Schußwechsel kam es am gleichen Tag auch in Hamburg, wo sich der Chef der ,,Sonderkommission Baader-Meinhof'', Hauptkommissar Hans Eckardt zusammen mit weiteren Beamten in einer konspirativen Wohnung der RAF postiert hatte. Als die RAF-Mitglieder Wolfgang Grundmann und Manfred Grashoff die Tür öffnen, wird sofort geschossen. Grashoff wird am Kopf und in der Brust getroffen, der Kommissar bekommt zwei Kugeln in den Leib. Eckardt stirbt zwei Wochen später, während Grashoff seine schweren Verletzungen überlebte.

Die Bomben der RAF

Im Mai 1972 zeigte die RAF, daß sie nicht nur ein Phantom war. Fast zwei Jahre nach ihrer Gründung bewies sie erstmals, zwar nur für einen sehr kurzen Zeitraum, dafür aber sehr effektiv,

Die Bomben der RAF

Im Mai 1972 zeigte die RAF, daß sie nicht nur ein Phantom war. Fast zwei Jahre nach ihrer Gründung bewies sie erstmals, zwar nur für einen sehr kurzen Zeitraum, dafür aber sehr effektiv,

ihre Aktionsfähigkeit. Am 11. Mai verwüsteten 3 Rohrbomben der RAF Eingangsportal und Offizierskasino des 5. US-Korps im Frankfurter IG-Farben-Haus. Ein Oberstleutnant starb, 13 Angehörige der US-Armee wurden verletzt. Am 12. Mai detonieren auf zwei Büroschränken der Augsburger Polizeidirektion 2 Stahlrohrsprengkörper. Fünf Polizisten wurden verletzt. Zwei Stunden später flog auf dem Parkhof des Münchener Landeskriminalamtes ein mit Sprengstoff beladener Ford 12 M in die Luft, umfangreicher Sachschaden war das Ergebnis.

Am 15. Mai explodierte in Karlsruhe der Volkswagen des Bundesrichters Buddenberg. Seine Frau, die den Wagen fuhr, wurde verletzt. Am 19. Mai explodieren 3 Bomben im Hamburger Springer-Hochhaus. 17 Arbeiter wurden verletzt, zwei davon schwer. Auch für diesen Anschlag, der nicht Springer, wohl aber Arbeitern und Angestellten Schaden zugefügt hatte, übernahm die RAF wenig später die Verantwortung. Obwohl sie sich in einer Erklärung ,,zutiefst betroffen'' darüber zeigte, ,,daß Arbeiter und Angestellte verletzt worden sind'', hatte es die reaktionäre Presse nach dieser Aktion noch leichter, Horrormeldungen über angeblich geplante Terrorakte der RAF gegen ,,normale'' Bevölkerung Glaubwürdigkeit zu verleihen. So erschien die ,,Bild-Zeitung'' am 27. Mai mit der Meldung, jetzt seien auch Bombenanschläge gegen Banken geplant. Angeblich lägen der Polizei eindeutige Hinweise dafür vor. Zwei Tage später heizte ,,Bild'' die Stimmung mit der Behauptung an, daß die ,,Baader-Meinhof-Bande'' am 2. Juni mittags zwischen 13 und 14 Uhr drei Bomben mitten in Stuttgart hochgehen lassen wolle, jede davon mit einem Sprengstoffgewicht von 30 Kilogramm. Eine Woche hielten Presse, Funk und Fernsehen die Bevölkerung mit dieser Story in Atem, hervorgerufen durch das Schreiben einer ,,Roten Armee Fraktion, Baden-Württemberg'', die es natürlich gar nicht gab. Die RAF erklärte das Schreiben wenig später als Fälschung.

Noch ein letztes Mal schlug die RAF in diesem Jahr zu: Am 24. Mai detonierten vor dem Kasernenblock 28 und dem Casino des Europa-Hauptquartiers der US-Armee in Heidelberg zwei in Autos deponierte Bomben. Drei amerikanische Soldaten wurden getötet.

Fünf Tage danach, am 31. Mai 1972, demonstrierte der Staat, daß er dem ganzen Spuk jetzt ein Ende bereiten wollte. Unter der Bezeichnung ,,Aktion Wasserschlag'' fand eine Fahndungsaktion statt, die alles bisher dagewesene in den Schatten stellte: Alle Hubschrauber, die im Öffentlichen Dienst der BRD verfügbar waren, wurden in die Luft gebracht. ,,Sie nahmen jeweils eine Gruppe von Polizeibeamten auf, flogen die Autobahnen ab und landeten für kurze Zeit an Auf- oder Abfahrten. Dort wurden Straßensperren errichtet, alle Fahrzeuge gestoppt und die Fahrer überprüft. Anschließend sprangen die Beamten wieder in ihre Helikopter, flogen ein Stück weiter und errichteten eine neue Sperre'' (St. Aust, Der Baader-Meinhof-Komplex, S. 237f.).

Die ,,Aktion Wasserschlag'' richtete ein totales Verkehrschaos an, zeitigte insofern einen enormen psychologischen Effekt, förderte für die RAF-Fahndung *selbst* allerding wohl kaum brauchbare Erkenntnisse zutage. Tags darauf aber hatte die Polizei, aus welchen Gründen auch immer, ihren großen Erfolg und schaffte es danach in nur knapp 6 Wochen, die RAF fast vollständig aufzureiben. Am 1.6.72 wurden Andreas Baader, Holger Meins und Jan Carl Raspe in Frankfurt festgenommen, am 7.6.72 Gudrun Ensslin in Hamburg, zwei Tage später Brigitte Mohnhaupt in Westberlin, am 16.6. Ulrike Meinhof in Hannover sowie Klaus Jünschke und Irmgard Möller am 7. Juli in Offenbach. Damit war die erste RAF-Generation festgesetzt.

„Werden unabhängig von der revolutionären Bewegung seitens des herrschenden Regimes fällige Reformen in vorrausschauender und breitenwirksamer Weise durchgesetzt, so verliert die revolutionäre Bewegung einen großen Teil ihrer Massenbasis. Diese Wirkung wird noch bestärkt, wenn es uns gelingt, die extremsten und aktiven Führer der revolutionären Bewegung zu isolieren" (Bundesinnenminister Benda, 1968)

wird noch bestärkt, wenn es uns gelingt, die extremsten und aktiven Führer der revolutionären Bewegung zu isolieren" (Bundesinnenminister Benda, 1968)

Der beschriebene staatliche Einsatz stand offensichtlich in keinem vernünftigen Verhältnis zum vorgegebenen Anlaß: Schließlich ging es lediglich um die Ergreifung einer Handvoll ,,Terroristen''. Der konkrete Fahndungserfolg bei den zahlreichen polizeilichen Großaktionen war — von Zufallserfolgen einmal abgesehen — stets recht mager. Dem BKA, den beteiligten Landeskriminalämtern und Verfassungschützern war das bekannt. Nach 1977 hat es vergleichbare Großaktionen, das öffentliche Zurschaustellen hochgerüsteter, MP-bewaffneter Polizisten in ähnlichem Umfang aus Anlaß einer ,,Terroristen-Fahndung'' nicht mehr gegeben. Dabei waren die Anschläge der Nachfolge-RAF, der ,,Revolutionären Zellen'' usw. z.B. 1985 sicher kaum weniger ernstzunehmen, als die des Jahres 1972. Offensichtlich ging es damals also vor allem darum, den staatlichen Repressionsapparat in unmittelbarem Zusammenhang mit seiner seit Ende der 60er Jahre betriebenen Aufblähung und Aufrüstung, praktisch zu erproben, die Bevölkerung an seine Existenz zu gewöhnen und von dessen Notwendigkeit zu überzeugen. Hierzu eignete sich die zum omnipotenten Phantom stilisierte RAF ausgezeichnet. Nicht ,,Terrorismus'' und ,,Gewalt'' als solche waren Hauptanlaß dieser von oben inszenierten Kampagne; bewaffnete Gewaltakte von rechts, die es ebenfalls gab, waren für die bürgerliche Öffentlichkeit jedenfalls kein Thema, die sich herausbildenden bewaffneten Gruppen der Neonazis blieben weitgehend unbehelligt.

Es stand vielmehr ein strategisches Interesse dahinter ,,Terrorismus'', ,,Gewalt'' usw. als typisches Attribut linker, revolutionärer Politik zu denunzieren und diese insgesamt — beileibe nicht nur die RAF — gesellschaftlich zu ächten, zu isolieren und ggf. direkt zu verfolgen. Die häufigen Großaktionen, Kontrollen, Razzien, Observierungen und VS-Spitzeleien förderten dabei haufenweise Material und Erkenntnisse über die Linke zutage. Sie konnten unmittelbar genutzt werden, nachdem mit gleicher Zielsetzung am 28. Januar 1972 durch die Ministerpräsidenten der Länder unter Vorsitz des damaligen Bundeskanzlers Brandt der sogenannte ,,Radikalenerlaß'' beschlossen worden war und die Politik der Berufsverbote begann (bis 1975 hatte es über 300.000 Gesinnungsüberprüfungen im öffentlichen Dienst gegeben). Zur Begründung der Berufsverbote verstieg sich der damalige NRW-Ministerpräsident Heinz Kühn sogar zu der bezeichnenden Äußerung: ,,Ulrike Meinhof als Lehrerin oder Andreas Baader bei der Polizei beschäftigt, das geht nicht.'' Im Kontext hierzu stand auch die sich entwickelde Politik der Gewerkschaftsausschlüsse, die anders als die Berufsverbotepolitik zwar die DKP nicht mit einschloß, wohl aber die ,,Neue Linke'', deren politische Ansätze in den Betrieben hierdurch in größerem Umfang zerstört werden konnten.

Die Urheber der momentanen ,,Stammheim-Renaissance'' erklären die enormen Ausmaße der damaligen ,,Terroristen''- und ,,Sympathisanten''-Hatz heute damit, daß es sich um eine *überzogene* Reaktion des Staates auf terroristische Anschläge gehandelt habe. Aber es ging eben nicht nur um den ,,Terrorismus'', es ging um einiges mehr: Die erste Krise der westdeutschen Wirtschaft 1966/67, das Aufkommen der sich rasch verbreiternden und radikalisierenden APO und die damit beginnende Renaissance marxistischer Ideen, die spontanen Streiks der Arbeiterklasse 1969, die Lohnerhöhungen ohne und gegen den Willen der Gewerkschaftsführungen durchsetzten, alles das waren neue, höchst unliebsame Entwicklungen, auf die sich die herrschende Politik erst einstellen mußte. Man mag heute darüber spekulieren, ob die etablierten politischen Kräfte und ihre Auftraggeber in den Kapitalistenverbänden wirklich Gründe hatten, sich ernsthaft hierüber zu sorgen. Aus deren damals gemachten Äußerungen geht jedenfalls hervor, daß die radikaldemokratischen und sozialistisch/kommunistischen Strömungen als echte Herausforderung an das ,,System'' begriffen wurden, der massiv begegnet werden sollte. Dies umso mehr, als es in benachbarten westeuropäischen Ländern, v.a. in Frankreich 1968 und in Italien 1968/69 zu Klassenkämpfen gekommen war, wie es sie in dieser Form seit mehreren Jahrzehnten nicht mehr gegeben hatte. Dies erschien auch für die BRD nicht völlig ausgeschlossen.

Wie die mit der Bekämpfung des ,,Terrorismus'' befaßten Sicherheitskräfte die Lage einschätzten, ging u.a. aus der Zeitschrift ,,Die Polizei'', dem Kaderorgan der Polizeiführungsakade-

nicht mehr gegeben hatte. Dies erschien auch für die BRD nicht völlig ausgeschlossen.

Wie die mit der Bekämpfung des ,,Terrorismus'' befaßten Sicherheitskräfte die Lage einschätzten, ging u.a. aus der Zeitschrift ,,Die Polizei'', dem Kaderorgan der Polizeiführungsakade-

mie Hiltrup hervor, in deren Ausgabe 7/71 unmißverständlich formuliert wurde: ,,Die bisherigen Anzeichen deuten nicht darauf hin, daß der Extremismus, der unserer Gesellschaftsform den bewaffneten Kampf angesagt hat, auf dem Rückzug ist ...Denkt man daran, daß radikale Gruppen erklärtermaßen die bestehende Ordnung der BRD gewaltsam zerstören wollen, berücksichtigt man die Erscheinungsformen, die diese Auseinandersetzung bereits angenommen hat, hält man eine wirtschaftliche Krisensituation mit Arbeitslosigkeit und der daraus erwachsenden Unzufriedenheit und Spannungen nicht für ausgeschlossen, erinnert man sich an die Auswüchse der Demonstrationswelle nach 1967 in der BRD und an die Ereignisse des Jahres 1968 in Frankreich: Wer wollte dann die Möglichkeit bewaffneter Aktionen im Innern der BRD bestreiten.''

Die Programme zur Inneren Sicherheit

Es mag sein, daß die mit Beginn der ,,Terroristenjagd'' geschürte Hysterie diese oder jene Maßnahme beschleunigt hat; auch hätte es bestimmte Entwicklungen, etwa die Einschränkung von Verteidigerrechten rechtzeitig vor Beginn des Stammheimer RAF-Prozesses ohne die Existenz dieser Gruppe möglicherweise nicht bzw. nicht in dieser Weise gegeben. Unbestreitbar aber ist, daß die gewaltige Aufblähung der Sicherheitskräfte ursächlich nicht mit dem aufkommenden ,,Terrorismus'' zusammenhing. Die Weichen hierzu waren schon früher gestellt worden:

Am 24.6.68 waren im Bundestag, noch zu Zeiten der ,,Großen Koalition'' zwischen CDU/CSU und SPD, die ,,Notstandsgesetze'' verabschiedet worden. Sie ermöglichten u.a. den Einsatz der damals 120.000 Polizeibeamten, der 20.000 Mann des Bundesgrenzschutzes und der Bundeswehr unter Umgehung des Parlaments durch

Fortsetzung nächste Seite

die Bundesregierung; die Einschränkung der Grundrechte im Notstandsfall, die Ausstattung der Geheimdienste mit exekutiven Befugnissen, eventuell sogar die Ausrufung des Notstands durch Lageberichte der Geheimpolizei. In der Folge beschloß das Bundeskabinett am 21.11.1968 Durchführungsbestimmungen, u.a.

— zur Präzisierung der Zusammenarbeit der Geheimdienste untereinander und mit den Strafverfolgungsbehörden (Polizei, Staatsanwaltschaft, BKA, BGS).

— und zum Einsatz der ,,Sicherungsgruppe Bonn'' des BKA als bundesweites Ermittlungsorgan gegen Staatsschutzdelikte.

Die neugewählte SPD/FDP-Regierung kündigte gleich bei Regierungsantritt in ihrer Regierungserklärung vom 28.10.69 die beschleunigte ,,Intensivierung und Modernisierung der Verbrechensbekämpfung'' an. Ein diesbezügliches ,,Sofortprogramm'' wurde am 5.11.70 vom Bundestag verabschiedet. Es ermöglichte im wesentlichen eine materielle und personelle Stärkung des BKA, das hierdurch zur zentralen Bundesbehörde für die Verfolgung von ,,Schwerstkriminalität'' und zur zentralen polizeilichen Informationszentrale auf Basis elektronischer Datenverarbeitung ausgebaut wurde.

Weitere Stationen der inneren Aufrüstung:

— 22.3.72: Verabschiedung des ,,Schwerpunktprogramms Innere Sicherheit'' durch das Bundeskabinett. 25%ige Erhöhung der Ausgaben für BKA, Bundesamt für Verfassungsschutz, Bereitschaftspolizei, BGS und Ausländerüberwachung.

— 21.6.72: Vorlage eines gemeinsamen Bund-Länder-Programms ,,zur Förderung der Inneren Sicherheit, Teil I''. Beschlossen wurde die Erweiterung der Hoheitsbefugnisse für das BKA, die Umrüstung des Bundesgrenzschutzes zur zentralen Eingreif-Reserve des Bundes, die Aufstellung von Sondereinheiten zur ,,Terrorismus-Bekämpfung'' in den Ländern u.a.m.

— 12.7.72: Die Innenministerkonferenz stimmt Genschers Gesetzesvorlage zu, den Bundesgrenzschutz ab Februar '73 als polizeiliche Eingreifreserve bereitzustellen. Das neue BGS-Gesetz wurde kurz darauf vom Bundestag beschlossen.

— 12.9.72: Die Innenministerkonferenz beschließt die Aufstellung einer 176 Mann starken Sondertruppe des BGS — das Sonderkommando ,,GSG 9'' — für besondere politische Aufgaben, namentlich zur Bekämpfung von ,,Terroristengruppen'' und Aufständen. Parallel dazu werden nun in allen Bundesländern solche ,,Anti-Terroristen-Kommandos'' aufgestellt (einige Länder hatten derartige Spezialkommandos in Form der Mobilen Einsatzkommandos — MEK — schon vorher aufgebaut).

— 15.2.74: Bundes- und Länderin-

ten-Kommandos'' aufgestellt (einige Länder hatten derartige Spezialkommandos in Form der Mobilen Einsatzkommandos — MEK — schon vorher aufgebaut).
— 15.2.74: Bundes- und Länderin-

nenminister verabschieden den II. Teil des Programms ,,zur Förderung der Inneren Sicherheit''. Darunter v.a. die Vereinheitlichung des weiteren gemeinsamen Ausbaus der Sonderkommandos, außerdem die Herausbildung von sogenannten ,,Lagezentren'' bei allen Innenministerien der Länder. Diese Entwicklung wurde flankiert von Debatten um umfangreiche ,,Anti-Terror-Pakete''. Die sogenannte ,,Lex Baader-Meinhof'' wurde am 18.12.74 im Bundestag verabschiedet (darin u.a. Verteidiger-Überwachung, Verteidiger-Ausschluß, Verschärfung des § 129 ,,kriminelle Vereinigung'' durch § 129 a ,,Terroristische Vereinigung'').

— 11.4.75: Die Innenministerkonferenz beschließt eine weitere Zentralisierung der Fahndungskompetenzen auf das BKA. Zusätzlich zu seinen bisherigen Sonderkommandos ,,Sicherungsgruppe Bonn'' und ,,Staatsschutz'' erhält das BKA eine Abteilung ,,T'' (Terrorismus). Gleichzeitig werden die ,,Sicherungsgruppe Bonn'' und der Verfassungsschutz verstärkt, die GSG 9 um 350 Mann aufgestockt.

Bereits am 29.1.1975 war der Chef des Bundeskanzleramtes durch Organisationserlaß des Bundeskanzlers zum ,,Beauftragten für die Nachrichtendienste'' ernannt worden. Mit diesem Organisationserlaß vollendete die Bundesregierung die Errichtung einer zentralen Kommando-Brücke direkt beim Bundeskanzleramt. Das Bundeskanzleramt kontrolliert seitdem praktisch *alle* Bereiche der ,,Sicherheitspolitik'' über ein geheimes und parlamentarisch unkontrolliertes und unkontrollierbares Geflecht ,,ressortübergreifender'' Ausschüsse, und die Kooperation sämtlicher Sicherheitsorgane auf Staatsekretärs- und sonstiger interdisziplinärer Ebene. Damit war die Neuordnung und Zentralisierung des Repressionsapparates strukturell abgeschlossen.

Es gab danach weitere Maßnahmen und Programme, die den Apparat quantitativ ausweiteten, ,,verwissenschaftlichten'', im BKA wurde eine weitere Abteilung ,,Terrorzielfahndung'' (TF) eingerichtet, die elektronische Datenerfassung und die Vernetzung der Informationssysteme der Sicherheitsdienste untereinander wurden vorangetrieben, die exekutiven Befugnisse der Polizei ausgeweitet (,,Razziengesetze''), durch das 14. Strafrechtsänderungsgesetz v.a. die Verfolgung revolutionärer Propaganda erleichtert (z.B. durch den Staatsschutzparagraphen 88 a — ,,verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten''), durch das sogenannte ,,Kontaktsperregesetz'' von 1977 konnten wegen ,,Terrorismus'' Angeklagte vollständig von der Außenwelt abgeschnitten werden usw. usf.

Es ist hier nicht der Raum, die zahlreichen Maßnahmen, Änderungen und Vorschläge aus dem Bereich der ,,Inneren Sicherheit'' vollständig aufzulisten, die in den 70er Jahren aus Anlaß der ,,Terroristenfahndung'' debattiert und verabschiedet wurden. Diese Entwicklung ist im übrigen nicht abgeschlossen: Unter dem Vorwand der ,,Terroristenbekämpfung'', der Abwehr gewalttätiger Ausschreitungen usw. werden laufend weitere Maßnahmen verabschiedet, die die Befugnisse von Polizei und Geheimdiensten erweitern. Erst kürzlich die Verschärfung des Demonstrationsrechts, z.Zt. neue ,,Sicherheitsgesetze'' — u.a. zur Einführung des maschinenlesbaren Personalausweises, zur ,,Schleppnetz-Fahndung'', zur informationellen Zusammenarbeit der Geheimdienste und aller Polizeibehörden untereinander, die geplanten Änderungen der Länderpolizeigesetze mit ihren weitreichenden Kompetenzen zur vorbeugenden und verdeckten Datenerhebung u.v.a.m.

Einige Zahlen mögen die seit 1969 eingetretene Entwicklung veranschaulichen: 1971 noch begnügte sich das BKA mit 1.113 Beamten, 1981 waren es 3.536.BKA, Bundesgrenzschutz sowie das Bundesamt für Verfassungsschutz erhielten zwischen 1969 und 1978 insgesamt 110% mehr Mitarbeiter, der finanzielle Aufwand für diese Apparate stieg im gleichen Zeitraum um 450%. Die ,,Mobilen Einsatzkommandos'' der Kriminalpolizeien, die ,,Spezialeinsatzkommandos'' (SEK) der Bereitschaftspolizeien sowie die ,,Präzisionsschützenkommandos'' (PSK), alles Einheiten, die es vor 1970 nicht gab, umfassen inzwischen mehr als 2.000 Mann. Insgesamt stieg die Gesamtzahl aller bei den Polizeibehörden der Länder beschäftigten Personen von etwa 132.000 im Jahre 1969 auf 190.000 im Jahre 1979.

1974-1977: Von der „Terroristenfahndung" zu Notstandsmaßnahmen gegen Massenprotest

1974-1977: Von der „Terroristenfahndung" zu Notstandsmaßnahmen gegen Massenprotest

Betätigungsfeld und Einsatzumfang der Sicherheitsorgane erweiterten sich in diesen Jahren beträchtlich. Zwar war die RAF ab Mitte 1972 weitgehend zerschlagen; als handlungsfähige Gruppe war sie außerhalb der Gefängnisse praktisch bis 1974 einschließlich nicht mehr existent. Aber eine neue Generation von ,,Terroristen'' schickte sich an, den Kampf weiterzuführen, angetrieben und motiviert nicht zuletzt durch die menschenverachtenden unerbittlichen Praktiken, mit denen führende Politiker, Polizei und Justiz ihren Vernichtungsfeldzug gegen die RAF führten: Isolationshaft, Hochsicherheitstrakte, Terrorurteile mit Gesinnungszuschlag usw. forderten Vergeltungsaktionen gegen Gallionsfiguren des Repressionsapparates sowie Versuche, die Inhaftierten durch Geiselnahmen freizupressen geradezu heraus. Mit dem Tod von Holger Meins am 9.11.74 trat der Kampf in eine neue Phase: Erschießung des Westberliner Kammergerichtspräsidenten Drenkmann einen Tag danach, erfolgreiche Entführung des CDU-Politikers Lorenz mit anschließendem Gefangenenaustausch, Anschlag des Kommandos ,,Holger Meins'' auf die bundesdeutsche Botschaft in Stockholm, Erschießung des Generalbundesanwalts Buback, des Chefs der Dresdner Bank, Ponto — bis hin zur Entführung und Tötung des BDI/BDA-Präsidenten H.M.Schleyer. Es gab weitere Verletzte und Tote, unter Beteiligten und Unbeteiligten, willkürliche Festnahmen, Verhaftungen, Razzien usw. Die Zahl der Menschen, die verdächtigt wurden, mit der RAF zu tun zu haben oder zumindest mit ihr zu sympathisieren, stieg täglich. 1977 machte der damalige BKA-Chef Herold folgende Rechnung auf: 123 Menschen saßen wegen ,,Terrorismus''-Verdacht oder bereits abgeurteilt in den Knästen, 35 wurden mit Haftbefehl gesucht, gegen 240 liefen Ermittlungsverfahren als ,,Unterstützer'', 1.200 unterlagen als ,,hochgefährliche Personen'' der beobachtenden Fahndung, darüber hinaus gäbe es noch ein Umfeld von insgesamt 6.000 ,,Terror''-Sympathisanten...

Mit dem Vorwurf des ,,Terrorismus'' bedacht, als ,,gefährliche Gewalttäter'' abgestempelt, wurden jetzt auch Organisatoren und Teilnehmer der ersten Massendemonstrationen gegen Atomkraftwerke. Zu dem größten und in dieser Weise nicht wiederholten Großeinsatz der Polizei kam es am 24. September 1977 anläßlich der Demonstration gegen den ,,Schnellen Brüter'' in Kalkar. 12.444 Beamte der Polizei und des Bundesgrenzschutzes waren im Einsatz. Im gesamten Bundesgebiet wurden Kontrollstellen eingerichtet, um *alle* zur Demonstration Anreisenden kontrollieren, durchsuchen und registrieren zu können. Die einzelnen Kontrollstellen wurden jeweils durch Hundertschaften von mit Maschinenpistolen bewaffneten Polizisten gesichert; mit Panzerwagen wurden Straßensperren errichtet. Ein Nahverkehrszug wurde während der Fahrt vor Kalkar auf freiem Feld von bewaffneten Einheiten zum Stehen gebracht, die aus Hubschraubern abgesetzt wurden. Die Fahrgäste wurden zum Aussteigen gezwungen, durchsucht und mußten dann zu Fuß nach Kalkar weitergehen. Insgesamt wurden an diesem Tag 147.000 Personen und



Helmut Schmidt: „Liebste, dies ist ein Ausnahmezustand" — Rechtsvergewaltigung ... wobei der westdeutsche Bundeskanzler Justitia in einem kleinen Kämmerchen einschließt und sodann unter lauter Zustimmung der Öffentlichkeit überwältigt ...

(aus der sozialdemokratisch orientierten „Volkskrant", Niederlande, 1.10.77)

75.000 Fahrzeuge überprüft. Zur Rechtfertigung dieser bisher größten Bürgerkriegsübung dienten die bei Kontrollen sichergestellten ,,Waffen'': 2 (!) Molotow-Cocktails, 3.223 Schutzhelme, 1.687 Gasmasken und Schutzbrillen, 92 Benzinkanister, 5 Wagenheber/Winden, Gummianzüge, Transparentstangen, Masken, Flaschen, Schraubenzieher usw. usf.

Zehntausende, darunter viele Menschen, die in Kalkar das erste Mal an einer Demonstration teilnahmen, erlebten damals hautnah, wie der im Kampf gegen den ,,Terrorismus'' hochgerüstete Staatsapparat in voller Breite gegen ihren Protest zum Einsatz gebracht wurde.

H.C.

Politische Entscheidungsgremien während der Schleyerentführung

Der große Krisenstab

Während der Entführung des BDI/BDA-Präsidenten H.M. Schleyer durch ein Kommando der RAF fielen alle wichtigen politischen Entscheidungen in dem sogenannten ,,Großen Krisenstab''. Als ,,Großer Krisenstab'' wurde während der Schleyer-Affäre eine Summe von Entscheidungs- und Beratungsgremien bezeichnet, von denen die wichtigsten die *,,Kleine Lage''* und der *,,Große politische Beratungskreis''* waren, außerdem gehörten hierzu natürlich das Bundeskabinett, die ,,Lagezentren'' im Bundeskanzleramt und im Bundesinnenministerium sowie Arbeitsstäbe und Planungsgruppen in den betroffenen Ressorts.

Der ,,Große Krisenstab'', der in keinem Artikel oder Paragraphen irgendeines Bundesgesetzes oder einer Geschäftsordnung vorgesehen ist, fällte sämtliche für den Verlauf der Schleyer-Affäre wesentlichen Entscheidungen:

— Hier wurde erörtert und beschlossen, Schleyer unter keinen

— Hier wurde erörtert und beschlossen, Schleyer unter keinen

Umständen gegen RAF-Häftlinge auszutauschen, was nach Lage der Dinge nur bedeuten konnte, ihn zu opfern.

— Hier wurde die ,,Nachrichtensperre'' ausgeheckt, die koordiniert durch das Bundespresseamt und das Pressereferat des Bundesinnenministeriums, unterstützt vom ,,Deutschen Presserat'', dazu führte, daß eine regierungsunabhängige, eigenständige Berichterstattung in der westdeutschen Presse nahezu vollständig zum Erliegen kam.

— Der vorherigen Konsensbildung im ,,Großen Krisenstab'' war es offensichtlich auch zu verdanken, daß das ,,Kontaktsperregesetz'' in Windeseile und mit Zustimmung aller Fraktionen durch den Bundestag gepeitscht werden konnte.

Die wichtigsten Gremien des ,,Großen Krisenstabes'':

— Die *,,Kleine Lage''*: Sie trat in der Regel zweimal, zumindest aber einmal am Tag zusammen, zu besonderen Anlässen auch häufiger. Den Vorsitz führte Bundeskanzler

deren Anlässen auch häufiger. Den Vorsitz führte Bundeskanzler

Schmidt, im Falle seiner Abwesenheit Bundesinnenminister Maihofer. Regelmäßige Teilnehmer waren außerdem Bundesaußenminister Genscher, Bundesjustizminister Vogel, vom Bundeskanzleramt Staatsminister Wischnewski und Staatssekretär Schüler, Regierungssprecher Bölling, BKA-Chef Herold und Generalbundesanwalt Rebmann. Gelegentlich nahmen auch andere Minister, Staatssekretäre, NRW-Innenminister Hirsch u.a. an der ,,Kleinen Lage'' teil.

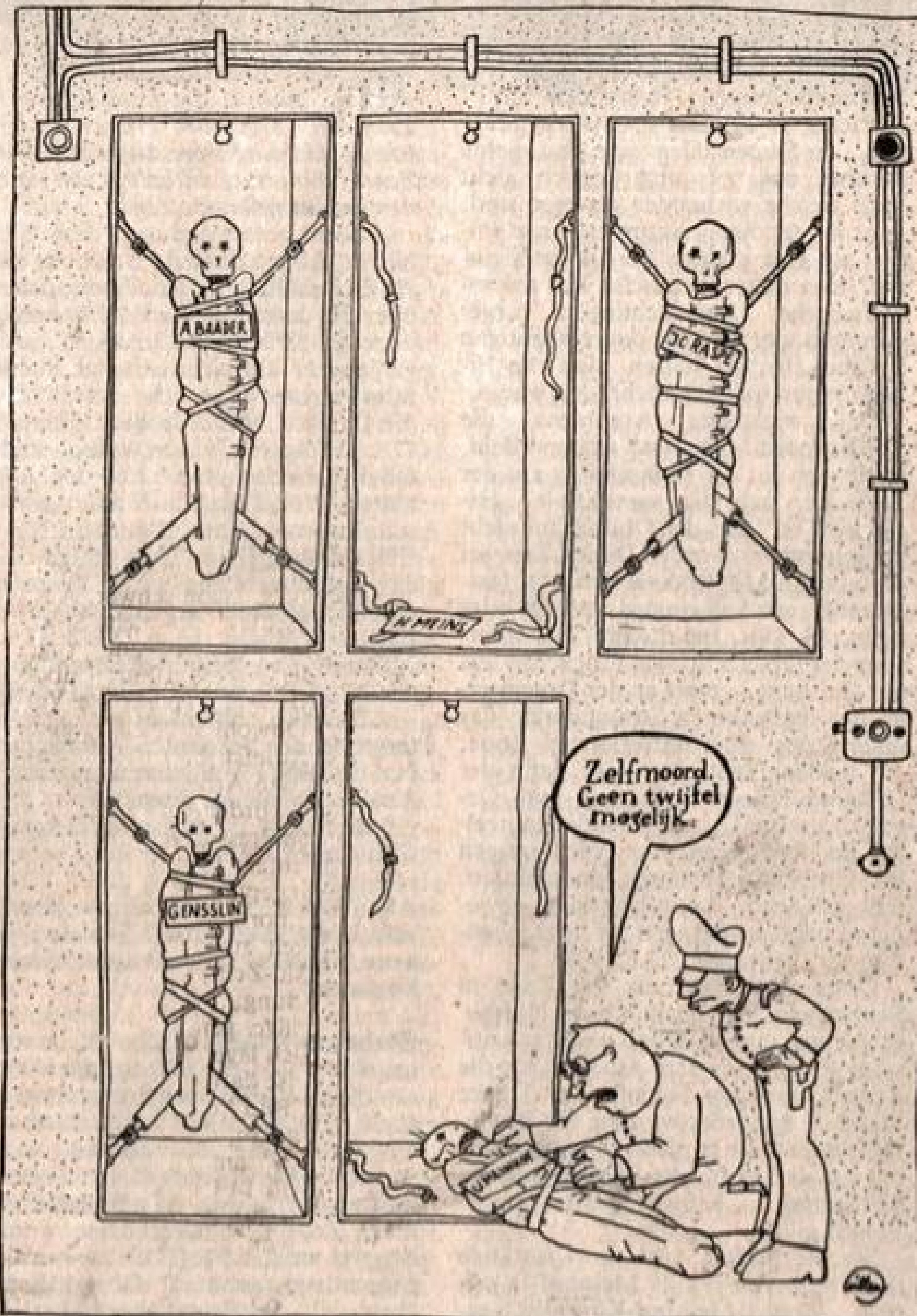
— Der *,,große politische Beratungskreis''*: Er war das für die politische Konsensbildung zu Grundsatzfragen sicherlich wichtigste Gremium. Er trat in den ersten Tagen der Schleyer-Entführung mehrfach, später regelmäßig ein- oder zweimal in der Woche zusammen. Zu ihm gehörten unter Vorsitz des Bundeskanzlers die Vorsitzenden der vier damals im Bundestag vertretenen Parteien, deren Fraktionsvorsitzende und der Landesgruppenchef der CSU, die Regierungschefs der Bundesländer NRW, Hamburg, Bayern und Baden-Württemberg, in deren Knästen die RAF-Mitglieder einsaßen, die befreit werden sollten. Gelegentlich nahmen auch Gäste teil, wie

Parteien, deren Fraktionsvorsitzende und der Landesgruppenchef der CSU, die Regierungschefs der Bundesländer NRW, Hamburg, Bayern und Baden-Württemberg, in deren Knästen die RAF-Mitglieder einsaßen, die befreit werden sollten. Gelegentlich nahmen auch Gäste teil, wie

z.B. der Psychologe und BKA-Berater Salewski oder Joachim Zahn, damals Vorstandschef der Daimler Benz AG und Vizepräsident des BDI.

— Das *Bundeskabinett*, als das einzige verfassungsmäßig legitimierte Entscheidungsgremium in diesem Reigen, hat seine Politik in allen wesentlichen Fragen stets mit der ,,Kleinen Lage'' und dem ,,Großen politischen Beratungskreis'' abgestimmt.

Außerdem gab es wichtige *,,Arbeitsstäbe''* und *,,Planungsgruppen''* im Bundeskanzleramt und im Bundesinnenministerium. Sie arbeiteten an Fallstudien, entwickelten und diskutierten z.T. abenteuerliche Pläne: Dort wurde z.B. erwogen, durch Einsatz von Psychopharmaka das gesamte Wissen der Stammheimer RAF-Häftlinge abzufragen, oder es wurde überlegt, die Häftlinge, wie von den Entführern gewünscht, auszufliegen und sie anschließend durch befreundete Nachrichtendienste, durch den CIA oder den Mossad der Israelis, wieder festnehmen oder *liquidieren* zu lassen. Und auch dieser Plan wurde diskutiert: Irgendwo in einem befreundenten Land könnte aus Pappe die Atrappe eines gewünschten Zielflughafens der ,,Terroristen'' aufgebaut werden. Israel hatte seine Mithilfe und sein Territorium hierzu bereits angeboten. Wenn dann durch ein von Baader zu übermittelndes Code-Wort die Entführer Schleyer freigegeben hätten, könnte die ganze Gruppe gleich wieder zurückverfrachtet werden. Von dem letztgenannten Plan unterrichtete damals Stuttgarts Polizeipräsident Dr. Alfred Stümper, der auch Mitglied des betreffenden Arbeitsstabes war, den ältesten Schleyer-Sohn, Hanns Eberhard, mit der Bemerkung: ,,Das Ganze ist durchaus realisierbar''.



„Selbstmord. Kein Zweifel möglich."
Diese Karikatur wurde anläßlich des Selbstmords an Ulrike Meinhof publiziert, also über ein Jahr vor der Todesnacht von Stammheim.

(Aus der radikaldemokratischen „Nieuwe Linie", Niederlande, 19.5.76)

Die 'Wunder von Stammheim' — aus der heutigen Sicht

Eine Bestandsaufnahme im Gespräch mit Christiane Ensslin

Zur kriminaltechnischen Seite der Stammheimer Nacht führten wir mit Christiane Ensslin ein gesondertes Gespräch. Welche Fragen wurden 1977 und danach gestellt? Welche Fragen sind heute noch offen?

Die amtliche Version vom Morgen des 18. Oktober lautet bis heute: Nachdem die Gefangenen von der Erstürmung der Landshut durch die GSG 9 erfahren hatten, verabredeten sie sich mittels ihrer illegalen Kommunikationsanlage zum kollektiven Selbstmord. Die Waffen, mit denen A. Baader und J.C.Raspe erschossen aufgefunden wurden, hatten sie vorher selbst in den 7. Stock geschmuggelt.

Der KB bezweifelte diese Version 1977 als 'Wunder von Stammheim'. Die Initiatoren einer internationalen Untersuchungskommission, deren Tätigwerden vom baden-württembergischen Justizminister Bender abgelehnt wurde, formulierte einen umfassenden Fragenkatalog. Die Fragen blieben auch nach Einstellung der offiziellen Todesermittlungen sowie Auflösung des baden-württembergischen Untersuchungsausschusses Anfang 1978 offen. Anläßlich des Prozesses gegen den KB 1978 wegen der Zweifel an den Stammheimer „Selbstmorden" und auf Grundlage derselben Tatsachen wurden zwei Jahre später von „Spiegel" und „Stern" die offenen Fragen noch einmal aktualisiert. (Siehe nebenstehenden Artikel zu den Ereignissen von Stammheim, der die offenen Fragen auf dem Stand von 1980 skizziert.) Die Hauptfragen, deren Aktualität heute zu überprüfen ist, waren im wesentlichen:

— Wie konnten die Waffen in die Zellen kommen? Wie erklären sich angesichts der jahrelangen und während der Kontaktsperre verschärften Kontrollen die Funde von weiteren Waffen, Sprengstoff, diversen elektrischen und sonstigen Kleingeräten in den Zellen der Gefangenen?

— Wie konnten sich die Gefangenen trotz Totalisolation miteinander verständigen, um die angebliche gemeinsame Selbstmordabsicht derart planvoll ins Werk zu setzen?

— Wie konnten die Gefangenen über den Verlauf und den für sie unglücklichen Ausgang der Flugzeugentführung in Mogadishu informiert sein, wenn sie von allen Außeninformationen abgeschnitten waren? Für ziemliche Aufregung sorgte das Auffinden von Sand an Baaders Schuhen. Dieser Fund zog die Frage nach sich, ob Baader möglicherweise den bekanntgewordenen Krisenstabsplanspielen folgend nach Mogadishu verbracht worden sei.

— Konnte die Anwesenheit von Anstaltsfremden im 7. Stock während dieser Nacht ausgeschlossen werden? Dagegen sprachen verschiedene Tatsachen: Ausgerechnet in dieser Nacht fiel die Fernsehüberwachungsanlage aus, nachdem tags daran Reparaturarbeiten vorgenommen worden waren. Von den 9 wachhabenden Beamten wurden ausgerechnet die beiden Türwächter für die Tatortermittlung nicht als Zeugen vernommen und blieben anonym. Aus Aussagen anderer Zeugen ging hervor, daß in dieser heißen Nacht, in der ganze Reporterpulks vor dem Anstaltsgebäude herumschwirrten, ein Hubschrauber abgesetzt habe, drei anstaltsfremde PKWs im Hof eingefahren seien. Nach der Funktion und Sicherung der Nottreppe wurde gefragt. Karl Heinz Janßen von der „Zeit" wußte zu berichten, daß nachts ein dpa-Redakteur von einem Unbekannten aus dem Bett geklingelt worden sei, der ihm gemeldet habe, daß die Gefangenen tot seien. Woher konnte dieser Mann seine Information haben?

— Wo blieben die drei Briefe Gudrun Ensslins, die dem Anstaltspfarrer für den Fall ihres gewaltsamen Todes übergeben werden sollten? Warum wurde ein Brief Baaders an den Untersuchungsrichter Foth unterdrückt, in dem Baader seine Befürchtung geäußert haben soll, ermordet zu werden? Wie konnte generell die Tatsache, daß die Gefangenen mehrfach ihrer Furcht Ausdruck verliehen, der Staat strebe nunmehr die „Endlösung in Stammheim" an, in Übereinstimmung mit ihren angeblichen Selbstmorddrohungen und der letztlichen offiziellen „Selbstmord"version gebracht werden?

Das größte Wunder allerdings waren die Todesumstände der Gefangenen selbst und die trotz aller Anstrengungen weder in dem staatsanwaltschaftlichen Todesermittlungsverfahren, noch durch den parlamentarischen Untersuchungsausschuß zu vertuschenden Widersprüche der staatlichen „Selbstmordversion", sowie die unglaublichen Schlampereien und Verdunkelungen der Ermittlungen selbst, die von vornherein nur darauf angelegt waren, die staatliche „Selbstmordversion" zu rechtfertigen.

Auf Grundlage der „stern"-Veröffentlichungen und in Zusammenarbeit mit dem Rechtsanwaltsbüro Weidenhammer, das die Interessen der Schwester von Jan Carl Raspe vertritt, richteten baden-württembergische Abgeordnete der GRÜNEN 1980 und noch einmal 1983 Anfragen an den dortigen Landtag und das Justizministerium. Sie fragten nach dem Verbleib der „Spur 6", nach Gründen für die Nichtbefragung der beiden Nachtwächter, sowie nach deren Namen, nach widersprüchlichen Angaben der Behörden zu deren Zeitangabe, wann Andreas seine Waffe in seinem Plattenspieler versteckt haben soll. Weiter fragten sie nach den nicht freigegebenen Röntgenaufnahmen von Anderas Baaders Kopf, nach seinem unterdrückten Brief an den Untersuchungsrichter Foth. Schließlich wollten die GRÜNEN Abgeordneten unter Hinweis auf die defekte Sicherheitsanlage und die nicht-überprüften Siemens-Techniker, noch wissen, ob die Landesregierung geheimdienstliche Tätigkeit ausschließen könne, die die Funktionsfähigkeit der Anlage beeinträchtigen sollte.

Die Antwort brachte außer arroganten Abfertigungen nichts Neues. Erstens seien alle Fragen abschließend „zweifelsfrei" durch die Todesermittlungen und den Untersuchungsbericht beantwortet. Davon abgesehen sei die „Spur 6" bedauerlicherweise nicht mehr auffindbar — also „erledigt". Von einer „förmlichen Vernehmung" der beiden Beamten sei abgesehen worden, da aufgrund einer „informatorischen Befragung" feststehe, daß beide Beamten „keine Wahrnehmung gemacht haben, die für das Ermittlungsergebnis von Bedeutung sein könnten." Die Siemens-Techniker, die die Anlage repariert hätten, seien bedauerlicherweise nicht mehr namhaft zu machen. Die Röntgenaufnahmen könne der Anwalt bei der Staatsanwaltschaft „einsehen". Die Frage nach dem Brief wurde einfach übergangen. Mehr noch: Gegenüber diesen GRÜNEN Parlamentariern, die sich in ihrer Anfrage eh schon von den „grausamen und zu verurteilenden Taten des Terrorismus" distanziert hatten, ging der Justizminister Eyrich seinerseits in die Offensive, indem er unmißverständlich zu verstehen gab, was er von der Anfrage hielt, nämlich: *„Weil damit ersichtlich nur der Zweck verfolgt wird, Mißtrauen und Zweifel an der Objektivität der Ermittlungsbehörden zu wecken, muß es die Landesregierung ablehnen, sich mit Fragestellungen, wie sie u.a. die Kleine Anfrage und ihre Begründung (...) enthalten, im einzelnen auseinanderzusetzen."*

Nicht besser erging es dem GRÜNEN Abgeordneten Ströbele, der jüngst anläßlich der Bundestagsdebatte über die durch die Flick-Affäre aufgedeckten Privatfinanzierungen privat vergebener antiterroristischer Sonderfahndungsaufträge über den BND an die Detektei Mauss in den Jahren 76, 77 und folgende wissen wollte, ob dies möglicherweise etwas mit den ungeklärten Vorgängen in Stammheim zu tun haben könnte. Ihm wurde von CDU und SPD im Chor geantwortet, ein Zusammenhang seiner Frage mit den Ereignissen in Stammheim sei nicht ersichtlich.

Damit war diese Angelegenheit — wie es scheint, auch für die GRÜNEN — abgehakt, obwohl sie vor dem Hintergrund der bekannten Abhörpraktiken des BND in Stammheim reichlich Anlaß zu weiteren Fragen gibt.

Vor diesem Hintergrund fragten wir Christiane Ensslin:

AK: Welche der damaligen Wunder sind heute noch offen? Wo sind evtl. neue Spuren, neue Fragen hinzugekommen?

Christiane Ensslin: Nach wie vor völlig ungeklärt sind die Sachen, die wir zusammen anläßlich des Prozesses gegen euch 1978 als offen benannt haben. Ungeklärt sind die absolut widersprüchlichen Ergebnisse im Todesermittlungsverfahren wie z.B. daß in Andreas Zelle herumgeschossen worden ist, wo welche Projektile zu welchen Einschüssen gehören. Da widersprechen sich die Kriminaltechniker und Gerichtsmediziner. Das läßt sich nicht unter einen Hut bringen. Ungeklärt ist nach wie vor die „Spur 6", also die Frage, ob eine zweite Person in Andreas' Zelle war. Ungeklärt ist, wie Andreas die geradezu akrobatischen Verrenkungen vollbracht haben soll, sich mit einem aufgesetzten Nackenschuß plus Schalldämpfer, zumal noch aus 30 cm Entfernung, selbst zu erschießen. Interessant wäre, wie der Bullenpsychologe Klaus sich dieses Phänomen erklärt. Ungeklärt ist, wo die Briefe geblieben sind, die bei Gudrun in der Zelle waren. Ungeklärt sind noch immer die Unterlassungen bei den Ermittlungen: Der nicht durchgeführte Histamintest bei Gudrun, der nicht untersuchte Stuhl, die nicht untersuchten Anhaftungen an der Schere, mit der Gudrun sich das Kabel vom Plattenspieler abgeschnitten haben soll. Ungeklärt ist nach wie vor, wie Jan aufgefunden wurde, ob mit der Waffe in oder mit der Waffe an der Hand. Nach wie vor überfällig ist die Untersuchung etlicher damals asservierter Beweismaterialien. Nicht untersucht ist die Frage, ob die Gefangenen unter Drogen und ggf. unter welchen gestanden haben. Überfällig ist die Ermittlung der Aussagen der beiden Nachtwächter, die Vernehmung der Siemens-Reparateure, der ehemaligen Präsidenten des BKA, des BfV, des BND — Herold, Meier und Wessel u.a. Irreparabel sind natürlich die Spurenvernichtungen wie im Fall Irmgard Möllers, deren Pullover bei der Operation im Krankenhaus vollkommen zerschnitten wurde, so daß eine Überprüfung dieses Beweisstückes überhaupt nicht mehr möglich ist, oder die sofort nach den Stammheimer Ereignissen durch Umbau vorgenommene Pulverisierung von Wänden und Fußböden im 7. Stock u.ä.

Ich würde behaupten, es ist nicht eine der Fragen, die der Arbeiterkampf 1977 und 78 nach dem abgebrochenen Prozess gestellt hat, in irgendeiner Form befriedigend geklärt.

Was du jetzt gesagt hast, das betrifft die Todesumstände. Wie steht es mit den Voraussetzungen dieser Todesumstände? Stefan Aust behauptet: Die Gefangenen hatten eigene Waffen im 7. Stock. Er behauptet: Sie hatten ein funktionierendes Kommunikationssystem untereinander. Er behauptet: sie hatten Informationskontakt nach außen. Sind diese Fragen heute beantwortet?

Von diesem großen Fragenkomplex ist mit Sicherheit nur eines beantwortet: Die Gefangenen wurden mit RAF-Waffen aufgefunden, also Jan und Andreas. Es gab am Morgen des 18. 10. 77 RAF-Waffen im siebten Stock. Das ist ein Fakt. Wann diese RAF-Waffen reingekommen sind, wie, ob auf Betreiben der Gefangenen oder auf ganz anderen Wegen und wann, ist völlig ungeklärt. Es ist auch völlig ungeklärt, ob die Verstecke, die von der staatlichen Seite hinterher der Öffentlichkeit präsentiert worden sind, jemals von den RAF-Gefangenen benutzt worden sind. Es gibt da ganz viele denkbare Möglichkeiten, die Herr Aust weder anschneidet, noch problematisiert. Auch liefert er für keine seiner Thesen einen Beweis.

Stefan Aust zitiert in seinem Buch die Version des BKA-Kronzeugen Speitel, nach der die Waffen über die Anwälte Newerla und Müller reingeschmuggelt worden sein sollen. Zwar erklärt Stefan Aust die Aussagen Speitels im weiteren für widersprüchlich, übernimmt letztlich aber seine Version doch als Tatsache.

Das ist ganz die alte staatliche Version, mit der der Staat einen Weg möglich erscheinen lassen will und muß, wie die Waffen reingeschmuggelt worden sein sollen. Nur so kann er seine ganze Konstruktion eines geplanten Selbstmordes einigermaßen stabil erscheinen lassen. Das stützt das Buch von Stefan Aust auch wieder ab, bringt aber dazu, wie und durch wen die Waffen reingekommen sein sollen, nicht einen einzigen neuen Fakt. Die Frage, ob es auch andere Wege als den Schmuggel seitens der Gefangenen gegeben haben könnte, über die die Waffen dorthin kamen, wo sie schließlich aufgefunden wurden, taucht bei Stefan Aust überhaupt erst gar nicht auf.

Für den effektiven Gang der Dinge gibt es jedenfalls bzgl. der Waffen auch heute überhaupt keinerlei Beweise. Alle Beweismöglichkeiten sind pulverisiert, atomisiert. Es gibt entgegen dem Anschein, den Herr Aust erweckt, keine gültige Geschichte, was in Stammheim — in punkto Waffen im besonderen — wirklich passiert ist.

Wie ist es mit den beiden anderen Punkten, — dem Kommunikationssystem und dem Informationskontakt nach außen?

Die Kommunikation nach innen war in Stammheim relativ leicht. Man konnte sich schon mit der Stimme durch die Türspalte verständigen. Ich bin sicher, daß die Gefangenen während der Kontaktsperre, alles was passiert ist, nicht nur von Mitgefangenen mitgekriegt haben, sondern sich auch untereinander mitteilen konnten. Ich denke, daß dieses Kommunikationssystem unter den Gefangenen funktioniert hat. Allerdings denke ich im Gegensatz zu Herrn Aust, daß dieses Kommunikationssystem nicht dazu gedient hat, einen kollektiven Selbstmord zu verabreden. Das Kommunikationsystem war vielmehr eine minimale Überlebenschance für die Gefangenen in dieser wahnsinnigen Zeit ihrer jahrelangen Haft, von der ich mir bis heute nicht vorstellen kann, wie man die überhaupt so lange überleben konnte. Dazu man muß sich vorstellen, daß seit dem Juni 77 und nach der Schlägerei im August eine permanente Anspannung bestand. Man muß bedenken, daß, dieser Höhepunkt der Kommunikationssperre die Gefangenen zu einem Zeitpunkt traf, wo sie schon auseinandergesprengt waren, schon an sich geschwächt, als Gruppe, als Menschen. Ich denke, nach innen hat die Kommunikation relativ funktioniert. Den Behörden war die Existenz der Anlage bekannt.

Staatlicherseits wären sie dumm gewesen, das zu unterbrechen. Es war für sie eine fantastische Abhörmöglichkeit, die sie mit Sicherheit exzessiv genutzt haben. Und nicht nur das, sie haben sie auch noch gefördert. Tagsüber hörten die Beamten natürlich jedes Wort, was durch die Türschlitze gerufen wurde. Nachts waren u.a. die Kontaktsperrepolster — davon ging auch Otto Schily aus, wie er mir später erzählte — das ideale Versteck für verborgene Abhörmikrofone. Es ist z.B. ein Fakt, daß die Kontaktsperrepolster schon weg waren, als die Rechtsanwälte Schily, Heldmann und Weidenhammer oben bei der Leichenschau mit dabei sein konnten.

Du gehst also davon aus, daß die Behörden über alles, was zwischen den Gefangenen gesprochen wurde, en detail informiert waren.

Ja, ich bin der Meinung, sie bräuchten nur diese Tonbänder rauszurücken. Wenn da eine Absprache zum Selbstmord drauf wäre und ich denke, daß ich die Stimmen wiedererkennen würde — dann würde ich die staatliche Version glauben.

Wie ist es nun mit dem von Stefan Aust erwähnten Informationskontakt nach außen?

Auch dafür liefert er keinen Beweis. Das wäre zu recherchieren. Es würde sicherlich sehr interessante Aufschlüsse geben. Ich möchte dazu jetzt nichts sagen.

Die Abhörmaßnahmen im siebten Stock wurden unter der Regie des BND vorgenommen. Du erwähntest schon, daß der damalige Präsident des BND wie auch des VS und BKA bis heute nicht öffentlich zur Sache vernommen wurden, der „Spiegel" wußte am 29.10.79 zu berichten, daß der israelische Geheimdienst Mossad, über den BND vermittelt, Zugang zu bayerischen Gefängnisssen hatte, wo er Palästinenser verhören konnte. Nach den Stammheimer Ereignissen wurde auch bekannt, daß es in der BRD inzwischen sog. Sicherheitsgruppen gibt, die an dem normalen Justizvollzugspersonal vorbei Zutritt in die Knäste haben. Jetzt wurden die u.a. von der Detektei Mauss ausgeführten, aus Industriespendengeldern finanzierten Sonderaufträge des BND im Rahmen der Terrorismusfahndung ab spätestens 1976 bekannt. Hast du vielleicht in diese Richtung bereits recherchiert?

Speziell dazu habe ich bisher nichts recherchiert. Aber das ist eine Sache, die mir eigentlich eh immer klar war. Daß der BND da seine Finger im Spiel hatte, war seit dem Tod von Ulrike klar. Und daß der BND von der Industrie mitbezahlt wird wie auch die Regierung, das ist seit dem Kalten Krieg von 1949 klar. Ich habe aber keine Belege dafür, daß nun etwa speziell Flick Gelder für die Beseitigung der Stammheimer Gefangenen locker gemacht hätte, das keineswegs. Aber die Frage steht, das ist richtig.

Wir danken für das Gespräch!

Fortsetzung von Seite 19

aufmerksam gemacht, daß bis heute die Debatte um „Amnestie" und „Abschwören" bestimmt: Ohne Wegfall der Isolationshaft-Bedingungen ist eine mögliche Amnestie nur über die Kapitulation der Gefangenen zu zu erreichen, und damit für diese unakzeptabel. Diese Seite blendet Aust völlig aus. Aust suggeriert hingegen, die Gruppe habe Ulrike Meinhof in den Tod getrieben: „Die geplante Distanzierung Gudrun Ensslins vom Springer-Attentat mußte auf sie wie die öffentliche Aufkündigung der Solidarität wirken. Vier Tage später war Ulrike Meinhof tot."

Selbst wenn die geschilderten Umstände als wahr angenommen werden können, stellen sie für sich genommen keinen Beweis für die „Selbstmord"-These dar. Erst die von Aust als Buch- wie als Drehbuch-Autor hergestellte dramaturgische Komposition erzeugt eine Stimmung, die einen „Selbstmord" plausibel erscheinen läßt.

Mit schneller Feder ist Aust auch dabei, die kurz nach dem Tode in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1976 geäußerten Zweifel an der Selbstmord-Version wegzuwischen.

Eine „internationale Untersuchungskommission" (ihr Bericht erschien unter dem Titel „Der Tod Ulrike Meinhofs" beim IVA-Verlag,1979) war in den offiziellen medizinischen Gutachten darauf gestoßen, daß eine chemische Untersuchung der Unterwäsche auf Samenflüssigkeit ein positives Ergebnis hatte, obwohl keine Spermatozoen gefunden wurden. Allein aufgrund des Vorhandenseins von Eiweiß müsse die Möglichkeit berücksichtigt werden, so die Untersuchungskommission, daß Ulrike Meinhof vor ihrem Tod sexuell mißbraucht worden sei. Diesem Verdacht nachzugehen sei versäumt worden mit der Begründung, daß bei der Probe keine Samenfäden gefunden worden seien. Dies beweise jedoch nichts, weil „Samenfäden nach Bakterieneinwirkung im Laufe weniger Stunden (...) verschwinden, wenn (...) Verunreinigungen vorhanden sind." (Bericht, S. 20) Das Nichtvorhandensein von Samenfäden sage also nichts darüber aus, ob ursprünglich nicht doch welche vorhanden gewesen sind. Aust nimmt dieses Argument nicht einmal auf und erklärt: Bei Ulrike Meinhof seien mikrochemische und mikrobiologische Untersuchungen vorgenommen worden, die den eindeutigen Befund ergeben hätten, daß die Eiweißspuren keine Samenfäden waren.

Das wichtigste Argument, die „Selbstmord"-Version anzuzweifeln, ergab sich für die Kommission aus der Tatsache, daß der sogenannte „Histamin-Test" bei der Obduktion nicht vorgenommen wurde. Dieser Test sei die einzige Möglichkeit definitiv festzustellen, ob Selbstmord vorliegt oder nicht. (S. 18) „Bei diesem Test asserviert der Obduzent zwei Stückchen aus der Halshaut — eines an der Druckstelle, der sogenannten Strangmarke, das andere aus einer unverletzten Zone. An beiden Hautteilen wird dann der Histamin-Spiegel gemessen, ein Gewebshormon. Da nur lebende Hautzellen bei Reizungen oder Verletzungen im Übermaß Histamin ausschütten, läßt sich schon damit beweisen, ob jemand beim Aufhängen tot oder lebendig war." (Spiegel, 23.8.1979)

Unter dem Eindruck der Tode in Stammheim, der Brutalität der Haftbedingungen und aufgrund weiterer kritischer Fragen aus dem Ausland zog die Kommission den Schluß, daß Ulrike Meinhof ermordet worden sei. Bewiesen hat auch sie es nicht, aber bewiesen hat sie, daß es für die Behauptung des Selbstmordes keinen ausreichenden Beweis gibt.

So wie Stefan Aust die Umstände des Todes von Ulrike Meinhof in seinem „Baader-Meinhof-Komplex" gewürdigt hat, hat er allein zum Ausbau der Selbstmordbehauptung des Staates beigetragen.

Bj., Hamburg

Kommentar:

Der Film, der noch gedreht werden muß

Wer Parteilichkeit vermeiden muß oder will, arbeitet sich an einem Prozeß ab. Wie ein Sportreporter, wenn er bei der Weltmeisterschaft Spiele der anderen kommentiert, Mexiko gegen Portugal oder so. Wurden die Regeln eingehalten, war der Kampf fair, der Schiedsrichter neutral? Wenn im Zuge des Stammheim-Films und -Buchs nach Dialogfähigkeit gerufen wird, müssen wir passen. Einmal war der Prozeß für uns weniger interessant als das davor und das danach. Zum anderen standen wir auf einer der beiden Seiten, auch wenn wir ihr nicht helfen konnten.

Es ist wirklich ein Fortschritt, wenn der Justizskandal Stammheim bekannt gemacht und kritisiert wird. Aber zu behaupten, das sei nun die Vorgabe, um die Baader-Meinhof-Geschichte zu ,,bewältigen'', während der ganze show-down mit einem kargen Satz aus dem Off abgehandelt wird, ist schon absurd. Jede Erklärung, die sich abmüht, das Ende als sekundär hinzustellen — es sei gar nicht wesentlich, wie es sich wirklich abspielte —, macht diese Absurdität nur noch deutlicher.

Wenn wir mal einen Moment die beredte Naivität beiseite lassen: Kein Autor, kein Regisseur hätte sich freiwillig diesen Stoff entgehen lassen — der alte Nazi in der Schrankzelle, der permanente Krisenstab im Regierungsbunker, Ben Wisch and the German Sonderkommando, die letzte Nacht im siebten Stock ... Die ungeheure Zwangsläufigkeit der Sequenzen von der ersten Blendgranate in Mogadishu bis zum letzten Schuß in Colmar. Diese Tage, ja Stunden aber waren der Einschnitt in die Geschichte, das Messer, welches speziell in die Köpfe des progressiven Lagers sauste, weniger der wenn auch einmalige Prozeßverlauf.

Dieser Verzicht, die Selbstbeschränkung auf den Prozeß sind mithin nicht ganz freiwillig. Der vollständige Film muß in der Bundesrepublik erst noch gedreht werden. Das Prädikat ,,besonders wertvoll'' markiert eigentlich nur, wie niedrig die Ansprüche sind, die in der liberalen Debatte heute gestellt werden. Man ist froh, eine Wahrheit präsentiert zu bekommen — aber selber danach suchen?

Wenn einige Linke nach achteinhalb Jahren immer noch von Mord in Stammheim ausgehen (mal sehen, ob man das heute so formulieren darf), so hat sich in dieser Frage nicht unsere, sondern die Sprachlosigkeit dieses, nicht unseres Landes nicht geändert. Sie sind Staatsfeinde oder Spinner, und sowieso bleiben sie ja den Nachweis schuldig. Wer sich's recht überlegt, wird feststellen, daß dieser Vorwurf relativ leicht zu ertragen ist.

Die andere, gesellschaftlich aner-

legt, wird feststellen, daß dieser Vor-
wurf relativ leicht zu ertragen ist.
Die andere, gesellschaftlich aner-

kannte Seite war ausdauernd genug, am Morgen des 18.10.1977 in fester Überzeugung zu behaupten, es war Selbstmord, und im März 1986 immer noch durch die Lande zu ziehen, daß es Selbstmord und nur das gewesen sein muß. Eben: Muß. Eine sachliche Auseinandersetzung, geschweige denn Widerspruch findet nicht statt. Wenn aber bis auf ein paar Verrückte, Chaoten oder verhetzte Ausländer kein Mensch jemals anderer Meinung war — warum benötigt dann der ,,Spiegel'' noch heute nach der Enthüllung des von Brauchitsch (BND wurde für Sonderaufgaben der Terrorismusbekämpfung von der Industrie bezahlt) so dringend einen Artikel, daß Stefan Austs Buch nun endgültig das Ende von Ulrike Meinhof erhelle?

Je schlechter eine Lüge ist, desto lauter muß sie vorgebracht, desto häufiger muß sie wiederholt werden, und desto mehr Zeugen werden gesucht, um sie zu beschwören. Erst recht die staatliche Lüge: Sie muß noch Jahre später auch den letzten Zweifler zum Schweigen bringen. Sie muß sich hundertprozentig durchsetzen, oder sie ist bald erledigt.

Die staatliche Selbstmord-Version über Stammheim verfolgt einen solchen totalen, sagen wir ruhig totalitären Anspruch. Damit ist das Gegenteil noch nicht bewiesen. Die Perfektion jedoch, mit der in dieser Frage eine monopolhafte Phalanx von Exekutive, Legislative, Justiz (genau, Otto: das staatliche Gewalt*monopol*), Medien, Pädagogik, Kunst und Wissenschaft — halt der ganze bürgerliche Überbau — durchmobilisiert ist, kann einem kritischen Menschen wenig Vertrauen einflößen. An der Art und Weise, wie jemand lügt, kann ich ihn beim Lügen ertappen. Damit kenne ich die Wahrheit noch nicht, geschweige denn daß ich sie beweisen könnte. Trotzdem wird der Eindruck immer sicherer, daß gelogen wird. So ist es mit Stammheim, aus heutiger Sicht.

Wird damit Stefan Aust der bewußten Lüge bezichtigt? Beim Goldenen Bären — das ist nicht beabsichtigt. Hier geht es um ein gesellschaftliches Phänomen, auf das man sich als Individuum allerdings einstellen muß. Aust versucht, das Problem so zu lösen, daß er auf den Umfang seiner Recherchen verweist, auf sein Bemühen um Objektivität. Alles richtig — solche Recherchen und noch viel mehr werden gebraucht — und offenkundig doch falsch. Hätte Aust eine vollkommen subjektive Geschichte aufgeschrieben, wäre er zu genau den gleichen Bewertungen gelangt. Daß die gute Ulrike unter dem despotischen Andreas litt, aber von ihm abhängig war, daß die kalte Gudrun gegen sie intrigierte und sie irgendwie auf dem Gewissen hat, daß die Betonjustiz einem demokratischen Prozeß Hohn sprach, es andererseits aber schier unmöglich ist, daß der Staat die Gefangenen ...



Die Rache für Stalingrad

(Mogadishu — diese Zeichnung veröffentlichte die ,,Hamburger Morgenpost'' am 19.10.77)

Die story ist ja bekannt. Aust und Kollegen aus der alten ,,Konkret''-Zeit können im Grunde gar keine andere schreiben. Gegenüber Ulrike Meinhof hatten sie ein doppelt schlechtes Ge-

schreiben. Gegenüber Ulrike Meinhof
hatten sie ein doppelt schlechtes Ge-

wissen: Einmal schrieb sie nicht nur, sie zog auch Konsequenzen, sie kämpfte um Übereinstimmung von Wort und Tat. Zum anderen war da das Gefühl, sie im Stich gelassen zu haben, mitverantwortlich zu sein für ihr Schicksal. Nach ihrem Tod konnte man diese Problematik zudecken und das schlechte Gewissen an Baader abarbeiten, der natürlich an allem Schuld gehabt haben mußte.

Es geht mir gar nicht mal so, daß ich jene Notenverteilung unsympathisch fände. Nach meiner ganz privaten Meinung ist Ulrike Meinhof das bessere Vorbild für die Nachwelt. Und auch softimäßig ist nichts dagegen einzuwenden, wenn in dieser Sache eine Frau besser abschneidet. Nur eines stimmt nicht: Daß die story objektiv wäre. Deshalb gibt es an dieser Stelle gar nicht erst den Versuch einer objektivierenden Darstellung, sondern das klare Eingeständnis, befangen zu sein. Auch das kann manchmal der Wahrheitsfindung dienen.

Wir waren halt (und sind es immer noch) die Verrückten. Die Gespenster sahen, an die imperialistische Weltverschwörung glaubten, überall Geheimdienste entdeckten und Faschismus nicht von Demokratie unterscheiden konnten. Völlig abgehoben von der ,,Realität'' wie an unserer Spitze der senile, verkalkte und erblindete Jean Paul Sartre. Kettenrauchend, hypernervös und durchgeknallt wie eine französische Gaullistin, die zum Prozeß von Irmgard Möller nach Stammheim gekommen war und der verständnislos glotzenden Presse einen ,,vornehmen und bedeutenden'' Pariser Anwaltskollegen, den sie mitgebracht hatte, vorstellte, für dessen Namen sich aber niemand interessierte (er war die letzten fünf Jahre französischer Justizminister: Badinter).

Wir hielten der RAF gegen die staatliche Verfolgung publizistisch die Stange und machten schon mal Demos oder vertraten die Anliegen der Gefangenen bei einem Russell-Tribunal. Darin waren wir wohl etwas stärker engagiert als andere K-Gruppen, vor allem nach Stammheim. Grob gesagt galt für unser Verhältnis zum Untergrund, daß die Politik den Gewehren kondolierte. Wir lehnten den Ansatz der RAF ab, wonach jede(r) Revolutionär(in) mit dem bewaffneten Kampf anfangen könne, unabhängig von den politischen und sozialen Voraussetzungen (Horst Mahler), hielten es aber mit Lenin, den individuellen Terror *nicht grundsätzlich* abzulehnen, solange er sich nicht gegen die Unterdrückten richtet. Dementsprechend wurden Aktionen wie die Bombe bei Springer, von der auch Arbeiter und Angestellte verletzt wurden, vom KB kritisiert, was damals eine Gegenkritik Ulrike Meinhofs herausforderte; erst recht galt das für Kaufhausanschläge oder Flugzeugentführungen.

In dieser Distanz ließ sich politisch leben, wenn man einmal von der Panik nach jeder RAF-Aktion absieht, weil sich die Racheaktionen des Staatsschutzes gern gegen diejenigen richteten, derer er leicht habhaft werden

schutzes gern gegen diejenigen richte-
ten, derer er leicht habhaft werden

konnte. Doch die Angst hatte einen weiteren Grund: Inwieweit würde die RAF, die auf die sogenannte Stimmung der Volksmassen keinerlei Rücksicht zu nehmen pflegt(e), die revolutionäre Option beeinträchtigen, vielleicht sogar zerstören, die der KB vertrat und heute immer noch nicht vollständig aufgegeben hat? Wir wehrten uns gegen die verbreitete These, die RAF schade der Linken vor allem deshalb, weil sie staatliche Repression provoziere, wodurch eine revolutionäre linke Politik unmöglich werde. Denn der Staat werde auch ohne solche Anlässe gegen die Linke vorgehen.

Heute ist m.M. schwer zu widerlegen, daß die Vorgänge von Stammheim — so oder so oder nochmal anders, sicher ist nicht: wie, sicher ist nur: daß — erheblich zu der Schwächeposition beigetragen haben, in der sich die revolutionäre Linke seit Jahr und Tag befindet. Deswegen muß die *allgemeine* Linie des KB in dieser Hinsicht nicht falsch gewesen sein. Das sichere Terrain jedoch, auf dem wir uns mit dem Hinweis auf Lenins *grundsätzliche* Aussage zu bewegen meinten, enthob uns scheinbar der Notwendigkeit, uns *konkret*, Fall für Fall mit den Aktionen der sog. Stadtguerilla auseinanderzusetzen. Zum konkreten Nutzen oder Schaden der Schleyer-Entführung hatte der KB keine Meinung außer der grundsätzlichen Feststellung, sich nicht von revolutionärer Gewalt schlechthin abzugrenzen. Es gab Privatmeinungen (jetzt merkt der Leser auf, es könnte intim werden). Die stimmten in hohem Maße überein (du kannst weiter schlafen, mehr kommt nicht).

Das Stichwort ist gefallen. Politisch ist es grotesk, beinahe schon kindisch, Stammheim ohne Schleyer diskutieren zu wollen. Vom Film her gesehen, ist es in gewissem Sinn eine Gemeinheit. Niemals hätte Hauff *seinen* Baader mit dem beliebtesten und weltbesten SS-Darsteller, Tukur-,,Kittel'', besetzen können, wenn er gleichzeitig mit dem ehemaligen Arbeitgeberpräsidenten eine echte deutsche Führerpersönlichkeit darzustellen gehabt hätte. Eine ganze Reihe gewollter oder ungewollter Mißverständnisse wären dadurch von Anfang an unmöglich gewesen. Andererseits ist es aber auch bemerkenswert, daß sich für das Schicksal einer der mächtigsten Figuren der BRD heute, jetzt sagen wir's mal landläufig: keine Sau mehr interessiert. Tja. Ein schöner Kontrast zu der gekünstelten Aufregung, die damals durch den Blätterwald rauschte. Jedes Ding hat halt seine zwei Seiten.

Aus der Sicht der RAF, aus der Sicht des Projekts ,,große Raushole'' war Schleyer das ideale Objekt. Mit seiner NS-Vergangenheit an der Seite Heydrichs, seiner politischen und ökonomischen Machtposition, die die ungebrochene Kontinuität des deutschen Imperialismus demonstrierte, mit seiner nackten und allseits bekannten Ausbeuter-Mentalität, mit seiner Oberbonzen-Visage, die noch einem Bildzeitungsleser den Kapitalisten signalisierte, war er schlicht eine, nein *die* Perle, derer sich die RAF bemächtigen

nalisierte, war er schlicht eine, nein *die*
Perle, derer sich die RAF bemächtigen

konnte. Und doch hätte man ihn als wehrlose Geisel nicht töten dürfen, schrieb Karl-Heinz Roth später im AK.

Aber versuchen wir einmal, moralische Überlegungen so weit wie möglich auszuklammern (denn man kann durchaus kontroverser Meinung sein, inwieweit sie auf SS-Leute anwendbar sind), und versuchen wir, uns in die Lage der damaligen RAF, vor allem der Schleyer-Entführer, zu versetzen, von sonstigen Differenzen und/oder Übereinstimmungen einmal abgesehen. Dann war (ist) im Rahmen dieser Politik — Entführung hoher Personen aus Staat und Wirtschaft, um im Austausch die Gefangenen freizubekommen — die Schleyer-Entführung effektiv nicht mehr zu übertreffen. Einfach, weil es an Personen fehlt(e), die eine vergleichbare Machtfülle bei sich konzentrierten (und dazu noch relativ unpopulär waren). Doch der Krisenstab Helmut Schmidts blieb beinhart und zögerte offensichtlich keine Sekunde, Schleyers Tod in Kauf zu nehmen.

Es kam die verdammte Flugzeugentführung hinzu — von wem auch immer durchgeführt, jedenfalls *nicht* im Einverständnis mit Baader, Ensslin und Raspe, die solche Aktionen stets abgelehnt hatten. Sie brachte dem Krisenstab das Gesetz des Handelns zurück und kippte die Stimmung bei vielen, die dem Kapitalisten-Chef wenig Sympathie entgegengebracht hatten. Daß nach der Erstürmung der Lufthansamaschine und dem Tod der Gefangenen Schleyers Stunden gezählt waren, war damals irgendwie total klar.

Warum eigentlich? Warum eigentlich diese ungeheure Zwangsläufigkeit der Ereignisse? Warum *mußten* die Gefangenen sterben, warum *mußte* Schleyer sterben? Fangen wir mit Letzterem an. Schleyers Ermordung war ein reiner und ausschließlicher Vergeltungsakt. Nach RAF-Logik hätte sie unter einer einzigen Bedingung Sinn machen können: Wenn man diese Politik fortsetzen, eine ähnliche Aktion wiederholen wollte. Beim nächsten Mal hätte das Ende Schleyers einem Krisenstab und der Öffentlichkeit die ,,Ernsthaftigkeit'' der Entführer und ihrer Drohungen signalisieren können.

Ein nächstes Mal aber hätte vorausgesetzt, ein gewissermaßen noch besseres Faustpfand zu finden — unmöglich, wenn das oben Gesagte richtig ist, daß die Schleyer-Entführung nicht mehr zu steigern war. Folglich war seine Tötung nur noch sinnlose und unpolitische Rache, und genau diesen Eindruck vermittelt auch die kurze Kommandoerklärung, welche die Entführer dazu abgegeben haben. Darin ist keine politische Überlegung mehr zu entdecken, nur noch Emotion. Verständlich vielleicht, aber absolut ausgeschlossen für Leute, die mit der Waffe nicht nur Politik, sondern Geschichte machen. Es kann eben doch nicht jeder anfangen.

Rückblickend ist es natürlich immer leichter, aber deswegen macht man ja den Rückblick: Nach der Nachricht von den Toten im siebten Stock von Stammheim hätte für die Entführer Schleyers die Niederlage feststehen müssen und zwar nicht nur das Scheitern dieses spektakulärsten Coups der RAF, sondern auch das Ende dieses ganzen politischen Kapitels, brutal dokumentiert durch den Tod der wichtigsten Gefangenen. Die RAF war (ist?) zu diesem Eingeständnis nicht in der Lage.

Wenn das denkbar beste Faustpfand nicht nur nicht ausreichte, zum Ziel zu kommen, sondern am Ende der Aktion die zu Befreienden tot sind, dann war dieses Faustpfand realiter ,,wertlos'', und die Politik, die darauf baute, hatte sich in Luft aufgelöst (logisch: Manches hiervon klingt für zarte liberale Ohren hart und inhuman. Aber wenn man sich mit der RAF auseinandersetzen will, muß man sich auf sie einlassen). Wie man's dreht und wendet, und so sehr man (auch aus aktuellem Anlaß) der Meinung sein kann, daß Schleyer wahrlich nicht gerade das ungeeignetste Opfer des Terrorismus war — *aus der Sicht der RAF selbst* war seine Erschießung keineswegs politisch zwangsläufig oder konsequent durchdacht, sondern eine Kurzschlußhandlung. Ausführung und Begründung der Tat unterstreichen das noch.

Die Akteure hatten den Überblick verloren. Wer aber den Überblick verloren hat, agiert in Wirklichkeit gar nicht mehr, er *reagiert*, auch wenn er es noch nicht gemerkt hat.

nicht mehr, er *reagiert*, auch wenn er es
noch nicht gemerkt hat.

Die Seite der Aktion, das Gesetz des Handelns war längst auf den Krisenstab der Regierung und eventuell noch intimere Stäbe des Herrschaftsapparates übergegangen. Die Zwangsläufigkeit des Geschehens, wie sie sich auf den ersten Blick darstellt, die scheinbar unaufhaltsame Kettenreaktion, in der ein Tod den nächsten hervorrief — sie existiert im Grunde nur aus der Sicht des Antiterrorismus. Die Krisenstäbler berechneten: Wenn wir das machen, passiert das, ... und es passierte. Es passierte, weil die RAF ihren Gegnern militärisch, logistisch, politisch und vor allem auch psychologisch total unterlegen, sogar hoffnungslos ausgeliefert war — drinnen und draußen. Das muß hinzugefügt werden, wenn wir uns an die international mehr oder weniger offen bewunderte technische Brillanz der Schleyer-Entführung erinnern.

Jetzt wissen wir immer noch so gut wie nichts. Außer, was geprüft werden muß: Wenn die Todesserie vom Oktober 1977, und zwar die gesamte, bei genauer Betrachtung für die RAF keinen Sinn ergibt, hat sie dann vielleicht in der Logik des Krisenstabs Sinn gemacht? Welchen? Dieser Dialog wird von den lautesten Propagandisten des Dialogs vermutlich am heftigsten gemieden werden, wie immer schon. Er bleibt die Angelegenheit der sogenannten Sprachlosen und Durchgeknallten.

Es gibt die RAF noch, es gibt die revolutionäre Linke noch. Beide sind nach diesen achteinhalb Jahren nurmehr ein Schatten ihrer selbst. Sollte irgendein Schatten aus unerfindlichen Gründen jetzt auf einmal eine Auseinandersetzung wünschen, damit etwas mehr Licht fällt — dazu wäre diese Zeitung durchaus in der Lage.

de.

Türkische Jugendliche organisieren sich gegen Rassismus

Die Ermordung Ramazan Avcis durch eine Bande Skin-Heads sorgte Ende des letzten Jahres für Schlagzeilen. Anders als bei vergleichbaren Vorfällen bisher, entstand in der Stadt ein ungemein breites Bündnis von politischen Organisationen, Vereinen, Religionsgemeinschaften etc. unter der türkischen Bevölkerung; und eine auch für Hamburger Verhältnisse sehr breite Aktionseinheit deutscher Initiativen, Organisationen etc. Dieses Bündnis organisierte am 11.1.86 mit 12.000 Teilnehmer/inne/n die größte Demonstration gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, die hierzulande je stattgefunden hat. Die regierende SPD reagierte zunächst „betroffen" und versuchte den rassistischen Mord zur „Einzeltat" einer „unterbelichteten" Minderheit herunterzuspielen. Sie beteuerte immer wieder, daß die Ausländer in Hamburg keine Angst zu haben brauchen.

Die SPD war jedoch durch die Breite und Stärke des Protests mit der Forderung nach einer Diskussion konfrontiert, die ihr alles andere als lieb ist: *Was hat Rassismus von Skins mit allgemeinem Rassismus, und was mit Ausländergesetzen und der behördlichen „Verwaltung" von Ausländern zu tun?*

Frieden in Hamburg

Nachdem ein Skin von türkischen Jugendlichen verletzt worden war, versuchte Bürgermeister von Dohnanyi die „streitenden Parteien" zu beruhigen, indem er in pastoraler Weise zum „Frieden" in der Stadt aufrief. (s. AK 267)

„Die Jugendlichen aus der Türkei" erteilten die passende Antwort. In einem offenen Brief: **„Fühlen Sie sich gestört, Herr Dohnanyi?" (s.Kasten),** gaben sie ihrer Verwunderung und Empörung darüber Ausdruck, daß der Bürgermeister dieser Stadt erst jetzt erst nach der Verletzung eines Skinheads es für nötig hält, sich an die Jugendlichen aus der Türkei zu wenden. (Die „Botschaft" des Bürgermeisters wurde in Deutsch und Türkisch in allen städtischen Zeitungen veröffentlicht und im Radio verlesen.) Die Jugendlichen wiesen die große Geste mit dem Hinweis zurück, daß sie wohl nicht der richtige Adressat seien. Dohnanyi mußte einsehen, daß er seine Glaubwürdigkeit zumindest unter der türkischen Bevölkerung nicht so würde verteidigen können. Allerdings sah sich weder der Hamburger Senat zu einer Stellungnahme genötigt noch änderte die SPD ihre Haltung, den Konflikt herunterzuspielen, obwohl auch der Brief der Jugendlichen weite Verbreitung fand (Auszüge wurden in der Morgenpost veröffentlicht und im Radio zitiert, die taz und die Hamburger Rundschau dokumentierten den Text).

Bereits im Januar hatte es einen Versuch gegeben, den Widerstand der Jugend gegen den Rassismus zu organisieren. Als jedoch im Anschluß an das konstituierende Treffen der „Altonaer internationalen antifaschistischen Jugendinitiative" (Antifa Altona) am 25.1. in Neuwiedenthal (Stadtteil im Süden Hamburgs) ein Skinhead von türkischen Jugendlichen verletzt wurde und von der Polizei, die das Treffen offensichtlich observierte, ein Zusammenhang zwischen diesem Treffen und der anschließenden Auseinandersetzung (immerhin gut 20 km entfernt) konstruiert wurde, tagte dieser Kreis unseres Wissens nicht mehr. Die Gründungserklärung sowie ein darauf aufgebauter taz-Artikel beschränken sich im wesentlichen darauf, den antifaschistischen Kampf zu propagieren. Ziel der Initiative ist, den *„Terror der Faschisten"*, die *„Organisation der Faschisten"* zu bekämpfen, dabei die Öffentlichkeit über die *„Aktionen und Ziele der türkischen (sic) und deutschen Faschisten"* aufzuklären. Im Rahmen dieses Kampfes müsse *„eine Sprache (angewandt) werden, von der sie (die Faschisten,Anm. AK) .. (etwas) .. verstehen"*. Eine GAL-Vertreterin hatte offenbar gegen die zu sehr auf das Faustrecht abstellende politische Linie Stellung bezogen, was die „taz" mit der Bemerkung quittierte, die GAL-Vertreterin habe keine Antwort auf die Frage geben konnte, *„wer die von Faschisten Bedrohten denn schützen soll, wenn nicht sie selbst?"*

Türkische Jugendliche im Knast

Unter dem Verdacht der Beteiligung an der Verletzung des Skin-Head wurden am 27.1. acht türkische Jugendliche festgenommen, zwei dem Haftrichter vorgeführt; der eine hatte offenbar gestanden, das Messer geführt zu haben, dem anderen wird *„Anstiftung zum schweren Landfriedensbruch"* zur Last gelegt. Eine Tatbeteiligung wird ihm nicht vorgeworfen.

Nach den vorliegenden Informationen kann als sicher angenommen werden, daß die Polizei den Ablauf der Geschehnisse am Samstag unter Beobachtung hatte. Das Begehren der zwei Inhaftierten, einen Anwalt zu sprechen, wurde ihnen verwehrt. Dem Anwalt wurde mitgeteilt, sein Mandant befände sich bereits im Untersuchungsgefängnis, obwohl dieser nachweislich noch zur ED-Behandlung im Präsidium war. Dem Jugendlichen wurde mit einem Karateschlag ins Gesicht deutlich gemacht, wer Herr in Deutschland ist. Die inhaftierten Ayhan und Yurdan in Isolationshaft gesteckt. Über eine Woche wurde ihnen sogar telefonischer Kontakt zum Anwalt verwehrt.

Letzter Höhepunkt des Polizei- und Justizterrorsgegen türkische Jugendliche war eine Verhaftungsaktion am 11.2. Vier türkische Jugendliche wurden morgens um sieben aus den Betten heraus verhaftet, aufs Präsidium gebracht, verhört, ED-behandelt und offensichtlich gezwungen an einer Gegenüberstellung teilzunehmen, ohne daß sie darüber aufgeklärt worden wären. Sofern ihnen überhaupt Auskunft gegeben wurde, hieß es lapidar: *„Wegen Neuwiedenthal"*.

Weil es *„keine neuen Erkenntnisse"* gebe, wurde der Haftbefehl gegen Ayhan am 20.2. ausgesetzt, Yurdan ist nach Polizeiangaben schon am 3.2. in ein Krankenhaus entlassen worden.

Selbstverteidigungskomitee

Am 10.2. dokumentierte die taz einen Aufruf der „Antifa Altona", der etwas ausführlicher das politische Programm dieses Kreises darlegt. Neben den bereits erwähnten Punkten legt dieser neue Aufruf Wert auf die Feststellung, daß *„wir ... uns besser organisieren (müssen) als sie (die Skinheads,Anm. AK)"* und: *„Skinheads sind aufgrund ihrer politischen Einschätzung Faschisten."* Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit sei jedoch mehr, dazu gehöre der Kampf für Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten, für das Wahlrecht, für volle Bürgerrechte und Freizügigkeit sowie der Kampf gegen *„nationalistisch-chauvinistische und rassistische Ideologie."* Bislang ist dieser Aufruf jedoch Papier geblieben.

Ein weiterer Versuch, die Organisierung von Jugendlichen aus der Türkei voranzutreiben ist die Gründung der *„Selbstverteidigungskomitees der antifaschistischen Jugend"*. Auch dieser Kreis stellt den Neofaschismus der Skins in den Vordergrund, konstatiert aber darüberhinaus, daß *„Ramazan Avci (...) nicht das erste Opfer der in dieser Gesellschaft verankerten Ausländerfeindlichkeit und des Rassismus (ist)... Die Ausländerfeindlichkeit und der Rassismus sind* ***Staatspolitik****... Die neofaschistischen Angriffe sind Folgen* ***einer sehr breiten Ausländerfeindlichkeit in dieser Gesellschaft****, deren rassistische Atmosphäre bewußt und systematisch gebildet wird."* Als ergänzende Forderungen werden „Türkisch als Fremdsprache in den Schulen", „Ausländerfeindlichkeit als Unterrichtseinheit" und „Wahlrecht" gestellt. Auch dieser Kreis ist bislang öffentlich kaum in Erscheinung getreten. Die Vorbereitung einer Veranstaltung ist aber in Angriff genommen worden.

Alle hier aufgeführten Ansätze zu einer stärkeren Organisierung der Jugendlichen haben unter reger Beteiligung von Jugendlichen stattgefunden. Dabei ist von dieser Seite häufig eine Aversion gegen „Politik" zum Ausdruck gebracht worden, die mit Gequatsche gleichgesetzt wird, das nichts bringt. Diese Treffen haben aber auch unter Beteiligung von Linken aus der Türkei stattgefunden. Die politische Orientierung der verschiedenen Initiativen ist auch beeinflußt von den jeweiligen Einschätzungen der beteiligten Linken. Die starke Betonung des Kampfes gegen den Neofaschismus bei den beiden letztgenannten Ansätzen geht unseres Erachtens an der realen Situation vorbei.

Antirassismus = Antifaschismus?

„Tatsächlich gibt es gute Gründe, den ursächlichen Einfluß organisierter Neonazis auf die rassistische Prägung und Gewalttätigkeit der Skinheads nicht überzubewerten. Der bei den Skinheads anzutreffende Ausländerhaß ist nicht hauptsächlich Ergebnis neonazistischer Propaganda. Seine tieferen Ursachen sind nicht am Rande, sondern im Zentrum dieser Gesellschaft zu suchen." Dies schrieben wir im letzten AK in Auseinandersetzung mit der sozialdemokratischen Verharmlosungsstrategie. Wir halten es für irreführend **„die Skins"** kurzerhand mit **„den Neonazis"** gleichzusetzen oder gar, wie die Antifa Altona, den „hohen Organisationsgrad" der Skins zum Maßstab der eigenen Bemühungen zu machen. Zum einen ist diese Gleichsetzung schlicht falsch, zum anderen verfügen die Skins über keine besondere Organisation, ganz zu schweigen von einem politischen Programm des Neonazismus. Im Gegenteil klagen gerade die organisierten Neonazis aus ANS/FAP über die Schwierigkeiten, die Skinheads in organisierte Zusammmenhänge einzubinden. Diese Konzentration der eigenen Bemühungen auf den „antifaschistischen Kampf" bringt in der aktuellen Tagespolitik die aberwitzigsten Koalitionen zustande: Auseinandersetzungen im Hamburger Antifa-Bündnis (u.a. Veranstalter der Anti-HIAG-Demonstration, der Sare-Demonstration und der Demonstration gegen die Konservative Aktion) um Möglichkeiten der antirassistischen Arbeit ließen eine Koalition, bestehend aus FIDEF, DKP samt Umfeld und Devrimci Isci (Mitorganisator der „Selbstverteidigungskomitees") entstehen. Konsens: antirassistischer Kampf = antifaschistischer Kampf. Die DKP und Verwandte halten es im Übrigen nicht für nötig im DAAB (Deutsch-ausländischen Aktionsbündnis) mitzuarbeiten und dort ihre Vorstellungen vom antirassistischen Kampf darzulegen. Diese Aktivitäten der DKP & Co sind wohl auch eher dem Bemühen um günstige Startlöcher für die kommenden Auseinandersetzungen um ein Wahlbündnis geschuldet, als einem neu entstandenem Interesse am Kampf gegen Rassismus.

Sowohl die Selbstverteidigungskomitees als auch Antifa Altona lehnen das Bündnis von Vereinen und Organisationen aus der Türkei, wie es sich zur Ramazan-Avci-Demonstration gebildet hat, als „Türkenlobby" ab.

Derzeit ist noch nicht absehbar, wie es mit dem Protest der türkischen Jugendlichen weitergehen wird. Die relative Ruhe unter der türkischen Minderheit, die nach dem Mord an Ramazan Avci heftigen öffentlichen Auseinandersetzungen um die Lage der Immigranten in Deutschland Platz gemacht hat, droht wieder einzukehren, ohne daß die achtbaren Erfolge dieser Zeit für eine politische Konsolidierung der Minderheiten als Opposition gegen die herrschende Politik hätten genutzt werden können.

AG Ausländer/KB Gruppe Hamburg

Glaubwürdigkeit zumindest unter der türkischen Bevölkerung nicht so würde dem anderen wird „Anstiftung zum schweren Landfriedensbruch" zur

Fühlen Sie sich gestört Herr Dohnany?

Wir haben Ihre Botschaft, die Sie nach der Verletzung eines Skinheads in den Zeitungen in zwei Sprachen veröffentlicht haben, gelesen. Wir haben uns gewundert. Seit vielen Jahren leben wir hier. Wir wurden beleidigt, mißachtet, unmenschlich behandelt, ermordet. Von »unserem« Bürgermeister haben wir bisher kein einziges Wort gehört. Anläßlich der Verletzung eines Skinheads durch eine Gruppe türkischer und deutscher Jugendlicher haben Sie Ihre Botschaft sogar auf türkisch verfaßt.

Daran sind wir nicht gewöhnt. Haben Sie deshalb Verständnis für unsere Verwunderung.

Herr Dohnany, Sie fordern uns auf, den Frieden in Hamburg zu bewahren. Welchen Frieden?

Welcher Frieden existiert, den wir bewahren sollen?

Habe Sie nicht selber diesen Frieden, von dem Sie reden, vor vielen Jahren zerstört? Haben Sie uns nicht mit der Forderung »entweder kehren Sie zurück, oder werden Sie Deutsche« das Recht auf unser Leben hier abgesprochen? Wir denken nicht daran zurückzukehren, leben hier und wollen hier leben. Aber wir können keine Deutschen werden, Herr Dohnany!

Unsere Haare sind schwarz, unsere Sprache ist anders und unsere Kultur ist verschieden. Deutscher zu sein, kann nicht die Voraussetzung sein, um hier leben zu können.

Von welchem Frieden reden Sie Herr Dohnany? Haben Sie davon gehört, daß die Skinheads in den vergangenen Tagen zwei unserer Mütter angepißt haben? Einigen unserer Mädchen wurden die Kleider zerrissen. Haben Sie das gehört? Einer Frau, die ein Kopftuch trug, wurden die Haare abgeschnitten. Haben Sie auch davon gehört?

Diese Fälle werden nicht ins Polizeiregister eingetagen, Herr Dohnany. Das ist alltäglicher Rassismus! Das wird in den Straßen von Hamburg erlebt.

Weil ein Skinhead verletzt wurde, sind sie beunruhigt und fühlen sich gestört, Herr Dohnany.

Das ist unsere alltägliche Situation. Wir fühlen uns seit Jahren gestört und sind beunruhigt. Wir haben Angst, ermordet zu werden, Herr Dohnany. Mit der Angst steigen wir in S- und U-Bahnen ein. Wir trauen uns nicht, nachts alleine durch die Straßen zu gehen. Mit der Angst, wieder hinausgeschmissen zu werden, trauen wir uns nicht in die Kneipen.

Von welchem Frieden reden Sie, Herr Dohany? Wissen Sie nicht, daß diese Ruhe und dieser Frieden nach denen wir Sehnsucht haben, längst in den Straßen Hamburgs durch Ihre Staatspolitik begraben wurde? Glauben Sie, Herr Dohnany, daß die Skinheads nur ein paar Leute sind? Dieses Gedankengut, daß die Skinheads gegen uns praktizieren, hat seinen Nährboden auf Hamburgs Erde. Wissen Sie, daß vor unseren Geschäften Deutsche stehen, die keine Skinheads sind und sagen: »Wir werden Euch wie die Juden vergasen«.? Die Wände und die S-Bahnen sind mit »Türken – raus«-Parolen beschmiert. Wir sind diejenigen, die diese Parolen wieder wegwischen, Herr Dohnany. Als eine türkische Frau in der S-Bahn versuchte, solche »Türken – raus«-Parolen wegzuwischen und es ihr nicht gelang, weinte Sie und sprach deutsche Fahrgäste an, »Schämt Ihr Euch nicht? Seht Ihr nicht, was hier steht? Solange Ihr diese Parolen nicht wegwischt, unterstützt Ihr dieses Gedankengut!« Keiner der Angesprochenen reagierte auf die Frau. Wissen Sie das, Herr Dohnany? In den S-Bahnen und Bussen stehen die Deutsch lieber, als daß sie sich neben uns setzen. Wissen Sie das?

Haben Sie jemals gefühlt, wie es ist, nicht als Mensch behandelt zu werden? Von welchem Frieden reden Sie, Herr Dohnany? Fordern Sie nicht von uns den Frieden. Wir sehnen uns sowieso danach. Wie lange kann sich ein Mensch noch gedulden, wenn das Faß bereits am Überlaufen ist? Sie haben sich an die falsche Adresse gewandt, Herr Dohnany. Sprechen Sie die Hamburger und die Deutschen an und sagen Sie: »Wir haben die Ausländer nicht als Menschen angesehen. Wir haben eine Schuld begangen. Wir haben es abgelehnt, sie rechtlich, sozial und kulturell gleichzustellen. Deswegen haben wir eine Schuld begangen. Solange wir unsere offizielle Staatspolitik nicht ändern, kann die ausländische Minderheit in Hamburg nicht in Ruhe leben.« Und fügen Sie hinzu: »Liebe Hamburger, solange wir die ›Türken – raus‹-Parolen nicht selber wegwischen, die Ausländer in unserem täglichen Leben nicht als Menschen behandeln und die Beleidigungen gegenüber Ausländern nicht als Schande in unserem Leben empfinden, wird sich in Hamburg nichts ändern.«

So einfach ist das Problem, Herr Dohnany. Jeder soll vor seiner eigenen Tür anfangen. Sie stehen vor einem Problem, das weder durch Polizeigewalt noch durch neue ausländerfeindliche Gesetze gelöst werden kann.

Sie stehen vor einem Problem, dessen Wurzeln in der Gesellschaft verankert sind. Denn solange nicht akzeptiert wird, daß alle Menschen gleich sind, egal wie sie aussehen, welche Sprache sie sprechen und welcher Kultur und Religion sie angehören, wird das Problem nicht gelöst werden.

Wir wollen keine Rache üben und kein Blut vergießen. Wir wollen uns nur wehren und verteidigen, Herr Dohnany. Wir wollen als MENSCHEN AKZEPTIERT werden.

Und vor allem wollen wir KEINE ANGST HABEN. Wir wollen LEBEN und wir wollen sehen, daß sich in diesem Sinne in dieser Stadt etwas verändert.

Die Jugendlichen aus der Türkei in Hamburg

Türkisches Bündnis aeaen Rassismus

Türkisches Bündnis gegen Rassismus vor der Spaltung

Zu einem Eklat kam es Anfang Februar im Bündnis von Organisationen und Vereinen aus der Türkei. Nach dem Vorfall in Neuwiedenthal wandte sich Hakki Keskin im Namen des Bündnisses *„gegen derartige Formen von Selbstjustiz bei der Bekämpfung von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus"*. Zuvor hatte jedoch weder das Bündnis getagt, noch einen entsprechenden Entschluß gefaßt. Auf dem folgenden Treffen waren dann einige Jugendliche anwesend und forderten die Unterstützung ihres offenen Briefes an Dohnanyi, sowie eine Solidaritätserklärung für die beiden Inhaftierten. Die anschließenden Szenen waren etwas tumultös — es gelang letztlich der Fraktion um Hakki Keskin und anderen Vertretern des türkischen Nationalismus, im folgenden Sozialdemokraten genannt, die Beschlußfassung zu verhindern und die Sitzung zu vertagen.

Im weiteren wurde von den Sozialdemokraten unter der Hand zu einem Folgetreffen für Ende März eingeladen. Entgegen der bisherigen, von Hakki Keskin auf Pressekonferenzen besonders betonten Einladungspraxis (alle, außer den Faschisten) wurden diesmal nur *'genehme Kreise'* eingeladen. Dies sind: die türkische Gemeinde (vom Konsulat gesponsert), HDF (Ableger der CHP Ecevits), FIDEF (DKP-Schwester), DIDF (ursprünglich eher vaterländisch orientiert, heute eher 'pragmatisch'), die islamischen Gruppen sowie ein persönlicher Bekanntenkreis Hakki Keskins. Ausdrücklich nicht eingeladen wurde Hamburg Devrimci Isci, die zu den Initiatoren des *'Offenen Briefes'* gehört und eine Vielzahl von Einzelpersonen, die mehrheitlich der undogmatischen Linken zuzurechnen sind. Neben der versagten Unterstützung der Jugendlichen gegen die Kriminalisierungsversuche und ihre Form des antirassistischen Kampfes resultiert dieser Spaltungsversuch aus verschiedenen Auseinandersetzungen um die Frage *„türkisches"* Bündnis oder Bündnis von Menschen aus der Türkei. Obwohl von den diversen kurdischen Organisationen bislang keine als solche an den Treffen des Bündnisses teilgenommen hat, gab es um diese Fragen bereits heftigen Streit. Lediglich KOMKAR ließ sich einmal durch einen Vertreter der FIDEF mitvertreten.

Im Anschluß an diese Sitzung kam es im Ausländerausschuß der GEW zu äußerst unschönen Szenen. FIDEF-Vertreter warfen einem seit Jahren aktiven Mitstreiter vor, daß er im Bündnis die Selbstjustiz propagiert habe und zu Gewalttätigkeit aufgerufen habe. Da diese Äußerungen gewerkschaftsöffentlich getätigt wurden, kommt dies einer Denunziation gleich. Tatsächlich hatte jedoch dieser Kollege lediglich bei der letzten Sitzung des Bündnisses konsequent für eine Solidarisierung mit den Anliegen der Jugendlichen Stellung bezogen und sich geweigert, den von Hakki Keskin eingeschlagenen Kurs einer Verurteilung der Jugendlichen mitzutragen.

Die weitere Entwicklung dieses *„einmaligen Bündnisses"* hängt einerseits davon ab, wie sich die Vertreter der Moscheen verhalten werden, andererseits, inwieweit es Hakki Keskin gelingt, seine Position als 'Sprecher' in der Öffentlichkeit auszubauen. Ob es die Linke schaffen wird, den *„Fortschritt, der darin liegt, daß sich eine nationale Minderheit erstmals artikuliert"* auszubauen, oder ob tatsächlich nur eine von der türkischen Sozialdemokratie dominierte Türkenlobby übrigbleibt, hängt vor allem wohl davon ab, ob diese 'nationale Minderheit' zur Zeit so empört ist, daß sie sich mit schönen Worten nicht mehr zufrieden gibt.

Hakki Keskin verfolgt offensichtlich eine Linie, die in starker Anlehnung an die westdeutsche Sozialdemokratie jeden öffentlich vorgetragenen Protest vermeiden will. Zwar sind seine Forderungen sehr viel weitergehender als die der SPD (z.B. 'Niederlassungsrecht', Gesetzentwurf der GRÜNEN), aber in der Frage der Durchsetzung dieser Forderungen setzt er eben nicht auf die Mobilisierung und Organisierung der Immigranten als politische Kraft, sondern tatsächlich auf einen Lobbyismus, der mit der praktischen Orientierung der SPD, z.B. auf Ausländerbeiräte statt kommunalem Wahlrecht, hervorragend korrespondiert. Es ist anzunehmen, daß in Vorbereitung der nächsten Landtagswahl von Seiten der SPD ein Ausländerbeirats-Ei gelegt werden wird.

Für die Linke bedeuten diese Auseinandersetzungen, stärker als bisher die Fragen zu thematisieren, die mit dem Leben der Minderheit hier zu tun haben. Hier geht es darum, den Widerstand der Jugendlichen gegen die, vor allem staatliche, Diskriminierung zu stärken sowie um den drohenden Ausverkauf der Interessen der türkischen Minderheit durch Ministerpräsident Özal im Zusammenhang mit den Verhandlungen um die anstehende Freizügigkeit für Türken im Rahmen des EG-Assoziierungsabkommens.

Am 25. Februar begann der XXVII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU). Bereits im Vorfeld wurde dieser Parteitag von seiner Bedeutung her mit dem XX. Parteitag von 1956 verglichen, der die Stalin-Kritik Chruschtschows absegnete. Der jetzige Parteitag der KPdSU hat weitreichende Bedeutung für die Entwicklung der UdSSR und die der sozialistischen Staaten insgesamt. Die KPdSU verabschiedete sich von dem Parteiprogramm von 1961 und von ihrem alten Statut. Gorbatschow sprach auf dem Parteitag von einer „radikalen Reform", die die sowjetische Gesellschaft benötigte, und ging mit der Ära Breschnew und der Entwicklung der KPdSU hart in die Kritik. Sowohl der Entwurf des neuen Parteiprogramms als auch das fünfstündige Referat Michail Gorbatschows sprechen nicht allein von den dringend nötigen Wirtschaftsreformen, sondern darüber hinaus von einer grundlegenden Demokratisierung, von der „Herausbildung einer echten Volksmacht" (Gorbatschow im Okt. 1985, zit.n. Arg. 155, S. 106).

Wir wollen die strategischen Vorstellungen der neuen Führung der KPdSU vorstellen. In dem folgenden ersten Teil sollen die innenpolitischen Vorstellungen, im nächsten AK dann die außenpolitische Strategie der KPdSU erläutert werden.



XXVII. Parteitag der KPdSU:

Teil 1: Innenpolitik

Abschied vom Stalinismus?

Anfänge einer neuen Kritik

Im November 1982 verstarb Leonid Breschnew und es begann weltweit das große Spekulieren, was ihm wohl folgen werde. Sein Nachfolger Andropow überraschte mit für sowjetische Verhältnisse schonungslosen Kritiken an dem Zustand des Landes (siehe Kasten „Worte Andropows"). Bereits in den Reden Andropows 1983 deutete sich an, daß die KPdSU-Spitze erhebliche Kritik an der Amtsführung Breschnews hatte und das Juni-Plenum des ZK beschloß 1983 eine Neufassung des parteiprogramms. Gleichzeitig wurde, und dies scheint nun bestätigt, von verschiedener Seite spekuliert, daß die Wahl des uralten Andropow zum Generalsekretär der KPdSU erfolgte, um auf biologischem Wege sicherzustellen, daß es sich um einen Interimssekretär handelt, bis man den eigentlichen Übergang vollziehen kann. Andropow starb im Februar 1984, bevor überhaupt ernsthafte Veränderungen eingeleitet werden konnten. Ihm folgte

handelt, bis man den eigentlichen Übergang vollziehen kann. Andropow starb im Februar 1984, bevor überhaupt ernsthafte Veränderungen eingeleitet werden konnten. Ihm folgte

Tschernenko, der im März 1985 ebenfalls starb. Am 11. März 1985 wurde Michail Gorbatschow Generalsekretär der KPdSU. Und seitdem zeichnet sich deutlicher ab, was die sowjetische Führung zu ändern beabsichtigt.

Wie 1956 so gilt auch für den jetzigen Parteitag, daß die entscheidenden Machtkämpfe bereits stattgefunden haben und vom Parteitag nur noch sanktioniert werden müssen. Das Ausmaß, in dem seit dem Tode Breschnews in der UdSSR Funktionäre und Kader auf allen Ebenen ausgetauscht wurden, übertrifft bereits das der personellen ‚Entstalinierung' (1953 — 56). Parallel zu der Umbesetzungskampagne begannen weitgehende Reformvorstellungen zu kursieren, die zunächst mehr inoffiziellen Charakter hatten. So sorgte im August 1983 ein sog. ‚Geheimpapier' für Aufregung in der westlichen Presse. Es handelte sich um eine Studie eines wirtschaftswissenschaftlichen Instituts aus Nowosibirsk, die mit der sowjetischen Gesellschaft nicht eben zimperlich in die Kritik ging und der nominell herrschenden Arbeiterklasse folgendes bescheinigte: *„Die gemeinsamen Eigenschaften der Arbeiter, deren Persönlichkeit unter dem letzten Fünfjahresplan geprägt wurde, sind niedrige Arbeitsdisziplin, Indifferenz, mangelnde Qualität, gesellschaftliche Tatenlosigkeit, ausgesprochene Konsummentalität und geringe Ethik"* (zitiert nach FAZ vom 10.8.83, S. 2).

Diese Studie erblickte parallel zu Andropows „Wirtschaftsexperiment großen Maßstabs" das Licht der Welt — vier Wochen *nachdem* Andropow kaum weniger radikal mit der sowjetischen Realität ins Gericht gegangen war.

Das Wirtschaftsexperiment gestand einem beträchtlichen Teil der sowjetischen Wirtschaft größere Autonomie zu und bereits im Juli hatte Andropow eine *„Änderung bei der Planung, in der Verwaltung und im Wirtschaftsmechanismus"* gefordert (nach FAZ vom 17.7.83). Die Weichen für eine Reformkampagne wurden also bereits 1983 gestellt. Als dann Andropow starb, kam der Prozeß zunächst zum Erliegen. Sein Nachfolger Tschernenko fiel in erster Linie durch Profillosigkeit auf und es erscheint aus heutiger Sicht plausibel, die Tatenlosigkeit Tschernenkos darauf zurückzuführen, daß hinter den Kulissen der Kampf der Fraktionen tobte. Die Wahl Gorbatschows brachte dann die Entscheidung und heute, nur ein Jahr später, proklamiert die KPdSU einen neuen Kurs.

Eine „echte Revolution"
(Andropow vor dem ZK im Juni 1983)

Eine „echte Revolution"
(Andropow vor dem ZK im Juni 1983)

Gorbatschow knüpfte an die Ansätze an, die unter Andropow entstanden waren, und unter seiner Führung begann die KPdSU zielstrebig auf durchgreifende Reformen zu orientieren. Im Mittelpunkt aller Überlegungen steht dabei eine ökonomische Strukturreform, die mit der Stagnation Schluß machen soll. Diese Wirtschaftsreform ist jedoch kein Selbstzweck, sondern steht im engen Zusammenhang mit sozial- und verteidigungspolitischen Konzeptionen, die mit dem bisherigen Wirtschaftsapparat nicht realisiert werden können.

Dieser Wirtschaftsapparat ist ein Erbe des Stalinismus und entstand Ende der 30er Jahre als Produkt des „Großen Umschwungs", d.h. der forcierten Industrialisierung und der repressiv durchgepeitschten Kollektivierung der Landwirtschaft. Der „Große Umschwung" zerschlug alle Ansätze realer Massendemokratie und bedeutet nicht weniger als ein endgültiges Aufgeben der bolschewistischen Strategie, die bis dahin auf ein Bündnis zwischen Arbeiterklasse und der auf Kleinbesitz orientierten Bauernschaft gesetzt hatte. Der „Große Umschwung" löste die Neue Ökonomische Politik (NEP) ab.

Es entstand ein Etatismus besonderer Prägung, der mit einer Verschmelzung von Staat und Partei einherging, bis niemand mehr wußte, wer von beiden eigentlich wen führte. Die staatlich-parteiliche Bürokratie wurde zur einzigen Entscheidungsinstanz der Gesellschaft und schaffte sich in den Säuberungen der 30er Jahre tatsächliche und potentielle Gegner vom Hals. Entsprechend der industriellen Rückständigkeit der UdSSR wurde das Schwergewicht auf die Entwicklung der Schwerindustrie gelegt und diese zu Lasten der Bauernschaft und der Konsuminteressen der Arbeiterklasse aufgebaut. Politische Repression und drakonische Arbeitsgesetze sicherten diesen Prozeß ab. Da auf diese Weise jede Eigentinitiative erstickt wurde, reproduzierte sich der Etatismus auf wachsender Stufenleiter, d.h. die gesamtsowjetische Hierachie stellte ein System dar, in dem jede Kleinigkeit auf zentralster Ebene entschieden wurde und entschieden werden mußte. Dies führte einerseits zu politischer Friedhofsruhe und andererseits zu einer als ‚Tonnenideologie' bezeichneten Planungstätigkeit. Den Betrieben wurden mengenbezogene Plandaten vorgesetzt, an denen sich Planerfüllung und Prämien orientierten. So entstand eine Haltung in den Betrieben, komme da, was wolle, den Mengenausstoß zu steigern und zwar ohne jede Rücksicht auf rentablen Umgang mit Arbeitskraft, Maschinen, Rohstoffe und Energie. Da die Prämien vom Mengenausstoß ab-

den Mengenausstoß zu steigern und zwar ohne jede Rücksicht auf rentablen Umgang mit Arbeitskraft, Maschinen, Rohstoffe und Energie. Da die Prämien vom Mengenausstoß ab-

hingen, gab jeder Betrieb bei den Planfeststellungsverfahren so geringe Kapazitäten wie möglich an, um hinterher möglichst einfach die Plandaten erfüllen zu können. Dieses notorische Understatement entsprach den Interessen der Betriebsdirektoren (Prämien), der Belegschaften (Prämienlöhne) und den mittleren Planungsfunktionären, deren Karriere ebenfalls von der Planerfüllung abhängig war. Die Planziffern wurden also umso ungenauer je höher sie stiegen. Die Folge war, daß die zentralen Planungsinstanzen ihrerseits den Betrieben immer höhere Daten vorgaben. Kurzum: Dieses System zwang geradezu alle Beteiligten von den erhobenen Plandaten abzuweichen und führte zu kuriosen Disproportionalitäten. Um dies wiederum zu verhindern, führte man stets weitere, genauere Plandaten ein, die ihrerseits auf anderer Ebene dasselbe Problem schufen. Der ganze Apparat wurde immer größer, unübersichtlicher und innovationsfeindlicher. Bis in die 70er Jahre hinein konnten mit diesem Moloch dennoch imposante Wachstumsraten erzielt werden. Doch dann kam das Stocken, denn der Übergang zur intensiven Produktion war mit diesem System nicht zu erreichen.

Das Problem jeder Reform

Das Hauptproblem aller Reformversuche im RgW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) liegt darin, daß man aus politischen Gründen Arbeitslosigkeit und Lohnabwertungen vermeiden will. Aus politischen Gründen will man keine ökonomische Roßkur, wie sie im Kapitalismus alle paar Jahre stattfindet, und darum geht man nicht zu einem System über, das durch eine marktkonkurrenzähnliche Situation eine Rentabilität allein nach einem monetären Kalkül erzwingt. Die Gebrauchswertorientierung der Planung soll erhalten werden und trotzdem sollen Anreize zu einem ökonomischeren Umgang mit Materialien und Arbeitskraft erzwungen werden. Da es in der SU mangels Konkurrenz für die einzelnen Betriebe keinen ‚objektiven' Rentabilitätszwang gibt wie im Kapitalismus, hat das Drängen nach Rentabilität vor allem politische Gründe:

1. Der Schlendrian und die Verschwendung gesellschaftlicher Ressourcen behindern die gesellschaftliche Entwicklung, sie erzeugen Unzufriedenheit in der Bevölkerung und vergrößern den Konsumrückstand gegenüber dem Kapitalismus. Daraus entsteht die Gefahr sozialer und politischer Spannungen.

2. Das von den herrschenden kapitalistischen Staaten der SU seit 1917 aufgezwungene ‚Wettrüsten' entzieht der sowjetischen Gesellschaft immense Ressourcen und erzwingt eine Orientierung am sog. Weltmarktniveau, d.h. an dem Niveau der führenden kapitalistischen Staaten.

Es liegt auf der Hand, daß dieser zweite Aspekt den ersten in erheblicher

Ressourcen und erzwingt eine Orientierung am sog. Weltmarktniveau, d.h. an dem Niveau der führenden kapitalistischen Staaten.

Es liegt auf der Hand, daß dieser zweite Aspekt den ersten in erheblicher

Weise verschärft. Daraus erklärt sich das reale Abrüstungsinteresse der SU und des RgW insgesamt. Hinzu kommt, daß der relative Preisverfall bei Rohstoffen in bezug zu den Preisen für industrielle Güter auf dem Weltmarkt der SU massive Probleme beschert, da sie ihre industriellen Importe durch Rohstoffexporte ausgleicht. Aktuell verschärft der sinkende Ölpreis die Situation, denn die SU bezieht fast 60% ihrer Deviseneinnahmen aus dem Westen durch Erdöl- und Erdgasexport (zur sowjetischen Handelsstruktur und Energiepolitik vgl. AK 199: Hintergründe der sowj. Energiepolitik, S. 44/45).

Es greift vor diesem Hintergrund entschieden zu kurz, in den sowjetischen Reformversuchen einfach „kapitalistische Maßnahmen" zu sehen oder von vornherein zu unterstellen, Rationalisierungsmaßnahmen würden sich gegen die sozialen Interessen der Werktätigen richten. Tatsache ist, daß jede emanzipatorische Initiative im RgW sich dem Problem stellen muß, wie das bürokratisierte System aufgehoben werden kann, ohne damit kapitalistische Momente einzuführen, die sich letztlich gegen die Werktätigen richten. (Wie schwer dies im konkreten ist, zeigten die programmatischen Forderungen der Solidarnosc in Polen. Vgl. dazu AK 207: Zur Kritik der Programmthesen der Solidarnosc, S. 46/47, und AK 222: Strategiedebatte in der polnischen Opposition).

Indirekter Zentralismus

Die heutigen Reformvorstellungen der KPdSU erscheinen auf den ersten Blick recht widersprüchlich. Denn einerseits will die Partei die *„Elemente des Zentralismus in der Leitung und Planung, bei der Lösung strategischer Aufgaben weiter ausprägen"* (PE), andererseits soll den Betrieben erheblich größere Autonomie zugestanden werden. Tatsächlich handelt es sich darum, den Planungsapparat auf der *mittleren* Ebene entschieden abzuspecken, in dem u.a. die Unions-Industrievereinigungen abgeschafft werden (Conert, 1986) bzw. die Branchenministerien, *„die es nach wie vor nicht lassen können, die Rechte der Betriebe einzuschränken"* (PB). Mit den Worten Gorbatschows: *„Es ist an der Zeit, mit den Praktiken einer kleinlichen Bevormundung der Betriebe durch Ministerien und andere zentrale staatliche Einrichtungen endlich Schluß zu machen"* (PB).

Einer ganzen Schicht mittlerer Funktionäre und Apparatschiks wird die Existenzgrundlage entzogen, mithin jener Schicht, die gemeinhin als Hauptbremse aller Reformprozesse in der UdSSR gilt. Gorbatschow sprach die Widerstände gegen die Reform in dem Politischen Bericht offen an: *„Bedauerlicherweise hat eine Haltung Verbreitung gefunden, bei der in jeder Veränderung des Wirtschaftsmechanismus geradezu eine Abweichung von*

die Widerstände gegen die Reform in dem Politischen Bericht offen an: „Bedauerlicherweise hat eine Haltung Verbreitung gefunden, bei der in jeder Veränderung des Wirtschaftsmechanismus geradezu eine Abweichung von

den Grundsätzen des Sozialismus gesehen werden will."

Im Zusammenhang mit den notwendig gewordenen Reformen verabschiedete sich die KPdSU zugleich von einigen theoretischen Dogmen, die bislang jede kritische Diskussion und Analyse behindert haben. Dabei kommt einer scheinbar geringen terminologischen Veränderung erhebliche Bedeutung zu. Die KPdSU gibt die These auf, man sei bereits im kommunistischen Stadium der Revolution und definiert die sowjetischen Verhältnisse als *„entwickelten Sozialismus"*, den man nicht als *„selbständige Formation"* begreifen dürfe, sondern als dynamische Etappe des Hinüberwachsens vom Sozialismus in den Kommunismus. Diese Auffassung eröffnet erst den theoretischen Raum, in dem die gesellschaftlichen Widersprüche der UdSSR diskutiert werden können. Seit der Stalinschen Verfassung von 1936 herrschte offiziell in der UdSSR eine Harmonie, die per definitionem innere Kreise ausschloß. Von diesem Dogma nimmt die KPdSU nun endlich Abschied:

„Die Praxis hat die Haltlosigkeit der Vorstellungen bewiesen, wonach eine Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse und des Charakters der Produktivkräfte in den sozialistischen Bedingungen gleichsam zwangsläufig zustande kommt" (Gorbatschow, PB).

Im Programmentwurf heißt es nun, die Voraussetzung eines Aufschwungs liege *„in der ständigen Vervollkommnung der Produktionsverhältnisse, in der Aufrechterhaltung ihrer stabilen Übereinstimmung mit den sich dynamisch entwickelnden Produktivkräften, im rechtzeitigen Aufdecken und der Lösung der zwischen ihnen entstehenden nichtantagonistischen Widersprüche"*. Eine Mißachtung solcher Widersprüche sei *„zum Scheitern verurteilt und (könne) Verluste sowohl ökonomischen als auch politischen Charakters zur Folge haben"*.

Fortsetzung nächste Seite

Hoffnungen der sozialistischen Opposition in der UdSSR

Der Kurs, den die KPdSU seit dem Tode Breschnews eingeschlagen hat, weckt Hoffnungen bis in die sozialistische Opposition in der UdSSR hinein. In einem Artikel in der „Zeit" hat Roy Medwedjew eine kritische Analyse des KPdSU-Kurses dargelegt. Roy Medwedjew wurde 1969 aus der KPdSU ausgeschlossen, nachdem sein Buch „Die Wahrheit ist unsere Stärke — Geschichte und Folgen des Stalinismus" fertiggestellt war (auf deutsch 1973 im Fischer-Verlag erschienen). Der Historiker Roy Medwedjew lebt seitdem in der UdSSR unter praktischem Berufsverbot. Er war der einzige namhafte ‚Dissident', der sich öffentlich von der reaktionären Opposition distanzierte und mit einer scharfen Kritik an Solschenizyn eine klare Trennungslinie zog (dt.: Solschenizyn und die sowjetische Linke, Olle & Wolter 1976).

Medwedjew vergleicht in einem sehr lesenswerten Aufsatz die heutige Situation in der UdSSR mit der Zeit nach dem Tode Stalins:

„Der 20. Parteitag (1956) wurde abgeschlossen nach Chruschtschows Referat ‚Über Stalins Personenkult und seine Folgen', den er am 25. Februar 1956 hielt. Der 27. Parteitag wird am 25. Februar 1986 eröffnet. An diesem Tage wird Michail Gorbatschow mit einem Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees vor den Kongreß treten. Aber nicht bloß das Zusammenfallen von Kalenderdaten veranlaßt uns heute, diese beiden Kongresse zu vergleichen. Beide sind als Parteitage in einer Zeit des Umbruchs anzusehen. Wenn der 20. Kongreß der finsteren Epoche Stalins ein Ende setzte und die Anfänge einer dynamischen und an Ereignissen reichen Herrschaft. Chruschtschows stärkte, so muß der 27. Parteitag die Ära Breschnew abschließen und einer neuen Etappe der Entwicklung unseres Landes den Auftakt geben."

Medwedjew sieht Anhaltspunkte für eine positive Entwicklung der UdSSR durch die unter Gorbatschows Führung begonnenen Reformen und die massiven Umbesetzungen innerhalb des Partei- und Staatsapparates. Er benennt zugleich die prinzipielle Grenze des bisherigen Prozesses:

„Alle Veränderungen der vergangenen Monate entbehren fast ganz eines demokratischen Inhalts. Gefragt wird nur nach der Wirksamkeit, der besseren Verwaltung und Koordination. Den von Stalin ererbten Superzentralismus in Ökonomie und Politik nutzte die neue Führung zunächst zu ihren Gunsten: zum Austausch der Parteifunktionäre. Aber künftig muß dieser Zentralismus zu einer Bremse der Entwicklung werden, da sich im Lande so viele Probleme angehäuft haben, die sich nicht einfach lösen lassen, indem man nur die Verwalter und nicht auch die Methoden der Verwaltung wechselt."

Medwedjew hält es für eine offene Frage, wie weit die Reformen Gorbatschows gehen werden. Der Beitrag Medwedjews zeigt, daß die sozialistische Opposition in Gorbatschows Politik positive Ansätze sieht.

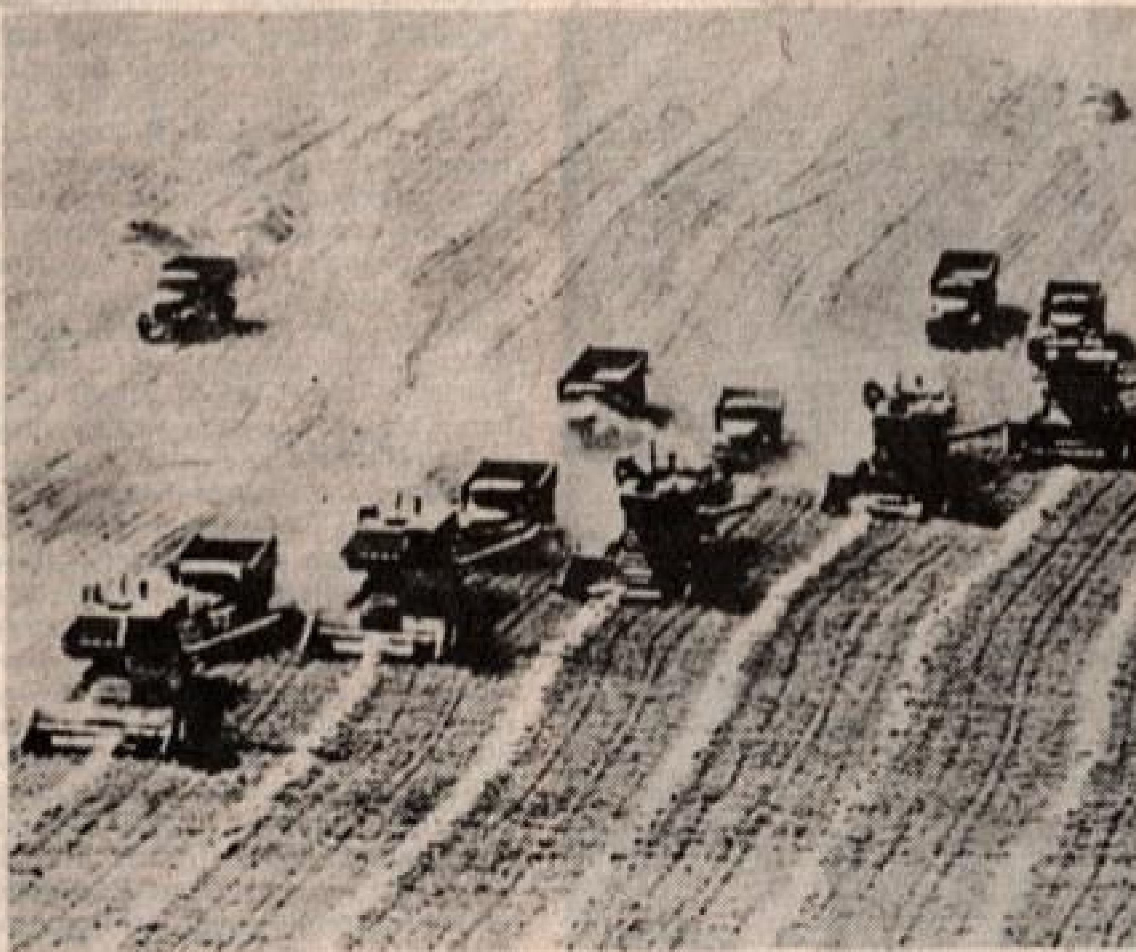
(alle Zitate aus: Roy Medwedjew: Der lange Weg aus Stalins Schatten, in: „Die Zeit", Nr.9/86, S.9-10).

jb

Realer Sozialismus

Fortsetzung von vorheriger Seite

Diese Passagen sind ebenso Kritik an der Amtsführung Breschnews wie Niederschlag der polnischen Erfahrungen. Und wenn auch die ökonomische Strukturreform den Mittelpunkt der Konzeption darstellt, so sind doch auch in den Bereichen Sozialpolitik und Alltagsdemokratie Reformabsichten erkennbar.



Aus: „Spiegel", 12/85

Wirtschaftspolitik

Die kleinliche Bevormundung der Betriebe soll ersetzt werden durch eine Erweiterung der ökonomischen Stimuli, d.h. vor allem durch geänderte Ware-Geld-Beziehungen. - Einerseits sollen die Betriebe zu rentabler Produktion gezwungen werden und die qualitätsbezogenen Kennziffern Priorität im Planungswesen erhalten; andererseits sollen die Belegschaften „*gezwungen*" werden, sich ernsthaft um die Intensivierung der Produktion zu kümmern. Da Appelle erfahrungsgemäß nichts nützen, fordert Gorbatschow, „*daß die Höhe der Lohnfonds der Betriebe unmittelbar mit den Einnahmen von der Realisierung ihrer Erzeugnisse verknüpft wird*" (PB). Das heißt: Nicht mehr der Staat zahlt Prämienlöhne, weil einzelne Planziffern überboten weden, sondern die Betriebe müssen dies tun. Und das können sie nur, wenn sie allseitig rentabel und vor allem brauchbare Güter produzieren. Die Betriebe erhalten deshalb das Recht, „*die überplanmäßigen Erzeugnisse, die ungenutzten Roh- und Werkstoffe, Ausrüstungen usw. selbständig abzusetzen*" (PB). Damit soll einerseits eine Motivation geschaffen werden, mit geringst möglichem Aufwand zu produzieren, und andererseits der versteckten Haldenbildung vorgebeugt werden, mit der sowjetische Betriebe erfahrungsgemäß Plandaten manipulieren.

Der Grundgedanke dieser Wirtschaftsreform ist nicht neu, sondern setzt an den Erfahrungen in anderen RgW-Staaten an. Die Planung soll sich auf „strategische" Vorgaben beschränken, also die gesellschaftlichen Prioritäten festsetzen, die Rahmenbedingungen der Produktion festlegen und über differenzierte Preismechanismen die Kontrolle über die Gesamtwirtschaft behalten. Dagegen wird „*das Gros der Funktionen zur laufenden Verwaltung unmittelbar den Betrieben und Vereinigungen übertragen*" (PB). Gorbatschow nennt dieses System ein „*zweigliedriges Leitungssystem*", das begleitet sein müsse von einer „*allseitigen Demokratisierung der Leitungstätigkeit*", worunter vor allem eine stärkere Gewerkschaftstätigkeit verstanden wird. Wie bereits Andropow geißelt auch Gorbatschow die subalterne Passivität der sowjetischen Gewerkschaften: „*Es wäre naiv, wollten wir uns vorstellen, das Gefühl, Herr im eigenen Land zu sein, könne einem durch Worte anerzogen werden ... Man kann nicht Herr im Lande sein, ohne sich in seinem Werk oder seiner Kollektivwirtschaft, in seiner Abteilung oder in seiner Viehanlage als wahrer Herr zu fühlen.*"

Die Stärkung der Gewerkschaften in dem neuen Wirtschaftssystem ergibt sich einerseits aus der Erfahrung, daß unter dem alten System auch die Belegschaften nicht gerade innovationsfreundlich waren und die Gewerkschaften wenig taten, initiativlose Direktoren abzuwählen, und andererseits aus der Gefahr, daß das neue System sozialpolitisch ungewollte Konsequenzen entwickeln könnte, wenn nicht die Belegschaften dafür sorgen, daß steigende Rentabilität und Qualität nicht zulasten der Arbeiterklasse gehen. Die Belegschaften und somit die Gewerkschaften werden in dem neuen System zwangsläufig sich stärker als bislang in die betrieblichen Leitungsaufgaben einmischen müssen. Denn, wie Gorbatschow erklärte, „*wird die für das zwölfte Planjahrfünft (1986 - 90) vorgesehene Erhöhung der Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten in den produktiven Bereichen zum ersten Mal hauptsächlich in den Grenzen und aus den Mitteln erfolgen, die von den Betrieben selbst erwirtschaftet werden.*" (PB) Die Konsequenz dieser Veränderung wird es sein, daß die unheilige Interessensallianz in den Betrieben aufgebrochen wird, die Direktoren und Belegschaften total unrentabler Betriebe zusammenhielt und eine kolossale Verschwendung gesellschaftlicher Reichtümer konservierte. Diese Orientierung begründet die KPdSU nicht allein mit ökonomischen und sozialpolitischen Gründen, sondern zum ersten Mal auch mit ökologischen Erwägungen. Gorbatschow gab offen zu, daß „*der Zustand der Umwelt in einer Reihe von Regionen besorgniserregend*" sei und daß bislang in diesem Bereich „*wissenschaftlich-technische Erkenntnisse unzulässig langsam*" genutzt würden (PB). Betrachtet man die Ziele der KPdSU in der Sozialpolitik, dann wird klar, daß sich die Wirtschaftsreform nicht gegen die sozialen Interessen der Werktätigen richtet, sondern im Gegenteil die Voraussetzungen schaffen soll für einen entscheidenden Schritt gesellschaftlicher Entwicklung. In diesem Zusammenhang ist es schon eine Sensation, daß heute die KPdSU offen zugibt, die Konsumgüterproduktion und die materiellen Alltagsintressen der Bevölkrung zu stark vernachlässigt zu haben.

Eisiges Lächeln aus Moskau

Ein gewandter Redner auf dem Podium, im Saal Damen und Herren, die lächeln und flüstern und Applaus verteilen wie ein freundliches Theaterpublikum – so familiär zeigte das Moskauer Fernsehen den Parteitag der Sowjetkommunisten.

Doch hinter Gorbatschows geschmeidiger Rede steckt eine erbarmungslose Analyse. Und ebenso viel kalte Berechnung: Der militärische Wettkampf der Sowjetunion war ruinös. Jetzt soll die Schlagkraft auf anderem Wege erreicht werden: Über geballte Wirtschaftskraft.

Die Sowjetunion als Leistungsgesellschaft? Wenn sie das schafft, wird sie wirklich gefährlich. Weil sie den Anspruch auf die „Weltmacht Nr. 1" nie preisgeben wird.

aus: „Bild", 26.2.86

Sozial- und Kulturpolitik

Von grundlegender Bedeutung ist die Kritik Gorbatschows an der Ära Breschnews in der Sozialpolitik: „*Das Zentralkomitee vertritt die Ansicht, daß seitens der zentralen und örtlichen Organe die herangereiften Probleme der materiellen Basis im sozialen und kulturellen Bereich des Landes unterschätzt wurden. Das führte zur Herausbildung des Prinzips, nach dem für die Entwicklung dieses Bereiches nur Restmittel bereitgestellt wurden*" (PB).

Gleichzeitig wurde von Gorbatschow und von dem neuen Moskauer Parteichef Jelzin die Kritik an den sozialen Privilegien der Funktionärsschicht (Nomenklatura) aufgegriffen. Erstmals soll in der UdSSR der Konsumgütersektor schneller wachsen als der Investitionsgütersektor und der Konsumgütermarkt entscheidend aufgestockt werden (um 30% bis 1990). Dies nicht etwa allein aus Gründen der sozialistischen Moral, sondern vor allem aufgrund der Erfahrung, daß alle ökonomischen Stimuli nichts nützen, wenn sich die Menschen mit dem vermehrten Einkommen nicht auch qualitativ hochwertige Konsumgüter verschaffen können. In der UdSSR und anderen RgW-Staaten hat das Auseinanderklaffen von Lohneinnahmen und Konsumgüterversorgung dazu geführt, daß Einnahmen der Bevölkerung in Milliardenhöhe nicht in den ökonomischen Prozeß eingehen, sondern gehortet werden in der Hoffnung, damit irgendwann hochwertige Güter erstehen zu können.

Schon aufgrund dieses Zusammenhangs steht zu erwarten, daß die SU-Führung es diesmal erneut meint mit ihrer Absicht, den Konsumgütersektor auszubauen.

Ein weiterer Kritikpunkt an der bisherigen Sozialpolitik ist die Entwicklung der Kulturarbeit in der UdSSR. Gorbatschow sprach sicher vielen aus der Seele, als er unmißverständlich feststellte: „*Zu Recht beanstandet wird das niedrige Niveau von Literaturwerken, Fernsehprogrammen und Filmen, die nicht nur der ideologisch und ästhetisch klaren Stellungnahme, sondern auch des elementaren Geschmacks entbehren.*"

Die UdSSR brauche keine „*schwülstige Vielschreiberei oder sozialthematische Kleinkrämerei*", sondern erwarte von der Kulturarbeit „*Lebenswahrheit, die schon immer einer echten Kunst zugrunde lag.*"

In der „*ideologischen Arbeit*" sei allzu oft „*gezielte Erziehungsarbeit*" durch „*künstlich aufgezogene Kampagnen*" ersetzt worden und „*nicht selten wurde die Schärfe der Lebenswidersprüche ignoriert*" (PB). Diese Passagen sind geradezu ein Aufruf an die Kulturschaffenden, die entstandenen Freiräume zu nutzen und (in bestimmten Grenzen) die gesellschaftlichen Zustände offen zu kritisieren.

Dies gilt auch für den wissenschaftlichen Bereich, in dem Gorbatschow „*von lästigen Schulmeistern abkommen*" will: „*Man kann sich der Tatsache nicht verschließen, daß sich unsere philosophische und ökonomische Front wie die Gesellschaftswissenschaften überhaupt, ich würde sagen, in einer gewissen Distanz zu den Erfordernissen des Lebens befinden ... Scholastik, Buchstabengelehrtheit und Dogmatismus waren enge Fesseln für eine wirkliche Erweiterung des Wissens ... Wir hoffen, daß unsere Ökonomen und Philosophen, Juristen und Soziologen, Historiker und Literaten diese Atmosphäre aktiv dazu nutzen werden, kühn und initiativreich neue Probleme anzugehen und sie in schöpferischer Weise theoretisch herauszuarbeiten*" (PB).

Auch diese Ausführungen sind ein klarer Aufruf zur Kritik und zur Erneuerung. Wer einmal gesellschaftswissenschaftliche Texte aus der UdSSR gelesen hat, weiß auch, wovon Gorbatschow spricht. Begriffe wie Scholastik oder Dogmatismus sind da noch fast Schmeichelei. Praktische Auswirkungen dieses Kritikkurses sind in der UdSSR bereits sichtbar. Kritische Theateraufführungen, die lange Zeit unterdrückt waren, finden auf namhaften Bühnen statt. Schriftsteller wie Jewgenij Jewtuschenko geißeln öffentlich die „*pseudopolitische Selbsteinlullung, Selbstbeweihräucherung*" und fordern die „*Abschaffung der Schlagbaumpsychologie*" (in: DVZ/die tat, Nr. 8/86, 21.2. S.9). Die Soziologien Tatjana Saslawskaja vertritt öffentlich die Thesen, die sie in der Breschnew-Zeit vermutlich den Job gekostet hätten. In der UdSSR entsteht seit dem sog. ‚Tauwetter' der Entstalinisierung erstmals wieder ein Klima, das Kritik ermöglicht und fördert, und das von der neuen Führung gegen die konservativen Kritiker verteidigt wird: „*Manchmal bekommt man, sobald von Publizität die Rede ist, Aufforderungen zu hören, größere Vorsicht walten zu lassen, wenn wir von unseren Mängeln und Versäumnissen, von den Schwierigkeiten sprechen, die in jeder lebendigen Arbeit unvermeidlich sind. Darauf kann es nur eine Antwort geben, nämlich die von Lenin: Die Kommunisten brauchen immer und unter allen Umständen die Wahrheit*" (PB).

Man wird abwarten müssen, wieweit die Bereitschaft zu offener Kontroverse trägt. Verglichen mit den Jahren unter Breschnew kann jedoch jetzt schon eine beträchtliche Erweiterung der Freiräume festgestellt werden. Wichtig ist dabei, daß die KPdSU offen und öffentlich einräumt, die bisherigen Gesellschaftswissenschaften und mithin die Theorie der Partei seien ungenügend entwickelt. Diese Elemente der Kritik an der Breschnew-Zeit gehen über Chruschtschows Stalin-Kritik hinaus, die die ‚Entgleisungen' einem von Stalin um Stalin für Stalin erzeugten „Personenkult" anlastete und mit diesem umgestülpten „Personenkult" die Ursachen der Mißstände personalisierte. Damals wurden eben nicht die gesellschaftlichen Zustände diskutiert, die Stalin an die Macht brachten. Chruschtschows Rede über die Verbrechen Stalins wurden damals in der UdSSR nicht veröffentlicht und wird bis heute als „Geheimrede" behandelt. Heute wird von einer „Radikalen Reform" gesprochen und zum Angriff geblasen auf die Hochburgen des Dogmatismus und gegen jene „*Gruppen von Menschen mit deutlich augeprägtem Eigentumsdenken*" (PB), d.h. gegen Leute, die ihre Führungspositionen für persönliche Bereicherung mißbrauchen. Dies geht soweit, daß sogar hohe Funktionäre wegen Korruption hingerichtet wurden.

Die massive Kampagne gegen Korruption, die bereits unter Andropow begann, richtet sich vornehmlich nicht gegen die Bevölkerung, sondern vor allem gegen die schwarzen Schafe in der Nomenklatura. Diese Kampagne dürfte in der sowjetischen Bevölkerung mit Genugtuung verfolgt werden, weil der Unmut über die sozialen Privilegien der Führungskader verbreitet ist, wie auch die Leserbriefdebatte in der ‚Prawda' bewies.

Daß es sich bei diesen Diskussionen nicht nur um populistisches Abrakadabra handelt, beweisen die Umbesetzungen auf allen Ebenen und die drakonischen Urteile gegen hohe Funktionäre. Man könnte diesen Prozeß entschieden begrüßen, wenn die KPdSU sich endlich von dem barbarischen Mittel der Todesstrafe lösen würde. Daß in dem neuen Parteiprogramm an keiner Stelle die Frage des Strafvollzuges und vor allem der Todesstrafe auch nur erwähnt wird, ist in meinen Augen der dunkelste Fleck der Reformen. Denn in diesen Dingen hat die UdSSR noch immer einen erheblichen Rückstand gegenüber humanistischen Vorstellungen der Neuzeit.

Partei und Staat

Das neue Parteiprogramm verkündet eine umfassende Demokratisierung. In aller Klarheit wird gleichzeitig festgehalten, daß an der Rolle der Partei nicht gerüttelt werden darf: „*Die führende Kraft dieses Prozesses ist die Partei... Unter ihrer Führung funktionieren alle anderen Glieder dieses Systems... (Es) koordiniert die KPdSU die Arbeit der Staatsorgane und gesellschaftlichen Organisationen... Die Partei sorgt dafür, daß ... die Prinzipien der sozialistischen Selbstverwaltung des Volkes konsequent verwirklicht werden...*" usw. usf. Die Rolle der Partei nehme „gesetzmäßig" zu, wobei nicht ganz klar ist, ob damit soziologische oder juristische Gesetzmäßigkeiten gemeint sind.

In dem Politischen Bericht Gorbatschows wird erklärt, es sei „*die Aufsichtsrolle der Staatsanwaltschaft entschieden zu verstärken*" und es nehme „*die Verantwortung, die den Organen der Staatssicherheit obliegt, erheblich zu*".

Diese Erklärungen bedeutet zunächst nicht mehr als eine Feststellung, daß sich an dem grundsätzlichen Charakter des Verhältnisses von Partei und Staat nichts ändern wird. Schwer auszumachen ist jedoch, inwieweit derartige Erklärungen der Beruhigung der konservativen Dogmatiker in der Partei und inwieweit sie realen Absichten entsprechen. Gerade in diesen Fragen ist das Programm der KPdSU nicht widerspruchsfrei. Denn im Kontrast zu den repressiv-etatistischen Akzenten

Fortsetzung nächste Seite

Aus der Rede Gorbatschows auf der ZK-Tagung am 11.6.1985:

„Zahlreiche Leiter von Ministerien sind bestrebt, möglichst viele Investitionen und Ressourcen ‚herauszuschlagen' und möglichst niedrige Pläne zu erhalten... Ich denke, von Leitern, die darauf aus sind, ... müssen wir uns trennen. (...) Wichtig ist, ohne Umschweife von dem in der Vergangenheit entstandenen Stereotyp der Wirtschaftstätigkeit abzugehen, bei dem als hauptmethode zur Erweiterung der Produktion der Neubau galt, während zahlreiche bestehende Betriebe viele jahre technisch nicht neuausgerüstet wurden. (...) Sogar Erzeugnisse, die der höchsten Güteklasse zugeordnet werden, halten zuweilen einem Vergleich mit dem Weltniveau nicht stand. (...) die Partei wird den Kampf um die Ehre des sowjetischen Warenzeichens aktiv unterstützen."

Quelle: Frankfurter Rundschau, Nr.145/85, 29.6.1985

Aus der Rede Andropows vor dem Plenum des ZK am 22.11.1982:

„Mit allem Nachdruck möchte ich ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, daß eine Reihe wichtiger Planziffern in den ersten beiden Jahren des Planjahrfünfts nicht erfüllt worden ist. (...) Warum? Die Antwort ist uns ebenfalls längst bekannt: Um ein neues Verfahren, neue Technik einzuführen, muß die Produktion so oder anders umorganisiert werden, und das wirkt sich auf die Planerfüllung aus. Umso mehr, als wegen Nichterfüllung des Produktionsplanes Rechenschaft gefordert wird, während man für eine ungenügende Einführung neuer Technik allenfalls getadelt wird. (...) In der Tat, es kann nicht als ein normaler Zustand gelten, daß über die Produktion einer Reihe simpler Waren beinahe auf der Ebene des Staatlichen Plankomitees der UdSSR entschieden wird. (...) Die aggressiven Umtriebe des Imperiums zwingen uns und die sozialistischen Bruderstaaten, uns gemeinsam um die Aufrechterhaltung der Verteidigungsfähigkeit auf einem gebührenden Niveau zu kümmern, ... Die Probleme werden nicht von selbst verschwinden, wenn man Verhandlungen um der Verhandlungen willen führt, wie dies leider nicht selten geschieht."

Quelle: Sowjetunion heute, Nr.12/1982, Beilage, S.XII-XVI

Aus der Rede Andropows vor dem Plenum des ZK am 15.6.1983:

„Diese Periode steht im Zeichen eines nach seiner Intensität und Schärfe in der ganzen Nachkriegszeit bisher beispiellosen Widerstreits zweier polar entgegengesetzter Weltanschauungen — des Sozialismus und des Imperialismus. (...) Und die Zukunft der Menschheit hängt in nicht geringem Maße vom Ausgang dieses ideologischen Kampfes ab. (...) In diesem Sinne soll eine Neufassung des Programms der KPdSU ... eine außerordentlich wichtige Rolle für die ideologische und überhaupt für die gesamte Arbeit der Partei spielen. (...) Vieles davon, was im (alten) Programm steht, ist bereits erfüllt worden. Zugleich haben einige seiner Bestimmungen ... die Prüfungen durch die Zeit nicht in vollem Umfang bestanden. (...) (Eine notwendige Vervollkommnung der Produktionsverhältnisse) wird eine echte Revolution in unserer Volkswirtschaft bedeuten. (...) Es erscheint jedoch empfehlenswert, sich heute vor allem auf solche Wettbewerbsziele zu konzentrieren wie die Erhöhung der Qualität der Produktion und die bessere Nutzung von Produktionskapazitäten, Rohstoffen, Energie und Arbeitszeit."

Quelle: Sowjetunion heute, Nr.7/1983, Beilage, S.II-IV

Aus der Rede Andropows vor dem Plenum des ZK am 15.6.1983:

„Die Lösung all dieser großen Aufgaben auf dem Gebiet der Innenpolitik der Partei wird einen beträchtlichen Fortschritt zur sozialen Homogenität der Gesellschaft bedeuten. (...) Der Praxis, unsere demokratischen Normen und Richtlinien nicht durch Taten zu untermauern und sich lediglich mit der äußeren Form, mit scheinbarem Handeln zu begnügen, müssen wir einen regelrechten Krieg erklären. (...) Und was ist schon die Arbeit einer Gewerkschaftsorganisation wert, die es nicht wagt, ihre Stimme zur Verteidigung der Interessen der Werktätigen und gegen diese oder jene Unzulänglichkeit in der Produktion zu erheben? (...) Was die fernere Perspektive betrifft, so sehen wir Kommunisten sie in dem schrittweisen Hinüberwachsen des sowjetischen Staatswesens in die gesellschaftliche Selbstverwaltung. (...) Doch wenn wir aufrichtig sind, müssen wir sagen, daß wir die Gesellschaft, in der wir leben und arbeiten, noch nicht im erforderlichen Maße erforscht und die ihr innewohnenden Gesetzmäßigkeiten, insbesondere die ökonomischen, noch nicht vollständig aufgedeckt haben."

Quelle: Sowjetunion heute, Nr.7/1983, Beilage, S.V-VI

Realer Sozialismus

Fortsetzung von vorheriger Seite

steht die offene Aufforderung zur Kritik und Gorbatschows Feststellung, es bestehe „*kein Anlaß dazu, den Einfluß der bürgerlichen Propaganda zu überschätzen*" (PB).

Die KPdSU hat einen für sowjetische Verhältnisse fast revolutionären Schritt beschlossen, nämlich „*den Kreis der Fragen zu erweitern, die die staatlichen Organe nur unter Mitwirkung bzw. mit vorher einzuholender Zustimmung der entsprechenden Gewerkschafts-, Komsomol- und Frauenorganisationen entscheiden dürfen, und diesen Organisationen das Recht einzuräumen, in einigen Fällen die Verwirklichung der auf dem Verwaltungswege getroffenen Entscheidungen auszusetzen*".

Es sollen „Frauenräte" geschaffen werden, die im Arbeitskollektiv, im Wohngebiet usw. die Interessen der Frauen vertreten. Die Gewerkschaften erhalten erweiterte Befugnisse und bekommen vom Mineralsekretär Gorbatschow (Spottname aufgrund der Anti-Alkohol-Kampagne) bescheinigt, bislang „*bringen die Gewerkschaftskomitees bei weitem nicht in jedem Fall ausreichende kämpferische Zielstrebigkeit und Beharrlichkeit auf*". Derartige Kritiken ziehen sich durch alle Texte der neuen Führung, und es spricht daraus die Erfahrung, daß die diversen Basisorganisationen die ihnen zustehenden Rechte und Kompetenzen nicht einmal in dem Rahmen wahrnehmen, den ihnen die sowjetische Verfaßtheit zuspricht. Insgesamt, so Gorbatschow,

den ihnen die sowjetische Verfaßtheit zuspricht. Insgesamt, so Gorbatschow,

bestehe in der UdSSR „*eine übermäßige Zentralisierung in solchen Angelegenheiten* (vor allem im Sozial- und Kulturbereich - Anm. d. Verf.), *die vom Zentrum aus bei weitem nicht immer den nötigen Überblick gewähren und an der Basis viel besser entschieden werden können*".

Dem Bürokratismus in den Sowjets und in der Partei sagt Gorbatschow einen „*entschiedenen und erbarmungslosen Kampf*" an (PB). Es gebe keine „*Avantgarderolle der Kommunisten schlechthin: Sie manifestiert sich in Taten*" (PB), und entsprechend werde die Partei durchgeforstet. Eine „Säuberung" aber lehnt die KPdSU ab. Vielmehr sollen einerseits diejenigen ausgeschlossen werden, „*die den Namen Kommunist kompromittieren*", und andererseits soll die Praxis beendet werden, „*das Wachstum der Parteireihen auf Kosten der Qualität*" zu forcieren (PB).

Auch innerhalb der Partei sollen die Prinzipien der Kritik und der kollektiven Führung wiederhergestellt werden, nichts und niemand dürfe sich der Kontrolle und Rechenschaft entziehen. Der bereits erwähnte Aufsteiger Jelzin nutzte diese Aufforderungen auf dem Parteitag, um dem ZK Dampf zu machen. Das ZK sei zum Teil eine „*bloße Nachbildung von Ministerien*", die auf dem Parteitag massiv kritisiert worden waren. Jelzin warf einem Teil der ZK-Mitglieder vor, sie hätten „*schlichtweg vergessen, was wirkliche Parteiarbeit ist*" (nach „FAZ" vom 1.3.86). Derartiges hat sich noch kein Parteitag in der UdSSR anhören müssen. Die Zeit, in der man gewohnheitsgemäß alle Mißstände den „imperialistischen Subversionen" oder längst verstorbenen Parteiführern anlastete, ist offenkundig vorbei. Und daß selbst die Zustände in der Partei öffentlich beklagt und angegriffen werden, läßt darauf hoffen, daß die verknöcherte Bürokratenschicht tatsächlich durchgerüttelt wird. Es ist in diesem Zusammenhang nicht unwichtig, daß die Umbesetzungspläne der neuen Führung in einigen Republiken nicht auf Gegenliebe bei der Basis stießen, sondern demonstrativ die alten Führer bestätigt wurden. Der ukrainische Parteichef Schtscherbitzkij etwa kritisierte auf dem Parteitag die neue Führung (lt. „FR" vom 28.2.86). Dies zeigt nicht nur, daß der Umbesetzungsprozeß noch nicht abgeschlossen ist, sondern deutet auch darauf hin, daß man sich den Konflikten stellt, statt sie im Vorfeld durch Repression zu lösen.



Tschernjenko und Breschnew in der Endphase ihres politischen Lebens.



Andropow

aus: „Sowjetunion heute", 7/83

Ein erstes Fazit

Die umfassenden Reformvorhaben der KPdSU eröffnen bedeutende Möglichkeiten, verkrustete Strukturen in der UdSSR aufzubrechen. Der betont kritische Kurs eröffnet denjenigen Freiräume, die mit der gesellschaftlichen Stagnation unzufrieden sind. Inwieweit diese Freiräume nun auch tatsächlich genutzt werden, hängt weniger von der Sowjetführung als vielmehr davon ab, inwieweit an der Basis die Lethargie durchbrochen werden kann. Die offene Kritik Gorbatschows an der Scholastik der Gesellschaftswissenschaften und der Seichtheit des offizillen Kulturangebots schaffen eine Atmosphäre, in der kritische Ansätze entwickelt und verbreitet werden können. In dieser Hinsicht ist die entscheidende Frage, wie stark die kritischen Kräfte in der UdSSR überhaupt sind, wie groß das Bedürfnis und die Bereitschaft zu sozialem und politischem Engagement an der Basis sind. Denn die Macht des Faktischen ist in Gestalt von Routine, Lethargie und Formalismus auf Seiten der Konservativen.

Angesichts der gesellschaftlichen Verhältnisse in der UdSSR kann eine KPdSU-Führung kaum mehr tun, als sie es jetzt unter Gorbatschow einzuleiten beginnt. Daß dies eine Reform, wenn auch eine radikale, und keine Revolution ist, kann man der KPdSU kaum vorwerfen. Was die KPdSU nun beginnt, ist zunächst auch ein Experiment, das erst zeigen muß, welche politische und soziale Basis für eine „radikale Reform" in der UdSSR überhaupt vorhanden ist.

Die erfolgreiche Mobilisierung für das Reformvorhaben ist eine, und letztlich die wichtigste, Voraussetzung für ein Gelingen der Reformen. Die zweite grundlegende Voraussetzung ist ein Abbau oder aber zumindest ein Konstanthalten der Konfrontation mit den USA. Dies erstens aus ökonomischen Gründen und zweitens, weil sich nach aller Erfahrung in der Sowjetunion bei zunehmenden internationalen Spannungen die Sicherheitsspezialisten aus der Armee und dem Repressionsapparat durchsetzen. Die Frage, welche außenpolitische Strategie die KPdSU verfolgt und welche Realisierungschancen diese hat, soll im nächsten AK ausführlich diskutiert werden. Wie sagte Gromyko doch vor dem Obersten Sowjet so tiefsinnig: „*Das Tempo des internationalen Lebens hat sich rapide erhöht*" (Sowjetunion heute, Nr.7/1983, Beilage, S.XII).

jb

Empfehlenswerte Literatur:

PE = Programmentwurf der KPdSU, in: Unsere Zeit, 5.11.85
PB = Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXVII. Parteitag, Rede des Gs, des ZK der KPdSU, M. Gorbatschow, in: Unsere Zeit, 27.2.86
Conert, Hansgeorg: Gorbatschows Wirtschaftspolitik des indirekten Zentralismus, in: Argument Nr.154, S.847-858
Gorbatschow: Arbeiterkontrolle und Selbstverwaltung, in: Argument Nr.155, S.106-107
Abarzumow: Krisen des Sozialismus in der sowjetischen Diskussion, in: Argument Nr.152, S.547-551

Vorschlag der UdSSR und KPdSU zur Beendigung des Wettrüstens:

"Die vollständige Beseitigung der Kernwaffen in der ganzen Welt"

Innerhalb von 15 Jahren, bis zur Jahrhundertwende, soll die vollständige Verschrottung aller Atomwaffen erreicht sein, wenn es nach dem Vorschlag von M. Gorbatschow geht, der am 15.1.86 öffentlich vorgestellt wurde. Der Plan des Generalsekretärs der KPdSU fand diesmal ein erstaunliches Echo. In der UZ, der Zeitung der DKP, wurde der Plan nicht unerwartet als eine faszinierende Perspektive gekennzeichnet und in zahlreichen Artikeln darauf hingewiesen, daß es sich dabei selbstverständlich um eine „realistische Perspektive" handeln solle. Allerdings kam die Zustimmung und der Applaus auch noch aus ganz anderen Reihen, wozu sich diesmal auch in höchsten Tönen des Lobes Rudolf Bahro (in der taz) zugesellte. Über den Grund der Faszination des letzten Gorbatschow-Vorschlages könnten wir hier nur spekulieren. Vermutlich sind es die Worte, die Gorbatschow in diesem Zusammenhange gefunden hat: Man könne die Logik des Wettrüstens nicht wie eine Naturgewalt hinnehmen, vielmehr müsse das Denken in den Kategorien der Steinzeit ein Ende haben, hatte Gorbatschow erklärt. Der Autor dieses Artikels kann nicht umhin festzustellen, daß es schon zahlreiche mindestens ebenso faszinierende Vorschläge seitens der Sowjetunion gegeben hat, und daß wohl der Chrutschow-Vorschlag von 1959, der innerhalb von 4 Jahren das gesamte Militär auf einige Polizeikräfte herunterbringen wollte, immer noch die größte Ausstrahlungskraft hatte, mit dem Nachteil dabei, daß damals nachweislich nichts aus der Sache geworden ist. Aber es ist ja gut und nicht schlecht, wenn zahlreiche Kräfte in der BRD und sei es auch erstmalig einen solchen Abrüstungsvorschlag ernsthaft zur Kenntnis nehmen. Hier soll der Inhalt der Vorschläge Gorbatschows vorgestellt und kommentiert werden.

In einer ersten Phase, die 1986 beginnen und fünf bis maximal acht Jahre dauern soll, sollen die USA und UdSSR ihre strategischen Atomwaffen um die Hälfte reduzieren. Es soll dann eine Höchstgrenze von maximal 6.000 strategischen Gefechtsköpfen geben.
Die beiden bisherigen SALT-Abkommen von 1972 und 1979 beschränkten lediglich die Zahl der Trägersysteme, nicht aber die Zahl der Gefechtsköpfe. Gerade als das erste SALT-Abkommen auf dem Tisch lag, stand die Einführung der Mehrfachsprengköpfe (bis zu 14 pro Rakete) seitens der USA unmittelbar bevor, die heute stationierten Pershing-Raketen und Marschflugkörper waren auf den Reißbrettern bereits entworfen und somit die Technologie, die es heute erlaubt, die Sowjetunion genausogut im sogenannten Grauzonenbereich, d.h. von Europa aus, zu bedrohen. Allein durch die Mehrfachsprengköpfe hat sich die Zahl der strategischen Atomsprengköpfe trotz des Einfrierens der Zahl der Trägersysteme seither rund vervierfacht. Allerdings liegt die von Gorbatschow als neue Höchstgrenze vorgeschlagene Zahl von 6.000 Sprengköpfen oberhalb von 50% der derzeitigen Sprengköpfe. Auch Reagan hatte i.ü. die Halbierung der Sprengkopfzahlen (in den START-Verhandlungen) bereits angeboten, dies aber an die Bedingung knüpfen wollen, daß die Sowjetunion einen größeren Teil davon auf See hätte stationieren müssen (wo sie seitens der USA eher ausschaltbar wären). Gorbatschow knüpft die vorgeschlagene Halbierung an eine andere Bedingung: „*Es versteht sich von selbst, daß eine solche Reduzierung nur bei einem beiderseitigen Verzicht (...) auf die Entwicklung, Erprobung und Stationierung von Weltraumangriffswaffen möglich ist.*" Statt die Zeit mit einer neuen Runde des Wettrüstens zu vergeuden, die diese Waffen angeblich überflüssig machen solle, solle man doch schon jetzt mit der Abschaffung dieser Waffen beginnen, sagt Gorbatschow. Dieser Bedingung werden die USA selbstverständlich unter keinen Umständen zustimmen.

In der ersten Phase sollen auch alle Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper (mit einer Reichweite über 1.000 km) seitens UdSSR und USA „in der europäischen Zone (...) beseitigt" werden. Vielfach wurde dies so interpretiert, als wolle Gorbatschow nun auf Reagans Nullösung einschwenken, der alle SS-20 der Sowjetunion verschrottet haben wollte, wenn keine neuen US-Mittelstreckenraketen nach Europa kommen sollten. Inzwischen hat Reagan in seiner Antwort noch draufgesattelt, und die CDU und insbesondere der Herr Dregger verkünden mit Stolz, sie hätten dieses schlechte Gangstergeschäft ins Spiel gebracht. Inzwischen soll die Sowjetunion nicht nur alle SS-20 in Europa verschrotten, sondern gleich noch den Großteil ihrer in Asien stationierten Systeme, wenn die neuen „Nachrüstungs"-Raketen der NATO wieder weg sollen.
Man kann den Begriff der „europäischen Zone", den Gorbatschow benutzt, keineswegs einfach so interpretieren, als wolle Gorbatschow lediglich die land- und bodengestützten Mittelstreckensysteme zum Gegenstand der Verhandlungen machen. In einer sowjetischen Rechnung über die europäischen Mittelstreckenwaffen, die die UZ vom 9.1.86 wiedergibt, rechnet die SU für die NATO 396 Mittelstreckenraketen und für die UdSSR 373, darunter 243 SS-20-Raketen, die allerdings mit 3-fach-Sprengköpfen bestückt sind. Unter Einbeziehung der Luftwaffen kommt die Rechnung auf 1015 Trägersysteme bei der NATO gegenüber 850 seitens der SU, bei den Sprengköpfen wird ein Verhältnis von 3.000 zu 2.000 zugunsten der NATO gerechnet. Spätestens hier würde die NATO eine vollkommen andere Rechnung aufmachen, da die NATO ebenso wie bei den Panzern sämtliche einmal produzierten Flugzeuge der SU nach wie vor in den Listen führt. Der beliebteste NATO-Trick ist allerdings der, sämtliche zur See gestützten Systeme zu „vergessen", weil hier die NATO-Überlegenheit offensichtlich ist. Dazu zählen insbesondere 400 bis 600 Sprengköpfe auf Poseidon-U-Booten und Raketen, die dem NATO-Oberbefehlshaber in Europa unterstellt sind und zukünftig sämtliche seegestützten Cruise Missiles, wovon die USA gleich 4.000 Stück bestellt haben, wovon natürlich ein beträchtlicher Teil in Europa stationiert wird, während die Sowjetunion erst dabei ist, Marschflugkörper mit Reichweiten über 1.000 km, d.h. im Mittelstreckenbereich, zu erproben.
Grob vereinfacht läßt sich sagen, daß seitens der NATO in Europa in den 80er Jahren ein Mittelstreckenarsenal aufgebaut wird, daß in der Größenordnung in etwa dem strategischen Atompotential entspricht, aber den unschätzbaren Vorteil hat, nicht nur die gleichen Ziele der SU ins Visier nehmen zu können, sondern auch enstprechende kurze oder (bei den „Bummelraketen", wie die Cruise Misseles auch genannt werden) verdeckte Flugzeiten zu besitzen, die eine Vorwarnzeit ausschließen. In ihrem Plan, sämtliche Mittelstreckenwaffen seitens der USA und der Sowjetunion in Europa zu verschrotten, verlangt die Sowjetunion von England und Frankreich dabei nicht mehr oder weniger als das Einfrieren ihres Kernwaffenarsenals. Allein auf See stationiert besitzen Großbritannien und Frankreich derzeit 374 Atomsprengköpfe mittlerer Reichweite, in 10 Jahren soll diese Zahl auf über 1.200 Sprengköpfe anwachsen. Immerhin ist dies eine Zahl, die sämtliche derzeit sationierten SS-20-Sprengköpfe in Europa weit übersteigt. Gorbatschow schlägt vor, die USA sollten keine solche Waffensysteme weitergeben. Womit dann die Briten ganz dumm da stünden, da sie auf eigene Entwicklungen im Unterschied zu Frankreich verzichtet haben und die neuen Tridentraketen bei den USA bestellt haben und dafür ihr Arsenal auch der NATO unterstellen. Dieser neue Abrüstungsplan geht in bezug auf die europäischen Systeme weiter als alles, was bisher dazu verhandelt worden ist, denn bisher haben sich die USA und die NATO strikt geweigert, die französischen und britischen Systeme überhaupt zu zählen, geschweige denn zur Debatte zu stellen. Frankreich und Großbritannien gehörten auch zu den ersten, die in Reaktion auf den Gorbatschow-Vorschlag bezüglich ihrer Systeme abwinkten. In der ersten Phase des Gorbatschow-Planes soll außerdem von Anfang an ein Teststoppabkommen für alle Nuklearexplosionen gelten, denen sich dann möglichst viele Staaten anschließen sollen, die SU hat ihren derzeitigen Teststopp um drei Monate (bis Ende März 86) verlängert.

In der zweiten Phase ab 1990, die fünf bis sieben Jahre dauern soll, sollen beide Mächte ihr taktisches Nuklearwaffenpotential (Reichweiten unter 1000 km) einfrieren, nach Abschluß der Reduzierung der strategischen Waffen um 50% werden die taktischen Waffen dann ganz beseitigt. Alle übrigen Kernwaffenmächte sollen in dieser Phase ihre nuklearen Rüstungen einfrieren, Atomrüstungen sollen nicht mehr auf den Territorien anderer Länder unterhalten werden (z.B. die rund 6.000 Atomsprengköpfe in der BRD müßten verschwinden). Das Verbot für Weltraumangriffswaffen soll multilateral erweitert werden, ebenso der Teststopp für Nuklearwaffen und für andere Waffen mit ähnlicher Wirkung.

In der 3. Phase ab 1995 sollen dann die noch verbleibenden Atomrüstungen abgeschafft werden und mit einem universellen Abkommen die Ächtung der Atomwaffen beschlossen werden. Die Modalitäten für die Vernichtung der Kernwaffen, für die Verschrottung oder Umrüstung (mit konventionellen Sprengköpfen z.B.) der Trägerwaffen sollen in Vereinbarungen festgelegt werden, wobei die Kontrollen sowohl durch technische Maßnahmen als auch vor Ort zugelassen werden sollen. „*Die UdSSR ist bereit, jegliche zusätzliche Kontrollmaßnahme zu vereinbaren,*" heißt es, um der vielfach erhobenen Beschuldigung, die Sowjetunion lasse keine Kontrollen zu, den Boden zu entziehen.

Ansonsten wiederholt Gorbatschow den Vorschlag, schnellstmöglich das Verbot aller C-Waffen zu beschließen. Bei der Vernichtung der Verräte vor Ort soll eine internationale Kontrolle zulässig sein.
Auch bei den konventionellen Waffen soll es zu Abkommen über Begrenzungen kommen, wobei auf die Wiener Truppenverhandlungen hingewiesen wird, wo beide Seiten sich seit über 15 Jahren erfolgreich über die tatsächliche Stärke der sowjetischen Truppen streiten, bzw. die Forderung der NATO-Staaten, daß hier die Sowjetunion einen erheblich größeren Teil zu reduzieren hätte.

Ein schöner Plan, der zumindest eine Zeit lang den „Geist von Genf" am öffentlichen Leben erhält und es vielleicht der NATO etwas schwieriger macht, das Feindbild Sowjetunion so ungebrochen aufrechtzuerhalten. Aber weder hier noch in der Sowjetunion selbst wird es dann auf besondere Gegenliebe stoßen, wenn sich die Sowjetunion dann in der Praxis unter inkaufnahme besondere Lasten an den kommenden Runden des Wettrüstens weiter beteiligen wird.

HH

Anatoli Schtscharanski wird Nathan Scharon

Aber Israels Probleme bleiben



Im Rahmen eines Agenten-Austausches kam im Februar der sowjetische Jude Anatoli Schtscharanski frei, der seit 1977 inhaftiert war. Er wurde auf schnellstem Weg nach Israel geflogen, wo die gesamte parteipolitische Prominenz und Tausende von Menschen, darunter besonders viele Anhänger der extremen Rechten, ihm einen jubelnden Empfang bereiteten. Schtscharanski sei „Symbol und Flaggenträger" des Kampfes der sowjetischen Juden für die „Heimkehr" nach Israel, wurde von israelischen Politikern erklärt. Der Neubürger, der sich jetzt Nathan Scharon nennen läßt, steht als Stellvertreter für die angeblich 400.000 sowjetischen Juden, die keinen größeren Wunsch haben, als gleichfalls die Erlaubnis zur Ausreise nach Israel zu erhalten. Sie sind das Grundkapital des 1985 von Regierungschef Peres verkündeten „Fünf-Jahr-Plan zur Heimbringung von mindestens einer halben Million Juden" nach Israel. Die Realisierungschancen dieses Vorhabens bleiben jedoch zweifelhaft.

Anatoli Schtscharanski hatte 1973 ebenso wie seine spätere Frau Avital die Ausreise nach Israel beantragt. Avital bekam die Genehmigung 1974, während sie ihm verweigert wurde. In der Folgezeit wurde Schtscharanski einer der bekanntesten Sprecher der sogenannten Helsinki-Gruppen. Sie waren nach der KSZE-Konferenz von Helsinki (1973) gebildet worden, um mit dem Menschenrechtsteil der dort verabschiedeten Willenserklärung die UdSSR unter Druck zu bringen. Schtscharanski war wegen seiner guten englischen Sprachkenntnisse ein bevorzugter Kontaktmann der Dissidenten-Szene zu den westlichen Presse-Vertretern in Moskau, insbesondere den Korrespondenten US-amerikanischer Zeitungen.

Die Regierung Breschnew reagierte auf die kühnere Entfaltung der Opposition nach Helsinki mit gezielter Repression. Die Dissidenten-Gruppen wurden Stück um Stück zerschlagen. Als Anfang 1977 der neue US-Präsident Carter mit der Verheißung antrat, die Menschenrechtsfrage als Brechstange der amerikanischen Außenpolitik gegen die UdSSR einzusetzen, verschärften sich die Dinge noch weiter. Anfang März 1977 erschien in der sowjetischen Presse ein Artikel des jüdischen Chirurgen Lipawski. Der Autor bekannte sich schuldig, 1972 von der CIA angeworben zu sein, um als deren Agent in jüdischen Dissidentenkreisen der UdSSR zu wirken. US-Diplomaten hätten, so Lipawski weiter, jüdischen Dissidenten „nachhalti-

als deren Agent in jüdischen Dissidentenkreisen der UdSSR zu wirken. US-Diplomaten hätten, so Lipawski weiter, jüdischen Dissidenten „nachhalti-

ge materielle Hilfe" gewährt und als Gegenleistung Informationen für die CIA verlangt. Was Lipawski angeht, soll die CIA inzwischen bestätigt haben, daß er zumindest 1975 für sie gearbeitet hat. (1) Lipawski nannte aber auch die Namen weiterer in der Dissidentenszene bekannter Juden, die angeblich von der CIA bezahlt würden. Darunter auch Anatoli Schtscharanski. Am 15.März 1977 wurde dieser verhaftet. Im Juli 1978 wurde ihm der Prozeß gemacht. Das Urteil lautete auf insgesamt 13 Jahre Haft und Arbeitslager wegen Spionage. Nach sowjetischen Vorstellungen war dieses Urteil nicht einmal unbegründet, denn dort ist im Prinzip die Weitergabe jeder Information kriminalisierbar, deren Publikation der Staat als unerwünscht betrachtet. Und Schtscharanski hat zweifellos der westlichen Presse viele solche Informationen vermittelt. So hat er, gelernter Computer-Experte, für einen US-Journalisten eine Liste sowjetischer Juden zusammengestellt, denen die begehrte Ausreisegenehmigung versagt worden war, weil sie angeblich in sicherheitsintensiven Bereichen gearbeitet hatten. *„Aus den Arbeitsplätzen der zurückgehaltenen Juden ließ sich ohne weiteres eine Reihe von Sicherheitsbereichen ablesen."*(2) Ebenfalls eine Rolle spielte im Prozeß ein von Schtscharanski ausgearbeiteter Fragebogen, mit dem 1300 Sowjetbürger „interviewt" werden sollten. Angeblich sollte analysiert werden, wieviele und welche Strafanstalten und Lager es in der gesamten UdSSR gibt. (3)

Mit der Qualifizierung dieses Prozesses als typischer Ausdruck sowjetischer Paranoia oder gar als antisemitische Hexenjagd sollte mensch allerdings vorsichtig sein: Unter den beim kürzlichen Agenten-Austausch Freigelassenen war beispielsweise der Diplomwirtschaftler Detlef Scharfenorth. Ein bundesdeutsches Gericht hatte ihn 1985 zu vier Jahren Haft wegen nachrichtendienstlicher Tätigkeit für die DDR verurteilt. Sein Verbrechen bestand darin, daß er Studenten für die „Auswertung" frei zugänglicher Wirtschaftszeitungen honoriert hatte.

Die Entscheidung jüdischer Verbände, Anatoli Schtscharanski zum Mittelpunkt einer Langzeitkampagne zu machen, fiel sehr schnell. Einer der Gründe liegt auf der Hand: *„Fünfzehntausend politische Gefangene in Kerkern, Lagern und psychiatrischen Heilanstalten sind ein Begriff. Eine Vorstellung sind sie kaum. Avital Schtscharanski hat aber nahezu jeder Fernsehzuschau-*

Lagern und psychiatrischen Heilanstalten sind ein Begriff. Eine Vorstellung sind sie kaum. Avital Schtscharanski hat aber nahezu jeder Fernsehzuschau-

er auf der ganzen Welt bereits gesehen. Man kennt sie sozusagen und nimmt persönlichen Anteil an ihrem Schicksal und dem ihres Mannes. Es hat sich inzwischen eindeutig erwiesen, daß ein Einzelschicksal überzeugender wirkt als das gemeinsame Unglück vieler, ein Kollektivschicksal, so grausam es auch sein mag."(4)

Am 10.Juni 1977, drei Monate nach der Verhaftung Schtscharanski's, fand vor dem Aeroflot-Büro in New York die erste große „Free Anatoly"-Demonstration statt. Avital, die sofort als Weltreisende in Sachen „tapfere kleine Frau" engagiert wurde, war zugegen. Auf dem Hinflug machte sie in Bonn Station, auf dem Rückflug in Hamburg. Beide Male ergab sich Gelegenheit zu Gesprächen mit der Springerpresse, die sich um die „Pogrom-Atmosphäre" und die „antisemitische Hetzkampagne" in der UdSSR drehten.(5) Finanziert wurde die umfangreiche Reisediplomatie von Frau Schtscharanski *„zum Teil von der israelischen Regierung und zum Teil von Vereinigungen, die für eine verstärkte Emigration von Juden aus der Sowjetunion eintreten"*(6), von „Sympathisanten aus den USA"(7) und von der extremen Rechten Israels, die die Kampagne auch personalmäßig absicherte. Zweifellos eine legitime und kluge Investition. Zuviel des Guten ist da lediglich der Eifer des Israel-Spezialisten Peter M. Ranke, der in der „Bild" (13.2.86) unbedingt noch schreiben mußte: **„Sie lebte in Jerusalem nur von 325 Mark Sozialhilfe im Monat."**

Unter den zahlreichen und vielfältigen Aktivitäten, die seit 1977 zugunsten Schtscharanski's stattfanden, ist an erster Stelle ein zweitägiges Schtscharanski-Tribunal zu erwähnen, daß im Mai 1980 in Amsterdam durchgeführt wurde. Angeblich wollte man dort die Umstände prüfen, die zur Verhaftung und Verurteilung Schtscharanskis geführt hatten. Aufklärerisches diesbezüglich wurde allerdings nicht bekannt. Für das Tribunal hatte man sich ein betont linkes Image gesichert, und das durchaus mit Absicht: *„Der Protest kommt hier in Amsterdam von links-sozialistische Politiker, die von der Notwendigkeit der Entspannung zwischen Ost und West überzeugt sind, setzen sich hier für die Freilassung von Schtscharanski und für alle Dissidenten ein. Das muß Moskau doch zu denken geben."* (8)

Für diesen Anspruch des Tribunals standen Namen wie Mario Soares, Coretta King (Witwe von Martin Luther

Für diesen Anspruch des Tribunals standen Namen wie Mario Soares, Coretta King (Witwe von Martin Luther

King), Joop den Uyl (ehem. sozialdemokratischer Regierungschef der Niederlande) und der frühere amerikanische UN-Botschafter Andrew Young. Letzteres eine ganz besondere Pikanterie, denn Young hatte seinen UN-Job gerade verloren, weil ihm zu große Freundlichkeit für die PLO und Arafat vorgeworfen worden war.

„Let my people go"

Die sowjetischen Juden bilden seit langem neben der Unterstützung Israels den zweiten Schwerpunkt in der politischen Tätigkeit der zionistischen und anderen jüdischen Verbände, vor allem in den USA. Das hat zugleich eine weit zurückreichende Tradition, denn schon 1911 brachten die jüdischen Verbände in den USA ein amerikanisch-russisches Handelsabkommen zu Fall, um Druck gegen die Diskriminierungs- und Pogrom-Politik des zaristischen Regimes auszuüben. Für viele amerikanisch-jüdische Sprecher scheinen denn auch die Grenzen zwischen dem Zarismus, Nazi-Deutschland und der heutigen UdSSR nicht definiert.

Die erste große, internationale Konferenz zur Lage der Juden in der Sowjetunion fand 1960 in Paris statt. Die bis heute herausragende Veranstaltung dieser Art war die Brüsseler „Weltkonferenz Jüdischer Gemeinden über die sowjetische Judenheit" im Februar 1971. Zugegen waren u.a. die israelischen Politiker Ben Gurion und Menachem Begin, und so überhaupt das ganze relevante politische Spektrum Israels und des Zionismus. Man verabschiedete die „Brussels Declaration" als bis heute gültige zentrale Willenserklärung. Es heißt da: *„Wir, die wir auf dieser Konferenz versammelt sind, verpflichten uns, mit unablässigem Bemühen sicherzustellen, daß das Verlangen der sowjetischen Judenheit vor dem Gewissen der Welt wachgehalten wird, bis ihre gerechte Sache gesiegt hat. Wir werden fortfahren, die Energien aller jüdischen Gemeinden zu mobilisieren. Wir werden wirken durch die Vereinten Nationen und andere internationale Körperschaften, sowie durch jedes Medium der öffentlichen Meinung. Wir werden nicht ruhen, bis die Juden der Sowjetunion frei sind, ihr eigenes Geschick zu wählen. LET MY PEOPLE GO."* Die Schlußparole weist zutreffend darauf hin, daß nicht das Begehren nach religiösen und kulturellen Rechten für die sowjetischen Juden im Vordergrund steht, sondern das Verlangen nach ungehinderter Ausreise.

Seit 1971 werden diese Aktivitäten in den USA koordiniert von einer National Conference on Soviet Jewry, einem Dachverband, zu dem sich 28 größere jüdische Organisationen der USA zusammengetan haben. In anderen Ländern gibt es ähnliche Einrichtungen, wie das Canadian Committee for Soviet Jewry, das International Coordination Office for Regional Organizations in Defense of Soviet Jewry in Europe und das Israel Public Council for Soviet Jewry. Weltweit schaltet das Exekutivkomitee der World Conference on Soviet Jewry alle Aktivitäten zusammen. In den USA gibt es die gleiche Art von Aktionseinheitskomitees außerdem auch noch einmal auf Stadtebene. Die wichtigste zentrale Aktivität stellt dort seit Anfang der 70er Jahre der alljährliche „National Solidarity Sunday" dar, an dem sich die meisten jüdischen Gemeinden der USA beteiligen. In New York finden an diesem Tag Demonstrationen mit bis zu 200.000 Teilnehmern statt. Übrigens keineswegs nur Juden, denn die jüdischen Verbände sind mit Erfolg bemüht, katholische und protestantische Kreise, ebenso wie beispielsweise auch schwarze Kräfte in die Kampagne einzubeziehen. Neben dem nationalen Solidaritätstag gibt es noch Solidaritätstage und Solidaritätswochen auf Stadtebene, Demonstrationen aus konkreten Anlässen (z.B. bei Auftritten sowjetischer Politiker oder Künstler) und sogar Pessach-(Oster)-Märsche. Die Grundanklage gegen die Sowjetunion lautet: Sie mache es unmöglich, in der Sowjetunion als Juden zu leben. Sie verwehre den Juden ihre religiöse, kulturelle und nationale Identität. Sie unterdrücke das Erscheinen jiddischer und hebräischer Literatur, ja sie verfolge sogar den Unterricht der hebräischen Sprache mit Repressionen. Im Berufsleben würden Juden diskriminiert und von ganzen Bereichen total ferngehalten, so vom Militär und dem außenpolitischen Dienst. Mit staatlicher Duldung und Förderung seien die Juden der Sowjetunion sogar wieder antisemitischer Hetze ausgesetzt, die sich teilweise der linken Tarnung des Antizionismus bediene. Ihnen bleibe daher gar nichts anderes als die „Heimkehr" nach Israel. 400.000 Juden haben angeblich die Ausreise schon beantragt. Die Zahl wäre sogar noch weit höher, sagen die jüdischen Verbände, wenn den Ausreisewilligen

den haben angeblich die Ausreise schon beantragt. Die Zahl wäre sogar noch weit höher, sagen die jüdischen Verbände, wenn den Ausreisewilligen

nicht schlimme Schikanen und Strafen drohen würden.

Diese Anklagen, die vom Autor nicht insgesamt bewertet werden können, müssen dennoch an einigen Punkten relativiert werden. Die bekanntgewordenen Fakten lassen darauf schließen, daß in der UdSSR jüdische Kultur stark — und gewiß nicht unabsichtlich — vernachlässigt wird, nicht aber, daß sie gewaltsam unterdrückt wird. Es gibt eine Handvoll Rabbiner und Synagogen, es gibt eine religiöse Ausbildung, es gibt eine Zeitschrift in jiddischer Sprache, es gibt drei jiddische Theater, es gibt offiziellen Angaben zufolge auch hebräisches Studium. Wo über die Unterdrückung jüdischer Kultur, Sprache und Religiosität in der UdSSR geklagt wurde, müßte der Vollständigkeit halber hinzugefügt werden, daß die von Dissidenten veranstalteten Kurse, Symposien etc. niemals pur und simpel der Kultur, der Sprache und der Religion galten, sondern daß sie zugleich Transportmittel sein sollten für eine Politik und Ideologie, die in der Solidarität mit dem Staat Israel ihren festen Bezugspunkt hat. Nun könnte man einwenden, daß jüdische Kultur und Identität eben ohne Israel gar nicht denkbar sei. Genau hier scheint das Problem zu liegen, das der Sowjetstaat mit der jüdischen Kultur und Identität tatsächlich hat.

Zum Vorwurf der beruflichen Diskriminierung: Juden stellen ungefähr 0,7% der Bevölkerung der UdSSR dar. Unter den Studenten stellten sie 1970 2,3%, unter den „Spezialisten mit höherer Ausbildung in der Sowjetwirtschaft" 5,2%, unter den „wissenschaftlichen Arbeitern" 6,65%. Einer neueren sowjetischen Angabe zufolge sollen derzeit 5% der Wissenschaftler, 6% der Beschäftigten in Kultur und Presse, 3% der Mediziner und 6% der Juristen jüdischer Nationalität sein. (9) Offensichtlich ist auch aus der sowjetischen Statistik, daß der jüdische Prozentanteil in den genannten Bereichen in den letzten 20-30 Jahren stark abgenommen hat. Hintergrund: Die Sowjetunion betreibt eine Nationalitätenpolitik, die den Anteil bisher unterproportional vertretener Sowjetvölker unter den Wissenschaftlern, Kulturschaffenden u.a. systematisch erhöhen soll. Das senkt zwangsläufig den Anteil anderer Nationalitäten, die in diesen Bereichen traditionell relativ stark präsent sind. Nehmen wir ein Beispiel: Laut Sowjet-Statistik gab es 1950 162.000 „wissenschaftliche Arbeiter', von denen 25.250 Juden waren, gleich 15,5%. 1970 waren unter nunmehr einer Million „wissenschaftlichen Arbeitern" 66.700 Juden, gleich 6,65%. Die Zahl jüdischer „wissenschaftlicher Arbeiter" hatte sich also tatsächlich nahezu verdreifacht, bei sinkender Gesamtzahl der jüdischen Bevölkerung in der UdSSR.

Die Entwicklung der Emigration aus der UdSSR

Laut Statistik gab es 1959 2,27 Millionen Juden in der UdSSR. 1970 wurden nur noch 2,15 Millionen Juden gezählt. In der letzten Volkszählung, 1979, war ihre Zahl auf 1,81 Millionen gefallen. Mehr als 250.000 Menschen sind seit 1968 ausgewandert, was den Rückgang zum Teil erklärt. Israelische Stellen und jüdische Verbände gehen jedoch davon aus, daß die wirkliche Zahl der sowjetischen Juden bei drei Millionen liege; sie berufen sich dabei auf Angaben sowjetischer Politiker. Angeblich wollen noch 400.000 von ihnen auswandern. Für diese Behauptung fehlt aber eine sachliche Grundlage.

Die UdSSR begann Ende der 60er Jahre, die Tore für ausreisewillige Juden zu öffnen. 1971 erreichte ihre Zahl mit 13.000 erstmals eine beachtliche Höhe. Sie stieg 1972 auf 31.700, fiel 1974 auf 20.600, lag dann mehrere Jahre lang um 15.000 und verzeichnete 1979 noch einmal einen rasanten Anstieg mit der absoluten Rekordzahl von 51.300. 1980 waren es noch 21.471, 1981 weniger als 10.000, 1984 gab es mit 896 den Tiefpunkt und 1985 mit 1140 keinen nennenswerten Anstieg.

Schon 1973 hatte sich außerdem als neue Tendenz das „drop-out-Phänomen" bemerkbar gemacht: 12-14% der Ausreisenden wollten nicht nach Israel, sondern bevorzugten andere Länder, hauptsächlich die USA. 1975 waren schon ein Drittel der Ausreisenden „drop-outs", und 1976 gar Zweidrittel. Die wirkliche Zahl liegt noch höher, weil die offizielle Zahl nur Auswanderer berücksichtigt, die gar nicht erst in Israel ankommen. Die Statistik zeigt, daß das Verhalten der Auswanderer je nach Herkunft unterschiedlich ist. Am höchsten ist die „drop-out-Rate" unter Emigranten, die aus Großstädten kommen. An der Spitze liegen die aus Odessa kommenden Emigranten mit 94,7% und Kiew mit 87,4%. Zweifellos hat die Sowjet-

die aus Großstädten kommen. An der Spitze liegen die aus Odessa kommenden Emigranten mit 94,7% und Kiew mit 87,4%. Zweifellos hat die Sowjet-

bürokratie also Gelegenheit, die „drop-out-Rate" zu manipulieren, beispielsweise indem sie bevorzugt großstädtischen Ausreisewilligen Genehmigungen zuteilt. Dennoch wird jüdischerseits nicht in Frage gestellt, daß das „drop-out-Phänomen" wesentlich als Reaktion auf die wachsenden inneren und äußeren Schwierigkeiten Israels gesehen werden muß. Ein Versuch, das Phänomen einzudämmen, bestand darin, daß die amerikanisch-jüdische Hilfsorganisation HIAS unter massiven Druck gesetzt wurde, ihre Unterstützungsleistungen für jüdische Einwanderer aus der Sowjetunion einzustellen. Die Wirkung blieb sichtbar aus.

Sowjetisch-israelisches Tauwetter?

Mit dem schlichten biblischen Appell „Laß mein Volk ziehen" ist es also nicht getan. Es kommt vor allem darauf an, sie mehrheitlich nach Israel zu lenken, um die weitgesteckten bevölkerungspolitischen Pläne der Regierung zu realisieren: Mindestens 500.000 Einwanderer innerhalb von fünf Jahren, wie Peres 1985 ankündigte. Tatsächlich ist Israels Einwanderungsbilanz heute negativ, d.h. es gehen mehr Menschen als kommen. Das wäre eigentlich nicht schlimm, wenn man nicht erstens die politische Absicht hätte, weite besetzte arabische Gebiete fest zu integrieren, und wenn man nicht zweitens den ideologischen Anspruch hätte, sämtliche Juden der Welt in Israel zu versammeln. Logis ch also, daß sich, neben dem Krisengebiet Südafrika mit seiner stattlichen jüdischen Gemeinde, das Hauptinteresse auf die Sowjetunion richtet. Zweimal

Fortsetzung auf Seite 36



Geld, Waffen, Blut wg FJS

Fall Vera Brühne

Der amtierende bayrische Ministerpräsident hält mit 950.000 DM die absolute Rekordmarke in den Listen des peniblen ehemaligen Flick-Buchhalters Diehl. Trotzdem hat der Name Strauß in der mit Bargeld gepflegten Herrenlandschaft einen vergleichweise niedrigen Erregungs-Wert. Zwischen den FKF, v.B., Frdr., Lms., K. usw. nimmt das höchstdotierte Kürzel FJS politisch eine scheinbar bescheidene Nebenrolle ein — unverdient, denn dieser war es schließlich, der dem alten Konzernherrn auf dem Totenbett versprechen mußte, sich um Baby-**schließlich, der dem alten Konzernherrn auf dem Totenbett versprechen mußte, sich um Baby-****Flick zu kümmern, damit die Geschäfte weiterhin einen gedeihlichen Verlauf nähmen. Der erstaunliche und ungerechte Umstand mangelnder Publizität mag mehrere Erklärungen finden. Zum einen kann es niemanden überraschen, daß auch diese schwarze Kasse — wie so viele andere — für das Münchner Politungetüm sprudelte. Eine Sensation wäre es umgekehrt, wenn es nicht so gewesen wäre. Zum anderen weilt Strauß zu seinem größten Bedauern nun einmal nicht in Bonn. Drittens wird er vom „Spiegel'' augenfällig geschont, weil das Nachrichtenmagazin eine gewisse und nicht ganz unverständliche Lust bei antipfälzischen Ausfällen aus Bayern verspürt. Es kommt aber noch eine weitere Möglichkeit in Betracht: Mit Strauß käme vielleicht eine garstige Seite der Affaire ans Licht, ein Aspekt, für dessen Bewältigung es nicht ausreicht, daß ein Augstein sich an die Brust und dem Schily auf die Schulter klopft. Für diese garstige Seite sucht der Vorsitzende der Deutschen Journalisten Union nach dem treffenden Begriff, um bei „wissenschaftlich als Imperialismus definiert'' zu landen.**

Eckart Spoos Formulierung ist einem Text über Waffenhandel in einem neuen Buch über den Fall Vera Brühne/Johann Ferbach entnommen („Die Vergangenheit, die nicht endete''; Hg. Ulrich Sonnemann, Focus-Verlag Gießen). Gegenstand der Veröffentlichung ist vordergründig ein 25 Jahre alter Justizirrtum, die Nachkriegsgesellschaft, die ihn ermöglichte und die sozialliberale Ara, die ihn vergaß. Also — wie es manche Rezensionen sehen — Bewältigung von *Geschichte,* wenn auch der jüngeren. Aber jenes (woran sich insbesondere Sonnemann in seinen Beiträgen abarbeitet) ist nicht das, was sich der Freund, der uns das Buch ans Herz legte, von einer AK-Besprechung verspricht. Hier gehe es im Grunde um ähnliches, meinte er, wie in Ulrich Chaussys „Oktoberfest — ein Attentat'' (Luchterhand, siehe AK 262). Wie wahr. Sprachen wir damals von einem „Blick hinter die Kulissen des Rechtsstaats'', so tun sich nun wahre Abgründe auf. Von wegen fünfziger Jahre, von wegen Vergangenheit: Es geht um die Machtverhältnisse des Hier und Jetzt. BND, Waffenhandel, Rüstungs-gründe auf. Von wegen fünfziger Jahre, von wegen Vergangenheit: Es geht um die Machtverhältnisse des Hier und Jetzt. BND, Waffenhandel, Rüstungs-geschäft; CSU-Seilschaften in all diesem und NS-Seilschaften in der CSU. Und Umschläge mit Barem, die in obskuren Büros über die Schreibtische wandern, nachdem sie zuvor westeuropäische Grenzen passierten. Das Buch ist kein leichter Brocken: Allzu massiv prasseln auf den Leser unglaubliche, nein *glaubliche* Infos ein. Wer seine Nerven schonen und sich einer solchen Tortur nicht unterziehen mag — bittesehr. Er/sie verzichtet dann eben darauf, zu verstehen, was im Flick-Skandal sorgfältig verschwiegen wird.

Parallelen

„Warum hat er sich denn das Leben genommen, der Depp.'' So sprach Franz-Josef Strauß am Grab seines ehemaligen persönlichen Referenten, Brigadegeneral Repenning, nach Angaben eines Augenzeugen, welcher selbst politisch der CSU zuzuordnen ist. Die kleine Anekdote ist auch zu schön, um erfunden zu sein. Sie ist einfach super. Offiziell wurde bei Repennings Tod am 22.1.67 nämlich eine Herzmuskelentzündung als Ursache festgestellt.

So viele Leichen. Und immer die gleiche Auswahl an Todesursachen: Sogenannter Selbstmord, sogenanntes Herzversagen, sogenannter Unfall. Meistens zeichnet sich das Ende rechtzeitig vorher ab: Der eine ist schwerkrank, der andere todunglücklich, alle befinden sich in finanziell ausweglosen Situationen, nicht zu vergessen der obligatorische „Hirnschaden''. Wie halt auch Chaussy das Schicksal einiger möglicher Mitwisser oder Zeugen des Oktoberfest-Attentats (1980) recherchiert hat. Da kann es einem vielbeschäftigten Politiker, der nun einmal das Joch trägt, mit einer beachtlichen Anzahl unnatürlicher Todesfälle irgendwie konfrontiert zu werden, passieren, daß er die (offiziellen) Ursachen durcheinanderbringt. Daß er halt von Selbstmord redet, wenn ein Herzversagen dran war oder von einem Unfall, wenn — natürlich „zweifelsfrei'' — Selbstmord „nachgewiesen'' werden konnte.

Ostern 1960 wurden in Pöcking bei München der Arzt Otto Praun und seine Haushälterin Elfriede Kloo ermordet aufgefunden. Zwei Jahre später befand die Justiz Vera Brühne, Geliebte des Praun und von ihm als Alleinerbin eingesetzt, sowie deren Bekannten Johann Ferbach als schuldig; beide wurden zu lebenslanger Haft verurteilt. Eine ganze Reihe von Anträgen, das Verfahren wieder aufzunehmen, wurden von der bayrischen Justiz abgeschmettert. Ferbach starb 1970 im Gefängnis. Vera Brühne wurde 1979 von Strauß begnadigt. Wer aber — und das gilt inzwischen für den Zeitraum eines Vierteljahrhunderts — seine Nase unberufenerweise in diese Sache steckte, weil die Unschuld der Verurteilten umso klarer wurde, je mehr Fakten allmählich in die Öffentlichkeit gerieten, dem (oder der) wurde alsbald bedeutet, womit er (oder sie) zu rechnen habe. Zuletzt stöberte Gaby Weber für das Focus-Buch einen achtzigjährigen Rüstungslobbyisten auf. Friedrich Großkopf, der sich als „Steigbügelhalter der CSU'' bezeichnete, gab der Journalistin den dringenden Rat, die Finger davon zu lassen, denn *„das Eisen sei viel zu heiß. ‚Hände weg von Pöcking', das wiederholte er mindestens 15 mal. Ich sei gefährdet, schon andere Leute, mit größerem Format, hätten Schiffbruch erlitten. Er wünsche keinen weiteren Kontakt mit mir und bereue, mir die ganzen Dinge erzählt zu haben. Alle Leute würden irgendwann umfallen, so auch er — ich solle nicht enttäuscht sein. Die Sache sei. zu heiß.''* (Gaby Weber: „Neue Recherchen und Mutmaßungen'')

Einer, der umfiel, auch wenn er es aktuell anders darzustellen versucht (siehe „taz'' vom 1.3.86), war der heutige SPD-MdB Ehmke, der 1971 als damaliger Kanzleramts-Chef (und in dieser Eigenschaft auch Koordinator der Geheimdienste) in eigener Sache nach Pullach fuhr. Die SPD hatte von einem BND-Gewährsmann im Parteivorstand erfahren und wollte die Akte haben. Wieder so eine schöne Geschichte: Wie es der Zufall wollte, traf Ehmke, der unverrichteter Dinge nach Bonn zurückfahren mußte, am selben Abend auf Strauß. Der hatte von den Nachforschungen des SPD-Mannes Wind bekommen, aber nicht exakt, von welchen. Franz-Josef vor Zeugen zu dem Pullach-Touristen: *„Wenn du an die Praun-Geschichte gehst, dann mußt du schon eine hohe Lebensversicherung haben. Wenn dir dein Leben lieb ist, dann laß die Finger von der Praun-Geschichte.''*

Selbstmorde

Selbstmorde

Einer, der sich aufraffte, um nicht umzufallen, war ein paar Wochen später tot. Hans Brandes, selber Waffenhändler und (mindestens zeitweise) im Auftrag des BND tätig, wurde am 15.4.71 in der Nähe von Pullach vergiftet aufgefunden — Diagnose Selbstmord. In einer Reihe von Briefen und Dokumenten, die er aus Sicherheitsgründen an die Kriminologin Birgitta Wolf schickte, trug er, weil er als knapp Fünfzigjähriger einen neuen Anfang machen wollte, zusammen, was er über das brisante Milieu und die Aktivitäten der ermordeten Praun und Kloo wußte. Brandes, der alsbald Drohanrufe und Besuche zwielichtiger Gestalten erhielt, wußte, womit er zu rechnen hatte: *„Ich habe ... mit dem Verteidigungsministerium in Bonn gesprochen ... und die Auskünfte waren äußerst interessant aber auch bedenklich. Da es in unserer bundesdeutschen Demokratie in letzter Zeit so häufig merkwürdige Begebenheiten, wie Selbstmord mit Einschüssen im Rücken, gegeben hat, glaube ich doch, daß meine Bedenken nicht ganz von der Hand zu weisen sind. Naja, solltest du jemals etwas von einem Selbstmord Hans Brandes hören, bitte werte ihn als Fortsetzung einer Reihe von neumodischen Erscheinungen in unserer auto-demo-nazi-kratischen Staatsform.''* (zitiert in Birgitta Wolf: „Warum mußte Hans Brandes sterben?'') Der Brief ist vom Januar 1969, fast neun Jahre vor einigen anderen mysteriösen Selbstmorden, aber daß das Buch mehrfach das Thema Stammheim anschneidet, spricht nicht mal für besondere Phantasie. Das läßt sich einfach nicht vermeiden.

Eigenartige Tode starben im Verlauf dieser Affaire neben den schon erwähnten Praun, Kloo, Repenning („Selbstmord''), Ferbach („Herzversagen''), Brandes („Selbstmord'') mindestens sieben weitere BND-Leute, zwei Freundinnen des Praun, von denen eine als Kronzeugin der Anklage gegen Vera Brühne auftrat, um ihre Aussage 1969 einem Journalisten gegenüber zu widerrufen — drei Tage später war sie tot (plötzlich aufgetretene schwere Krankheit); zwei Mitwisser der HS 30-Schützenpanzer Affaire („verunglückt'') und noch einer, der „verunglückte'' und noch einer, der „sich vergiftete'' ... — und gewiß ist dies nur die Spitze des Eisbergs, denn auch die Frankfurterin Nitribitt hatte Zugang zu diesen Kreisen. Beispielsweise.

Da die Serie auch beim besten Willen für diesen unseren freiheitlichsten Staat der deutschen Geschichte nicht zu übersehen ist, faßt Eckart Spoo zusammen: *„Oft geben Selbstmorde in diesem Milieu Anlaß zum Argwohn, ob es nicht in Wahrheit Morde sind, in der Absicht begangen, die Opfer zum Schweigen zu bringen. Beispiel* (das Folgende ist nicht identisch mit den o.g. Fällen, sondern eine recht beliebige und wilkürliche Ergänzung; Anm. AK): *Ein BND-Offizier, der nach offiziellen Angaben Selbstmord beging, soll zuvor in einem Münchner Bordell versucht haben, illegal Waffen zu verkaufen. BND-Vizepräsident Generalmajor Horst Wendtland erschoß sich nach offiziellen Angaben am Schreibtisch in Pullach. Einen mysteriösen Tod starb zuvor General Lüdcke. Selbstmorde in Haftanstalten sind immer schwer aufzuklären. Karl Kofler, der im Zusammenhang mit der Aufdeckung eines internationalen Waffen- und Drogenhändlerringes verhaftet worden war und dann in einem italienischen Gefängnis angeblich Selbstmord beging, hatte sich guter Beziehungen zu ‚Münchner Kreisen' gerühmt. Heinz Lembke, der nach den großen Munitions- und Waffenfunden in der Lüneburger Heide in Haft gekommen war, konnte die Verstecke nicht allein angelegt haben. Nachdem er angekündigt hatte, er werde die Namen seiner Komplizen nennen, wurde er tot in seiner Lüneburger Zelle gefunden. Als Todesursache wurde amtlich Selbstmord angegeben...''*

Das mag man irgendwo auch als ausgleichende Gerechtigkeit verbuchen. In höchstem Maße unbefriedigend bleibt aber trotzdem, daß diejenigen, die über Tod oder Leben verfügen, immer noch in Amt und Würden zu sein scheinen — übrigens auch höchstes Ansehen in der Christenheit geniessen.

Dealer

Das Brühne/Ferbach-Urteil von 1962 wäre schon deshalb nicht zu halten gewesen, weil es sich recht bald als Justizskandal entpuppte: Gekaufte Kronzeugen, gekaufte Verteidiger (die Anwälte der Angeklagten bekamen über die Firma Brinkmann, Hamburg, nicht nur in der Tabak- sondern eben auch in der Waffenhandelsbranche aktiv, diskret Gelder zugeschoben, um im in der Waffenhandelsbranche aktiv, diskret Gelder zugeschoben, um im Prozeß den politischen Hintergrund auszublenden), eine gekaufte Berichterstattung (neben „Quick'' erfreut sich auch die „Neue Illustrierte'' illustrer Verbindungen zum BND) usw. Aufgrund medizinischer Gutachten stellte sich insbesondere heraus, daß der dem Urteil zugrundeliegende Todeszeitpunkt von Praun/Kloo auf jeden Fall falsch war. Die Bayern-Justiz war von all dem nicht zu beeindrucken; ihren Akteuren dankte es die CSU mit attraktiven beruflichen Karrieren.

Aber erst nach dem Tod des ehemaligen Strauß-Referenten Repenning sollte bekannt werden, was es mit dem Dr. Praun eigentlich auf sich hatte. Im September 67 machte ein Roger Hentges bei der Bonner Staatsanwaltschaft die folgenden Aussagen: Er habe Ende der fünfziger Jahre eine nachrichtendienstliche Tätigkeit für den BND in Frankfurt ausgeübt. Zu seinen Aufgaben habe gehört, hohe Geldsummen aus Frankreich in die BRD zu schleusen. Diese Beträge seien für einflußreiche Personen im Bonner Verteidigungsministerium und in Pullach bestimmt gewesen. Sie hätten dem Zweck gedient, einigen Rüstungsfirmen Aufträge der Hardthöhe zu verschaffen. Zum Beispiel sei es um die Bordausrüstung der Noratlas-Flugzeuge und um den HS 30 Schützenpanzer gegangen.

Nach Hentges Angaben erhielten hohe Beamte aus den Beschaffungs-Abteilungen des damals von Strauß geleiteten Verteidigungsministeriums jeweils mehrere zehntausend DM. **An Repenning seien 2,3 Millionen geflossen** — wohl kaum zur eigenen Verwendung. Der Münchner Arzt Praun habe 300.000 DM erhalten. Letzterer sei ermordet worden, *„nachdem einige Leute auf eigene Faust und zu eigenem Profit Geschäfte gemacht hätten.''* Er, Hentges, sei persönlich mit Repenning und einem BND-Mann namens Schröder in den frühen Morgenstunden des Karfreitag 1960 zu Praun gefahren, um den Arzt wegen dessen Geldforderungen zur Raison zu bringen (nach dem Urteilsspruch gegen Brühne/Ferbach hätte Praun da schon tot sein müssen). Dabei sei es zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen, deren Ausgang er jedoch nicht mitbekommen habe. Als er nach den Feiertagen von dem Doppelmord erfuhr, habe er an Strauß geschrieben und sich von solchen Methoden distanziert.

Den ihn vernehmenden Beamten erläuterte Hentges auch die Wege des Geldtransfers an die Hardthöhe. Er habe damals in Frankfurt eine Bürogemeinschaft mit den Rüstungslobbyisten Friedrich Großkopf und Hans Brandes (s.o.) unterhalten. Anfangs seien die Gelder über Großkopf weitergeflossen, später jedoch direkt an den Strauß-Spezi Repenning gegangen. Ein Karl Helmut Schnell (natürlich auch CSU und aus dem Hause Gehlens) habe die Zahlungen „überwacht'', indem er gelegentlich unangemeldet in Frankfurt auftauchte und nach dem „Rechten'' sah. **Schnell war originellerweise der Leiter des Anti-Korruptions-Referates im BMdV. Diese nicht unkomische bayrische Direktheit offenbart ein tiefschürfendes Verständnis vom Monopolcharakter des staatlichen Gewaltmonopols ...**

Schnell wurde von Hentges beschuldigt, bei der Ermordung Prauns die Fäden gezogen zu haben. Doch die nordrhein-westfälischen Ermittler mußten den Fall an die Münchner Justiz abgeben. Dort endete die Angelegenheit vorerst mit einer Verurteilung des BND-Mannes wegen Falschaussage (seine Angaben über die nächtliche Fahrt nach Pöcking zur Praun-Villa waren im Detail widersprüchlich). Bei einer späteren Untersuchung des Verteidigungsministeriums (1976) gegen Schnell blieb Hentges zunächst bei seinen Angaben, um sie schließlich 1978 vor Gericht zu widerrufen. Wie ein Wunder fügte es sich, daß in der Folgezeit eine Viertelmillion ungeklärten Ursprungs auf das Konto seiner Frau einging, womit sein Lebensabend finanziert werden konnte.

Der famose Anti-Korruptions-Beamte wurde vom neuen Dienstherrn Schmidt Ende 1969 degradiert, blieb aber auf der Hardthöhe. Seit der Bonner Wende ist Schnell als Abteilungsleiter Rüstung wieder goldrichtig eingesetzt und gilt als die Hausmacht von Strauß bei Wörner. Anfang des Jahres soll er sogar als Nachfolger für Staatssekretär Ermisch im Gespräch gewesen sein (damit hätte er als ausgesprochene Fachkraft auch den MAD unter sich gehabt). Dies dürfte sich nach dem Erscheinen des Focus-Buches erledigt haben; neben den Grünen hat auch die SPD-Fraktion im Bundestag Witterung genommen (ohne allerdings darüber ins Grübeln zu geraten, wie es möglich war, daß dieser ganze Sumpf die sozialliberale Ära ungeschoren überdauerte).

Damit ist die Geschichte eben nicht zuende. Weniger beachtet von der sich

überdauerte).
Damit ist die Geschichte eben nicht zuende. Weniger beachtet von der sich

allmählich interessierenden Öffentlichkeit erlaubt das Buch auch einen Blick unter die Oberfläche des bisher geschilderten crime and politics-Geschehens. Als der „Spiegel'' 1968 die Hentges-story bringt, erinnert sich der Mann, der seinerzeit mit ihm in Frankfurt das Büro in der Mainzer Landstraße geteilt hatte, Hans Brandes, bestärkt durch die Bekanntschaft mit der Kriminologin Wolf, bestätigt die Aussagen von Hentges, aber er ist auch in der Lage, sich einen Reim auf das mysteriöse Verschwinden einiger kleinerer Fische und das Kaltstellen einiger größerer zu machen, während die wirklich großen munter weiter agierten. Er erfährt Pressionen und beginnt zu kämpfen: Jetzt erst recht. Man rät ihm, sich der Auffassung des BMdV anzuschliessen, Hentges sei ein notorischer Lügner. Daraufhin sagt Brandes jedem, der es (nicht) hören will, was er weiß, Geheimdienstleuten (darunter BND-Präsident Wessel, der ihn dreimal persönlich aufsucht), Staatsanwälten, Polizisten, Journalisten.

Folge Nummer 1: Er muß seine Firma verlassen. Nummer 2: Er überwirft sich mit seiner Familie. Nummer 3: Man hetzt ihm die Steuerfahndung auf den Hals, die prompt fündig wird. Brandes reagiert, man müsse es machen *„wie der übelste Vertreter der APO'', „genau und unverblümt meine Ansicht zu vertreten und von meiner Meinung bringt mich auch nichts mehr ab.''* Geradezu dramatisch dokumentiert das Buch — und das ist eigentlich sein stärkster Teil, obwohl die Texte von Brandes leider zum Teil auseinandergerissen wurden — das Aufbäumen des Dissidenten gegen eine Mauer des Schweigens, seine Todesahnungen, seine präzisen Kombinationen.

Am Ende landet er ausgerechnet wieder beim BND in Pullach, wo er auf eigene Faust versucht, die Akte Praun aufzustöbern. Das konnte nicht gutgehen.

Fortsetzung nächste Seite

Das letzte Tabu

Interview über die Welle antisemitischer Ausbrüche in der BRD

Anlaß für dies Interview mit Günter Bernd Ginzel (siehe Kasten) ist die seit Mai 1985 so gut wie nicht unterbrochene Kette antisemitischer Ereignisse und deren erregte Erörterung in der bundesdeutschen Öffentlichkeit. Es begann am 8. Mai mit einem regierungsoffiziellen Zeremoniell auf dem Bitburger Soldaten- und SS-Friedhof. Es folgte die Verhinderung der Aufführung eines Theaterstücks mit antijüdischen Stereotypen von Faßbinder durch die jüdische Gemeinde in Frankfurt. Im Zusammenhang mit der geforderten sogenannten Wiedergutmachung für ehemalige Sklavenarbeiter des Flick-Konzerns äußerte CDU-MdB Fellner, solche Forderungen seien ,,weder rechtlich noch moralisch berechtigt''; es entstehe der Eindruck, ,,daß Juden sich schnell zu Wort melden, wenn irgendwo in deutschen Kassen Geld klimpert (...) Die Juden sollten uns nicht mit solchen Forderungen in Verlegenheit bringen.'' Und erst vor kurzem äußerte der Bürgermeister von Korschenbroich Wilderich Freiherr von Mierbach Graf von Spee: ,,Um den Ausgleich des Haushalts 1986 zu schaffen, müßte man schon einige reiche Juden erschlagen.''

In der bundesrepublikanischen Geschichte ist eine solche Häufung antisemitischer Äußerungen besonders von offiziellen Repräsentanten neu. Wie empfindest und bewertest Du diese Folge von judenfeindlichen Begebenheiten? Siehst Du hier eine neue Qualität, einen Neo-Antisemitismus, vielleicht in dem Sinne von Rühles ,,Ende-der-Schonzeit''-Äußerung, daß die Jagdsaison wieder begonnen hat? Oder handelt es sich um einen aufkommenden neuen Nationalstolz, wie er aus Peter Idens Äußerung spricht, daß die Deutschen sich nicht von den Juden erniedrigen lassen sollten?

G.G.: Es wäre sicher eine Fehleinschätzung, von einem Neo-Antisemitismus zu sprechen. Denn dies würde unterstellen, der Antisemitismus sei verschwunden und nun plötzlich wieder aufgetaucht. Nach einer Kette von Bonner Signalen fühlen sich viele ermutigt, das zu äußern, was jetzt nicht mehr als ein Tabu gilt. Für mich beginnt der Skandal in der Weigerung der Regierung, am 8. Mai 1985 das ehemalige KZ Dachau zu besuchen. Wen haben die Amerikaner in Dachau befreit? Vertreter des antifaschistischen Deutschlands: Gewerkschafter, Kommunisten, Christen natürlich auch Juden. Von den vielen anderen jetzt einmal zu schweigen. Warum mußte der Dachau-Plan scheitern? Weil man wohl die kritischen Fragen fürchtete. Was wurde aus diesem antifaschistischen Erbe? Warum zerbrach dieses Bündnis der Nazi-Gegner? Warum wurden aus den Befreiern Steigbügelhalter der alten Nazis in Wirtschaft und Industrie? Was wurde aus jenen Richtern, aus den KZ-Wärtern, aus den Euthanasie-Ärzten? Das hätte nicht in die ,,Wendementalität'' gepaßt. Stattdessen sollte die Wehrmacht rehabilitiert werden. Und wer störte diese Idylle deutsch-amerikanischer Verdränger? Juden! Sie wurden als Unruhestifter erkannt und waren auch noch stolz. Da wurde ihnen als ,,Trostpflaster'', als ,,Ausgleich'' ein Besuch in Bergen-Belsen hingeworfen. Doch dieses Vorhaben wurde als das zurückgewiesen, was es war: eine Zumutung, eine Verhöhnung der Opfer. Daß vor allem Juden diesen angestrebten Schlußstrich nach erfolgter Nachrüstung unter der deutschen Geschichte verhinderten, ließ die Volksseele kochen. Die Rechtsextremisten triumphierten. Allerorten wurden antisemitische Leserbriefe geschrieben. Die ,,FAZ'' profilierte sich zur ,,Nationalzeitung'' der akademischen Rechtsaußen. Deutscher Patriotismus kontra deutsche Juden; Antisemitismus und Antikommunismus verbrüderten sich einmal mehr. Zwischen Helmut Kohls Worten von jenen Juden, die nicht verzeihen könnten, und Idens Aufruf in der ,,FR'', sich nicht von Juden unterdrücken zu lassen, existiert ein geistiges Band: die Wut über Juden, die sich weigern, die ihnen von Nichtjuden zugeschriebene Rolle zu spielen. Der Ärger über eine neue jüdische Jugend in Deutschland, die die Ängste der älteren Generation abzulegen sucht und den Mut aufbringt, unbequem zu sein. Wenn wir eins aus der Geschichte gelernt haben, dann, beizeiten zu schreien.



Eingang zum Warschauer Ghetto

Welche gesellschaftspolitische Bedeutung hat ein antijüdisches Feindbild ohne eine entsprechend große Gruppe Juden in unserem Land, die dieses Feindbild auch physisch repräsentieren? Handelt es sich dabei in bundesdeutscher Hinsicht überwiegend um ein Phantom, das aus der sogenannten unbewältigten Vergangenheit wuchert?

G.G.: Gerade unsere verschwindend geringe Zahl ist für Antisemiten attraktiv. Es ist kein Zufall, wenn sich der zuständige Abteilungsleiter der ,,Welt'' nicht entblödet, in einer Kritik meines Bandes ,,Jüdischer Alltag in Deutschland 1933-1945'' anzunehmen, daß die Kinder aussähen wie deutsche Kinder. So können sie ein Feindbild zeichnen, ohne befürchten zu müssen, daß ihre Ansprechpartner in der Begegnung mit Juden die Realität kennenlernen. Nur, das möchte ich deutlich sagen: Die Antisemiten, die als solche Erkannten, die Neonazi-Gruppen, die machen mir wenig Angst. Gegen die kann man sich wehren, man kennt sie. Gefährlicher ist der ungebrochene Antisemitismus in breiten Bevölkerungsschichten, der umso gefährlicher ist, als er jederzeit mit anderen Aggressionen und Vorurteilen gepaart werden kann. Feministinnen werden als ,,Judenhuren'' beschimpft, Homosexuelle gelten als ,,schwule Judenschweine'', von der alten Verknüpfung zwischen Antikommunismus und Antisemitismus brauche ich hier nichts zu sagen. Eins müssen wir deutlich erkennen. Das Aufbrechen antijüdischer Polemik in der größten konservativen Partei der BRD offenbart ein gespaltenes Verhältnis zur Demokratie, zum liberalen und sozialen Rechtsstaat. Für mich ist das Zusammentreffen antigewerkschaftlicher Maßnahmen mit antijüdischen Äußerungen kein Zufall. Hier zeigt sich ein Geist, der weit über uns paar Juden hinaus gefährlich ist. Vergegenwärtigt man sich dann die Verharmlosung des Rechtsextremismus, die Rehabilitierung der HIAG, den dramatischen Aufbau einer exportorientierten Rüstungsindustrie, um jetzt nur diese Punkte zu nennen, dann erkennt man überdeutlich, daß eine Stimmung geschaffen wird, die die Lehren von Auschwitz nicht ziehen will!

Bei der Diskussion um das Faßbinder-Stück gingen die unterschiedlichsten Meinungen, ob das Stück antisemitisch sei oder nicht, durch alle politischen Lager. Wie erklärst Du Dir, daß Teile der Linken antijüdische Inhalte oder Vorfälle nicht erkennen oder herunter-

Lager. Wie erklärst Du Dir, daß Teile der Linken antijüdische Inhalte oder Vorfälle nicht erkennen oder herunter-

spielen, wenn sie nicht sogar eigene Vorurteile formulieren?

G.G.: Die Blindheit vieler fortschrittlicher Leute in der Auseinandersetzung um Faßbinder hat mich nicht nur tief getroffen, sie ist für mich ein Rätsel. Jenseits aller Inhalte, offenbart sich eine Hartherzigkeit und ein Mangel an Solidarität, die einfach schlimm ist. Es rächt sich eine tiefe Unsicherheit. Es ist (leider) ein reines Vorurteil zu glauben, wer links ist, kennt die historische Bedeutung des Judenhasses, begreift, wo und wie sich Judenfeindschaft äußert. Man ist zwar sensibel, hat aber häufig viel zu einfache Erklärungsschemata. Judenhaß kann nicht nur auf eine Kapitalismuskritik beschränkt werden! Aber das ist ein anderes Thema. Wenn Faßbinder über die Bau-Spekulation aufklären würde, wenn er den Filz bloßlegen, die Herrschafts- und Ausbeutungsmechanismen am konkreten Beispiel demonstrieren würde, könnte man über dieses Stück noch diskutieren, aber all dies geschieht ja nicht! Ganz ehrlich gesagt, habe ich den Eindruck, hier will man sich auf Kosten der Juden auch bei einigen Linken aus der Geschichte stehlen, ist man froh, den miesen Juden zu zeigen, weil es das letzte Tabu ist, das noch nicht gebrochen wurde. Und da gibt es mittlerweile eine sich links gebende Schickeria, die immer dann zufrieden ist, wenn Juden getroffen aufschreien. Doch ist hier Vorsicht geboten. Das Fehlverhalten einiger, wie ich es sehe, wird jetzt dazu benutzt, die Linke undifferenziert und pauschal als antisemitisch zu diffamieren.

Was sagst Du zu dem nach der Frankfurter Bühnenbesetzung durch die jüdische Gemeinde oft zu hörenden Vorwurf, die Juden würden sich nur für ihre eigenen Belange engagieren? Gegen die allgemeine Rechtsentwicklung der bundesdeutschen Politik würden sie aber nichts unternehmen. Ist das zutreffend oder spricht hier versteckt das Vorurteil vom jüdischen Egoismus?

G.G.: Das ist eine miese Politik von Leuten, die es besser wissen müßten! Gerade in Frankfurt existierte eine breite Solidarität und Zusammenarbeit zur APO-Zeit, arbeiten viele jüdische Linke, sind Juden, wie auch ich, in der Bekämpfung der Ausländerfeindlichkeit aktiv. So wenig wie Herr Kohl für die Grünen spricht und als Repräsentant der alternativen Bewegung verstanden werden kann, so wenig ist es zulässig, einige Gemeindeführer und ihre politisch-konservative Haltung als repräsentativ für alle Juden zu betrachten. Ich bin es satt, daß sogar Linke zu diesem Pauschalisierungtrick greifen. Und ich werde mich hier nicht von Leuten eines anderen politischen Bekenntnisses distanzieren, nur weil diese per Zufall Juden sind. Wer unseren innerjüdischen Pluralismus nicht begreift und weiter fortfährt, sich hinter Juden zu verstecken, und versucht, Juden gegen Juden auszuspielen, der ist auf dem besten Weg in eine diffuse Konfrontationshaltung, weil er sich über jene bösen Juden ärgert, die sich diesem Spiel verweigern. Und er ist, ohne es zu merken, den reaktionären Kräften auf den Leim gegangen. Er personalisiert komplexe gesellschaftliche Vorgänge; er entschuldigt seine Untätigkeit und versucht sein schlechtes Gewissen zu befriedigen, indem er exakt das tut, was die Antisemiten stets zu tun pflegen: Er entschuldigt sich mit einem pauschalen (Vor-)urteil über

exakt das tut, was die Antisemiten stets zu tun pflegen: Er entschuldigt sich mit einem pauschalen (Vor-)urteil über

,,die Juden''. *Doch will ich auch anmerken, daß ein breiter Nachdenkprozeß eingesetzt hat.* Wenn auch verspätet, so setzte dennoch ein Solidarisierungseffekt ein. Nicht zuletzt aus der alten Erkenntnis, das Antisemitismus immer von den tatsächlichen Problemen und den eigentlich Verantwortlichen ablenken soll. So hat man eben über die Rolle einiger weniger Spekulanten, die teilweise Juden sind, diskutiert, aber von den Banken, den Nutznießern, den Auftraggebern, dem Zusammenspiel von Politik, Verwaltung und Geschäftemachern, den Haus- und Grundstücksbesitzern, deren Geldgier alle Spekulation und Zerstörung von Wohnkultur im Westend überhaupt erst ermöglichte, von letzteren war überhaupt nicht und von den anderen nur am Rande die Rede. So verschleiernd wirbt und funktioniert Antisemitismus! In diesem Sinne ist Faßbinders Stück vor allem als politische Dummheit zu sehen.

Das Interview führten K.P.L. und C.H., Hamburg

Günter Bernd Ginzel

studierte Judaistik, Geschichte und Soziologie in Köln und Jerusalem und ist seit 1970 Rundfunkjournalist. Er ist u.a. Mitglied des Vorstandes des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit und Mitglied des ,,Arbeitskreises Christen und Juden beim Deutschen Evangelischen Kirchentag''. Veröffentlichungen u.a.: Auschwitz als Herausforderung für Juden und Christen (1980); Begegnung mit Türken — Begegnung mit dem Islam (1981); Antisemitismus heute (1983); Mit Hängemaul und Nasenzinken. Erziehung zur Unmenschlichkeit (1984); Jüdischer Alltag in Deutschland 1933-45 (1984); Die Bergpredigt: Jüdisch-christliches Glaubensdokument (1984); Antisemitismus: Erscheinungsformen und Motive des Judenhasses gestern und heute (1985).

Fortsetzung von vorheriger Seite

Widersprüche

Bleibt als einer der Letzten, der über die Vorgänge in dem Frankfurter BND-Büro hätte Auskunft geben können, der von Strauß ausgebootete Großkopf, selber ein Spenden-Dealer, an dem die Geldströme ab 1958 jedoch vorbeiflossen. Von Gaby Weber läßt er sich lange bitten, um schließlich doch mit ihr zu plaudern: Der eine oder andere Zipfel des Schleiers wird gelüftet, stets jedoch schnell wieder zugedeckt. Das eine Detail bestätigt er, um beim anderen ins Allgemeine abzuschweifen — immer ein bißchen den verkalkten Opa mimend, aber sorgsam darauf bedacht, mitzuteilen, daß er durchaus alles wisse, es jedoch keinen Zweck habe, darüber zu reden.

Großkopf ergänzt, was bereits Hentges und Brandes erwähnten. Sie würden alle drei aus dem Geheimdienst Canaris der deutschen ,,Abwehr'' kommen, ebenso Praun, jener Schröder (1), der wahrscheinlich sein Mörder war, der CSU-Gründer ,,Ochsensepp'' bzw. Josef Müller, politischer Ziehvater von Strauß und Schnell, sowie eine ganze Reihe weiterer Figuren, die eine Rolle im Milieu Geheimdienste/Waffenhandel spielten und z.T. weiter spielen. Praun sei als Abtreibungsarzt für die Canaris-Leute tätig gewesen, beispielsweise als die Sekretärin des erzkatholischen (und verheirateten) Müller schwanger gewesen sei. Weil Canaris kurz vor Kriegsende im KZ Flossenburg gehängt wurde, hätten sich Müller und andere nach '45 gut als ,,Widerstandskämpfer'' ausgeben können. Tatsächlich habe der spätere CSU-Gründer beim Tod von Canaris eine äußerst dubiose Rolle gespielt. Canaris habe eben zuviel gewußt (2), Praun auch. Nach Kriegsende hätte die ganze Sippschaft wieder zusammengefunden, für den BND eingesammelt von Gehlen, für die CSU von Müller.

Großkopf, der dem ,,Ochsensepp'' ziemlich unverblümt Verrat an Canaris vorwirft, deutet an, Vatikanfreund Müller sei speziell wegen der Abtreibung aus ,,alten Zeiten'' von Praun erpressbar gewesen. Zwei Umstände scheinen dafür zu sprechen: Zum einen wurde Praun ermordet, zwei Wochen nachdem Müller eine katastrophale Wahlniederlage in München gegen J. Vogel, den heutigen SPD-Fraktionsvorsitzenden, erlitten hatte und damit praktisch aus dem politischen Geschäft ausschied. Auch das Ende der Haft Vera Brühnes fällt mit einem Müller-Datum zusammen: Strauß begnadigte sie überraschend, kurz nachdem sein Politlehrer gestorben war. Doch die ganze Wahrheit ist das sicher nicht.

Mit der spielt Großkopf nur und das tut er so gekonnt, daß Gaby Webers Erklärung für seine Plaudereien ziemlich dünn wirken muß (er habe ihr Engagement sympathisch gefunden). Wohldosiert verteilt er seine Spitzen gegen Strauß, den er mit dem geradezu klassischen Wort zitiert ***,,Es gibt keine Rüstung ohne Korruption''***. Und dann die scheinbar jammernde, vielleicht aber auch genüßliche Klage, was er alles in den Händen habe, was in seinem Schrank so lagere, was er draus machen könnte, wenn er nur wollte, aber er wolle ja gar nicht, und das Zeug wandere jetzt in den Müll, vielleicht aber auch nicht usw. usf. Ein anderer CSU-Mann freilich erfährt aus seinem Mund reichliche Lobpreisung. Mit dem arbeite er schon immer zusammen, und das sei ein bedeutender Politiker, auch wenn er wie alle anderen manchmal danebenschwöre: Zimmermann.

Da schau! Dös Fritzerl wider dös Franzerl. Ja, könnt's Eaana so aan Wettkampf net etwas mannhafter austragn? So mit a weng Herzversogn contra Dachschadn. Aber nix: Ein Alkoholiker haut dem anderen nicht auf die Leber. Trotzdem scheinen Zweifel an den vollmundigen Aussagen Straußens angebracht, er hätte nach der Wende ,,jederzeit'' ein Ministeramt in Bonn übernehmen können.

Großkopf gibt sich alle Mühe, dem jungen Fräulein eine Ahnung zu vermitteln, was wie läuft. Die Bestechungsaffairen der Strauß-Zeit — HS 30, FIBAG, Starfighter, Lockheed — mein Gott, kennen wir doch alles aus Weimar, als der alte Flick noch selber die Reichswehr bediente. Hier die Firma, die den Rüstungsauftrag bekommt, dort der Politiker, der die Spende einstreicht. Das sind Kontinuitäten: Auch Canaris kam schließlich aus dieser Branche. Schwarze Kassen, Geheimdienstfonds bei den Banken — klar gibt es die, und Großkopf nennt die Namen Pferdmenges und Abs. Daß Adenauer den Globke (an der Ausarbeitung der Nürnberger Rassengesetze beteiligt) ins Kanzleramt holte, zeige nur, wie verschlagen der Bursche war, daß er sich einfach all der alten Wege bediente. Wenn man sich heute um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bemühe, sei das eine nützliche Angelegenheit (*,,Machen Sie das mal''*), aber unabhängig davon halte er es doch für ratsam, in den betreffenden Zusammenhängen lieber keine Namen zu nennen.

Für Drohungen ist das genug, für Anklagen zu wenig. Aber Eckart Spoo hat recht, und er berührt sogar eine höchst eigenartige Zeiterscheinung. Imperialismus — nie (naja: selten) war er so normal, so bilderbuchhaft. Aber nie war er so wenig im Gespräch. Wäre dieser ganze Stoff aus einer FDJ-Grundschulung, man würde gequält darüber lächeln. Aber nicht mal die DDR traut sich heute, die Dinge so roh und primitiv zu schildern, wie sie tatsächlich sind.

Komitee zur Wiederaufarbeitung zwischengelagerter Informationen

Anmerkungen

(1) Das einschlägige Nachschlagewerk „Nicht länger geheim" (Julius Mader, Militärverlag der DDR, Berlin 1978) nennt einen Hans Schröder, ehemaliger Landesgruppenleiter der NSDAP und Absolvent der NSDAP-„Führerschule", als Intimus und Personalchef Gehlens. Plausibel wäre, daß es dieser war, der bei Hentges in Frankfurt die Gelder für den BND in Empfang nahm. Ob er allerdings mit jenem „Schröder" identisch ist, der mit Praun heftig und vermutlich mörderisch aneinandergeriet, ist ungewiß.

(2) Über die Hinrichtung von Canaris schreibt dieselbe Quelle: „Canaris wurde als unbequemer Hauptakteur und Mitwisser der Verbrechen des faschistischen Regimes und seiner Streitkräfte, als potentieller politischer Konkurrent in der von einflußreichen Monopol- und SS-Kreisen konzipierten Nachkriegsstruktur eines imperialistischen Deutschlands sowie aus subjektiven Motiven seitens des letzten Chefs im RSHA (Reichssicherheitshauptamt; Anm. AK), Ernst Kaltenbrunner, kurz vor Kriegsende von seinen eigenen Geheimdienstkumpanen aus dem SD liquidiert."

Die Mitterrand-Jahre

Was haben Elisabeth Taylor, Andrej Wajda, Gabriel Garcia Marquez, Umberto Eco, Yves Saint-Laurent, Claude Simon, Marcello Mastroianni, Gerard Depardieu, Catherine Deneuve, Samuel Beckett, Ingmar Bergman, Jane Birkin und Simone de Beauvoir gegemeinsam? — Sie alle lieben Frankreichs Kulturminister Jack Lang und rufen deswegen in diesem März zur Stimmabgabe für die PS auf.

Fünf Jahre zurück; 10. Mai 1981: In Grenoble veranstaltet die Stadtverwaltung ein Straßenfest mit kostenlosem Buffet für die Massen; in Nantes wird getanzt; in Straßburg herrscht eine seit dem Sieg des Straßburger Fußballclubs im Frankreich-Pokal ('78) nicht mehr dagewesene Stimmung; in Paris, auf der Place de la Bastille, singt man abwechselnd die Marseillaise und die Internationale; am Arc de Triomphe wird eine rote Fahne angebracht. Tags drauf feiert Mitterrand mit Melina Mercouri, Willy Brandt, Papandreou, Shimon Peres, Kreisky, und „Le Monde"-Kolumnist Escarpit schwärmt über den Tag, auf den er fünfundvierzig Jahre lang, seit dem Sieg der Volksfront 1936, gewartet habe.

Die PS kündigte an: *„Totales Waffenembargo gegen das Apartheid-Regime", „Beendigung jeder öffentlichen Investition und jeder Unterstützung von Privatinvestitionen in Südafrika"*. Der „Spiegel" warnte: *„Frankreichs Sozialisten sind keine deutschen Sozialdemokraten und noch weniger ist ihr Chef ein französischer Helmut Schmidt. Sie hängen programmatisch-idealistischen Zielen viel stärker an als ihre deutschen Genossen von heute und träumen noch davon, Wirtschaft, Gesellschaft und Staat wahrhaft umzukrempeln. Marxistische Terminologie geht ihnen dabei flink von den Lippen."* (18.5.81) Der „stern" setzte andere Akzente: *„Anders als der rote (?) Hamburger Schmidt ist Sozialistenführer Mitterrand, wie er sagt ‚nicht links geboren'."* (15.5.81)

Die französische Rechte bekundete tiefe Trauer und rief zum Widerstand gegen den drohenden Marxismus auf, während die KPF sofort bereit stand, *„sämtliche ihrer Verantwortungen, auf welcher Ebene auch immer, zu übernehmen, insbesondere sofort in die Regierung zu gehen."* („LM",
auf welcher Ebene auch immer, zu übernehmen, insbesondere sofort in die Regierung zu gehen." („LM",
17.5.81) Großzügig versprach Marchais: *„Das bedeutet nicht, daß wir bei diesen Verhandlungen von den Sozialisten verlangen, sie sollten auf ihre Ideen, auf ihr Programm, kurz auf ihre sozialistische Identität verzichten."* (ebda.) Und Mitterrand selber: *„Die sozialistische Demokratie muß sich, um ihren Führungsanspruch innerhalb der neuen Mehrheit zu erfüllen, links verbreitern (durch die Rigorosität ihres ökonomischen Programms) und rechts verbreitern (durch ihren politischen Liberalismus). Daher die Bedeutung, die ich der Formierung einer politischen Bewegung gebe, die fähig ist, zunächst ein Gleichgewicht mit der KPF herzustellen, sie dann zu beherrschen, um schließlich selber eine Mehrheitsbestimmung zu erhalten."* (Mitterrand, 'Ma part de verite') ...

Fünf Jahre danach stellt die PS-nahe Wochenzeitschrift „Le Nouvel Observateur" fest: *„Bei den vorherigen Wahlen hatte man das Gefühl, mit zwei entgegengesetzten gesellschaftlichen Projekten zu tun zu haben. Heute kann man kaum von einem radikalen Unterschied zwischen dem Projekt der Linken und dem der Rechten reden."* PS-Generalsekretär Jospin stimmt zu, zufrieden sogar („Nouvel Obs.", 28.2.86). Warum aber dann das ganze Land mit Hilferufen durchplakatieren: *„Au secours! La droite revient!"* (Hilfe! Die Rechte kommt zurück!)?

Fünf Jahre danach lobt auch die „New York Times": *„Eine der wesentlichsten außenpolitischen Ent-*
„New York Times": *„Eine der wesentlichsten außenpolitischen Ent-*
scheidungen Mitterrands war seine Befürwortung der Stationierung der Mittelstreckenraketen in Europa (...) Wichtiger als alles andere ist aber, daß unter den Sozialisten ein in diesem Jahrhundert nie dagewesener sozialer Frieden herrscht (...) Neue Formen des französischen politischen Lebens bahnen sich an, die Sozialisten nähern sich dem Zentrum und die Parteien der Rechten ähneln immer stärker den US-amerikanischen Republikanern und Demokraten — also einerseits eine Partei links des Zentrums und eine Partei rechts des Zentrums, die beide die Regierungsmacht erreichen können, ohne die Wählerschaft zu verschrecken." (2.3.86)

Kommentar der ebenfalls PS-nahen „Le Monde": ***„Eine besonders schmeichelnde Bilanz."*** (5.3.86) Da zeigt sich doch, welche Zeitung den Mut hat, sich nötigenfalls auch mal gegen den Trend zu stellen. Zuguterletzt noch etwas aus der Ideenwelt von Serge July, Herausgeber von „Liberation". Pünktlich zur Wahl erscheint sein erstes Buch „Les annees Mitterrand", eine Lobeshymne nicht nur auf Mitterrand — *„der barocke Staatschef", „der linke de Gaulle"* —, sondern auf Frankreich insgesamt: *„die gerissenste Wählerschaft auf der ganzen Welt", „die sophisticatesten Politiker auf der ganzen Welt"*. Mitterrands Verdienste: Den nationalen Konsens vorangetrieben zu haben, weg von den alten humanistischen Klamotten aus dem 19. Jahrhundert und hin
von den alten humanistischen Klamotten aus dem 19. Jahrhundert und hin
zu einer neuen, weil gemeinsamen Kultur, insbesondere was die wirtschaftliche Weltanschauung betreffe, und schließlich den „historischen Abstieg" der KPF ermöglicht zu haben.

Aus der Not wird eine Tugend: Die Cohabitation, große Koalition zwischen einem sozialistischen Präsidenten und einer rechten Regierung als voraussichtliche nächste Konstellation in Frankreich, ist arithmetisch so gut wie gewiß. Während der sogenannte rechte Einzelgänger Barre auf vorgezogene Präsidentschaftswahlen setzt, streiten sich Giscard (UDF) und Chirac (RPR) um die Posten in der Cohabitations-Regierung — ein dritter im Bunde, Chaban-Delmas, Bürgermeister von Bordeaux und wie Chirac RPR-Mitglied, hat allerdings ebenfalls Neigungen für den Sessel des Premierministers kundgetan.



Mitterrand setzt auf die sprichwörtliche Uneinigkeit der Rechten. Sein Kalkül: Die einen gegen die anderen auszureizen, nach der Devise „teile und herrsche", sie damit einzeln zu schwächen, um ihr gemeinsames Auftreten zu verhindern. Fast halsbrecherisch baut Mitterrand auch auf die „Anständigkeit" der Rechten: Nämlich nicht mit der FN von Le Pen zu koalieren, mit der zusammen sie die absolute Mehrheit innehätten. Freilich könnte Le Pen gerade aus dieser (Über-)Taktik Nutzen ziehen: Forcierte Uneinigkeit zwischen den verschiedenen konservativen Formationen könnte die Wahlchancen der FN erhö-
denen konservativen Formationen könnte die Wahlchancen der FN erhö-
hen, die selber 18% anvisiert.

So infam es ist, eine starke FN gehört objektiv mit zu Mitterrands Machterhaltungskalkül, denn das würde ja auf Kosten der Chirac/Giscard gehen und sie unter Druck setzen, mit den Sozialisten zusammenzuarbeiten. Als Pendant hierzu gehört selbstverständlich die Hoffnung auf eine weitere Schwächung der KPF zugunsten der PS. Eines wird aber übersehen: Von 1982 an ist auch die PS in der Wählergunst ständig gesunken, auch wenn die letzten Umfragen von einem neuen Aufschwung zu berichten wußten.

Ein Spiel mit open end — sicher aber ist: Mitterrand will Präsident bleiben. Parteifreund Michel Rocard sieht es anders, der Nachwuchstechnokrat (wie Umweltschützerin Huguette Bouchardeau der PSU entstammend, wobei letztere erst später austrat: Sie wollte nicht mehr ständigen Angriffen wegen der Regierungspolitik ausgesetzt werden, jedem seine Logik) nutzte wie weiland Georges Pompidou eine Reise nach Galiläa, um seine Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen (regulär 1988) anzukündigen. Der Krieg der Chefs findet links und rechts statt ... Wobei Mitterrand meint, seine große Stärke bestünde darin, daß er nie an die nächsten Wahlen denke, sondern alles nur aus Liebe zu Frankreich tue.

Denkt Mitterrand angeblich nie an morgen, scheint's bei der KPF umgekehrt zu sein: Sie erinnert sich gar nicht mehr an gestern. Obwohl es erst zwei Jahre her ist, daß sie an der Seite der PS in der Regierung vertreten war. Sie habe die Regierung verlassen, als diese zu arbeiterfeindlich geworden sei. 1981 war's noch gut — aber wann hat es eigentlich angefangen, bös zu werden? Immerhin wurde noch im Juni '82 ein Lohn- und Preisstop mit Unterstützung der KP- Abgeordneten dekretiert. Der zweite Austeritätsplan, 1983, ebenfalls. Und als Frankreich 1983 Fallschirmjäger in den Tschad schickte, hörte man auch keinen großen Protest aus der KPF-Ecke. Im Gegenteil hieß es beim alljährlichen „Humanite"-Fest, die Bilanz sei „global positiv" (Marchais). Ganz abgesehen vom Schweigen über Mitterrands unermüdlichen Einsatz, von Brüssel bis Bonn, zugunsten der Stationierung der US-Raketen, oder über seine Reden Marke „Raus aus Yalta".

Heute ruft die KPF zu „einer neuen Gewichtung innerhalb der Linken" auf, zur „nützlichen Stimmabgabe", gegen die PS-Regierungspolitik und für die KPF. Sie begibt sich in die Rolle eines außenstehenden Kommentators, als ob sie mit dem Zustandekommen der Linksregierung wie auch mit deren Politik samt ihrer Folgen nichts und nie etwas zu tun gehabt hätte. Die Debatte, welchen Nutzen und welche Nachteile für die KPF und für diejenigen, die sie wählen, diese Art von Einheit mit der PS gehabt hat, bleibt aus. Die Untersuchung, weshalb das Erstarken der PS seit 1973 mit ihrer eigenen Schwächung einhergeht, ebenfalls. Eine Analyse der PS und ihrer Politik — die KPF war es, die immer wieder versprach, nur über die Einheit mit der PS, nur über ein Wahlbündnis mit ihr, könne die Veränderung der Gesellschaft eingeleitet werden — fehlt.

An diesen Erwartungen gemessen, klingen die Kommentare der KPF wie sattsam bekannte und hilflose statements. Allerdings, und im Gegensatz zur immer wieder publizistisch ausgeschlachteten Legende, ist die ihr nahestehende Gewerkschaft CGT weit vom ihr nachgesagten „Absterben" entfernt. Bei den jüngst stattgefundenen innerbetrieblichen Wahlen konnte sie quasi allerorts Zuwachs verzeichnen, ganz im Gegensatz zur PS-nahen CFDT-Gewerkschaft.

Die trotzkistische LCR (IV.Internationale) war, wie viele andere auch, 1981 ganz enthusiastisch: *„Erster Sieg", „Alles ist möglich", „Wir haben gewonnen"*. So lauteten Überschriften aus „Rouge" in der Woche vom 15. auf dem 21. Mai '81. Oder auch: *„Wir sind überzeugt, daß die Niederlage der Rechten den Werktätigen wieder Vertrauen geben wird, eine neue Situation schaffen wird, die zur Entwicklung der Mobilisierung und zur Verwirklichung der Einheit im Kampf weitaus günstiger ist."* Jetzt sei *„die Bourgeoisie in ihren Privilegien bedroht."*

Heute freilich spricht die LCR von „Desorientierung", vom notwendigen Aufbau einer „antikapitalistischen Alternative" auf Wahlebene. Erwartungsgemäß bemühte sie sich anläßlich der Wahlen wieder um ein Bündnis, von den „Verts" (franz. Grünen) bis zur LO (trotzkistische Organisation). Erwartungsgemäß lehnte LO mal wieder ab, befürwortete zwar eine rein trotzkistische Liste allein mit der LCR, wandte sich aber gegen den Wunsch nach einem Zusammengehen mit diesen Grünen, die als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit eine allgemeine Ar-
nach einem Zusammengehen mit diesen Grünen, die als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit eine allgemeine Ar-
beitszeitverkürzerung fordern oder sich für die allgemeine Abrüstung engagieren. Was, so LO, nichts anderes bedeute als die „Entwaffnung des Proletariats durch die Bourgeoisie". Kurzum: Keine Bündnisse mit denjenigen Protestbewegungen, die „aus den Illusionen des Mai '68 hervorgegangen" seien. Eine weitere trotzkistische Gruppe, die PCI, hat eine neue Organisation ins Leben gerufen, die derzeit 6000 Mitglieder aufweisen soll, die MPTT, als ein Auffangbecken auch für enttäuschte PS-Anhänger gedacht.

Derweil treibt Cohn-Bendit Wahlkampfhilfe für die französischen Grünen, wobei er gleichzeitig seine allerhöchste Achtung vor Michel Rocard und seinen *„inbrünstigen Antikommunismus"* bekennt (aber wieso sollte er auch lügen?).

Immerhin wird aber seit 1982 Homosexualität in Frankreich nicht mehr strafrechtlich verfolgt und sind unter Jack Lang über 10.000 neue Arbeitsplätze im Bereich Kultur geschaffen worden — wenn auch andererseits, wie eh und je, französische Exporte nach Südafrika getätigt wurden, sich die Polizei erhöhter Zuwendungen erfreuen konnte und die Kanaken auf Neukaledonien weiter auf Autonomie warten müssen.

Chirac (RPR) hat die „Idee" lanciert, den kinderreichen Ausländerfamilien das Kindergeld zu sperren sowie dort, wo es ihm „nötig" erscheint, den Zugang auf französische Schulen für Ausländerkinder zu erschweren. Weil sie eine Wahlniederlage der PS befürchten, haben verschiedene Ausländerorganisationen die Regierung dazu aufgerufen, die dringendsten Fälle von beamtlicher Willkür jetzt noch zu erledigen.

Am Wirtschafts- und Sozialprogramm wollten sie nichts Wesentliches verändern, haben die Führer der rechten Parteien versprochen.

Wieso auch?

Frankreich-Kommission

Redaktion "atom":

Anti-AKW-Bundeskonferenz? Ja bitte!

Fortsetzung von Seite 3

vor Augen zu haben bei der täglichen Kleckerei, wird ja wohl noch erlaubt sein ...).

Von diesen Globalüberlegungen abgesehen könnte eine Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung in Bayern

— die Ansätze für eine Reorganisierung der Ant-AKW-Bewegung in den Städten ermutigen

— das immer noch riesengroße Nord-Süd-Gefälle hinsichtlich der Wackersdorf-Solidarität mindern helfen (im Kern ist der Wackersdorf-Widerstand eine regionale Angelegenheit geblieben, mensch vergleiche beispielsweise die bundesweiten Reaktionen auf die 1004-Räumung mit den Reaktionen der Wackerland-Räumung.)

— zum bundesweiten Austausch und zur bundesweiten Koordinierung der verschiedenen Sektoren des Anti-AKW-Widerstands beitragen: Gorleben, Hanau, Kriminalisierung, Atommüll- und Urantransporte, Endlagerung, AKW und Waldsterben, Atomarbeiter, RWE und Rekommunalisierung der Energieversorgung, Medien etc.

— die inhaltlichen Kontroversen weiterentwickeln, z.B. über Stand und Motive des Atomprogramms, über die Frage der militärischen Atomenergienutzung, über neue Sicherheitsgesetze, Akzeptanzforschung und Parlamentarismuserfahrungen etc.pp.

— dem Oberpfälzer Widerstand gegen die Kriminalisierungsstrategien Mut machen und Aktionsorientierungen für 1986/87 diskutieren

— die regionale Anti-WAA-Bewegung mit der bundesweiten Anti-AKW-Bewegung zusammenzubringen usw. usf.

Daß eine Konferenz mit derartiger Zielsetzung nicht vom Zaum gebrochen werden kann, liegt auf der Hand. Sowohl inhaltlich (Materialreader etc.) als auch von der Möglichkeit einer größer angelegten Mobilisierung her ist es erforderlich, daß die Anti-AKW-Bewegung ein derartiges Projekt trägt.

Für eine Bundeskonferenz im Herbst 1986

Über die BuKo wurde erstmals am 18.1. auf der Atommüllkonferenz in Trebel diskutiert, wobei ein diesbezüglicher, von der WAA-AG eingebrachter Vorschlag, im Plenum jedoch auf Kritik stieß:

Solch eine Konferenz würde nur Ablenken vom praktischen Widerstand und die dafür nötige Zeit rauben. Im übrigen sei eine BuKo mit ihrem bürokratischen Drumherum — im Unterschied zur intimen und überschaubaren Atommüllkonferenz — kein geeignetes Forum und schließlich wird befürchtet, „daß eine BuKo überorganisierte ist und deshalb wenig effektiv und abgehoben zu werden droht." Es blieb deshalb in Trebel bei dem Kompromißvorschlag, am 26./27.4.1986 eine Atommüllkonferenz in Regensburg durchzuführen, zu der jedoch breiter als sonst üblich eingeladen werden soll.

Eine Woche später beschloß wiederum die bayrische Landeskonferenz, „den Vorschlag zu machen, eine große Bundeskonferenz in der Oberpfalz in Regensburg abzuhalten. Bisher ist das Pfingstwochenende in der Diskussion, um so den Auswärtigen die Möglichkeit zu geben, dies mit einer anschließenden Beteiligung am Pfingstcamp zu verbinden." (radiaktiv Nr. 6) Eine AG BuKo der BIWAK aus Regensburg hat in einem Rundschreiben vom 5.2.86 wiederum erklärt, sie hält zwar „eine Bundeskonferenz in Regensburg für notwendig und gut", plädiert jedoch für eine BuKo nicht erst Pfingsten, sondern schon am 25.-27.4. in Regensburg sowie für eine weitere Atommüllkonferenz am 15./16.3. zur Vorbereitung dieser BuKo. Bis Ende Februar werden Stellungnahmen hierzu erbeten, so daß der Startschuß für diese BuKo frühestens im März, also etwa 6 Wochen vorher abgegeben werden könnte.

Wir halten diesen Zeitplan für reichlich unrealistisch, wenn tatsächlich mehr vorgesehen ist als die Durchführung einer weiteren Wackersdorf-Widerstandskonferenz. **Wir schlagen deshalb vor, die erweiterte Atommüllkonferenz, wie beschlossen, Ende April in Regensburg durchzuführen und in allen BIs bis dahin über das Pro und Kontra einer Anti-AKW-Bundeskonferenz im Herbst zu diskutieren, um auf dieser Grundlage einen von möglichst vielen BIs getragenen Beschluß für die BuKo im Herbst herbeizuführen.**

15.2.86

Fortsetzung von Seite 1



Das „National Security Council" entscheidet in den USA über Marcos' Zukunft: Ronald Reagan in Hemdsärmeln, Außenminister Schulz und rechts außen US-Sonderemissär Habib. Ergebnis: „Marcos is finished"!

Marcos gestürzt,

die Oligarchie bleibt an der Macht

Die Wahlen am 7. Februar

Zunehmender Druck aus den USA nach Reformen, eine wachsende bürgerliche Oppositionsbewegung, eine Guerilla, die sich anschickte, ein militärisches Patt mit den Streitkräften zu erreichen und ein zunehmender Verfall der philippinischen Wirtschaft, was die führenden Industriellenkreise auf Distanz zu Marcos gehen ließ, kennzeichnet die Situation um die Jahreswende 1985 auf den Philippinen. Um sein angeschlagenes Image wieder aufzupolieren, entschloß sich Marcos zu vorgezogenen Präsidentschaftswahlen. Er dachte, daß die Wahlen mit Hilfe seines Machtapparates ein leichtes Spiel für ihn würden. Über 100 Todesopfer und bis ins letzte Detail durchgeführte Manipulationen kennzeichneten die Wahl. Als US-Präsident Reagan auf die immer lauter werdenden Proteste gegen die massiven Wahlfälschungen erklärte, daß es '...klare Hinweise für ein starkes Zweiparteiensystem gebe' und schließlich bei jeder Wahl manipuliert werde — auch der Opposition warf er Wahlbetrug vor — schien alles darauf hinaus zu laufen, daß Marcos weitere sechs Jahre weiterregieren würde.

Weder Marcos noch die USA haben aber offensichtlich mit der Hartnäckigkeit der philippinischen Opposition gerechnet. Zwei herausragende Ereignisse spiegeln die Entschloßenheit der bürgerlichen Opposition wieder, Marcos von der Macht zu vertreiben. Am 14.Februar bezeichneten die katholischen Bischöfe der Philippinen die Wahlen als Betrug und riefen zu einem gewaltlosen Kampf für Gerechtigkeit auf. Obwohl es in der letzten Zeit immer wieder kritische Stimmen von führenden Kirchenleuten gegeben hatte, — die sogenannten Basisgemeinden stehen schon seit Langem auf der Seite der Linken — machte diese Erklärung deutlich, daß nun auch die Führer der katholischen Kirche eine Ablösung von Marcos wünschten. Am 16.Februar versammelten sich schließlich über 2 Millionen Menschen in Manila, um gegen den Wahlbetrug von Präsident Marcos zu demonstrieren. Auf der anschließenden Kundgebung verkündete 'Cory' Aquino einen Generalstreik und einen Boykott der Banken, Radiostationen, regierungsfreundlichen Zeitungen und einer Kaufhauskette, die Eduardo Cojuangco — dem Vetter von 'Cory' — gehört, der zu den engsten Marcos Günstlingen zählt. Bereits wenige Tage später wurden die ersten Spuren des Boykotts sichtbar. Der Peso- und die Aktienkurse erreichten neue Tiefstände.

Der 'Putsch' gegen Marcos

Der 'Putsch' gegen Marcos

Nachdem deutlich wurde, daß das Marcos-Regime immer mehr unter Druck geriet, revidierte auch US-Präsident Reagan seine Meinung und sprach jetzt davon, daß das Wahlergebnis durch Gewalt und Manipulation zustande gekommen sei. Außenminister Shultz ging noch einen Schritt weiter und deutete einen Rückzug der USA von den Stützpunkten Clark und Subic an, falls Marcos durch Betrug an die Macht gekommen sei. Demgegenüber forderte Verteidigungsminister Weinberger die Fortsetzung der Militärhilfe für die Philippinen, da sonst die Guerilla die Lage zu weiteren Terraingewinnen nutzen würde. Alles sollte jedoch von dem Bericht des auf die Philippinen beorderten Sonderbeauftragten Philipp Habib abhängen. Dieser war nach Manila beordert worden, um die Lage zu sondieren und einen Einstieg des Vize-Präsidentschaftskandidaten Salvador Laurel in die Marcos-Regierung zu bewerkstelligen. Nachdem sich Marcos aber zum Sieger erklärte und die Opposition eine Zusammenarbeit mit Marcos ablehnte, war auch diese Option der USA gescheitert.

Habib sprach während seines Aufenthaltes auf den Philippinen mit einer Reihe von Marcos-Anhängern sowie mit verschiedenen Oppositionspolitikern. Mit ziemlicher Sicherheit wurde in diesen Gesprächen das Szenario entwickelt, das in den folgenden Tagen ablief. Für den Preis einer weiteren Regierungsbeteiligung dürften sich der stellvertretende Generalstabschef Fidel Ramos und Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile bereit erklärt haben, Marcos die Gefolgschaft aufzukündigen. Für 'Corys' Vize Salvador Laurel sprang bei diesen Verhandlungen das Amt des Premierministers und das Außenministerium heraus, was wohl als Zugeständnis von 'Cory' Aquino an Laurel zu sehen ist, damit dieser sich nicht mit Marcos verbündet. Am 22.Februar besetzten Ramos und Enrile mit Gefolgsleuten das Verteidigungsministerium und forderten Marcos zum Rücktritt auf. Von nun an wurden alle weiteren Schritte mit dem Militärattache der USA auf den Philippinen abgesprochen. Am Morgen des 24.Februar forderte die US-Regierung offiziell Marcos zum Rücktritt auf. Für Marcos blieb nur die Wahl zwischen einem nicht zu gewinnenden Bürgerkrieg und dem Abgang ins Exil. Marcos entschied sich für einen geruhsamen Lebensabend.

Die neue Präsidentin Corazon „Cory" Aquino, die Witwe des 1983 ermordeten Oppositionspolitikers Benigno Aquino, war angetreten, dem philippinischen Volk die Freiheit zurückzugeben. Durch ihr Charisma wurde sie zur Symbolfigur für die Hoffnungen des Volkes. Ihr bisher größter Erfolg liegt zweifelsohne darin, daß es ihr gelang, eine breite Anti-Marcos Koalition zu schaffen, die von der US-Regierung bis zur Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP) reicht. Hier liegt aber auch das Dilemma der gegenwärtigen Situation, denn das einzige einende Element der Anti-Marcos Koalition ist ihre Ablehnung von Marcos.

Die stärkste Gruppe in der neuen Regierung von Cory Aquino ist die Oligarchie und dies wohl nicht nur, weil Cory Aquino selbst aus einer der reichsten Familien des Landes stammt. Durch die Geschäfte mit dem ausländischen Kapital sind die Großgrundbesit-

sten Familien des Landes stammt. Durch die Geschäfte mit dem ausländischen Kapital sind die Großgrundbesit-

zer, die Industriellen und Bankiers zu enormen Reichtum gelangt, den sie in Zukunft nicht aufgeben werden wollen. Die sie politisch tragende Oberschicht kann ihren Lebensstandard ebenfalls nur aufrecht erhalten, wenn an den bestehenden Ausbeutungsverhältnissen der Mehrheit der philippinischen Bevölkerung nicht gerüttelt wird. Salvador „Doy" Laurel, als Hauptrepräsentant dieser Gruppe, Großgrundbesitzer und neuer Vize-Präsident, Ministerpräsident und Außenminister unter „Cory" Aquino, hat in der Vergangenheit keinen Hehl daraus gemacht, daß er die Wirtschaft des Landes auf Kosten der breiten Bevölkerungsschichten sanieren will. Zu dieser Gruppe zählt auch der alte und neue Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile, der unter Marcos zu einem der reichsten Männer der Philippinen geworden ist. Enrile, der unter Marcos auch Finanzminister und Zentralbankchef war, war zusammen mit Corys Cousin Eduardo Cojuangco Chef des Kokosmonopols und bereicherte sich daneben besonders durch Holzkonzessionen. Für US-Agrarmultis leistete er wertvolle Dienste beim Ausbau ihrer Plantagen, indem er über Strohmänner den Ankauf des Bodens tätigte und die Vertreibung der Bevölkerung organisierte. Darüber hinaus war der ehemalige Harvard Absolvent während des Kriegsrechts Marcos oberster Kriegsrechtsverwalter.

Eine Frage der Zeit scheint es, wann der Marcos Premier- und Finanzminister Cesar Virata wieder ins Geschäft einsteigt. Der in internationalen Bank- und Geschäftskreisen wegen seiner Unbestechlichkeit geschätzte Virata ist der Einzige, dem in den USA eine Lösung des philippinischen Schuldenproblems zugetraut wird. Sein Ansehen und das des alten und neuen Zentralbankchefs Jose Fernandez hat allerdings in letzter Zeit etwas gelitten, als bekannt wurde, daß die Zentralbank Geldnoten mit gleichlautenden Nummern druckte, um ein Aufblähen der Geldmenge zu kaschieren.

Mit Fidel Ramos gesellt sich schließlich ein Mann zu dieser Gruppe, der die Lösung der militärischen Probleme des Landes garantiert. Ramos, unter Marcos stellvertretender Generalstabschef und von Cory zum Vier-Sterne-General und Generalstabschef befördert, ist Absolvent der Westpoint-Militärakademie. Im Vietnam-Krieg war er Kommandant eines philippinischen Kontingentes, das auf Seiten der USA kämpfte. Ramos ist der Mann der USA im Militär, der die Aufgabe hat, die Armee zu effektivieren. In seine Verantwortung fällt das Massaker von Escalante, wo über 25 Menschen bei einer Demonstration von Soldaten ermordet worden sind. Darüber hinaus ist er als Chef der berüchtigten Konstablereinheiten für eine Vielzahl von Menschenrechtsverletzungen in den letzten Jahren verantwortlich. Während er unmittelbar nach der Wahl diese als die friedlichsten in der Geschichte der Philippinen bezeichnete, will er nun nicht länger etwas mit dem Marcos-Regime zu tun haben.

Die bürgerliche, liberale Opposition hat zwar einen sehr starken, unmittelbaren Einfluß auf Cory Aquino - fast ihr gesamter persönlicher Beraterstab rekrutiert sich aus dieser Schicht, in der Regierung ist dieser Teil der ehemaligen Opposition allerdings kaum vertreten. Zu nennen wären hier nur der neue Handelsminister Jose Con-

der Regierung ist dieser Teil der ehemaligen Opposition allerdings kaum vertreten. Zu nennen wären hier nur der neue Handelsminister Jose Con-

cepcion, der die unabhängige Wahlbeobachter-Kommission Namfrel aufgebaut hat und der Parlamentsabgeordnete und neue Minister für Lokalverwaltung Aquilino Pimentel, der unter Marcos längere Zeit im Gefängnis saß. Mittlerweile deuten sich bei der Besetzung von Bürgermeistern die ersten Konflikte zwischen Laurel und Pimentel an. Während Pimentel die Posten mit vom Volk anerkannten Leuten besetzen will, versucht Laurel die alten Marcos-Kader in seine Organisation, die UNIDO, rüberzuziehen.

Die Forderungen der NDF

Die entscheidende Säule im Kampf gegen das Marcos-Regime ist der Untergrund um die Nationale Demokratische Front (NDF). Nachdem sie die Präsidentschaftswahlen boykottiert hatte, weil sie die Einschätzung hatte, daß Marcos sich wieder durchsetzt, hat sie nun Cory Aquino für ihre Rolle bei der Ablösung von Ferdinand Marcos beglückwünscht. In einer Stellungnahme vom 27.Februar macht die NDF aber deutlich, daß ihr Hauptziel weiterhin eine demokratische und freie Gesellschaft ist. In diesem Zusammenhang erinnert die NDF an die Forderungen aus ihrem 12-Punkte Programm. So fordert die NDF eine echte Landreform, eine Erhöhung des Lebensstandards und eine Ausdehnung der sozialen Dienste, eine Beendigung der ungleichen Verträge mit den USA und eine Respektierung des Selbstbestimmungsrechts der ethnischen Minderheiten. Darüber hinaus forderte die NDF Cory Aquino auf, alle politischen Gefangenen freizulassen, die Opfer der brutalen Menschenrechtsverletzungen des Marcos-Regimes zu entschädigen und alle zu bestrafen, die im Militär und in der Bürokratie dafür verantwortlich waren. Darüber hinaus soll der von Marcos und seinen Günstlingen widerrechtlich erworbene Besitz konfisziert werden.

Wir haben einen Freund verloren

Während alle westlichen Regierungen die „sanfte Revolution" auf den Philippinen bejubelten, war von der Sowjetunion und ihren Verbündeten nur Schweigen zu vernehmen. Schließlich gehörten die Sowjetunion und Rumänien zu den wenigen Ländern, die Marcos noch zur Wiederwahl gratuliert hatten. Die sowjetische Nachrichtenagentur Tass hatte die USA gar angegriffen, sie wolle wegen der bisher unbewiesenen Wahlmanupulationen Marcos aus dem Amt vertreiben. Der Sowjetunion dankte Marcos dann auch für 'ihre gegen jeden Interventionismus' gerichtete Haltung.

aus dem Amt vertreiben. Der Sowjetunion dankte Marcos dann auch für 'ihre gegen jeden Interventionismus' gerichtete Haltung.

Falls die USA ihr Angebot, Marcos Exil zu gewähren, zurückziehen sollten, könnte Marcos möglicherweise bei einem anderen Freund unterkommen. 1983 hatte Erich Honecker bei einem Staatsbesuch von Marcos in der DDR noch erklärt, daß „wir einen neuen Freund gewonnen haben".

Labiles Gleichgewicht

Noch hält auf den Philippinen die Freude über die Vertreibung des Diktators und die damit zustande gebrachte große „Einheit des Volkes" an. Die Frage stellt sich aber, wie lange der große Konsens aller Schichten anhält. Cory Aquino versucht das labile Gleichgewicht der unterschiedlichen Kräfte auszupendeln. Zuerst wurde die Oligarchie mit den wichtigsten Regierungsämtern beauftragt. Leute, wie Ramos und Enrile, die mindestens ebensoviel Dreck am Stecken haben wie Marcos, bekamen Schlüßelpositionen, als hätte es eine Marcos-Diktatur nie gegeben. Dann setzte sie sich gegen den Widerstand der Militärs durch und entließ alle politischen Gefangenen, um dem Untergrund einen Waffenstillstand schmackhaft zu machen. Auch die Ernennung von Wigberto Tanada vom Linksbündnis Bayan zum Chef der Zollbehörde ist als Versuch zu verstehen, die Linke in den Konsens einzubeziehen.

Über kurz oder lang wird Cory Aquino scheitern, allen Erwartungen gerecht zu werden. Die entscheidende Frage der nächsten Zeit ist die Landfrage. Der Untergrund wird seinen Kampf erst aufgeben, wenn es zu einer echten Landreform kommt, die die Masse der philippinischen Bevölkerung in die Lage versetzt, sich zu ernähren und ein angemessenes Einkommen zu erwirtschaften. Dies ist aber weder mit der USA noch der Oligarchie des Landes zu machen, ohne die auf den Philippinen bisher keiner lange regieren konnte. Die Mehrheit der neuen Regierung unterscheidet sich von Marcos, daß sie einen anderen Umgang mit demokratischen Spielregeln bevorzugt, so daß es zu einigen Reformen kom-

daß sie einen anderen Umgang mit demokratischen Spielregeln bevorzugt, so daß es zu einigen Reformen kom-

men wird. In der Substanz ihrer Politik unterscheidet sie sich aber nicht von Marcos. Wie groß der Spielraum für Reformen sein wird, hängt wesentlich davon ab, inwieweit die USA und ihre Verbündeten bereit sind, entsprechende Zahlungen zu leisten. Ankündigungen der USA- und BRD-Regierung lassen zumindest einiges erwarten.

Ks., Internationalismus-Kom.

BRD-Interessen auf den Philippinen

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Warnke machte auf seiner Rückreise von einer IWF-Tagung im Oktober 1985 Zwischenstation auf den Philippinen. Marcos stand auf der Liste seiner Gesprächspartner. Die Philippinen unter Marcos bekamen neue Mittel zugesagt. Oft werden die Interessen der BRD in den Philippinen unterschätzt. Immerhin hat die BRD von 1965 bis 1985 circa 700 Millionen DM an „Entwicklungshilfe" an dieses Land vergeben. 20% der fast 30 Milliarden Dollar Auslandsschulden der Philippinen sind bei BRD-Banken fällig.

Der folgende Text soll darstellen, wie Staat, Konzerne und Banken der BRD sowie andere Bereiche der Gesellschaft in den Beziehungen zu den Philippinen verwoben sind.

„Typisch scheint folgende Äußerung eines deutschen Unternehmers in der BEPZ (Bataan Export Processing Zone) zu sein: Wir haben mehrere andere Länder im Auge gehabt. Die Philippinen waren für uns am interessantesten. Wir haben mittlerweile schlechte Erfahrung in Taiwan: die Löhne steigen, die Gewerkschaften mischen sich dort ein. Hier auf den Philippinen, besonders in der BEPZ, kann man soviele Arbeitskräfte bekommen, wie man will, ohne Schwierigkeiten."

Die Investitionen von BRD-Unternehmen in der Philippinen sind fast ausschließlich nach 1972 (Ausrufung des Kriegsrechtes und damit verstärkte Möglichkeiten auch für Nicht-US-Kapital) getätigt worden. Die Philippinen sind traditionell stärker von US- und japanischem Kapital durchdrungen. In der Rangfolge der Investoren belegte das BRD-Kapital:

1975	Rang: 13
1979	Rang: 10
1983	Rang: 6

Die ältesten BRD-Investitionen sind im Chemie-Bereich getätigt worden:
1958: Höchst;
1962: Bayer;
1966: Böhringer Ingelheim.

Mitte der 70er Jahre folgten dann weitere größere Investitionen. Die Deutsche Entwicklungsgesellschaft (DEG — staatlich) beteiligte sich finanziell an folgenden Direktinvestitionen:

Telefunken Semiconductor Devices Inc. (Chips, LEDs); Triumph International Inc. (Miederwaren); GoldZack Inc. (Bekleidungszubehör).

Andere Investitionen sind: Bataan International Garments Inc; Höchst Far East Marketing Corp.; Henkel Inc.; Siemens Industries Inc.; Monasteria Knitting (Quelle Versand); Olympia Busines Machines Inc.; BASF Inc.; Merck Inc. Gerade die Investitionen im Bereich der chemischen Industrie haben oft nur Verkaufs- und Werbeaufgaben. Die Bayer-Tochter hat sich zum Beispiel an Marcos-Landreformprogramm beteiligt, indem sie sich an der Ausbildung von 2.000 Agrotechnikern beteilgte. (Die müssen ja schließlich lernen, was sie auf ihre Felder zu spritzen haben.)

In den Philippinen ist auch das International Rice Research Institute (IRRI) angesiedelt, wo neue, ertragreichere aber von Pflanzenschutzmitteln abhängie Reissorten entwickelt werden. Einer der Spender für diese Institution ist Höchst.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die Investition der Telefunken hatte folgenden Effekt: 1981 waren 16,9% der philippinischen Exporte in die BRD Halbleitermaterialien während gleichzeitig 7,5% der philippinischen Importe aus der BRD der gleichen Sparte entstammen. Auf den Philippinen wird nur weiterverarbeitet.

Eine andere Investition ist die Eurasbank, die Deutsche Bank hält hier 60%. Hieran läßt sich verdeutlichen, das nicht immer Direktinvestitionen für ein gutes Geschäft nötig sind. Die Eurasbank beteiligte sich z.B. an einem Kredit für die PLDT (Telefongesellschaft). Die PLDT kaufte für das Geld digitale Schalteinheiten — allein Siemens konnte sich Aufträge von der PLDT für mehr als 100 Millionen DM sichern. Folge: Neben dem (bisherigen) amerikanischen Standart gibt es jetzt einen europäischen im Telefonnetz und ständig Probleme beim Umschalten von einem Netz in ein anderes. 1981 machten Schalteinrichtungen für Telefonnetze 22% der Importe der Philippinen aus der BRD aus.

Lurgi Chemie- und Hüttentechnik hat mit der Sta. Ines Mining and Steel Corporation einen Vertrag über 12,5 Millionen Dollar über die Lieferung von Produktionsanlagen abgeschlossen. Den Kredit dafür vergab die Dresdner (SEA) Ltd. in Singapur. Den Vertrieb der Produkte übernimmt die Nihon Metallgesellschaft, eine Lurgi-Tochter.

Die Maschinen und Technik Inc., an der die Münchmeyer, Petersen GmbH und Co. KG beteiligt ist und die Siemens-Produkte in den Philippinen vertreibt, bekam den Auftrag zur Elektrifizierung von sieben Inseln. Das notwendige Geld stellte die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).

Ein anderes Beispiel für deutsche Interessen in den Philippinen ist die Modernisierung des internationalen Hafens von Manila. Für die Vergabe von BMZ-Mitteln galt die Vorbedingung, daß Hafenkräne bei bundesdeutschen Firmen zu kaufen seien. Auf dem Erweiterungsgelände des Hafens wohnten ca. 30.000 Menschen. Das BMZ beteiligte sich an den Kosten der Umsiedlung: in Dasmarinas, 34 km von Manila entfernt, wurden Toiletten aufgestellt und die Menschen dorthin gebracht. Um die Toiletten herum sollten sie sich Häuser bauen. Wovon wurde nicht gesagt. Arbeitsmöglichkeiten gibt es hier nicht.

Einige staatliche deutsche Institutionen sind in den Philippinen aktiv. Die GTZ (Gesellschaft für technische Zusammenarbeit) beteiligt sich zum Beispiel an Projekten der Minerallagerstättenerforschung.

Waren die Investitionen von Bayer und Höchst die Ältesten des BRD-Kapitals, so ist das älteste Projekt im Rahmen der „Entwicklungshilfe" des BRD-Staates eines, daß auf den Pflanzenschutz zielt. Bei den neuen Reissorten (s.o.) ist der ja dringend geboten.

BMZ-Minister Warnke unterzeichnete im Oktober ein neues Hilfsabkommen über fast 40 Mio. DM. Das Geld wird unter anderem verwandt,

Rahmen der „Entwicklungshilfe" des BRD-Staates eines, daß auf den Pflanzenschutz zielt. Bei den neuen Reissorten (s.o.) ist der ja dringend geboten.

BMZ-Minister Warnke unterzeichnete im Oktober ein neues Hilfsabkommen über fast 40 Mio. DM. Das Geld wird unter anderem verwandt,

das Telefonnetz im Geschäftsviertel Manilas zu erneuern. Der Auftrag ist längst vergeben — an Siemens.

Die katholische Nachrichten Agentur GmbH (KNA) bringt Meldungen von weiteren bundesdeutschen Institutionen, die ein Interesse an den Philippinen haben. Bei der Machtübernahme durch Cory Aquino spielte der kirchliche Sender „Radio Veritas" eine wichtige Rolle. Mit seinen 14 Überseeprogrammen erreicht der Sender auch die verbotenen Kirchen in China, Nordkorea und Vietnam. Missio in Aachen schießt dem Sender jährlich 1 Million DM zu. Und Kardinal Höffner bat persönlich „anläßlich seines goldenen Priesterjubiläums um Spenden" für einen neuen 250 Kilowatt-Kurzwellensender. Missio gibt an, 1985 332 Projekte auf den Philippinen mit 10,5 Millionen DM unterstützt zu haben. Darunter waren auch Programme für „aktive Gewaltlosigkeit". Counterinsurgency läßt grüßen ...

Die Hans Seidel Stiftung der CSU unterstützt finanziell das „Center for Research and Communication" (CRC) des Opus Dei.

Der Dachverband gelber Gewerkschaften (TUCP) wurde bis vor wenigen Jahren von der Friedrich Ebert Stiftung der SPD unterstützt.

Bei näherem Hinsehen sind die BRD-Interessen in den Philippinen von gar nicht so geringer Bedeutung für das BRD-Kapital. Dies war wohl der Grund für das Kohl-Regime sich nicht zu schnell von einem Partner zu trennen, mit dem sich so gute Geschäftchen machen ließen. Die SPD rief die Bundesregierung immerhin am 18. Februar dazu auf, das Marcos-Regime nicht weiter anzuerkennen. Wenn sie es nicht selbst machen muß, fällt ihr so etwas bekanntlich leichter.

Fortsetzung

Doch auch mit Cory werden die Geschäfte weiterlaufen. Die Elite der Philippinen wird weiterhin interessiert sein, auf Kosten des philippinischen Volkes gemeinsam mit der BRD zu verdienen.

S., KB Heidelberg

Quellen:

— Institute for Labor Research and Documentation, Inc. (ILRD) (Hrsg.), European Multinationals in the Philippines, Manila 1985
— Liem Ngo-Huy, Ausländische Privatinvestitionen auf den Philippinen, München 1982
— Farmers Assistance Board, Inc., Profits form Poison, Manila 1982

Quellen:

— Institute for Labor Research and Documentation, Inc. (ILRD) (Hrsg.), European Multinationals in the Philippines, Manila 1985
— Liem Ngo-Huy, Ausländische Privatinvestitionen auf den Philippinen, München 1982
— Farmers Assistance Board, Inc., Profits form Poison, Manila 1982

— Terre des Hommes 3/85
— Meldungen der KNA vom 25.2.86 und 26.2.86
— blätter des iz3w, Dezember 1985
— Die Philippinen zwischen Unterdrückung und Befreiung, agphgi 1982.

Philippinen:

Der US-Flugzeugträger im Pazifik

von Rainer Werning

„Wir sind der Meinung, daß, sofern überhaupt, nur wenige Amerikaner die Einschränkung persönlicher Rechte und demokratischer Institutionen als negative Beeinflussung amerikanischer Interessen ansahen. Amerikanische Beamte sind zudem der Ansicht, daß die Stärkung präsidialer Autorität Präsident Marcos befähigte, eine gewünschte Stabilität herbeizuführen, die in unserem Interesse erfolgte, und daß die Militärbasen und eine uns wohlgesonnene Regierung in den Philippinen wichtiger als die Wahrung demokratischer Institutionen sind". (1)

Diese Einschätzung, nur wenige Wochen nach der Verhängung des Kriegsrechts (21. September 1972) publik gemacht, widerspiegelt die Dringlichkeit Washingtons, angesichts des sich in Indochina anbahnenden Debakels seine Aufmerksamkeit stärker denn je auf die Anrainerstaaten zu lenken.

Aus militärstrategischen und „sicherheitspolitischen" Erwägungen genossen die Philippinen oberste Priorität. (2) Auf dem Archipel sind immerhin die größten außerhalb des nordamerikanischen Festlandes installierten Militärbasen lokalisiert. Dient der Luftwaffenstützpunkt Clark Air Field als Hauptquartier der 13. US-Luftwaffe, so fungiert der Flottenstützpunkt Subic Bay Naval Base der 7. US-Flotte als taifungeschützter Heimathafen. Von hier aus geschieht über die „Sicherung" des Pazifik einschließlich der Gewässer um Japan und Australien hinaus die Kontrolle des über den Indischen Ozean und Persischen Golf bis hin zum Roten Meer reichenden „Verteidigungsgürtels". Auf philippinischem Boden befinden sich außerdem die für eine „Erstschlagskapazität" notwendigen C³I-Anlagen (Kontroll-, Kommando-, Kommunikations- und nachrichtendienstliche Anlagen) sowie das (vermutlich umfangreichste) Atomwaffendepot in der Region.

Spätestens seit 1983 zeigen sich die Vereinigten Staaten alarmiert über das dramatische Anwachsen des revolutionären Bündnisses NDF (Nationale Demokratische Front). Deren Guerilla, die Neue Volksarmee (NPA), gilt in ihren Augen als die weltweit am schnellsten wachsende. (3) Hohe Beamte des Pentaon (amerikanisches Verteidigungsministerium) wie James A. Kelly, Richard L. Armitage und der Oberkommandierende der US-Streitkräfte im Pazifik haben seit der Zeit mehrere Stippvisiten in etwa 20 der 73 Landesprovinzen durchgeführt. Wie aus Washington verlautet, — *„um vor Ort das erschreckende Ausmaß der Subversion (Aufruhrs; R.W.) zu untersuchen."*

Kelly und Armitage merkten an, daß solche Erscheinungen wie „Machtmißbrauch, Inkompetenz und Korruption" im philippinischen Militär gang und gäbe seien. Nach ihren Angaben mußten 1984 ca. 400 Soldaten unehrenhaft den Dienst quittieren. Gegen weitere 500 Soldaten wurden Disziplinarstrafen verhängt. Hier Kernaussagen ihrer im Herbst 1984 veröffentlichten Memoranden:

Die Kelly- und Armitage-Memoranden

„Bis vor kurzem richteten die Vereinigten Staaten und die Philippinen ihre Verteidigungsanstrengungen auf die wachsende Bedrohung seitens der sowjetischen Streitkräfte in Südostasien. Das Ansteigen des kommunistischen Aufruhrs in den Philippinen hat aber zu einer Umkehr der Prioritätensetzung im Verteidigungsbereich geführt. Manila ist nunmehr bestrebt, dieser internen Bedrohung zu begegnen. Das Verteidigungsministerium sieht in dieser Konzentrierung auf die innere Bedrohung eine angemessene Anerkennung der wachsenden Stärke der Kommunistischen Partei der Philippinen (CCP) und ihres militärischen Arms, der Neuen Volksarmee (NPA)...

Es besteht weitgehende Übereinstimmung, daß die Stärke der Aufrührer in

ser Konzentrierung auf die innere Bedrohung eine angemessene Anerkennung der wachsenden Stärke der Kommunistischen Partei der Philippinen (CCP) und ihres militärischen Arms, der Neuen Volksarmee (NPA)...

Es besteht weitgehende Übereinstimmung, daß die Stärke der Aufrührer in

den vergangenen Jahren bedeutend zugenommen hat und die Zahl der bewaffneten Guerilla heute annähernd 10.000 Mann beträgt, denen nochmals weitere 10.000 aktive Sympathisanten zuzurechnen sind. Mit diesen Kräften kollaborieren schätzungsweise 60.000 Mitglieder der CPP und — in geringerem Maße — möglicherweise 100.000 Mitglieder der kommunistisch beherrschten NDF. (...) In Kompanie-, gelegentlich gar in Bataillonsstärke operierend, haben die Aufrührer ihre Aktivitäten seit dem Vorjahr möglicherweise verdoppelt, sodaß gegenwärtig in dieser oder jener Weise ungefähr 20% aller philippinischen Dörfer unter ihrem Einfluß stehen. Obgleich es keine Beweise gibt, daß die Machtausdehnung der Aufrührer nenneswerter Unterstützung von außen geschuldet ist, haben die kommunistischen Guerillas die maoistische Ideologie importiert. (...) Zwischen der gemäßigten Opposition und de Kommunisten besteht keine formale vereinte Front. Vielfach stehen die Gemäßigten der Regierung näher als den Kommunisten. (...) Wir erkennen die kritische Bedeutung politischer und ökonomischer Maßnahmen und Reformen im Umgang mit dem NPA-Aufruhr vorbehaltlos an. Aber es gibt in der Reaktion der philippinischen Regierung ein militärisches Element, das wesentlich ist und nicht ignoriert werden kann."

Nachdem Kelly und Armitage sodann den gegenwärtig „miserablen Zustand der AFP" — Korruption, Rechtsverletzungen, mangelnde Kampfmoral, eine Vielzahl logistischer, Kommunikations- und Kompetenzprobleme — beklagen, insistieren sie dennoch auf die Notwendigkeit, die AFP als „bedeutsame nationale Institution" und „Stabilisierungsfaktor" Schützenhilfe zu gewähren.

„Das Verteidigungsministerium geht davon aus", so schließt ihr diesbezügliches Plädoyer, *„daß innerhalb der AFP ein solider Kader kompetenter, patriotisch gesinnter Offiziere existiert, die entschlossen sind, die notwendigen Reformen durchzusetzen und dem Vormarsch der NPA Einhalt zu gebieten. Diese Offiziere können allerdings nicht alle kritischen Mängel im Bereich der Waffen und Ausrüstungsgegenstände überwinden. Zwecks materieller Unterstützung bei der Zerschlagung des Aufruhrs sind ihre Blicke auf die USA gerichtet."* (4)

Nicht nur sind ihre Blicke auf die USA gerichtet — die USA selbst haben alles getan, daß diese Kräfte, in Generalleutnant und dem jetzigen Generalstabschef Fidel Ramos verkörpert, jetzt die Oberhand gewannen. Ramos ist Absolvent der renommierten amerikanischen Militärakademie West Point und gilt als Garant einer effizienten Counterinsurgency, deren Zielscheibe die „Vernichtung der kommunistischen Guerilla und ihrer Infrastruktur" ist. Das ist des Pudels Kern im Konzept der aktuell gültigen Militärstrategie „Oplan Katagan" (Operationsplan Stabilität). (4) Unterstrichen wurde dies jüngst in einer Studie des Geheimdienstausschusses des US-Senats unter Federführung des republikanischen Senators David Durenberger. (5)

So sehr auch seit Sommer 1983 „falling back areas", also Ausweichquartiere für Subic und Clark, ins Kalkül gezogen wurden (zuvorderst im Ge-

die des Geheimdienstausschusses des US-Senats unter Federführung des republikanischen Senators David Durenberger. (5)

So sehr auch seit Sommer 1983 „falling back areas", also Ausweichquartiere für Subic und Clark, ins Kalkül gezogen wurden (zuvorderst im Ge-

spräch waren Guam und die nördlichen Marianen-Inseln Tinian und Saipan), so eingeschränkt sind die aktuellen Alternativen: Über die immensen Kosten hinaus (zwischen 3 und 8 Mrd. US-Dollar) existierten in den besagten Ausweichquartieren keine ausreichend qualifizierte (und billige!) Arbeiterschaft und kaum vergleichbar günstige geographische Verhältnisse. (6)

Für die reproduktiven Bedingungen des amerikanischen Kapitals im Landes wie in Ostasien/Pazifik und für die Wahrung von „Sicherheit und Ordnung" in dieser wirtschaftspolitisch dynamischen Region sind die US-Basen — zumindest auf absehbare Zeit — notwendige Stützpfeiler einer imperial wie global ausgerichteten Militärstrategie. Seitens der neuen Regierung in Manila ist da erst einmal kein Widerstand zu fürchten.

Anmerkungen:

1) U.S. Senate, Commitee on Foreign Relations, 93rd Congress 1st Session: Korea and the Philippines: November 1972. A Staff Report, Washington, D.C. (18.02). 1973, S. 45.
2) Verankert u.a. durch den 1951 abgeschlossenen amerikanisch-philippinischen militärischen Beistandspakt — vgl. Rainer Werning, Zur Geschichte des philippinischen Befreiungskampfes: 1930 - 1975, Bonn 1975.
3) R. Werning, Berstender Bambus: Befreiungskampf und Gesundheitswesen auf den Philippinen. Hg. von medico international, Frankfurt/M. (März) 1986, 190 S.
4) Auszüge aus: Situation in the Philippines and Implications for U.S. Policy. Statement to the Commitee on Foreign Relations, U.S. Senate, by James A. Kelly, Deputy Assistant Secretary of Defense (East Asia and Pacific Affairs). Washington, D.C., Sept. 18, 1984, 7 S. (mimeo); und das unter gleichem Titel verfaßte „Statement to the Subcommitee on Asian and Pacific Affairs, Committee on Foreign Affairs, House of Representatives" by Richard L. Armitage, Assistant Secretary of Defense for International Security Affairs, Washington, D.C., Oct. 4, 1984, 10 S. (mimeo)
5) Vgl. Aktionsgruppe Philippinen/medico international (Hg.), Die gestutzten Flügel der Freiheit — Menschenrechte und Militarisierung in den Philippinen, Münster 1985, 72 S.
6) The Philippines: A Situation Report. Staff Report to the Senate Select Committee on Intelligance, United States Senate. Washington, D.C. (1.11.) 1985, 18 S.
7) Vgl. die Meoranden von Kelly und Armitage; Eberhard Rhein, Die pazifische Herausforderung: Gefahren und Chancen für Europa, in: Europa Archiv — Zeitschrift für Internationale Politik 4 (1984): 101 - 110, Bonn 1984 und „Klippen vor Washingtons Ankerplatz", in: Handelsblatt vom 26. Februar 1986.



Während Marcos seinen halben Hofstatt einschließlich General Ver plus mehrere Kisten Gold, Geld und Juwelen in einem US-Flugzeug von den Philippinen rettet, posiert sein Freund locker vor der Presse. Der kalkulierte Machtübergang wird sicher als der größe außenpolitische Erfolg der Republikaner im kommenden Wahlkampf gefeiert werden. Das Dynamit für diese Entwicklung legte die New Peoples Army — und ohne eine ähnlich brisante Mischung wird beispielsweise Pinochet an Altersschwäche im Amt sterben.

Südafrika:

Umschuld ohne Unschuld

Wieder einmal wurde dem Rassistenregime der Republik Südafrika durch die westlichen Industrienationen das Vertrauen ausgesprochen: 30 Großbanken halfen, eine Finanzkrise des südafrikanischen Staates beizulegen.
Am 20. Februar traf man sich in London, um die Verschuldungsprobleme dieses Landes zu lösen. Es ging um die Frage, wie eine Schuld von 14 Milliarden US-Dollar zurückzuzahlen sei. Im August des vergangenen Jahres hatte Südafrika die Rückzahlungen seiner kurzfristig laufenden Kredite eingestellt und einseitig erklärt, daß in der nächsten Zeit auch keine weiteren Zahlungen zu erwarten seien.

Hintergrund dieser Entwicklung war natürlich die Revolte der schwarzen und farbigen Bevölkerung in Südafrika gegen das Minderheitsregime. Das brutale und blutige Vorgehen der Rassisten gegen die revoltierenden Menschen hatte weltweit zu Protesten geführt, und gerade in den USA forderten viele Menschen einen wirtschaftlichen Boykott gegen die Republik Südafrika. Eine erfolgreiche Desinvestment-Kampagne, gerade durch die farbige Bevölkerung in den USA getragen, brachte die US-amerikanischen Banken in die Situation, zwischen einer Fortführung ihrer Geschäfte mit Südafrika oder einer Rücksichtnahme auf ihre einheimische Kundschaft wählen zu müssen.

In der internationalen Finanzwelt hatte gleichzeitig das Image der Rassisten gelitten. In der Vergangenheit hatte die Republik Südafrika ihre Auslandsschulden immer pünktlich bezahlt und war als Kunde an allen Bankschaltern willkommen. Die politische Krise in der Republik hatte jedoch auch Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung, und so ganz sicher waren sich viele Investoren nicht mehr, ob die Rassisten ihre Vormachtstellung gegen den Ansturm der Unterdrückten würden halten können. Die südafrikanischen Banken jedenfalls hatten wesentlich größere Schwierigkeiten, Kredite auf den internationalen Finanzmärkten zu erhalten. In der letzten Zeit bekamen sie nur noch Kredite auf einer kurzfristigen Basis, d. h. es mußte maximal in einem Vierteljahr zurückgezahlt werden oder gegen einen neuen, ähnlichen Kredit eingetauscht werden. In Südafrika selber verliehen die südafrikanischen Banken dies Geld natürlich langfristig an ihre privaten Kunden.

So war Mitte 1985 eine für die südafrikanischen Banken verzwickte Situation entstanden: Einerseits sahen sie sich einer Menge kurzfristig zurückzuzahlender Kredite gegenüber, andererseits konnten sie die weiterverliehenen Gelder nicht von ihren Kunden zurückfordern. Und nun kündigten eine Reihe US-amerikanischer Banken ihre bisherigen Kredite und forderten ihrerseits Rückzahlung südafrikanischer Schulden. Daraufhin machten die Rassisten ihren Laden dicht und riefen ein „Schuldenmoratorium" für ihre kurzfristigen Kredite aus: Die Zinsen wollten sie weiterhin zahlen, aber an Rückzahlungen sei für die nächsten Jahre nicht zu denken.

Als Peru im vergangenen Jahr erklärte, seine Schulden in wesentlich kleineren Raten als früher zurückzuzahlen, war das allgemeine Geschrei in der Finanzwelt groß. Als die Republik Südafrika einen wesentlich drastischeren Schritt vollzog, war man erstaunt, aber andererseits voll Verständnis aufgrund der politischen Krise in diesem Land. Als Vermittler zwischen Schuldigern und Gläubigern wurde der ehemalige Chef der schweizerischen Zentralbank Leutwiler berufen. Dieser Mann hatte nun die Aufgabe, eine politische und finanzielle Lösung herbeizuführen. Die US-amerikanischen Banken bestanden darauf, daß bei Verhandlungen um die Umschuldung der Kredite Südafrikas auch wesentlicher Punkt Reformen in Südafrika selber sein müßten. Die europäischen Banken hingegen wollten gerade keine „politische Umschuldung" und waren bereit, die Umschuldungsbedingungen für die Rassisten einfacher zu halten als die US-Amerikaner. Diese Differenz ist unmittelbarer Ausdruck der Tatsache, daß in den USA eine wesentlich kritischere und auch machtvollere Solidaritätsbewegung mit dem Befreiungskampf in Südafrika besteht als in Europa.



Am 16. Mai dieses Jahres findet der nationale Protesttag gegen die Bankenpolitik der BRD mit Südafrika statt.

Vermittler Leutwiler reiste nach Südafrika und verhandelte mit dem Rassistenpräsidenten Botha über mögliche Reformankündigungen. In seiner Rede vor dem Parlament Anfang Februar verkündete Botha denn auch

Europa.
Vermittler Leutwiler reiste nach Südafrika und verhandelte mit dem Rassistenpräsidenten Botha über mögliche Reformankündigungen. In seiner Rede vor dem Parlament Anfang Februar verkündete Botha denn auch

wiedermal „Reformversprechen" wie z. B., die Paßgesetze zu verändern. Für die internationale Öffentlichkeit wurden diese Versprechen durch eine Anzeigenkampagne der südafrikanischen Regierung in der heimatlichen Presse begleitet. Was von diesen Versprechen zu halten ist, verdeutlichte die weiße bürgerliche Opposition im Parlament: Die beiden Oppositionsführer der PLP legten gerade in diesem Zeitraum ihre Sitze nieder, weil sie zu dem Schluß gekommen waren, daß aus diesem Parlament in dieser Zusammensetzung nichts an Positivem für die Unterdrückten herauskommen würde.



Kein Geld für Gold aus SÜDAFRIKA!

Der Vermittler Leutwiler hatte nichtsdestotrotz einen positiven Eindruck der Reformwilligkeit der Rassisten. In einem Interview mit der Wirtschaftswoche (21.2.86) stellte er seine Positionen dar, die wohl für die Bankenwelt repräsentativ sind. Bezüglich der Reformversprechen führte Leutwiler aus: „*In den Gesprächen mit Präsident Botha habe ich den Eindruck erhalten, daß er auf dem Reformkurs weiter gehen will. Was in der Rede vom 31. Januar steht, ist nicht nichts. Da ist einiges drin. ... Die Reformen, wenn sie so weit gehen, wie Botha angekündigt hat, werden recht substantiell sein. Für diejenigen, die 'one man one vote' fordern, ist es zu wenig. Aber diejenigen, die das wollen, sind nicht diejenigen, deren Meinung ich teile.*"

Leutwiler war vielfach kritisiert worden, daß er nur mit Leuten aus dem Rassistenlager gesprochen habe. Bezüglich der Kontakte zum ANC war er ziemlich deutlich: „*Ich habe sie nicht gesehen und will sie auch nicht sehen ... denn ich möchte nicht mit Leuten zusammensitzen, die den Bürgerkrieg vorbereiten, die die Revolution predigen. Ich bin nämlich überzeugt, daß dies nicht der richtige Weg ist für Südafrika. Die ANC-Leute haben ... Waffen aus der Sowjetunion erhalten. Ich sagte der Presse in Johannisburg: Ich kenne die Russen, die machen keine Geschenke.*"

Zurück aus Südafrika, berief Leutwiler für den 20. Februar eine Konferenz nach London ein. An dieser Konferenz nahmen dann 30 westliche Großbanken teil, die zusammen 70 % der zu verhandelnden 14 Mrd. US-Dollar repräsentierten. Für die südafrikanische Seite nahm der Generaldirektor der South African Reserve Bank teil. Ergebnis der Verhandlungen war, daß das Moratorium im Prinzip um ein Jahr bis Frühjahr 1987 verlängert wird. Die südafrikanischen Banken müssen jedoch ein Fünftel der 14 Mrd. US-Dollar bis dahin in Abschlagzahlungen

Jahr bis Frühjahr 1987 verlängert wird.
Die südafrikanischen Banken müssen jedoch ein Fünftel der 14 Mrd. US-Dollar bis dahin in Abschlagzahlungen

beglichen haben. Verglichen mit den Verhandlungen verschiedener lateinamerikanischer Schuldner sind die südafrikanischen Banken sehr gut gefahren. Denn insbesondere von den politischen Forderungen wurde Abstand genommen. Das südafrikanische Wirtschaftsblatt „Business Day" kommentierte den Ausgang der Verhandlungen folgendermaßen: „*Leutwiler klammerte die Politik geschickt aus in der Annahme, daß die politische Reform dem Umschuldungsprozeß Flügel verleihe. Im Kern der Sache gibt er Präsident Botha eine weitere Chance, die Kapitalmärkte zu überzeugen, daß er es mit seinen Bestrebungen um Abschaffung der Apartheid ernst meint.*" (Nach „Neue Zürcher Zeitung", 1.3.86).

Am Vorabend der Verhandlungen haben Bischof Tutu, SACC-Generalsekretär Beyers Naude und der Führer der United Democratic Front, Allan Boesak, an Leutwiler einen Brief geschrieben, in dem sie ihn und die westlichen Banken aufforderten, die Umschuldungsverhandlungen abzubrechen, und im Gegenteil die Kapitalien, die südafrikanische Banken im Ausland halten, einzufrieren. Die Absender dieses Briefes haben sich damit der Gefahr ausgesetzt, von den Rassisten für die Forderungen nach Sanktionen bestraft zu werden. Weiterhin forderten die drei, daß Umschuldungen nur dann eingegangen werden sollten, wenn dies mit dem Rücktritt der weißen Regierung verbunden wäre.

Bemerkenswert an der Berichterstattung über diese Verhandlungen ist, daß in der internationalen Presse nirgendwo eine der beteiligten Banken genannt wird. Immerhin waren an diesen Verhandlungen die 30 genannten Banken beteiligt, und darüber hinaus sind weitere 230 Banken von den Abmachungen betroffen; die westdeutschen Banken sollen in diesen Verhandlungen 10 % der Kreditmasse repräsentiert haben. Lediglich eines ist bekannt: Die britische Clearingbank National Westminster soll den Vorsitz des Komitees führen, das bis zum nächsten Jahr mit der Abwicklung der Geschäfte betraut ist (nach: „Börsen-Zeitung", 22.2.86). Vielleicht ist diese Heimlichkeit auf die Tatsache zurückzuführen, daß der ANC erklärt hat, gerade die an diesen Umschuldungsverhandlungen beteiligten Institute nunmehr verstärkt in seine Visier zu nehmen.

Wo., Imp.-Kommission

Wo., Imp.-Kommission

PROGRAMM März



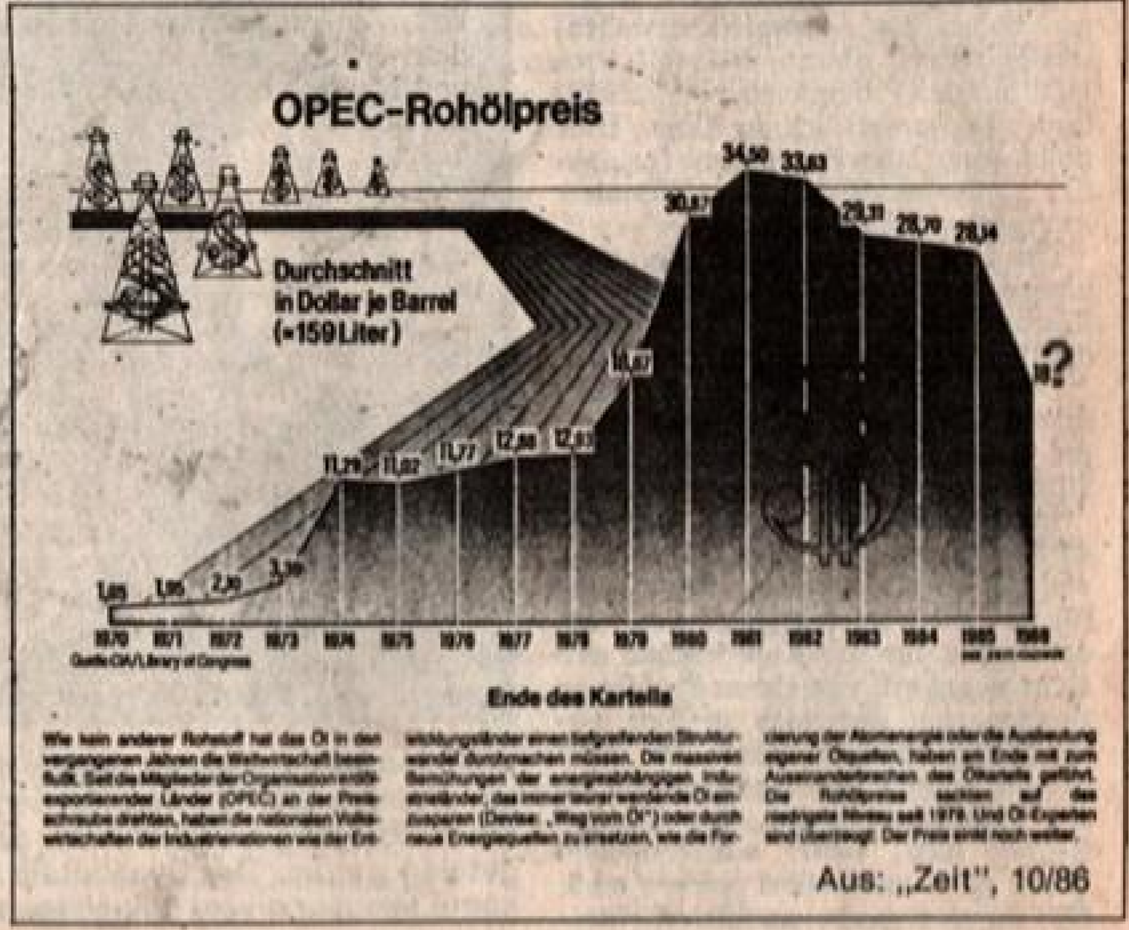
OPEC: Das vorzeitige Ende eines Kartells

In den letzten Monaten fiel der Preis für Rohöl auf den internationalen Märkten dramatisch auf 15 bis 18 Dollar pro Barrel (1 Barrel = 159 Liter). Seit 1981 hat sich der Ölpreis damit halbiert. Er liegt derzeit auf dem Level von 1979, also vor der zweiten damaligen drastischen Ölpreiserhöhung, und in realer Kaufkraft gemessen auf dem Niveau von 1974 — kurz nach der ersten Ölpreiserhöhung.

Der Verfall der Ölpreise ist Ergebnis der weltweiten Veränderungen hinsichtlich der Energiepolitik und war auch abzusehen:

— nach der zweiten Ölpreiserhöhung von 1979/80 betrieben alle kapitalistischen Industriestaaten eine Politik des „weg vom Öl"; insgesamt wurde durchschnittlich ein Fünftel der Öleinfuhren eingespart, teils durch Umstellung auf andere Energieträger (Erdgas, Atomenergie), teils durch die schwache konjunkturelle Entwicklung bedingt;

Fortsetzung nächste Seite



Aus: „Zeit", 10/86



aus „FAZ" vom 11.2.86

Fortsetzung von vorheriger Seite

— bei einem Ölpreis von über 30 Dollar pro Barrel lohnten Investitionen der großen Ölkonzerne zur Erschließung weiterer Ölquellen, vor allem in Alaska und in der Nordsee. Die OPEC-Staaten bekamen also Konkurrenz aus den USA, Großbritannien und Norwegen.

Die Folge war, daß die Nicht-OPEC-Staaten Großbritannien und Norwegen ihr Öl auf den Weltmarkt warfen und durch ein Überangebot auf die Preise drückten. Die OPEC-Staaten mußten, um den Preis hoch zu halten, ihre Fördermengen drosseln und in harten, internen Auseinandersetzungen Produktionsquoten beschließen, aus denen einige Länder zu ihrem eigenen Vorteil immer wieder ausbüchsten, während vor allem Saudi-Arabien den ,,Puffer'' spielen mußte. Von 1979 bis 1985 sank die Ölförderung in den OPEC-Staaten von 31,4 Mio. Barrel pro Tag auf 16,5 Mio Barrel. Saudi-Arabien förderte nur noch ca. 2 Mio. Barrel anstelle der vereinbarten 4,3 Mio. — soviel wie 1964. Insgesamt betrug der Anteil der OPEC-Staaten an der westlichen Ölhandelsmenge nur noch 38%, während sie einmal einen Anteil von 70% besaßen. Allein Norwegen und Großbritannien förderten mehr Öl als die Saudis. Damit hatte das OPEC-Kartell ausgespielt — es wurde niederkonkurriert.

Im Sommer letzten Jahres kündigte Saudi-Arabien an, sich diese Politik nicht mehr gefallen zu lassen. Im Herbst 1985 warf es statt der 2 nunmehr rund 5 Mio. Barrel Öl pro Tag auf den Weltmarkt, andere OPEC-Länder und auch Großbritannien und
Herbst 1985 warf es statt der 2 nunmehr rund 5 Mio. Barrel Öl pro Tag auf den Weltmarkt, andere OPEC-Länder und auch Großbritannien und
Norwegen als ,,Anti-OPEC-Kartell'' folgten. Derzeit besteht ein Überangebot von 3 Mio. Barrel Öl pro Tag auf dem Weltmarkt, was dafür sorgte, daß die Ölpreise herunterpurzelten. Das Ziel der Saudis mit diesem Preiskrieg ist, daß auch Großbritannien und Norwegen sich zu Produktionsdrosselungen entschließen müßten, um den Ölpreis hochzuhalten.

Aber diesen Konkurrenzkampf werden sie verlieren, denn selbst ein Ölpreis von 10 Dollar pro Barrel wäre noch profitabel, da die Produktionskosten des Nordsee-Öls bei rund 5 Dollar liegen. Außerdem sind Großbritannien und Norwegen von den Öleinnahmen längst nicht so abhängig wie die OPEC-Staaten.

Die Wirkungen des niedrigen Ölpreises sind unterschiedlich:
— die Ölkonzerne werden ihre Investitionen zur Erschließung neuer Ölquellen reduzieren;
— die Länder der sogenannten ,,3.Welt'', die zu den Ölimporteuren gehören, werden ihre negativen Zahlungsbilanzen entlasten können;
— alle OPEC-Staaten werden weniger Devisen für ihre Ölexporte erhalten, darunter wird sich die Verschuldungssituation für Mexiko, Venezuela, Nigeria und Irak weiter verschärfen;
— Großbrtiannien und Norwegen sehen ihre Zahlungsbilanzen und Haushaltseinnahmen aus den Ölexporterlösen geschmälert und
— alle übrigen imperialistischen Staaten profitieren beträchtlich von den niedrigen Ölpreisen auf mehrfache Weise. Die Zahlungsbilanzen werden entlastet (BRD: minus 15 Mrd. DM), die Produktionskosten gesenkt und Inflationsraten gedrückt.

In der BRD spricht die Bundesregierung zu recht von einem zusätzlichen Konjunkturprogramm, das die niedrigen Ölpreise beschert hätten.

Es ist beileibe kein Zufall, daß die Ölpreise drastisch gesunken sind. Parallel dazu fielen auch die Preise für andere Rohstoffe wie Zinn und Kautschuk zusammen — und der amerikanische Dollarkurs ist gegenüber der D-Mark um rund 30% gefallen; im letzten Jahr lag er noch bei rund 3,40 DM und liegt jetzt bei 2,20 DM. Dieser niedrige Dollarkurs soll bewirken, daß die amerikanische Exportindustrie auf dem Weltmarkt wieder in Schwung kommt, um die negative Handelsbilanz (1985: minus 130 Mrd. Dollar) abzubauen. Und niedrige Ölpreise können den Konkurrenzkampf dank niedrigerer Produktionskosten nur flankieren.

Die westdeutsche Exportindustrie sieht dieser Entwicklung nur erfreut entgegen, denn der verbilligte Dollar sorgt für eine Binnenmarktentlastung von weiteren 10 Mrd. Dollar, und der ohnehin niedrige Ölpreis wird durch die für die BRD positive Wechselkursentwicklung nochmals gesenkt.

Allerdings werden in den niedrigen Ölpreisen auch eine Reihe von Problemen gesehen. Sie gefährden zum einen die bisherige Politik ,,weg vom Öl'' und machten Investitionen in alternative Energiequellen unrentabel. In der BRD haben konservative Politiker deshalb schon von der Einführung oder Erhöhung der Ölsteuer gesprochen.

Alles in allem werden in naher Zukunft anarchische Verhältnisse auf den Ölmärkten vorherrschen.

D./Westberlin

Quellen: Spiegel und Zeit, 6/1986, Wirtschaftswoche 8/1986

Spendenaktion:

FÜR DIE STIMME KURDISTANS

Seit 1980 tobt ein Krieg am Golf, der mittlerweile rund 1 Million Tote und Verletzte gefordert hat — ein Krieg, den der Irak begonen hat, den der Iran nicht mehr beenden will, und an dem fast alle rüstungsliefernden Staaten verdienen, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland.

Seit 1979, und verstärkt seit 1981, führt das Khomeini-Regime noch einen anderen Krieg: gegen die Kurden im Iran. Die Kurden sind heute das größte Volk auf der Welt, das keine eigene nationale Existenz hat: 20 bis 25 Millionen Menschen. Rund 7 Millionen davon leben im Iran; die anderen in der Türkei, im Irak, Syrien, und ein kleiner Teil in der Sowjetunion.

Das Khomeini-Regime hat Iranisch-Kurdistan seit Beginn des Krieges mit einem Netz von mehr als 2.000 Militärstützpunkten überzogen. Die iranische Armee und die Pasdaran (,,Revolutionswächter'') haben im Namen des Ayatollah unzählige Massaker an der kurdischen Bevölkerung begangen. Der Terror des Khomeini-Regimes gegen die iranischen Kurden übersteigt nach allen Berichten noch den Terror, den bereits das Schah-Regime gegen die Kurden verübt hat.

Aber das Khomeini-Regime hat Iranisch-Kurdistan nicht vollständig unter seine Kontrolle bringen können. Es gibt heftigen Widerstand gegen die Besatzungstruppen des Ayatollah, in dem die Demokratische Partei Kurdistan/Iran (PDK/I) eine große Rolle spielt. Die PDK/I, die bei Wahlen in Iranisch-Kurdistan im Juni 1980 trotz massiver Behinderungen fast überall eine überwältigende Mehrheit erhalten hat, in einigen Orten sogar zwischen 80 und 90%, fordert eine Autonomie Kurdistans in einem demokratischen Iran. Sie kämpft mit ihren Partisanen (Peshmergas) für einen Sturz des Khomeini-Regimes und für ein Ende des iranisch-irakischen Krieges. Die PDK/I ist damit auch eine zentrale Säule der gesamtiranischen Opposition gegen das Khomeini-Regime.

Die Demokratische Partei Kurdistan/Iran hat darum gebeten, ihr beim Aufbau eines besseren Radiosenders zu helfen. Sie verfügt bislang über einen kleinen Sender in den kurdischen Bergen, den sie trotz mehrfacher Bomben- und Artillerie-Angriffe immer aufrecht erhalten konnte. Dieser Sender ist jedoch gegen den Störfunk der iranischen Armee zu schwach und reicht nicht weit genug ins Land hinein. Die ,,Stimme Kurdistans'' ist eine Stimme gegen den Krieg und für die Rechte des kurdischen Volkes im Iran, die auch der kurdischen Bevölkerung in den anderen Staaten helfen wird.

Wir bitten um Spenden auf folgendes Konto:
Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00)
Kto.-Nr. 119.013.811/Jürgen Reents
Stichwort: Stimme Kurdistans

Unterzeichner: **Gert Bastian, Hans Branscheidt, Peter O. Chotjewitz, Manfred Coppik, Bundesvorstand DIE GRÜNEN, Inge und Walter Jens, Petra K. Kelly, KOMKAR (Föderation der Arbeitervereine Kurdistans in der BRD), Norman Paech, Peggy Parnass, Hermann Peter Piwitt, Jürgen Reents, Bettina Wegner**

Bahman Nirumand:

''Das Schweigen über den Golfkrieg beenden''

Rede auf der Veranstaltung zur Gründung des Komitees gegen den Golfkrieg

Am Eingang des ,,Beheschte Zahra'', Zentralfriedhof von Teheran, steht ein Brunnen, aus dessen Fontainen Tag und Nacht rotgefärbtes Wasser fließt. Wahrlich ein Symbol, ein ewiges Denkmal der islamischen Republik. Chomeini hatte einmal gesagt: ,,*Der Baum des Islam kann nur wachsen, wenn er ständig mit dem Blut der Märtyrer getränkt wird.*'' Je mehr Blut fließt, desto mehr sehen die Mullahs ihre Märtyrerideologie bestätigt.

Täglich werden Särge der Kriegsopfer zu den Gräbern getragen, begleitet von Angehörigen, die nicht weinen und klagen dürfen, und einer Gruppe von Chomeini-Jüngern, die mit erhobenen Fäusten und haßerfüllten Gesichtern ,,Krieg, Krieg, bis zum Sieg'' rufen.

Folgt man Chomeinis Worten, dann ist dieser Sieg, den die vernebelten und wutentbrannten Hezbollahis verlangen, erst dann erreicht, wenn nicht nur der Satan Saddam Hossein und sein Regime gestürzt und der Irak unter die Fittiche der machttrunkenen Ajatollahs gebracht sind, sondern auch Jerusalem erobert und der Judenstaat zum Teufel gejagt ist. Bagdad, sagt Chomeini, sei nur eine Zwischenstation auf dem Weg nach Jerusalem.

Das sind Träume eines Machtbesessenen und Wahnsinnigen, Träume, die für Millionen Iraner seit der Machtübernahme der Mullahs zu einem ständigen Alptraum geworden sind. Und dieser Alptraum ist so alltäglich geworden, daß selbst Regierungsverantwortliche und offizielle Medien sich nicht davor scheuen, zumindest einen Teil des Geschehens beim Namen zu nennen. Die halbamtliche Tageszeitung ,,Ettelaat'' zum Beispiel beschreibt eine Szene aus dem Krieg gegen den Irak mit folgenden Worten: ,,*Früher sah man freiwillige Kinder, vierzehn, fünfzehn, sechzehn ... und Zwanzigjährige wie Knospen auf Wiesenfeldern, die in der Morgendämmerung zur Blüte gelangt sind. Sie gingen über die Minenfelder. Ihre Augen sahen nichts, ihre Ohren hörten nichts. Und wenige Augenblicke später sah man Staubwolken aufsteigen. Aber als der Staub sich wieder gelegt hatte, war von den Kindern nichts mehr zu sehen. Irgendwo, weit entfernt, in der Landschaft zerstreut, sah man Fetzen von Fleisch und Knochenteile herumliegen.*'' Die Zeitung möchte jedoch ihre Leser beruhigen. ,,*Heute*'', schreibt sie, ,,*hüllen sich die Kinder, bevor sie die Minenfelder betreten, in eine Decke ein und rollen auf dem Boden, damit ihre Körperteile nach der Detonation der Minen zusammenbleiben und man sie hinter die Front bringen und sie auf Händen zu Grabe tragen kann.*''

Die Ursachen dieses für die iranische und irakische Bevölkerung unheiligen Krieges sind vielschichtig und umstritten. Fest steht jedenfalls, daß Chomeini die irakische Bevölkerung, namentlich den schiitischen Teil, der im Irak die Mehrheit bildet, gegen das Regime von Saddam Hossein aufzuwiegeln und seinen islamischen Staat auf den Irak auszuweiten versucht hat. Schiitische Untergrundorganisationen und einflußreiche Geistliche im Irak haben großzügige, materielle Hilfe aus dem Iran erhalten. Zwei iranische Sender leisteten zusätzliche Propagandahilfe. Nicht selten hat es an der iranisch-irakischen Grenze Provokationen gegeben, die von Iran ausgingen.

Es ist aber auch bekannt, daß Saddam Hossein schon immer davon geträumt hat, in der Golfregion die erste Geige zu spielen. Er nahm die Provokationen aus Teheran zum Anlaß und hoffte, das durch Unruhen geschwächte Regime im Iran in die Knie zwingen und ihm größere Gebiete streitig machen zu können. Dabei standen ihm iranische Generäle und Politiker des Schahregimes als Berater zur Seite.

Aber der irakische Angriff bewirkte genau das Gegenteil dessen, was sich Saddam Hossein erhofft hatte. Durch seine Kriegsaktion erwies er dem Mullahregime den größten Dienst. Mit Recht nannte Chomeini diesen Krieg ,,ein Geschenk des Himmels''. Denn von da an stellte die Notwendigkeit der Vaterlandsverteidigung alle sozialen, ökonomischen und politischen Probleme in den Schatten. Jetzt konnte der Bevölkerung jedes Opfer abverlangt werden. Die Rationierung der Lebensmittel, der Energieversorgung und zahlreichen Konsumartikel konnten endlich, ohne nennenswerten Widerspruch, eingeleitet werden. Jetzt war auch der Willkür der neuen Machthaber Tor und Tür geöffnet. Jeder politische Widerstand, jeder Protest gegen Mißwirtschaft, und jede auch nur geringste Abweichung vom Diktat des theokratisch-terroristischen Staates wurde als Landesverrat und Kollaboration mit dem Feind deklariert und mit brutalsten Maßnahmen geahndet. Der Krieg wurde heilig gesprochen. Millionen wurden aufgefordert, unter der Fahne des wahren und gerechten Islam gegen große und kleine Teufel ins Feld zu ziehen. Entsprechend wurden die Teilnehmer an diesem Krieg als Märtyrer gefeiert und der Märtyrertod als höchstes Glück gepriesen.
gegen große und kleine Teufel ins Feld zu ziehen. Entsprechend wurden die Teilnehmer an diesem Krieg als Märtyrer gefeiert und der Märtyrertod als höchstes Glück gepriesen.

Chomeini forderte Kinder und Jugendliche auf, an die Front zu eilen, wenn es sein muß auch ohne Erlaubnis ihrer Eltern. Oft waren dieser Kinder kleiner als die Gewehre, die sie tragen sollten. Nicht selten wurden sie ohne Waffen auf den Gegner losgeschickt. Sie hatten ohnehin keine militärische Ausbildung. Ihre einzige Hoffnung bildete ein Plastikschlüssel, der an einer Halskette hing. Damit, so wurde ihnen eingeredet, könnten sie nach ihrem Märtyrertod die Türen zum Paradies öffnen. Bisher wurde eine halbe Million solcher Schlüssel aus Taiwan importiert.

Die Bilanz dieses grauenhaften und inzwischen in der übrigen Welt vergessenen Krieges ist halbwegs bekannt. Nach fast fünfeinhalbjähriger Dauer sind nahezu eine Million Tote zu beklagen. Hinzu kommen Millionen Invaliden und Flüchtlinge, zerbombte Städte, wirtschaftlicher Ruin, Seuchenkrankheiten, Arbeitslosigkeit, Hunger und ein unbeschreiblicher Terror.

Alle bisherigen Bemühungen, das Mullahregime zu einem Friedensschluß zu bewegen, sind gescheitert. Chomeini wird, solange er lebt und das Sagen hat, diesen Krieg nicht beenden. Im Gegenteil, es werden immer wieder neue Pläne geschmiedet, um das Kriegsfeuer zu schüren und mehr Menschen an die Front zu locken. Da es aber bei den Erwachsenen immer schwieriger wird, weil die Teilnahme am Krieg sich längst nicht mehr als Vaterlandsverteidigung verkaufen läßt, und die Erwachsenen nicht mehr dazu bereit sind, sich für Chomeinis Machtgelüste töten zu lassen, konzentriert man sich immer mehr auf Kinder und Jugendliche. Bei einem kürzlich in der südiranischen Stadt Ahwaz stattgefunden Seminar, an dem u.a. auch der Minister für Erziehung und Bildung und der Generalstabschef der Revolutionswächter teilnahmen, wurde erklärt: ,,*Das oberste Ziel des Ministeriums für Erziehung und Bildung besteht darin, alle Anstrengungen darauf zu zielen, um die militärische Mobilisierung und Ausbildung von zehn Millionen Schülern voranzutreiben.*''

Zehn Millionen, das ist eine unerschöpfliche Quelle. Damit läßt sich der Krieg beliebig in die Länge ziehen. Und je mehr Tote es dabei gibt, desto mehr sehen die Mullahs ihr Ziel, das Himmelreich auf Erden zu errichten, verwirklicht.

Chomeini führt den Krieg hauptsächlich mit Menschenmassen. Trotzdem kann er auf Waffen nicht verzichten. Und die werden dem Mullahstaat bereitwillig in Ost und West für teures Geld zur Verfügung gestellt. Hier verstummt alles Gerede von Menschenrechten und Menschenwürde. Geschäft ist Geschäft, und dabei geht man, wenn es sein muß, auch über Leichen. Da vernichten sich zwei Länder gegenseitig. Das ist doch ein Bombengeschäft. Wichtig ist nur, daß der Krieg begrenzt bleibt und den Öl- und Waffentransport nicht gefährdet. Und wenn der Krieg irgendwann zu Ende sein sollte und beide Völker ausgeblutet haben, ja da beginnt das neue Geschäft. Man kann die Trümmer der Industrieanlagen, Städte, Straßen und Häfen beseitigen und alles wieder nagelneu aufbauen. Dafür werden schon die Investoren, Kreditinstitute und ausländischen Facharbeiter sorgen.

Die Mullahs können ihrerseits die Waffen nur solange kaufen, so lange das Öl fließt. Würde man eine Monat lang die Ölhähne zudrehen, wäre es mit dem Krieg und wahrscheinlich auch mit dem terroristischen Mullahregime zu Ende. Doch das Öl fließt und der Krieg hat keine Aussicht auf ein Ende.

Im Einklang mit der Rüstungsindustrie und den zugehörigen Regierungen und Parteien, hüllen sich die Medien in Schweigen. Sie sorgen dafür, daß der Golfkrieg und die damit zusammenhängenden Verbrechen nicht ins Bewußtsein der Weltöffentlichkeit dringen. Selbst Gruppen und Organisationen, die die Worte Frieden, Freiheit und Menschenrechte auf ihre Fahnen schreiben, haben für die Todesklagen der Opfer und Hilferufe ihrer Angehörigen taube Ohren.

Dieses Schweigen müssen wir durchbrechen!

Daß wir diese Aufgabe bisher nicht zu erfüllen vermocht haben, liegt nicht zuletzt in dem desolaten Zustand der iranischen Opposition. Was während der Schahzeit möglich war, nämlich
zu erfüllen vermocht haben, liegt nicht zuletzt in dem desolaten Zustand der iranischen Opposition. Was während der Schahzeit möglich war, nämlich
trotz aller ideologischen und politischen Differenzen die Aufklärungsarbeit über die Verbrechen des Schahregimes gemeinsam zu leisten, scheint heute aufgrund der großen Zersplitterung innerhalb der Opposition schwer, wenn nicht unmöglich durchführbar zu sein. Der Dogmatismus, der Absolutheitsanspruch und die ideologischen Verbrämungen und Vernebelungen, vielleicht auch die psychologischen Folgen der schwer faßbaren Niederlage der so hoffnungsvoll begonnenen Revolution, haben meiner Ansicht nach diesen desolaten Zustand hervorgerufen. Wir müssen diese Schranken abbauen. Das könnte vielleicht gelingen, wenn wir auf den Trümmern, die die Mullahs angehäuft haben, nach menschlichen Werten suchen, wenn wir nicht auf unseren politisch-ideologisch festgefahrenen Vorstellungen insistieren, sondern von den menschlichen Bedürfnissen, von dem verbrieften Recht auf Leben, Freiheit und Selbstbestimmung, kurz, von den elementarsten Menschenrechten ausgehen.

Die überwiegende Mehrheit der iranischen und, wie ich annehme, auch der irakischen Bevölkerung haßt diesen Krieg und ihre Wortführer und möchte in Frieden und Freiheit leben. Wenn sich auf dieser Ebene zwischen den demokratischen und unabhängigen Kräften, gleichgültig welchen gesellschaftlichen Klassen und Schichten sie sich zurechnen, kein Konsens herstellen ließe, müßten wir dann nicht die Glaubwürdigkeit und Richtigkeit unserer politischen Aktivitäten überprüfen?

Die Initiatoren des Komitees gegen den Golfkrieg haben uns zur Mitarbeit aufgerufen. Ich möchte ihnen für ihre bisherigen Aktivitäten danken. Hoffen wir, daß diese Initiative uns ermöglicht, einen Beitrag zur Beendigung dieses verhaßten Krieges zu leisten.

Fortsetzung von Seite 28

reiste der Vorsitzende des World Jewish Congress, Edgar Bronfman, 1985 in die Sowjetunion. Beim zweitenmal besuchte er auch Polen. An diese Reisen knüpften sich Gerüchte, daß ein internationaler Handel schon nahezu perfekt sei: Gorbatschow habe sein Einverständnis zur Ausreise von zunächst 15.000 Juden gegeben. Diese sollten aber nicht wie bisher über Wien und Rom reisen, wo viele schon vom Weg nach Israel ausscheren. Vielmehr sollten die Emigranten nach Warschau gebracht und von dort mit französischen Maschinen direkt nach Israel geflogen werden. Der Grund ist plausibel: „*Die Verlegung der Transitstelle von Wien nach Warschau würde alle jüdischen Emigranten zwingen, direkt nach Israel zu fliegen. Und da sie bei ihrer Ankunft auf dem Ben-Gurion-Flughafen nach dem Heimkehrgesetz automatisch israelische Staatsbürger würden, verlören sie den Anspruch auf den Status ‚politischer Flüchtlinge' und damit auf das Recht, sich in den USA niederzulassen und zu arbeiten, was Jerusalem seit langem anstrebt.*" (10)

In Verbindung mit dem angeblichen Auswanderungs-Deal gab es auch Gerüchte, daß eine Wiederaufnahme der 1967 von der UdSSR abgebrochenen diplomatischen Beziehungen bevorstehe. Ferner sei Israel bereit, einer internationalen Nahost-Konferenz unter Beteiligung der UdSSR zuzustimmen. Die Konjunktur dieser Gerüchte, die vor ein paar Monaten noch ziemlich heiß gehandelt wurden, hat sich mittlerweile deutlich abgekühlt. Sie hat sich auch durch die Freilassungs Schtscharanskis kaum neu belebt. Offizielle israelische und jüdische Stimmen warnen jetzt sogar ausdrücklich vor Hoffnungen, was mensch aber wiederum auch so interpretieren könnte, daß vielleicht doch eine Einigung nahe ist, die nicht durch Gerede gefährdet werden soll.

Tatsachen sprechen allerdings gegen diese Deutung. Tatsache ist, daß der Auswandererstrom aus der UdSSR seit dem Amtsantritt Reagans auf ein Rinnsal reduziert ist. Das könnte erstens heißen, daß mit der relativ großen Auswanderungswelle von 1971-81 (immerhin über 250.000 Menschen, also mehr als 10% der offiziell gezählten Juden) das Reservoir der Auswanderungswilligen tatsächlich stark zusammengetrocknet ist. Dies ist die sowjetische Version. Es könnte natürlich auch heißen, daß die Regierung der UdSSR absichtlich „den Hahn zugedreht" hat, um sich ein außenpolitisches Druckmittel zu verschaffen. Daß die Zahl der Emigranten im Jahre 1979 ihre Rekordhöhe erreichte, als mit SALT II das letzte amerikanisch-sowjetische Abkommen unterzeichnet wurde, und daß sie seit Reagans Amtsantritt steil in den Keller ging, braucht ja nicht bloßer Zufall zu sein. Im Fall der ersten Version sind sowieso alle Hoffnungen auf neue Menschenmassen für Israel aus der UdSSR vergeblich. Im Fall der zweiten Version wäre zu fragen, was der UdSSR politisch anzubieten ist. Gewiß ist es in Moskau mit Wohlgefallen registriert worden, daß Israels Präsident Chajm Herzog vor dem Parteitag der KP Israels als Gastredner auftrat und dort sowohl den „entscheidenden Beitrag der Roten Armee" zur Niederschlagung Nazi-Deutschlands wie auch die sowjetische Unterstützung und Waffenhilfe für den jungen jüdischen Staat 1947-48 würdigte. Auch haben sich manche zionistischen Repräsentanten in letzter Zeit betont moderat und differenziert zur Sowjetunion geäußert. Andere haben dafür die derbe Polemik — in der Sowjetunion herrsche „*Antisemitismus und eine an die Hitlerzeit erinnernde Medienkampagne gegen Juden*" (11) — fortgesetzt, und auch das hat man in der UdSSR gewiß vermerkt. Vollends wird die Information **„Israels Lobby forciert Reagans SDI-Projekt"**(12) die sowjetischen Machthaber nicht geneigter gegenüber israelischen und jüdischen Wünschen machen. Wahrscheinlich also, daß sich das Tauwetter in Grenzen halten wird.

Kt., Hamburg

Anmerkungen

(1) Spiegel, Nr.29/1978
(2) wie (1)
(3) Spiegel, Nr.8/1986
(4) Allgemeine Jüdische Wochenzeitung/ajw, 14.2.86
(5) Welt, 11.6.77 und Bild, 22.6.77
(6) Welt, 12.2.86
(7) Stern, 20.2.86
(8) Harry van den Bergh, Fraktionsvorsitzender der niederländischen Sozialdemokraten; lt. Welt, 14.5.80
(9) Angaben des sowj. Delegationsleiters auf der Konferenz über Menschenrechtsfragen in Ottawa, Mai 1985. zit. nach Welt, 20.5.85
(10) ajw, 14.2.86
(11) Stellungnahme des Exekutivrats des World Congress on Soviet Jewry, zit. nach FAZ, 19.11.85
(12) ajw, 7.3.86

Hauptquelle für die hier verwendeten Zahlen war die Encyclopedia Judaica, Jerusalem.



Offizielles Plakat der jüdischen Verbände New Yorks zum „Solidarity Sunday" 1978

Das garantierte 'Mindesteinkommen' — ein zutiefst konservatives Modell

Einige ‚postmoderne' Theoretiker aus dem ökosozialen und ökolibertären Lager der Grünen preisen das „Garantierte Mindesteinkommen" (GME) als grundlegende Alternative zur Lösung der Krise des Sozialstaats an.

Mit dem GME soll ein „*allgemeines Grundeinkommenssystem*" geschaffen werden, „*durch das die Gesellschaft die Garantie für die Befriedigung der Grundbedürfnisse aller Einwohner ungeachtet des durch Arbeit (oder Vermögen) erzielten Einkommens und ungeachtet der Familiensituation übernimmt*". Damit wäre das Diktat der Lohnarbeit ebenso beseitigt wie die ‚Neue Armut', es solle nicht mehr gelten, daß nur die essen, die auch arbeiten. Arbeit und Einkommen seien zu „entkoppeln" — und den „*arbeitszentrierten Sozialstaat*" brauche man dann auch nicht mehr (vgl. Opielka, 1985).

Die Ökolibertären preisen die Freiheit des Individuums an; mit dem GME stehe es jedem frei, die Ware Arbeitskraft zu verkaufen oder einer „*ganzheitlichen, der Natur zugewandten Lebensweise*" zu frönen. Die Ökonomie werde durch die ökologische Lebensweise verdrängt, propagiert wird ein Leben in kollektiven Strukturen mit hohem Selbstversorgungsgrad, Alternativprojekte und -betriebe seien durch das GME besser abgesichert als durch andere staatliche Zuschüsse.

Und mit dem GME „*würden längerfristige Entstaatlichungs-, Entkommerzialisierungs- und Entökonomisierungsprozesse eingeleitet*" (vgl. Gerhardt/Weber, 1985).

Zur Finanzierung des GME werden eine eher ‚links' aufgemachte Variante, die sog. Sozialdividende oder das „garantierte Bürgergehalt" (Opielka) und die ‚rechte' Variante, die negative Einkommenssteuer (Weber/Gerhardt, Schmidt) angepriesen (siehe Abbildungen).

Die Forderung nach einem GME ist unter den Grünen umstritten. Im noch gültigen Sindelfinger Wirtschaftsprogramm ist jedenfalls noch kein Hinweis auf diese Forderung enthalten.

GME — ein neokonservatives Konzept

GME — ein neokonservatives Konzept

Gegen das GME lassen sich eine ganze Reihe Einwände und Kritiken vorbringen, was nun der Reihe nach geschehen soll.

Auffallend ist zunächst, daß das GME in der derzeitigen Krise angepriesen wird. Massenarbeitslosigkeit und ‚Neue Armut' bilden den willkommenen Nährboden für das GME in zweifacher Hinsicht: Erstens wird in zynischer Weise auf diesem Boden die „systemsprengende" Forderung nach dem „Ausstieg aus dem Industriesystem", der „Befreiung von falscher Arbeit" usw. propagiert; zweitens soll der kapitalistische Sozialstaat zerstört und durch das GME ersetzt werden (1). Damit folgen die GME-Strategen nicht nur dem Krisenverlauf, sondern knüpfen auch ideologisch an gewisse ‚postmaterialistische' Vordenker wie den stock-konservativen Daniel Bell (USA) oder Biedenkopf, Dahrendorf (BRD) an. Denn die ‚Postmaterialisten' behaupten, daß dem Kapitalismus die Arbeit ausgehe — und den Ökolibertären ist das nur recht, um mittels des GME den „Ausstieg aus dem Industriesystem" zu begründen.

Nur geht dem Kapitalismus beileibe nicht die Arbeit aus; die Gesamtzahl der Arbeitsplätze ist in der BRD seit Jahren mit etwa 22 Millionen relativ konstant. Und historisch gesehen war es in der Geschichte des Kapitalismus, übrigens auch nach 1945, eher die Regel, daß eine industrielle Reservearmee vorhanden war.

Das zweite ‚postmaterialistische' Argument betrifft den sogenannten Werte- oder Bewußtseinswandel, der mit dem Schlagwort „Freizeitgesellschaft" umrissen wird. Auch hier sprechen die Tatsachen dagegen, denn die Masse der Bevölkerung in der BRD ist sehr ‚materialistisch' auf das herrschende Konsum-Modell orientiert.

GME versus Sozialstaat

Die angebotene „Entkoppelung von Arbeit und Einkommen" — der Werbeslogan der GME-Ideologen — ist im Kapitalismus heutiger Prägung ohnehin schon mehr oder weniger vorhanden. Seit den Bismarck'schen Sozialgesetzen (Einführung der Renten- und Krankenversicherungen) gibt es eine Reihe von staatlichen „Mindesteinkommen", um all die Menschen, die aus der Lohnarbeit herausfallen, minimal materiell abzusichern.

Diese ‚Sozialeinkommen' wurden größtenteils von der Arbeiterbewegung erkämpft und auch von ihnen in Form von „Lohnnebenkosten" (Steuer- und Sozialabgaben) bezahlt.

Sozialhilfe und Krankenversicherung werden dabei relativ unabhängig von der individuellen Lohnhöhe gewährleistet, während etwa Arbeitslosengeld und -hilfe und Renten sich nach der vorherigen Einkommenshöhe richten.

Es ist bemerkenswert, daß die „Sozialeinkommen" seit etwa Mitte der siebziger Jahre ganz gehörig „entkoppelt" worden sind:
— Das BaFöG für Studenten wurde als Mindesteinkommen völlig abgeschafft, denn es wird nur noch als Darlehen gewährt.
— Die Fristen für und die Höhe von Arbeitslosengeld und -hilfe wurden in den letzten Jahren drastisch gesenkt.
— Die Rententransfers wurden ebenfalls von den zuvor einbezahlten Einkommensbeiträgen „entkoppelt", was eine erhebliche Senkung der Rentenbeiträge zur Folge hatte.

Kurz: der Sozialstaat wurde demontiert, massiver Sozialabbau betrieben. **In diesem Bereich steht also nicht die Entkoppelung, sondern die Ankoppelung von Arbeit und Einkommen an, aber darum geht es den GME-Ideologen gerade nicht!**

Die modische „Entkoppelungs"-These ist auch prinzipiell ein Humbug, denn in den letzten zehn Jahren waren rund ein Drittel aller westdeutschen Lohnabhängigen — 12,5 Millionen — mindestens einmal arbeitslos — also von Arbeit und Einkommen „entkoppelt". Und außerdem wird die Arbeit in jedem Gesellschaftssystem eine Naturnotwendigkeit bleiben und ist gar nicht zu trennen von den Grundbedürfnissen (Nahrung, Wohnung, Kleidung) und kulturellen Bedürfnissen der Menschen.

trennen von den Grundbedürfnissen (Nahrung, Wohnung, Kleidung) und kulturellen Bedürfnissen der Menschen.

Ein „Entkoppeln" ist verteilungspolitisch nur dann machbar, wenn entweder die Arbeiter mit Superlöhnen bezahlt werden — oder aber, was die Realität ist, wenn sie über die „Lohnnebenkosten" stärker zur Kasse gebeten werden.

Denn die Schwäche des GME-Modells besteht auch darin, daß es die Sozialversicherungen entweder vernachlässigt oder sie ganz abschaffen und durch direkte/indirekte Steuern ersetzen will. Und damit läuft es den Dahrendorfs, Biedenkopfs und Bangemännern schnurstracks in die Arme.

Immanent gedacht wäre also zur Finanzierung der Ausbau des von den Grünen so verhaßten „Wachstumsmodells" erforderlich, damit es sich auch außerhalb dessen einigermaßen komfortabel leben ließe. Doch da beißt sich die Katze selbst in den Schwanz.

GME versus Gewerkschaften

Ebenso immanent weitergedacht, widerspricht das GME-Modell beispielsweise auch den gewerkschaftlichen Forderungen nach dem Recht auf Arbeit. Dem wird von einigen Grünen das „Recht auf Einkommen" entgegengesetzt. Sie müßten sich demzufolge auch explizit gegen die Verkürzung der Arbeitszeit aussprechen, denn das würde ja die aus dem „Industriesystem" Herauskatapultierten wieder in die Lohnsklaverei hineinzwingen — wo doch der „Ausstieg..." angesagt ist.

Die Ökolibertären machen im übrigen auch gar keinen Hehl daraus, daß sich ihr Konzept des GME gegen die „traditionellen" Gewerkschaften richtet, nachdem sie den „Abschied vom Proletariat" schon längst vollzogen haben.

Nur so ist es beispielsweise auch zu erklären, warum die GME-Ideologen nicht von einer ausreichenden Sicherung der Lebensbedingungen ausgehen, sondern sich mit einem garantierten Mindesteinkommen bescheiden. Von grünen wie konservativen Protagonisten werden Mindesteinkommen für alle in der Höhe von 800,- bzw. 1000,- DM zugrundegelegt.

Wäre es da nicht konsequenter, ein Mindesteinkommen in Höhe eines Facharbeiterlohnes, also 2500,- DM, zu fordern, um das „Industriesystem" aus den Angeln zu heben?...

Aber nein doch, ganz dogmatisch wird auf der Schiene der Konservativen gefahren — und die Folgen dieses „Mindesteinkommens" wären verheerend:
— Zum einen für die, die aus dem Lohnsystem „aussteigen" wollen, denn erst jüngst kam das Studentenwerk in einer Untersuchung über die materielle Lage der Studenten zu dem Ergebnis, daß diese etwa 970,- DM benötigen würden — zur Sicherung des Existenzminimums, versteht sich.
— Zum anderen für die, die in der sogenannten Alternativwirtschaft arbeiten. Die dort zum überwiegenden Teil ohnehin niedrigen Löhne würden fortgeschrieben. Eine nicht gerade rosige Perspektive für diesen Sektor, der doch von den GME-Ideologen zur tollen Alternative des derzeit herrschenden „Wachstumsmodells" hochstilisiert wird.

— Gesamtgesellschaftlich würden sich die Lohnabhängigen brutal herunterkonkurrieren, denn wenn der Lebensunterhalt bereits durch 800,- oder 1000,- DM teilweise bestritten werden kann, brechen die unteren Einkommensgrenzen vollständig weg. Ein in dieser Höhe angesetztes „Mindesteinkommen" würde die Meßlatte für die Kapitalisten drastisch nach unten rutschen lassen — das Lohnniveau würde erheblich sinken. Denn dann würde der Wert der Ware Arbeitskraft, also die Lohnhöhe, nicht mehr nach den durchschnittlichen gesellschaftlichen Reproduktionskosten bemessen, sondern nach diesen Reproduktionskosten minus Mindesteinkommen.

Das ist auch der Grund, warum die GME-Ideologen im grünen Lager nicht nur Kritik, sondern auch viel Beifall von konservativer Seite erhalten.

Hinter der Forderung nach einem GME verbirgt sich also eine stockreaktionäre Utopie, die dem Sindelfinger Programm der Grünen direkt widerspricht. Denn dort heißt es noch: „*Langfristig müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß alle, die dazu gesundheitlich in der Lage*

ger Programm der Grünen direkt widerspricht. Denn dort heißt es noch: „Langfristig müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß alle, die dazu gesundheitlich in der Lage

sind, auf Basis eigener Arbeit ein eigenes, zur menschenwürdigen Lebensgestaltung ausreichendes (!) Einkommen erhalten. Dazu sind entsprechende Mindestlöhne festzulegen. Auch eine Annäherung an dieses Ziel wird die Notwendigkeit von Sozialeinkommen jedoch nie aufheben...".

Alternativen

Gegen die „Befreier von falscher Arbeit" hätten sich fortschrittliche Forderungen u.a. daran zu orientieren,
— Mindestlöhne, also die Aufhebung der Leichtlohngruppen usw. zu fordern und kapitalistische Flexibilisierungsstrategien abzulehnen;
— eine Reform der Renten-, Arbeitslosenversicherung und der Sozialhilfe zu fordern mit dem Ziel, einen tatsächlich ausreichenden Lebensunterhalt zu sichern, wobei zur Finanzierung die Einkommen der Kapitalisten stärker herangezogen werden müßten.

Es bleibt abzuwarten, inwieweit die GME-Ideologen mit ihren Forderungen innerhalb der Grünen bereits Einfluß gewonnen haben. Die anstehenden Wahlprogramm-Debatten bei den Grünen werden es zeigen.

D., Westberlin

Literatur:

— Die Grünen, „Sindelfinger Programm", Januar 1983
— Gerhard/Weber in: Thomas Schmidt (Hrsg.), „Befreiung von falscher Arbeit — Thesen zum garantierten Mindesteinkommen", Westberlin, 1984
— M. Opielka, „Jenseits von Armut und Kapitalismus", in: „Widersprüche", Heft 14, Februar 1985

Anmerkung:

1. Während die Ökolibertären ganz offen die Beseitigung des Sozialstaats propagieren, drückt sich der ‚linke' Vertreter M. Opielka vornehmer aus: „*Ein solches Grundeinkommen wäre ein revolutionärer Schritt. Mit ihm würde der Sozialstaat weder zerstört noch nur gerettet — er würde aufgehoben.*" (in: „Widersprüche", 14/1985)

SPD — Nicaragua

Contras der Solidarität

Einige Wochen nachdem die CDU ihr Tribunal gegen Nicaragua durchgeführt hat, tagt schon wieder ein hohes Gericht über das mittelamerikanische Land. Die Richter und Staatsanwälte dieses Mal: Sozialdemokraten, führende Mitglieder einer Partei, die zweifellos das politische und moralische Recht durch ihr Wirken im eigenen Lande erworben hat, zu Gericht über die Methoden politischer Herrschaft in einem Land der „3.Welt" zu sitzen.

„Klose beklagt Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua" „Linker Sozialdemokrat kritisiert massiv Sandinisten" und: „Wischnewski zweifelt jetzt an der sandinistischen Demokratie" — so formulierte die Presse den sozialdemokratischen Urteilsspruch, und allenthalben freuten sich die Kommentatoren über die zwar späte, aber deswegen auch umso wertvollere Einsicht jener, die in dem Verdacht standen, Sympathisanten der nicaraguanischen Revolution zu sein.

Untadelig in allen Fragen, die Freedom & Democracy betreffen, sind sie, die Herren Klose und Wischnewski und — mit Verlaub — der Genosse Kriele. Von Klose beispielsweise ist doch bekannt, wie er Sturm gelaufen ist gegen den tödlichen Wasserwerfereinsatz auf einer Anti-Nazi-Demonstration in Frankfurt. Hat er nicht damals spektakulär seinen Austritt aus einer Partei erklärt, die im Parlament den Tod von Günter Sare als Ergebnis eines „behutsamen und zielgerechten" Polizeieinsatzes bezeichnet hatte? Wie oft hat er nicht in

Parlament den Tod von Günter Sare als Ergebnis eines „behutsamen und zielgerechten" Polizeieinsatzes bezeichnet hatte? Wie oft hat er nicht in

der Stadt, in der er einmal Bürgermeister war, den Terror von Zivil- und MEK-Bullen gegen Demonstranten gegeißelt, schonungslos nach Aufklärung von Mißhandlungen auf sozialdemokratisch befehligten Polizeiwachen verlangt, — ja, sah man ihn damals nicht wochenlang im Büßergewand durch Hamburgs Straßen um Ablaß bittend pilgern, als bekannt geworden war, daß in seiner Amtszeit (und bis heute andauernd) die Hamburger Sicherheitsbehörden Daten und Infos über die linke Opposition, über Friedensgruppen und kritische Gewerkschafter an die CIA und an NATO-Stellen weiterleiteten? Und Wischnewski, der „Held von Mogadishu", — wer erinnert sich nicht an seinen unermüdlichen Kampf für die Menschenrechte der Gefangenen in Stammheim und in den Hochsicherheitstrakten? — Keine Frage, wenn Sozialdemokraten über die „Behandlung der Opposition", über „Sicherheitsgefängnisse", über „politische Gefangene" und über „Demokratie" in Nicaragua ihr anklagendes Wort erheben, dann brauchen **sie** sich am allerwenigsten von Goethe vorhalten zu lassen: „Warum in die Ferne schweifen...?"

Hans Ulrich Pastora besichtigt eine Revolution

Ende November letzten Jahres reisten Klose und der persönliche Referent von Willy Brandt, Klaus Henning Rosen, nach Nicaragua. Ihr Auftrag: Untersuchung der Menschenrechte. Ihre Auftraggeberin: die „Arbeitsgruppe Menschenrechte" der SPD-Bundestagsfraktion.

Schon der Gegenstand ihrer anmaßenden „Untersuchung" richtet die Richter: Denn die AG-Mitglieder zeigen nicht das geringste Interesse für den Überlebenskampf des nicaraguanischen Volkes; das Recht zu leben, das bislang 2.817 Nicaraguanern von der US-Regierung aberkannt worden ist, existiert nicht in ihrem Menschenrechtskatalog. Sie, die Kämpfer für die Rechte der Menschen, lassen die Fragen kalt, ob die Familien auf dem Land genug zu essen haben, ob sie in menschenwürdigen Behausungen leben, welche Qualität ihr Trinkwasser hat, ob die Kinder eine Chance haben, im Krankheitsfall zu überleben, ob sie lesen und schreiben lernen.

Wie belanglos, geradezu vulgär mag doch für unsere Menschenrechtstouristen das Schicksal eines Kooperativenbauern sein, der 10 Stunden am Tag mit der Knarre auf dem Rücken auf dem Feld arbeitet, ständig die Angst im Nacken, von Contra-Banden angegriffen zu werden; der nach „Feierabend" sein privates Stück Land bestellt und nachts noch seine Familie vor Contra-Überfällen schützen muß. Da ist es doch viel spannender , sich von den politischen Vertretern der nicaraguanischen Bourgeoisie erzählen zu lassen, wie die Sicherheitskräfte ihre Arbeit gegen die Revolution behindern.

Je mehr Menschen in der „3. Welt" krepieren, desto wichtiger ist die Pressefreiheit — diese Quintessenz des imperialistischen Menschenrechtsbegriffs war auch für Kloses Untersuchung der „Menschenrechtsverletzungen" in Nicaragua erkenntnisleitend. Und das kam dabei heraus:

Was Hans Ulrich Klose kritisiert

1. Das CDS-System (CDS = Comites de Defensa Sandinista, Basisorganisationen, die Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung wahrnehmen, auch für den Gesundheitsschutz, für die Alphabetisierung, Häuserbau und für die Sicherheit zuständig sind)
„Die Gefahr ist allerdings nicht zu leugnen, daß ein solches System der menschlichen Schwäche zum Schnüffeln, vielleicht auch zur Denunziation um der Erlangung persönlicher Vorteile willen entgegenkommt."
2. Volksgerichte (Tribunales populares antisomozistas)
„Das Gerichtssystem erfährt in Gestalt der Tribunales populares antisomozistas eine Entwertung des rechtsstaatlichen Gedankens und bietet über die von der CDS

Gestalt der Tribunales populares antisomozistas eine Entwertung des rechtsstaatlichen Gedankens und bietet über die von der CDS

vorgeschlagenen Laienrichter starke Möglichkeiten der politischen Beeinflussung."
3. Sicherheitsgefängnisse
„Aus den Sicherheitsgefängnissen wird — zum Teil detailliert — von Menschenrechtsverletzungen bis hin zu Folterungen berichtet. Angesichts der uns von verschiedenen Seiten gegebenen Informationen, die nicht unglaubwürdig sind, und der Unmöglichkeit, einen eigenen Eindruck zu gewinnen, sind wir nicht in der Lage, diese Berichte als falsch abzutun."
4. Behandlung der Opposition
„Aus der Kriegssituation mag die Neigung verständlich sein, Oppositionelle als Unterstützer der Contra zu betrachten. Sympathie wurde uns jedoch — dort allerdings in aller Offenheit — von Bischof Vega bekundet. Vor diesem Hintergrund macht es Mühe, die uns detailliert beschriebenen, offiziell nicht bestrittenen, sondern sogar bestätigten Aktionen gegen Gewerkschafter oder Parteifunktionäre zu verstehen, die regelmäßig auf so schwer faßbare Tatbestände wie 'Subversion' gegründet sind. Sie vollziehen sich in Formen, die mit rechtsstaatlichen Vorstellungen nicht konform sind und die ganz offensichtlich allein dem Ziel dienen, die Opposition einzuschüchtern."
5. Politische Gefangene
„Nach unseren Schätzungen beläuft sich die Zahl der Gefangenen auf ca. 10.000, das ist gemessen an der Bevölkerungszahl von etwa 3,5 Millionen viel. Von den 10.000 sind ca. 5.000 'normale' Gefangene; etwa 2.300 sind ehemalige Somoza-Gardisten; der Rest sind politische Gefangene." (alle Zitate aus der „FR-Dokumentation" vom 22.2.1986)

Das ist alles, was die AG Menschenrechte zusammengetragen hat. Man liest den eine volle Seite in der „FR-Dokumentation" umfassenden Bericht zweimal, dreimal — es findet sich buchstäblich nichts weiter als die wiedergegebenen Vorwürfe gegen die sandinistische Regierung. Die restlichen zwei Drittel des Berichts bestehen aus „Bewertungen" und „Folgerungen für die SPD", die auf der Basis der unter 1-5 recherchierten „Fakten" vorgenommen werden.

Methodisch arbeitet da selbst Contra-Kriele in seinem Buch „Nicaragua — das blutende Herz Amerikas" anspruchsvoller, weil er sich wenigstens die Mühe macht, Fakten zu verdrehen und Zahlen zu fälschen, bevor er Schlußfolgerungen aus den zusammengelogenen Materialien zieht.

Klose ist da viel unangreifbarer. Er wagt sich erst gar nicht auf das sumpfige Gebiet der Fakten; sie könnten allzu dürftig für eine Generalanklage ausfallen. Er beklagt „Aktionen" gegen Gewerkschafter und Parteifunktionäre, ohne auszuführen, um welche Art von Aktionen es sich handelt. Verhaftungen? Gefängnis? Nächtliche Razzien mit MEK-ähnlichen Einheiten? Verbannung? Verschwindenlassen? Klose läßt das absichtsvoll offen. Statt die Aktionen konkret zu beschreiben, hantiert er mit suggestiven Begriffen: „schwer faßbar", „regelmäßig", „ganz offensichtlich"... Er zitiert als Zeugen für seine Anschuldigungen „verschiedene Seiten, die nicht unglaubwürdig sind." Auch das ist ganz offensichtlich wieder schwer faßbar. Der Leser muß einfach g l a u b e n, daß Klose so glaubwürdig ist, nur das glaubwürdig zu nennen, was nicht unglaubwürdig ist.

Glaubwürdigkeit und Autorität gewinnt Kloses Anklage gegen die sandinistische Regierung nicht durch das sorgfältig recherchierte Material, das er der Öffentlichkeit unterbreiten würde — damit kann er überhaupt gar nicht dienen — sondern allein durch die Tatsache, daß er als Sympathisant der Revolution in Nicaragua galt. Mit diesem Eden-Pastora-Effekt überspielt er souverän die Dürftigkeit seiner sachlichen Aussagen.

Einerseits, vor allem aber andererseits

Einerseits, vor allem aber andererseits

Am 2. November 1984, einen Tag vor den Wahlen in Nicaragua, veröffentlichte das Präsidium der SPD eine Erklärung („Solidarität mit Nicaragua"), in der es hieß: *„Die fortdauernde militärische Aggression von außen, die drohende Lähmung der Wirtschaft durch Boykott und Sabotage im Innern und durch die zunehmende Verweigerung internationaler Hilfe sollen die sandinistische Regierung immer stärker unter Druck setzen. Offensichtlich soll das Land von außen durch Druck, Drohung und Aggression politisch, militärisch und ökonomisch niedergemacht werden,"* Und: *„Die US-amerikanische Politik trägt die entscheidende Verantwortung für die derzeitige mittelamerikanische Krise."*

Wenn auch die SPD-Führung schon damals ihre „Solidarität" mit Nicaragua an erpresserische Bedingungen knüpfte, so war doch zumindest diese Aussage eindeutig: Die US-Regierung will Nicaragua niedermachen. Ein Jahr später beurteilen Klose/Rosen die Sache völlig anders. *„Die Sandinisten argumentieren"*, so beginnen sie eine unglaubliche Pro- und Contra-Diskussion, *„die USA und die von ihnen finanzierten Contras wollten sie daran hindern, die Revolution im Interesse des Volkes zu verwirklichen. Die USA argumentieren, weil es die Contras gebe, könnten sie die Entwicklung zum Schlimmeren verhindern und sogar rückgängig machen."*

So sieht sie aus, die neue sozialdemokratische Objektivität. Opfer und Täter marschieren zum Zweck der Wahrheitsfindung — hier geht alles ganz rechtsstaatlich zu — in den aufgebauten Zeugenstand und — siehe da — beide verfügen über Argumente: Der Mörder, warum er seinem Opfer an die Gurgel will; das Opfer, warum es dies nicht so einfach mit sich geschehen lassen möchte. Die Richter wiegen bedächtig ihre unvoreingenommenen Häupter — und kapitulieren vor der Komplexität des Tatbestands: *„Die Schwierigkeit liegt darin, daß es kaum gelingen wird, die 'Wahrheit' herauszufinden."*

Die Wahrheit von Ende 1984 — Nicaragua soll niedergemacht werden — hat sich binnen eines Jahres in ein entschiedenes Nichts-Genaues-Weiß-Man-Nicht aufgelöst. Was hat sich verändert während dieser 12 Monate? Haben die USA den Contras den Geldhahn abgedreht? Ihre Wirtschafts- und Handelsblockade aufgehoben? Ihre Militärmanöver vor den Küsten Nicaraguas gestoppt? Ihre Infrastruktur in Honduras für eine Intervention demontiert?

Klose weiß natürlich, daß die Reagan-Administration all das nicht getan hat und niemals tun wird. Für ihn ist die Fragestellung: Will der US-Imperialismus die sandinistische Regierung stürzen? gar nicht mehr entscheidend. Viel wichtiger erscheint ihm die Frage, ob denn „die Deutung der nicaraguanischen Realität" durch den Aggressor plausibel ist oder nicht. Anders gefragt: Sind die Begründungen und

dend. Viel wichtiger erscheint ihm die Frage, ob denn „die Deutung der nicaraguanischen Realität" durch den Aggressor plausibel ist oder nicht. Anders gefragt: Sind die Begründungen und

Rechtfertigungen US-amerikanischer Interventionspolitik stichhaltig oder nicht? Ist das mittelamerikanische Land bereits ein marxistisch-leninistischer Satellit Moskaus (oder befindet es sich lediglich auf dem Weg dorthin)?

Und diese Frage, die voll und ganz den ideologischen Begründungszusammenhang imperialistischer Kriegspolitik akzeptiert, ausdrücklich bestätigt und ihn zum Leitfaden der eigenen Untersuchung macht, diskutiert der „linke" Sozialdemokrat ganz unbefangen, objektiv und mit größter Fairneß:
Einerseits, doziert Klose, *„könnten für die Deutung der US-Administration folgende Argumente ins Feld geführt werden"* (ins Schlachtfeld, Herr Klose. Ins Schlachtfeld!): Es folgen die bekannten Vorwürfe (s. Kasten)
Andererseits *„lassen sich auch vielfältige Argumente gegen die amerikanische Deutung anführen"*:
— die Wahlen im November 1984
— *„Parteien, Gewerkschaften, Kirchen ... können — ungeachtet der erwähnten Schikanen arbeiten"*
— *„Trotz der Kriegssituation wird mit einer ungewöhnlichen Intensität die Diskussion über die neue Verfassung geführt"*.

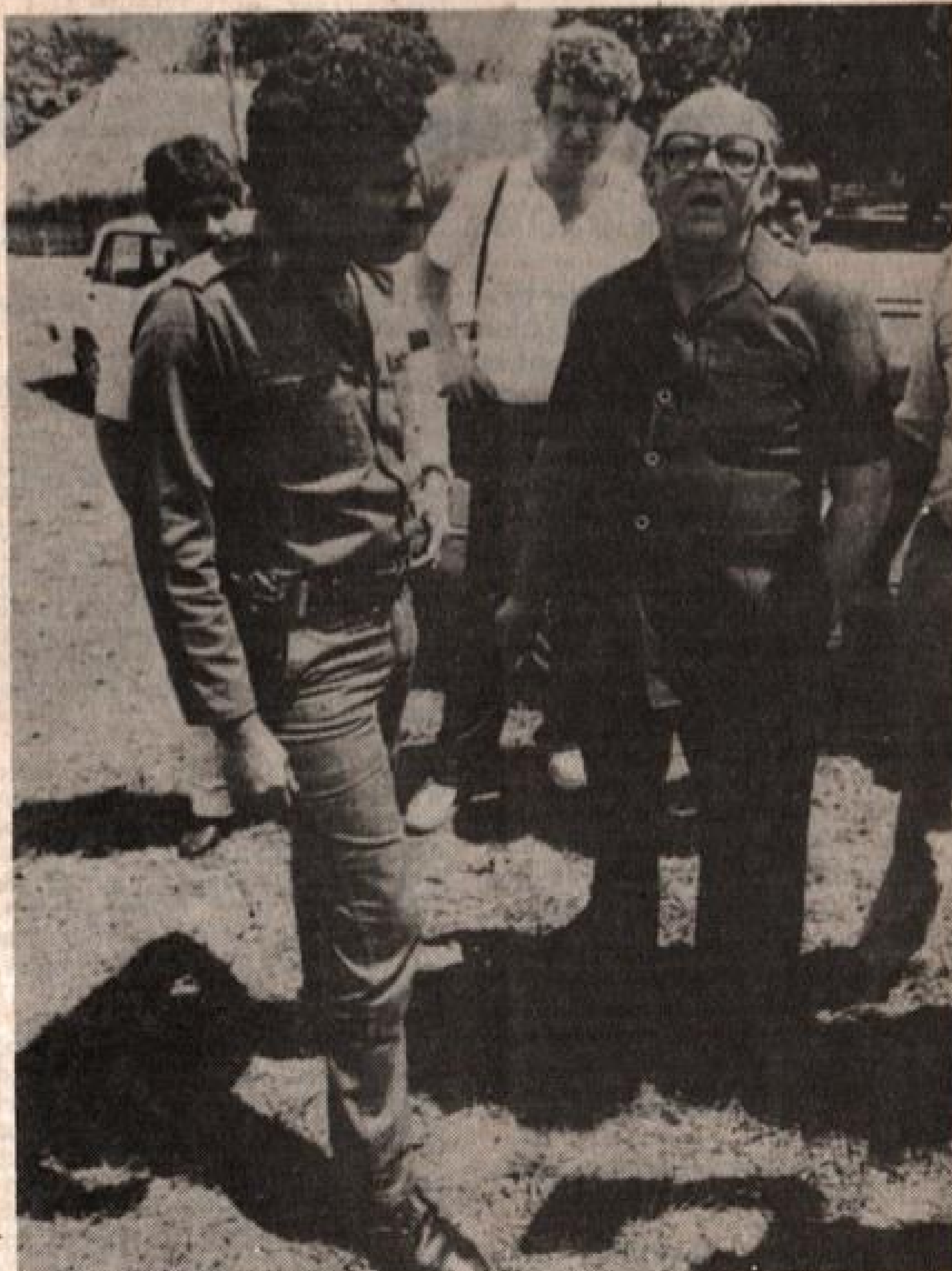
Einerseits gibt es „totalitäre" Tendenzen, **andererseits** eine Verfassungsdiskussion. **Einerseits** lassen sich die Schwierigkeiten Nicaraguas zu einem Teil aus der Kriegssituation erklären, **andererseits** nur zu einem Teil. **Einerseits** gibt es „Versuche, ein Einheitssystem zu organisieren", **andererseits** nicht so wie in „anderen totalitären Ländern des Ostens". **Einerseits** beschreiten die Sandinisten keinen „orthodox-kommunistischen Weg", **andererseits** noch nicht. Klose berauscht sich regelrecht an seiner fanatischen Ausgewogenheit, hingerissen von seiner leidenschaftlichen Objektivität schwankt er lustvoll zwischen Pro und Contra(s), bis er zu bemerken scheint, wie weit er ideologisch schon ins Lager der letzteren getaumelt ist. Halt, ruft er, *„es muß ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß keines der Argumente die amerikanische Interventionspolitik rechtfertigt."* Nein, **mit Gewalt** wollen wir Sozialdemokraten die Sandinisten nicht auf den rechten Weg zwingen! Dieses peinliche Dementi zeigt, wie verteufelt nahe er jenen gekommen ist, die Nicaragua niedermachen wollen. „Um nicht mißverstanden zu werden, muß er ausdrücklich darauf hinweisen, daß er zwar — zum Teil — die Diagnose der Reagan-Administration teilt, nicht aber die Therapie, die Reagan dem nicaraguanischen Volk verordnet hat. **So tief kann man sinken, wenn man der fixen Idee verfällt, man könne sich in dem Krieg gegen Nicaragua irgendwo zwischen, neben oder über den Fronten herumtreiben.**

Ein objektiver Kronzeuge

Ein objektiver Kronzeuge

Klose stellt in seinem Bericht vorausschauend fest, daß er wohl „von beiden Seiten" gescholten werde. Die einen (die Nicaragua verteufeln) werden, so denkt Klose, ihn schelten, weil er in seiner Kritik an den Sandinisten nicht weit genug gegangen sei, während die anderen (die die Revolution „idealisieren") ihm ihr „Wer hat uns verraten ..." entgegenschleudern werden. Dies ist die Situation, in der sich ein Sozialdemokrat richtig wohl zu fühlen beginnt. Linke und Rechte schlagen auf ihn, den Mann der Mitte, ein, und mit jedem Schlag, den er einstecken muß, erstrahlt seine Objektivität und Wahrheitsliebe um so heller. Nur die Feinde der Wahrheit, „die Ideologen" und „Verblendeten" können überhaupt ihr Wort gegen seinen Bericht erheben. **Der Menschenrechtsuntersucher, der mit dem kritischsten aller möglichen Blicke ein Land begutachtet, macht sich so auf eine ganz hinterhältige Weise immun gegen jede Kritik.** Der Witz dabei ist nur, daß die mit dem „Feindbild Nicaragua" nicht im Traum daran gedacht haben, den Herrn Klose anzugreifen. Im Gegenteil. Wohlwollen und Beifall waren ihm allenthalben gewiß. *„Die Wahrheit bricht sich Bahn"*, frohlockt die „FAZ"(13.2.) — und zitiert Klose. *„Sandinisten verlieren an Sympathie"*, konstatiert die „Süddeutsche Zeitung" — und verweist auf die AG Menschenrechte der SPD-Bundestagsfraktion.

Selbstverständlich hat Klose gewußt, daß die bürgerliche Presse ganz unausgewogen ihren „ausgewogenen" Nicaragua-Report verbreiten und Klose als das benutzen würde, was er ist: **als Kronzeugen für eine von der CDU im Herbst letzten Jahres intensivierte Diffamierungskampagne gegen Nicaragua**. Klose ist kein Anfänger im politischen Geschäft und im Umgang mit der Presse schon gar nicht. Wenn er, der gerne betont, er sei ein **linker** Sozialdemokrat, plötzlich massiv Kritik an den Sandinisten anbringt und sich *„tief enttäuscht"* zeigt, dann wußte er, daß eben diese Botschaft und nichts anderes die Schlagzeilen beherrschen würde. Warum also diese mit öffentlichen Paukenschlägen eingeleitete sozialdemokratische „Frontbegradigung in Sachen Nicaragua" („Spiegel")?



Wischnewski atemlos in der Höhle der roten Sandinisten

Fortsetzung nächste Seite

El Salvador:

'Demokratisierung?' — Nicht bemerkt!

Interview mit einer Delegation Stuttgarter Solidaritätskomitees

Im November und Dezember letzten Jahres bereiste eine Delegation Stuttgarter Solidaritätskomitees Mittelamerika. Der Schwerpunkt ihres Aufenthaltes war El Salvador. In Honduras besuchten sie salvadorianische Flüchtlingslager, in San Salvador konnten Gespräche mit einer Reihe oppositioneller Organisationen geführt werden. Wir fragten die Gruppe nach ihren Eindrücken zu der in den Städten neu entstandenen Massenbewegung sowie dem ,,Demokratisierungsprozeß'', den die CDU seit Jahren, die SPD neuerdings, für El Salvador behauptet. In dem Interview wird Stellung genommen zu der Politik und den Möglichkeiten der Befreiungsbewegung FMLN und den Schwierigkeiten der El Salvador-Solidarität. Das Fazit der Gruppe nach ihrer Reise: ,,Ein Stück weit können wir die Skepsis gegenüber der salavadoreanischen Revolution nicht verstehen.''

AK: Welche Ziele verbandet ihr mit eurer Reise?

Ulf: Der konkrete Anlaß war die Aufforderung der salvadoreanischen Flüchtlinge, die Lager in Honduras zu besuchen (1). Zum anderen ist auf dem Romero-Kongreß vom letzten Frühjahr in Köln ein Aufruf verabschiedet worden, Delegationen nach El Salvador zu schicken. Und zwar, um den dort legal arbeitenden Organisationen internationalen Rückhalt zu verschaffen, um die Informationslage mit authentischen Erfahrungen zu verbessern und 3. auch der Solidaritätsarbeit stärkere Motivation zu geben. Inzwischen ist eine Christendelegation gefahren, die hauptsächlich Basisgemeinden besucht hat. Es gab eine Uni-Delegation, an der Hochschulprofs teilgenommen haben. Dann gab es uns und demnächst wird es eine Gewerkschaftsdelegation geben.

Barbara: Das Ganze fällt ja auch zusammen mit der Diskussion um El Salvador, z.B. über die befreiten Gebiete, wo es Enttäuschungen bei einigen Leuten in der Solidaritätsbewegung gibt. Und natürlich die Artikel zu El Salvador aus dem Ila-Info ,,No Future in El Salvador'' von Paul Haru und der von Heidi und Roger aus dem IZ3W über Krieg und Dialog. (2) Man konnte einfach die Situation nicht mehr richtig einschätzen, es stand die Frage, wie sieht es nun eigentlich aus?

Zu welchen Organisationen konntet ihr Kontakt aufnehmen?

Barbara: Wir waren bei COMADRES, das ist das Mütterkomitee der Verschwundenen und politischen Gefangenen; wir waren bei der unabhängigen Menschenrechtskommission und im Männergefängnis Mariona und dem Frauengefängnis Ilopango. Dann haben wir eine christliche Gemeinde in der Nähe der Hauptstadt besucht, wir waren in einem Lager interner Flüchtlinge in Usulutan, und schließlich im Menschenrechtsbüro der Erzdiözese und an der Uni.

In den letzten Jahren hat es einen Wechsel in der Strategie der Aufstandsbekämpfung gegeben. Ein Bestandteil dieser Strategie ist eine gewisse politische Öffnung, die hier oft als ,,Demokratisierung'' bezeichnet wird. Wie schlägt sich diese Entwicklung in der Arbeit der Organisationen nieder, mit denen ihr gesprochen habt?

Barbara: Das Mütterkomitee z.B. sagt, sie haben zwar das Büro, aber sie sind ständiger Repression ausgesetzt. Zwei Wochen bevor wir kamen hat es eine Militär-Razzia gegeben. Die haben das ganze Büro verwüstet. In das Menschenrechtsbüro haben sie vor kurzem eine Leiche reingelegt. Bisher sind vier Mitarbeiter des Büros ermordet worden. Die Arbeit wird mit allen möglichen Mitteln behindert. Z.B. sagte eine Frau aus dem Mütterkomitee, ihr Sohn sei verhaftet und dann zwangsrekrutiert worden. Klar, um sie damit unter Druck zu setzen.

Ulf: Es ist schon ein kleiner Spielraum entstanden, in dem ein paar Organisationen wieder zugelassen sind, wie z.B. an der Uni. Auch das Menschenrechtskomitee konnte eine zeitlang nur im Exil, in Mexiko arbeiten und ist jetzt wieder im Land. Das Mütterkomitee war immer da. Einzelne Gewerkschaften haben wieder Büros. Aber wenn es diesen Spielraum gibt, dann nicht deshalb, weil er gegeben worden wäre, sondern weil er sich genommen wird. Weil die Leute sehr mutig sind. Das hat mich am stärksten beeindruckt, denn die hängen ständig mit einem Fuß im Grab. Sie haben nichts, womit sie sich verteidigen könnten, außer dem bißchen Öffentlichkeit in El Salvador und in der Welt.

Nach der großen Repression 80/81, durch die die politischen Massenorganisationen zerschlagen worden sind, ist es offenbar gelungen, sozialen und politischen Protest auch in den Städten neu zum Ausdruck zu bringen. Welche Eindrücke konntet ihr von dem Wiederaufschwung der Massenbewegung gewinnen?

Ulf: Du kannst es optisch feststellen und in Gesprächen. Jeden Tag ist eine Kundgebung und eine Veranstaltung und fast immer auch im Zusammenhang mit der Forderung nach Dialog zwischen FMLN und Regierung. Wir sind an dem Tag angekommen, an dem gerade der letzte Streik abgebrochen worden ist, bei ANTEL, der staatlichen Telekommunikation und bei der Post. Es gab eine große Streikwelle im Oktober und November, zeitweise haben bis zu 140.000 Leute gestreikt. Permanent im Streik waren ungefähr 40.000. Es gab die Demo am 1. Mai mit 40.000, eine Bauerndemonstration und mehrere Kongresse. Die Streiks finden vor allem in den Sektoren statt, die vorher Duarte gewählt haben. Die meisten Streiks im letzten Jahr und auch '84 waren im öffentlichen Bereich, und da, wo hauptsächlich christdemokratische Gewerkschaften sind.

Das politisch Weitestgehende bei den aktuellen Kämpfen in Salvador ist, daß sie mit der Forderung nach Dialog verbunden sind. Es sind keine so politisch ausgereiften Forderungen, wie 1980 noch bei den großen Massenbewegungen, die z.B. vom Bloque Popular angeführt worden sind.

Gibt es Verbindungen zwischen der Bewegung in den Städten aus dem hauptsächlich militärischen Kampf auf dem Land und damit zur FMLN?

Barbara: Tja, die Leute passen halt auf. Sagen tun sie das nicht so. Mit Ausnahme der Gefangenen in Mariona, die haben uns klar gesagt, die Frente ist ihre Avantgarde und ihr Schutz. Aber in der Öffentlichkeit ist so etwas schwierig zu sagen. Die FMLN sagt selber, daß sie diese Kämpfe nicht initiiert hat, aber daß sie dort mitarbeitet. Das steht auch im Zusammenhang mit der Stadtguerilla, die stärker wird.

Ulf: Es ist sichtbar, daß die Bewegungen aufeinanderzulaufen. Die Streiks entstehen aus Unzufriedenheit wegen der sozialen Lage und wegen der nicht eingehaltenen Wahlversprechen Duartes. Die neue soziale Bewegung ist praktisch ein Ablösungsprozeß von Duarte. Das, was Heidi und Roger geschrieben haben, ist eine Fehleinschätzung. (3)

Heidi und Roger haben in dem Artikel die Situation so beschrieben, daß mit dem Entstehen und der Ausweitung dieser Bewegung Druck auf die rechtsradikalen Kräfte ausgeübt wird, in dem Sinne, daß beides zusammen, also Christdemokratie, plus Bewegung, plus Duarte auf der einen Seite die Oligarchie und irgendwie auch die USA Stück für Stück zurückdrängen können und so neue Spielräume für eine demokratische Entwicklung entstehen können.

Ulf: Das hört sich logisch an, nur gibt es keinen Hinweis dafür. Denn in dem Umfang, in dem Duarte seine Wahlversprechen nicht hält, lösen sich die Menschen zwangsläufig von ihm. Und weil es keine andere Alternative gibt, gehen sie dann inhaltlich wieder auf die FMLN zu. Es wäre höchstens denkbar, daß sie sich verselbstständigen und neue politische Kräfte entstehen. Denn zunächst ist es eine soziale Kraft, keine politische. Aber eine solche Kraft ist nicht absehbar, die das anders als die FMLN auffangen könnte. Die Christdemokratie ist es jedenfalls nicht. Ihr linker Flügel ist es auch nicht, denn der ist in der FDR und die ist mit der FMLN verbunden. Es gibt keine Anzeichen dafür, daß sie sich selbstständig machen wollten. Genausowenig, wie Ungos sozialdemokratischer MNR oder die neu gegründete sozialdemokratische Partei.

In manchen Einschätzungen wird behauptet, daß sich die wirtschaftliche Lage stabilisiert habe. Gibt es soziale Programme, die materiell etwas verändern?

Barbara: Es gibt diese Programme, aber sie schlagen nicht durch. Die soziale Situation der Masse der Bevölkerung wird schlechter. Durch die Inflation, die durch den Krieg noch angeheizt wird. Die Arbeitslosigkeit bleibt unverändert hoch. Durch die Flüchtlinge und die Vertriebenen, die in die Hauptstadt kommen und praktisch keine Existenzgrundlage haben. Seit Duarte ist materiell nichts besser geworden. Im Gegenteil. Deshalb sagt auch keiner, mit denen wir gesprochen haben, die Guerilla soll weg, und wir versuchen jetzt Reformen mit Duarte.

Ulf: Ein Stück weit kann man die Skepsis bezüglich der salvadoreanischen Revolution gar nicht verstehen, weil eigentlich alles einen sehr positiven Gang nimmt.

Man sagt den USA zwar nach, ihre Mittelamerikapolitik sei widersprüchlich und konfus. Aber für El Salvador stimmt das jedenfalls nicht. Ihr counter insurgency Konzept für El Salvador ist ausgereift und durchdacht. Es beinhaltet alle Aspekte: 1. militärische Weiteraufrüstung bei Verfeinerung der Methoden; 2. soziale Pazifizierung über soziale Geschenke und Reformen; 3. eine psychologische Kriegsführung; und 4. das alles international propagandistisch und diplomatisch abgesichert. Der letzte Punkt ist vielleicht der, der am ehesten geklappt hat, weil nämlich hier in Westeuropa die Leute damit hausieren gehen, daß in Salvador Demokratie herrsche. Aber die ersten drei Punkte lassen sich nicht verwirklichen.

Die Guerilla hat militärisch nicht an Stärke verloren: Wenn man sowas z.B. quantifizieren will, dann hat die Guerilla bisher ein Verlustverhältnis von 1 zu 10 gehabt. Heute geht das auf 1 zu 20 zu. D.h., die Armee muß nicht nur für jeden Guerillero 40.000 Schuß M-19 Munition aufbringen, sondern sie muß auch noch 20 tote salvadoreanische Soldaten einrechnen. Das bedeutet, daß die USA auf der Eskalationsstufe, die sie bisher angewandt haben, keinen Erfolg hatten. Zwar können die USA versuchen, das Problem allein und militärisch zu lösen, die Mittel dafür hätten sie. Zweiter Punkt: Die soziale Pazifizierung funktioniert absolut nicht. Es geht den Leuten unter Duarte schlechter als früher, nicht besser, obwohl die USA 1,5 bis 2 Mio. Dollar am Tag in das Land pumpen.

Wo bleibt das Geld?

Ulf: Das meiste wird natürlich verschossen. Außerdem ist der Staatsapparat aufgebläht und parasitär. Und ein Großteil bleibt in irgendwelchen Taschen hängen. Es gibt Leute, die sagen, da entstehe eine neue soziale Klasse von Bürokraten, die dann auch ein materielles Gewicht haben und die heute schon so wichtig sei, wie früher die traditionelle Oligarchie. Ein Beispiel: Einfache Hauptleute, tenientes, die unter sonstigen mittelamerikanischen Bedingungen wenig Geld haben,

Fortsetzung nächste Seite



Seit dem 10. Januar 1986 haben 5.000 Soldaten und Eliteeinheiten der Armee El Salvadors die Region des Vulkans Guazapa umstellt. Der Guazapa liegt ca. 20 km von der Hauptstadt San Salvador entfernt und ist eine der Rückzugsgebiete der FMLN. Dort ist ebenfalls einer der Radiosender der Befreiungsbewegung stationiert, und als im letzten Jahr die Tochter des Christdemokraten Duarte entführt wurde, war eine ihrer Aufenthaltsorte ebenfalls hier. Ursprünglich lebten in der Region Guazapa 12.000 Bauern mit ihren Familien. Da die Armee El Salvadors seit Jahren den Guazapa zum Agressionsziel hat — zur Zeit werden fast die Hälfte aller Bomben, die irgendwo in El Salvador fallen, hier abgeworfen — flüchteten die meisten Anwohner. Heute leben dort noch ca. 2.000 Menschen, die von der gegenwärtigen Belagerung bedroht sind. Seit dem 10. Januar sind nach Schätzungen internationaler Hilfsorganisationen mehrere Hundert Menschen dort von der Armee erschossen worden. Dem Internat. Roten Kreuz ist der Zutritt zu diesem Gebiet verboten, ebenso wie Mitgliedern der Katholischen Kirche. Damit sind die Eingeschlossenen von jeglicher Hilfe abgeschnitten. Viele sterben an ihren nicht versorgbaren Verwundungen. Die Regierung El Salvadors hat erklärt, daß sie bis Anfang April diese Region von der Guerilla „gesäubert" haben will.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die Sozialistische Internationale erpreßt Nicaragua — natürlich nicht mit Waffengewalt. Das machen ja schon die Yankees

Anfang Februar, Klose war gerade wieder aus den Schlagzeilen verschwunden, kehrte Hans Jürgen Wischnewski von einem Erkundungstrip durch Nicaragua zurück. Als Mitglied einer Delegation der Sozialistischen Internationale hatte er die Demokratie in Nicaragua ,,untersucht''. Hier sein Ergebnis:

Was Wischnewski zu kritisieren hat

1 . *,,Der innere Zustand Nicaraguas ist durch eine wesentliche Verschlechterung gekennzeichnet. Es gibt keine positive Entwicklung in Richtung Demokratie.''*
2 . *,,Sämtliche Oppositionsparteien erheben schwere Klage gegen die Sandinisten.''*
3 . *,,Die Sandinisten sind jetzt weniger um ihr internationales Ansehen bekümmert.''*
4 . *,,Der Gesprächsfaden mit der Kirche ist abgerissen.''*
5 . *Die Zusicherungen der Sandinisten können nicht für eine innere Aussöhnung ausreichen. In Nicaragua muß die Vorraussetzung für einen Dialog geschaffen werden, dessen Ziel die Aussöhnung ist.''*
6 . *Die größte Besorgnis verknüpfe ich mit dem Weg der sandinistischen Partei. Ihre Strukturen weisen in eine Richtung, die nicht demokratisch ist.''*
7 . *,,Die schlimmsten Menschenrechtsverletzungen werden von den Contras begangen.''*

(alle Zitate aus ,,FAZ'' 15.2.86)

Wir haben uns bemüht, aus Wischnewskis Büro eine schriftliche Presseerklärung zu bekommen. Wir waren daran interessiert, welche Fakten Wischnewski auf der Pressekonferenz zur Untermauerung seiner Vorwürfe genannt hat. Wir wollten wissen, welche ,,Zusicherungen'' die Sozialistische Internationale bei ihren Gesprächen in Managua von den Sandinisten verlangt, und nicht bekommen hat. Wichtig erschien es uns auch, in Erfahrung zu bringen, was die SI unter einem ,,*Dialog, dessen Ziel die Aussöhnung ist*'' versteht, welche politischen Kräfte sich an ihm beteiligen und über welche Fragen er geführt werden sollte. Möchte die SI auch die Contras an einem Dialog beteiligen? Leider wurde aus Wischnewskis Büro mitgeteilt, es gebe keine schriftlichen Ausführungen zu dem, was mündlich auf der Pressekonferenz ausgeführt worden sei.

Den einzigen Hinweis auf den Auftrag und auf die Intentionen der SI-Delegation in Managua haben wir in einer Äußerung Daniel Ortegas zu dem Besuch gefunden: ,,*Wir sind nicht bereit, unser politisches System im Tausch gegen Wirtschaftshilfe aus Europa oder Lateinamerika zu ändern. Manche Leute wollen uns sagen, welche Art von Demokratie wir in unserem Land aufbauen müssen. Einige machen das über freundschaftliche Botschaften. Aber wir haben diese Demokratie hier verteidigt und werden sie weiter verteidigen, auch wenn wir nicht auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit jener Regierungen zählen können, die nicht mehr mit uns einverstanden sind.*'' (,,FAZ'', 13.2.86).

Das ist deutlich. Die SI war also — wieder einmal — nach Nicaragua gereist, um der nicaraguanischen Regierung ihre Bedingungen für eine weitere wirtschaftliche und politische ,,Unterstützung'' zu diktieren. Um welche Bedingungen es sich handelt, bleibt unklar. Fakt ist, daß die Sandinisten die sozialdemokratischen Erpressungen zurückgewiesen haben. Die SI-Vertreter haben sich daraufhin weltweit und öffentlich in koordinierten Pressekonferenzen von den Sandinisten distanziert.

In Washington, wo gerade die Debatte über die Gewährung weiterer 100 Millionen Dollar für die Contras anläuft, hat der Chef der SI-Delegation, der ehemalige Staatspräsident Venezuelas, Perez, auf einer Pressekonferenz betont, daß ,,*die Sandinisten viel von ihrer anfänglichen Sympathie in lateinamerikanischen und europäischen Ländern verloren haben*'' (,,FAZ'', 13.2.). Zwei Wochen später berichtet US-Außenminister Shultz von einer Lateinamerika-rundreise, es gebe kein Land, ,,*in dem etwas Positives über Nicaragua gesagt wird.*''

Die Sozialistische Internationale konnte ihre mickrige wirtschaftliche Hilfe für Nicaragua nicht mehr erfolgreich als Druckmittel einsetzen. Aus diesem Grund spielt sie ohne zu zögern den zweiten Trumpf aus, den sie in ihrem Epressungsspiel in der Hand zu halten glaubt: Sie entzieht der nicaraguanischen Revolution die politische Unterstützung und übernimmt wesentliche Bestandteile der nordamerikanischen Hetzkampagne, zu deren wertvollen Kronzeugen sie wird. Sie droht nicht mehr nur damit, die Solidaritätsbewegung zu spalten und Nicaragua international zu isolieren; sie ist kräftig dabei, der Reagan-Administration diesen Gefallen zu tun.

Seit Jahrhunderten plündern die herrschenden Klassen unter konservativer oder sozialdemokratischer Staatsführung ihre Zucker-, Kaffee-, Bananen- und Baumwolllieferanten aus, schicken Kanonenboote und Marines, setzen ihre mörderischen Statthalter ein und liquidieren ihnen nicht genehme Regierungen. Und wenn sich ein Volk aus diesem Würgegriff zu lösen beginnt, spielen sie, ausgerechnet sie, sich als Wächter über die Spielregeln auf, nach denen sich die Befreiung zu vollziehen habe.

Der US-Imperialismus will mit allen Mitteln diese Befreiung bekämpfen. Er greift zu Waffen. Das ist zumindest offener als die heuchlerische Unterstützung jener, die in der linken Hand die Pfeife und in der rechten den Dolch für den Fall bereit halten, daß die Völker nicht nach ihrer Melodie tanzen.

Kl., Gö

(Dieser Artikel ist im neuen „No Pasaran - Nicaragua Info" Nr. 6 erschienen. „No Pasaran" kann bestellt werden bei: AGIL, Neues Rathaus, 3400 Göttingen. 100 Exemplare kosten 30,00 DM + Porto.)

Chile:

"1986 wird ein entscheidendes Jahr im Kampf gegen die Diktatur"

Interview mit einem Vertreter des MIR

Ein leitender Genosse des MIR, der in Europa im Exil war, vor längerer Zeit aber wieder nach Chile zurückkehren konnte, war kürzlich auf Stippvisite in der BRD. Folgendes Gespräch haben wir mit ihm geführt.

Die MDP-Delegation, die kürzlich hier zu Besuch war, hat sehr optimistisch über die Fortschritte der linken Opposition in Chile berichtet und den Sturz Pinochets für dieses Jahr prognostiziert. Diese Einschätzung stieß hier auf einige Skepsis. Wie ist Deine Meinung dazu?

Wir halten es für richtig, vom Jahr 1986 als einem entscheidenden Jahr zu sprechen. Es erscheint möglich, die Fortschritte in den Klassenkämpfen zu konsolidieren.

Seit 1981 hat es entscheidende Fortschritte in den Klassen- und Volkskämpfen gegeben, wie sie in dem Nationalstreik vom Oktober 1984 oder in den Protesttagen vom September 1985 als zwei wesentlichen Marksteinen deutlich werden. Die entschlossene Kampfbereitschaft gegen die Diktatur ist jetzt in der Mehrheit des chilenischen Volkes zu finden. Es sind nicht mehr nur die Armen in den Städten, sondern breite Bevölkerungsschichten, die sich offensiv gegen die Diktatur wehren. Zunehmende Teile der Arbeiterbewegung nehmen aktiv am Kampf gegen die Diktatur teil, die Studentenbewegung hat sich enorm radikalisiert, die Jugend insgesamt, die unter den Bedingungen der Diktatur aufgewachsen ist, weite Teile der Mittelschichten, z.B. kürzliche Streiks von Ärzten, Transportunternehmern, Bankangestellten usw. Es hat verschiedene Phasen und auch Formen im Aufschwung der Massenbewegung gegeben, die auf jeden Fall deutliche Auswirkungen auf ideologischer, politischer, organisatorischer und militärischer Ebene haben, so daß die breite soziale Front, die einen offensiven und radikalen Bruch mit der Diktatur anstrebt, in diesem Jahr weiter gefestigt werden kann.

1986 ist auch ein entscheidendes Jahr, weil sich der demokratische Kampf weiter ausdehnen wird; wir würden aber nicht sagen, daß es entscheidend ist in dem Sinne, daß Pinochet tatsächlich stürzt. Es gibt noch Pfropfen auf der Flasche und viele Probleme zu lösen, aber es können in diesem Jahr Bedingungen geschaffen werden, die entscheidend für den Sturz Pinochets sind. Um es präziser zu sagen: Dieses Jahr ist ganz wesentlich für die Linke und die revolutionären Kräfte, um Bedingungen zu schaffen, die uns einem *endgültigen* Sieg näherbringen. Wir wollen uns nicht mit sterilen Diskussionen aufhalten, ob der Diktator nun in diesem Kalenderjahr stürzt, es mag sein oder auch nicht, das wesentliche und zentrale ist, die Rechte und ihre Gorillas so zu schlagen, daß wir den Weg zu wirklichen Siegen des Volkes öffnen. Jetzt im März (nach den chilenischen Sommerferien, Anm. AK) wird es neue Massenkämpfe gegen die Diktatur geben, sie werden hart und gewaltsam werden, weil die Diktatur versuchen wird, die Kämpfe zu unterdrücken und die Initiative des Volkes zu brechen, und weil die Linke versuchen wird, die Kämpfe zu verbreitern und zu intensivieren.

Ihr habt eigentlich immer, besonders aber ab etwa 1981 vom Aufschwung der Massenkämpfe, der wachsenden Kampfbereitschaft, dem alles entscheidende Augenblick usw. berichtet. Worin besteht das qualitativ Neue der aktuellen Situation?

Erstens ist es heute in aller Schärfe und für die gesamte chilenische Gesellschaft eindeutig, daß die Diktatur gescheitert ist. Die Diktatur hat keinen Plan außer der sogenannten „Wiederwahl" Pinochets, aber sie hat keine ideologische, politische und ökonomische Alternative, um die Krise zu bewäligen.

Zweitens hat die Krise eine Kontroverse innerhalb der herrschenden Klasse Chiles hervorgerufen. Das Weiße Haus, ein wesentlicher Teil der Demokratischen Allianz (bürgerliche Opposition, Anm. AK) und ein Teil der chilenischen Rechten setzen sich für eine Neugruppierung, für einen neuen Konsens der chilenischen Bourgeoisie ein, über den Weg von Verhandlungen oder die „Nationale Übereinkunft" (Versuch der bürgerlichen Opposition gemeinsam mit der Kirche, Pinochet auf dem Verhandlungswege zum Rücktritt zu bringen, Anm. AK). Pinochet, das Heer und andere Teile der Rechten bestehen auf ihrer Politik des bloßen Terrors, die auf der Macht der Waffen beruht, und sind zunächst nicht bereit, sich auf Dialoge einzulassen.

Drittens, und das ist das wichtigste Element, haben wir die Entwicklung, den Sprung im Bewußtsein der Massen des Volkes, daß nämlich der einzige Weg der des Kampfes ist, daß es keine andere Lösung als die Mobilisierung und den Kampf gegen die Diktatur gibt, das heißt insgesamt, eine Verbreiterung der konsequent demokratischen Positionen in Chile.

Guckt Euch den Sprung nach vorn an, den die chilenische Linke gemacht hat, oder guckt, wie sich die konsequenten demokratischen Kräfte auch im Lager des politischen Zentrums ausdehnen, wie sie sich z.B. entwickeln in der Radikalen Partei, in der Sozialistischen Partei von Briones (rechte Fraktion der PS, Anm. AK), wie sie die Demokratische Allianz matt gesetzt haben und wie sie sich selbst an der Basis der Christdemokratischen Partei ausdehnen.

Und viertens gibt es den Fortschritt in der Fähigkeit des chilenischen Volkes, sich militärisch zu verteidigen. Noch vor drei Jahren gab es nur die Milizen des Widerstandes (bewaffnete Verteidigungsgruppen des MIR, Anm. AK), heute gibt es außerdem die Frente Patriotico Manuel Rodriges (KP-nah), die Brigaden Lautaro (eine PS-Fraktion), die Brigaden Camilo Torres sind in der Vorbereitungsphase etc. Wir haben die harten vergangenen Jahre des Kampfes erlebt und wir wissen, wie lang und verwickelt der Weg der chilenischen Revolution sein wird, aber wir wissen auch, daß die Tage der Diktatur durch diese qualitativen Veränderungen gezählt sind.

Du hast eben vom „wirklichen Sieg des Volkes" gesprochen. Du hast andererseits dargestellt, wie wichtige Teile der chilenischen herrschenden Klasse gemeinsam mit den USA versuchen, Pinochet durch eine etwas passablere bürgerliche Regierung zu ersetzen. Welche Möglichkeiten siehst Du in Chile, eine neue Phase bürgerlicher Demokratie zu vermeiden und mit dem Sturz der Diktatur den Weg zum „wirklichen Sieg des Volkes" zu eröffnen? Das heißt, hältst Du es für eine reale Möglichkeit, daß die Diktatur nicht durch eine bürgerliche Regierung, sondern durch eine revolutionäre oder wenigstens radikal-demokratische Alternative abgelöst wird?

Es gibt Bedingungen für einen revolutionär-demokratischen Weg, aber es gibt auch viele Hindernisse.

Zunächst mal die internationale Lage, sie ist in Lateinamerika ungewiß und gekennzeichnet von einer langen Periode der Krise und der Instabilität. Im Süden Südamerikas wird die tiefe Krise zu weiteren großen Massenkämpfen führen, wobei sich aber die revolutionäre Linke in den anderen Ländern in einer Phase der Reorganisation befindet oder noch stark in der Entwicklung, wie z.B. in Peru; eine Linke, die jedenfalls unserer Meinung nach noch nicht in der Lage ist, die Herausforderungen, die neuen Tendenzen aufzugreifen. Sicherlich wird der Kampf in Chile hier einen wichtigen Beitrag leisten.

Innenpolitisch haben wir positive Tendenzen, die ich z.T. schon genannt habe. Die Krise in der herrschenden Klasse, die Tatsache, daß es in den peripheren Ländern, speziell in Chile, kaum noch Akkumulationsbedingungen gibt, die Tatsache, daß die bürgerliche Opposition keine politische und ökonomische Alternative hat, als sich im wesentlichen dem Diktat des internationalen Finanzkapitals zu unterwerfen. Andererseits haben wir in den 13 langen und bitteren Jahren der Diktatur eine breite Palette von Kampferfahrungen gewonnen, deswegen glauben wir, daß wir kämpfen können, um Positionen zu erobern für die Befreiungskräfte, die konsequent demokratischen und die revolutionären Kräfte.

Trotzdem ist das unser entscheidendes Problem, die Entwicklung und Organisierung der notwendigen Kräfte, um in eine revolutionäre Phase eintreten zu können. Wir dürfen dabei nicht vergessen, daß auch die Bourgeoisie über vielfältige Erfahrungen bei der Ablösung von Diktaturen verfügt, wie etwa in Portugal, Bolivien, Griechenland.

Unser einziger Garant ist, *realistisch* zu arbeiten, sich keine Illusionen zu machen, weder zur einen noch zur anderen Seite. Es kann sich nicht darum handeln, den Kampf einzustellen um die bürgerliche Demokratie zu retten oder sich zu integrieren, um vermeintliche Positionen in einer solchen Demokratie zu erringen. Wir müssen andererseits unsere Methoden, unsere Taktik immer überdenken und den aktuellen Bedingungen anpassen. Aber es ist unvermeidlich zu kämpfen, nicht nur, um die Gorilla-Diktatur wirklich zu schlagen, sondern auch um alle Pläne für einen „bürgerlichen Wechsel" in eine Krise zu versetzen. Für uns heißt „Realismus" nicht mehr und nicht weniger als Festhalten an den Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes; die bewußte Vorbereitung der Kämpfe, um mit dem Sturz der Diktatur eine Phase der Volkssiege zu eröffnen.

Kannst Du etwas darüber berichten, über welche Fragen sich die chilenische Linke derzeit auseinandersetzt?

Jeder Auf- oder Abschwung der Bewegung produziert logischerweise eine Diskussion in den Massen und in der Linken. In Chile wurden mit dem Aufschwung der Kämpfe eine Reihe von bisher ungelösten Diskussionen wiedereröffnet.

Zum einen über die Phase der Niederlagen, die Erfahrungen der Linken aus dieser Zeit, über die Formen des Kampfes, die begangenen Fehler, die Massenpolitik. Zum anderen bewirkte der Aufschwung neue Debatten über grundlegende Fragen, wie die Rolle der Frau in der Revolution, de Frage nach den Hauptkräften der Revolution, nach organisatorischen Modellen, die Bündnisfrage, die Probleme der indianischen Minderheit, die Rolle der Chilenen im Exil etc. etc. In den letzten Monaten hat sich die Diskussion auf einige Fragen zugespitzt: Wie verbindet man die verschiedenen Formen des Kampfes — ökonomischen, politischen, theoretischen und militärischen Kampf. Die Frage nach den adäquaten Organisationsformen, die Bestimmung der nächsten Etappe des Kampfes und wie wir sie angehen, die Definition unserer Beziehungen zur bürgerlichen Opposition und die Notwendigkeit, die soziale Einheit des Volkes zu festigen.

Die Schaffung einer umfassenderen Einheit der revolutionären Linken, sowohl der Parteien als auch der Nicht-Organisierten, steht dringend auf der Tagesordnung. Die Diskussion ist insgesamt sehr breit und grundlegend, und sie wird lange dauern.

Ich möchte dabei nochmal die Schwierigkeiten hervorheben, die die Linke noch lösen muß, um die Diktatur zu stürzen.

Wir müssen erstens zur Kenntnis nehmen, daß die Verbindungen der Linken zur Basis der Arbeiterklasse noch stark gefestigt werden müssen. Mit der überkommenen Arbeitsweise, die sich auf die Leitungs- und Führungsebenen beschränkte, muß gebrochen werden. Wir müssen zweitens den Rückstand der Kämpfe auf dem Lande zur Kenntnis nehmen, ein Faktum, das die Kämpfe gegen die Diktatur abschwächt. Es existiert drittens nach wie vor die militärische Macht Pinochets, die im wesentlichen auf dem Heer basiert. Und viertens ist die militärische Kapazität der Volkskräfte noch nicht ausreichend entwickelt, diesen Problemen müssen wir uns stellen und Lösungen suchen.

Ich würde jetzt gerne von mir aus noch einen Punkt hinzufügen. Ich möchte dem AK im Namen meiner Genossen in Chile und auch im Ausland danken für all die Jahre, die Ihr mit dem Kampf unseres Volkes verbunden wart, für die aktive Unterstützung der Linken und des MIR. Nicht wenige von uns kennen den AK oder haben davon gehört. Jetzt, wo wir allmählich — ohne Subjektivismus — feststellen können, daß sich das Ende der Diktatur nähert und sich eine neue Periode in unserem Ländchen eröffnet, möchten wir Euch einen ganz herzlichen Gruß schicken. Auch von Chile aus, wenn auch noch diffus, läßt sich der Anfang neuer Klassenkämpfe in verschiedenen Regionen der Erde wahrnehmen, der Hoffnung für die Völker weckt, aber auch enorme Schwierigkeiten. Wir hoffen, daß wir in Zukunft weiterhin gemeinsam marschieren und vereint schlagen können. Vielen Dank.

Anm. AK:
Was soll man dem noch hinzufügen? Das Spendenkonto böte sich vielleicht an! Die Konten, die seit Jahren speziell für Chile-Rückkehrer unterhalten werden, laufen nach wie vor weiter. Sie werden zum einen genutzt, um Rückkehrern (die es nach wie vor bis heute gibt), den Start in Chile zu erleichtern. Sie werden zum anderen genutzt, um in Chile konkrete Arbeiten und Projekte zu finanzieren. Dies ist der Fall bei unserem Interviewpartner, der schon seit längerem wieder in Chile lebt. Tatsächlich sind die Zeiten hart und jeder kleine Beitrag ist sehr erwünscht.

Elisabeth Hafner
Postscheckamt Hamburg BLZ 200 100 20
Konto Nummer: 5709 80-209
Stichwort Chile

Fortsetzung von vorheriger Seite

die besitzen in Salvador jetzt ein zweistöckiges Haus und haben ein Busunternehmen, wo 5 oder 6 Busse für die fahren. Und irgendwo muß es ja herkommen.

Du meinst also, daß die US-Intervention eine neue soziale Schicht geschaffen hat, die von der militärischen Intervention wirtschaftlich lebt?

Ulf: Ja. Und das ist auch eine neue Klientel der Christdemokratie. Aber die breite Masse der Bevölkerung merkt keine Besserung. Wie auch, bei 50% Arbeitslosigkeit und 60% Inflation?

Allerdings bedeutet das, wie ihr sagt, Scheitern der counter insurgency in wichtigen Punkten noch nicht den Sieg der Revolution.

Barbara: Nein. Und trotzdem hängt es zusammen. Denn der Grund dafür, daß sie es nicht so durchziehen können, wie sie das gerne hätten, ist ja, daß es die Guerilla als Kraft gibt. Denn es ist die Stärke der FMLN, die den Erfolg der counter insurgency verhindert.

Ulf: Weißt du, hier gab und gibt es die Stimmung, die auch in dem Artikel „No Future in El Salvador" von Paul Haru zum Ausdruck kommt, die unterstellt, daß die USA erfolgreich sind, auf der ganzen Linie, daß die die Sache im Griff haben, und die FMLN nur noch Rückzugsgefechte führt. Aber das stimmt offensichtlich nicht. Wir haben die Punkte genannt. Und das andere Unwohlsein kommt von der Meinung, daß die Guerilla am Ende sei. Und zwar auch, weil sie politische Fehler gemacht hat, oder auch subjektiv auf dem falchen Dampfer hocke: Sie hat behauptet, sie habe kontrollierte Zonen und jetzt hat sie gar keine. Was auch nicht stimmt. Sie ist sehr lebhaft, die Guerilla. Die hält sich militärisch. Die hat sehr flexible Antworten auf die veränderte Kriegslage gefunden. Meiner Meinung nach ist das positiv, denn es ist offenbar ein Haufen, der was denkt und an der Realität dranklebt, denn sonst wäre es ihnen nicht gelungen, sich auf die neue Situation einzustellen.

Militärisch ist die FMLN dazu übergegangen, ihre großen Verbände aufzulösen und vorwiegend wieder in kleineren Einheiten zu operieren. Außerdem versucht die FMLN mehr in die westlichen Landesteile zu kommen, dort wo der Kaffee produziert wird und wo die strategischen Gebiete El Salvadors sind.

Ulf: Ja, genau. Z.B. die Auflösung der Brigade Rafael Arce Zablah. Man hatte erwartet, das würde mindestens ein Jahr dauern. Aber dann waren es 6 Monate, bis sie im Westen waren. Es hat auch geheißen, die FMLN sei nicht mehr in der Lage, spektakuläre und große Aktionen zu machen: Dann haben sie vor gerade drei Monaten den Überfall auf die Kaserne in La Union, nahe der Hauptstadt gemacht. Das war militärisch und logistisch einwandfrei. Und es war nicht irgendeine Kaserne, sondern das Ausbildungszentrum der US-Berater. Der einzige Haken war daran, daß sie die nicht angetroffen hatten.

Zu der veränderten Politik der FMLN gehört auch der Dialog. Seit dem zweiten Treffen zwischen FMLN/FDR und Regierung vor einem Jahr hat es aber seitdem nichts Offizielles mehr gegeben. Allerdings fanden unterhalb dieser Ebene Gespräche statt. Wischnewski z.B. war an den Verhandlungen über die Freilassung der Duarte-Tochter beteiligt. Man kann annehmen, daß es in anderen Bereichen ebenfalls Kontakte gibt. Wie schätzt ihr das ein, wird es eine offizielle dritte Verhandlungsrunde geben?

Barbara: Ich denke, es wird keine Verhandlungen geben, weil Duarte kein Interesse daran hat. Und die Militärs an einer Verhandlungslösung schon gar nicht.

Ulf: So groß ist der Gegensatz zwischen Militär und Duarte nicht. Mit Ausnahme von einigen hardlinern, wie Ochoa z.B. Das erste Gespräch im Oktober 84 hatte schon mit Zustimmung des Generalstabs stattgefunden und auch der USA. Es war ja als Bluff angelegt, weil man annahm, die Guerilla würde das Gesprächsangebot wegen innerer Differenzen nicht annehmen. Und dann haben sie es doch gemacht. Immerhin war das Ganze ein Vorgeplänkel für das zweite Treffen. Regierung und Militär hatten den 2. Dialog von vornherein so angelegt, daß er keine Ergebnisse haben konnte, nicht mal einen Waffenstillstand über Weihnachten, den die FMLN vorgeschlagen hatte.

In dieser Situation ist die Guerilla dann in die Offensive gegangen und hat ihren Drei-Stufen-Plan für eine politische Lösung vorgelegt. Am selben Abend ist Duarte im Fernsehen aufgetreten und hat gesagt, das sei inakzeptabel, weil es gegen die Verfassung verstößt. Jeder in El Salvador weiß, wie lächerlich es ist, in dieser Situation mit der Verfassung zu argumentieren. Damit war klar, daß es von der Regierung keine ernsthaften Verhandlungen geben würde. Und im Moment sieht es auch nicht danach aus. Aber irgendwann muß Duarte wieder auf die Forderung reagieren, wenn er verhindern will, daß ihm die soziale Basis wegbricht. Ob die Reaktion darin besteht, daß er verhandlungsbereiter ist, oder ob es eine neue Repressionswelle gibt, ist schlecht vorherzusagen.

Der Vorschlag eines Teils der Salvador-Solidarität läuft daraufhinaus, in erster Linie Basisgemeinden, Gewerkschaften und Projekte zu unterstützen. Und zwar, dieser Eindruck drängt sich auf, unter Vermeidung der Zuspitzung der Solidarität auf die FMLN.

Ulf: Ich sehe das nicht alternativ. Wenn z.B. wir zur Unterstützung der Flüchtlinge aufrufen, dann keineswegs um unsere Unterstützung von der FMLN abzuziehen. Denn eine Front des salvadoreanischen Befreiungskampfes läuft eben durch Colomoncagua und Mesa Grande. Genau so ist es wichtig, die Mütterorganisation zu unterstützen. Das hat auch den Vorteil, daß man Vieles anschaulicher machen kann.

Wenn du eine Basisgemeinde unterstützt, unterstützt du in vielen Fällen die FMLN. Aber wenn du gerade das nicht willst, dann mußt du auch die politische Alternative nennen. Du mußt sagen, mit welcher Kraft du solidarisch bist. Du bist ja erstmal mit der Bevölkerung solidarisch und darüber mit der politischen Kraft, die die Interessen der Bevölkerung am ehesten durchsetzt. Und da gibt es eben keine andere als die FMLN. Und da mußt du auch fressen, daß die nicht alles in El Salvador so macht, wie du es dir in Westeuropa vorstellst.

Vielen Dank für das Gespräch!

Anmerkungen:
Das Interview führte hy. Die Gruppe steht für Veranstaltungen zur Verfügung.
Tel.: Barbara 0711/690 76 33

1) Infolge des Bürgerkrieges und der Verfolgung durch Armee und Todesschwadronen befindet sich eine Million Menschen der fünf Millionen Einwohner auf der Flucht, und lebt je zur Hälfte in Flüchtlingslagern in El Salvador und außerhalb des Landes. Im Grenzgebiet zwischen Honduras und El Salvador sind mehrere dieser Lager angesiedelt und im vergangenen Jahr erging ein Aufruf der betroffenen Lagerinsassen an die Öffentlichkeit mitzuhelfen, sie vor der Repression durch die Armeen von Honduras und El Salvador zu schützen.

2) In der Juni/85 Ausgabe des iz3w erschien ein Artikel von Roger P. und Heidi F. mit dem Titel „Nicht nur Bürgerkrieg — Neuere politische Tendenzen in El Salvador". Dieser und andere Artikel aus der Soli-Bewegung zu El Salvador versuchten eine Neu-Einschätzung der Lage in El Salvador zu leisten, die sehr umstritten war.

3) Siehe 2)

„Nicht immer weglaufen, Jonny. Du bist jetzt frei. Komm zu uns. — Wohin denn zurück? Meine Freunde sind hier gestorben. Und etwas von mir ist hier auch gestorben. — Der Krieg, alles, was hier passiert ist, war falsch. Aber Du darfst dein Vaterland nicht hassen. — Hassen? Ich würde dafür sterben. — Was ist es dann, was Du willst? — Ich will, was die da wollen, was auch jeder andere wollte, der hier sein Blut vergoß, alles gab, was er hatte; ich will, daß unser Vaterland uns genauso liebt, wie wir es lieben. Das ist alles, was ich will."

So der Schlußdialog in Rambo II. Bei einer Mikrophonprobe soll Ronald Reagan über diesen Film gesagt haben, er wisse jetzt, was er machen müsse. Sollte er nicht bemerkt haben, daß seine patriotischen Sprüche offensichtlich Drehbuchvorlage waren?

„Ich habe von einem neuen Geist gesprochen, der in unserem Land lebendig geworden ist. Die Ära der Skrupel ist vorbei" (Reagan bei Amtsantritt 1981). Grenada, Nicaragua lassen grüßen. Die Botschaft, die diese Filme unter das Volk bringen soll, hat historische Vorbilder: *„Das Recht und der Wille des Führers sind eins ... Nachdem nun dieses Handeln, das an sich schon rechtens war, auch seine gesetzliche Normierung gefunden hat, kann keine Stelle mehr das Recht zu irgendeiner Nachprüfung dieser Aktion für sich in Anspruch nehmen"* (1). Sylvester Stalone (Rambo I, II, Rocky I — IV), Chuck Norris (Missing in Action I, II), Arnold Schwarzenegger (Phantom-Kommando, Conan, der Barbar) und alle ihre verkaufsträchtigen Plagiate brauchen ihre Verbrechen vor niemandem zu verantworten, brauchen keine Skrupel zu haben. Warum auch. Solchen Leuten **gibt** man nicht das Recht dazu, sie **sind** das Recht, sie sind „die USA"; alles andere als „Träume" der Herrschenden. *„Wenn Sie handeln, handelt die Nation, wenn Sie richten, richtet das Volk"* (2), so Führerstellvertreter Rudolf Heß auf dem Reichsparteitag in Nürnberg, womit er Hitlers Politik bestätigt. Das ist auch die Maxime dieser Filme, die in den meisten bürgerlichen Medien (Ausnahme „Report" und „Weltkulturspiegel") als Geschmacksache, nicht weiter ernstzunehmende Abenteuerfilme, Actionfilme verharmlosend abgetan werden, nach dem Motto nur nicht immer alles „so politisch" sehen. Der Reichspropagandaminister Goebbels hätte seine Freude an diesen Filmen: *„Auch die Unterhaltung ist heute staatspolitisch wichtig, wenn nicht sogar kriegsentscheidend ... Unser Volk bei guter Laune zu halten, das ist auch kriegswichtig"* (Tagebuch Goebbels 8.2.1942) und *"Nicht das ist die beste Propaganda, bei der die eigentlichen Elemente der Propaganda immer sichtbar zutage treten"* sondern die die *„sozusagen unsichtbar wirkt, das ganze öffentliche Leben durchdringt, ohne das das öffentliche Leben überhaupt von der Initiative der Propaganda irgendeine Kenntnis hat"* (3). Und wer meint, diese Filme seien nicht sehr erfolgreich, irrt: „Rambo II" schlägt alle bisherigen Rekorde im Geschäft mit bespielten Video-Cassetten: Am Erscheinungstag lagen bereits

[illegible]
Leben überhaupt von der Initiative der Propaganda irgendeine Kenntnis hat" (3). Und wer meint, diese Filme seien nicht sehr erfolgreich, irrt: „Rambo II" schlägt alle bisherigen Rekorde im Geschäft mit bespielten Video-Cassetten: Am Erscheinungstag lagen bereits

400.000 Bestellungen vor (Einnahmen der Herstellerfirma EMI-Thorn 80.000.000. Mark) (4). Die Bravo-Jugend wählte Stalone zum „beliebtesten Filmschauspieler 1985"; „Burning Heart", Lied aus dem Film „Rocky IV", liegt auf Platz 7 der Bravo-Hitliste (englische Charts: Platz 8, US-Charts: Platz 9), das Lied „Rocky IV" auf Platz 10 (5). Wie es Goebbels für die nationalsozialistischen Propagandafilme forderte, sind die Rambos „Menschen wie du und ich", nicht ganz makellose Underdogs, einfache, ehrliche Typen, mit denen mensch sich identifizieren kann, die aber vor allem eins nicht dürfen: durch kritisches Bewußtsein abschrecken.

So sind die Filme, in denen die Geschichte und das Völkerrecht beliebig zurechtgebogen wird, ernstgemeinte Handlungsanweisungen und vor diesem Hintergrund sollte man die „Überlebens-" und „Selbstbewaffnungsbewegungen", den Boom der Kampfsport- und Selbstverteidigungs-Clubs oder der trendsettenden „Body-Building-Bewegung" betrachten. Gefragt sind nämlich durchtrainierte Muskel-Männer, „Kampfmaschinen", wie sie liebevoll genannt werden, die dem „neuen Geist" bedingunslos folgen — was meint: *„Macht euch bereit auf den nächsten Weltkrieg"* — Schlußworte aus „Rocky IV." Es bleibt abzuwarten, ob auch diese patriotischen, wehrkraftfördernden Filme hierzulande auf den Index wg. Jugendgefährdung kommen. Aber hier geht es ja nicht um Gewalt, sondern den Kampf gegen den Kommunismus — und der war noch nie jugendgefährdend.

Der folgende Artikel, den wir mit freundlicher Genehmigung von Dr. Wolf Donner nachdrucken, wurde vom Autor selbst gekürzt. Der Artikel erschien zuerst in der Januar-Ausgabe der Szene-Zeitung „tip"-Berlin.
Cl.

Hollywood macht mobil

Über Rambomania und us-amerikanische Unkultur

Wolf Donner

Ein herrschender Trend im aktuellen Hollywoodkino heißt ,,Rambomania''. In der GI-Mär von Sylvester Stallone und den Reaktionen darauf kulminiert eine beklemmende Entwicklung. Denn es gibt viele Rambos im gegenwärtigen US-Kino. Militante Propagandafeldzüge gegen alte und neue Feinde des Gelobten Landes. Heldengesänge über martialische Supermänner, die zum Wohle Amerikas ausziehen und mit dem Unrat der Welt aufräumen. Hohelieder auf lakonische Killermaschinen, auf muskel- und waffenstrotzende Saubermänner. Unverhohlene Werbung für Militarismus, Nationalismus, Rassismus. Beschwörungen einer unmittelbar bevorstehenden Eroberung Amerikas durch die vereinigten Kommunisten und des Dritten Weltkriegs.

Im Hollywoodkino herrscht Krieg, und der ideologische wird nicht weniger intensiv betrieben als die lustvoll ausgeschlachteten Kampfhandlungen. Selten in der Geschichte des amerikanischen Films hat sich ein gefährliches politisches Klima in einer solchen Fülle von Produktionen niedergeschlagen und haben diese eine akute Stimmung so brutal und stupide angeheizt. Die neuesten Filmkunstwerke dieser Art annoncieren ihre simple Botschaft schon im Titel: ,,Invasion USA'', Regie Joseph Zito, und ,,Commando'', Regie Mark Lester. Einmal rettet Chuck Norris die Nation und die im Krisenstab versammelten führenden Politiker vor den eingefallenen kommunistischen Horden, im andern Fall vernichtet Arnold Schwarzenegger das heimliche Heerlager eines lateinamerikanischen Diktators unmittelbar vor der US-Küste. Beide haben auch persönliche Motive, beiden steht eine eiserne Kampf-Gespielin zur Seite, die feindlichen Heere beseitigen sie aber erfolgreich im Alleingang. ,,Invasion USA'' ist purer Schrott, lächerlich, unglaubwürdig, aber ein Kassenhit. Schwarzenegger versucht seine banale Story durch Sarkasmus und groteske Pointen aufzumöbeln. Beide Filme sind typisch für die augenblickliche primitive Agitation und für ideologische Tendenzen, die Hollywood geschickt kaschiert oder ungeniert offen unters Volk bringt.

Später Sieg in Vietnam

Die Amerikaner sind geniale Geschichtsklitterer. 40 Jahre lang haben sie die Welt glauben gemacht, sie al-

Später Sieg in Vietnam

Die Amerikaner sind geniale Geschichtsklitterer. 40 Jahre lang haben sie die Welt glauben gemacht, sie al-

lein, nicht etwa die Sowjets, hätten unter großen Opfern den Zweiten Weltkrieg gewonnen und den Faschismus besiegt. Nun wird genauso das Vietnam-Debakel zur ,,ehrenvollen Aufgabe'' (Reagan) erklärt, werden die jahrelang vernachlässigten Veteranen rehabilitiert, wird die Niederlage zum politisch verhinderten Sieg umgemünzt. Filmhelden werden ehrfurchtsvoll als verdiente, bewährte Vietnam-Kämpfer eingeführt: Mickey Rourke in Ciminos ,,Jahr des Drachen'', Schwarzenegger in ,,Commando'', die alten Haudegen in Ted Kotchefs ,,Die verwegenen Sieben'', Norris in beiden Teilen ,,Missing in Action'' und in ,,Invasion USA'', Stallone in beiden Teilen ,,Rambo''.

Vor wenigen Jahren waren die angeblich in den Lagern von Vietnam, Kambodscha und Laos schmachtenden vermißten GIs oder psychisch lädierte Spätheimkehrer Anlaß zur Bitterkeit und Depressionen. Kotchefs Befreiungsdream mit Gene Hackmann hieß ,,Uncommon Valor'', etwa: Unübliche Tapferkeit. Rambo der Erste landete noch im Straflager (,,First Blood''). Inzwischen feiern die US-Networks in vielen TV-Spielen die verkannten Heroen mit ihren Resozialisierungsproblemen, ihren schrecklichen Erinnerungen, ihren Minderwertigkeitsgefühlen als nationale Märtyrer. ,,Werden wir diesmal gewinnen?'' fragt Rambo II zu Beginn seiner Mission. Nicht die Befreiung aus dem Steinbruch, die Schmach der Verurteilung interessieren ihn, nur die verlorene Ehre Amerikas in Vietnam.

Schluß mit Trübsal, Schuldgefühlen, der moralischen und militärischen Niederlage, Schluß mit dem Gerede über die nie gezahlten Reparationen, die Kriegsschuld, die Massaker. In ,,Die verwegenen Sieben'', ,,Missing in Action'' und ,,Rambo'' ziehen die alten Kameraden noch einmal an die Front in Vietnam, um die letzten Verschollenen heimzuholen. Es geht um die Ehrenrettung der Nation. Und diesmal ist es ein klarer Sieg. Wenigstens im Kino, symbolisch. Denn, so hieß der Werbeslogan für ,,Missing in Action'', ,,der Krieg ist nicht vorbei, solange nicht der letzte Mann zu Hause ist''. Rambos Frage ist damit beantwortet. Und der Wunsch von Millionen Amerikanern nach Absolution und Rache auch.

... wie sie es gerne hätten Siegen in Vietnam (oben: Stalone in „Rambo II", Schwarzenegger in „Phantomkommando", links)

Militarismus

Direkte Kriegshetze und Kriegsverherrlichung wie in John Milius' ,,Die rote Flut'' sind selten. Die sukzessive Einstimmung der Zuschauer auf Krieg, uniformierte Kampfverbände und die Notwendigkeit militärischer Aktionen geschieht meist subtiler, indirekter. Immer häufiger verlagert sich die *action* von Gangstern, Spionen, Cowboys, Cops, Robotern, Fantasywesen oder realistischen Alltagsmenschen aufs Militär. Kriegsfilme im friedlichen Hinterland. Vietnam-Revivals, Uniformen. GIs als tragische Figuren, heroische Monumente, vaterländische Idole.

,,Die verwegenen Sieben'' sind eine
boys, Cops, Robotern, Fantasywesen oder realistischen Alltagsmenschen aufs Militär. Kriegsfilme im friedlichen Hinterland. Vietnam-Revivals, Uniformen. GIs als tragische Figuren, heroische Monumente, vaterländische Idole.

,,Die verwegenen Sieben'' sind eine Elite-Einheit, von erfahrenen Söldnern oder Vietnam-Veteranen geschult. Gewaltige Verbände der US-Army liefern sich Straßenschlachten mit den heimlich gelandeten kommunistischen Truppen in ,,Invasion USA''. ,,Star Wars'' verlegt den Krieg an die ,,High Frontiers'' im Weltraum, aber die Einübung aufs Kampfgeschehen ist nicht weniger konkret. In ,,Commando'' hebt der Muskelbarde Schwarzenegger eine ganze Kaserne aus. Das martialische Opus habe ,,*great scenes*'', lobt das rechtsradikale Söldnermagazin ,,Soldier of Fortune'' (SoF), denn ,,es gibt uns, was wir wollen: saubere, schnelle, real aussehende Kämpfe''.

,,SoF'' versorgt 3 Millionen Leser mit aggressivem Militarismus und betreibt einen lukrativen Versandhandel mit Waffen und Militaria aller Art, organisiert paramilitärische Trainingslager à la Wehrsportgruppe Hoffmann und schickt Waffen, Freiwillige sowie viele Millionen Dollars an die Contras in Nicaragua. Den höheren Segen verpassen den agilen Privatmilizen die Prediger der ,,Moral Majority'' und der neuen religiösen Erweckungsbewegung. Sie preisen Reagans wahnwitzigen Overkill als Gotteswerk und heißen das militärische Eingreifen in Zentralamerika gut. In Wort, Schrift und per life-TV rufen sie auf zum bewaffneten Feldzug gegen den Kommunismus. Kulinarische Kriegsspektakel und dazu die moralische, politische oder konkret militärische Aufrüstung als permanente, alltägliche Begleitmusik. Vorkriegstimmung.

Waffenwahn

Wenn Rambo oder Matrix (Schwarzenegger in ,,Commando'') sich rüsten, wird das zur sinnlichen Kulthandlung stilisiert. Nackte glänzende Haut, Muskeln, Sehnen, pralle Bizeps, ein Patronengürtel über der entblößten Heldenbrust, das satte Einschnappen von Hebeln, Schnallen, Verschlüssen, das Befestigen von Messern, Revolvern, Handgranaten, das Umwerfen des Karabiners. Lauter knappe Großaufnahmen, ein lüsterner Akt. Wenn sich Matrix' Berghaus als waffenstarrende Festung erweist, wenn er sich mit Kennermiene und geübten Griffen im versteckten Waffenarsenal eines Kaufhauses bedient, dann jubelt das junge Publikum.

Eine Nation im Waffenrausch. ,,Amerikas lange *love affair* mit dem Revolver'', schreibt ,,Newsweek'', ,,ist in eine neue Phase getreten — eine landesweite Besessenheit für die exotischen, stärksten, letalsten Kleinwaffen auf dem unbegrenzt offenen US-Markt''. Etwa 65 Millionen Amerikaner haben Pistolen, etwa 500.000 die illegalen, vollautomatischen Sturm- oder Maschinengewehre. Rund 10.000 US-Bürger werden jährlich durch Schüsse getötet. ,,SoF'' und ein Dutzend ähnlicher Gazetten schüren die Waffen-Phobie, besonders für alle Arten von Schnellfeuergewehren. Rambos gezacktes Kampfmesser und explodierende Pfeilgeschosse sind Kultgegenstände in hoher Auflage.

zend ähnlicher Gazetten schüren die Waffen-Phobie, besonders für alle Arten von Schnellfeuergewehren. Rambos gezacktes Kampfmesser und explodierende Pfeilgeschosse sind Kultgegenstände in hoher Auflage.

Der dritte Weltkrieg

Als sei das Land mitten im Krieg, rühmt ein Button, die chauvinistische Stimmung aufputschend: ,,Rambo — Amerikas neueste Waffe''. Als habe man eine Entscheidungsschlacht geschlagen, jubelten die US-Medien nach dem Achille-Lauro-Geiselcoup: Amerika habe der Welt gezeigt, wie stark und mächtig es sei, wie unbeugsam und entschlossen. In Presse und Fernsehen, im Kino und im Weißen Haus wird das neue nationale Hochgefühl des Reagan-Amerika mit beängstigender Selbstverständlichkeit auf angebliche Kriegsgefahren und die notwendige Kriegs- und Kampfbereitschaft umgelenkt. Kirchen und Sekten halten mit, benebeln die naiven Hirne ihrer Schäfchen mit Thesen vom prophezeiten Weltende. Der letzte Kampf, der letzte Krieg, unvermeidbar. Doch die Amerikaner soll er gut vorbereitet treffen.

Das patriotische Getöse vor der Los-Angeles-Olympiade erinnerte selbst US-Kommentatoren an das der Gastgeber in Berlin 1936. Das Stadion als Schlachtfeld. Was die Sowjets durch ihren Boykott vereitelten, holt ,,Rocky IV'' nach. Der symbolische Krieg im Boxerring. Ein sowjetisches Schwergewicht, ein sadistischer Bulle, tötet im Ring einen Amerikaner. Die ,,große weiße Hoffnung'', Rocky Bilbao, besiegt den ekligen Hünen unter Marx- und Lenin-Postern. Ein halbes Jahr lang lief die Voranzeige dieser neuen Schläger-Orgie (Star und Regie: Stallone) im US-Kino; Schlußsatz: ,,Macht euch bereit auf den nächsten Weltkrieg''. Drunter tut ers nicht mehr. Auch ,,Rambo'' sei keineswegs reaktionär, sagte Stallone in einem Interview, sondern demonstriere nur, was alle Amerikaner denken: Könnten wir noch einmal kämpfen, dann würden wir gewinnen. Kampf, Krieg, Sieg, die letzte Schlacht, Unbekannte killen die alten Kampfgenossen von Matrix (,,Commando''), und ein FBI-Beamter fragt dessen Ex-Vorgesetzten, was nun passieren werde. Antwort: ,,Der Dritte Weltkrieg''.

,,Invasion USA'' und ,,Die rote Flut'' handeln bereits vom Dritten Weltkrieg — Schauplatz USA. So wird die Pentagon-These vom möglichen begrenzten Atomkrieg in Europa als furchterregendes, negatives Gegenbild popularisiert. Im Frühjahr 1986 wird das Network ABC für 40 Millionen Dollar die Serie ,,America'' produzieren, die das Modell dieser zwei Kinofilme nur variiert. Auf kaltem Weg legt der KGB das Verteidigungs- und Versorgungssystem der USA lahm, das blühende Land wird zum trostlosen kommunistischen Satelliten. Begründung des Senders: Die Produktion ,,The Day After'' über die Folgen eines sowjetischen Atom-Erstschlages sei zu einseitig gewesen, zu US-kritisch. Serienautor und -regisseur Donald Wyre sekundiert. Es gelte, dem Volk seine eigenen Werte bewußt zu machen, ,,unsere Verantwortung, Amerikaner zu sein''. Ihre Verantwortung, die Kriegswerbung einem Millionenpublikum nachhaltig einzutrichtern.

Heimatfront

Wie diese geplante Serie, wie ,,Die rote Flut'' malt auch ,,Invasion USA'' das

zu sein''. Ihre Verantwortung, die Kriegswerbung einem Millionenpublikum nachhaltig einzutrichtern.

Heimatfront

Wie diese geplante Serie, wie ,,Die rote Flut'' malt auch ,,Invasion USA'' das

Schreckbild der gebenedeiten Nation als Kriegsschauplatz aus — ein besonders wirkungsvoller Schock fürs naive US-Publikum. Der Feind schleicht sich ein, unterwandert uns, lauert überall.

Fortsetzung nächste Seite

... und was sie nicht wahrhaben wollen ... US-Niederlage in Vietnam
(1966, abgeschossener US-Bomberpilot wird abgeführt)

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die Invasion ein unbemerkter nächtlicher Spuk. Badegäste in Florida, ein Liebespaar am Strand, Kinder im Schulbus, Menschenmassen im Kaufhaus, in der Kirche, im Amüsierpark und eine ganze Siedlung kinderreicher Familien am Weihnachtsabend sind das Ziel bestialischer kommunistischer Vernichtungsakte. Frauen weinen, Männer bewaffnen sich, Kinder werden evakuiert: ,,Es ist nicht mehr sicher in Amerika''. Der fiese Befehlshaber des heimlichen Überfalls bestätigt das mit diabolischem Grinsen: ,,In 18 Stunden wird Amerika anders aussehen''. Und ein Polizist registriert entsetzt: ,,Die bringen die Leute gegeneinander und, schlimmmer, gegen die Autorität auf!''

Das Pearl-Harbour-Syndrom. Wir sind bedroht. Die Feinde bereiten sich vor, uns zu überfallen. Die Front mitten im *Home sweet Home*. Oder unmittelbar vor den Landesgrenzen, wie es ,,Commando'' nahelegt. Amerika, sei wachsam.

Der Feind im eigenen Land hat viele Gesichter. Der höchstdekorierte New Yorker Cop im ,,Jahr des Drachen'' verlegt in Wort und Tat die Front von Vietnam nach Chinatown, um der ,,gelben Mafia'' den Garaus zu machen. ,,Ich will, daß hier aufgeräumt wird, ich will Chaos...'' Norris, immer die Primitivausgabe erfolgreicher *action*-Muster, räumt genauso barbarisch auf mit einer Latino-Drogengang im Polizeifilm ,,Cusack, der Schweigsame'' von Andrew Davis. Selbst Filme über Teenager und jugendliche Bandenkriege schüren Kriegs- und Mordgelüste, indem sie das blutige Treiben anonymer Bösewichter so breit und emotionalisierend ausbreiten, daß der Rachefeldzug der positiven Helden wie eine Befreiung erscheint (z.B. Sean Cunninghams ,,Die Kids von Orlando'').

Durchhaltekino. Filme über die Mobilmachung im Kleinen, über nachbarschaftliche Notgemeinschaften. Alte Siedler-Tugenden werden wieder bemüht. Was Joe Dantes ,,Gremlins'' noch als anarchischen Spaß vorführte, wird in der Heimat-Trilogie (R. Bentons ,,Ein Platz im Herzen'', M. Rydells ,,Menschen am Fluß'', R. Pearce' ,,Country'') zum dramatischen Appell im Stil der Weltkriegs-Serie *,,For what we fight''*. Die Apokalypse in der Provinz. Naturkatastrophen, Boykotte, Zwangsversteigerungen. In Graham Bakers ,,Impulse'' bricht das Unheil als Umweltverseuchung über ein verschlafenes Kaff herein. In der ,,Roten Flut'' regnen genauso unvermittelt die feindlichen Truppen vom Himmel herab. Der Dritte Weltkrieg beginnt irgendwo im Binnenland, auf einer dösigen Dorfstraße. Amerika, sei wachsam.

Allzeit bereit

Wo Invasionen, Krieg, Feinde innen und außen drohen, werden die Vorbereitungen zu Kampf und Selbstverteidi-

Allzeit bereit

Wo Invasionen, Krieg, Feinde innen und außen drohen, werden die Vorbereitungen zu Kampf und Selbstverteidi-

gung zur nationalen Pflicht. *Survival*, Überleben, ist eine Manie geworden, eine Glaubensfrage, eine Industrie. Von der ,,SoF''-Organisation bis zum YMCA, vom Campus bis zu Privatlehrern, meist ehemaligen Söldnern werden Lehrgänge angeboten, Trainingskurse, besondere Techniken, Spezialausrüstungen, Seminare im Schießen, im Nahkampf, im Umgang mit Messer oder Schlagring. Das Zauberwort *,,martial arts''* und ein mißverstandener Karate-Kult setzen Millionen um.

Auch die Fitness-Krankheit ist keine Modetorheit, Aerobic und Bodybuilding kein bloßes Hobby. Dahinter steht eine politische Idee, und Reagan weiß, warum er mit Hanteln als Vorturner der Nation posiert. Aktiv, attraktiv, potent, gestählt, gesund, erfolgreich, selbstbewußt, kampfentschlossen, erbarmungslos, siegreich, das sind fast Synonyme für die Amerikaner. Der Kraftmeier als Identifikationsofferte. Eine virile Muskelbrigade in Film und TV, Mode, Werbung und Presse. Athletische Hünen, kultisch überhöht, monumentalisiert, entpersönlicht wie die idealtypischen Blödmänner von Arno Breker. Harte Männer für harte Zeiten. Körperertüchtigung als präventive Wehrertüchtigung. Es ist kein Zufall, daß Mr. Universum Schwarzenegger zum Filmstar wurde. Daß Stallone, Norris und andere geölte Muskelpakete als Vorbilder gefeiert werden.

Auch sozialkritische Intentionen wie in der Heimat-Trilogie münden in den Gestus der Beschwörung, für alte Werte und ererbten Besitz zu kämpfen. Die Bürger- und Volksgemeinschaft, privat initiiert, fungiert als Bollwerk gegen die Gefährdung des ländlichen Idylls. Dem entspricht die Bürgerwacht in den Städten, das ,,informelle Spitzelsystems'' (,,Spiegel'') gegen die zunehmende Kriminalität im Land der großen Freiheit. Alle 5 Sekunden wird in den USA ein Mensch beraubt, alle 49 einer überfallen, alle 6 Minuten eine Frau vergewaltigt, alle 23 Minuten jemand ermordet. Kein Wunder, daß die Redewendung *,,My Home, My Castle''* da eine ganz konkrete Bedeutung bekommt, daß private Sicherheitsvorkehrungen militärische Ausmaße annehmen. Wohnblocks und Firmen haben ihre Privatpolizei, jeder ist irgendwie bewaffnet. Die befestigten Behausungen von Schwarzenegger in ,,Commando'' und Norris in ,,Invasion USA'' reflektieren nur die tradierte Überzeugung vieler Amerikaner, man dürfe jeden abknallen, der ungebeten ihr Grundstück betrete. Die *survival*-Industrie redet ihren Kunden erfolgreich ein, daß, so ,,Newsweek'', ,,der Durchschnittsbürger, wenn trainiert und schwer bewaffnet, sich irgendwie am Tage Null wird verteidigen können''.

Kampfmaschinen

Wehe dem Land, das Helden so nötig hat. Die führende Weltmacht scheint in ihrem Selbstverständnis so angeknackst zu sein, daß sie sich ständig neue Polit-Ikonen auf der Leinwand sucht, je großkotziger und rabiater, desto besser. Sie werden immer härter, schneller, erbarmungsloser, ins Irreale übersteigert, omnipotent, omnipräsent, unverwundbar. Pathologische Einzelgänger, verlassen, vergessen, aber in der Erinnerung mythisch verklärt, heimlich bewundert; im Augenblick der Not zurückgeholt in den Dienst am Volk, jeder ein patriotischer Messias, jeder eine perfekt funktionierende, furchterregende Ein-Mann-Armee, ganze Heere auslöschend. Im Töten die Größten.

Ein Novum ist die Motivation dieser meist nicht sehr intelligenten Tatmenschen. Es geht weniger um private Belange, eigene Vorteile, Rachegeschichten, berufsbedingte Einsätze als ums heilige Amerika. Rourke im ,,Jahr des Drachen'': ,,Wenn ich aufgebe, dann gibt das System auf''. So legitimiert, wütet er los wie ein Berserker, und Leichen pflastern seinen Weg: Freunde, Kollegen, die eigene Frau, Polizisten, viele Chinesen — aber auf die kommt es ja nicht an. Auch Stallone ist sich der national-symbolischen Bedeutung seines Vietnamesen-Schlachters gewiß: ,,Rambo ist eine Maschine, die von unserer Gesellschaft geschaffen wurde, um andere Gesellschaften zu zerstören. Man versucht, sie abzustellen, sie neu zu programmieren, aber sie kann sich nicht ändern''. Und sie soll es ja auch nicht.

Nach seinem Asiaten-Gemetzel proklamiert Rambo mit weinerlichem Pathos wie in einem schlechten Nazi-Schinken den süßen Tod fürs Vaterland: ,,Ich würde dafür sterben. Ich will wie jeder, der in Vietnam kämpfte, daß unser Vaterland uns genauso liebt, wie wir es lieben''. Im US-Kino wird das Bekenntnis meist mit frenetischem Jubel quittiert. Es gibt dem mörderischen Treiben des neuen amerikanischen Emblems nachträglich die höheren patriotischen Weihen. Er verbrennt, sprengt, köpft, erschießt, ertränkt, ersticht, erwürgt unzählige namenlose, gesichtslose Gegner, die rechtlich gar keine Gegner sind und die, obgleich doch Vietnamesen der 80er Jahre, japanische Uniformen aus dem Zweiten Weltkrieg tragen. So schließt sich der Kreis. Rache an Vietnam und Rache an Japan, an Gegnern früherer Kriege, in einer widerwärtigen Allmacht- und Killer-Phantasie. Amerika braucht das offensichtlich zur Zeit.

Schinken den süßen Tod fürs Vaterland: ,,Ich würde dafür sterben. Ich will wie jeder, der in Vietnam kämpfte, daß unser Vaterland uns genauso liebt, wie wir es lieben''. Im US-Kino wird das Bekenntnis meist mit frenetischem



Die Rambinos
,,Als Baby kämpfte er schon mit dem Hund ...''
(aus ,,Hamburger Morgenpost'', 27.9.85)

Der häßliche Amerikaner

Stallones Rambo oder Rocky sind gröhlende, brummende Unholde, die, wenn sie schießen, zuschlagen, töten, gern in ein wildes Orang-Utan-Gebrüll oder in dumpfes Ächzen ausbrechen (der Schauspieler ist clever genug, alle Rollen seiner Sprachhemmung anzupassen). Und sowas nennt die US-Presse ,,das Symbol des amerikanischen Geistes''. Chuck Norris: ein Muffel, immer nur dumpf und stumpf und geradezu mitleiderregend unbedarft dreinblickend. Schwarzenegger: ein mürrisches *Stoneface*, das meist leer und immer etwas töricht bleibt und sich nur in den langen Tötungsorgien zur Grimasse eines Besessenen verzerrt. Privat mögen sie reizende Herren sein, in ihren Filmen sind sie wandelnde Belege eines neuen Kultes der Häßlichkeit, Kotzbrocken mit eindeutig animalischen Zügen und neurotischen Verhaltensweisen. Amerika identifiziert sich derzeit vorzugsweise mit einer Riege von Debilen, Psychopathen und viehischen Schlagetots.

Die monströse Verrohung, die sich hier selber feiert, korrespondiert mit der Hauruck-Diplomatie der Reagan-Administration. Und die primitiven Killer-Instinkte, das Haß-, Wut- und Aggressions-Potential, das hier befriedigt wird, die Bereitschaft, solchen Widerlingen zuzujubeln, läßt beunruhigende Rückschlüsse zu auf ein zutiefst verstörtes, verunsichertes und darum gefährliches Land. Es sind faschistoide Ausgeburten, die da verherrlicht und illuminiert werden, in der Giganten-Statur wie in ihren ausdruckslosen Schläger- und Killer-Visagen. Sie agieren wie Amokläufer, sehen plötzlich rot, rasen los, und die Filmhandlung folgt nur noch ihrer Blutspur. Maniaks, die keiner aufhalten kann (und will). Psycho- und Geisteskrüppel und offenbar gerade dadurch besonders effektiv-effektvoll. Ihre Blutbäder, ihre obsessiven Stampeden, ihre verquaste Homosexualität, ihr Sado-Masochismus wird von amerikanischen Kritikern als harmlose Unterhaltung abgetan.

Schwarze, Schwule, Juden, Kommunisten

Wer anders aussieht und anders denkt als die gottesfürchtigen weißen Ameri-

Schwarze, Schwule, Juden, Kommunisten

Wer anders aussieht und anders denkt als die gottesfürchtigen weißen Ameri-

kaner, der ist ihr Feind, ist todgeweiht, wenigstens im amerikanischen Kino. Farbige oder kommunistische Alibi-Figuren, die nicht ins Klischee passen, sind Ausnahmen, die die Regel bestätigen. Wo der Feind steht, betet Reagan der Nation seit Jahren vor. Die UdSSR, die er vor wie nach dem Genfer Gipfel mit ,,pauschalen Verteufelungen'' abtut (US-Ostexperte Stephen Cohn), ist ,,das Reich des Bösen'', und Länder wie Iran, Libyen, Nordkorea, Kuba, Nicaragua sind ,,gesetzlose Staaten, die von der merkwürdigsten Ansammlung von Schädlingen, Geisteskranken und dreckigen Kriminellen seit dem Dritten Reich regiert werden''.

Hollywood setzt diese Doktrin in ihrem reduzierten Schwarz-Weiß-Welbild wie in ihrem üblen Jargon in suggestive Filmplots um. Sowjets, Asiaten und Latinos sind die Bösen, die Bedrohung der freiheitsliebenden Welt. In Filmen wie ,,Gulag'' von Roger Young, ,,White Nights — Nacht der Entscheidung'' von Taylor Hackford, ,,Rote Flut'' oder ,,Invasion USA'' sind die Sowjets tumbe Barbaren. In den Vietnamfilmen foltern sie die GIs wie schmierige Teufel. Die USA überfallen sie zusammen mit Kubanern und Nicaraguanern (in ,,Invasion USA'' hört man auch deutsche Kommandos, eine Grußadresse an die DDR).

Die Miesen und Fiesen im US-Kino sind immer jene, die auch Reagan nicht mag. Syrer, Libanesen, Libyer oder Russen, erzählt man Matrix in ,,Commando'', würden seine Leute töten. Hinter dem Coup steht ein lateinamerikanischer Diktator. Um Kuba geht es in dem revanchistischen Rührstück ,,Gier nach Ruhm'' von Thomas Carter, um eine kriminelle Latino-Gang in der One-Man-Show ,,Cusack, der Schweigsame''. Wie ,,Indiana Jones'' mit farbigem Gesindel in allen Kontinenten aufräumt, wie in ,,Star Wars'' unschwer auszumachen ist, woher die blonden Lichtgestalten kommen und wen Darth Vader und seine Horden symbolisieren sollen, so illustrieren die Vietnamfilme Treibjagden auf Massen beweglicher gelber Zielscheiben. Jeder Schuß ein Treffer, ein Tusch, Triumph.



Vorbild für alte und neue Rambos? Das Bild stammt aus dem Nazi-Propagandafilm ,,Fest der Schönheit'', Olympia Film, 2.Teil, 1938. Regie: Hitler-Protegierte Leni Riefenstahl.

,,Im Jahr des Drachen'', gegen den Diplomaten in vielen Ländern protestierten, geht noch weiter. ,,Der ist richtig geil auf die Schlitzaugen'', wundert sich ein Kollege über den blutrünstigen Kommissar, der sich nicht zufällig den Namen White gab und Haßtiraden auf Chinatown intoniert. ,,It stinks''.

Es ist evident, welche nationalen Neurosen und Vorurteile in diesen Filmen bedient werden. Anti-Kommunismus ist gute amerikanische Tradition, latent immer wirksam, manifest in Zeiten des Kalten Krieges wie jetzt. Asiaten: der nie vergessene Angriff der Japaner und der neue Handelskrieg mit dem Gegner von einst, die verdrängte Demütigung Vietnam, die Scharen neuer Einwanderer aus Vietnam, Taiwan, Indien, Korea, Japan, den Philippinen. Lateinamerikaner: das Dauerärgernis Kuba, Nicaragua, die illegalen Immigranten aus Mexiko, Zentralamerika und der Karibik. Die amerikanische Neue Rechte argumentiert genauso pauschal und verbissen wie die Agitation auf der Leinwand und ergänzt die nationalen Feindbilder gleich noch um die akuten moralisch-

gua, die illegalen Immigranten aus Mexiko, Zentralamerika und der Karibik. Die amerikanische Neue Rechte argumentiert genauso pauschal und verbissen wie die Agitation auf der Leinwand und ergänzt die nationalen Feindbilder gleich noch um die akuten moralisch-

religiösen Dunstschwaden.

Kaum ein Land beschwört so kontinuierlich wie die USA den Faschismus. Aber nur wenige marginale Blätter scheinen zur Zeit wahrzunehmen, in welchem ideologischen Schlamm die neuen Wortführer der Nation waten. Schundfilme, die ohne Bemäntelung die niedrigsten Instinkte mobilisieren und damit Geld machen, werden auf der ganzen Welt produziert, und Konservativismus ist ,,in'', auch bescheuerte Rechtsradikale gibt es überall. Neu, anders in Amerika ist derzeit die breite Zustimmung zu diesem Wahnsinn, vom Präsidenten bis zum Millionenpublikum an der Kasse und vorm Bildschirm. Und anders am amerikanischen Kino ist seine internationale Allmacht. Durch diesen kommerziellen Medienverbund wird die demokratische Freiheit zur Freiheit, inhumane und dumme Produkte weltweit zu verbreiten.

Dochstoß- und andere Legenden

Der Vietnamkrieg ist wegen liberaler Politiker und linker Journalisten verloren worden, ließ Reagan erklären, und 80 Prozent der Amerikaner glauben das. Kino- und Fernsehfilme stricken den Mythos weiter. Die korrupten Liberalen haben nicht nur die Helden um ihre verdienten Lorbeeren gebracht (erster Dolchstoß), sondern sie lassen die letzten Vermißten hilflos in den asiatischen Lagern schmachten (zweiter Dolchstoß) und fallen den Veteranen, die den alten Kameraden zur Hilfe eilen wollen, erneut in den Rücken (dritter Dolchstoß).

Die Heroen der Vietnamfilme widerlegen das Untersuchungsergebnis mehrerer US-Delegationen, daß es in Fernost keine Verschollenen mehr gibt, und müssen sich zusätzlich gegen die Behinderungen durch US-Regierungsvertreter wehren. Erst im Finanle gelingt der Gegenbeweis und der Sieg über die feigen Kompromißpolitiker. Thema einer ,,SoF''-Tagung: Warum Washington nichts für die Vermißten in Vietnam tut. Als Rambo das Kriegsgefangenenlager entdeckt, soll er geopfert und den Feinden überlassen werden. Sein alter Vorgesetzter, empört: ,,Ihr Bürokraten macht dasselbe, was zu unserer Niederlage geführt hat!'' Der Gegenspieler, ein Politiker aus Washington, ist der klassische Schurke, eine perfide Karrikatur.

Ein wirklich phantastischer Vorgang, eine landesweit akklamierte und akzeptierte Lüge, ein kollektiver Rausch. Amerika hat den Krieg nicht verloren, den Truppen wurde nur verboten, ihn zu gewinnen. Ein schändlicher Krieg und eine nie bewältigte Niederlage werden zum nationalen Erfolgserlebnis verkehrt. Und Schuld an der Kränkung von damals hatte ein zu lasches, pazifistisches, liberales System. Das bedroht auch heute die Nation. Die ,,zerstrittene Führung'' ist die Chance der feindlichen Armee in ,,Invasion USA''; während die Politiker noch konferieren, tobt draußen schon der Krieg.

Mit dem verhaßten Liberalismus wird auch gleich das komplexe Geflecht von Verträgen, internationalem Recht, Absprachen mit Verbündeten, diplomatischen Gepflogenheiten und die moderne Kommunikations-Technologie verteufelt. Im Vorspann zur ,,Roten Flut'' wird sarkastisch mitgeteilt, Zentralamerika sei kommunistisch, in Bonn regierten die Grünen, Europa halte sich raus, nur die Briten versuchten dem sowjetisch besetzten Amerika zu helfen. Kommissar White im ,,Jahr des Drachen'' über New Yorker Filzokratie: ,,Ich habe diesen Mist 10 Jahre lang geschluckt, ich ersticke daran!'' Und über seine rüden Methoden gegenüber den Chinesen: ,,Fuck their civil rights!'' Das Network ABC über den sowjetischen Einfall in der geplanten Serie ,,America'': ,,Alles war so sophisticated, verletzlich, computerisiert, daß sie unser System leicht zerschlagen konnten''.

Rambo zieht die Konsequenz aus solchen Erkenntnissen. Er zerballert mit wildem Geheul das Computerzentrum der Amerikaner in Vietnam. Maschinenstürmerei zu Ehren des neuen Primitivismus und Fundamentalismus. Ernst Jünger läßt grüßen. Das neue Amerika tritt auf mit der Knarre in der Hand, nicht mit Technik und Diplomatie. Oder gleich mit der blanken Faust. Der Held in ,,Rocky IV'' trainiert einsam, allein, nur auf sich gestellt, der sowjetische Koloß hat ein Riesenteam und eine komplizierte elektrochemische Hilfsapparatur. Keine Frage, wer, also wessen Prinzip letztlich gewinnt.

,,Rambomania'' in Kirchen, in Kinos, in den Köpfen. Eine ,,John-Wane-Stimmung'' in Washington, eine ,,nationale Selbstbesinnung'' im Land. Reagan schürt die ,,populisti-

trochemische Hilfsapparatur. Keine Frage, wer, also wessen Prinzip letztlich gewinnt.

,,Rambomania'' in Kirchen, in Kinos, in den Köpfen. Eine ,,John-Wane-Stimmung'' in Washington, eine ,,nationale Selbstbesinnung'' im Land. Reagan schürt die ,,populisti-

sche Paranoia'', schreibt die Londoner ,,Times'', und verkleistert so die virulenten ,,Gefühle von Ohnmacht, verletztem Stolz, Isolation''. Gott, Fahne, Vaterland, Hymnen, Schulgebet und Hand aufs Herz. Alle posaunen mit, selbst die Werbung verspricht Güter ,,mit Stolz hergestellt in Amerika''. Die Bevölkerung ist den vollmundigen Salven aus allen Richtungen widerstandslos ausgesetzt. Sie hören, sehen, lesen überall die gleichen Klischees. Weit über 30 Millionen amerikanische Analphabeten sind nur auf Kino, TV und die herrschende Volksmeinung angewiesen; sie wissen fast nichts, deshalb glauben sie alles, nehmen selbst wüste Agitprop für bare Münze. Entsprechend verbreitet sind Rassismus, Kommunistenhaß, Kriegsängste, Hurrahpatriotismus.

Auf die Panikmache und die grimmigen Polit-Botschaften der letzten Kassenschlager angesprochen, wehren die US-Kollegen ab: Die Europäer hätten den Tick, alles zu politisieren, das sei eine der Phobien der 70er. Die Filme würden den Neokonservativismus vermarkten, okay, aber im übrigen seien sie ,,just for fun, just entertainment''. Nur harmlose Unterhaltung. Das hat Hitlers Propagandaminister Joseph Goebbels auch von den meisten Nazifilmen behauptet. Aber der wußte, daß er log.

Anmerkungen aus dem Vorspann:

1) Göring am 12.7.1934, zitiert in: Gerd Albrecht ,,Nationalsozialistische Filmpolitik''
2) Erwin Leiser: ,,Deutschland erwache'', rororo aktuell 580
3) Goebbels am 15.2.1951 vor der Reichsfilmkammer, zit. nach ,,Film im Dritten Reich'', Hrsg. Gerd Albrecht
4) ,,taz'', 23.1.86
5) Bravo, 13.2.86 und Bravo, 27.2.86

Humangenetische Beratungsstellen auf alten Wegen

Diskussionsbeitrag zu den Leserbriefen auf „Für das ‚Recht' auf ein behindertes Kind" und ergänzende Informationen zu den Humangenetischen Beratungsstellen.

Auf unseren Artikel „Für das Recht auf ein behindertes Kind" hat es einige Reaktionen gegeben. Wir wollen im Folgenden darauf eingehen. Wichtig ist uns, klarzustellen, daß trotz der Überschrift unser Ziel nicht war, uns hauptsächlich mit der Behindertenproblematik zu befassen. Nochmal zur Erinnerung, unser Artikel hatte folgende Themen behandelt: „Vorsorgeuntersuchung"; „Gefahr der Behinderung durch Vorsorgeuntersuchungen"; „Wie hoch ist die Gefahr einer Behinderung bei ‚älteren' Frauen"; „Das perfekte Baby?"; „Warum Angst, ein behindertes Kind zu bekommen?"; „Beseitigung der Umwelteinflüsse, die Behinderungen hervorrufen!"; „Das Private ist nicht vom Politischen zu trennen". Leider mußten wir feststellen, daß der größte Teil der Reaktionen nur auf einen Teil unseres Artikels einging — nämlich fast ausschließlich auf den Punkt „Warum Angst, ein behindertes Kind zu bekommen". Dadurch fühlen wir uns leider in eine Ecke gedrängt, in die wir gar nicht wollten, da für uns zu dem Thema noch mehr Sachen gehören. Trotzdem werden wir natürlich darauf eingehen.

Mutterglück?

Als erstes möchten wir uns gegen die Behauptung mit unserem Foto wehren, die K. und S. in ihrem Leserbrief schreiben. Dieses Bild zeigt u. E. ganz eindeutig einen turnhallenartigen Raum. Von einer glücklichen Mutter mit Kind kann hier auch ohne Bildunterschrift keine Rede sein, denn auch bei behinderten Kindern liegen normalerweise keine Turnmatten und ähnli-

Aktenklau

Aktenklau

Im Januar '84 sind Leute in die HB-Barmbek eingedrungen, haben verschiedene Akten mitgenommen, andere mit Säure und Altöl unbrauchbar gemacht. Auszüge aus den Akten wurden veröffentlicht.

Aus der Erklärung zur Aktion:

„Die Humangenetische Beratungsstelle Barmbek arbeitet eng mit den Alsterdorfer Anstalten zusammen und untersucht unter anderem das ‚Patientengut' (O-Ton), das ihr von dort zugewiesen wird, auf mögliche Erbschäden. So gelten z.B. Psychosen, Alkoholismus und Kriminalität als erblich; soziale Unangepaßtheit/Auffälligkeit in der Familie ist für Frau Stoeckenius Hinweis auf erbbedingte Hirnschäden (Näheres dazu in der taz vom 1.2.84).

Frau Stoeckenius hat in der Nazizeit studiert und ihre Lektion offenbar gut gelernt."

che große Turnsachen rum. Wenn ihr, nur weil ihr eine Frau mit Kind seht, gleich Mutterglück assoziiert, dann ist das euer Ding, sollte aber bitte nicht auch uns unterstellt werden. Nun zu unserer angeblichen Unterschätzung der Arbeit mit Behinderten: Hier muß mal ganz klar gesagt werden, wir haben *absichtlich* nicht derartige „Gruselstories" geschrieben, wie furchtbar anstrengend u. ä. ein behindertes Kind sein kann. Diese Dinge sind nämlich in der Regel bekannt. Wir leben in einer behindertenfeindlichen Gesellschaft, und hier wird genug dafür getan, daß wir Behinderungen furchtbar finden. Zeitschriften wie die der Regenbogenpresse bringen genug Schicksalsgeschichten über Familien, die wegen ihrer behinderten Kinder leiden. Ebenso bemühen sich Fernsehen und Bücher darum, uns Behinderte als etwas Schreckliches zu zeigen. Da wir meinen, daß genug derartige Geschichten — auch wie die von euch mit der Frau, die nicht tragen kann — bekannt sind, wollten wir **absichtlich ein Gegengewicht** erstellen.

Desweiteren ist uns an dem Leserbrief von K. und S. eine interessante These aufgefallen. Sie behaupten, zu sagen: „Für das Recht auf ein behindertes Kind" heißt *„Ich möchte gern ein behindertes Kind haben?" Das wäre kaum ein Problem, die Anstalten sind voller Kinder, die adoptiert werden könnten."* Zum einen haben wir nicht gesagt, wir möchten ein behindertes Kind, sondern wir wollen das Recht, wenn frau schon schwanger ist und sie erfährt, daß das Kind behindert ist, es austragen zu können bzw. die Möglichkeit, gar nicht erst etwas feststellen zu lassen, sondern das Kind ohne Wissen auf Behinderung oder nicht austragen zu können. Zum Anderen ist es u. E. unfair, diese Frage nur auf behinderte Kinder zuzuspitzen. Es muß dann schon grundsätzlich die Frage gestellt werden, „Warum muß es ein ‚eigenes' Kind sein", denn die Heime sind auch voll mit nicht behinderten Kindern. Bleibt die Frage aber so stehen, wie ihr sie gestellt habt, heißt das: nicht behinderte Kinder bringt ruhig zur Welt, das ist o. k. Aber Behinderte, mit denen haben wir schon genug Arbeit, vor denen verschont uns bitte.

Soziale Folgebehinderungen

K. und S. halten uns vor, weder den Begriff „Behinderung" noch sogenannte „Folgebehinderungen" erklärt zu haben. K. und S. schreiben, es sei selbstverständlich, daß z. B. ein Kind mit einer Lippen-Kiefer-Gaumenspalte (LKG) „Lernbehinderungen aufgrund des reduzierten Sprachvermögens" als „Folgebehinderung" bekäme.



Das stellen wir in Frage: LKG hat nichts mit geistiger bzw. Lernbehinderung zu tun. Sollte aufgrund der Sprachschwierigkeiten — besser: des Schwerer-Verstehen-Könnens der Mitmenschen — automatisch eine Lernbehinderung nach sich ziehen, hieße das, konsequent weitergedacht, Leute, die stumm sind, hätten massive Lernstörungen, sofern sie überhaupt noch lernfähig wären.

In unseren Augen ist diese Auffassung eine extreme Unterschätzung von Menschen mit Sprachstörungen sowie eine Diskriminierung.

Diese Auffassung mag in Alsterdorf bestehen, doch sollte S. hierbei eher die sozialen wie anstaltsbedingten Unterbringungsmöglichkeiten hinterfragen, statt LKG in einen Kausalzusammenhang mit „Lernbehinderung" zu stellen.

Die weitere angeführte „Folgebehinderung", die „Verhaltensstörung" aufgrund der Reaktionen anderer Leute, ist ebenso eine denkwürdige These.

Hier wird wieder den Leuten, die aufgrund z. T. frecher und anmaßender Reaktionen der Mitmenschen auf Behinderungen nicht mehr normgerecht reagieren, eine weitere Störung/Behinderung bescheinigt. Das „gestörte Verhalten" bzw. Verhältnis liegt bei den Nicht-Behinderten; die entsprechende Reaktion der Betroffenen darauf wird als „Störung" analysiert bzw. therapiert.

Diese Fragen von fortschrittlicher Pädagogikauffassung sollen hier jedoch nicht diskutiert werden.

Die Frauen dem Schicksal überlassen?

K. und S. halten uns entgegen, daß „bei werdenden Müttern ein großer Bedarf an möglichst frühzeitiger Diagnostik besteht", ob eine Behinderung vorliegen könnte.

Ohne dabei auf unsere ausführliche Darstellung der Vorsorgeuntersuchungen wie Amniozenese und Chorionbiopsie sowie deren Risiken, politische Tendenzen wie auch die Gefahr der Behinderung *durch* diese Untersuchungen einzugehen, werfen sie die Frage bzw. die Vermutung auf, wir würden die Frauen ihrem „Schicksal" überlassen, durch Ablehnung der Vorsorgeuntersuchungen.

Im Gegenteil!

Um die Frauen *nicht* dem „Schicksal" zu überlassen, sondern eine Entscheidungsgrundlage zu schaffen, ist eine umfassende Information und Auseinandersetzung mehr als notwendig. Dem „Schicksal" werden viele Frauen eher übergeben, wenn sie sich ohne Informationen diesen Untersuchungen unterziehen bzw. in einer Humangenetischen Beratungsstelle (HB) landen, deren Spezialist/inn/en in fast jeder Familie „genetische Bedenken" haben können, die bei sozial schlechter gestellten Leuten ein stärkeres Gewicht bekommen.

Besonders proletarische Frauen werden hier ins offene Messer geschickt.

Außerdem liegt in diesem „großen Bedarf nach frühzeitiger Diagnostik" ein gewisser Erfolg der Humangenetiker, die latent bestehenden (Berührungs-)Ängste vor Behinderungen bzw. mit Behinderten für ihre medizinischen und politischen Ziele zu nutzen..

Je stärker diese Positionen manifestiert werden (und von K. und S. als Bedürfnis von Frauen, dem nachgekommen werden soll, dargestellt), desto näher rückt für uns die Fruchtwasseruntersuchung als *Regel*untersuchung — mit entsprechenden möglichen Konsequenzen.

Momentan sind die Konsequenzen für nicht gemachte bzw. verweigerte Vorsorgeuntersuchungen moralischer Druck (z. T. massiver) wie auch das Nicht-Auszahlen der „Prämie" nach einer Geburt durch die Krankenkasse. Weiterhin wird teilweise Frauen die Entscheidung für/gegen ein behindertes Kind (ohne deren Wissen) abgenommen, indem behindert geborene Kinder nach der Geburt liegen gelassen werden, bis sie gestorben sind.

Daß wir in einer behindertenfeindlichen Gesellschaft leben, ist unbestritten. Für uns ist die Konsequenz daraus jedoch nicht die „Abschaffung" der Behinderten, ebensowenig das Hochhalten dubioser Möglichkeiten zur angeblichen „Verhinderung" der Behinderten, sondern die Forderung nach besseren Lebensbedingungen.

Das beinhaltet Beseitigung der Umweltbedingungen, durch die Föten/Menschen geschädigt werden, sowie eine Verbesserung der Lebensbedingungen für behinderte Menschen.

Es geht auch um Akzeptanz von Menschen die „anders" sind, d.h. nicht der herrschenden Norm entsprechen. „Asoziale", „Behinderte", „Emanzen", Kommunist/inn/en", „Kanaken", ... verschiedene Begriffe, die Personengruppen bezeichnen, werden ebenso als Schimpfwörter benutzt.

Eigentlich zeichnet uns Linke aus, unsere Augen nicht verschließen zu

Fortsetzung nächste Seite

„Karrieren"

Professor Heinrich Schade

geb. **1907**. 1. Okt. 34 - 1. Aug. 35 Teilnahme am Kurs für NS-Ärzte in Anthropologie und Genetik am KWI für Anthropologie in Berlin.

1939 Oberarzt bei Professor Verschuer am Institut für Erbbiologie und Rassenhygiene. Mit anderen Mitarbeitern hielt er Fortbildungsveranstaltungen für Mediziner ab, die von der Führung der SS, dem rassenpolitischen Amt, von der Reichsärztekammer und vom NS-Ärztebund organisiert wurden, in Anthropologie und Genetik.

1936-1940 15 Veröffentlichungen ‚Erbbiologische Bestandsaufnahme' in der nordhessischen Stadt Schwalm. Er beschrieb erbgerichtliche Entscheidungen zum angeborenen Schwachsinn und zur Epilepsie und stellte dabei fest, daß das Auftreten auch eines einzigen epileptischen Anfalls zur Sterilisation führen müsse, selbst wenn kein Arzt diesen Anfall beobachtet hätte, sondern lediglich aufgrund der Umstände auf diese Erkrankung zu schließen sei. Von großer Hilfe wären dabei nach seiner Meinung sogenannte „Degenerationszeichen innerhalb der Familie". Dazu rechnete er z.B. Bettnässen, Linkshändigkeit, Stottern und Migräne.

1940 forderte er eine „bäuerliche Gesinnung" als dauerhafte Volksgemeinschaftsideologie und die „Bekämpfung des Massengeistes". Schade nahm an illegalen Sterilisationen farbiger Mischlinge teil, die während der Besetzung des Rheinlandes nach dem 1. Weltkrieg von farbigen französischen Soldaten gezeugt wurden. Obwohl keinerlei gesetzliche Grundlagen für die Sterilisierung bestanden, erstellte Schade Gutachten, die zur Unfruchtbarmachung der Mischlingskinder führten.

sierung bestanden, erstellte Schade Gutachten, die zur Unfruchtbarmachung der Mischlingskinder führten.

1952 wurde er von Verschuer nach Münster an das Institut für Genetik berufen.

1954 Verleihung des Professoren-Titels.

1966 Berufung auf den Lehrstuhl für Genetik in Düsseldorf.

1974 Ruhestand.

Publikationen:

1974 „Völkerflut und „Völkerschwund"

1975 „Sind Kulturablauf und Volkstod schicksalshaft"

1982 „Völker- und Kulturtod und die Lage in Deutschland"

In diesen Büchern empfiehlt er u.a. sozial unterschiedliche genetische Beratung und eine vermehrte Schwangerschaftsverhütung der unteren sozialen Schichten. Erbkrankheiten der höheren sozialen Schichten seien wegen des besseren genetischen Materials in Kauf zu nehmen.

Professor Otmar Freiherr von Verschuer

geb. **1896**. Beteiligte sich im Rahmen des Kapp-Putsches an antirepublikanischen Aktionen, bei denen 15 Arbeiter erschossen wurden.

1927 Nach Abschluß des Medizinstudiums und klinischer Tätigkeit wurde er Leiter der Abteilung für menschliche Erblehre am Kaiser-Wilhelm-Institut (KWI) für Anthropologie und menschliche Erblehre in Berlin. Sein Hauptschwerpunkt: „Zwillingsforschung". Verfasser des Lehrbuches: Erbpathologie". Im 1. Kapitel „Der Erbarzt im Völkischen Staat" legt er die „wissenschaftlichen" Erkenntnisse der Erbbiologie „dem Führer" in die Hand und stellt sich ohne Einschränkung zur Verfügung.

1934 Herausgeber des „Erbarztes", einer Beilage zum Deutschen Ärzteblatt, die alle Ärzte zugestellt bekamen. Der „Erbarzt" wurde damit zur meistverbreiteten und einflußreichsten rassehygienischen Zeitschrift und Verschuer der führende Rassentheoretiker.

1934 Leitung der Poliklinik für Erb- und Rassenpflege/Berlin

1935 Gründung des Instituts für Erbbiologie und Rassenhygiene in Frankfurt. Mitarbeiter: Josef Mengele, Hans Grebe und Heinrich Schade. Außer der „wissenschaftlichen" Tätigkeit des Instituts setzte Verschuer die Berechtigung zur „praktischen Arbeit" durch, und das Institut erhielt die Funktion einer „staatlichen Beratungsstelle für Erb- und Rassenpflege". Aufgabe: Erfassung und „Beratung" der linksmainischen Gebiete mit 90.000 Einwohnern. Im Rahmen dieser Tätigkeit wurden pro Jahr ca. 1.000 Untersuchungen vorgenommen und 1936-1938 100-300 Gutachten, vorwiegend zur Frage der Unfruchtbarmachung und der „Ehetauglichkeit" erstellt. Gleichzeitig war das Institut „Rassenbiologische Fachgutachterstelle für die Reichsstelle für Sippenforschung", Benno Müller-Hill wies an einem Gutachten aus einem „Rassenschandeprozeß" nach, daß Verschuer und Mengele mit Gutachten beschäftigt waren, die in diesem Fall zur Einstufung des Untersuchten als „Halbjuden" führte.

Verschuer und Schade hielten Vorlesungen an der Frankfurter Uni zu Rassenhygiene und Bevölkerungspolitik.

1937 Mitglied der Forschungsabteilung „Judenfrage" des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands.

1942 Leitung des KWI für Anthropologie Berlin. Dort wurde erneut Josef Mengele sein Assistent. Als Mengele 1943 ‚Lagerarzt' von Auschwitz wurde, stellte Verschuer zwei Projektanträge an die Deutsche Forschungsgemeinschaft über „spezifische Eiweißkörper" und „Augenfarbe", die bewilligt wurden. Mengele schickte Serum und „wissenschaftlich" besonders interessante Organe von in Auschwitz getöteten Zwillingspaaren, „Zwergen" und „Verkrüppelten" an das KWI in

schaftlich" besonders interessante Organe von in Auschwitz getöteten Zwillingspaaren, „Zwergen" und „Verkrüppelten" an das KWI in

Berlin. Verschuer und Mengele setzten ihre „Forschungen" bis in das Jahr 1945 fort.

1945 war für Verschuer die politische Forderung der Gegenwart eine „Gesamtlösung des Judenproblems" und die „Reinigung des Volkskörpers von rassefremden Einschlägen", dargelegt im „Europäischen Wissenschaftsdienst". Verschuer floh aus Berlin vor der russischen Besetzung nach Hessen und ließ den kompletten Bestand des KWI aus Berlin dorthin überführen. Er reinigte es von allem belastenden Material.

1945/46 erschlich er sich die Leitung des KWI für Anthropologie in Frankfurt mit der Lüge, daß er vor der „Analyse eines chemischen Stoffes stünde, der Schutz und Abwehr gegen Tuberkuloseinfektionen" verleihen sollte. Bei der Entnazifizierung wurde er als „Mitläufer" eingestuft.

1947 erhob das neu besetzte KWI für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht Einspruch gegen die Berufung Verschuers und kennzeichnete ihn als „gefährlichsten Nazi-Aktivisten des Dritten Reiches" und als „bedenkenlosen Opportunisten". Die hessische Staatsregierung entzog ihm daraufhin das Recht, lehrend oder forschend tätig zu sein.

1949 Mitglied der Akademie der Wissenschaften und Literatur in Mainz.

1951 Berufung auf den Lehrstuhl für Genetik nach Münster, den er zu einem der größten seiner Art ausbaute. Aufbau eines Genetik-Registers für eine Bevölkerung von 2,2 Mio.

1952-1956 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Anthropologie

1965 wurde er in den Ruhestand versetzt.

Die Ausdrucksweise seiner Arbeiten, die Grundvoraussetzungen der rassenhygienischen Anschauungen Verschuers blieben bis 1965 im wesentlichen gleich. Allein eine Änderung findet sich durchgängig: den Begriff minderwertig setzt Verschuer fortan in Gänsefüßchen.

Quelle:
Klaus-Dieter Thomann, Rassenhygiene und Anthropologie: Die zwei Karrieren des Prof. Verschuer, FR 20.5.85



Fortsetzung von vorheriger Seite

wollen vor den sog. ,,Randgruppen'', ebensowenig für deren Abschaffung einzutreten. Bei zunehmendem Rassismus treten wir auch nicht dafür ein, den Ausländeranteil zu vermindern, um den Rassismus dadurch zu verringern.

So sollten wir auch in diesen Punkten der bürgerlichen Demagogie nicht aufsitzen.

Humangenetische Beratungsstellen

Den humangenetischen Forschern geht es um Erbgut und genetische Fehler, und nicht um die Situation gestreßter Mütter. Ginge es den Forschern ausnahmsweise mal um eine Verbesserung der Situation von Frauen, hieße die Tendenz: Förderung und Schaffung guter integrierter Kindergärten und Schulen, sowie sonstige soziale Verbesserungen. Doch die H.B. profitieren von den bestehenden Ängsten, behinderte Kinder zu bekommen, sowie der zunehmenden Angst aufgrund der erhöhten Zahl von Umweltkrankheiten und Mißbildungen. U.a. diese Tatsachen führten dazu, daß die H.B. von mehr Leuten aufgesucht wurden. Die H.B. in Barmbek z.B. gibt es seit 1967 (!). Während 1970 ca. acht Ratsuchende sie aufsuchten, waren es 1976 bereits 1.900 (1), 1983 ca. 3.700 (2) in ganz Hamburg (überwiegend Frauen). Die Tendenz ist weiter steigend.

Hier wird jedoch nicht nach umweltbedingten Ursachen für die Behinderung gesucht, sondern nach dem Erbgut der Eltern, Familie und Verwandschaft, sowie nach psychischen und sozialen ,,Auffälligkeiten''. (s.a. AK Nr. 265 ,,Für die Abschaffung der Humangenetischen Beratungsstellen'').

Basierend auf dem Bild der Bedrohung und Belastung der ,,gesunden Familie'', wird der Krankheitsbegriff von

265 ,,Für die Abschaffung der Humangenetischen Beratungsstellen'').

Basierend auf dem Bild der Bedrohung und Belastung der ,,gesunden Familie'', wird der Krankheitsbegriff von

Frau Stoekenius (Leiterin der H.B. in Barmbek) erweitert, sodaß beispielsweise auch ,,ein ständiges Reden über den Tod, über den Krieg'' oder ,,unkorrigierbare und minutiös ausgedachte, dabei undurchführbare Weltverbesserungsideen'' dareinfallen.

Die Anfänge ...

... dieser ,,Auslese- und Behinderten-Verhinderungs-Gedanken'' liegen über 100 Jahre zurück. Schon Mitte des 19. Jh. tauchten erste Forderungen an die Presse auf, vor der Gefährdung des Heiratens Ungesunder zu warnen. Damals waren TB- und Geisteskranke gemeint. Die erste ,,Eugenische Beratungsstelle'' wurde 1911 in Dresden unter Ernst Haeckel (Mediziner und Zoologe) eingerichtet, der Darwins Selektionstheorien aus der Tierwelt auf die Menschen übertrug. Damals ging es um Forderungen nach Gesundheitsattesten, die den Papieren zur Heirat beizulegen seien, die jedoch im Reichstag noch keine Mehrheit fanden. Nach dem 1. Weltkrieg, als die Sorge um das Fortbestehen des Volkes wuchs, fand sich eine größere Basis für die Lehre der Rassenhygiene, doch nicht im gesamten Volk.

Ab 1920 wurden vor Erbkrankheiten warnende Merkblätter des Reichsgesundheitsamtes vor allen Standesämtern verteilt, es gab Sippschaftstafeln; Fragebögen an Ehekandidat/inn/en nach der Familiengeschichte wurden von den Ärzten ergänzt. Wirtschaftliche Krise und restriktive Sozialpolitik waren u.a. Ursachen für breite Resonanz der Eheberatungsstellen (3).

Ziel war nicht nur die Nicht-Eheschließung, sondern auch die (Zwangs-)Sterilisation, zur ,,Verhütung erbkranken Nachwuchses''.

Im Nationalsozialismus wurden dann diese bevölkerungspolitischen Ziele konsequent umgesetzt mit dem Ziel der leistungsfähigen, gesunden Bevölkerung. Gründe waren neben ,,medizinischen Auffälligkeiten'' auch soziales Unangepaßtsein (= ,,moralischer Schwachsinn''). Kriterien für die Zwangssterilisation waren u.a.: ,,Vater lungenkrank, trinksüchtig; Wohnung und Kinder verwahrlost; Arthur ... unehelich, Hilfsschule; Kommunistische Flugblätter, usw.'' (4) Entsprechend viele Menschen wurden während des Faschismus zwangssterilisiert, ermordet, kamen in KZs.

Nach '45 ...

... wurden die Ziele der Eugeniker nicht mehr so offen verfolgt, doch eine Kontinuität besteht. Leute wie Verschuer (näheres siehe Kasten ,,Karriere'') arbeiten weiter mit ihren ,,wissenschaftlichen Ergebnissen'' aus KZs und Anstalten. Die Zwangssterilisierten bekamen keine Entschädigung, da sie als ,,Nichtverfolgte'' des NS-Regimes eingestuft wurden. Gutachten wurden im nachhinein als medizinisch gerechtfertigt eingestuft.

War die Zahl der Ratsuchenden bzw. überwiesenen Personen auch gering, so machten die humangenetischen Institute weiterhin ihre Untersuchungen auf Erbschäden. Die genetischen Forschungen wurden weiterentwickelt. Seit 1956 ist es möglich, menschliche Chromosome zu untersuchen.

1969 trafen sich führende Humangenetiker in Marburg zu einem Symposium über ,,Genetik und Gesellschaft''. Dort einigten sie sich, die Öffentlichkeit über Chancen der genetischen Beratung zu informieren. Nachdem in verschiedenen Großstädten wie Hamburg (Barmbek) schon humangeneti-

um über ,,Genetik und Gesellschaft''. Dort einigten sie sich, die Öffentlichkeit über Chancen der genetischen Beratung zu informieren. Nachdem in verschiedenen Großstädten wie Hamburg (Barmbek) schon humangeneti-

sche Institute entstanden waren, wurde 1972 in Marburg die erste allgemein zugängliche Beratungsstelle eingerichtet. Als besonderer Anreiz wurde in den ersten drei Jahren kostenlos beraten (finanziert über das Bundesgesundheitsministerium sowie die VW-Stiftung). Während dieser Zeit ließen sich 2.173 Familien beraten, bis 1977 3.500 (5). Außerdem wurden auf Fortbildungsveranstaltungen für Ärzte die Erblichkeit von Krankheiten gelehrt, so daß diese z.T. selbst ihre Patient/inn/en berieten.

Seit 1.4.74 wurden die Kosten für genetische Beratung von den Krankenkassen übernommen. 1977 gab es in der BRD bereits 41 humangenetische Institute bzw. Beratungsstellen.

Soweit ein grober geschichtlicher Abriß.

Humangenetische Ziele

Neben den Zielen der ,,Volksgesundheit'' geht es den Befürwortern der Humangenetik ebenso um das Kosten-Nutzen-Verhältnis. Dazu Prof. Tunte vom genetischen Institut in Münster: *,,In unserer Zeit sind solche Kosten-Nutzen-Analysen auch für die Bundesrepublik erstellt worden. Sämtliche Berechnungen haben gezeigt, daß je nach zugrundegelegten Voraussetzungen der Nutzen den Aufwand um ein Mehrfaches überwiegt. Würden z.B. in der Bundesrepublik alle Schwangerschaften von Frauen ab 40 Jahren untersucht, so wären 11.000 pränatale Diagnosen erforderlich. Hierbei würden Kosten in Höhe von 28.000 DM pro Schwangerschaft mit chromosomengeschädigter Frucht entstehen. Demgegenüber würden die durchschnittlichen Kosten für die lebenslange Betreuung eines ausgetragenen Kindes etwa 200.000 DM betragen, was einer Kosten-Nutzen-Relation von 1:7 entspricht''.* (6) Plädoyer für die (Zwangs-)Regeluntersuchung?

Die makabre, menschenfeindliche Sichtweise (in alter Tradition) beinhaltet einen weiteren Schritt zur Kontrolle der ,,Spezialisten'' über unsere Körper. Es sei auch daran erinnert, daß eine Gefahr der Behinderung d u r c h ,,pränatale Diagnosen'' wie Fruchtwasseruntersuchung besteht (siehe AK 263 ,,Für das ,Recht' auf ...'').

Die Ersparnisse durch Beratungstätigkeit im medizinischen, schulischen und Rehabilitationsbereich werden von Stackelberg für den Zeitraum von 1972-77 in Marburg mit 7,3 Mio. DM angegeben. Die Kosten für genetische Beratung schätzt er auf 3,6 Mio. DM. Er kommt daher zu dem Ergebnis:

,,Die Effektivität könnte durch eine Ausweitung der diagnostischen und beraterischen Kapazität gesteigert werden. Wirtschaftliche Gründe sprechen (...) nicht gegen eine Ausweitung, da mit zusätzlich investierten Geldbeträgen spürbare Einsparungen in den Bereichen Therapie, Rehabilitation und Pflege Behinderter sowie Volkseinkommenszuwächse erzielt werden'' (7).

So deutlich in diesem Zitat eine Zielsetzung geäußert wird, werden die Ziele ebenso pseudo-humanistisch verpackt propagiert. Behinderte jeder Art stellen demnach nicht nur eine Belastung für den Geldbeutel des Staates (und Steuerzahlers) dar, sondern ebenso Last und Zerrüttung für die ,,gesunde Familie''. *,,Ein friedliches Familienleben sei mit diesem Kind einfach nicht möglich gewesen. Schließlich habe der Vater versucht, das Kind zu töten, womit er dann ja bestraft würde, sich selbst opfere und die ganze Familie von dem unerträglichen Druck dieses Kindes befreie''* (8).

Hier wird, wenn auch auf einer anderen Ebene, in die gleiche Richtung argumentiert: Abschaffung der Behinderten.

Wir plädieren ...

... nach wie vor für das absolute Selbstbestimmungsrecht der Frauen in Hinblick auf den § 218, sehen es entsprechend auch als eigene Entscheidung an, ob eine Fruchtwasseruntersuchung gemacht wird. Bedingung ist eine umfassende Aufklärung über Risiken, politische Tendenzen der Untersuchung sowie der Humangenetik insgesamt.

Aber wir sind für die Abschaffung der H.B.s, da die davon ausgehende Gefahr für die gesamte Gesellschaft zu groß ist, die Hoffnung auf umfassende Beratung durch die Ärzte und Forscher ist zu gering.

At./B./C. Frauenzelle Eimsbüttel

Quellen:
(1) „Materialien gegen Bevölkerungspolitik"
(2)-(8) vgl. „Die WohlTÄTER-Mafia"

At./B./C. Frauenzelle Eimsbüttel

Quellen:
(1) „Materialien gegen Bevölkerungspolitik"
(2)-(8) vgl. „Die WohlTÄTER-Mafia"

Literaturhinweise:
Gen-Technologie „Die neue soziale Waffe" Friedrich Hansen, Regine Kollek.
„Die WohlTÄTER-Mafia", Udo Sierck, Nati Radtke.
„Materialien gegen Bevölkerungspolitik", Broschüre Frauen gegen Bevölkerungspolitik.

Anmerkung der Redaktion:
Gegen den Abdruck dieses Artikels in der vorliegenden Form bestanden in der Redaktion mehrheitlich starke Bedenken. Unserem Eindruck nach gehen die Autorinnen auf die Positionen des Textes, den sie kritisieren, kaum ernsthaft ein. Stattdessen werden die Verfasser dieses Textes in die geistige und moralische Nähe des Nationalsozialismus und der organisierten Menschenvernichtung gerückt. Mit Sicherheit ist es in dieser Zeitung, anders als von den Autorinnen indirekt unterstellt, nie eine Streitfrage gewesen, ob man für die „Abschaffung der Behinderten" eintritt. Generell halten wir für ärgerlich, daß die Autorinnen die wirklichen, praktischen Probleme, die sich für Frauen mit einem behinderten Kind ergeben, absolut nicht ernst zu nehmen vermögen, sondern die daraus resultierenden Sorgen nur als Projektionen rassistischer Ideologie denunzieren. Und es ist sicher keine angemessene Antwort auf h e u t e existierende Probleme, wenn den Frauen wieder einmal nur der Verweis auf eine langfristige revolutionäre Perspektive (Beseitigung der Behindertenfeindlichkeit, Erkämpfung anderer Lebensverhältnisse usw.) angeboten wird.

'Ganzheitliche Medizin' im 'Sozialstaat BRD'

— eine Buchbesprechung —

,,Der Mensch muß in den Mittelpunkt einer anzustrebenden Ganzheitsmedizin gerückt werden. Noch wichtiger (!) ist eine Gesundheitsvorsorge durch gezielte Aufklärung des einzelnen, der durch verbesserte Kenntnisse und durch konsequente Hilfe zur Selbsthilfe für seine Gesundheit verantwortlich werden kann.''

In diesen Zielvorstellungen des Grünen Bundesprogramms zur Gesundheitspolitik kommen bereits jene beiden Aspekte zum Ausdruck, die Renate Jäckle, Ärztin, Wissenschaftsjournalistin und Mitautorin von *,,Unter Umständen — Über den Umgang mit Medikamenten in der Schwangerschaft''*, in ihrem Ende vergangenen Jahres erschienenen Buch *,,Gegen den Mythos — Ganzheitliche Medizin''* an



der nicht ganz so neuen Welle ,,alternativer'' Heilmethoden einer scharfen Kritik unterzieht: Den ,,Begriff'' ,,Ganzheitliche Medizin'' und die dazu geradewegs im Widerspruch stehende

der nicht ganz so neuen Welle ,,alternativer'' Heilmethoden einer scharfen Kritik unterzieht: Den ,,Begriff'' ,,Ganzheitliche Medizin'' und die dazu geradewegs im Widerspruch stehende

— und von den ,,Ganzheits''-Ideologen propagierte — Praxis der individuellen ,,Selbsthilfe'' für die Opfer des krankmachenden ,,Sozialstaat BRD''. Sie zeigt auf, wie das ursprünglich die Kritik an den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen einschließende Verständnis einer ,,ganzheitlichen Medizin'' im Werdegang der Gesundheitsbewegung einer zunehmenden Entpolitisierung erlag, die es heute den unterschiedlichsten Verfechtern einer ,,ökologischen'', ,,natürlichen'', ,,gewaltfreien'' etc. Medizin erlaubt, unter diesem 'Begriff' ihr jeweiliges Steckenpferd zu reiten. Dabei findet sich die Autorin *,,sehr schnell in einem verschwommenen, teils widersprüchlichen, teils mystisch-geheimnisvollen Durcheinander''* wieder, in dem sich — und spätestens hier sollte mensch aufhorchen — ungeniert und (fast) unwidersprochen Alt- und Neonazis samt ihren speziellen Vorstellungen von ,,Natur'' und ,,Natürlichkeit'' tummeln: z.B. ,,Naturarzt'' M.O. Bruker, Chefarzt des Krankenhauses Lahnhöhe und Unterstützer der ,,Bürgerinitiative Ausländerstopp'', Beiratsmitglied der *,,Neue Anthropologie — Zeitschrift für Rassenforschung, Verhaltensforschung und Biosoziologie''*, herausgegeben von der *,,Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung''* des Neonazi Jürgen Rieger; desgleichen ,,Naturheilkundler'' Karl Kötschau, der sich in den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts u.a. für *,,natürliche (!) Ausmerze''* anstelle *,,eine(r) bewußte(n) Pflege und Aufzucht alles Krankhaften und Erbuntüchtigen''* einsetzte — heutzutage neudeutsch *,,trial and error''* (Gewaltfreie Medizin — Die Medizin der Zukunft'').

Daß all die neuen ,,Ganzheits''-Ideologen — einschließlich der Grünen — sich in ihren konkreten Empfehlungen und Vorschlägen zur Gesund- und Leistungserhaltung (auf die real existierenden Kranken und Invaliden wird meist nur am Rande eingegangen) paradoxerweise fast ausschließlich auf Hinweise zur individuellen *,,gesunden, natürlichen Ernährung''* und *,,genügenden körperlichen Betätigung''* beschränken und damit exakt die nach dem sogenannten ,,Risikofaktoren- und Lebensstilmodellen'' ausgerichteten ,,Präventiv''maßnahmen der etablierten ,,Apparatemedizin'' reproduzieren, erscheint nach den hervorgehenden Ausführungen nicht mehr allzu verwunderlich. Arbeitsbedingungen und Arbeitslosigkeit, ja sogar Umweltverseuchung tauchen als Krankheitsursachen bei ,,Alternativ''-medizinern kaum mehr auf, stattdessen schwärmen ihre Verfechter von ,,Selbsthilfe'', ,,Selbstverantwortung'' und Subsidiarität, während der Staat in trauter Ge-

sachen bei ,,Alternativ''-medizinern kaum mehr auf, stattdessen schwärmen ihre Verfechter von ,,Selbsthilfe'', ,,Selbstverantwortung'' und Subsidiarität, während der Staat in trauter Ge-

meinsamkeit mit konservativ-reaktionären Ärzteverbänden den Sozialabbau vorantreibt. Den z.T. offenen Zynismus, der in den Forderungen nach einem *,,harmonischen Verhältnis (des Menschen) zu seiner Umwelt''*, nach *,,Flexibilität, ständige(r) Anpassung an Umwelt-Einflüsse und Umwelt-Herausforderungen ... sowie an die soziale Umgebung (!)''*, nach *Anerkennung der ,, 'Kreatürlichkeit' des Menschen ... auch in seinem Leiden, dem unaufhaltsamen Verfallsprozeß des Körpers als Lebenstatsache''* steckt, verdeutlicht Renate Jäckle drastisch anhand einer Darstellung der Wirklichkeit des ,,Sozialstaats Bundesrepublik'', in dem nach Angaben des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes etwa zehn Millionen Menschen materiell *,,in schwierigen Verhältnissen''* leben.

Angesichts deutscher Geschichte, nicht zuletzt der der Medizin und der *,,naturheilkundlich - lebensreformerischen Volksbewegung'' (!)*, die integrale Bestandteile des NS-Vernichtungssystems wurden, erscheint eine Feststellung wie *,, ... und vieles, was von uns vorgedacht wurde, wird jetzt eben offiziell von der CDU reflektiert. Es ist durchaus ein Erfolg ...''* (Ellis Huber, AL-Gesundheitsstadtrat in Westberlin), keineswegs der Anlaß zur Freude. *,,Wer eine andere, bessere Medizin für viele Menschen will, der muß versuchen — und das klingt in der BRD im Jahre 1985 verdammt altmodisch — die Gesellschaft zu verändern.''* Diesem Schlußwort können wir uns nur anschließen!

Mi., Göttingen

Renate Jäckle:
Gegen den Mythos — Ganzheitliche Medizin, Konkret Literatur Verlag 1985, 18 DM

Fortsetzung von letzter Seite

„Blutiger Krieg unter Türken"

Für die bürgerlichen Medien war es ein gefundenes Fressen, Linke und dazu noch Türken als Mörderbanden zu denunzieren. Von einer „*Blutspur*" war die Rede, die sich „*quer durch Europa*" zieht. Eine gewaltsame Auseinandersetzung „*rivalisierender türkischer Linksorganisationen*", die sich nach Kräften gegenseitig umbringen, wurde an die Wand gemalt, nicht ohne scheinheilig die lieben „türkischen Mitbürger" zu beruhigen, ihnen drohe keine Gefahr.

Munition erhielten die Sensationsberichte durch Innensenator Lange und Hintergrundmaterial vom Verfassungsschutz. Lange: „*Die blutigen Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden politischen Organisationen werden von den Sicherheitsbehörden in der Bundesrepublik nicht hingenommen. Das gilt für die Organisationen der Täter genauso wie für die Organisationen der Opfer.*" Der Hamburger Verfassungsschutz versorgte die Medien mit Erkenntnissen, u.a. auch über die politischen Differenzen in Devrimci Isci.

„Isoliert die PKK!"

Die Gruppe Hamburg Devrimci Isci, in der Kürsat aktiv war, hielt zwei Tage nach dem Attentat mit Unterstützung der GAL eine Pressekonferenz zu den Hintergründen des Attentats ab. In der vorgelegten Erklärung heißt es: „*Für uns ist es ganz klar, daß dieses Attentat nur von einer politischen Organisation namens PKK (das bedeutet 'Arbeiterpartei Kurdistans') initiiert worden sein kann. Vor ca. einem Monat erklärten PKK-Anhänger, daß sie die Liquidierung von 'Verrätern' auch dann begrüßen würden, wenn sie von seiten des türkischen Geheimdienst erfolgen sollte. Die PKK ist für dieses Attentat in jedem Fall verantwortlich, selbst wenn — was unwahrscheinlich ist — jemand anders, z.B. der MIT, die von der PKK geschaffene Siatuation ausgenutzt hat, ihrer 'Einladung' Folge geleistet haben sollte*".

Auf der Pressekonferenz wurde berichtet, daß seit 1983 über die Mißhandlung und Bedrohung von Dissidenten in der PKK Informationen vorliegen und die Weigerung der PKK, diese Praktiken einzustellen, der eigentliche Grund für das damalige Zerwürfnis mit der PKK gewesen sei. Weiter wurde berichtet, daß der im November in Stockholm ermordete Cetin Güngör, das ehemalige PKK-ZK-Mitglied „Semir" kurz vor seinem Tod führende Genossen von Devrimci Isci persönlich gewarnt hat.

Neben dem Versuch, die Hintergründe für die Verantwortung der PKK an dem Attentat auf Kürsat Timuroglu darzustellen, berichteten Freunde und Kollegen über seine Arbeit in Häusern der Jugend, im Türkisch-kurdischen Solidaritätsverein und im Deutsch-Ausländischen Kulturladen und zeichneten ein Bild vom Leben des Opfers.

In den folgenden Tagen riß die Diskussion um die Haltung zu dem Attentat nicht ab. In einer von über 50 Initiativen, türkischen, kurdischen Organisationen, u.a. von KB, SB, GAL und Grünen unterschriebene Erklärung heißt es: „*Wir fordern die Mitglieder und Anhänger der PKK auf, sich eindeutig zu den Vorwürfen und Verdächtigungen zu verhalten und endlich Schluß zu machen mit einer Politik der Liquidierung fortschrittlicher Menschen. Dabei reicht es nicht aus, wenn kurdische Vereine und Kommitees, die mit der PKK sympathisieren und eng zusammenarbeiten, erklären, sie hätten damit nichts zu tun. Alle Mitglieder, Sympathisanten und Anhänger der PKK müssen sich darüber im Klaren sein, daß ihre Haltung den Boden bildet für weitere Mordanschläge.*"

Die PKK sieht 'dunkle Kräfte' am Werk

Auf eine Stellungnahme vonseiten der PKK und ihrer Hamburger Sympathisanten wartete mensch vorerst vergebens. Allerlei Berichte über Reaktionen aus PKK-Kreisen auf den Mord an Kürsat machten die Runde. Offensichtliche Betroffenheit und Trauer wurden ebenso beobachtet wie Genugtuung, ja sogar Rechtfertigung des



2.500 Menschen folgten dem Aufruf zum Trauerzug für Kürsat Timuroglu in Hamburg. An der Spitze Angehörige und engste Freunde. (Foto: AK)

Mordes bei PKK-Anhängern. Sicherlich spielt bei den Reaktionen eine Rolle, daß Kürsat über Hamburg hinaus als jemand bekannt war, der sich auch in zahlreichen Bündnisversuchen unter kurdischen und türkischen Gruppen in der BRD um Einheit bemüht hatte.

Nach knapp einer Woche gab der Arbeiterverein aus Kurdistan e.V. eine Erklärung ab, in der es u.a. heißt: „*Wie wir aus verschiedenen Presseveröffentlichungen erfahren haben, gab es einen Mordfall, von dem uns unbekannt ist, wer ihn aus was für Gründen begangen hat.*" Im weiteren wird ausgeführt, daß der Arbeiterverein aus Kurdistan zwar als Mitglied der FEYKA - Kurdistan (Konföderation der Arbeitervereine Kurdistans) „*die ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans) unterstützt und sich mit ihr solidarisiert*", sich aber nicht als „*politische Parteiorganisation*" versteht.

Von „*Sympathisanten der Nationalen Befreiungsfront Kurdistan (ERNK)*" in Hamburg wird seit dem 7.März eine Erklärung verbreitet, in der es heißt: „*Die mit der Ermordung Kürsat Timuroglus in Hamburg begonnenen und gegen den nationalen Befreiungskampf Kurdistans gerichteten Provokationen und Angriffe von seiten dunkler Kreise haben das ebenso niederträchtige Ziel, Vorurteile gegen die PKK zu schaffen und sie damit in die Isolierung zu treiben.*' Devrimci Isci, der GAL und der taz wird vorgeworfen, seit Monaten falsche Beschuldigungen gegen die PKK zu erheben, so z.B. daß das Leben von Devrimci Isci-Anhängern gefährdet sei. „*Mit dieser Behauptung haben sie von vornherein versucht, unsere Partei in diese Angelegenheit hineinzuziehen. Mit der Verbreitung des Gerüchts von 'Todeslisten' haben sie aber selber die politische Basis geschaffen, auf der die Ermordung der oben genannten Person von Devrimci Isci erfolgt ist. Die Verantwortung für diesen Mord tragen diejenigen selber, die diese Situation geschaffen haben*", heißt es in der Erklärung. Das „*Dreiergespann aus Devrimci Isci Hamburg, GAL und TAZ*" trägt, so der deutsche Text der Erklärung, die Verantwortung „*daß unserer Partei ohne den geringsten Beweis die Schuld für die Ermordung Kürsat Timuroglus zugeschoben wird*". Devrimci Isci Hamburg, GAL und TAZ wollen damit den „*nationalen Befreiungskampf Kurdistans*' behindern. An die Adresse des „*Führungszirkel von Devrimci Isci*" gerichtet: „*Für einen Fall, in dem ihr die wahren Verantwortlichen seid, könnt ihr unserer Partei nicht die Verantwortung zuschieben und die Wahrheit verdrehen' und 'Mit eurem Verrat tragt ihr die Verantwortung für die Bedrohung der kurdischen Patrioten und müßt wissen, daß ihr euch gegenüber unserem Volk schuldig macht.*"

Von „*Verleumdungskampagne*" ist die Rede, mit der „*ohne den geringstenBeweis*' Beschuldigungen gegen die PKK erhoben werden. Kein Wort von den vorhergegangenen Morden an PKK-Dissidenten, die von der PKK öffentlich bejubelt worden sind, kein Wort zu der parallel laufenden Hetzkampagne in der Zeitung der Partei. Stattdessen stellt die Erklärung wieder einmal die PKK als von allen Seiten angegriffen hin: Türkische „*Kolonialisten und ihre 'links'maskierten Lakaien*", die „*gemeinsam und systematisch eine demagogische Verleumndungs- und Lügenkampagne*" angesichts der von der PKK für 1986 angekündigten „*Offensive in Kurdistan*" verschärfen.

Solange der Mörder Kürsat Timuroglus frei herumläuft und seine möglichen Hintermänner nicht bekannt sind, ist der Verdacht gegenüber der PKK zwar wohl begründet, andere Täter sind jedoch letztlich nicht auszuschließen. Wer die Rechtfertigungen der PKK für die Morde an Abtrünnigen und ihre Drohungen gegen 'Verräter' außerhalb der Partei studiert, kann ein solches Papier, das „dunkle Kreise" und womöglich die Gruppe aus der der Ermordete stammt selbst verantwortlich macht, nur als infame Ablenkung betrachten.

S., Hamburg

Die Politik der PKK:

Einer gegen alle — eine Sekte treibt ihr Unwesen

Die Kurdische Arbeiterpartei, PKK, versteht sich heute als die unbestrittene Avantgarde des kurdischen Volkes in einem nationalen Befreiungskampf. Sie beruft sich auf klassische Vorbilder der Volkskriegsstrategie (wie sie von ihr begriffen wird): bewaffnete Propagandaaktionen, Aufbau einer Guerrillabewegung, die in einen Volkskrieg münden sollen. Sich selbst sieht die PKK als die revolutionäre Führung des kurdischen Proletariats im Kampf um die Befreiung vom türkischen Kolonial-Faschismus für ein freies und unabhängiges Kurdistan.

Ihren Führer, Abdullah Öcalan (Apo), stellt die PKK in die Tradition von Lenin, Castro und Ho Chi Minh, was andeuten soll, welche historischen Vorbilder und Maßstäbe sich diese Organisation gesetzt hat. Nach dem Motto: „*Jeder hat einmal klein angefangen*" wischt die PKK mit dem historischen Vorbild vom Tisch, daß sie als selbsternannte Führerin des kurdischen Befreiungskampfes nach nur wenigen Jahren ihrer Existenz zum Volksaufstand ruft. Nach der Parteigründung 1978/79 verbrachte die Mehrheit ihrer Mitglieder die folgenden Jahre im Gefängnis oder im vorübergehenden Exil, bis 1984 mit einer Handvoll Kämpfern in Türkisch-Kurdistan der Guerillakrieg erklärt wurde.

Wenn im Folgenden versucht wird, aus Selbstdarstellungen die Entwicklung der Partei vorzustellen, geschieht das nicht, um unliebsame Erinnerungen an einen ja auch hierzulande einmal weitverbreiten ML-Stil zu wecken. Es sind nicht nur Stilfragen, die es so mühsam machen, sich durch die (deutschsprachigen) Publikationen der PKK zu arbeiten. Die PKK hat sich aus der ML-Sektierer-Ecke zu einer nicht ungefährlichen Sekte entwickelt, die nach dem Scheitern ihrer Kämpfer in Kurdistan nun in Europa gegen „Verräter" zu Felde zieht.

Den Ursprung der Partei datiert die PKK ins Jahr 1973 (nach der Periode des 12.März-Putsches), als sich „*eine Gruppe von Jugendlichen-Intellektuellen im Namen Kurdistans auf den Weg gemacht*" habe. „*Die Gründer der PKK waren wenige Intellektuelle, die durch Einflüsse der Entwicklungen in der Welt, in der Region und in der Türkei die Frage Kurdistans zu untersuchen begannen. Diese kleine Gruppe, die nicht mal aus zehn Personen bestand, kämpfte jahrelang darum, die in der Dunkelheit gehaltene Tatsache ans Tageslicht zu bringen. Unter der barbarischen Unterdrückung und den Assimilationspraktiken der türkischen Kolonialisten wurde die Gesellschaft zur Selbstverleugnung gezwungen, die Intelligenz zur Dienerschaft des Kolonialismus gemacht; kurzum, Kurdistan war ein Land in der Welt, das von seiner eigenen Existenz nichts wußte.*" (KR* Extra 2, Dez.84). Die Gründung der PKK erfolgte Ende 1978 in einer Zeit, in der „*das Volk von Kurdistan aus seinem tausendjährigen Schlaf erwachte*" und begann, „*in den Städten gegen die Faschisten und in ländlichen Gebieten gegen die Feudal-Kompradoren (...) allmählich für seine Unabhängigkeit die Waffe in die Hand zu nehmen*" (ebd).

Die Parteigründung erfolgte in einer Situation, in der das Kriegsrecht über die türkischen Ostprovinzen verhängt und eine Verfolgungswelle gegen Linke einsetzte, die bis heute anhält. Sie war Ergebnis einer Massenbewegung in der Türkei, die seit Mitte der 70er Jahre aus einer breiten antiimperialistischen Studentenbewegung zur Bildung einer Vielzahl linker Organisationen geführt hat, die z.T. beachtlichen Zulauf aus allen Teilen der Bevölkerung hatten und erstmals den traditionellen Arbeiterparteien Konkurrenz machten. In dieser Bewegung waren vor allem Vorstellungen verbreitet, die die Türkei in einem antiimperialistischen Befreiungskampf sahen, der nach dem Vorbild nationaler Befreiungsbewegungen als langandauernder Volkskrieg geführt werden sollte. Der bewaffnete Kampf spielte eine zentrale Rolle in den politischen Programmen der linken Organisationen. Praktisch entwickelte sich der Kampf hauptsächlich als Widerstandsbewegung gegen Überfälle und Massaker der Grauen Wölfe.

Der Militärputsch vom 12.September 1980 machte dieser Entwicklung ein rasches Ende. Die Linke wurde zerschlagen, ihre Anhänger verfolgt, gefoltert und in Gefängnisse gesteckt, eine Flüchtlingswelle setzte ein, mit der Teile der linken politisch Aktiven hauptsächlich in Europa versuchten, sich in Sicherheit zu bringen.

Die PKK spricht in diesem Zusammenhang von „*einer Phase des Rückzugs*": „*Für die Linke, die gegenüber dem Putsch unvorbereitet war, bedeutete diese Phase gleichzeitig die Aufraffung der Kräfte, die Vorbereitung und auf dieser Grundlage die erneute Rückkehr in die Heimat.*" (KR 13, August 85) Den Beschluß, sich auf eine Rückkehr und die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes in Kurdistan vorzubereiten, datiert die PKK auf den 2.Kongreß der Partei, der im August 1982 stattfand. In einer „*Botschaft des Zentralkommitees*" an die „*revolutionär-demokratische Öffentlichkeit Kurdistans und der Welt*" heißt es: „*Die vor uns liegende Etappe wird dadurch bestimmt sein, daß einerseits unsere Partei sich in allen Bereichen organisiert und den nationalen Befreiungskampf zum Volkskrieg höher entwickelt, und andererseits der Feind Unterdrückung und Grausamkeit steigert. Unser Volk wird in der neuen Etappe, in die es jetzt eintritt, in einem großartigen Kampf unter Führung der Partei zum vernichtenden Schlag gegen den Feind ausholen und rasch auf dem Weg zum Sieg voranschreiten.*" (KR 2, Febr.83)

Bis zum ersten Losschlagen kleiner bewaffneter Einheiten konzentrierte sich der Widerstand der PKK auf die Militärgefängnisse in Türkisch-Kurdistan, in denen Tausende unter dem Vorwurf der PKK-Mitgliedschaft eingekerkert und in Massenprozessen abgeurteilt wurden. Verschiedene Hungerstreiks der politischen Gefangenen gegen die unmenschlichen Haftbedingungen sollten dokumentieren, daß der Widerstandsgeist der PKK-Militanten ungebrochen sei. Gleichzeitig traf die PKK direkte Vorbereitungen auf die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes in Türkisch-Kurdistan, und im Spätsommer 1984 war es dann so weit: Mit Aktionen einer Handvoll bewaffneter Kommandos gegen Militärstationen in Türkisch-Kurdistan trat die Befreiungseinheit Kurdistan, HRK, am 15. August 1984 auf den Plan. Die militärischen Aktionen der folgenden Monate beschreibt die HRK in einer „*Bilanz des einjährigen Krieges in Nord-West Kurdistan*": Angriffe auf Polizeireviere, Militär- und Gendarmerieposten, Aufhängen von Transparenten, die mit Bomben gesichert waren, Zerstörung von Atatürk-Denkmälern, Verbrennen türkischer Fahnen und zahlreiche „Bestrafungsaktionen" gegen „*Spitzel, Agenten und Denunzianten*".

Im März 1985 sah die PKK die Zeit gekommen, die Gründung der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans, ERNK, in Europa auf Pressekonferenzen und Flugblättern vorzustellen. Abdullah Öcalan bezeichnete die Gründung der ERNK als „*historischen Beschluß unseres Volkes zum Widerstand*" in dem „*die PKK-Führung die Garantie des Sieges*" darstelle.(KR-Extra 3, April 85)

Krieg in Kurdistan?

Die ersten Überraschungsangriffe der PKK-Trupps im August/September 1984 auf Armee- und Gendarmerieposten, u.a. auch auf einen Begleitkonvoi Kenan Evrens, durchbrachen den Mythos von der Unangreifbarkeit der türkischen Armee, von der 2/3 in Türkisch-Kurdistan stationiert sind und die nach den Angriffen der HRK weitere Verstärkung erhielt. Ob dieser Propagandaerfolg der ersten Angriffe tatsächlich als Auftakt zu einem Volkskrieg verstanden werden kann, ist mehr als zweifelhaft.

Im Unterschied zur kurdischen Bewegung im Iran und Irak konnte sich in Türkisch-Kurdistan seit Jahrzehnten keine bewaffnete Brefreiungsbewegung etablieren. Nachdem Aufstände der Kurden in den 20er und 30er Jahren in Türkisch-Kurdistan gegen den Verrat Kemal Atatürks und den Versuch, die Existenz der Kurden zu leugnen, blutig niedergeschlagen waren, konnten erst in den 70er Jahren überhaupt wieder Ansätze einer kurdischen Massenbewegung in der Türkei beobachtet werden. Erst in den 70er Jahren wandten sich kurdische fortschrittliche Intellektuelle wieder der sogenannten Kurdenfrage zu, und bekämpften den auch in der Linken vorherrschenden türkischen Chauvinismus. Bis zur Verhängung des Kriegsrechts und dem Militärputsch gelang es keiner Kraft in Türkisch-Kurdistan, das Nationalgefühl der Kurden in einer nationalen Befreiungsbewegung zusammenzufassen. Diesen Tatsachen wird auch in den Analysen der PKK nicht widersprochen. „*Die heutige Situation, in der sich das Volk von Kurdistan befindet, ist weit entfernt von dem Entwicklungsweg der national-gesellschaftlichen Interessen. Jegliche*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

zerstörerische Unterdrückung und Ausbeutung des Feindes wurde noch bis vor kurzem, als ob es ein normales Leben wäre, mit einer Totenstille aufgenommen. (...) Zweifellos hat unser Vok diese Bedingungen nicht von sich aus akzeptiert. Im Gegenteil, es hat mit zahllosen Widerständen dagegen gemeutert. Aber aus verschiedenen Gründen wurden die gesamten Aufstände erbarmungslos niedergeschlagen. Nach jedem erneuten Widerstandsschritt haben diese nichts anderes ergeben als die Vertiefung der Haltung der Verkommenheit und Rückständigkeit. Die letzten Aufstände seit Beginn des 20.Jahrhunderts wurden auf eine Art und Weise niedergeschlagen, und es wurde in unserem Volk ein derartiges Gefühl erweckt, daß man bis hin zu dem Urteil gelangte, es sei besser, es mit dem Feind nicht aufzunehmen. Man begann, die Niederlage, die Isolierung von der nationalen Identität, jegliche Art der gesellschaftlichen Rückständigkeit und die tollwütigste Art der Ausbeutung, wie ein Schicksal anzuerkennen." So lautete die Zustandsbeschreibung A. Öcalans für die Zeit der ERNK-Gründung (KR Extra 3, April 85).

Die Verbindung dieser Lagebeschreibung mit der im selben Atemzug propagierten „*historischen Wende*" hin zum Volkskrieg stellt die PKK über die eigene Existenz her. In maßloser Selbstüberschätzung wird allein die Existenz der PKK zum Garanten für den Sieg. Die Proklamation der ERNK bezeichnet die „*revolutionäre Partei der Arbeiterklasse*", die PKK, als Ausdruck der Politik der nationalen Befreiung auf „*höchster Ebene*", als „*ein historisches Ereignis und ein historischer Wendepunkt*" (21.März 85). Gemäß dieser Logik gab und gibt es für die PKK nur ein ständiges Voranschreiten auf dem Weg zum Sieg, auf dem tatsächlich vorhandene Schwierig-

für die PKK nur ein ständiges Voranschreiten auf dem Weg zum Sieg, auf dem tatsächlich vorhandene Schwierig-

keiten relativiert werden. Auch aus den Parteipublikationen geht hervor, daß die „*Kader*" und „*Partisanen*" nicht nur auf Zustimmung unter der Bevölkerung stoßen, militärisch schwach sind und in der Verfolgung der Parteilinie auf objekive Bedingungen stoßen, die einer Volkserhebung entgegenstehen. Wo es nicht ausreicht, dafür den „*Terror der kolonial-faschistischen Junta*" verantwortlich zu machen, greift die PKK zu Schuldzuweisungen gegen „*Verräter*" in und außerhalb der Partei und in der türkischen und kurdischen Linken. Die Berichte von den militärischen Aktionen von HRK und ERNK sind voll von „*Bestrafungsaktionen*" gegen „*Spitzel*", „*Denunzianten*" „*Agenten*" und „*Verräter*" in Kurdistan. Es ist nicht übertrieben anzunehmen, daß in der Zeit seit dem 15.August 1984 mindestens ebensoviele Kurden durch derartige Strafverfahren getötet wurden wie Angehörige der türkischen Armee (den Interessierten sei ein entsprechendes Studium der in den diversen Kurdistan-Reports veröffentlichen Daten anempfohlen). Bei der Kritik dieser Haltung der PKK geht es nicht darum, zu leugnen, daß das türkische Regime in Kurdistan Spitzel einsetzt. Denunziantentum und Kollaboration mit der türkischen Macht sind ein Ergebnis der auch von der PKK vermerkten Selbstverleugnung der kurdischen Identität, die Ergebnis der tief verwurzelten Erfahrung der Niederlagen der Vergangenheit ist. Eine gewaltsame „Lösung" dieses Problems kann die schon in der Geschichte der jüngsten türkischen Vergangenheit verhängnisvolle Orientierung an dem jeweils Mächtigsten produzieren. Ob jemand vor dem Gewehrlauf eines türkischen Soldaten steht oder vor einem PKK-Kämpfer, das macht dann letztlich nur einen unwesentlichen Unterschied.

Türkisch-Kurdistan ist ein für die NATO und die USA strategisch äußerst wichtiges Gebiet. Hier geht es der türkischen Armee nicht nur um eine Sicherung des atatürkschen Staatsgebietes sondern vielmehr um die Erhaltung eines Aufmarschgebietes gegen den Nahen Osten und die UdSSR. Jeder Ansatz von bewaffnetem Widerstand in Türkisch-Kurdistan muß sich der Tatsache bewußt sein, daß er es mit einem Gegner zu tun hat, der bereit ist, für die Interessen der „westlichen Welt" jeden Ansatz von Widerstand und Volksbewegung im Keim zu ersticken. In diesem Sinne ist tatsächlich Krieg in Kurdistan. Ein Krieg, der als Besetzung durch die türkische Armee, mit ständigen Schikanen, Verhaftungen und Folterungen gegenüber der Bevölkerung geführt wird, und ein psychologischer Krieg, der als Kampf um die Köpfe im Sinne einer Türkifizierung geführt wird.

Es ist äußerst gefährlich, wenn die PKK den Eindruck erweckt, die Aktionen des 15.August hätten eine „*Schockwirkung*" auf der Gegenseite ausgelöst und sogar von „*Panik*" in der türkischen Armee spricht. (KR 12, Juni 85, KR 11, Febr.85)

Die PKK als einzige kämpferische Kraft und die „liquidatorische Linke"

Immer wieder äußert sich die PKK überrascht über die einhellige Kritik aus den Reihen der anderen linken kurdischen und türkischen Organisationen an am 15.August 1984 eingeleiteten Kurs. Diese Kritik, die z.T. als scharfe Verurteilung der „*terroristischen Methoden*" und „*Provokationen*" der PKK geäußert wurde, hält der PKK vor, mit den Aktionen der HRK/ERNK Vorwände für ein militärisches Eingreifen der türkischen Armee, das schon länger von der Junta geplant war, geliefert zu haben. Die PKK stand seit ihrer Gründung in der türkischen und kurdischen Linken in dem Ruf, mehr oder weniger ein Haufen von Banditen zu sein. Nach einer selbstkritischen Betrachtung der Politik der Partei vor dem Putsch, die nach einer Parteikonferenz im Sommer 1981 veröffentlicht wurde, hatte es eine kurze Phase der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen türkischen und kurdischen Organisationen mit der PKK gegeben (vgl. auch nebenstehenden Artikel über das antifaschistische Bündnis). Die politische Entwicklung der PKK in den Jahren 1982/83 und schließlich der mit dem 15.August 1984 eingeleitete Kurs führte aufseiten anderer kurdischer und türkischer Linker zum Wiederaufleben der alten ablehnenden Haltung. Verschärfend kam hinzu, daß, ausgelöst durch die vernichtende Niederlage der türkischen Linken nach dem Militärputsch die Debatte um Widerstandsperspektiven in Gang gekommen war, und hierbei auch das Verständnis des bewaffneten Kampfes aus der Zeit vor dem Putsch kritisiert wurde.

Der Putsch vom 12.September 1980 hat in den Reihen der organisierten Linken und unter allen Beteiligten der Bewegung tiefe Auswirkungen gehabt. Die Erstickung des politischen Lebens, die Verfolgung, Folterung und Einkerkerung von zehntausenden Gewerkschaftern, Schülern, Studenten und Militanten führten auch zu Resignation, Orientierungslosigkeit und zum Abschwören von den vorherigen Positionen.

Der angesichts der vollständigen Zerschlagung der linken Organisationen in der Türkei begonnene Diskussionsprozeß um Handlungsmöglichkeiten und Perspektiven hält bis heute an. Unter den Bedingungen der andauernden Unterdrückung jedes Neuansatzes linker Organisierung im Land reicht das Spektrum der vorhandenen Positionen von der Bekräftigung der Richtigkeit der alten Strategien bis zu einer Öffnung gegenüber Einflüssen der westeuropäischen neuen sozialen Bewegungen. In der Diskussion spielt eine Rolle, daß türkische Militante nach Europa flohen und sich hier zumindest teilweise den neuen politischen Bewegungen und Strömungen stellten.

Die PKK behauptet von sich, die einzige linke Organisation aus der Türkei zu sein, die ungebrochen aus einer Phase des Rückzuges nach dem Putsch nun wieder in die Offensive gegangen ist, und wirft sämtlichen anderen linken Organisationen vor, auf einen Kollaborationskurs mit der faschistiscnen Junta eingeschwenkt zu sein. Sie beschreibt den Entwicklungsprozeß aller anderen kurdischen und türkischen revolutionären Linken als Annäherungsprozeß an die Sozialdemokratie und als Verrat: „*Die Phase des Rückzugs ins Ausland, die bei der Erhebung oder dem Zusammenbruch einer Bewegung eine sehr wichtige Rolle spielt, konzentrierte sich auf die Zentren Europas. Europa, das durch eigene Direktive die Junta an die Macht brachte, machte diesen Kräften Tür und Tor auf. (...) Die durch die harten Schläge der Junta nicht Erledigten bezweckte man in Europa zu erledigen. (...) Das Spiel wurde zweiseitig auf die Bühne gebracht. Während die Junta die eine Seite des Spiels mit Grundgesetzreferendum, mit Wahlgesetzen und danach Parteien und Wahlen inszenierte, versuchte man, die linker Kräfte sowohl in den Gefängnissen als auch im Ausland zur Kapitulation zu zwingen.*" Diese Einschätzung des Jahres 1984 münzte die PKK speziell auf Devrimci Isci, die in der Krise steckte und griff dabei im Einzelnen „*Organisationslosigkeit, Chaos, Einschüchterung, Reformismus, Kapitulation und Feindseligkeit gegenüber dem Marxismus*" an (KR 9, August 84). Im Sommer 1985 stellte die PKK rückblickend die Behauptung auf, nur sie hätte den Volkswiderstand organisiert, während „*ein wichtiger Teil der Linken sich im Ausland von der Revolution entfernte, sich in Degeneration und Verfall der Liquidation zuwandten*" (KR 12, Juni 85).

Von der „Kapitulation" zum „Verrat"

Mit der Eröffnung der bewaffneten Aktionen in Türkisch-Kurdistan, der harten Gegenschläge der türkischen Armee und der Isolierung in der kurdischen und türkischen Linken spitzte sich die Haltung der PKK dahingehend zu, die eigene Organisation im Zentrum eines Komplotts von faschistischen Angriffen, Verrat in den eigenen Reihen und Liquidationsabsichten anderer Linker zu sehen. Ein Komplott zwischen den „*Verrätern*" in den eigenen Reihen und der „*liquidatorischen Linken*" wurde aufgedeckt, dessen Verbindungen über die europäische Sozialdemokratie bis hin zu den türkischen Junta-Generalen gezogen wurden.

Der „*Verrat*" in den eigenen Reihen wurde zuerst bei geständigen Parteimitgliedern in den Gefängnissen ausgemacht, dann sofort auf diejenigen im ZK der Partei ausgedehnt, die sich kritisch gegen den eingeschlagenen Kurs des bewaffneten Kampfes stellten und dabei auch die innerparteilichen Strukturen angriffen. Für die PKK ist klar, daß diese „*Bande von Provokateuren und Verrätern*" zum Zeitpunkt des Rückkehrbeschlusses antrat „*den historischen Schritt der Partei zu verhindern und sie zu vernichten*" (KR 13, August 85). Die Rechtfertigung ihrer Ermordung als „*Bestrafung*" folgte auf dem Fuße.

Den anderen kurdischen und türkischen Linken, die Kritik an der PKK üben, wirft die Partei „*Reformismus*", „*Sozialdemokratismus*" und „*Kapitulantentum*" vor. Aus der Logik eines allumfassenden Angriffs auf die PKK wird aus dem Vorwurf der Liquidationsabsichten anderer Linker ihre Gleichsetzung mit den Herrschenden: „*Die Linie der Liquidation gegenüber dem revolutionären Widerstand des 15.August unterscheidet sich nicht von dem Vorgehen der faschistischen Administration*". (KR 12, Juni 85)

Die Verbindung der aus unterschiedlichen Richtungen erfolgenden Angriffe auf die PKK zu einem „*zentral gesteuerten Komplott*" zieht die PKK sinngemäß aus Folgendem: Die PKK ist die revolutionäre Vorhut des kurdischen Proletariats. Als solche ist sie die Hauptgefahr für die faschistische Junta, die verzweifelt versucht, sich dem Ansturm der kurdischen Revolution zu

Hauptgefahr für die faschistische Junta, die verzweifelt versucht, sich dem Ansturm der kurdischen Revolution zu

widersetzen. Unterstützt wird die Junta durch Verräter in der Partei, die von innen heraus versuchten, die Partei zu zerstören und nach ihrem Scheitern im Bündnis mit der eh schon im Ausland durch die Päppelung der europäischen Sozialdemokratie im Reformismus versunkenen Restlinken aus der Türkei die Partei von außen angreifen. Das für die Sozialdemokratie ebenfalls die PKK der Hauptfeind ist, ergibt sich aus ihrem Interesse an einer reformistischen Ablösung der türkischen Junta. So kehrt sich die reale Isolation der PKK in ein Wahnbild, daß sie mit dem Rücken an der Wand im Kampf gegen den Rest der Welt stehe. Unter den Bedingungen einer als „*Volkskrieg*" bestimmten Etappe bildet dieses paranoide Vorstellungsgebäude ein gefährliches Potential.

Für Mißerfolge in der Politik der Organisation werden Verantwortliche gesucht und gefunden. Man könnte es als extrem sektiererische Position mit starkem Verfolgungswahn abtun, wenn nicht mit diesem Weltbild Morde verübt und gerechtfertigt würden, und aufgrund der objektiven Bedingungen, unter denen die PKK heute steht, weitere Morde drohen.

Die PKK im Nahen Osten

Seit den 20er Jahren ist Kudistan zerstückelt. Heute leben Kurden in der UdSSR, in der Türkei, im Iran, Irak und in Syrien. Starke kurdische Befreiungsbewegungen gibt es in den verfeindeten Golfstaaten Iran und Irak, wo es in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder zu Aufständen und zur Erkämpfung autonomer Gebiete gekommen ist. Hierbei haben sich die jeweiligen kurdischen Organisationen und Parteien nicht davor gescheut, verschiedene taktische Bündnisse mit dem jeweils anderen Regime einzugehen und die Widersprüche zwischen den Ländern zu nutzen, um Vorteile für die eigenen Gebiete zu erlangen. Ein gemeinsames Bündnis der bedeutenden kurdischen Kräfte über die existierenden Staatsgrenzen hinweg ist in der Vergangenheit immer wieder gescheitert.

Die PKK konnte sich zu Beginn ihrer bewaffneten Aktionen auf die Irakische Kurdische Demokratische Partei, IKDP, Barzanis stützen, in deren nordirakischem Einflußbereich die PKK ein Rückzugsgebiet fand. Die IKDP entzog der PKK im Sommer 1985 die Unterstützung. Dem vorausgegangen waren mehrere (auch bewaffnete) Konflikte zwischen der PKK und der Irakisch Kommunistischen Partei, IKP, die dazu führten, daß die IKDP der Aufforderung der in der CUD zusammengeschlossenen irakischen Kurdenorganisationen Folge leistete, die Unterstützung der PKK aufzugeben. Ver-

Fortsetzung nächste Seite

Zusammenarbeit und Auseinandersetzung der türkisch-kurdischen Linken nach dem Putsch

Die türkisch-kurdische Linke, genauer die neue Linke ist in ihrer Entstehungsphase vergleichbar mit der neuen Linken in den westeuropäischen Ländern. Aus den studentischen Kämpfen Anfang der 70er Jahre war eine Vielzahl von ML-Organisationen hervorgegangen. Auch die ideologische Aufteilung ist analog der in Westeuropa. Ein Unterschied liegt sicherlich darin, daß — bei allem ebenfalls betriebenen Sektierertum — es der türkisch-kurdischen Linken tatsächlich in begrenztem Umfang gelang, Masseneinfluß zu gewinnen. Ein weiterer Unterschied war, daß sich diese Linke schon in der Phase der 70er Jahre Angriffen von Seiten der Faschisten ausgesetzt sah, die Auseinandersetzungen liefen oft bewaffnet ab. Und ein weiterer Unterschied liegt noch darin, daß die Schärfe der ideologischen Differenzen teilweise dazu führte, daß sich linke Gruppierungen auch untereinander bewaffnet bekämpften.

Der Militärputsch von 1980 brachte eine barbarische Diktatur gegenüber der Linken. Zehntausende wanderten in die Knäste, hunderte wurden bei der Fahnung ermordet. Man muß davon ausgehen, daß die Mehrzahl der Organisationen weitgehend zerschlagen worden sind — auch wenn in den ersten Wochen und Monaten nach dem Putsch allgemein optimistische Parolen verbreitet wurden.

Dies ist der Hintergrund für die Bemühungen von „Devrimci Yol", Gespräche zwischen den Organisationen zur Zusammenarbeit herbeizuführen. „Devrimci Yol" („Revolutionärer Weg", eine linkssozialistische Gruppierung) war Ende 1981 zu einer sehr realistischen Analyse gelangt, die sich stark von den schönfärberischen Phrasen anderer Organisationen unterschied. Sie bzw. ihre Europa-Organisation „Devrimci Isci" schrieben im Dezember 1981 in den „türkei informationen" (Nr. 11), daß alle Organisationen bis auf kleine Reste ihre Führung verloren hätten, die Organisationsstrukturen weitgehend zerschlagen wären, in den verbleibenden Strukturen die Mitglieder um das nackte Überleben kämpfen müßten, woraus der Schluß gezogen wurde, daß eine Phase des systematischen Rückzugs eingetreten sei. Diese Phase werde Jahre anhalten, eine Analyse der neuen Situation und daraus folgender Schlüsse werde Jahre brauchen.

Die Anstrengungen von „Devrimci Yol" konzentrierten sich nun darauf, sowohl innerhalb der Türkei als auch unter den Exilanten in Westeuropa eine gemeinsame Widerstandsfront aufzubauen. Man mag die Schwierigkeiten dieses Unternehmens daran ermessen, welche Kraft es erfordert hätte, die verschiedenen Teile der ML-Bewegung in der BRD an einen Tisch zu bekommen. Ein gewisser Durchbruch gelang schließlich 1982, als die PKK („Kurdische Arbeiterpartei") ihre Bereitschaft erklärte, eine gemeinsame Front zu bilden. Zwar war die PKK innerhalb der türkischen Linken bis zum Putsch als einer der schlimmsten Sektenhaufen verschrien, aber nach dem Putsch hatte die Partei auf einem Kongreß 1981 bezüglich ihres sektiererischen Verhaltens gegenüber anderen linken Organisationen eine „umfassende Selbstkritik" abgelegt. „Devrimci Yol" und die PKK bildeten dann das Gerüst für die „Antifaschistische Widerstandsfront" in der Türkei, die hier in der BRD als Auslandsorganisation BIRKOM bekannt wurde. Die wesentliche Klammer dieser Front war der Einheitsgedanke als zentrales Element des Neubeginns des Widerstands in der Türkei. BIRKOM wurde im März 1982 gegründet, die „Vereinigte Antifaschistische Widerstandsfront" im Juni 1982.

Schon zum damaligen Zeitpunkt konnte man sehr weitgehende Unterschiede in der Diktion der Erklärungen zur Gründung der Auslands- und der Inlandswidesstandsfront feststellen. Während die Auslandsorganisationen sich auf eine Erklärung verständigten, die weitgehend nur den Gedanken einer Zusammenarbeit und der geminsamen Solidaritätsarbeit zum Inhalt hatten, war die Erklärung der Inlandsorganisationen noch gefüllt von allgemein optimistischen und schwülstigen Formulierungen, daß nun die Massen dem neuen Bündnis folgen werden usw..

Die Brüchigkeit dieses Bündnisses zeigte sich schon bald. Auf dem 2. Kongreß der PKK im August 1982 rief diese zur „strategischen Offensive" gegen die Militärdiktatur auf und es wurde der bewaffnete Befreiungskampf als nächstfolgende Phase definiert. Dies stand im direkten Widerspruch zu den Analysen, die von Dev Yol vorgelegt worden waren, aber auch innerhalb der PKK gab es offensichtlich weitreichende Widersprüche. Sehr viel später, im August 1985, werden im „Kurdistan Report" Stimmen aus der Partei zitiert, die vor diesem Schritt gewarnt hätten, weil dies die Gefahr heraufbeschwören würde, daß die „Partei vernichtet würde". In der damaligen Phase wurde dies von der PKK als Gerede von „Provokateuren", „Verrätern" und „Liquidatoren" abgetan. Es kommt allerdings wohl nicht von ungefähr, daß diese Kritik von denjenigen ZK-Mitgliedern vertreten wurde, die in der Folgezeit im Auftrag der PKK ermordet wurden.

Das Ende der „Vereinigten Antifaschistischen Widerstandsfront" und von BIRKOM liegt im Jahre 1983, wobei ein offizielles Ende nicht bekannt ist und sich alle Seiten über die konkreten Umstände bisher ausschweigen. Neben den hier benannten Widersprüchen spielt hierfür auch noch die Entwicklung im Nahen Osten, speziell die Entwicklung nach dem letzten Libanonkrieg eine Rolle (siehe hierzu Artikel zur PKK). Die PKK hat sich auf Drängen Syriens eindeutig auf die Seite der PLO-Abspaltungen geschlagen, während Dev Yol eher in klassischen Fahrwässern schwimmt.

Innerhalb von „Devrimci Isci", also den Exilanten von „Devrimci Yol" ist seit 1983 eine innerparteiliche Diskussion um die Zukunft revolutionärer Parteien traditioneller Herkunft entbrannt, was wiederum auch hier zur Spaltung geführt hat. Ein Teil, weitgehend die Führung der alten Organisation, hat sich zu einem eher grünen Weg entschlossen, was sie zur besonderen Zielscheibe für die PKK gemacht hat, weil sie mit dieser Kritik auch in die PKK selbst hineingereicht hat. Dies macht „verständlich", weshalb gerade diese Teile zu „Todfeinden" der PKK erklärt wurden. Andere Teile von Dev Yol propagieren heute immer noch den eher traditionell marxistischen Weg.

Die angestrebte Vereinigung der türkisch-kurdischen Linken in einem Bündnis steht seit diesem Bruch nicht mehr zur Debatte, die einzige Einigung besteht heute darin, die Praktiken der PKK gemeinsam abzulehnen und dies im Einklang von türkischen und kurdischen Organisationen.

Verbreitung der Hungerstreikerklärung gerichtlich gedeckt

Hamburger Oberlandesgericht lehnt Verfahren gegen den ARBEITERKAMPF ab

Ein überraschende Enscheidung fällte der Staatsschutzsenat des Hamburger Oberlandesgerichts in einer Sache gegen den ARBEITERKAMPF. Wegen der Veröffentlichung der Hungerstreikerklärung anläßlich des Hungerstreiks politischer Gefangener 1984/85 hatte der Staatsanwalt beantragt, ein Verfahren nach §129a (Unterstützung einer ,,terroristischen Vereinigung'') gegen den verantwortlichen Redakteur, Heinrich Eckhoff, einzuleiten. Das Gericht lehnte die Eröffnung des Verfahrens mit einer Begründung ab, die auch für andere, sich in ähnlicher Lage befindliche Redakteure und Zeitungen hilfreich sein kann. Bemerkswert ist vor allem, daß ausdrücklich verneint wird, daß allein mit der Veröffentlichung der Hungerstreikerklärung die RAF unterstützt würde und daß eine solche Veröffentlichung durch das Grundrecht auf Meinungsfreiheit abgedeckt sei. Wir dokumentieren im folgenden die Argumentation der Staatsanwaltschaft (in Auszügen) sowie die ablehnende Begründung des Staatsschutzsenats (vollständig).

Die Staatsanwaltschaft

Die ,,Rote Armee Fraktion'' — ,,RAF'' ist eine 1970 aufgebaute und noch fortbestehende bewaffnete Untergrundorganisation, deren Ziel der bewaffnete Kampf gegen die staatliche und gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ist und deren Mitglieder in Verfolgung dieses Ziels zahlreiche schwere Straftaten wie Mord, erpresserischen Menschenraub, Geiselnahme und Sprengstoffanschläge begingen.

Die ,,Hungerstreikerkärung'' gibt die Auffassungen der ,,RAF'' und die von ihr — auch mit dem Hungerstreik — verfolgten Ziele wieder, nämlich Aufrechterhaltung und Festigung des Zusammenhalts ihrer Mitglieder, Mobilisierung Gleichgesinnter und revolutionären Kampf gegen die staatliche und gesellschaftliche Ordnung. Dies kommt zum Ausdruck in der Forderung nach *,,Zusammenlegung aller revolutionären Gefangenen in großen Gruppen.''* als *,,praktischer Bedingung'' für ein ,,Kollektiv der Gefangen'' für ,,Kollektivität'' als ,,Struktur und Ziel des Befreiungskrieges'', in dem geäußerten Willen, mit allen zusammenzukommen,, ,,die den Bruch mit diesem System gemacht haben, die gegen Knast, Staat, Imperialismus und Staatsdenken von den revolutionären Kämpfen, Initiativen und Erfahrungen der letzten Jahre ausgehen, die Konsequenz daraus wollen im gemeinsamen Angriff jetzt'', sowie in dem Aufruf, ,,die neue Phase der Entwicklung des Revolutionären Kriegs hier freizukämpfen — den Sprung jetzt zu machen, der das für jeden von uns ist — hier in den Gefängnissen und an jedem Abschnitt der Konfrontation.''*

Der Abdruck der ,,Hungerstreikerklärung'' in der Zeitung ,,Arbeiterkampf'' verhalf der ,,RAF'' zu einer weiteren Verbreitung ihrer darin geäußerten Ziele und Vorstellungen und stellte somit — zumal in der Zeit des andauernden Hungerstreiks — eine Förderung ihrer Bestrebungen und Tätigkeit dar.

Rechtliche Würdigung:

Die Veröffentlichung der ,,Hungerstreikerklärung'' in der Zeitung ,,Arbeiterkampf'' stellt eine durch ein Druckwerk begangene Straftat nach § 129a StGB dar, für die der Beschuldigte nach § 19 Abs. 1 HambPresseG nach den allgemeinen Strafgesetzen strafrechtlich verantwortlich ist.

Die mit der Verbreitung der ,,Hungerstreikerklärung'' verbundene Förderung der Bestrebungen und Tätigkeit der terroristischen Vereinigung ,,RAF'' erfüllt den Tatbestand des § 129a StGB in der Form des Unterstützens.

Dagegen spricht im vorliegenden Fall nicht, daß der Abdruck in der Überschrift als Dokumentation bezeichnet wird. Abgesehen davon, daß dies keine Distanzierung vom Inhalt des veröffentlichten Dokuments darstellt, läßt die begleitende Berichterstattung über den Hungerstreik auf der vorangehenden Seite 22 deutlich die Sympathie für Aktion und Ziele der Hungerstreikenden erkennen. Daß der Beitrag ,,Hungerstreik in den BRD-Knästen'' auf Seite 22 nicht bloß zufällig gleichzeitig und in enger räumlicher Verbindung zu dem auf Seite 23 folgenden Abdruck der ,,Hungerstreikerklärung'' veröffentlicht wurde, ergibt auch die Kopfzeile auf der Titelseite,in der unter dem Stichwort ,,Hungerstreik in den BRD-Knästen'' auf beide Seiten 22 und 23 hingewiesen wird.

Das Gericht

Die Eröffnung des Hauptverfahrens ist abzulehnen, da eine Verurteilung des Angeschuldigten auf Grund des der Anklage zugrundeliegenden Sachverhaltes nicht wahrscheinlich ist.

Schon der Inhalt der Hungerstreikerklärung läßt nicht mit hinreichender Sicherheit entnehmen, daß er auf Unterstützung der ,,RAF'' in deren organisierter terroristischer Zielsetzung gerichtet ist.

Zwar bietet die Überschrift der Erklärung einen unmittelbaren Bezug zur ,,RAF'' im weitesten Sinne, weil in Betracht gezogen werden muß, daß der vom ,,Arbeiterkampf'' angesprochene Leserkreis allein schon mit dem Hinweis auf die ,,Gefangenen aus der RAF'' die Terrororganisation als solche mit dem Hungerstreik in Verbindung bringt. Auch deklariert die Verlautbarung ausdrücklich, daß es um die ,,Perspektive im Knast'', demnach um eine Verbesserung der Haftbedingungen im Sinne individueller Lebensführung des einzelnen Häftlings gar nicht gehe. Vielmehr stehen politische Ziele und deren Verfolgung außerhalb der Haftanstalten im Vordergrund, was durch die Veränderungen der Haftbedingungen nur erleichtert werden soll. Dabei handelt es sich unverholen um kämpferische Bestrebungen, die unter internationalem Zusammenschluß gleichgerichteter Gruppen und Kräfte letztlich auf die Beseitigung der verfasssungsmäßigen Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland gerichtet sind.

Indessen wird hinsichtlich der Methode der Durchsetzung derartiger Ziele in der Hungerstreikerklärung lediglich der Wunsch geäußert, Erfahrungen anderer Beteiligter mit solchen von ,,Gefangenen aus dem bewaffneten Kampf'' zusammenzubringen. Ein organisierter Kampf mit dem in §§ 129, 129a StGB inkriminierten Mitteln wird jedoch nirgends postuliert, so daß die erforderliche Gesamtbetrachtung der Hungerstreikerklärung nur den Charakter einer kämpferischen Agitationsschrift beilegen läßt. Dies gilt um so mehr, als am Hungerstreik auch außerhalb der ,,RAF'' stehende Häftlinge teilnahmen, denen eine § 129 a StGB entsprechende Tätigkeit fernlag, jedenfalls nicht ohne weiteres zuzutrauen ist.

Diese Würdigung der Hungerstreikerklärung schließt es aus, in ihrer Verbreitung eine Werbung für die oder Unterstützung der kriminellen Vereinigung ,,RAF'' zu sehen. Die propagierte Durchsetzung besserer Kommunikationsmöglichkeiten für Häftlinge ist auch dann noch keine im Sinne von § 129 a StGB strafbare Begünstigung einer terroristischen Vereinigung, wenn die Hungerstreikerklärung mit politischer Agitation verbunden wird, sofern sich diese im Rahmen allgemeiner Meinungsfreiheit hält. Das aber läßt sich im vorliegenden Fall nicht verneinen.

Darüberhinaus aber ist auch bei gegenteiliger Beurteilung des Gesamtcharakters der Hungerstreikerklärung die Wahrscheinlichkeit einer Verurteilung des Angeschuldigten nicht gegeben.

Denn die Veröffentlichung der Hungerstreikerklärung im Rahmen der Bekanntgabe historischer Ereignisse unterliegt der Pressefreiheit (Art. 5 GG), wenn nicht das Vorhaben, unter ihrem Schutz in Wahrheit strafbare Handlungen zu begehen oder zu fördern, evident ist. Die Feststellung des letzteren ist nicht zu erwarten.

Die Veröffentlichung im ,,Arbeiterkampf'' unter ,,Dokumentation'' und ,,Klassenjustiz'' läßt zwar mit der Zuordnung zur ,,Klassenjustiz'' einen politischen Standpunkt dieses Presseerzeugnisses erkennen, damit aber nicht zugleich das Vorhaben, sich den Inhalt der Hungerstreikerklärung zu eigen zu machen und die in ihr enthaltenen Zielsetzungen dem Leser gegenüber wie eigene zu befürworten und zu fördern. Vielmehr wird mit ,,Dokumentation'' Distanzierung gegenüber konformer propagandistischer Einwirkung auf den Leser zum Ausdruck gebracht.

Damit aber reiht sich auch diese Veröffentlichung, wenn auch in aller Vollständigkeit der Hungerstreikerklärung, in eine Vielzahl von Berichten über sie und ihren Inhalt ein, deren Vorhandensein in Presse, Rundfunk und Fernsehen über den Hungerstreik 1984/85 allgemeinkundig ist, ohne doch in diesem Fall eine bekräftigende Stimmungsmache zugunsten der organisierten ,,RAF''. Eine Stellungnahme für oder gegen bestehende Haftbedingungen, die Beeinflussung des Lesers in der einen oder anderen Richtung stellt jedoch eine strafbare Handlung nicht dar und ist niemand verwehrt. Sie wertet den sonstigen Inhalt der Hungerstreikerklärung nicht auf.

Schließlich machen die vorstehenden Ausführungen deutlich, daß dem Angeschuldigten nicht nachzuweisen sein wird, die von ihm zu verantwortende Veröffentlichung der Hungerstreikerklärung mit dem Vorsatz ermöglicht zu haben, die ,,RAF'' als Organisation für terroristische Aktivitäten zu unterstützen.



Das war knapp ...

Oldenburg:

Oldenburg:

Geheimdossier über Arbeitslosenselbsthilfe

Am 23.1.86 sorgte die Veröffentlichung eines geheimen Dossiers des CDU-Sozialdezernenten Friedrich-Wilhelm Wehrmeyer über den gemeinnützigen Verein ,,Arbeitslosenselbsthilfe'' Oldenburg (ALSO) für ordentlichen Wirbel und anhaltende Auseinandersetzungen. Mit ,,Unterstellungen'', ,,Diffamierungen'' und ,,Stimmungsmache'' werde ,,bei labilen und geistig einfach strukturierten Hilfesuchenden'' durch die Aktivitäten der ALSO Bewußtseinsveränderung betrieben und die Arbeit des Sozialamtes erschwert, lautet das Fazit der Wehrmeyerschen ,,Analyse'', die sich auf eine 64-seitige, in Polizei- bzw. Verfassungsschutzmanier emsig zusammengetragene Materialsammlung stützt.

Die ALSO wurde vor vier Jahren gegründet und betreibt u.a. das ,,Arbeitslosenzentrum''; dort wurden im vergangenen Jahr etwa 6000 Beratungen nicht nur für Arbeitslose, sondern immer mehr auch für Antragsteller oder Empfänger von Sozialhilfe durchgeführt. Außerdem ist die ALSO jeden Monat mit einer neuen Veröffentlichung vor dem Sozialamt präsent; durch diese Flugblätter erhalten Rat- und Hilfesuchende das, was sie auf dem Amt nicht erhalten können: aktuelle Erfahrungen und Tips über Antragsmöglichkeiten und den Umgang mit den Sachbearbeitern, Hinweise auf verwertbare Rechtsprechung usw.

Daß sich der Sozialdezernent in der möglichst reibungslosen Verwaltung staatlich-kapitalistisch erzeugter Armut hier gestört fühlt, wird niemanden überraschen. Die Angegriffenheit des Herrn Wehrmeyer resultiert aber auch aus dem Umstand, der aus seinem folgenden ,,Kompliment'' an die ALSO herauszulesen ist: Die ALSO habe sich von einer Selbsthilfeorganisation zur ,,Agitationsgruppe'' entwickelt, ,,die mit rigorosen Parolen eine alternative Gesellschafts- und Sozialpolitik'' vertrete (lt. Dossier). Das hört mensch doch gerne?! Und in der Tat verbindet die ALSO ihre sehr konkrete Hilfestellung mit der Veröffentlichung und Analyse von Armutsentwicklung in der BRD und in Oldenburg und benennt die politisch Verantwortlichen. Dies ist auch gerade in Oldenburg mit seiner vergleichsweise überdurchschnittlich restriktiven und reaktionären Sozial- und Haushaltspolitik ein Stoff ohne Ende. So ist im städtischen Sozialetat der Betrag für Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz/BSHG) um 1,8 Mio. DM gekürzt worden, obwohl die Zahl der Sozialhilfeanträge enorm zunimmt. Und während alle möglichen Bürger- und Heimat- bzw. Vertriebenenvereine zu ihrem Geld kommen, werden die Zuschüsse für Kindertagesstätten etc. drastisch reduziert bzw. bekommen Beratungsstellen, Selbsthilfegruppen und Kulturinitiativen keinen Pfennig.

Ans Tageslicht gebracht wurde schließlich auch, daß Wehrmeyers Dossier bereits vor einem Jahr, im Januar 1985, verfaßt und verwendet wurde: nämlich im Verwaltungsausschuß (ABM-Ausschuß) des Oldenburger Arbeitsamtes. Ziel des Manövers war es, die beantragte Bewilligung von ABM-Stellen für die ALSO zu verhindern; dies blieb allerdings erfolglos. Aber nun müssen Beratungsstellen, Selbsthilfegruppen und Initiativen — eben all jene, die möglicherweise einmal einen Krümel des Sozialetats für sich erbitten oder Herrn Wehrmeyer politisch in die Quere kommen könnten — von der Annahme ausgehen, daß entsprechende Materialsammlungen, vielleicht auch schon Dossiers, über sie selbst angefertigt wurden oder noch werden.

Die Stimmung bei der CDU und der Verwaltungsspitze besteht in Verärgerung und Haß gegen die ALSO und die ,,Geheimnisverräter'', die in den Reihen der GRÜNEN- oder DKP-Fraktion im Stadtrat vermutet werden, gleichzeitig aber auch in strammen Solidaritätsbekundungen für Wehrmeyer gegen diese ,,Hetz- und Verleumdungskampagne''. Die ALSO will gemeinsam mit anderen Initiativen und Selbsthilfegruppen dem in solchen Situationen stets gegebenem Distanzierungs- bzw. Relativierungsdruck entgegenwirken und die Oldenburger ,,Sozial''politik = Armutspolitik auf der Welle der jetzt geschaffenen Öffentlichkeit umso kräftiger aufs Korn nehmen.

Rainer/Oldenburg

Fortsetzung von vorheriger Seite

suche der PKK, daraufhin bei kurdischen Organistionen im Iran Unterstützung zu erhalten, scheiterten, so daß sie nun ihre Aktionen in Kurdistan *,,ganz allein gestützt auf die eigenen Kräfte''* (KR 13, August 85) fortsetzte.

Es muß davon ausgegangen werden, daß die Beteuerungen der PKK, der Hauptteil ihrer Kämpfer sei in der Türkei, und sie werde auch ohne Rückzugsmöglichkeiten weiter im nationalen Befreiungskampf fortfahren, das Scheitern ihres Ansatzes verschleiern soll. Die starke Militärpräsenz in Türkisch-Kurdistan und die mangelnde Verankerung der Guerilla machen ein Operieren ohne eine relativ sichere Rückzugsmöglichkeit unmöglich. Tatsächlich häuften sich die Opfer auf seiten der HRK/ERNK, und seit dem Jahreswechsel 1985/86 kann der bewaffnete Kampf als aufgerieben betrachtet werden.

In der Region kann sich die PKK nur noch auf das reaktionäre syrische Regime stützen, bei dem auch Abdullah Öcalan Herberge gefunden hat. Auf diesem Hintergrund mag es nicht weiter erstaunlich klingen, daß die PKK ausgerechnet den Polizeistaat Syrien als *,,Widerstands-Insel''* in der Region lobt, dessen politische Führung einen *,,klugen und entschlossenen Kampf gegen den Imperialismus''* führt, als *,,wichtiges Zentrum, das die Angriffe und Pläne des Imperialismus durchkreuzt''* bezeichnet und dabei insbesondere die positive Rolle Syriens *,,auf den Territorien Libanons und Palästinas''* hervorhebt (KR 12, Juni 85). Gleichzeitig betont die PKK ihre Schicksalsgemeinschaft mit dem palästinensischen Volk, nicht ohne die politische Linie Yassir Arafats als *,,Kapitulation''* zu verdammen und sich auf die Seite der PLO-Opposition zu stellen. Die enge Verbindung zu Syrien, das nicht nur mit militärischer Gewalt gegen die Palästinenser vorgeht, und darauf hin arbeitet, Palästina einem Großsyrischen Staatsgebiet einzuverleiben, sondern auch die in Syrien lebenden Kurden als nationale Minderheit ignoriert, läßt für die Zukunft nichts Gutes erwarten.

Angesichts der verfahrenen Situation in der Region, der schwierigen Lage des palästinensischen Widerstands und des andauernden Golfkrieges, versucht die PKK, Kurdistan als *,,Schlüsselposition''* zur *,,Lösung''* der Problematik des Mittleren Ostens darzustellen. Sicherlich spielt speziell Türkisch-Kurdistan als Aufmarschgebiet der NATO, Stationierungsort der Rapid Deployment Force und Horchposten gegen die UdSSR in den Plänen der Imperialisten eine bedeutende Rolle. Und bestimmt kann die Bewegung der Kurden in der Region wieder zu einem ernsthaften Störfaktor für die Herrschaft der reaktionären Regime werden. Da die PKK aber, wenn sie vom *,,gordischen Knoten''* Kurdistan spricht, der durch den *,,Nationalen Befreiungskampf Kurdistans''* gelöst werden kann, die eigene Partei und Türkisch-Kurdistan meint (alle anderen kurdischen Bewegungen charakterisiert sie als kleinbürgerliche Strömungen, Agenten usw.), ist die Forderung nach *,,engster Solidarität''* der Völker der Region mit diesem Befreiungskampf nur ein verzweifelter Aufruf zur Solidarität mit der PKK (KR 12, Juni 85).

Aufgrund der umfassenden Isolation, in die die PKK geraten ist, werden ihre Drohungen gegenüber einem *,,liquidatorischen Komplott''* keineswegs ungefährlicher. Im Gegenteil: Die Niederlage im Versuch, den Volkskrieg in Türkisch-Kurdistan zu entwickeln, fordert von der Parteiführung entweder eine offene Kritik und einen Umdenkungsprozeß oder führt zu dem Versuch, andere für die Niederlage verantwortlich zu machen. Mit der zum Jahreswechsel vollzogenen Hinwendung zum *,,Heißen Krieg in Europa''* (vgl. auch AK 266) hat die PKK-Führung den letztgenannten Weg betreten.

Über die auffallend sektiererische Selbstüberschätzung hinaus, die aus dem Gehabe der PKK ins Auge springt, hat sich die PKK zu einer politischen Sekte entwickelt, deren In-Sich-Abgeschlossenheit in einer aussichtslos erscheinenden politischen Situation zum Amoklauf führt.

S., Hamburg

Wer sich zum Thema Kurdistan informieren möchte, empfehle ich das Buch: Kurdistan und die Kurden, Band 1, herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker, Göttingen 1984.

Zur Entwicklung des Prozesses von Veratsvorwurf gegen ZK-Dissidenten bis zur Bedrohung, wesentlicher Teile der kurdischen und türkischen Linken vgl. AK 265

Quellen:

* Kurdistan Report, Organ der Europavertretung der Nationalen Befreiungsfront Kurdistan, im Text abgekürzt als KR.

Leserbriefe

Schreibt uns; je kürzer und treffender desto besser, ansonsten müssen wir uns Kürzungen vorbehalten

Betrifft: Portugal (AK 267)

Dicke Schnitzer

Tja, das waren noch Zeiten, als es beim AK noch eine Portugal-Kommission gab. Wenn man die Beiträge im letzten AK zu Protugal liest, wird einem schmerzlich bewußt, wie „out'' ein Thema im Bereich Internationalismus wird, wenn die Entwicklung dort nicht so weiterläuft, wie Genossin und Genosse sich das vorstellen. Wie wird wohl eine Berichterstattung zu Nicaragua in 10 Jahren aussehen?

Aber ernsthaft, liebe Freunde: Es ist nichts dagegen einzuwenden, Berichte anderer Zeitschriften nachzudrucken, wenn keine eigenen Informationen vorliegen. Aber doch nicht jeden Mist! Ich möchte vorschlagen, daß Ihr Euch vorher so etwas durchlest oder, noch besser, den AK Jahrgang 75/76 vom Speicher holt, den Staub wegpustet und ein paar Fakten vergleicht.

Zur Sache: Zum Artikel selbst möchte ich nichts anmerken, da der AK nur 44 Seiten hat. Es sind aber noch 3 Kästen eingerückt, die den Anschein einigermaßen objektiver Information erwecken sollen, obwohl sie

Zur Sache: Zum Artikel selbst möchte ich nichts anmerken, da der AK nur 44 Seiten hat. Es sind aber noch 3 Kästen eingerückt, die den Anschein einigermaßen objektiver Information erwecken sollen, obwohl sie

vor Fehlern (wohlwollend ausgedrückt) nur so strotzen. Hier nur die dicksten Klöpse:

1. Fast alle Organisationsnamen sind z.T. völlig falsch übersetzt. FUP heißt nicht Vereinigte Volksfront (Unidad Popular, da war doch auch was), LUAR nun wirklich nicht Vereinigte Linke der Revolutionären Aktion, und PRP auch nicht einfach Revolutionäre Partei. Außerdem heißt „armada'' bewaffnet und nicht militärisch und, nebenbei gesagt, der April ist in Portugal ein abril und kein aprile.

2. Jetzt die besseren Fälschungen: Bisher haben nur die Rechten behauptet, es gäbe einen linken Putschversuch der Fallschirmjäger von Tancos am 25.11.75. Sie wollten ja damit gerade IHREN Rechtsputsch — im Kasten niedlicherweise Gegenoffensive genannt, denkt mal nach — rechtfertigen. Zudem war zwar R. Eanes damals einer der Rechten im MFA, aber die rechtsradikale Eliteeinheit „Comandos de Amadora'' war nicht seine Einheit, die befehligte der berüchtigte Jaime Neves.

Noch so eine rechte Legende wird nahtlos übernommen. Das COPCON hat nicht mit den Bauarbeitern den Regierungssitz belagert und Regierung und Parlament eingeschlossen. Es ist allerdings auch nicht gegen die Arbeiter vorgegangen. Wer ein Interesse daran hatte, diese Truppe als Meuterer und Putschisten hinzustellen, um sie auflösen zu können, kann sich jeder denken.

3. Ein Zitat: „LUAR und Revolutionäre Brigaden lösten sich später in den FP 25 auf''. Das ist nun wirklich blanke, übelste Denunziation. LUAR und PRP/BR waren keine klandestinen Organisationen, ihre Mitglieder waren und sind wohl auch noch heute bekannt. Mal ganz abgesehen davon, daß sich LUAR schon einige Jahre aufgelöst hatte, als die FP 25 gegründet wurde. Einige Genossen/innen der PRP/BR sind wegen solchen schmutzigen Lügen schon vor einigen Jahren in den Knast gewandert. Ihr fändet es wohl auch nicht witzig, wenn Ihr in einer linken portugiesischen Zeitschrift lesen dürftet, daß sich der KB in die RAF aufgelöst hat.

Ich könnte gerade so weitermachen, habe auch noch einen Haufen angestrichen, aber ich sehe schon, es wird zu lang; außerdem interessiert es wahrscheinlich sowieso keine Sau mehr. Aber seid so lieb und stellt die schlimmsten Hämmer klar. Schließlich habt Ihr einen Ruf als seriöses Magazin!

Trotz allem solidarische Grüße
Frank

(Recht hat er, da fiel uns keine Entschuldigung ein, wir haben geschlampt).

Lob und Tadel

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

1986 werde ich den „Arbeiterkampf'' im 4. Jahr bestellen. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, euch zu sagen, was mir im vorangegangenen Jahr gefallen hat und was nicht. Vorausgesetzt, es interessiert euch.

Was mich selbst betrifft, so bin ich seit Anfang der 70er im politischen Geschäft: 10 Jahre KBW, 1 Jahr BWK und seit Anfang 82 aktiv in der Friedensbewegung. Zum Abo des AK hat mich damals veranlaßt, daß ihr im Gegensatz zu anderen linken Gruppen nicht wie altkluge Großväter von au-

schäft: 10 Jahre KBW, 1 Jahr BWK und seit Anfang 82 aktiv in der Friedensbewegung. Zum Abo des AK hat mich damals veranlaßt, daß ihr im Gegensatz zu anderen linken Gruppen nicht wie altkluge Großväter von au-

ßerhalb kommentiert habt, sondern in dieser Bewegung aktiv seid und für eure Positionen streitet. Positionen, die sich nicht selten mit meinen decken. Für diese Positionen kämpfe ich in der örtlichen Friedensinitiative recht allein, da die örtliche Linke — einmal abgesehen von der DKP — sich hier ignorant raushält.

Über den AK erhalte ich einen Großteil wichtiger Informationen — seien es Auseinandersetzung innerhalb der bundesweiten Friedensbewegung oder Enthüllungen über die militärische Bewaffnung des BRD-Imperialismus. Ferner Einblick über die Auseinandersetzung z.B. innerhalb der GRÜNEN, oder der radikalen Linken. Das möchte ich nicht missen.

Was mir nicht gefällt, ist die Häme, mit der ihr in vielen Fällen die politische Auseinandersetzung führt. Einmal wird die DKP runtergemacht, dann über die Hochzeit von Stalin und Trotzki schwadroniert oder zum Vergessen der GRÜNEN aufgerufen.

1. Backt ihr nicht solche großen Brötchen, daß ihr euch solchen Stil leisten könntet,

2. War dies nie ein revolutionärer Stil. Ihr braucht euch nur das Schicksal der Organisatioen am Wegesrand der letzten 10 Jahre anzuschauen, die sich an Selbstherrlichkeit gegenseitig überboten haben. Scheinbar schwingt bei euch immer noch die Idee, euren Einfluß auf Kosten aller anderen Strömungen der Linken ausweiten zu können.

Ich bin der Überzeugung, daß es keine Alternative dazu gibt, bei allen Differenzen gemeinsam einen Weg für einen erfolgreichen Widerstand zu suchen.

Für das neue Jahr wünsche ich uns viel Erfolg dabei, die Friedensbewegung als handlungsfähige Kraft zu erhalten.

Mit solidarischen Grüßen
Jochen

Schmatz

Liebe Genossinnen und Genossen

Eure Zeitschrift ist eine der wenigen, die umfassend über die sozialistische Diskussion in der BRD berichtet. Da Ihr mit den sozialistischen Organisationen verschiedenster Prägung Kontakt habt, möchte ich an Euch eine Bitte richten: Ich möchte mit solchen Organisationen gleichgültig, ob marxistischer, trotzkistischer, maoistischer, leninistischer oder anderer Ausrichtung in Kontakt treten. Dazu brauche ich aber ihre Adressen. Ich hoffe, Ihr könnt mir helfen ...

Beat



„Zeitung für den Kommunismus''

„Zeitung für den Kommunismus''

... meine ich als Leser, daß der Name geändert gehört ... Es gibt traditionelle Anleihen und Wortschöpfungen. Aber geht doch mal nach dem Inhalt. Über was berichtet Ihr denn? Was ist denn Euer Anliegen? Bestimmt nicht der (Männer-)Kampf (= Mackerkampf) an sich und für sich. Das Ziel ist ja wohl was anderes. Der Arbeiterkampf war ja nur ein Mittel (der Vergangenheit) auf dem Weg zum Sozialismus oder gar Kommunismus. Und daß die bisher vernachlässigten (oder gar ganz vergessenen) Frauen da eine besonders hervorragende Rolle spielen und v.a. sprechen werden, steht ja wohl außer Frage. „Emanzipation'' ist vielleicht zu fremdwörterhaft. „Befreiung'' klingt schon gleich wieder so heroisch (männlich?). „Solidarität'' ist zwar auch traditionell, aber wohl auch zu eng. „Wie geht's weiter'' klingt zu sehr nach „Was tun''. Veröffentlicht oder schreibt mir doch mal alle Vorschläge zur Diskussion, die halbwegs passabel erscheinen. Warum nicht ganz profan: „Zeitung des KB/Kommunistischen Bundes'' oder „Zeitung für den Kommunismus'' oder „Aus kommunistischer Sicht''. Ist natürlich wieder viel Anspruch dabei. Oder einfach: „Die Monatszeitung (-Berichte) (des KB)''.

Außerdem scheint es mir eh bedenklich, daß die Zeitung gerade noch eine Auflage von 4.000 hat, was wohl heißt, daß kaum über 2.500 wirklich verkauft werden. Der Abo-Stand wird wohl so bei 1.000 liegen, das ist wohl gesamtgesellschaftlich gesehen kaum noch eine wirkliche „Kraft'' (zumindest verglichen mit früheren Zeiten, wo Auflagen von 25.000 normal waren, nicht zu vergessen die Branchen-, Betriebs-, Studenten- und Jugendzeitungen. Den „Rebell'' fand ich optimal).

Die Tendenz zu immer längeren grundsätzlichen Artikeln scheint wohl anzuhalten, leider. Denken kann ich selbst. Aber Fakten zusammentragen und zusammenstellen wär mir wichtiger. Sicher mit Wertung. Von mir aus regelmäßig auch theoretische Artikel. Aber etwas rarer bitte ...

Jul

(Na, na. Etwa 3.500 werden pro Ausgabe verkauft. Von den letzten fünf Nummern des AK waren zwei ausverkauft. Aber sonst finden wir's ja auch zu wenig.)

Mit dem Flair der UZ?

Ich hatte gedacht, das wäre endgültig vorüber. Aber in zwei AK-Artikeln von „ha'' taucht nun eine Art von Lenin-„Aktualisierung'' wieder auf, die geeignet ist, auch die letzten Leser zur Verzweiflung zu treiben. Da heißt es salopp: „Deutsche Bank bestätigt Lenin'' (AK 265,S.5), denn der Flick-Verkauf verspreche *„noch mehr Macht über das Industiekapital''*. War Flicks Imperium also schlicht „Industriekapital'' ? Und was hat das mit Lenin zu tun? Zwar hat auch Lenin behauptet, die Macht der Banken wachse, aber das war weder originell noch neu. Also bleibt nur die Aussage, daß der Einfluß der Deutschen Bank wächst. Für **die** Beobachtung braucht man Lenin nun wirklich nicht. Und die These, die *„Vorherrschaft des Finanzkapitals über das Industriekapital schreitet unterdessen in großen Sprüngen voran''*(ebd.), ist als Schlußfolgerung aus e i n e r Fusion doch recht kühn. Derselbe Autor erklärt auf S.6 dann noch einmal: Die *„laufenden Konzentrations- und Zentralisationsprozesse des Kapitals (bestätigen) die grundsätzliche Richtigkeit und Aktua-*

rung aus e i n e r Fusion doch recht kühn. Derselbe Autor erklärt auf S.6 dann noch einmal: Die *„laufenden Konzentrations- und Zentralisationsprozesse des Kapitals (bestätigen) die grundsätzliche Richtigkeit und Aktua-*

lität der Leninschen Imperialismusanalyse''. Das ist doch absurd! Diese Prozesse bestätigen nichts weiter als eben die Konzentration des Kapitals. Und das ist keine spezielle These Lenins, sondern das sagen **alle** Marxisten (und sehr viele Nicht-Marxisten auch). Was sollen also diese Schnacks? Die Leser vom Leninismus überzeugen? Das ist auf diese Weise sicher nicht möglich, zumal die Leninsche Imperialismus-Theorie ja nicht gerade unumstritten ist. Schon die ökonomischen Argumentationen Lenins sind zumindest sehr problematisch ,denn sie gehen auf Theorien zurück, die in der SPD entstanden (Hilferding) und mit der historischen „Kapital''-Rezeption Kautskys verknüpft waren. Von Hilferding hat Lenin auch den Begriff vom Finanzkapital. Es zeugt nicht gerade von Problembewußtsein, wenn man sehr umstrittene Begriffe nebenbei in den Raum schleudert und so tut, als könne es darum doch nun wirklich keinen Streit geben.

Außerdem ist es nun mal so, daß Lenins Imperialismus-Theorie untrennbar mit der Behauptung verbunden ist, der Imperialismus sei das „letzte Stadium'' desKapitalismus, der „Vorabend der proletarischen Weltrevolution''. Diese Thesen können doch wohl nicht durch ein oder zwei Fusionen „bewiesen'' werden! Solche „Aktualisierungen'' können von einer Beschäftigung mit Lenin nur abschrecken. (Und schließlich ist „ha'' ja nicht erst seit gestern im KB. Er müßte also eigentlich die KB-Schulungsinfos zum Imperialismus kennen, die vor solchen „Aktualisierungen'' gewarnt haben und — wie unvollständig auch immer — die Problematik der Imperialismus-Theorie herausgestrichen haben).

Man tut weder dem KB noch der Linken insgesamt einen guten Dienst, wenn man Theorien in solcher Weise verhunzt. Dies gilt umso mehr, als man heute nicht vorraussetzen kann, daß die AK-Leser die alten Lenin-Schriften kennen. Wenn man also meint, Lenins Imperialismus-Theorie wäre jetzt aktuell und zum Verständnis der Kapitalbewegung brauchbar, dann soll man die Theorie vorstellen und ihre Aktualität begründen. Denn sonst beweist man nur die „grundsätzliche Richtigkeit'' der Vorurteile gegen K-Gruppen.

jb

Die MOZ ist tot, es lebe die MOZ!

Verwirrt und überrascht haben manche Zeitschriftenleser in letzter Zeit am Kiosk ein Magazin entdeckt, dessen Titel an ein Spätsommer 1984 Pleite gegangenes Organ linker Grüner erinnert: „MOZ''. Trat das verblichene Blatt mit dem Untertitel „Moderne Zeiten'' und der anspruchsvollen Bezeichnung „Sozialistisches Monatsmagazin'' auf, weist sich die MOZ, um die es hier geht, lediglich als „Grün-Alternative Monatszeitschrift'' mit dem schlichten Titel aus drei Buchstaben aus. Das auf Hochglanzpapier mit zahlreichen Fotos professionell gemachte Magazin zum Preis von nur 4 Mark berichtet über Themen wie Aufrüstung in der BRD, Rassismus in Frankreich und Kultur in Österreich. Die Redaktion sitzt in Wien, alte Bekannte aus dem Mitarbeiterstamm der früheren „MOZ'' sucht man in dem neuen Blatt vergeblich. Nicht Debatten mit marxisischem Anspruch und einem Bezug zu den Diskussionen der grünen Partei in der BRD bietet die Zeitschrift, sondern Reportagen und Interviews mit meist antiimperialistischer Tendenz und durchweg mittelmäßigem Informationswert.

Umrahmt wird das Heft durch ganzseitige Anzeigen des Uhrenhandels General Arab Sahara Comp. und der Libyan Motors Comp. aus der „Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Jamahiriya'', wie sich Libyen offiziell nennt. Ghaddafi statt Gramsci lautet die Devise. Bereits in einer der ersten Ausgaben der neuen „MOZ'' ließ es sich der Meister und Autor des „Grünen Buches'' nicht nehmen, ein „Exclusiv-Interview'' zu gewähren und über die gesamte Titelseite zu strahlen. Wie wenig Wert die Finanziers des Projektes auf eine halbwegs geschickte politische Verpackung ihres Produktes legen, beweist ein Redakteur namens Abdul Ghani Elmani in einem Kommentar im Januar-Heft: *„Oberst Ghaddafi versteht das Leben so, wie es aus den Herzen der Unterdrückten und Leidgeplagten hervorbricht, darin ist auch seine kontinuierliche Hilfe für sämtliche Freiheitsbewegungen zu sehen und zu verstehen.*

„Oberst Ghaddafi versteht das Leben so, wie es aus den Herzen der Unterdrückten und Leidgeplagten hervorbricht, darin ist auch seine kontinuierliche Hilfe für sämtliche Freiheitsbewegungen zu sehen und zu verstehen.

Denn kein anderer als Oberst Ghaddafi selbst wird mehr Verständnis für Freiheit und Unabhängigkeit besitzen ...''

Ob dieses über Kioske in der gesamten BRD vertriebene Magazin mit dem Tripoliser Touch, daß sich mit der Ghaddafi eigenen Bescheidenheit als „das gefährlichste Magazin der Welt'' vorstellt, unter der grünen Anhängerschaft in der BRD reißenden Absatz finden wird, ist sehr zu bezweifeln. Vielmehr als die Verschwendung libyscher Devisen ist bei dieser MOZ bislang nicht festzustellen.

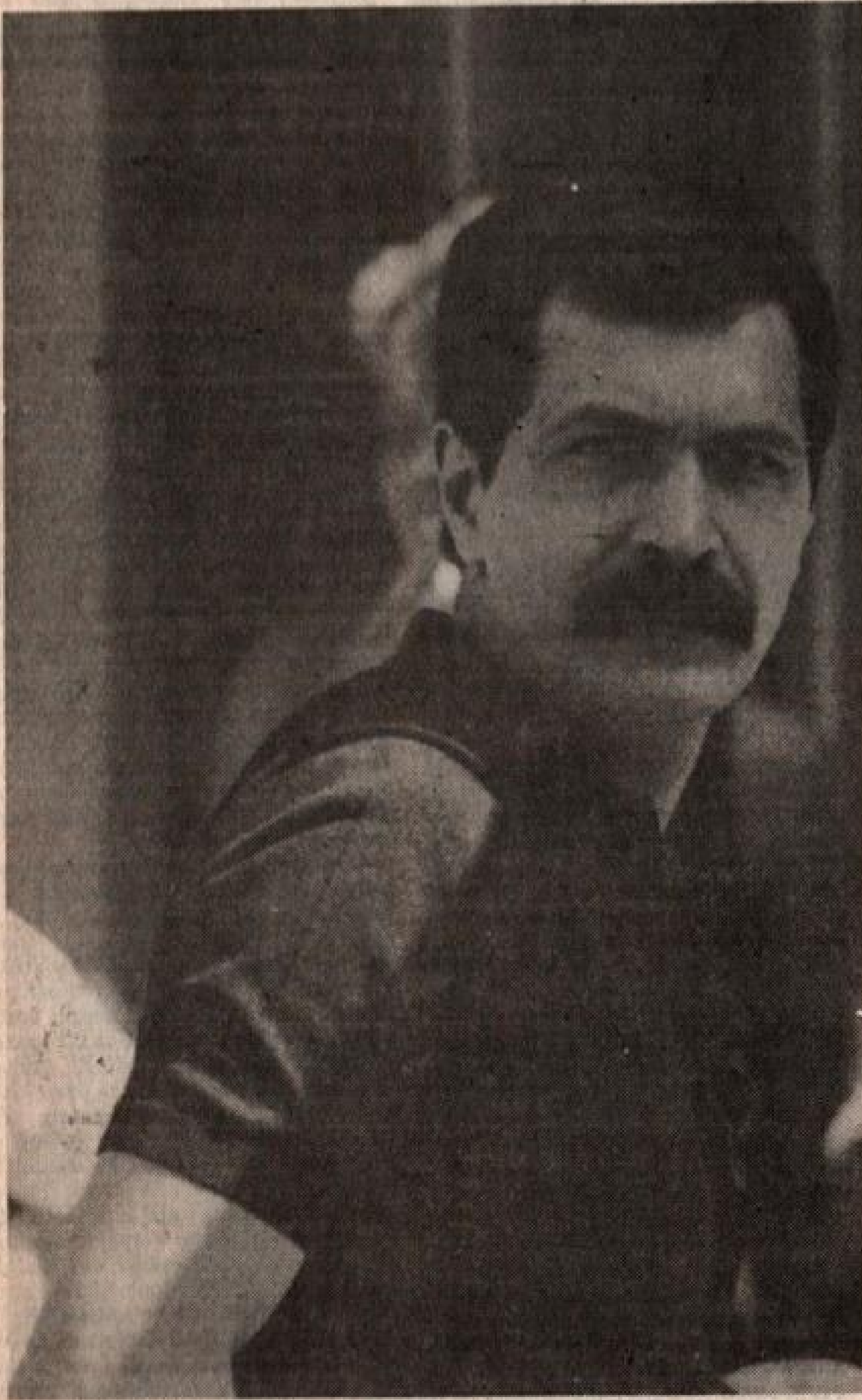
Gerd Eggeling

Linke Karrieren

Johann Legner, langjähriger Lokalredakteur der Westberliner „taz'' mit linker Vergangenheit, hat sich verbessert. Seit dem Jahresanfang ist er vom Kritiker der Politik des Westberliner CDU/FDP-Senats in der Frontstadt zum Sprachrohr eines Teilbereichs von dessen Politik hinübergewechselt. Er hat den Posten eines Pressesprechers der Senatorin für Jugend und Familie — Schmalz-Jacobsen (FDP) — übernommen. Daß sowas heutzutage nicht ganz ungewöhnlich ist, haben wir vor zwei Nummern im AK an einigen Fällen berichtet. Daß dabei die FDP zunehmend beliebter wird, signalisierte als erstes der Übertritt **Ernst Hoplitscheks** von den Grünen in die Partei der Wirtschaftsliberalen, für die er erstmals am 21. Januar in Frankfurt den Werbefeldzug „Wenn schon liberal, dann echt und nicht grün'' eröffnete. Und daß sowas Linke zunehmend chic finden, bekannte das Westberliner Stadtblatt „zitty'' zeitgeistgemäß. SFB und Springerpresse würden Gift und Galle spritzen, bornierte Rechte wie Linksradikale seien sich einig in der Ablehnung Legners als Pressesprecher. Vor diesem Hintergrund wirke dieser Jobwechsel *„als antiautoritärer Purzelbaum gegen die alternative Autorität''*.

Die politische midlife crisis, so lehrt der AK-eigene Hauspsychologe, führt häufig zu Autoritätsproblemen, die sich umgekehrt proportional zu denen aus der unruhigen Jugendzeit verhalten können. Das war's denn wohl.

Kürsat Timuroglu ermordet



Kürsat ist tot. Wir trauern um einen politischen Freund, dem wir über lange Jahre in gemeinsamen Aktionen begegnet sind. Kürsat Timuroglu wurde am Mittag des 25. Februar vor seiner Haustür im Hamburger Stadtteil St.Georgangeschossen. Der Attentäter drückte dreimal ab, zwei Schüsse gingen vorbei, einer traf den 32jährigen Kürsat in den Rücken. Kürsat floh mit letzter Kraft in ein Geschäft, wohin ihn der Täter verfolgte und kaltblütig aus nächster Entfernung zwei weitere Schüsse auf seinen Kopf abgab.

Der Todesschütze konnte entkommen, Kürsat starb zwei Tage später im Krankenhaus, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Augenzeugen der Tat beschreiben den Täter als *„südländisch aussehenden"* ca. 25 jährigen Mann, der sich schon seit Tagen in der unmittelbaren Umgebung der Wohnung Kürsats aufhielt, *„als wenn er auf jemanden warten würde"*. Täglich hatte er in einem Cafe gegenüber gesessen, abends in einer Kneipe. Im Cafe hinterließ der Mann seine halbvolle Kaffeetasse, als er sein Opfer auftauchen sah.

Die Polizei hat nach den Beschreibungen der Augenzeugen zuerst ein Phantombild, später ein Foto des unter dringendem Verdacht Gesuchten veröffentlicht, bisher wurde er noch nicht gefunden. Die Ermittlungen übernahm unmittelbar nach der Tat der Staatsschutz (FD 7), da politische Hintergründe für die Tat vermutet wurden.

Auch bei den Angehörigen und politischen Freunden Kürsats ging der Verdacht sofort in eine bestimmte Richtung. Schon seit mehreren Monaten befürchteten sie, daß von Seiten der PKK einer der ihren ermordet werden könnte. Kürsat mußte aufgrund seines langjährigen öffentlichen Auftretens als Sprecher von Devrimci Isci als gefährdet gelten. Zuletzt war er zwei Wochen vor dem Mord auf einer Benefiz-Veranstaltung für die Familie Ramazan Avcis aufgetreten, es ist möglich, daß der Täter von dort aus seine Spur aufgenommen hat. So als gefährdet gelten. Zuletzt war er zwei Wochen vor dem Mord auf einer Benefiz-Veranstaltung für die Familie Ramazan Avcis aufgetreten, es ist möglich, daß der Täter von dort aus seine Spur aufgenommen hat. So mischte sich in die schreckliche Ungewissheit der ersten Stunden nach dem Anschlag der Verdacht auf eine Urheberschaft der PKK, der Kürsats Tod noch unfaßbarer macht. Kürsat, der als aktiver Sozialist und Antifaschist einem Anschlag der Grauen Wölfe in der Türkei überstand, der im Gefängnis saß und hier in der Bundesrepublik fortfuhr, für seine politischen Ziele zu kämpfen, soll von einer Gruppierung ermordet worden sein, die als marxistische Befreiungsorganisation auftritt, soll Opfer politischer Auseinandersetzung unter Linken geworden sein ...?

Sicherlich hatte Kürsat als aktiver Antifaschist aus der Türkei in der Bundesrepublik Feinde. Das türkische Regime, das Kürsat erst vor kurzem wegen staatsfeindlicher Aktivitäten im Ausland ausbürgerte, die türkischen Grauen Wölfe, gegen die er auch hier aktiv war und bundesdeutsche Neonazis und Rassisten, für die er als aktiver linker Türke ein erklärter Gegner war. Nur gehört es bisher nicht zur Praxis der türkischen Polizei oder des Geheimdienstes, im europäischen Ausland kaltblütige Attentate auf Regimegegner durchzuführen. Es scheint auch eher unwahrscheinlich, daß mit Kürsat eine Änderung dieser Praxis eingeleitet wurde, da vonseiten der Türkei Wert darauf gelegt wird, in Westeuropa sich einen demokratischen Anstrich zu geben.

Von seiten der Grauen Wölfe ist seit mehreren Jahren in der Bundesrepublik kein bewaffneter Angriff auf Antifaschisten bekannt. Die faschistischen türkischen Strömungen haben sich auch noch nicht soweit von der Desorientierung nach dem Militärputsch erholt, daß ihnen ausgerechnet ein solches Attentat zuzuschreiben wäre. Und auch persönliche Motive für einen Mord müssen nach unserer Kenntnis als äußerst unwahrscheinlich gelten.

Fortsetzung auf Seite 44

Stammheim aktuell
Christiane Ensslin im Gespräch zum Buch von Stefan Aust ....S. 13
Interview mit Reinhard Hauff, Regisseur des Films 'Stammheim' ....S. 15
Interview mit Jürgen Flimm, Intendant des Thalia-Theaters ....S. 15
Isolationshaft wissenschaftlich erforscht ....S. 16
Die 'Wunder von Stammheim' ....S. 17
APO und die 'erste RAF-Generation' ....S. 19
Stefan Aust über den Tod Ulrike Meinhofs ....S. 19
Die 'Nachrichtensperre' oder 'Alle gemeinsam für diesen Staat' ....S. 19
Politische Entscheidungsgremien während der Schleyerentführung ....S. 20
Zur Antiterrorkampagne gegen die RAF ....S. 21
Die 'Wunder von Stammheim' aus heutiger Sicht Eine Bestandsaufnahme im Gespräch mit Christiane Ensslin ....S. 22
Kommentar: Der Film, der noch gedreht werden muß ....S. 23
aktuell
Kommentar: Marcos lebt, Reagan ist Präsident, Palme ermordet ....S. 2
Redaktion 'atom' fordert Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung ....S. 3
Hunderttausende protestierten: Bundesregierung auf dem Rückzug? ....S. 3
Diskussion vor den Hamburger Bürgerschaftswahlen ....S. 6
Kommunalwahlen in Schleswig Holstein: Signale für rot-grün? ....S. 7
Betrieb und Gewerkschaft
Zur Person Hans Janßens ....S. 5
Wie gewonnen so zerronnen - Der DGB mag die GRÜNEN nicht ....S. 5
Kampf dem Faschismus
Interview über die Welle antisemitischer Ausbrüche in der BRD ....S. 30
Grüne und Alternative
Bundesparteitag in Hagen: GRÜNE demonstrieren Geschlossenheit ....S. 4
Klassenjustiz
129a Verfahren gegen ARBEITERKAMPF abgelehnt ....S. 46
Ausländer in der BRD
Türkische Jugendliche organisieren sich gegen Rassismus ....S. 24
Türkisches Bündnis gegen Rassismus vor der Spaltung ....S. 24
Militarismus
Ein halbes Nein, ein ganzes Ja - Die SPD zu SDI und EUREKA ....S. 9
Europa
Niederlande: Erneuter Dekumentenklau ....S. 9
Die Mitterand-Jahre ....S. 31
Nahost
Bahman Nirumand: 'Das Schweigen über den Golfkrieg beenden' ....S. 35
Afrika
Südafrika: Umschuld ohne Unschuld ....S. 34
Nahost
Bahman Nirumand: 'Das Schweigen über den Golfkrieg beenden' ....S. 35
Afrika
Südafrika: Umschuld ohne Unschuld ....S. 34
Asien
Marcos gestürzt, die Oligarchie bleibt an der Macht ....S. 32
Philippinen: Der amerikanische Flugzeugträger im Pazifik ....S. 33
BRD-Interessen auf den Philippinen ....S. 33
Latainamerika
SPD - Nicaragua: Contras der Solidarität ....S. 37
El Salvador: 'Demokratisierung? - Nicht bemerkt! Interview mit einer Delegation Stuttgarter Solidaritätskomitees ....S. 38
Interview mit einem Vertreter des MIR ....S. 39
Realer Sozialismus
XXVII. Parteitag der KPdSU: Abschied vom Stalinismus? Teil 1: Innenpolitik ....S. 25
Frauen
Scheidungsrecht: Und denk an die Folgen ....S. 10
Frauen stürmt die Arbeitsämter - meldet euch arbeitslos! ....S. 10
Das Erziehungsgeld - Ein Gesetz zur Flexibilisierung der weiblichen Arbeitskraft ....S. 11
Männerjustiz: Ein Richter sieht rot! ....S. 36
Wirtschaft
OPEC: Das vorzeitige Ende eines Kartells ....S. 34
Parteien
Rau stellt klar: Pershings bleiben hier! ....S. 8
Kultur
Hollywood macht mobil Über Rambomania und us-amerikanische Unkultur ....S. 40
Linke
Die Politik der PKK: Einer gegen alle - eine Sekte treibt ihr Unwesen ....S. 44
Kürsat Timuroglu ermordet ....S. 48
Revisionismus
Vorschlag der UdSSR und KPdSU zur Beendigung des Wettrüstens: ....S. 27
Diskussion
Humangenetische Beratungsstellen auf alten Wegen ....S. 42
Das 'Garantierte Mindesteinkommen': Ein zutiefst konservatives Modell ....S. 46
Ohne Rubrik
Anatoli Schtscharanski wird Nathan Scharon - Aber Israels Probleme bleiben ....S. 28
Geld, Waffen, Blut, wg. Strauß ....S. 29